Felix Lieb

Arbeit und Umwelt?

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 132

Felix Lieb

Arbeit und Umwelt?

Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Dies ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die unter dem Titel
„Arbeit durch Umwelt? Sozialdemokratie und Ökologie 1969–1998“ im Sommersemester 2020
von der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde.

ISBN 978-3-11-077423-8
e-ISBN (PDF) 978-3-11-077441-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-077453-5
ISSN 0481-3545

Library of Congress Control Number: 2022935826

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2022 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Titelbild: Klaus Staeck, Plakat „Arbeit und Umwelt“, 1982. © VG Bild-Kunst, Bonn 2022

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

www.degruyter.com

Inhalt

I. Arbeit oder Umwelt, Partei oder Bewegung?
Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Ökologie, Ökonomie
und der Krise der deutschen Volksparteien 1

II. „Nicht jeder Sieg ist ein Gewinn."
Das Ende des Energie- und Wachstumskonsenses 1969–1982 23

1. Die SPD und die Grenzen der Wachstumskritik: sozialdemokratischer Umweltschutz zwischen Reformeuphorie und Wirtschaftskrise 23
2. „Mit Helmut Schmidt und Erhard Eppler für und gegen Kernenergie." Die Spaltung der SPD über die Kernenergiefrage 43
3. „Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist diejenige, die eingespart wird." Energiepolitik zwischen Versorgungssicherheit, Strukturpolitik und Umweltschutz 67

III. Partei statt Bewegung
Sozialdemokratische Antworten auf Ausdrucks- und Organisationsformen „grüner" Politik 83

1. Zivilgesellschaftliche Herausforderungen: Konflikte und Kooperationen mit der Umweltbewegung und den frühen Grünen 83
2. Sozialdemokratischer Parteitag statt grüner Protestkultur: die Haltung der SPD zu außerparlamentarischem Engagement 101
3. Parlamentarismus und Partizipation im „Atomstaat": die Selbstverortung der SPD zwischen alternativen Demokratiekonzepten und traditionellem Repräsentativsystem 121

IV. Opposition durch Ökologisierung 1982–1988/89 137

1. „Die ökologische Modernisierung ist das zentrale Reformanliegen der SPD." Sozialdemokratische Umweltpolitik zwischen ökologischer und ökonomischer Krise 137
2. Vom „Ende des Atomzeitalters" zur „umweltfreundlichen Kohlenutzung": die ambivalente Ökologisierung sozialdemokratischer Energiepolitik 152
3. „Mehrheit diesseits der Union" oder „Hessische Verhältnisse"?
Die Spaltung der SPD über Rot-Grün 168

V. Personen, Strukturen und Impulse
Organisation und Mechanismen umweltpolitischer Willensbildung in der SPD 187
1. Persönlichkeit versus Partei: Aufstieg, Profil und Marginalisierung sozialdemokratischer Ökolog:innen 187
2. Zwischen Professionalisierung und Marginalisierung: Aufbau, Einfluss und Wirkungsgrenzen umweltpolitischer Gremien in der SPD 202
3. Basisdemokratie in der SPD? Triumph und Scheitern von Basisimpulsen in der Ökologiedebatte 219

VI. Der kurze Primat der Ökologie
Die „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" 1988/89–1992 241
1. Vom grünen Keynes zur Marktsozialdemokratie: sozialdemokratische Umweltpolitik zwischen Klimaschutz und Marktwirtschaft 241
2. „Was die Menschen jetzt bewegt": Oskar Lafontaine und der Primat der Ökologie während der „Wendejahre" 254

VII. Arbeit und Umwelt, Fortschritt und Zukunft, oder:
Wie „postmaterialistisch" war sozialdemokratische Umweltpolitik? .. 273
1. Arbeit durch Umwelt: Kontinuitäten ökonomisierter Umweltpolitik in der SPD 273
2. Arbeitnehmer:innenpartei der linken Mitte statt links-alternative Öko-Partei: sozialdemokratische Zielgruppenansprache im Zeichen der Umweltkrise 291

VIII. Innovationen durch Umweltschutz
Sozialdemokratische Umweltpolitik im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Standortpolitik und Markt 1992–1998 311
1. Die „Brücke ins Solarzeitalter": Technologisierung und Marginalisierung sozialdemokratischen Umweltschutzes 311
2. „Nachhaltigkeit" und „Made in Germany": die zwiespältige Internationalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik 331
3. Die Politik der Neuen Mitte: sozialdemokratische Bündnisstrategien zwischen rot-grüner Annäherung und wahltaktischer Beliebigkeit 348

IX. Arbeit durch Umwelt, oder:
Die Grenzen der ökologischen Erneuerung einer Volkspartei in der Krise 367

Dank 391

Abkürzungsverzeichnis und Glossar 393

Quellen- und Literaturverzeichnis 397
1. Quellen 397
2. Literatur 414

Personenverzeichnis 447

I. Arbeit oder Umwelt, Partei oder Bewegung? Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Ökologie, Ökonomie und der Krise der deutschen Volksparteien

Der ökologische Schock der 1970er-Jahre und sein langes Echo

Bei der Europawahl am 26. Mai 2019 schoben sich die Grünen erstmals bei einer bundesdeutschen Wahl an der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vorbei. Letztere konnte nur 15,8% der Wählerstimmen auf sich vereinen, die Grünen hingegen holten mit 20,5% ihr bisher bestes Ergebnis bei einer gesamtdeutschen Wahl.[1] Treffend kommentierte „die tageszeitung", dass der SPD in der Umweltfrage der ehemals so erfolgreiche, von Willy Brandt erhobene Anspruch, eine „Partei des donnernden Sowohl-als-auch" zu sein,[2] auf die Füße gefallen ist: „Die SPD ist eine Partei, die von 10 bis 25 Prozent gewählt wird, und hat mit den Grünen Konkurrenz auf Augenhöhe. […] Sie [Die Grünen] punkten mit dem Klimawandel, während das ‚sowohl als auch' der SPD bei Ökothemen müde wirkt."[3]

Dieses „Sowohl-als-auch" hat die SPD unter Brandt einst stark gemacht, seitdem stellt es die Partei immer wieder vor Probleme. Mit Blick auf die Grünen zeigt es sich insbesondere in der Parallelität zweier politischer Ziele, die scheinbar schwer miteinander zu vereinbaren sind: der Schutz der Umwelt und der Schutz der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Einen Gleichklang zwischen beiden Zielwerten zu erreichen, erschien zuletzt drängender denn je. Auf die Wahlniederlage bei der Europawahl folgte bald die Suche nach einem neuen Vorsitzenden-Duo, und dabei spielte die gestiegene ökologische Herausforderung eine so wichtige Rolle wie schon lange nicht mehr. Das Bewerbertandem aus Karl Lauterbach und Nina Scheer versuchte beispielsweise mit einer Positionierung zu punkten, die sowohl das Engagement der SPD in der Umweltfrage, ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit als auch die Unterschiede zu den Grünen betonte:

„Die Gerechtigkeitsfragen von morgen sind unmittelbar mit dem Schutz von Ressourcen und Lebensgrundlagen verknüpft. […] Nachhaltigkeit umfasst aber auch sozialen Fortschritt. […] Die SPD muss ein klares Profil bekommen als die einzige Partei, die glaubwürdig Sozial- und

[1] [o. V.], Europawahl 2019, in: https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html (letzter Zugriff am 3. 2. 2020). Zur historischen Einordnung des Ergebnisses vgl. Wolfrum, Aufsteiger, S. 52 f.

[2] Vgl. zu diesem geflügelten Wort Brandts Hofmann, Willy Brandt und Helmut Schmidt, S. 158; Fuchs, Mut, S. 203.

[3] Reinecke, Stefan, Der endlose Niedergang, in: die tageszeitung, 26. 5. 2019, online unter: https://taz.de/Kommentar-SPD-und-Europawahl/!5597954/ (letzter Zugriff am 18. 2. 2020).

Umweltpolitik zusammenbringen kann. […] Wir stehen für eine starke sozial-ökologische Politik, die die […] Arbeitsplätze der Zukunft schafft."[4]

Darin zeigt sich ein ganz grundsätzliches Problem und Dilemma der SPD: Sie kann keine Wachstums-, Arbeits- und Sozialpolitik mehr betreiben, ohne ökologische Vorbehalte zu berücksichtigen. Sie kann aber auch keine Umweltpolitik betreiben und verfolgen, ohne Rücksicht auf die wachstums- und sozialpolitischen Ziele zu nehmen, die fest in der sozialdemokratischen Tradition und Identität verankert sind. Diese Spannung der Ziele Umweltschutz auf der einen und Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit auf der anderen Seite ist keine neue. Sie begleitet die SPD seit dem Aufstieg der Umweltbewegung in den 1970er-Jahren.

Die SPD befindet sich im Jahr 2021 in der „schwerste[n] Krise ihrer langen, über 150-jährigen Geschichte". Zumindest in längerer historischer Perspektive ist ein kontinuierlicher Abwärtstrend, gemessen an den Wahlergebnissen, nicht zu leugnen: von ehemals 45,8% bei der Bundestagwahl 1972 zu 20,5% bei der Bundestagswahl 2017.[5] Diese diagnostizierte Krise hat, gerade mit Blick auf das Thema Umweltschutz, tiefere Gründe. Schon im April 1977 warnte der ehemalige Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler vor der Gefahr, die der SPD aus der Umweltbewegung zu erwachsen drohe. Auf einer energiepolitischen Fachkonferenz in Köln forderte er von Parteiführung und Bundesregierung ein Moratorium beim Neubau von Kernkraftwerken. Er argumentierte dabei mit ganz grundsätzlichen Überlegungen:

„Dann kam im Herbst 1973 der erste Schock. Es sah so aus, als seien wir gezwungen, gründlicher über den Weg unserer Industriegesellschaft nachzudenken. […] Aber es kam anders: In fast allen Industrieländern triumphierte die Angst von dem Nicht-Wachstum über die Angst vor dem ungezügelten Wachstum. […] Es bedurfte also eines zweiten Schocks, um das Nachdenken darüber in Gang zu setzen, wie wir denn nun leben wollten. Dieser zweite Schock waren die Bürgerinitiativen, vor allem in Wyhl und in Brokdorf. […] Heute brauchen wir Reformen, die darüber entscheiden, was wachsen soll und was nicht. […] Das Gespräch darüber muß geführt werden in unserer Partei, aber auch weit darüber hinaus. Wir Sozialdemokraten müssen die Anstöße geben und das Forum anbieten, auf dem ausgetragen wird, was Millionen von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes heute umtreibt, auch wenn sie es gelegentlich anders formulieren als wir."[6]

Auf dem Höhepunkt der innerparteilichen Kontroverse um die zivile Nutzung der Atomenergie sprach er damit die zentralen Probleme an, die mit dem Aufstieg der Ökologie verbunden waren: Als immer bedrohlicher wahrgenommene Umwelt-

[4] Zit. nach [o. V.], Nina Scheer und Karl Lauterbach: SPD muss Umwelt und Soziales vereinen, 30. 8. 2019, in: https://www.fr.de/meinung/spd-muss-partei-sein-umwelt-soziales-zusammenbringt-12955218.html (letzter Zugriff am 14. 10. 2020).

[5] Zitat bei Mielke/Ruhose, Selbstaufgabe, S. 8. Der Text dieses Buches wurde im Sommer 2021 fertiggestellt und berücksichtigt das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 nicht.

[6] AdsD, HSA (Helmut-Schmidt-Archiv), Sacharchiv, 1/HSAA007818, Grundsatzreferat Erhard Epplers auf der SPD-Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität" am 28./29. 4. in Köln, 28. 4. 1977, Bl. 2–11. Umfassen zitierte Archivdokumente nicht mehr als eine Seite oder bezieht sich die Fußnote auf das gesamte Dokument, wird zukünftig keine Blattzahl mehr genannt. Eppler bezeichnete die 1970er-Jahre mehrfach als „Zäsur", vgl. z. B. Eppler, Politik, S. 11.

schäden entwickelten sich zu einer neuen Krisenerfahrung der 1970er- und 1980er-Jahre, weshalb der bis dahin unumstößliche Grundwert des wirtschaftlichen Wachstums in die Kritik geriet. Zudem erkannte Eppler, dass zunehmend größere Teile der Bevölkerung solche Fragen in Bürger:inneninitiativen oder grünen Listen diskutierten, aber nicht mehr in der SPD.

Epplers Mahnrufe bewirkten nicht das, was die Sozialdemokratie benötigt hätte, um die Entstehung einer grünen Konkurrenzpartei zu verhindern. Dass der Umweltschutz binnen kürzester Zeit „zu einem selbstverständlichen Teilbereich der Problembearbeitungsroutinen unserer Gesellschaft" wurde, ist vor allem dem erfolgreichen *agenda setting* von Umweltbewegung und Grünen zu verdanken.[7] Die SPD hingegen erreicht schon seit Langem nicht mehr die Zustimmungswerte früherer Jahrzehnte.[8] Ihr Zustand scheint zudem symptomatisch für eine allgemeine Krise der Parteiendemokratie in Deutschland und besonders ihrer Volksparteien zu stehen.[9] Bei der Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019 erreichten SPD, Union, Grüne und die Freie Demokratische Partei (FDP) zusammen erstmals keine eigene Mehrheit mehr.[10] In historischer Perspektive erscheint dies auf den ersten Blick als Folge politischer und gesellschaftlicher Ausdifferenzierungs- und Individualisierungsprozesse, die schon in den 1970er-Jahren starteten. Seit der ersten Ölpreiskrise 1973 kam nicht nur der kontinuierliche Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit an sein Ende. Die Krise der Jahre 1973/74 brachte zudem ein bedeutsames psychologisches Resultat hervor: einen Bruch des Fortschritts-, Wachstums- und Zukunftsoptimismus der Nachkriegszeit.[11] Eine besondere und zentrale Weichenstellung dieser Zeit war die daraus resultierende Entwicklung der Umweltpolitik zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen. Die gewohnten politischen Parameter begannen sich zu verschieben, die „Ökologiefrage" erwies sich als neues „Jahrhundertthema, das in seiner weltweiten Bedeutung auf einer Ebene mit der sozialen Frage stand".[12]

Ökologie – von einer naturwissenschaftlichen Disziplin zur politischen Herausforderung

Für die liberalen Demokratien der westlichen Welt bedeutete diese „moderne ökologische Revolution"[13] jedoch mehr als nur ein Nachdenken darüber, wie sich um-

[7] Vgl. Engels, Inkorporierung, S. 81.
[8] Jun, SPD, S. 473 f.
[9] Vgl. u. a. ders., Repräsentationslücke, S. 95 f.
[10] [o. V.], Genau fünf Stimmen retten die FDP – Alle Ergebnisse und Grafiken im Überblick, 28. 10. 2019, in: https://www.welt.de/politik/deutschland/article201970802/Thueringen-Wahl-2019-Wahlergebnisse-und-Grafiken-im-Ueberblick.html (letzter Zugriff am 29. 10. 2019).
[11] Vgl. Seefried, Zukünfte, insb. S. 255–292. Zum Wechselspiel von ökonomischen und psychologischen Auswirkungen der Ölpreiskrise vgl. Plumpe, Ölkrise, S. 114.
[12] Herbert, Geschichte, S. 985.
[13] Judt, Geschichte, S. 557.

weltfreundlicher wirtschaften und konsumieren lässt. Indem der Wachstumskonsens der Nachkriegszeit aufbrach, schwand bei vielen Bürger:innen in der Bundesrepublik der Glaube daran, dass die repräsentative Demokratie der ökologischen „Krise" noch nach herkömmlichen Mustern Herr werden könnte.[14] Waren parlamentarisch ausgehandelte Kompromisse überhaupt noch angemessen, wenn es um vermeintlich nicht verhandelbare ökologische Notwendigkeiten geht? Dass sich ökologisch motiviertes Engagement seit den 1970er-Jahren zunehmend außerhalb der Parlamente, bei Großdemonstrationen und Protestveranstaltungen äußerte, ist ein Ausdruck des schwindenden Vertrauens in die Legitimität demokratischer Entscheidungen.[15]

„Ökologie" wird in dieser Arbeit daher als ein politischer Begriff verstanden und verwendet. Wenn Sozialdemokrat:innen über Umwelt und Ökologie sprachen, so verbanden sie damit ein spezielles Verständnis, das in vielen Fällen vom anfänglichen Bedeutungsgehalt abwich. „Ökologie" ist ursprünglich ein naturwissenschaftlicher Begriff, der die Lebensräume und Lebensbedingungen verschiedener Lebewesen und deren Beziehungen und Abhängigkeiten untereinander beschreibt. Er wurde erstmals 1866 vom Zoologen und Philosophen Ernst Haeckel verwendet und definiert als „die gesamte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Aussenwelt".[16] Diese primär biologische Deutung wurde seit den 1970er-Jahren jedoch zunehmend von einer politischen verdrängt und der Begriff der „Ökologie" konzentrierte sich mehr und mehr auf die Interaktion des Menschen mit seiner Umwelt, die weitgehende Umgestaltung der Umwelt durch ihn und die sich daraus ergebenden Folgen für die menschliche Lebenswelt.[17] Dabei ging es primär um die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts durch die menschliche Ausbeutung der Natur. Aus dem zunächst naturwissenschaftlichen Terminus „Ökologie" ist somit ein enorm normativer und damit polarisierender und politisierter geworden.[18] Dies wirkte sich nicht nur auf die naheliegende Aufwertung der Umweltpolitik aus, sondern auch auf andere Politikfelder. Zu nennen ist insbesondere die Energiepolitik, die zunehmend unter ökologischen Gesichtspunkten bewertet wurde und in dieser Arbeit als zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Umweltpolitik verstanden wird.

[14] Nolte, Demokratie, S. 280. Zur daran anknüpfenden zeitgenössischen Diagnose einer „Unregierbarkeit" in Folge einer vermeintlichen „Selbstüberforderung der demokratischen Regime" vgl. Wirsching, Preis, S. 311. Vgl. ferner Schanetzky, Ernüchterung, S. 242, 251; Metzler, Konzeptionen, S. 403 f. Die „Unregierbarkeitsthese" wurde auch in den Wissenschaften breit diskutiert, vgl. exemplarisch Hennis/Kielmansegg/Matz, Regierbarkeit.

[15] Vgl. Milder, Greening Democracy, S. 4 f.; Gaumer, Wackersdorf (2020), S. 191.

[16] Heckel, Morphologie, S. 286 f.

[17] Arndt, Melanie, Umweltgeschichte, Version: 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 10. 11. 2015, online unter: http://docupedia.de/zg/Arndt_umweltgeschichte_v3_de_2015 (letzter Zugriff am 10. 8. 2021).

[18] Vgl. als Überblick die begriffshistorischen Reflexionen in Soentgen, Feuermacher, S. 44–51 sowie ders., Ökologie, S. 7–13. Vgl. ferner Radkau, Ära, S. 24; Bick, Grundzüge, S. 1–7, insb. S. 6 f.

Vor allem vor der ökologischen „Wende“ von 1970 hatten sich sozialdemokratische Forderungen nach Emissionsreduktionen noch ausschließlich auf die menschliche Gesundheit beschränkt und waren damit nicht ökologischer oder umweltpolitischer Natur. So sprach beispielsweise schon das Godesberger Programm 1959 von drohenden Schäden durch „Technik und Zivilisation“. Der Schutz vor ihnen wurde jedoch als Aufgabe einer „umfassende[n] Gesundheitssicherung“ verstanden.[19] Auch später war die Ökologie in der SPD in erster Linie vom Menschen her gedacht. Darauf bezog sich auch der später ubiquitäre Terminus der „Lebensqualität“. In der Sozialdemokratie traf dieser Anthropozentrismus auf tiefe ideengeschichtliche Wurzeln, denn gemäß einem marxistischen Verständnis von „Natur“ besteht diese in kapitalistischen Gesellschaften vor allem aus den „unorganischen Bedingungen des menschlichen Daseins“ und damit letztlich aus Produktionsfaktoren.[20]

Deswegen war der tendenziell konservativ konnotierte „Naturschutz“ in der Sozialdemokratie so gut wie kein Thema und wird folglich in dieser Arbeit keine besondere Rolle spielen. „Naturschutz“ meint vor allem den Schutz und die Wiederherstellung von Lebensräumen von Tieren und Pflanzen um ihrer selbst willen, nicht aber den Schutz der Umwelt des Menschen, die nur einen, vom Menschen selbst geformten und ihn formenden, Teilbereich von „Natur“ darstellt.[21] Die Naturschutzbewegung hat Wurzeln bis in die Zivilisationskritik des 19. Jahrhunderts, in der sie vor allem von bürgerlichen Kreisen getragen war. Für diese war „Naturschutz“ ein Teil von „Heimatschutz“, dementsprechend stand er in Gegnerschaft zu den naturzerstörenden Auswirkungen des industriellen Kapitalismus. Der konservative Naturschutz versuchte eine heimatliche, „unberührte“ Landschaft vor Technisierung und industriellem Wachstum zu bewahren, die jedoch die elementare Lebensgrundlage der Arbeiterbewegung darstellten.[22]

Der Anthropozentrismus des modernen Ökologiebegriffs war nicht nur eine Herausforderung für die etablierten politischen Parteien wie die SPD, sondern zudem mit dem Aufstieg neuer politischer Akteur:innen aus der Umweltbewegung und einem vom klassischen konsensliberalen Politikmodell abweichenden Demokratieverständnis verbunden. Dies alles lud den Begriff der „Ökologie“ politisch extrem auf. Er stellte das bisher gängige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell infrage, propagierte aber auch neue Formen politischer Partizipation und Artikulation. Sprachen Sozialdemokrat:innen von „Ökologie“, verbanden sie damit also nicht nur eine wissenschaftliche und politisch-programmatische Herausforderung, sondern rezipierten damit auch den Wandel der politischen Kultur, den die Umweltbewegung und die Grünen in das politische System trugen.

[19] Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1959, S. 18. Vgl. außerdem Steinmetz, Landeskultur, S. 35 f.

[20] Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Artikel „Natur“, S. 925. Diese Deutung war auch in der DDR prägend, vgl. Huff, Natur, S. 424.

[21] Siemann/Freytag, Umwelt, S. 13.

[22] Vgl. Blackbourn, Natur, S. 66 f.; Bick, Grundzüge, S. 7; Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 156–160. „Arbeiterbewegung“, „Arbeiterpartei“ und „Arbeiterklasse“ werden als historisch feststehende Begriffe verstanden und daher nicht gegendert.

Unter diesem politisierten Ökologie-Begriff litten die politischen Parteien ganz besonders.[23] Nicht umsonst war die Idee der Basisdemokratie, wie sie in den neuen sozialen Bewegungen praktiziert wurde, gegen die Parteien als Trägerinnen der als zentralistisch und ineffektiv empfundenen Strukturen sowie das politische System als solches gerichtet.[24] Gerade die SPD als Regierungspartei spürte die Wähler:innenwanderung enttäuschter Sozialdemokrat:innen hin zu den Bürger:inneninitiativen, später zu den Grünen.[25] Die „Frontstellung zwischen Ökologie und Ökonomie sowie [die] Konfrontation zwischen dem Staat und Teilen seiner Bürger [als] Schlüsselkonflikte der 1970er" wurde zeitgenössisch als Resultat einer verfehlten sozialdemokratischen Politik wahrgenommen.[26] Somit befand sich die SPD bereits in den 1970er-Jahren in einer machtarithmetisch prekären Lage: Knapp 15 Jahre nach Godesberg war sie nicht mehr die Partei der Arbeiterklasse, aber nun genau so wenig eine Partei der „neuen" sozialen Bewegungen.[27]

Erhard Eppler sah schon 1977 die Gefahr, von dieser neuen politischen Konkurrenz überholt zu werden. Er forderte vor diesem Hintergrund nichts anderes als eine grundlegende Erneuerung der Sozialdemokratie.[28] Die Erkenntnis, dass sowohl der Umweltschutz als auch die Krise politischer Repräsentation ein Phänomen von Dauer sein werden, löste nicht nur bei ihm Rufe nach „programmatischer und organisatorischer Erneuerung"[29] der Volksparteien und des Parteiensystems im Allgemeinen aus – damals wie heute.[30] Das Ausmaß und die Form der „Ökologisierung" der Sozialdemokratie seit den 1970er-Jahren sollen in dieser Arbeit als Sonde dienen, um an ihrem Beispiel die Wandlungsfähigkeit politischer Parteien in der „Vorgeschichte der Gegenwart" unter die Lupe zu nehmen. „Umwelt" steht dabei als Chiffre für neue Verständnisse von Wachstum, Konsum und Energie in der „Ära der Ökologie",[31] für neue Formen politischen Handelns, aber auch für die Entstehung neuer, „alternativer" beziehungsweise „postmoderner" Werthaltungen, ein Aufbrechen des traditionellen Parteiensystems und damit der Bedingungen politischer Machtverteilung. Ein ökologisches Politikverständnis äußert

[23] Mit allgemeinem Bezug auf die neuen sozialen Bewegungen vgl. Gotto, Enttäuschung (2018), S. 324.
[24] Mende, Anti-Parteien-Partei, S. 313; Gotto, Enttäuschung (2014), S. 4. Zuletzt auch Raphael, Jenseits, S. 143 f.
[25] Heidemeyer, Bewegung, S. 72.
[26] Mende, Nicht rechts, S. 364.
[27] Schmidt, Bürger, S. 211 f.
[28] Besonders in der SPD ist der Ruf nach Erneuerung und Reform zu einer traditionellen Reaktion auf Wahlniederlagen und Zustimmungskrisen geworden. Vgl. u. a. Butzlaff/Micus/Walter, Spätsommer, S. 280.
[29] Vgl. Häusler, Traum, S. 178.
[30] Vgl. zuletzt die These Johano Strassers, dass „sich der ökosoziale Umbau unserer Gesellschaft als die große Chance zur Erneuerung" der SPD erweisen könnte. Strasser, Johano, Die Zukunft der SPD als sozialökologische Partei, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2. 12. 2019, online unter: https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/die-zukunft-der-spd-als-sozialoekologische-partei-2859/ (letzter Zugriff am 4. 1. 2020).
[31] Radkau, Ära.

sich außerdem auf einer habituellen und performativen Ebene: in alternativen Wegen, Politik und Partizipation auszuüben sowie in grundlegend anderen politisch-ideellen Leitbildern von Demokratie, Repräsentation und Legitimation.

In diesem Buch wird daher der Leitfrage nachgegangen, ob der Aufstieg der Ökologie mit all seinen politisch-programmatischen wie performativ-strukturellen Implikationen zu einer Erneuerung und einem Wandel der SPD in Zeiten einer vielfach konstatierten „Krise" politischer Parteien geführt hat. In welchen Bereichen war sie möglich und welche strukturellen, diskursiven und programmatischen Hürden standen dem im Wege? Davon leiten sich weitere Fragen ab: Wodurch wurde eine genuin sozialdemokratische Umwelt- und Energiepolitik charakterisiert? Wie wurde versucht, „Umwelt" in den traditionellen Grundwertekanon der Sozialdemokratie zu integrieren? Und welche Rolle spielten alternative Vorstellungen von Politik, Demokratie und Partizipation im Verhältnis zu den Grünen, ihren Wähler:innen und ihren Themen? Die Geschichte des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Ökologie zu untersuchen, ist damit nicht nur Teil der Erforschung der „Vorgeschichte" der Gegenwart. Im Sinne einer „Problemerzeugungsgeschichte" der Jetztzeit sucht sie nach Ursachen des so häufig konstatierten massiven Vertrauensverlustes in politische Parteien und das politische System der Bundesrepublik.

Gefangen in der „Krise": die SPD, die deutschen Parteien und der „Wandel des Politischen"

Die Betonung der historischen Verbindungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit ist in der aktuellen Zeitgeschichtsschreibung immer häufiger zu finden. Vor allem mit Blick auf die 1970er- und 1980er-Jahre spielt die Ökologie dabei eine nicht mehr wegzudenkende Rolle. Die gestiegene Sensibilität für ökologische Gefahren und der damit verbundene Vertrauensschwund in die repräsentative Demokratie werden vielfach als Symptome eines allgemeinen Bruchs des klassischen Fortschritts- und Modernitätsverständnisses gewertet. Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel vertreten die These, dass der sozio-ökonomische Strukturbruch der 1970er-Jahre einen „Epochenbruch" herbeiführte und damit die Zeit „nach dem Boom" von der Nachkriegszeit trenne.[32] Sie fügen sich damit in eine Reihe zahlreicher Versuche der Zeitgeschichtsschreibung ein, die 1970er-Jahre zu historisieren[33] und zugleich als Beginn einer bis heute dauernden Epoche aufzufassen[34] sowie die Zeit seit den 1970er-Jahren als „Vorgeschichte gegenwärtiger

[32] Doering-Manteuffel/Raphael, Epochenbruch, S. 25.
[33] Vgl. Anselm Doering-Manteuffels „Postulat der Historisierung" in Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 578. Vgl. zuletzt auch Voigt, Since the Boom.
[34] Jarausch, Strukturwandel, insb. S. 22; ders., Krise, S. 337. Ähnlich: Raithel/Rödder/Wirsching, Einleitung, S. 8 f. Vgl. in einer noch stärker internationalen Perspektive Ferguson, Crisis.

Problemkonstellationen“[35] beziehungsweise „Vorgeschichte der Gegenwart“ zu verstehen.[36]

Die Ökologiefrage selbst war und ist Teil dieses „Wandels von revolutionärer Qualität“.[37] Saurer Regen und Atomkraft wurden zu „Chiffre[n] für den [postmodernen] Paradigmenwechsel“[38] und die ökologischen Gefahren selbst Teil einer allgemeinen zeitgenössischen Krisenerfahrung.[39] Sozialwissenschaftliche Analysen aus den 1970er-Jahren konstatierten vielfach einen vermeintlichen Übergang zu einem „postindustriellen“ Zeitalter und den Beginn der „Postmoderne“ oder „zweiten Moderne“, gekennzeichnet von einem umfassenden „Wertewandel“ sowie einem Vertrauensverlust in die herkömmlichen Fortschrittsnarrative.[40] Zur Grunderfahrung dessen gehörte die Herausforderung des Parteiensystems durch außerparlamentarische Gruppen und Bewegungen ebenso wie eine Erschütterung des politisch-ideologischen Koordinatensystems der 1970er-Jahre.[41] Der Aufstieg der Grünen als bis dato „tiefgreifendste Veränderung“ des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland war das parteipolitische Resultat dieser Transformationsprozesse.[42]

Daraus ergab sich das Dilemma eines doppelten Spannungsfeldes, in dem keine Partei so gefangen war wie die SPD. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie waren traditionell *die* Verfechterinnen eines Emanzipationsmodells, das auf technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum basierte.[43] In inhaltlich-programmatischer Hinsicht befand sich die SPD damit in einem Spannungsfeld zwischen den Polen „Arbeit“ und „Umwelt“, das sich nur auflösen ließ, sollte sie eine politische Strategie finden, gleichzeitig sowohl die Umwelt zu schützen als auch die Wirtschaft anzukurbeln. Darüber hinaus kam mit der Entstehung einer großen außerparlamentarischen Bewegung und den von ihr vertretenen politischen Artikulations- und Handlungsformen ein zweites, performativ und organisationskulturell definiertes Spannungsfeld hinzu. Der Modus der „Bewegung“ drängt auf Erneuerungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch Formen kol-

[35] Vgl. Hockerts, Zeitgeschichte, S. 124.

[36] Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 29. Vgl. auch Bösch, Geteilt, S. 21; ders., Zeitenwende; Sarasin, 1977; Raphael, Jenseits, S. 476. Zuletzt wurde jedoch der Übergang zu den 1990er-Jahren stärker als (weitere) bedeutsame Zäsur der gegenwartsnahen Zeitgeschichte betont, vgl. u. a. Wolfrum, Aufsteiger, S. 12 und Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft, S. 458 f.

[37] Zuletzt: Raphael, Jenseits, S. 111–114, 472.

[38] Rödder, 21.0, S. 100.

[39] Zuerst bei Hobsbawm, Zeitalter, S. 503, 701. Ähnlich: Geyer, Kritik, S. 257, 270; Maier, Fortschrittsoptimismus, S. 2–7, 15 f. Vgl. mit Umweltbezug: Engels, Naturpolitik, S. 14; Brüggemeier/Engels, Kinderschuhe, S. 11–15.

[40] Jarausch, Strukturwandel, S. 9 f. unter Bezug auf Daniel Bell, Jean-François Lyotard und Ronald Inglehart. Vgl. Raithel/Rödder/Wirsching, Einleitung, S. 10; Rödder, Moderne, S. 182; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 5, 68–71.

[41] Mende, Nicht rechts, S. 1–3, 10; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 73–77.

[42] Wirsching, Abschied, S. 117. Vgl. in gesamteuropäischer Perspektive auch van Haute, Development, S. 167, 179.

[43] Seefried, Planung, S. 109.

lektiven Protestes außerhalb der institutionellen Kanäle der politischen Willensbildung und Einflussnahme. Bewegungen sind informell und antihierarchisch organisiert und wirken in erster Linie durch öffentlichen Druck. „Parteien" hingegen sind Zusammenschlüsse von Bürger:innen zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen in klar strukturierten Entscheidungsprozessen. Ihr maßgebliches Ziel besteht in der Besetzung von politischen Ämtern, sie sind „Machterwerbsorganisationen".[44] Die SPD, selbst entstanden aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, ist ein Musterbeispiel für die Transformation einer „Bewegung" zu einer straff organisierten „Partei".[45] Letztlich sollten sich auch große Teile der Umweltbewegung in Form der Grünen parlamentarisieren und institutionalisieren. Während der 1970er- und 1980er-Jahre war dieser Prozess jedoch noch im Gange und die SPD wusste insbesondere wegen der daraus erwachsenen organisations- und partizipationskulturellen Spannung vielfach nicht, wie mit der grünen Konkurrenz umzugehen ist.

Warum ist es überhaupt von historischem Interesse, sich mit den Auswirkungen des „Basisprozess[es] […] Strukturwandel"[46] auf eine politische Partei zu beschäftigen? Zum einen entspringt die Betrachtungsweise eines „Strukturbruchs" seit den 1970er-Jahren einer vorwiegend makroökonomischen Betrachtungsweise.[47] Der Staat und seine Akteur:innen spielen in dieser Erzählung eine untergeordnete Rolle, politische Entwicklungen und Transformationen erscheinen als Nebenfolgen der wirtschaftlichen Veränderungsprozesse und die Parteien als ihre abhängigen, im ständigen Niedergang befindlichen Variablen.[48] Inwiefern sie diese Transformationsprozesse selbst mitgestalteten, ist bisher kaum gefragt worden.[49] Gleichzeitig ist vor allem die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie lange Zeit als „klassische[] Organisationsgeschichte[] mit Selbstzweckcharakter" geschrieben worden, ohne analytischen Bezug zu ihrer Rolle in gesellschaftlichen Transformationsprozessen.[50] Neben Regierungen, Parlamenten und Behörden sind Parteien jedoch, als „entscheidende Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft", nach wie vor zentrale Institutionen im staatlichen und gesellschaftlichen

[44] Rucht, Dieter, Rechtspopulismus als Bewegung und Partei, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (2017) 2, online unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2017-2_rucht.pdf (letzter Zugriff am 3. 5. 2022). Vgl. ferner Armingeon, Parteien, S. 448 f.; Nolte, Demokratie, S. 356.

[45] Siri, Von der Partei zur Bewegung, S. 84. Vgl. zur Spannung beider Organisationsmodi mit direktem Bezug zur SPD in den 1970er-Jahren Faulenbach, Sozialdemokratie, S. 311 f.

[46] Raphael, Jenseits, S. 9. Vgl. auch Doering-Manteuffel, Geschichte, S. 342.

[47] Vgl. kritische Anmerkungen dazu u. a. in Geyer, Suche, S. 664, 648; Bösch, Boom, S. 375; Chassaigne, 1970s, S. 23.

[48] Vgl. zur schwindenden „Bindungskraft […] tradierter Parteienlandschaften" Reitmayer, Gewinner, S. 10.

[49] Vgl. z. B. den Abschnitt „Die ideen- und politikgeschichtlichen Zusammenhänge des Strukturbruchs" in Doering-Manteuffel/Raphael, Epochenbruch, S. 34–37.

[50] Vgl. mit Bezug auf die Gewerkschaftsgeschichte Voigt, Kapital, S. 31.

Machtgefüge.[51] Noch heute lässt sich die repräsentative Demokratie in Deutschland als eine „Parteiendemokratie" charakterisieren.[52]

Viele aber wähnen diese Parteiendemokratie aus verschiedensten Gründen in einer existenziellen Krise. Die Parteienkritik und die Kritik an der „Massendemokratie" haben in Deutschland eine lange Tradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht.[53] Vor allem seit den 1970er- und 1980er-Jahren aber ist der diagnostizierte Schwund an Vertrauen in die Legitimität (partei-)politischer Entscheidungen zu einem zentralen Topos in den Diskursen um die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme geworden. Fragmentierung und Destabilisierung seien die wichtigsten Charakteristika der gegenwärtigen Parteiensysteme in Westeuropa.[54] Zahlreiche Indizien scheinen die Kritiker:innen zu bestätigen: Die Anzahl der Nichtwähler:innen steigt konstant, ebenso wie die Anzahl populistischer Parteien, der Anteil an Stammwähler:innen sinkt kontinuierlich und die Erosion der beiden Volksparteien deutet eine umfassende Repräsentationslücke an. Vor allem der Niedergang der Volksparteien sei daher „unumkehrbar".[55] „Die Hochzeit der politischen Parteien", so der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel 2013, „ist mit dem 20. Jahrhundert zu Ende gegangen, und Ersatz ist für das 21. Jahrhundert nicht in Sicht."[56] Die deutsche Demokratie sei sogar, so Albrecht von Lucke 2019, angesichts des Schrumpfens der Volksparteien „völlig aus dem Lot geraten".[57]

Je omnipräsenter die Krisendiagnose ist, desto weniger scheint sie erklären zu können. Die „Krise" als Quellenbegriff muss nicht zwangsläufig Phänomene des Niedergangs beschreiben. Als Analysebegriff hingegen dient er vielfach zur Erklärung historischer Phänomene, die aus dieser „Krise" folgen, nicht aber dessen, was eigentlich als „Krise" bezeichnet wird.[58] Aufgrund dessen wird „Krise" in der jüngeren Historiografie mehr als „Wahrnehmungsphänomen" verstanden, das auf die „Kontingenz gesellschaftlicher Prozesse" verweist, und gerade nicht als empirischer Befund.[59] Zuletzt deutete sich die erfreuliche Entwicklung an, die Transformationen im politischen System nicht einfach nur als Niedergang zu werten, son-

[51] Wirsching, Preis, S. 318; Vgl. ferner Boyer/Kössler, Einführung, S. 11; Cavazza/Großbölting/Jansen, Einleitung, S. 9 f.
[52] Gatzka, Demokratie, S. 32.
[53] Vgl. Kruke, Demokratie, S. 31–39.
[54] Detterbeck, Parteien, S. 87. Vgl. ferner Wirsching, Geschichte, S. 107. Ähnlich: Mielke, Konflikte, S. 77; Gatzka, Demokratisierung, S. 155 f.
[55] Lösche, Ende, S. 10. Diese Prozesse stärker als Wahrnehmungsphänomene deutend: Conway, Fragile democracy, S. 422; Korte, Regieren, S. 58–61; von Alemann, Parteiensystem, S. 228–231.
[56] Merkel, Wolfgang, Krise? Krise!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 5. 2013, online unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/zukunft-der-demokratie-krise-krise-12173238.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (letzte Aktualisierung am 2. 1. 2020).
[57] von Lucke, Niedergang, S. 73.
[58] Graf, Rüdiger/Jarausch, Konrad H., „Crisis" in Contemporary History and Historiography, Docupedia-Zeitgeschichte, 27. 3. 2017, in: https://docupedia.de/zg/Graf_jarausch_crisis_en_2017 (letzter Zugriff am 2. 2. 2020).
[59] Vgl. Mergel, Einleitung, S. 10, 13.

dern als Folge eines in beide Richtungen offenen „Wandels des Politischen" seit den 1970er- und 1980er-Jahren, der in den umfassenden gesellschaftlichen und politischen Umbruch dieser Zeit eingebettet ist.[60] Insbesondere die Geschichtsschreibung zur Sozialdemokratie kann davon nur profitieren. Wenige Jahre nach dem Ende der rot-grünen Koalition schrieb der Politikwissenschaftler Franz Walter beispielsweise in für ihn gewohnt deutlichen Worten: „Schreibt man über die SPD, dann verfasst man die Geschichte eines Verlustes."[61] Es erscheint somit überaus gewinnbringend, gerade Parteien wie die SPD als Beispiele heranzuziehen, um diesen „Wandel des Politischen" auf seine empirische Relevanz, seine Form und seine Folgen für die bundesdeutsche Demokratie zu untersuchen.

Nach wie vor wiederholt sich Wahlabend für Wahlabend die Diagnose, dass keine andere Partei so sehr unter dem massiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel und einem radikalen Verlust des eigenen sozialmoralischen Milieus gelitten habe wie die SPD.[62] Von einer „Volkspartei" SPD könne, so meinen mittlerweile viele, gar nicht mehr gesprochen werden.[63] Der „Markt für sozialdemokratische Apokalyptiker" florierte schon immer prächtig,[64] was die Vermutung aufwirft, dass sich solche Urteile vielfach aus einer vorschnellen Übertragung der Strukturbruchthese und ihrer Begleiterscheinungen auf die Entwicklung der Parteien ergeben. Ein umfassender „Wertewandel" seit den 1960er-Jahren habe nämlich die Bindekraft materiell definierter politischer Konfliktlinien beziehungsweise *cleavages*[65] irrelevanter werden lassen.[66] Der aus der Politikwissenschaft stammenden Cleavage-Theorie entsprechend vollzieht sich politische Meinungsbildung in erster Linie anhand von gesellschaftlichen Konfliktlinien, die Interessens- und Wertgegensätze bestimmter Gruppen widerspiegeln – für die Sozialdemokratie war lange die Konfliktlinie zwischen „Kapital" und „Arbeit" maßgeblich. Aus

[60] Vgl. maßgeblich Woyke (Hrsg.), Wandel; Süß/Woyke, Schimanskis Jahrzehnt; Bösch, Krisenkinder, S. 40–42; Bösch/Gieseke, Wandel; Bösch, Zeitenwende, S. 12. Vgl. mit explizitem Bezug auf Parteien und Parteiensystem zuletzt Holzhauser/Lieb, Parteien und die darin versammelten Beiträge.

[61] Walter, Oligarchien, S. 302.

[62] Dies gilt nicht nur für die SPD, sondern für alle westlichen Arbeiterparteien, vgl. Wirsching, Demokratie, S. 122.

[63] Von Lucke, Niedergang, S. 75; Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 12. In internationaler Perspektive, die These eines unumkehrbaren Niedergangs aber kritisch hinterfragend: Butzlaff/Micus/Walter, Genossen. Darin insb. dies., Spätsommer, S. 271–273. Vgl. auch die Zusammenfassung entsprechender jüngerer politikwissenschaftlicher Analysen bei Grunden, SPD, S. 96. Zuletzt auch Lynen vom Berg, Niedergang, insb. S. 7–10, 19 f.

[64] Süß, Dietmar, 150 Jahre Krise, in: Die Zeit, 8. 3. 2018, online unter: https://www.zeit.de/2018/11/spd-demokratie-drittes-reich-marktwirtschaft-jusos-geschichte (letzter Zugriff am 18. 2. 2020).

[65] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Wahlverhalten: Faktor Konfliktlinien, 27. 9. 2012, in: http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145168/mb-03-08-wahlverhalten-faktor-konfliktlinien. (letzter Zugriff am 25. 12. 2019). Die bis heute einflussreiche *cleavage*-Theorie wurde in den 1960er-Jahren von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt. Vgl. Lipset/Rokkan, Cleavage Structures.

[66] Kitschelt, Transformation, S. 285, 298.

dem neuen, vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie habe sich nun aber eine neue Konfliktlinie gebildet, die sich durch das klassische Links-rechts-Schema nicht mehr greifen lässt.[67] Hinzu gekommen sei zudem, dass die hohen Wachstumsraten aus der Nachkriegszeit an ihr Ende gekommen seien, der Keynesianismus an Überzeugungskraft verloren habe und die weitere Pluralisierung der Gesellschaft sowie der postmaterielle Wertewandel die einstigen sozialmoralischen Milieus aufgelöst hätten, die die Machtbasis der Sozialdemokratie darstellten.[68]

Ein Großteil der Historiografie zur Sozialdemokratie orientiert sich deswegen bis heute an einer „nichtssagenden Formel" und „klare[n] Zweiteilung der Zeit, nämlich vor und nach dem ‚sozialdemokratischen Konsens', der bis in die 1970er Jahre existiert habe und dessen Verlust unsere Gegenwart präge".[69] Sie macht sich damit einen im parteieigenen Milieu bis heute stark verbreiteten Reflex zu eigen, den Wahlsieg Willy Brandts 1972 am Vorabend der Epochenschwelle „nach dem Boom" zum Maßstab des eigenen Erfolges oder Misserfolges zu machen.[70] In internationaler Perspektive kreist die Niedergangs- und Krisenerzählung der Sozialdemokratie ebenso meist um das Jahr 1973, als der erste Ölpreisschock das lang anhaltende Wirtschaftswachstum und damit den Schmierstoff sozialdemokratischer Politik versiegen ließ.[71]

Insofern ist es auf der einen Seite konsequent, dass gerade die Geschichtsschreibung zu Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie bislang vergleichsweise wenige Impulse zur Zeitgeschichtsschreibung nach 1970 geliefert hat.[72] Auf der anderen Seite ist es aber auch überraschend, denn ebenso ist es Konsens, dass die SPD seit dieser Zeit schließlich einem massiven „Umformungsprozess" unterlag und selbst „Forum der gesellschaftlichen Diskussionen über die Ziele des Wachstums, […] die Bedrohung der Umwelt […], die Gefahren der Kernenergie und eines durchgreifenden Wertewandels" war.[73] Angesichts dessen ist eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Ökologie ein überfälliger Teil der

[67] Vgl. Probst, Grüne (2013); Engels, Inkorporierung, insb. S. 94. Die These kritisch diskutierend und die Entstehung der Grünen in einen *cleavage* „Traditionalismus–Modernisierung" einordnend vgl. Mielke, Konflikte, S. 87–89. Klaus Detterbeck hingegen sieht die Konfliktlinie „Ökologische Intervention vs. Marktfreiheit" als Teil des Feldes sozioökonomischer Interessenkonflikte und betont damit ebenfalls, jedoch mit anderer Stoßrichtung wie Gerd Mielke, die grundsätzlichen Kontinuitäten der *cleavage*-Strukturen. Vgl. Detterbeck, Parteien, S. 71 f.

[68] Merkel, Ende, S. 14.

[69] Kritisch mit Bezug auf Tony Judt: Geyer, Ende, S. 83, 88. Vgl. auch ders., Gegenwart, S. 89–91.

[70] Vgl. beispielsweise Wettig, Reformen, S. 7: „Obwohl in den 1980er-Jahren bei Landtagswahlen verloren gegangene Positionen zurückerobert werden konnten […], erreichte die SPD den 1972 erreichten Stand nicht wieder". Klaus Wettig saß von 1979 bis 1994 für die SPD im Europäischen Parlament.

[71] Vgl. Exemplarisch Eley, Democracy, S. 406, 500 f.

[72] Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Einsichten, S. 20.

[73] Rudolph, Einleitung, S. 16 f. Ähnlich auch bei Faulenbach, Siebzigerjahre, S. 34.

eingangs beschriebenen „Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart“[74] beziehungsweise der „Vorgeschichte aktueller Problemkonstellationen“[75].

Weder eine reine Organisationsgeschichte noch eine klassische Politikfeldanalyse vermögen die Mannigfaltigkeit der skizzierten Herausforderungen zu fassen.[76] Vielmehr bedarf es dazu eines erweiterten Politikbegriffes. Das „Politische“ war, so die Schlussfolgerung der These eines „Wandels des Politischen“, nicht in der Krise, sondern änderte seine Form. Die europäischen Demokratien litten auf der einen Seite zwar unter einem Vertrauensverlust,[77] gleichzeitig fand vor allem in den 1970er-Jahren eine allgemeine Politisierung des Alltagslebens, ein „Vordringen der Parteiendemokratie in das Alltagshandeln“ der Bürger:innen[78] sowie eine „Gewichtsverschiebung […] zur Demokratie als Lebensform“[79] statt. Das „Politische“ als etwas zu verstehen, dessen Form und Bedeutungsgehalt stets von den handelnden Zeitgenoss:innen definiert und je unterschiedlich praktiziert wird, entspringt einer kulturhistorischen Perspektive auf die Politikgeschichte.[80] Die These eines „Wandels des Politischen“ knüpft also an bereits bestehende Diskussionen um eine „Neue Politikgeschichte“[81] beziehungsweise eine „Kulturgeschichte des Politischen“[82] an. Einen langfristigen „Wandel“ oder eine „Erneuerung“ der SPD unter ökologischen Vorzeichen erkennbar zu machen, wird also erst durch die kulturhistorisch inspirierte Perspektive einer „Fremdheit“ ermöglicht, die die Organisation SPD nicht als hermetisch abgeschlossene Institution, sondern als offenen sozialen Raum versteht.[83] Sie reagiert auf und interagiert mit den sich wandelnden „Bedingungen politischen Handelns“, also beispielsweise mit sich ändernden Themenrepertoires, politischen Mentalitäten oder Handlungsroutinen.[84]

In der jüngsten politischen Zeitgeschichtsschreibung gewinnt die Konzeptualisierung von „Politik als Kommunikationsprozess“[85] immer mehr an Gewicht. Ein jüngeres Beispiel für eine dementsprechend konzipierte parteiengeschichtliche Studie ist das Buch Jan Hansens zur Nachrüstungsdebatte in der SPD. Sie beschäf-

[74] Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 25.
[75] Hockerts, Einführung, S. VIII. Vgl. ferner ders., Problemlöser.
[76] Jüngere Beispiele aus der SPD-Geschichtsschreibung: Nawrat, Überraschungscoup; Herkendell, Deutschland.
[77] Chassaigne, 1970s, S. 22.
[78] Gatzka, Blüte, S. 201. Ähnlich: Süß/Woyke, Schimanskis Jahrzehnt, S. 299; Kruke/Kufferath, Einleitung, S. 3.
[79] Nolte, Westen, S. 285.
[80] Mergel, Kulturgeschichte, S. 188.
[81] Vgl. Frevert, Politikgeschichte; Steinmetz/Haupt, The Political; Weidner, Geschichte.
[82] Vgl. u. a. Stollberg-Rilinger, Kulturgeschichte; Mergel, Überlegungen.
[83] Weidner, Geschichte, S. 117 f. Vgl. ferner grundlegend Mergel, Überlegungen, S. 588–590; Landwehr, Diskurs, insb. S. 108; Mergel, Thomas, Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, Docupedia-Zeitgeschichte, 22. 10. 2012, online unter: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=92884 (letzter Zugriff am 20. 5. 2019). Zur Ergänzung um die Handlungsebene vgl. z. B. Reichardt, Praxeologische Geschichtswissenschaft, insb. S. 44 f., 52–56.
[84] Rohe, Politische Kultur, S. 333, 344.
[85] Steber, Hüter, S. 10.

tigt sich sowohl mit der *policy*-Ebene[86] sich wandelnder Sicherheitskonzeptionen in der Sozialdemokratie als auch mit der Inkorporierung von Sinndeutungs- und Handlungsformen aus der Friedensbewegung und dem Verhältnis der Partei zu außerparlamentarischen Kräften.[87] Auch in Bezug auf konservative Parteien ist, wie von Peter Beule, zuletzt hervorgehoben worden, welche Vorzüge eine „kulturgeschichtlich erweiterte[] Parteiengeschichtsschreibung" besitzt. Sie überwindet eine „deterministisch-fatalistische Sicht auf die Geschichte, die mit einer einseitigen Fokussierung auf ökonomische und technologische ‚Basisprozesse' als Antriebszentren historischen Wandels ebenso einhergehen kann wie mit einer Betonung rein systemisch-institutioneller Ursachen".[88]

Untersuchungszeitraum, Forschungsstand und Quellenlage

Der Untersuchungszeitraum der Arbeit ist bewusst lang gewählt und überschreitet die klassischen Zäsuren. Er versucht, Antworten auf die Frage zu finden, welche der Veränderungen nach 1970 langfristig die Parameter politischen Handelns verschoben haben.[89] Zudem liefert die lange Perspektive empirische Hinweise auf die Frage, wie das Ende des Ost-West-Konfliktes und die deutsche Wiedervereinigung in die skizzierten Transformationsnarrative einzuordnen sind.[90] Untersucht wird die Zeitspanne zwischen der Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 und der Bundestagswahl 1998. Schon die erste gemeinsame Regierung aus SPD und FDP 1969 signalisierte für viele einen Aufbruch, gar „das Ende der Nachkriegszeit und den Anfang einer Ära der ‚Erneuerung'".[91] Eine qualitativ neue Umweltpolitik sollte Teil dieser Modernisierungsbestrebungen sein. Zusätzlich fiel die Regierungsbildung zeitlich in etwa mit der umwelthistorischen Zäsur um 1970 zusam-

[86] Gemäß der klassischen politikwissenschaftlichen Differenzierung des Politikbegriffs in die Ebenen *polity* (Form und Handlungsrahmen), *politics* (Prozesse) und *policy* meint *policy* die inhaltliche Ebene, sprich Ziele, Aufgaben, Programme und Gegenstände der Politik. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Politisches System, o. D., in: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202096/politisches-system (letzter Zugriff am 25. 12. 2019).

[87] Hansen, Abschied.

[88] Beule, Weg, S. 527.

[89] Zur Frage der Binnendifferenzierung der Epoche „nach dem Boom" vgl. Schlemmer, Charme, S. 9–11.

[90] Diese Arbeit folgt daher dem Plädoyer Eckart Conzes, bundesrepublikanische Geschichte nicht zu stark mit einem Fluchtpunkt 1989/1990 zu schreiben. Vgl. Conze, Suche, S. 12–14. In der Zeitgeschichtsschreibung zur „Berliner Republik" wird zunehmend betont, dass 1989/90 nicht als zu starre Zäsur betrachtet werden sollte. Vgl. Epkenhans, Bundesrepublik Deutschland, S. 156; Stöver, Transatlantische Beziehungen, S. 134. Vgl. als moderate Gegenposition Manfred Görtemaker, der zwar Kontinuitäten über 1989/90 hinaus nicht verschweigt, aber doch festhält, dass es beispielsweise in der Außenpolitik und im Parteiensystem „grundlegende Veränderungen" gegeben habe. Görtemaker, Berliner Republik, S. 55–57.

[91] Jarausch, Umkehr, S. 194. Vgl. ferner Steber, Sorge, S. 230.

men.[92] Ferner betrat mit der Umweltbewegung als Teil der breiter gefassten „neuen sozialen Bewegungen" ein neuer politischer Akteur die Bühne. Mit der Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998 hingegen erhielten umwelt- und energiepolitische Fragestellungen für die SPD noch einmal eine ganz neue, im Regierungshandeln unmittelbare Relevanz. Dennoch soll 1998 als offener Endpunkt der Untersuchung und nicht als Vollendung einer zwangsläufigen Versöhnung von „Arbeit" und „Umwelt" verstanden werden.[93] Ebenso wenig ist die stärkere Annäherung an die Positionen der neuen sozialen Bewegungen seitens der SPD a priori als „indirekt[e] […] Vorbereitung des rot-grünen Projektes von 1998" zu deuten.[94]

Die SPD ist die am besten erforschteste unter den Parteien in Deutschland.[95] Die zahlreichen historisch fundierten Gesamtdarstellungen zeugen vom großen Interesse, das die Geschichtswissenschaft der SPD über lange Zeit entgegengebracht hat.[96] Liegen für die Jahre bis 1982 zahlreiche maßgebliche Arbeiten vor, hat die Intensität der Beschäftigung mit der SPD für die Zeit nach 1982 jedoch deutlich abgenommen.[97] Für die Phase der langen Opposition bis 1998 gibt es bislang nur Studien zu Einzelthemen, jedoch keine übergreifenden Synthesen.[98] Viele Studien und Aufsätze zur jüngeren Geschichte der SPD entstammen einem politikwissenschaftlichen Hintergrund und leiden an einem Mangel an quellentechnischer Tiefe.[99] Lediglich die Haltung der (West-)SPD in der Wiedervereinigung und ihr Zusammengehen mit der Schwesterpartei in der ehemaligen Deut-

[92] Vgl. dazu u. a. Hünemörder, 1972; Uekötter, Verflechtungen, S. 117; Brüggemeier/Engels, Kinderschuhe, S. 12; Radkau, Ära, S. 28–32.

[93] Die These, dass die Bildung der rot-grünen Koalition 1998 eine „historische Zäsur", ein „Meilenstein" oder gar die „Ausgipfelung des kulminierenden Strukturbruches" gewesen sei, mit dem die alte Bundesrepublik an ihr Ende kam, ist daher kritisch zu hinterfragen. Vgl. Wolfrum, Fortschritt, S. 272 f.; ders., Rot-Grün, S. 55–58, 715.

[94] Boll/Hansen, Doppelbeschluss, S. 225. Ähnlich, Rot-Grün als „generationelles Projekt" bezeichnend, basierend auf den „postmaterialistischen und kulturellen Politikerwartungen der späten 1960er und 1970er": Turowski, Reformdiskurse, S. 263. Ähnlich zuletzt bei Wolfrum, Aufsteiger, S. 29; Butzlaff/Walter, Mythen, S. 12.

[95] Vgl. den Literaturbericht bei Boyer, SPD, S. 42–49.

[96] Vgl. die maßgeblichen Überblicksdarstellungen Grebing, Geschichte; Potthoff/Miller, Geschichte; Faulenbach, Geschichte; Lösche/Walter, SPD; Walter, SPD. Zur Mitgliedschaft und Sozialstruktur vgl. Boyer, SPD. Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der SPD sind 2012/2013 weitere Überblicksdarstellungen erschienen, die jedoch weniger historische und quellentechnische Tiefe besitzen. Vgl. u. a. Brandt/Lehnert, Demokratie; Kruke/Woyke (Hrsg.), Sozialdemokratie; Faulenbach/Helle (Hrsg.), Menschen; Nahles/Hendricks (Hrsg.), Fortschritt.

[97] Vgl. vor allem die Titel der Reihe „Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945" im Verlag J. H. W. Dietz: Klotzbach, Weg; Schönhoven, Wendejahre; Faulenbach, Jahrzehnt. Zuletzt: Schildt/Schmidt (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Vgl. auch die „Chronik der deutschen Sozialdemokratie" aus dem gleichen Hause, die bislang nur bis 1990 reicht. Osterroth/Schuster, Chronik, Bände 2 bis 5.

[98] Vgl. u. a. Hansen, Abschied; Nawrat, Überraschungscoup; Herkendell, Deutschland; Gebauer, Richtungsstreit; Seiffert, Marsch.

[99] Exemplarisch herausgegriffen sei beispielsweise Häusler, Traum, das sich gänzlich auf publizierte Quellen stützt. Vgl. ferner Lösche/Walter, SPD; Heimann, Aufbruchstimmung; ders., SPD; ders., Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Nachtwey, Marktsozialdemokratie; Walter, Vorwärts; Reinhardt, Aufstieg.

schen Demokratischen Republik (DDR) sind historisch erschöpfend erforscht.[100] Ergänzt werden diese Beiträge durch eine Reihe von Biografien zu Spitzenpolitikern der Partei, die sich aber, mit der Ausnahme Erhard Epplers, meist nur am Rande mit der Ökologiefrage beschäftigen.[101]

Die umweltgeschichtliche Historiografie ist deutlich ausdifferenzierter und aktueller.[102] Die Thesen von der „Ära der Ökologie" oder einem „Zeitalter des Anthropozäns" unterstreichen die Rolle der Umwelt und des Umweltschutzes für die Geschichte des 20. Jahrhunderts.[103] Man kann, wie Eckart Conze, die Angst vor einer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als eine der zentralen Quellen von „Unsicherheit" in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert verstehen.[104] In eine ähnliche Kerbe schlägt Frank Biess, wenn er in seiner Studie über die „Republik der Angst" ein ganzes Kapitel der „[a]pokalyptische[n] Angst" in der Umwelt- und Friedensbewegung widmet.[105] Für Frank Uekötter ist die „Umweltgeschichte […] eine zentrale Dimension der deutschen Geschichte".[106] Gerade für die Zeit nach 1970 lässt sich die prominente Rolle der Ökologie im gesellschaftlichen und kulturellen Denken in der Bundesrepublik nicht mehr wegdiskutieren. In besonderem Maße gilt dies für die 1980er-Jahre.[107] Für die Zeit nach 1990 liegt jedoch noch keine vergleichbare Dichte an Untersuchungen vor.[108]

[100] Vgl. zuletzt Dubslaff, „Oser plus de social-démocratie". Außerdem u. a. Sturm, Uneinig; Gohle, SDP-Gründung.

[101] Vgl. u. a. Merseburger, Willy Brandt; Soell, Helmut Schmidt; Woyke, Helmut Schmidt; Kufferath, Peter von Oertzen; Schöllgen, Gerhard Schröder; Abelshauser, Wirtschaftswunder zu Hans Matthöfer; Faerber-Husemann, Querdenker zu Erhard Eppler.

[102] Vgl. zuletzt Uekötter, Strudel.

[103] Radkau, Ära; McNeill/Engelke, Mensch; Iriye, Einleitung, S. 11–14. Vgl. ferner als grundlegende Überblicke u. a. McNeill, Environment; ders., Blue Planet; Radkau, Natur; Isenberg (Hrsg.), Handbook; als Forschungsüberblick zuletzt Haumann, Nachhaltigkeit. Vgl. zeitgenössisch aus dem SPD-Kontext: „Wir sind endgültig in das Zeitalter der Ökologie eingetreten." Strasser, Zeit, S. 12.

[104] Conze, Suche, S. 571.

[105] Biess, Republik, S. 359–411.

[106] Uekötter, Deutschland, S. 17 f. Vgl. auch maßgeblich Engels, Naturpolitik; Hünemörder, Frühgeschichte; Uekötter, Rauchplage; ders., Umweltgeschichte; Brüggemeier/Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz; Müller, Innenwelt; Schulz-Walden, Anfänge.

[107] Vgl. Uekötter, Deutschland; ders., Ende; Radkau/Hahn, Aufstieg; Brüggemeier, Tschernobyl; Metzger, Wald; Metzger/Bemmann/von Detten (Hrsg.), Ökologische Modernisierung; Borowy, Sustainable development. Für den Bereich der Kernenergienutzung im Speziellen und die Ökologisierung der Energiepolitik im Allgemeinen vgl. zuletzt auch Augustine, Technocracy; Bösch, Taming; Graf, Öl; Gross, Energy; Oberloskamp, Energiewende. Für den Versuch, eine Geschichte der deutsch-deutschen Teilung aus einem umwelthistorischen Blickwinkel zu schreiben, vgl. zuletzt Eckert, West Germany.

[108] Vgl. bislang etwa Edenhofer/Jakob, Klimapolitik. Vgl. ferner die Arbeiten, die innerhalb des Leibniz-Projektverbundes „Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Diskurse und Praktiken seit den 1970er Jahren" am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, der Universität Augsburg, dem Herder-Institut in Marburg und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen entstehen: [o. V.], Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Diskurse und Praktiken seit den 1970er Jahren, o. D., in: https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-nachhaltigkeiten/ (letzter Zugriff am 11. 12. 2020).

Obwohl sich mittlerweile eine spezifische Umwelt- und Umweltpolitikgeschichtsschreibung etabliert hat, werden politische Akteur:innen dabei in der Regel nicht groß ausdifferenziert. Für den Fall der SPD liegen zwar einige wenige Beiträge vor, die sich dem Thema widmen, allerdings in nicht wenigen Fällen aus der Feder von Beteiligten und unmittelbar Beobachtenden.[109] Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Umweltbewegung rief in den Politik- und Sozialwissenschaften zwar schon zeitgenössisch viel Aufmerksamkeit hervor, nicht zuletzt mit Beginn erster rot-grüner Koalitionen auf Landes- und kommunaler Ebene in den 1980er-Jahren. Diese Studien sind von der jüngeren Geschichtswissenschaft bisher jedoch noch nicht um eine quellenbasierte Einbettung in den historischen Kontext ergänzt worden. Auch in diesen Fällen liegt ein grundlegendes Problem in der Zeitzeug:innenschaft, ja Beteiligung mancher Autor:innen an den historischen Prozessen.[110]

Eine parteihistorische Untersuchung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass die Parteienforschung in letzter Zeit überwiegend dem Feld der Politikwissenschaften überlassen worden ist.[111] Jüngere Versuche aus der Geschichtswissenschaft, die historische Parteienforschung wiederzubeleben und systematisch zu erschließen, liefen meist ins Leere, wiesen einen Mangel an konzeptionellen Fragestellungen auf oder hatten nicht den Anspruch, die Entwicklung der Parteien in konsequenten Bezug zu den politischen und sozioökonomischen Veränderungen seit den 1970er-Jahren zu setzen.[112] Bezogen auf einzelne Parteien stellen die Grünen eine Ausnahme dar, liegen hier doch mittlerweile Standardwerke zu ihrer Entstehung vor, die diese als Nebenfolge der Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte und als, in den Worten Silke Mendes, „Symptom für einen Umbruch in der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung, wenn nicht sogar in der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft" verstehen.[113]

Zu anderen Parteien liegen für die vergangenen Jahrzehnte weit weniger historische Studien vor.[114] Sehr viel größer und lebendiger ist hingegen das Feld der Bewegungs- und Protestforschung, das die Erweiterung des klassischen Sets politischer

[109] Brüggemeier, Erfolg; ders., Energieversorgung; ders., Sozialdemokratie; von Oppeln, Diskussion; Kunz (Hrsg.), Ökologie; Häusler, Traum.

[110] Vgl. u. a. Meng/Bullmann, Modell; Zeuner/Wischermann, Rot-Grün; Reents u. a. (Hrsg.), Es grünt so rot; von Oertzen, SPD und Grüne; Markovits/Gorski, Grün.

[111] Grundlegend zur politikwissenschaftlichen Parteienforschung in vergleichender Form Sartori, Parties. Vgl. zuletzt für das deutsche Parteiensystem Niedermayer (Hrsg.), Handbuch; Koß, Demokratie.

[112] Vgl. zuletzt Cavazza/Großbölting/Jansen (Hrsg.), Massenparteien; Boyer/Kössler (Hrsg.), Handbuch; Mittag/Steuwer, Parteien; Mittag (Hrsg.), Parteienkooperation; ders. (Hrsg.), Parteien.

[113] Mende, Anti-Parteien-Partei, S. 276 f. Vgl. auch dies., Nicht rechts, S. 486 f., 491; dies., Alternative; dies., Partei; Heidemeyer, Grüne, S. XI; Hölscher/Kraatz (Hrsg.), Grüne; Gieseke/Bahr, Staatssicherheit; Boyer, Grüne, insb. S. 947; Hoffmann, Vereinigung, S. 947. Vgl. ferner die politikwissenschaftlichen Standardwerke Raschke (Hrsg.), Grüne sowie ders. (Hrsg.), Zukunft.

[114] Vgl. z. B. Bösch, Macht; Holzhauser, Nachfolgepartei; ders., Niemals mit der PDS?.

Partizipation und eine steigende Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen, basisdemokratischer Protestformen und alternativer Lebensstile in den Vordergrund rückt. Schon zeitgenössisch waren erhebliche Bemühungen erkennbar gewesen, die Bewegungsforschung als eigenes Forschungsfeld zu etablieren, vor allem in der Soziologie und der Politikwissenschaft.[115] Viele ihrer Vertreter waren selbst in den erforschten Bewegungen aktiv gewesen.[116] Die Bewegungsforschung erfreut sich einer ungebrochenen Aufmerksamkeit, der „Konflikt zwischen Staat und Zivilgesellschaft" ist nach wie vor, ganz anders als die Parteiengeschichte, „ein Lieblingsthema der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung".[117]

Die wichtigste Quellengrundlage der vorliegenden Untersuchung bilden die Bestände im SPD-Parteiarchiv, dem Archiv der sozialen Demokratie (AdsD). Dort liegen die Aktenbestände des Parteivorstandes, seiner Referate und Arbeitsgruppen sowie zahlreicher Untergliederungen bis hinunter auf Ortsvereinsebene. Hierbei waren vor allem die Bestände des Umweltreferates beim Parteivorstand, der verschiedenen Vorstandssekretariate, die Protokolle der obersten Parteigremien sowie der umweltpolitischen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion von besonderer Bedeutung. Hinzu kommen zahlreiche Nachlässe zentraler Akteur:innen wie beispielsweise Helmut Schmidt, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler, Liesel Hartenstein oder Harald B. Schäfer. Besonders für die 1990er-Jahre, in denen die Tiefe der Verzeichnung im AdsD spürbar abnimmt, waren die Überlieferungen im Archiv Grünes Gedächtnis bei der Heinrich-Böll-Stiftung (AGG) von großer Hilfe. Für die Rolle Helmut Schmidts stellten seine privaten Bestände im Helmut-Schmidt-Archiv (HSA) eine aufschlussreiche Ergänzung dar. Um das sozialdemokratische Handeln in Regierungsverantwortung auf Bundesebene bis 1982 besser verstehen zu können, wurden aus dem Bundesarchiv Koblenz (BArch) zusätzlich die Bestände des Kanzleramtes, des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Forschung und Technologie herangezogen. Die Frage, wie stark und vor allem welche Sozialdemokrat:innen an den außerparlamentarischen Aktionen der Umweltbewegung beteiligt waren, konnte durch die Sichtung der Bestände im APO-Archiv der Freien Universität Berlin (FU Berlin, UA, APO-S) klarer beantwortet werden.

Hinzu kommt eine große Fülle publizierter Quellen. Im parteienhistorischen Kontext waren dabei vor allem die Protokolle der SPD-Parteitage, die SPD-Jahr-

115 Vgl. u. a. Roth/Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen; Rucht, Modernisierung; Raschke, Soziale Bewegungen; Brand, Neue soziale Bewegungen.

116 Vgl. dazu Gassert, Kapitel, S. 98.

117 Uekötter, Kanal, S. 14. Vgl. als Beispiele zuletzt u. a. Reichardt, Authentizität; Reichardt/Siegfried (Hrsg.), Alternatives Milieu; Roth/Rucht (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland; Rucht (Hrsg.), Protest; Gassert, Gesellschaft; Mittag/Stadtland (Hrsg.), Ansätze; Berger/Nehring (Hrsg.), History; Kasper, Spontis. Speziell zu Umwelt- und Friedensbewegung u. a. Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und Protest; Schramm, Evangelische Kirche; Schüring, „Bekennen gegen den Atomstaat"; Schregel, Atomkrieg.

bücher sowie verschiedene Einzelveröffentlichungen und Memoiren relevant.[118] Zahlreiche Positionspapiere sowie die Berichte der verschiedenen Kommissionen des Parteivorstandes wurden als graue Literatur veröffentlicht. Die aktuelle Tagespresse war von unschätzbarem Wert, um öffentliche Kontroversen nachvollziehen zu können, die sich sonst vielfach nur in äußerst geglätteter Protokollsprache rekonstruieren lassen. Dies wurde in erster Linie durch die Auswertung zahlreicher Presseausschnittssammlungen möglich. Exemplarisch sind dabei die Bestände im Petra-Kelly-Archiv im AGG sowie die Bestände zur Anti-AKW-Bewegung im APO-Archiv zu nennen. Viele regierungsamtliche und parlamentarische Vorgänge konnten durch die Drucksachen des Bundestages nachvollzogen werden. Ergänzend wurden Interviews mit beteiligten Akteur:innen geführt, nämlich mit Johano Strasser, Volker Hauff, Jo (Josef) Leinen, Monika Griefahn, Christoph Zöpel, Gerd Oelsner, Hans-Jochen Vogel und Joachim Spangenberg.

Zugriff, Struktur und vorläufige Thesen

In ihrer Struktur verfolgt diese Untersuchung einen doppelten Ansatz: Neben chronologisch angelegten Kapiteln werden die Erkenntnisse zu verschiedenen übergreifenden Fragestellungen in thematisch orientierten Kapiteln gebündelt. Begonnen wird mit Betrachtungen über die formative Phase des sozialdemokratischen Umweltschutzes während der sozial-liberalen Koalition, in der die Grundlagen für die Entwicklung einer genuin sozialdemokratischen Konzeption von Umweltpolitik gelegt wurden, die sich innerparteilich zunächst aber kaum entfalten konnten. Dabei wird sich zeigen, dass der Startpunkt der sozialdemokratischen Umwelt-Diskussion gerade nicht in den berühmten Worten Willy Brandts vom „blauen Himmel über der Ruhr" zu finden ist, sondern in den kontroversen Auseinandersetzungen um die sogenannten „Grenzen des Wachstums" und die Nutzung der Kernenergie, die die SPD an den Rand der Spaltung brachten (II.).

Ein systematisch angelegtes Kapitel widmet sich anschließend den Reaktionen der SPD auf die performative Ebene ökologischer Politik und auf ihre Akteur:innen, sprich auf Bürger:inneninitiativen, Umweltverbände und die frühen Grünen sowie deren Ideen von Basisdemokratie, Partizipation und alternativen Demokratiekonzepten. Zwar liberalisierte sich das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Vertreter:innen von Umweltbewegung und Grünen mit der Zeit merklich, eine grundlegende Differenz zwischen dem vernunft- und effizienzorientierten Politikansatz der SPD und dem emotionalisierenden der Umweltbewegung konnte und wollte aber vielfach nicht überbrückt werden (III.).

Im Anschluss daran wird die „ökologische Wende" der SPD nach dem Machtverlust ab 1982 untersucht. Das Kapitel wird die nicht zu unterschätzende Bedeu-

[118] Vgl. u. a. die Memoiren Vogel, Nachsichten; Brandt, Erinnerungen; Schmidt, Weggefährten; Lafontaine, Herz; Schröder, Entscheidungen; Apel, Abstieg; Eppler, Links leben; Glotz, Heimat; Hauff, Global denken; Fuchs, Mut.

tung der Zäsur 1982/1983 betonen, aber ebenso die These eines radikalen, „postmaterialistischen" Politikwechsels nach dem Sturz Helmut Schmidts relativieren. So basierte das Konzept der „ökologischen Modernisierung", das Mitte der 1980er-Jahre entwickelt wurde, auf programmatischen Prämissen und persönlichen Netzwerken, die ihren Ursprung in den Kontroversen vor 1982 hatten. Was vor allem als innerparteilicher Kompromiss in die eigenen Parteistrukturen hinein gerichtet war, blieb jedoch nicht ohne Widersprüche, was sich im Umgang mit der Kohlepolitik wie auch den Koalitionsstrategien in dieser Zeit zeigen sollte (IV.).

Ein weiteres Kapitel untersucht die Art und Weise, wie Umweltpolitik in der SPD organisiert wurde und wer ihre treibenden Kräfte waren. Dabei stehen vor allem das Zusammenspiel der verschiedenen Partei- und Akteursebenen und die Handlungsspielräume der Ökolog:innen in der SPD im Zentrum der Analyse. Sie orientiert sich an der in der Politikwissenschaft gängigen Unterteilung in die „party on the ground", also die Mitgliederbasis, die „party in central office", also die Führungsgremien und den hauptamtlichen Parteiapparat an der Spitze sowie in die „party in public office", die vor allem die Vertreter:innen einer Partei in Parlamentsfraktionen und Regierungsämtern umfasst.[119] Das Kapitel wird zeigen, dass es gerade der ursprüngliche Erfolg der „party on the ground" war, der langfristig die „party in central office" stärkte. Da sich ökologisches Expert:innentum in der SPD aber auf vergleichsweise wenige Personen beschränkte, die sehr unterschiedliche politische und soziale Hintergründe aufwiesen, waren die geschaffenen Strukturen nicht stark genug, um eine dauerhafte Etablierung der Ökologie innerhalb des sozialdemokratischen Wertehorizonts garantieren zu können (V.).

Dem folgt ein Abschnitt zur Hochphase sozialdemokratischen Umweltschutzes in den Jahren um 1990, als sich die SPD, personifiziert durch ihren Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine, trotz der deutschlandpolitischen Umwälzungen in der Umweltfrage so stark positionierte wie nie zuvor. Lafontaine nutzte die programmatischen Vorarbeiten aus den 1980er-Jahren und entwickelte das Konzept der „ökologischen Modernisierung" zur „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft" weiter. Der Primat der Ökologie in diesen Jahren wird zudem dadurch unterstrichen, dass eine zunehmend deutlichere marktwirtschaftliche Akzentuierung des sozialdemokratischen Profils diese Ökologisierung nicht behinderte, sondern sich beides gegenseitig befruchtete (VI.).

Angesichts dessen drängt sich die Frage auf, warum sich die SPD gerade in den 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre dem Umweltthema so stark widmete – lag es an einer „Postmaterialisierung" sozialdemokratischer Politik in dieser Zeit, auf die dann eine „Ökonomisierung" und „Neoliberalisierung" folgte? Im darauffolgenden systematischen Kapitel wird die grundlegende Spannung zwischen den Polen „Arbeit" und „Umwelt" näher untersucht und gezeigt werden, dass nicht

[119] Vgl. zusammenfassend Decker, Frank, Politische Parteien: Begriffe und Typen, 1. 9. 2020, in: https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/begriff-und-typologien (letzter Zugriff am 12. 11. 2020). Die Unterscheidung geht auf Richard S. Katz und Peter Mair zurück, vgl. Katz/Mair, Evolution.

der Gegensatz, sondern die systematische Verbindung beider Werte Kernaxiom sozialdemokratischer Umweltpolitik war. Sie blieb, wenn auch differenzierter als vor der ökologischen Wende, auf den technischen Fortschritt und einen positiven Blick auf die Zukunft angewiesen. Dementsprechend verstand sich die SPD nach wie vor nicht als zweite „grüne", sondern als linke Volkspartei. So schwammig dieser Begriff war, so deutlich blieb trotzdem, dass die „postmaterialistischen" Wähler:innenschichten zwar eine Ergänzung, aber keine Kerngruppe dieser angestrebten linken Mehrheit darstellen sollten (VII.).

Ein letztes, chronologisch angelegtes Hauptkapitel widmet sich dem graduellen Wandel sozialdemokratischer Umweltschutzkonzepte und Koalitionsstrategien während der Debatte um den „Standort Deutschland". Die Umweltpolitiker:innen der Partei entwickelten ihre Konzepte zwar stetig weiter, diese wurden unter dem Eindruck der vereinigungsbedingten Wirtschaftskrise und des sich verschärfenden internationalen Konkurrenzdrucks aber zunehmend zu technologiepolitischen Zwecken instrumentalisiert. Die Debatten um rot-grüne Koalitionen verloren in dieser Zeit daher immer stärker an Relevanz. Am Vorabend der rot-grünen Koalition war der ökologische Elan in der SPD bei Weitem nicht mehr so hoch wie noch zehn Jahre zuvor und die Koalitionsfrage daher so offen wie noch nie. Hauptziel war nicht, die „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" einzuführen, sondern die Regierung Helmut Kohls abzulösen (VIII.).

Abschließend soll ein Fazit gezogen und der Frage nachgegangen werden, wie groß der Einfluss ökologischen Denkens, von Wachstumskritik, von Forderungen nach demokratischer(er) Partizipation und des Aufbrechens des traditionellen Drei-Parteien-Systems auf die „alte Tante SPD" eigentlich war. Unter dem Strich bleibt dabei die Erkenntnis, dass der integrale Anspruch der „ökologischen Modernisierung", Umweltpolitik als vorsorgende Industrie- und Strukturpolitik zu verstehen, zwar ein Fortschritt in der programmatischen Entwicklung der SPD war, aber letztlich ganz grundsätzliche Dilemmata nicht lösen konnte. Das Bemühen, „Arbeit" und „Umwelt" miteinander zu verbinden, zog die Notwendigkeit einer permanenten Abwägung beider Ziele nach sich. Die SPD war nicht die Partei der Umwelt, sondern verstand sich weiterhin als Partei der Arbeit. Deshalb blieb der Umweltschutz für sie ein Ziel, das systematisch an das der Vollbeschäftigung und sozialen Gerechtigkeit gekoppelt, ja diesem bisweilen untergeordnet war. Was mit „Arbeit *und* Umwelt" betitelt wurde, strebte de facto „Arbeit *durch* Umwelt" an. Weitere Kontinuitäten zeigten sich auch in politisch-kultureller Hinsicht: Die SPD forderte den Grünen und der Umweltbewegung stets mehr Anpassungen an den liberalen Konsens der Bonner Republik ab, als dass sie sich selbst bewegungsorientierte Politikformen zu eigen machte.

Dies hatte zwar zur Folge, dass ein großer Teil des ökologisch sensibilisierten Wähler:innenpotenzials an die Grünen verloren ging. Gleichzeitig stellte das Konzept der „ökologischen Modernisierung" für viele Genoss:innen, denen der Schutz der Umwelt am Herzen lag, einen mehr oder weniger erfolgreichen Kompromiss dar. Vieles deutet letztlich darauf hin, dass die so oft diagnostizierte „Krise" des deutschen Parteiensystems weniger Ausdruck einer existenziellen Gefahr für das

Organisationsmodell der „Partei" ist. Gemäß dem Konzept der „Pfadabhängigkeit", das betont, wie stark Ereignisse und Prozesse in der Vergangenheit Strukturen schaffen, die Handlungsoptionen in der Gegenwart minimieren und damit zukünftiges Handeln beeinflussen,[120] kann den Kontinuitäten in der Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland vielmehr eine stabilisierende Wirkung innewohnen. Zwar scheint das Modell der „Volkspartei" in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Pluralisierung an seine Grenzen zu kommen. Die nach wie vor hohe Anziehungskraft und Leistungsfähigkeit des Parteiensystems relativiert jedoch die Vorstellung eines „Strukturbruchs", der auf die ökonomischen Wandlungsprozesse der 1970er-Jahre beinahe zwangsläufig eine Erosion der repräsentativen Demokratie und ihrer prägenden politischen Leitvorstellungen folgen ließ (IX.).

[120] Gerschewski, Pfadabhängigkeit, S. 234 f.

II. „Nicht jeder Sieg ist ein Gewinn." Das Ende des Energie- und Wachstumskonsenses 1969–1982

1. Die SPD und die Grenzen der Wachstumskritik: sozialdemokratischer Umweltschutz zwischen Reformeuphorie und Wirtschaftskrise

Vom „blauen Himmel" zu den „Grenzen des Wachstums", oder: Wann begann die Ökologiediskussion in der SPD?

Umweltpolitik als ein politisches Feld, das über den traditionellen Naturschutz hinausgeht, begann sich im Übergang der 1960er- zu den 1970er-Jahren zu entwickeln. Die sozial-liberale Regierung war die erste, die gesamtstaatliche Maßnahmen in der Umweltpolitik auf den Weg brachte. Der Kanzler Willy Brandt selbst gilt dabei als eine treibende Kraft. Bis heute oft zitiert – sowohl in der Forschung als auch in der innersozialdemokratischen Traditionsbildung –[1] sind die Aussagen Brandts im Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1961: „‚Reine Luft', ‚reines Wasser' und ‚weniger Lärm' dürfen keine papierenen Forderungen bleiben. […] Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden!"[2] Jedoch taugt diese Aussage kaum als Indiz für einen ökologisch motivierten Paradigmenwechsel.[3] Denn erstens stand hinter dieser Aussage kein konkretes politisches Programm, und zweitens war sie primär gesundheitspolitisch motiviert – im dazugehörigen Wahlwerbespot wurde Brandt im Gespräch mit einem Arzt gezeigt.[4] Zudem wurde Brandt dafür zunächst eher belächelt, und in den Folgejahren schenkte er dem Thema keine größere Beachtung mehr. Dies galt nicht nur für ihn: Bis zum Beginn der sozial-liberalen Regierung gab es nur sehr wenige Initiativen der SPD-Fraktion, die sich in der Regel auf Einzelmaßnahmen gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser bezogen.[5]

[1] Vgl. exemplarisch Andreas Rödder: „Der blaue Himmel über der Ruhr wurde zum Sehnsuchtsort der späten Industriemoderne." Rödder, 21.0., S. 75 sowie Schwarzelühr-Sutter, Klimapolitik, S. 4; Hauff, Global denken, S. 139. Zur Bedeutung von Brandts Aussagen für die innerparteiliche Traditionsbildung vgl. Lieb, Himmel, S. 6 f.

[2] Vorstand der SPD (Hrsg.), Regierungsprogramm 1961, S. 25. Vgl. dazu auch Brüggemeier/Rommelspacher, Blauer Himmel, S. 66.

[3] Beispielsweise in Münkel, Einleitung (2000), S. 40. Vgl. auch zuletzt Diebold-Napierela/Bodenstab, Geschichte, S. 89. Dort, mit Bezug auf die Worte Brandts: „Dabei widmete sich die SPD schon seit den 1960er-Jahren verstärkt auch ökologischen Fragen."

[4] AdsD, Film-, Video- und Tonsammlung, 6/AVM0000188, „Auf ein Wort", SPD-Wahlwerbespot für die Bundestagswahl 1961. Vgl. zur gesundheitspolitischen Dimension des frühen Umweltschutzes Huff, Natur, S. 258.

[5] Vgl. Brüggemeier, Sozialdemokratie, S. 409; ders., Erfolg, S. 198 f.; Müller, Innenwelt, S. 51 f., 55; Uekötter, Ende, S. 79; Steinmetz, Landeskultur, S. 34 f. Vgl. auch Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Wahlprogramm 1980. Darin war der Umweltschutz keiner

Zwar reichen die Wurzeln der Umweltbewegung bis ins 19. Jahrhundert zurück, und auch in den 1950er- und 1960er-Jahren wurden auf staatlicher Ebene vermehrt Maßnahmen gegen die Verschmutzung von Luft und Gewässern ergriffen.[6] Aber erst ab etwa 1970 brach eine „ökologische Revolution" aus,[7] die ein ganzheitliches, systemisches Verständnis von Umweltschutz hervorbrachte, das die Interaktion von Mensch und Umwelt an sich problematisierte.[8] „Umwelthistorisch", so Frank Uekötter, „leben wir seit 1970 in einer neuen Welt".[9] Der Umweltschutz war aber zunächst kein Thema der politischen Linken.[10] Das lag auch an den Traditionslinien der frühen Umweltbewegung: Der traditionelle Natur- und Umweltschutz war oft eng verbunden mit einer primär konservativen Kultur- und Konsumkritik und verstand sich in erster Linie als „Heimatschutz". Dies begann sich mit der Entstehung der neuen Umweltbewegung um 1970 zwar zu verändern, für die Studierenden- und 68er-Bewegung hatte die Umweltzerstörung aber zunächst, ebenso wie für die Jungsozialist:innen in der SPD, kaum eine Relevanz besessen.[11] Es waren andere Gruppen, aus denen sich die neue Umweltbewegung speiste: Seit 1970 schossen in Westdeutschland neue, umweltpolitisch motivierte Bürger:inneninitiativen aus dem Boden, die sich 1972 unter dem Dach des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammenschlossen.[12]

Zwar betonte Brandt in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag 1969, dass die Umweltpolitik einen Schwerpunkt in der Arbeit der neuen Bundesregierung darstellen sollte,[13] doch die Impulse dafür kamen weniger von der SPD als von der FDP.[14] Eine eigenständige sozialdemokratische Umweltdiskussion begann sich erst in Reaktion auf den zivilgesellschaftlichen Druck zu entwickeln, der im Zuge der umweltpolitischen Wende um 1970 entstanden war.[15] Wirklich breite Teile der Parteiorganisation waren erst gegen Ende des Jahrzehnts

der „10 gute[n] Gründe, SPD zu wählen", sondern wurde dort nur im Rahmen des Programmpunktes „Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig" erwähnt. Vgl. S. 20 f.

6 Vgl. Brüggemeier, Tschernobyl, S. 195–205; Uekötter, Ende, S. 68–80.

7 Radkau, Ära, S. 134.

8 Die Diagnose einer „umwelthistorischen Epochenschwelle" 1970 ablehnend, aber dennoch einen „klare[n] Bruch in der umwelthistorischen Entwicklung" betonend: Kupper, 1970er Diagnose, insb. S. 328, 348.

9 Uekötter, Strudel, S. 670.

10 Markovits/Gorski, Grün, S. 444.

11 Seiffert, Marsch, S. 202; Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 237.

12 Seefried, Zukünfte, S. 259–267; Müller, Innenwelt, S. 52 f.; Hünemörder, Frühgeschichte, S. 159 f., 204; Radkau, Ära, S. 147. Die Forschung ist sich überwiegend einig, dass um das Jahr 1970 eine Wende in der Umweltgeschichte stattfand. Vgl. z. B. McNeill, Environment, S. 263, 274 f., 278; Uekötter, Myths, S. 428 f.; Engels, Umweltschutz, S. 406–410; Seefried, Progress, S. 379–383; Graf, Grenzen, S. 208 f.; Mauch/Patel, Umwelt, S. 113–119.

13 Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 5. Sitzung, Bonn, den 28. 10. 1969, S. 29.

14 Brüggemeier, Tschernobyl, S. 209, 218.

15 So ist das SPD-Jahrbuch für die Jahre 1970 bis 1972 das erste, das den Begriff „Umweltpolitik" überhaupt enthält. Vgl. den entsprechenden Abschnitt zur Arbeit der Bundestagsfraktion in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1970–1972, S. 151–153.

in diese Diskussion eingebunden. Ihre Anfänge beschränkten sich zunächst auf parteiintellektuelle Kreise sowie einzelne Teile von Regierung und Parteispitze.[16]

Nichtsdestotrotz: Die Maßnahmen der sozial-liberalen Regierung läuteten eine qualitative Wende in der bundesdeutschen Umweltpolitik ein: Schon im Juni 1970 wurde unter Brandt ein eigener Kabinettsausschuss für Umweltfragen eingerichtet, im September des gleichen Jahres folgte der Erlass eines ersten „Sofortprogramms für den Umweltschutz". 1970 wurde im Bundeskanzleramt eine Arbeitsgruppe „Umwelt" gebildet, zudem Bernhard Grzimek zum „Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten des Naturschutzes" ernannt.[17] 1971 wurde der Sachverständigenrat für Umweltfragen eingerichtet, 1974 das Umweltbundesamt geschaffen.[18] Das 1971 verabschiedete Umweltprogramm als Herzstück dieser umweltpolitischen Initiativen der Bundesregierung definierte drei Grundprinzipien, die bis heute von Bedeutung sind: das Vorsorge-, das Verursacher- und das Kooperationsprinzip.[19] Durch die Verabschiedung verschiedener, teilweise bis heute geltender Gesetze wurden wichtige Verschmutzungsgrenzwerte von Luft, Wasser und Böden festgelegt und die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes gegenüber den Ländern erheblich gestärkt.[20] Die Emissionen von Staub, Blei und Kohlenmonoxid sanken deutlich, die von Schwefeldioxid und Stickoxid zumindest teilweise. Bei der Wasserqualität konnten ebenso markante Fortschritte verzeichnet werden.[21]

Dem muss jedoch kritisch entgegengehalten werden, dass zahlreiche Initiativen der Bundesregierung lediglich Fortschreibungen früherer Reformen waren, die aufgrund akuter regionaler Missstände erlassen und nun auf das Bundesgebiet ausgeweitet wurden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz orientierte sich beispielsweise eng an einer schon bestehenden Regelung aus Nordrhein-Westfalen (NRW) von 1962.[22] Viele der durch den Bund erlassenen Verordnungen sind zudem nur mangelhaft implementiert worden. Eine breite gesellschaftliche Diskussion um den Umweltschutz gab es in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre noch nicht,

[16] Mit „Parteispitze" ist kein offiziell eingesetztes Gremium gemeint, sondern eine informelle Gruppe der einflussreichsten Politiker:innen in Parteivorstand, Fraktionsvorstand und, falls vorhanden, in der Regierung. Vgl. Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 75.

[17] Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA005194, Horst Ehmke an Heinz Castrup, 9. 4. 1970, Bl. 1.

[18] Brüggemeier, Sozialdemokratie, S. 409–413.

[19] Vgl. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/2710, Umweltprogramm der Bundesregierung, 14. 10. 1971; Müller, Innenwelt, S. 62–66; Radkau, Ära, S. 389–391; Engels, Naturpolitik, S. 287.

[20] U. a.: Gesetz zum Schutz vor Fluglärm 1971, Benzinbleigesetz 1971, Verbot von Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT) 1972, Abfallbeseitigungsgesetz 1972, Bundesimmissionsschutzgesetz 1974, Umweltstatistikgesetz 1974, Technische Anleitung Luft 1974, Bundeswaldgesetz 1975, Waschmittelgesetz 1975, Abwasserabgabengesetz 1976, Wasserhaushaltsgesetz 1976, Bundesnaturschutzgesetz 1976, Chemikaliengesetz 1980 und Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität 1980. Vgl. Uekötter, Deutschland, S. 119–126; Brüggemeier, Tschernobyl, S. 217, 221 f.; Erhardt, Air, S. 74.

[21] Vgl. die Bilanz der umweltpolitischen Maßnahmen in Müller, Innenwelt, S. 144–153.

[22] Maßgeblich: Uekötter, Rauchplage, insb. S. 480–485.

weshalb sich Widerstände aus der Industrie immer wieder durchsetzen konnten. So gab es zum Beispiel sehr nachsichtige Ausnahmeregelungen bei der Entschwefelung von Großanlagen und lange Zeit kaum Fortschritte bei der Abgasfilterung bei Pkws. Ebenso wurde das im Zuge der ersten Ölpreiskrise 1973 erlassene Tempolimit bald wieder aufgehoben.[23]

In den meisten Fällen mangelte es zudem an der Erkenntnis, dass die Umweltschäden eine Folge des industriellen Wirtschaftens an sich waren. Vielfach resultierten die niedrigeren Schadstoffwerte ganz einfach aus dem Bau immer höherer Schornsteine.[24] Zudem führten die starke ordnungsrechtliche Fixierung der frühen Umweltgesetzgebung auf Verbote, Gebote, Grenzwerte und die Definition technischer Standards zu Vollzugsdefiziten.[25] In den 1970er-Jahren wiederum hatten die Regierung von Nordrhein-Westfalen, aber auch die jeweils örtliche SPD sowie Gewerkschaften und Industrieverbände eher als Bremser fungiert. Die maßgeblichen Initiativen kamen jetzt aus der Bundesregierung beziehungsweise dem FDP-geführten Bundesinnenministerium.[26]

Die Protagonist:innen der sozialdemokratischen Umweltdiskussion versuchten sich rückblickend dennoch gerne eine lange ökologische Traditionslinie zu geben, beispielsweise wenn sie, wie Jo Leinen, die Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 als „Geburtsstunde bundesrepublikanischer U[mweltpolitik]" apostrophierten.[27] Dies überzeichnet aber die Rolle der SPD in diesem Prozess. Versuche des Kanzleramtes unter der Führung Horst Ehmkes, stärker in die Umweltpolitik des Innenressorts einzugreifen, konnte der Innenminister Hans-Dietrich Genscher früh abwehren. Auch im parteipolitischen Wettbewerb hatte Genschers Partei die Nase vorn. Als erste Partei hat sich die FDP programmatisch mit dem Umweltschutz beschäftigt und im Rahmen ihrer „Freiburger Thesen" bereits 1971 gefordert, dass der Schutz der Umwelt Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen haben müsse.[28] Die bis 1974 unter Genscher und dem zuständigen Staatssekretär Günter Hartkopf sowie dem Ministerialrat Peter Menke-Glückert angeschobenen Gesetzesinitiativen waren ein Grund dafür, dass der zivilgesellschaftliche Druck der Umweltbewegung in der Bundesrepublik zunächst vergleichsweise gering war. Bezeichnenderweise war es Menke-Glückert, der den ersten Beitrag zum Thema Umweltschutz im sozialdemokratischen Theorieorgan „Neue Gesellschaft" schrieb.[29] In der SPD-

[23] Klenke, Stau, S. 94 f. Helmut Schmidt war im Zuge der zweiten Ölkrise zwar dafür, es wieder in Kraft zu setzen, sah aber vor allem gegen die FDP keine Möglichkeiten, dies durchzusetzen. Vgl. HSA, Eigene Arbeiten, 497, Rede und Diskussionsbeiträge Helmut Schmidts auf der SPD-Kreisdelegiertenversammlung Bergedorf, 8. 7. 1979, Bl. 18.

[24] Hünemörder, 1972, S. 129 f.; Heymann, Luftverschmutzung, S. 330 f.; Weidner/Jänicke, Aufstieg, S. 203.

[25] Hauff, Reformfähigkeit, S. 224 f.; Graf, Verhaltenssteuerung, S. 440–444; Uekötter, Ende, S. 93 f.

[26] Brüggemeier, Erfolg, S. 199.

[27] Leinen, Umweltpolitik, S. 688.

[28] Hünemörder, Frühgeschichte, S. 167; Engels, Naturpolitik, S. 285 f., 289.

[29] Menke-Glückert, Umweltschutz. Zur Rolle Mencke-Glückerts vgl. ferner Seefried, Zukünfte, S. 456–458.

Bundestagsfraktion wurden umweltpolitische Themen zwar besprochen, waren aber noch kein regelmäßiger Bestandteil der Tagesordnung. Die Protokolldatenbank der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) vermerkt bei einer Suche nach dem Schlagwort „Umwelt*" für die erste Legislaturperiode der sozial-liberalen Koalition nur 27 Sitzungen der SPD-Fraktion (von insgesamt 120). Für die nachfolgende Legislaturperiode von 1972 bis 1976 waren es dann mit 60 schon deutlich mehr (von insgesamt 146).[30] Das bedeutete aber im Umkehrschluss, dass umweltpolitische Fragen nur auf weniger als der Hälfte aller Sitzungen diskutiert worden sind.

Dass sich die Beschäftigung von Sozialdemokrat:innen mit dem Umweltschutz in dieser Phase dennoch langsam, aber sicher intensivierte, hatte seine Ursache in den tendenziell wachstums- und fortschrittskritischen Debatten, die im Zuge der Kontroversen um die sogenannte „Qualität des Lebens" aufkamen. Vor allem Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel, ebenso wie der Kanzler Brandt nahmen Impulse aus der wachstumskritischen Diskussion auf. Bereits 1971 konstatierte Willy Brandt, dass die Zeit zu Ende sei, „wo man sich Zukunft als einfache Verlängerung der Entwicklungslinien der Vergangenheit vorstellen konnte".[31] Entscheidend befeuert wurden die Diskussionen um die Umweltverträglichkeit wirtschaftlichen Wachstums mit der Veröffentlichung des Berichtes „Die Grenzen des Wachstums" des Club of Rome im Jahr 1972.[32] Dieser ergab, dass unter anderem aufgrund der Begrenztheit wichtiger Rohstoffe und der wachsenden Umweltverschmutzung die natürlichen Wachstumsgrenzen innerhalb der nächsten 100 Jahre erreicht seien.[33] Brandt zeigte sich von den Ergebnissen der Studie tief beeindruckt und konstatierte, dass „[i]ndustrielle und technologische Revolution sowie wirtschaftliches Wachstum […] zu schweren Schäden der physischen und sozialen Umwelt [führen können], die die Existenz des Menschen gefährden".[34]

Mit der Ölkrise im Herbst 1973 sahen sich Brandt und die Anhänger:innen der Thesen des Club of Rome in dieser Wahrnehmung bestätigt. Die Verknappung

[30] Vgl. die Suche nach dem Schlagwort „Umwelt*" in der entsprechenden Datenbank unter https://fraktionsprotokolle.de/index.html am 10. 3. 2021. Da es sich um eine Volltextsuche handelt, die auch nebenläufige Erwähnungen von „Umwelt*" in anderen Kontexten erfasst, wird die Zahl an Sitzungen, in denen umweltpolitische Themen ein eigenständiger Bestandteil der Tagesordnung waren, noch deutlich geringer sein. Für die späteren Legislaturperioden liegen noch keine edierten Protokolle vor.

[31] Nr. 52. Aus der Rede des Bundeskanzlers, Brandt, in der Evangelischen Akademie in Tutzing, 13. Juli 1971, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 272–282, hier: 280 f. Vgl. auch Brandt, Qualität.

[32] Hünemörder, Frühgeschichte, S. 19; Engels, Naturpolitik, S. 281 f.

[33] Meadows/Meadows/Zahn, Grenzen. Vgl. Hünemörder, 1972, S. 131–134; Kupper/Seefried, Doomsday, S. 53 f.

[34] Nr. 67. Aus der Rede des Bundeskanzlers, Brandt, auf der Tagung der Nobelpreisträger in Lindau, 26. Juni 1972, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 320–328, hier: S. 320. Vgl. auch Nr. 70. Notizen des Bundeskanzlers, Brandt, zur Umweltpolitik, 9. Juli 1972, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 338–340, hier: S. 338. In dieser Einschätzung war sich Brandt mit den Sozialdemokraten Bruno Kreisky und Olof Palme einig, vgl. Lehnert, Sozialdemokraten, S. 51.

und Verteuerung des Öls führe nun dazu, so Brandt, dass man sich „rascher, als wir es sonst getan hätten, darauf [einstellen müssen], daß dieser Rohstoff nicht unbegrenzt fließt, daß wir uns überhaupt stärker auf die Grenzen des Wachstums einstellen müssen. Insofern wird sich einmal dieser Herbst 1973 als ein tiefer Einschnitt darstellen."[35] Tatsächlich erzeugte die Ölpreiskrise in der Bundesrepublik bisher nicht gekannte wirtschaftliche Krisenerscheinungen. Im Zuge der erheblichen Energieverteuerung kam es zur bislang tiefsten Rezession nach Kriegsende und ungekannter struktureller Arbeitslosigkeit.

Die SPD in den 1970er-Jahren – eine Partei zwischen Reform und Krise

Die optimistischen Zukunftshoffnungen der Nachkriegszeit, Grundpfeiler sozialdemokratischer Programmatik und Modernisierungspolitik, bekamen damit einen erheblichen Dämpfer. Für die sozial-liberale Koalition verengte sich der finanzielle Spielraum für Reformen deutlich. Mit dem Rücktritt Brandts, des „bisherige[n] Gewährsmann[s] des gesellschaftlich-politischen Fortschritts"[36] und der Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Schmidt im Mai 1974 schien damit nicht nur personell ein Übergang der Regierung von einer Reformphase in die Zeit des „Krisenmanagement[s]" erfolgt zu sein.[37] Die in den Vorjahren rasch vorangetriebene Umweltgesetzgebung trat in eine „Phase defensiver Umweltpolitik" ein.[38]

Dass sich die Ölpreiskrise als so deutlicher „Einschnitt", wie er von Willy Brandt bezeichnet wurde, auswirken sollte, ist durchaus erklärungsbedürftig. Bernd Faulenbachs bekannte These von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt" in den 1970er-Jahren suggeriert schließlich eine lang andauernde Hochphase der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat vielfach Kritik auf sich gezogen und verdeckt in der Tat die Konflikte und Reibungen, unter denen die Sozialdemokratie in dieser Dekade trotz aller politischen Erfolge litt.[39] Die ökologische Reformdiskussion, die Debatte um die „Grenzen des Wachstums" und der steigende Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des sozialdemokratischen Politikmodells trafen die SPD nämlich zu einem Zeitpunkt, als sie sich ohnehin zunehmend in die Defensive gedrängt sah. Insbesondere das Paradigma der industriellen Moderne, um das die Identität der Partei bis dato kreiste, wurde nun von vielen Seiten zugleich angegriffen.[40] Zeitgleich hatten sich die innerparteilichen Machtverhältnisse schon vorher überaus dynamisch zu verschieben begonnen.

[35] Nr. 98. Aus dem Interview des Bundeskanzlers, Brandt, für die Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1974, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 473–478, hier: S. 477.
[36] Kempter, Gefolgschaft, S. 287.
[37] Brandt/Lehnert, Demokratie, S. 211. Vgl. auch Wolfrum, Demokratie, S. 327; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 11.
[38] Müller, Innenwelt, S. 97.
[39] Faulenbach, Sozialdemokratisches Jahrzehnt und ders., Siebzigerjahre. Zur (moderaten) Kritik vgl. u. a. Hansen, Rezension; deutlicher: Bösch, Krise, S. 296 f.
[40] Seefried, Partei, S. 205 f.

Paradoxerweise war dies im Grunde eine unmittelbare Folge der Blüte der SPD wenige Jahre vor dem Ölpreisschock. Noch in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren hing sie sehr stark dem zukunftsoptimistischen Planungsdenken der Nachkriegszeit an.[41] Gerade die Reformpolitik der frühen sozial-liberalen Regierung baute, unter dem Stichwort der „Modernisierung", auf der Grundannahme eines linearen und kalkulierbaren Fortschrittes auf,[42] was sich auch in der verstetigten Planung administrativer Vorgänge innerhalb der Regierung zeigte.[43] Zudem hatten die Reformpläne Willy Brandts, verbunden mit der nach dem Godesberger Programm rasch vollzogenen Ausrichtung in die politische Mitte, dazu beigetragen, ein öffentliches Erscheinungsbild der Sozialdemokratie zu erzeugen, das sie als zukunftsgerichtete und moderne Gegenspielerin zur konservativen Regierung inszenieren wollte.

Dies hatte vor allem auf die politische Jugend anziehend gewirkt. So war es der SPD unter der Führung Brandts gelungen, große Teile der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in die SPD zu integrieren, was zu einer deutlich gestiegenen Bedeutung der Parteijugend führte. Knappe 200 000 vor allem akademisierte Jungmitglieder traten der Partei zwischen 1969 und 1972 bei.[44] Dies war aber wiederum der Ausgangspunkt einer Fundamentalpolitisierung und -polarisierung, die die innere Kohärenz der Parteiorganisation gefährden konnte und letztlich sollte. Die Partei wurde heterogener, und gleichzeitig wurde es schwieriger, die verschiedenen Gruppierungen zusammenzubinden.[45] Die Wahlerfolge zu dieser Zeit verdeckten, dass der Zusammenhalt der SPD schon vor dem Ende des „Booms" brüchiger wurde und sich eine tiefgreifende Richtungsdiskussion anbahnte.[46] Mit den schwindenden Erfolgsaussichten der Brandt'schen Reformpolitik, den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Radikalenerlass und der Frage, wie mit den Partizipationsansprüchen der Studierendenbewegung umzugehen sei, war diese Gefahr rasch eine reale geworden. Die Jusos agierten nun vornehmlich als innerparteiliche Opposition gegen den Regierungskurs und trieben damit die Flügelbildung innerhalb der Partei weiter an. Der konservative und rechte Parteiflügel ging ebenfalls in die Offensive, um den Einfluss der „neuen" Linken in der Partei zu reduzieren, beispielsweise durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) 1973.[47]

[41] Vgl. dies., Zukünfte, S. 501; Metzler, Konzeptionen, S. 383.
[42] Schildt, Liberalisierung, S. 177, 182; Metzler, Politik, S. 198. Vgl. ferner Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 41, 78 f.; Schönhoven, Euphorie, S. 82; Süß, Umbau, S. 218 f.; Schildt/Schmidt, Einleitung, S. 12; Seefried, Planung, S. 107.
[43] Radkau, Geschichte, S. 286–288. Vgl. ferner Seifert, Träume.
[44] Koenen, Jahrzehnt, S. 203 f.; Padgett/Paterson, History, S. 93.
[45] Faulenbach, Jahrzehnt, S. 770 f.; Meyer, Gewinner, S. 208 f.; Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 53; Recker, Parlamentarismus, S. 140.
[46] Vgl. Seefried, Zukunft, S. 267 f. Sie differenziert damit vollkommen zurecht die These Franz Walters, dass das Jahr 1973 die maßgebliche Zäsur in der Parteigeschichte gewesen sei, vgl. Walter, Vorwärts, passim.
[47] Padgett/Paterson, History, S. 52, 182; Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 59.

Der Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt legte daher Spannungen und Bruchlinien offen, die schon in den Vorjahren entstanden waren. Der ursprüngliche reformpolitische Anspruch wich nun – zumindest in der öffentlichen und parteiinternen Wahrnehmung – einer stärker reaktiven Krisenpolitik: der Bekämpfung der Energiekrise, der daraus folgenden Rezession und nicht zuletzt auch der Frage, wie sich Bundesregierung und Partei in den steigenden gesellschaftlichen Konflikten um die Atomkraft verhalten sollten.[48] Hinzu kam, dass es immer schwerer wurde, die ureigene Klientel an die Partei zu binden. Zum einen brachte die Wirtschaftskrise die Politik stetiger materieller und sozialer Verbesserungen für die Arbeiter:innenschaft an ein Ende, zum anderen brachen in den Schwerindustrien zahlreiche klassisch-sozialdemokratische Arbeitsplätze weg. Bereits in den 1960er-Jahren war die Zahl von Angestellten und Beamt:innen unter den Mitgliedern stark gestiegen.[49] Wie sich die SPD ferner gegenüber den expandierenden Berufsgruppen im Dienstleistungsbereich positionieren sollte, die eine weit weniger starke lebensweltliche Bindung an das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Milieu hatten, war vollkommen ungeklärt. Die SPD war letztlich sowohl Motor als auch Subjekt der gesellschaftlichen Pluralisierung.[50]

Der Stellenwert wirtschaftlichen Wachstums in den Diskussionen um den Orientierungsrahmen '85

Ein gutes Beispiel dafür, wie instabil die Grundprämissen sozialdemokratischer Politik binnen weniger Jahre geworden waren, war das Zustandekommen des „Orientierungsrahmens '85". Es zeigt gleichzeitig, dass sich die SPD nicht in einem gleitenden Übergang vom Fortschrittsoptimismus zum Wachstumspessimismus befand, sondern dass das Auseinanderbrechen des innerparteilichen Konsenses ein permanentes Reibungsfeld erzeugte, in dem keines der verschiedenen Lager sich zur eigenen Zufriedenheit durchsetzen konnte. 1970 hatte der Saarbrücker Parteitag beschlossen, dass auf der Grundlage des Godesberger Programmes ein neues, langfristig ausgelegtes gesellschaftliches Programm ausgearbeitet werden müsse, das konkreter als das Grundsatzprogramm und vor allem quantifiziert sein sollte. Die Kommission, die sich zur Ausarbeitung dieses „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985" zusammenfand, tagte unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt und seinen Stellvertretern Hans Apel und Jochen Steffen. Sie kam 1971 zu dem Zwischenergebnis: „Da wir alle wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Basis zur Erfüllung unserer Forderungen ist, müssen wir ein schnelleres reales Wachstum des Bruttosozialprodukts erreichen."[51] Der erste Entwurf, der 1973 vorgelegt wurde, basierte folglich auf der

[48] Seefried, Partei, S. 203 f.; Eley, Democracy, S. 418 f.
[49] Faulenbach, Social Democracy, S. 153.
[50] Wirsching, Abschied, S. 135–138; Seefried, Partei, S. 193.
[51] HSA, Eigene Arbeiten, 415, Zwischenbericht über die Arbeit der Kommission Langzeitprogramm. Außerordentlicher Parteitag. 18.–20. 11. 1971. Bonn. Beethovenhalle, November 1971, S. 126R.

Grundannahme, dass in den kommenden Jahren mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,5% zu rechnen sei.

Auch wegen des zugrundeliegenden ungebrochenen Fortschrittsoptimismus und der starren Wachstumsfixierung sah sich dieser Entwurf aber scharfer innerparteilicher Kritik ausgesetzt. Zunächst waren aufgrund einer mangelnden Gesellschafts- und Systemkritik vor allem auf linker Seite Vorbehalte gegenüber dem Entwurf deutlich geworden. Die Parteilinke setzte die Einrichtung einer neuen Kommission unter dem Vorsitz Peter von Oertzens durch; gleichzeitig hielt der Parteitag 1973 fest, dass die bisherige wirtschaftliche Entwicklung die Gefahren einer rein quantitativen Wachstumspolitik gezeigt habe. Produktion und Konsum hätten deswegen zugunsten des Umweltschutzes und einer humaneren Arbeitswelt zurückzutreten. Als der Mannheimer Parteitag 1975 den nun als „Orientierungsrahmen '85" bezeichneten neuen Entwurf verabschiedete, hatte die Antragskommission die zu optimistisch erscheinenden Prognosen über die zukünftige Lenkung der Wirtschaft bereits wieder zurückgenommen. Der Orientierungsrahmen verpflichtete die Partei nun darauf, für „stetiges, qualitativ sinnvolles Wirtschaftswachstum" zu sorgen. Das neue Wachstum solle ein „differenziertes, auch an qualitativen Maßstäben ausgerichtetes" sein. Die politische Grundidee des Orientierungsrahmens basierte trotzdem noch auf der Annahme einer sich weiter verbessernden wirtschaftlichen Lage. Deswegen und weil er nach wie vor, mangels anderer messbarer Indikatoren, das Wachstum des Bruttosozialprodukts als Hauptkriterium des Fortschritts definierte, spielte er in den Folgejahren kaum eine Rolle für die weitere Arbeit der Partei.[52]

Der „Orientierungsrahmen" schien keine Antworten parat zu haben auf die Grundsatzfragen, mit denen die SPD Mitte der 1970er-Jahre konfrontiert wurde. Das politische Klima hatte sich entscheidend verändert, ohne neue griffige politische Deutungsangebote und einen Konsens in der Wachstumsfrage hervorzubringen. Die Phase der „Reformeuphorie" war einer „neuen Unübersichtlichkeit" gewichen.[53] So war schon seit der ersten Ölkrise von einer konservativ konnotierten „Tendenzwende" die Rede, die die Reformpolitik der Koalition gleich von zwei Seiten, nämlich durch konservative politische Kräfte sowie die neuen Alternativbewegungen, zunehmend unter Druck setzte.[54] Leitbegriffe der Nachkriegszeit

[52] Ökonomisch-politischer Handlungsrahmen für die Jahre 1975–1985, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1975, S. 1007–1103, hier: S. 1027, 1039 f., 1092. Gleichwohl stellte die Umweltpolitik noch keinen der dort definierten Schwerpunktbereiche dar. Dies waren vielmehr eine Reform der Bildungspolitik, die Humanisierung der Arbeitswelt, eine Reform des Gesundheitswesens, Städteplanung und Stadtentwicklung sowie die Gleichstellung der Frauen. Vgl. S. 1964, 1072, 1092 f., 1096. Zum „Orientierungsrahmen '85" vgl. u. a. Münkel, Orientierungsrahmen, S. 115 f.; dies., Einleitung (2007), S. 32 f.; Fülberth, SPD, S. 513 f.; Heimann, Hoffnungen, S. 205.

[53] Faulenbach, Jahrzehnt, S. 37; Schönhoven, Durchbruch, S. 225 f.; Rödder, Wertewandel, S. 28–31.

[54] Schildt, Kräfte, insb. S. 478; Fach, Modell, S. 103; Faulenbach, Jahrzehnt, S. 569 f.; Hoeres, Tendenzwende. Zu einem „konservativen Aufbruch" in den 1970er-Jahren vgl. auch Bösch, Krise, S. 306. Aus internationaler Perspektive vgl. Geppert, Revolutionen, S. 285.

wie „Fortschritt" oder „Modernisierung", die eng mit der sozialdemokratischen Programmatik verbunden waren, verloren an Attraktivität. Vor allem in der Sozialwissenschaft wurden Begriffe wie „Postmoderne", „Postmaterialismus" und „Wertewandel" zur Beschreibung einer neuen historischen Epoche jenseits aller traditionellen Gewissheiten entwickelt.[55] Die Umweltbewegung war weder eindeutig links noch eindeutig rechts, jemand wie Erhard Eppler fühlte sich sowohl den historischen Wurzeln der Sozialdemokratie als auch einem „Wertkonservatismus" verpflichtet. Es überrascht daher nicht, dass ähnliche Debatten um das „qualitative Wachstum" auch in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) geführt wurden, und im internationalen Kontext bot gerade die Kategorie der „Lebensqualität" viele Anknüpfungspunkte für konservative programmatische Entwürfe.[56]

Erhard Eppler, die „Qualität des Lebens" und das „qualitative Wachstum"

Die zunehmende Verwirrung darüber, was in der Zukunft noch sozialdemokratische Politik sein könne, manifestierte sich vor allem in der Diskussion der Thesen jenes Erhard Epplers. Dieser galt schon zu seiner Zeit als Entwicklungsminister als sehr empfänglich für neue programmatische Impulse, die soziale und wirtschaftliche Entwicklungen mit ökologischen Fragestellungen zu verbinden versuchten. Nachdem Eppler 1974 im Streit mit Helmut Schmidt um die Höhe des Budgets für die Entwicklungshilfe zurücktrat, entwickelte er sich zur Integrationsfigur der neuen innerparteilichen Opposition.[57] Für den Kanzler Schmidt, seinen zentralen Gegenspieler, war Eppler ein „theologische[r] Besserwisser".[58] Der Dualismus zwischen Schmidt und Eppler stand sinnbildlich für den Gegensatz zwischen der Regierungslinie und den neuen, ökologisch inspirierten Strömungen in Partei und Gesellschaft.

Eppler stellte die Fundamente von Schmidts Reform- und Fortschrittsbegriffs bereits zu einem Zeitpunkt infrage, als weder die Ölpreiskrise noch ihre Folgen absehbar waren. Angesichts der größer werdenden Armutsschere zwischen Nord und Süd, der steigenden Umweltschäden und der weltweiten Wirtschaftskrise konstatierte Eppler einen grundsätzlichen Bruch des klassischen, auf wirtschaftlichem Wachstum und technischer Modernisierung basierenden Fortschrittsverständnisses.[59] Der Begriff der „Lebensqualität" oder „quality of life", den Eppler als Alternative zu etablieren versuchte, war jedoch nicht ganz neu. In Naturschutz-

[55] Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 136; Wirsching, Abschied, S. 426–429; Kupper, Gestalten, S. 155–159.
[56] Vgl. Steber, Tomorrow, S. 317–337, 332. Mit Bezug auf die USA und Österreich vgl. Germann, Quality, S. 300–302.
[57] Zu den Hintergründen seines Rücktritts vgl. insbesondere Eppler, Links leben, S. 168–179.
[58] Zit. nach Hofmann, Willy Brandt und Helmut Schmidt, S. 182.
[59] Faerber-Husemann, Querdenker, S. 10–12; Tschirschwitz, Kampf, S. 103 f.; Soell, Helmut Schmidt, S. 355–357.

kreisen war er schon seit den 1960er-Jahren geläufig. Eppler führte ihn auf einer Konferenz der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall/IGM) 1972 zum Thema „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens" nun prominent in die deutsche Debatte ein. Das Verständnis von „Lebensqualität" im Sinne des IG-Metall-Kongresses war jedoch kein primär umweltpolitisch motiviertes, sondern umfasste auch Ziele wie die Demokratisierung der Gesellschaft, die Kontrolle wirtschaftlicher Macht oder die Humanisierung der Arbeit.[60]

Eppler selbst legte den Schwerpunkt stärker auf ökologische Anliegen und bezweifelte, dass das Bruttoinlandsprodukt noch ein adäquater Maßstab für die Qualität menschlichen Lebens sein könne.[61] Hinter die bis dahin übliche bedingungslose Bejahung des technischen Fortschritts stellte Eppler ebenso ein Fragezeichen: „Sicherlich werden wir es uns nicht mehr leisten können, wissenschaftlich-technische Möglichkeiten nur deshalb zu realisieren, weil sie realisierbar geworden sind." Gerade die Sozialdemokratie sei nun aufgerufen, ein neues Fortschrittsverständnis zu entwickeln: „[E]s werden Progressive sein, die sich der Realität stellen, die sich fragen, was innerhalb der nun sichtbar werdenden Grenzen Fortschritt sei […], [w]eil sie begriffen haben, daß die Fortschreibung des Gewohnten nicht nur keine ideale, sondern gar keine Zukunft mehr ergibt."[62]

Der Begriff der „Qualität des Lebens" popularisierte sich innerhalb kürzester Zeit und entwickelte sich zum neuen „amorphen Leitbild der SPD".[63] Er fand nur wenige Monate später prominent Eingang in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1972. Dort wurde Lebensqualität noch recht vage definiert: „Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus."[64] Eine weitere Konkretisierung blieb daher notwendig, und erneut wurde sie von Eppler vorgenommen. Er unterschied die sogenannte, vor allem qualitativ definierte „Lebensqualität" vom rein materiell verstandenen „Lebensstandard". Wenn die Lebensqualität nicht so einfach zu messen sei wie der Lebensstandard, so gäbe es doch einige Indikatoren dafür: die Sauberkeit der Luft, die Nähe zu Erholungsgebieten, die Sicherheit und Qualität des Arbeitsplatzes, die Sicherheit vor Verbrechen, ausreichende Versorgung bei Arbeitslosigkeit und im Alter sowie die Freiheit der Meinungsäußerung und der Religionsausübung. Mit dieser Unterscheidung nahm Eppler eine Gedankenfigur auf, die in den konsumkritischen Kreisen der 1960er- und 1970er-Jahren äußerst populär war.[65]

Eine Politik, die sich am Ziel der Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität orientiere, bedeute nach Eppler – vor allem mit Rücksicht auf die Entwicklungsbedürfnisse der Dritte-Welt-Länder – zwar keine Politik des Nullwachstums, aber

[60] Höhnen, Gewerkschaften, S. 142.
[61] Tschirschwitz, Kampf, S. 104–109; Seefried, Sicherheit, S. 363; Gross, Energy, S. 519–524; Engels, Naturpolitik, S. 292 f. Vgl. zuletzt auch Eberspächer, Projekt, S. 335.
[62] Eppler, Qualität des Lebens, S. 13–16, 19 f.
[63] Seefried, Bruch, S. 442.
[64] Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Wahlprogramm 1972, S. 27. Vgl. außerdem Eppler, Lebensqualität, S. 44–58; Seefried, Zukünfte, S. 462 f.
[65] Vgl. Möckel, Ausstieg, S. 231–233.

Wachstum müsse zur „Variablen von Lebensqualität" werden. So sei vielmehr zu fragen, welche Art von Wachstum gleichzeitig auch die Lebensqualität erhöhe. Eppler konstatierte den Gegensatz zweier Konservatismen: eines reformorientierten, um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen besorgten „Wertkonservatismus" auf der einen und eines Machtstrukturen, ökonomische Privilegien und herkömmlichen Fortschrittsglauben erhaltenden „Strukturkonservatismus" auf der anderen Seite. Besonders für den Energiebereich forderte Eppler, dass durch eine Politik des Energiesparens und der Erschließung neuer Energiequellen der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum aufgebrochen werden müsse.[66]

Die innerparteilichen Debatten um die „Lebensqualität" wurden durch die Problematik verkompliziert, dass der Begriff eben kein originär ökologischer war. Dass „dem Schutz der Umwelt gewiß ein hoher Rang gebührt", war kaum umstritten. Ebenso weit verbreitet war jedoch die Auffassung, dass „die gesellschaftliche Wohlfahrt von seiner Verabsolutierung bedroht" werden würde.[67] Vor allem in konservativen und traditionellen Parteikreisen wurden Epplers Forderungen und seine Interpretation von „Lebensqualität" als Aufruf zum Wachstumsverzicht verstanden. Viele, besonders in der Parteispitze, waren, wie beispielsweise Horst Ehmke, nicht zu einer so weitreichenden Modifikation des Wachstumsbegriffes bereit wie Eppler:

„[D]as soziale Elend der Industriearbeiter konnte nur durch eine Erhöhung des Lebensstandards beseitigt werden und die hing vom Wirtschaftswachstum ab. […] Im übrigen [sic!] herrscht auch in den Zonen des Reichtums der Überfluß nicht überall. Der Überdruß an ihm ist auf die Satten beschränkt. […] Es ist ja nicht nur Voraussetzung eines höheren individuellen Lebensstandards, sondern auch einer höheren Lebensqualität: Umweltschutz und Humanisierung der Arbeitswelt müssen […] schließlich irgendwie finanziert werden."[68]

Ehmkes Ansicht war mitnichten eine Minderheitenposition, auch außerhalb der SPD nicht. Jenseits der Anhänger:innen des konservativen Naturschutzes sowie des neuen linksliberal-ökologischen Milieus waren schon die Reaktionen auf die Wachstumskritik im Bericht des Club of Rome in der Mehrzahl skeptisch.[69] Neben Ehmke äußerte sich auch Helmut Schmidt in genau umgekehrter Richtung als Eppler. Die Hinterfragung des technischen Fortschritts sei nicht die Errungenschaft, sondern das Problem des Berichts: „[I]ch denke, daß der Club of Rome […] die Möglichkeiten des Menschen zum wissenschaftlich-technischen Fortschritts völlig unterschätzt hat."[70] Selbst innerhalb der SPD-Grundwertekommission, die

[66] Eppler, Ende, S. 15, 34–36, 49, 53–56, 77, 108 f., 111 f., 149; ders., Wege, S. 78. Vgl. ferner Hünemörder, Frühgeschichte, S. 289 f. Eppler bezog sich dabei eng auf die Thesen Ernst F. Schumachers und John Kenneth Galbraiths. Vgl. Schumacher, Small; Seefried, Zukünfte, S. 282; Wirsching, Konsum, S. 337 f.; Germann, Quality, S. 300 f.

[67] Moosmayer, Umweltschutz, S. 845.

[68] Ehmke, Sozialdemokratie, S. 39 f.

[69] Zur Rezeption vgl. Seefried, Zukünfte, S. 275 f.; Graf, Öl, S. 378 f.; Kupper/Seefried, Doomsday, S. 61–67.

[70] Helmut Schmidt, Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Weltwirtschaftssystems. Ansprache des Bundeskanzlers auf dem Weltbergbaukongreß in Düsseldorf am 24. 5. 1976, in: Bulletin, 29. 5. 1976, S. 589–593, hier: S. 590 f. Ähnlich: Hagolani, Grenzen, S. 877.

immerhin Eppler leitete, blieb der Bericht nicht unwidersprochen und wurde kontrovers diskutiert.[71]

Wachstumskritik und Wachstumsoptimismus in Zeiten des „Wertewandels"

Die SPD war in den letzten Jahren der sozial-liberalen Koalition tief gespalten, was sich im widersprüchlichen Umgang mit Epplers Thesen zeigte – weder Eppler noch Schmidt standen stellvertretend für „die" SPD. Die politischen Grenzziehungen waren immer uneindeutiger geworden.[72] Verkompliziert wurde dies dadurch, dass es sich eben nicht nur um reine fachpolitische Fragen handelte, sondern um gesamtgesellschaftlich relevante. So wurde sozialwissenschaftlich konstatiert, dass immaterielle Werte gegenüber materiellen, so die Thesen Ronald Inglehart und Helmut Klages', zunehmend priorisiert würden. Es habe ein Wertewandel weg von Pflicht- und Akzeptanzwerten und hin zu Selbstentfaltungswerten stattgefunden. Dazu gehörten Werte wie individuelle Freiheit, Geschlechtergerechtigkeit, politische Partizipation oder der Umweltschutz. Die Partei hatte die Zusammenarbeit mit Klages durchaus gesucht, da Teile seiner Befunde mit den Reformvorhaben der sozial-liberalen Koalition korrespondierten.[73] Ob es den Wertewandel in diesem Ausmaß und in dieser zeitlichen Verdichtung tatsächlich gegeben hat, ist zwar umstritten.[74] Nichtsdestotrotz gilt: In gewisser Weise wurde die Sozialdemokratie damit Opfer ihrer eigenen Reformpolitik, denn der steigende Wohlstand der Nachkriegsgesellschaft sowie die enorme Bildungsexpansion begünstigten die Ausbildung „postmaterialistischer" Wertehaltungen in der jungen Generation enorm.[75]

Aus der Sicht der ökologischen Strömung in der Partei war diese Entwicklung durchaus zu begrüßen. Die Regierung beziehungsweise der Kanzler Schmidt zogen aus der Ölpreiskrise und der hochkochenden Umweltdiskussion aber gänzlich andere Schlüsse als Eppler oder Brandt – beide Seiten sprachen im Endeffekt über zwei verschiedene Krisen. Für Schmidt bestanden die Grenzen des Wachstums darin, dass mit einer Knappheit der Energiereserven das nach wie vor notwendige wirtschaftliche Wachstum nicht zu gewährleisten und der zukünftige gesellschaft-

[71] Vgl. Strasser, Götter, S. 183 f.

[72] Für den amerikanischen Fall argumentiert Natasha Zaretsky, dass die Diskussionen nach dem Unfall in Harrisburg 1979 und der im Zuge dessen entstandene „biotic nationalism" gar ein elementarer Auslöser der „conservative resurgence" in den 1980er-Jahren waren. Vgl. Zaretsky, Radiation Nation, S. 11, 13.

[73] Inglehart, Silent Revolution; Klages, Wertorientierungen. Vgl. ferner u. a. Rödder, Wertewandel, S. 23 f.; Reichardt, Authentizität, S. 74 f.; Dietz, Proletarisierung, S. 302. Später distanzierte sich die Partei von Klages, nachdem er 1981 vor einer zu starken sozialen Absicherung und einem zu hohen Einfluss der Gewerkschaften gewarnt hatte, vgl. ebenda, S. 307, 312. Seitdem gewannen seine Erkenntnisse vor allem für den Reformflügel der CDU an Bedeutung, vgl. ders., Geistig-moralische Wende, S. 48.

[74] Vgl. u. a. Rödder, Wertewandel, S. 35–37; Dietz, Proletarisierung, S. 299–301; Dietz/Neumaier, Nutzen, passim.

[75] Eith, Wyhl, S. 115; Oberpriller, Jungsozialisten, S. 164 f.; Hofmann, Helmut Schmidt, S. 262 f.

liche Fortschritt gefährdet seien – die vermeintlichen Grenzen des Wachstums sollten überwunden werden.[76] Er stand damit stellvertretend für einen Großteil der traditionellen politischen Linken, die ab Mitte der 1970er-Jahre zunächst primär die wirtschaftlichen Krisensymptome rezipierten, bevor die Ökologiefrage ihre Aufmerksamkeit gewann.[77] Das Konzept der „Lebensqualität" hatte in Schmidts politischer Agenda nie den gleichen Stellenwert wie der primär materiell verstandene „Lebensstandard".

Dies bedeutete nicht automatisch, dass er die Plausibilität ökologischer Forderungen rundweg abstritt. Er ordnete sie aber der Herstellung ökonomischer Sicherheit unter: „[D]er Umweltschutz […] ist nicht das oberste Gesetz unseres Lebens. […] [M]an [kann] im Inneren eine hohe Beschäftigung und einen stetigen Lebensstandard [nicht] allein nur mit Umweltschutz zustande bringen."[78] Innerhalb des Kanzleramtes wurde Schmidt gleich mehrfach geraten, in den immer lauter werdenden Debatten um die Lebensqualität Werte wie Stabilität oder soziale und wirtschaftliche Sicherheit zu betonen und so einen Kontrapunkt gegen Eppler zu setzen.[79] Dementsprechend positionierte sich Schmidt auch in den innerparteilichen Energiekontroversen: „Ohne ein Mehr an Energie hätte es kein Mehr an Wohlstand […] und auch kein Mehr an Arbeitsplätzen gegeben."[80]

Herbert Wehner, das dritte Mitglied der sozialdemokratischen „Troika", war für Umweltthemen ebenfalls wenig empfänglich. Als Karl Liedtke im Juni 1971 gegenüber der Bundestagsfraktion das Benzinbleigesetz mit den Worten rechtfertigte: „Es macht also unterm Strich zusammengefasst den Auspuff und seine Abgabe umweltfreundlicher.", antwortete Wehner nur: „Was?" Das Protokoll vermerkt dazu „Heiterkeit in der Fraktion".[81] Zu Erhard Eppler hatte er ein ähnlich schlechtes Verhältnis wie Helmut Schmidt, bezeichnete den gläubigen Protestanten gar als „Pietcong".[82] Zwar verstand sich Wehner nicht als dogmatischer Unterstützer

[76] Dies äußerte Schmidt schon als Wirtschafts- und Finanzminister, vgl. HSA, Eigene Arbeiten, 435, Transkript eines Interviews Helmut Schmidts in der ZDF-Sendung „heute", 20. 11. 1973, Bl. 458. Vgl. ferner Frank Bösch, der betont, dass diese Sicht der zeitgenössischen Mehrheitsmeinung entsprach. Bösch, Boom, S. 358–366. Vgl. ferner Soell, Reaktives Handeln, S. 286 f.

[77] Vgl. u. a. Woyke, Management, S. 165; Brüggemeier, Sozialdemokratie, S. 413–417.

[78] HSA, Eigene Arbeiten, 503, Ansprache Helmut Schmidts auf dem SPD-Landesparteitag Nordrhein-Westfalen am 2. 2. 1980 in Bochum, 2. 2. 1980, Bl. 13. Vgl. ferner Hofmann, Helmut Schmidt, S. 127.

[79] HSA, Priv.-pol. Korrespondenz, 940, Vermerk des Gruppenleiters IV/2 des Bundeskanzleramtes an Helmut Schmidt: Stellungnahme zu den „Überlegungen zur mittelfristigen Krisenbewältigung" von Erhard Eppler, 28. 1. 1975, Bl. 3; HSA, Eigene Arbeiten, 444, Vermerk des Referates IV/3 des Bundeskanzleramtes an Helmut Schmidt, 23. 9. 1974, Bl. 199.

[80] Schmidt, Vorwort, S. 8.

[81] Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 22. 06. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-06-22-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022). Liedtkes Empfänglichkeit für ökologische Themen scheint ebenfalls eher gering gewesen zu sein: „Dieses Gesetz gehört in den Rahmen des, wie heißt es noch, Sofortprogramms zum Umweltschutz oder so ähnlich, verkündet von der Bundesregierung[.]"

[82] Zit. nach Ehmke, Mittendrin, S. 292.

der Kernenergie, richtete seine energiepolitischen Positionen jedoch primär an dem Ziel aus, die Linie der Bundesregierung zu stützen.[83]

Eppler war daher auf gewichtige Fürsprecher wie Brandt angewiesen, der mit seinen Einmischungen in die ökologische Wachstumsdebatte einen wesentlichen Gegenpol zu Regierung und Bundestagsfraktion setzte.[84] Eppler bezeichnete sich rückblickend als den „einzige[n] [Ökologen] im Präsidium", der von Brandt „gegen die Kanaler und die Ökonomen beschützt" worden sei.[85] Ganz richtig ist dies jedoch nicht: Neben Eppler und Brandt begann auch der damalige Städtebauminister Hans-Jochen Vogel die Debatten um die „Grenzen des Wachstums" aufmerksam zu rezipieren. Das lange gültige Paradigma der „autogerechten Stadt" war für Vogel zunehmend „Unsinn".[86] Er verurteilte die Politik des ehemaligen SPD-Verkehrsministers Georg Leber, der mit seinem „Leber-Plan" einen massiven Ausbau des Straßennetzes angestoßen hatte.[87] Vogel hingegen hatte schon früh die Gefahr gesehen, dass eine Verabsolutierung des ökonomischen Prinzips die „Qualität des Lebens" einzuschränken drohte, was sich konkret durch eine zunehmende Bebauung bedrohter Landschaften und der Zunahme des Autoverkehrs zeige: „Das Auto mordet unsere Städte." Der städtische Straßenbau müsse daher zugunsten eines Ausbaus des öffentlichen Verkehrs begrenzt und die Parkgebühren erhöht werden.[88] Die Verkehrspolitik sah er stellvertretend dafür, dass die reine Steigerung wirtschaftlicher Zuwachsraten zum „Götzen unserer Zeit" und zum „Selbstzweck" geworden sei. Es gehe „vielmehr um die Frage des Wo, Wie und Wofür des wirtschaftlichen Wachstums", wobei ein „da und dort propagiertes Nullwachstum" ebenso keine Lösung sei.[89]

[83] Meyer, Herbert Wehner, S. 471 f.

[84] Vgl. Walter, SPD, S. 194.

[85] Erhard Eppler an Felix Lieb, 2. 7. 2018, S. 1. „Kanaler" oder „Kanalarbeiter" war der Oberbegriff für eine Gruppe von vor allem konservativen und gewerkschaftsnahen Bundestagsabgeordneten, die sich um Egon Franke und Hans-Jochen Vogel sammelten. 1982 vereinigten sie sich mit dem Seeheimer Kreis. Vgl. [o. V.], Die Kanalarbeiter. Erinnerungsorte der Sozialdemokratie, o. D., in: http://erinnerungsorte.fes.de/die-kanalarbeiter/ (letzter Zugriff am 13. 12. 2019); Beule, Weg, S. 232; Padgett/Paterson, History, S. 87.

[86] Telefoninterview mit Hans-Jochen Vogel am 15. 1. 2019. Der genaue Wortlaut seiner Aussage konnte von Hans-Jochen Vogel vor seinem Tod bedauerlicherweise nicht mehr gegengelesen werden. Vgl. auch Seefried, Zukünfte, S. 465 f.

[87] Radkau, Geschichte, S. 284. In dieser Haltung genoss Vogel die Unterstützung Brandts, der im September 1971 gegenüber der Fraktion offen feststellte: „Wir können auf dem Gebiet des Straßenbaus bei Weitem nicht das tun, was der zuständige Minister für erforderlich gehalten hat." Vgl. Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 21. 09. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-09-21-t1512_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[88] Hans-Jochen Vogel, Das Auto mordet unsere Städte. „Wer eine Trompete kauft, der weiß, daß er darauf nicht an jedem Ort und zu jeder Stunde blasen kann. Aber mit dem Auto …", in: STERN, 2. 5. 1971, S. 15 f. Vgl. außerdem Seefried, Planung, S. 122; dies., Partei, S. 207 f. Vgl. auch Hünemörder, Frühgeschichte, S. 232 f.

[89] Privatarchiv Hans-Jochen Vogel, Hat die Natur noch eine Zukunft? Referat von Bundesminister Dr. Vogel im Rahmen des Seminars „Umweltschutz fordert Maßnahmen" des Betriebswirtschaftlichen Instituts der ETH Zürich am 5. 5. 1973, Bl. 18, 22 f. Vgl. ferner Reinhardt, Aufstieg, S. 82–86; Lütjen, Hans-Jochen Vogel, S. 254.

Dass Vogel, der in den parteiinternen Auseinandersetzungen Anfang der 1970er-Jahre klar auf der Seite des rechten Seeheimer Kreises stand, nun den bisher gängigen Wachstumstyp kritisierte, unterstreicht, dass die Wachstumsfrage die SPD nicht unbedingt entlang der klassischen Links-rechts-Achse zu spalten drohte.[90] Außerdem fehlte (noch) eine eindeutige Streitfrage, anhand derer sich klare Lager ausbilden konnten. Es war nämlich, anders als in großen Teilen der Umweltbewegung, weniger Wachstum an sich, das in der SPD problematisiert wurde, sondern seine Richtung. Selbst Erhard Eppler sprach sich – und damit war er sich mit vielen gewerkschaftlichen Positionen einig – grundsätzlich dagegen aus, „den Begriff des wirtschaftlichen Wachstums" zu verteufeln.[91] Willy Brandt wollte mit der Forderung nach mehr Lebensqualität ebenso wenig einen Verzicht auf Wachstum verstanden wissen, sondern „Wachstums*optimierung*" anstatt der bisher verfolgten „Wachstums*maximierung*".[92] Gerade die Vielschichtigkeit des Begriffs der Lebensqualität machte seine Attraktivität aus, denn er konnte auch die Wahrung sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit innerhalb industriegesellschaftlicher Strukturen bedeuten.[93] Treffend auf den Punkt brachte diese Position Volker Hauff mit seiner Definition „qualitativen Wachstums". Es sei ein Wachstum, das „*mehr* Güter und Dienstleistungen [erzeugt], ohne im gleichen Maße die Umwelt zu verschmutzen und Sicherheitsrisiken zu erhöhen und gleichzeitig Rohstoffe zu schonen, die Arbeitswelt [humanisiert] und Vollbeschäftigung [erreicht und sichert]".[94]

Gymnicher Traumata: Umweltpolitik in der Regierung Schmidt

Daraus folgte gleichzeitig, dass die innerparteilichen Wachstumsdiskurse im Grunde keine klaren Gewinner:innen hervorbringen konnten, wenn sich in gewisser Weise jeder auf das Ziel des „qualitativen Wachstums" berufen konnte. Seine Popularisierung konnte den Verfall des umweltpolitischen Elans der sozial-liberalen Koalition ab Mitte der 1970er-Jahre abbremsen, aber nicht aufhalten. Mit dem Kanzlerwechsel zu Schmidt hatte sich die Regierungspolitik an einer immer stärker wirtschafts- und strukturpolitisch ausgerichteten Agenda orientiert; ein Großteil der unter Schmidt erlassenen Umweltgesetzgebung war lediglich eine Fortsetzung von Vorhaben, die noch unter Willy Brandt auf den Weg gebracht worden

[90] Vgl. Seefried, Zukunft, S. 277.
[91] Erhard Eppler, Für den Fortschritt gelten heute neue Maßstäbe, in: Vorwärts, 13. 4. 1972, S. 13. Vgl. zu den Gewerkschaften Kupper, 1970er Diagnose, S. 346.
[92] Brandt, Qualität, S. 741. Hervorhebungen im Original.
[93] Pläne wie der des niederländischen Sozialdemokraten Sicco Mansholt, Vizepräsident der EG-Kommission, wonach EG-weit ein „Zentralplan" erarbeitet werden müsse, der auf Wachstum verzichte, fanden innerhalb der SPD kaum Unterstützung. Vgl. Brüggemeier, Sozialdemokratie, S. 413–417; Hünemörder, Frühgeschichte, S. 229 f.
[94] Hauff, Energie, S. 41. Eigene Hervorhebung.

waren.[95] Andere umweltpolitische Projekte wurden gar nicht mehr oder weit weniger enthusiastisch weiterverfolgt, wobei zwei Beispiele exemplarisch herausgegriffen werden sollen.

Das erste ist das rasche Ende verschiedener Initiativen, die sich schon in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre für eine Aufnahme des Umweltschutzes ins Grundgesetz ausgesprochen hatten. Im Dezember 1972 hatten sich SPD und FDP bei den Koalitionsverhandlungen auf das Ziel geeinigt, „ein ‚Grundrecht auf saubere Umwelt' ausarbeiten" zu wollen. Dies war eine Forderung, die primär von der FDP forciert worden war, aber auch im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Anhänger:innen hatte.[96] Zunehmend waren dementsprechende Ideen auch in die SPD gesickert. Anfang Januar 1973 hatte die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" gefordert, dass im Grundgesetz die „Verpflichtung des Staates [festzulegen sei], die Nutzung der natürlichen Güter zu regeln und dabei das Recht auf menschenwürdige Umwelt zu sichern".[97] Wenig später hatte Willy Brandt im Rahmen einer Regierungserklärung festgestellt, dass „[d]ie Menschen insgesamt ein elementares Recht [haben] auf eine menschenwürdige Umwelt, dem Verfassungsrang zukommen sollte".[98] Intern dämpfte Brandt jedoch die Erwartungen an eine weitgehende Grundrechtsverankerung, gegenüber der Fraktion mahnte er, „jetzt nichts übers Knie [zu] brechen". Die Grundrechtsdiskussion sollte vor allem gegenüber der Öffentlichkeit Wirkung erzielen: „[W]ir präsentieren das Thema, binden uns [aber] nicht die Hände […]."[99]

Auf ministerieller Ebene hatte sich bald die Frage herauskristallisiert, in welcher Form der Umweltschutz überhaupt in die Verfassung aufgenommen werden sollte beziehungsweise könnte. Zur Debatte standen die Alternativen eines Grundrechts auf Umweltschutz und einer Verankerung in Form einer Staatszielbestimmung. Das Innenministerium hatte zunächst Ersteres vorgeschlagen, in der interministeriellen Beratung des Entwurfes hatten jedoch beinahe alle anderen Ressorts erhebliche Bedenken gegen diese Regelung geäußert, da befürchtet wurde, dass sich daraus ein individuell einklagbares Leistungsgrundrecht ableiten ließe. Das Bundeskanzleramt und Genschers Nachfolger Werner Maihofer sahen eine Grundrechtslösung mittler-

[95] Z. B. das Waschmittelgesetz, das Abwasserabgabengesetz, das Bundesnaturschutzgesetz, das Chemikaliengesetz oder das Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität. Vgl. Soell, Modell Deutschland, S. 323; ders., Kanzler, S. 291 f.

[96] Nr. 84. Vermerk des Bundeskanzlers, Brandt, über die Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP, 8. Dezember 1972, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 396–404, hier: S. 402; Bundesvorstand der FDP (Hrsg.), Freiburger Thesen, S. 72; Müller, Innenwelt, S. 64, 93.

[97] BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27438, Entschließung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen vom 4. 1. 1973, 4. 1. 1973.

[98] Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 7. Sitzung, Bonn, den 18. 1. 1973, S. 127.

[99] Fraktionssitzung, SPD, 17. 01. 1973, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1973-01-17-t1500_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2021).

weile ebenso skeptisch und befürchteten zukünftige Konflikte mit sozialen Grundrechtsforderungen.[100]

Bei internen Beratungen mit der Verfassungsabteilung des Innenministeriums war Maihofer im Oktober 1974 zu dem Ergebnis gekommen, „daß die Aufnahme eines echten Grundrechtes nicht machbar sei".[101] Im Mai 1975 konkretisierte Maihofer gegenüber Schmidt, dass er bereit sei, „auf die Erörterung des Staatsziels Umweltschutz bis auf weiteres zu verzichten", wenn sich die Wirtschaft auf der bevorstehenden Klausursitzung in Gymnich dazu bereiterkläre, selbst mittel- und langfristige Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen.[102] Bei den Koalitionsverhandlungen 1976 konnten sich SPD und FDP schließlich nur noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen: eine Prüfung, ob und wie ein solches Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werden könne.[103] Erst im September 1981 richteten das Innen- und das Justizministerium eine unabhängige Expertenkommission „Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge" ein. Sie setzte sich aus Vertreter:innen beider Ministerien und unabhängigen Hochschullehrer:innen zusammen, erzielte während der Kanzlerschaft Schmidts aber keine greifbaren Ergebnisse mehr.[104] Die Möglichkeit einer Grundrechtsänderung zugunsten des Umweltschutzes war auch gar nicht mehr Teil des Prüfungsauftrages gewesen.

[100] BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27438, Bundesinnenministerium an Chef des Bundeskanzleramtes und die Bundesminister, 25. 1. 1974, Bl. 1 f. sowie die Anlage; BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27438, Vermerk über den Bericht des Herrn Bundeskanzlers zu innenpolitischen Vorhaben, 7. 9. 1973, Bl. 1 sowie Anlage; BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27439, Werner Maihofer: Schriftlicher Bericht zur Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz, 9. 9. 1975, Bl. 1 f.

[101] BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27438, Vermerk über die Diskussionen über ein Grundrecht auf Umwelt, 22. 10. 1974, unpaginiertes Deckblatt.

[102] BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27439, Vermerk für ein Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Werner Maihofer am 15. 5. 1975, 14. 5. 1975, Bl. 1; BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27439, Kabinettsplanung für den 17. 9. 1975, 17. 9. 1975.

[103] Soell, Helmut Schmidt, S. 611.

[104] BArch, Bundeskanzleramt, Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum, B 136/27439, Vermerk über die Einrichtung der Expertenkommission „Staatszielbestimmungen / Gesetzgebungsaufträge", 14. 9. 1981, Bl. 2.

Die konkrete Umweltgesetzgebung hatte unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise ebenfalls an Ehrgeiz verloren.[105] Nachdem im Juli 1975 die zuständigen Bundesminister mit Vertreter:innen der Wirtschaft und der Gewerkschaften auf Schloss Gymnich zu der erwähnten Umweltklausur zusammentrafen, wurden die Ergebnisse dieses Treffens, vor allem in der Rückschau, als vorläufiges Ende der umweltpolitischen Reformpolitik interpretiert. Dabei waren die Voraussetzungen eigentlich nicht ungünstig: Im Rahmen der Vorbereitungen der Klausur hatte sich in Teilen der Ministerialbürokratie, insbesondere unter den Befürworter:innen einer verstärkten Umweltpolitik, die Ansicht durchzusetzen begonnen, dass Ökologie und Ökonomie nicht unvereinbar sein müssen, sondern durch verstärkte Investitionen in den Umweltschutz auch wirtschaftliche Synergieeffekte ausgelöst werden können.[106] Vor allem die Industrievertreter trugen jedoch, zusammen mit den Gewerkschaften, ihre Bedenken vor, dass Investitionen durch langjährige Gerichtsverfahren verhindert würden, die zu strengen Richtlinien in der Luftreinhaltung die Energieversorgung gefährden und insgesamt Arbeitsplätze durch die zu ambitionierte Umweltpolitik riskiert würden. Am Ende der Beratungen kam Helmut Schmidt zu dem Ergebnis, dass für bestehende Industrieanlagen ausreichende Übergangsvorschriften und -fristen zu erlassen seien. Die Definition bindender Umweltstandards „müsse erforderlichenfalls […] mit einem zeitlichen Hinausschieben des Inkrafttretens der Vorschriften, ausreichenden Übergangsregelungen und -fristen verbunden werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht durch zu hohe Umweltanforderungen in zu kurzer Zeit zu gefährden".[107]

Schmidt setzte sich mit diesem Primat ökonomischer Erfordernisse auch gegen den Widerstand aus dem Innenministerium und des Ministers Maihofer durch, der, anders als in der Grundgesetzdebatte, den Bundeskanzler im Vorfeld der Gesprächsrunde auf die „Notwendigkeit einer kontinuierlichen Politik zum Umweltschutz" hingewiesen hatte. Widerspruch gab es auch aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion.[108] Das einzig greifbare Ergebnis der Umweltklausur war letztlich aber, dass sich die Beteiligten auf die Einführung des Abwasserabgabengesetzes einigen konnten, wobei die Abgabesätze am Ende deutlich niedriger ausfielen als geplant und die Abgabe zunächst fünf Jahre lang ausgesetzt wurde. Im Gegenzug wurde im gleichen Jahr, auf Druck der Automobilindustrie, das Programm zur Reduktion der Schadstoffbelastung von Benzin wieder zurückgefahren. Die Pläne für eine Großanlagen-

105 Hucke, Umweltpolitik, S. 383.

106 Vgl. Oberloskamp, Gymnich.

107 BArch, Bundesministerium des Innern, Kanzlergespräch am 3. 7. 1975 über wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen von Umweltmaßnahmen.- Unterlagen zum Thema Kernenergie, B 106/52516, Ergebnisvermerk über die Umweltklausur am 3. 7. 1975 in Gymnich, Juli 1975, Bl. 2. Zur Klausurtagung in Gymnich vgl. auch Metzger, Wald, S. 71–74; Müller, Innenwelt, S. 97–100.

108 Zit. nach Oberloskamp, Gymnich. Karl-Hans Kern, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der Bundestagsfraktion, bezeichnete gegenüber Schmidt den geplanten Kraftwerkszubau als überdimensioniert, vgl. ebenda.

feuerungsverordnung, die eine verbindliche Installation von Rauchgasentschwefelungsanlagen bedeutet hätten, wurden zunächst zurückgestellt. Der Ausbau des Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn wurde ebenso nicht weiter betrieben. Die Grundsätze für Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden so novelliert, dass solche vereinfacht und beschleunigt wurden.[109] Rückblickend bilanzierte Volker Hauff über die Umweltklausur, dass die „Prioritäten zwischen Ökonomie und Ökologie ausgetauscht" wurden. „Auf den Rausch des ersten Umweltprogramms folgte nach der Ölkrise […] prompt der Kater von Gymnich."[110] Dass auf der Klausur wichtige Ansatzpunkte zu erkennen waren, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum nicht mehr nur als sich unvereinbar gegenüberstehende Gegensätze zu begreifen, ging in der Rezeption weitgehend unter.[111]

Die sozialdemokratischen Annäherungen an das Thema Umwelt in der Zeit der sozial-liberalen Koalition waren also holprig, von zahlreichen Widersprüchen geprägt und auf wenige, dafür wortstarke Protagonisten beschränkt. Anders, als in der eigenen sozialdemokratischen Erinnerungskultur gerne behauptet, war die Ökologie kein integraler Teil des sozialdemokratischen Reformprogramms der 1960er- und 1970er-Jahre. Nach dem Rücktritt Willy Brandts war der Ausweitung der Umweltgesetzgebung erst recht eine enge Grenze gesetzt. Dies trieb Regierung und Kanzler zwar in einen immer deutlicheren Gegensatz zu einer stärker werdenden, ökologisch sensibilisierten Strömung in der Partei mit ihrer Leitfigur Erhard Eppler. Doch jener fehlten sowohl die organisatorischen und personellen als auch die politisch-konzeptionellen Ressourcen, um dem Primat der Ökonomie in der Ära Schmidt etwas entgegenzusetzen. Die neuen Zielwerte des „qualitativen Wachstums" und der „Qualität des Lebens" waren dafür zu unpräzise, da noch nicht mit handfesten programmatischen Forderungen gefüllt. Dafür bedurfte es eines konkreten Anlasses und einer greifbaren Thematik. Dieser Kontext öffnete sich erst mit den Auseinandersetzungen um die Energiepolitik der sozial-liberalen Regierung ab Mitte/Ende der 1970er-Jahre.

[109] Radkau, Ära, S. 386 f. Noch am 1. 9. 1982 hatte das Kabinett die Großfeuerungsanlagenverordnung mit verschärften Grenzwerten für Schwefeldioxid beschlossen. Sie wurde von der neuen Bundesregierung kurz vor den Neuwahlen im März 1983 in Kraft gesetzt. Vgl. Metzger, Wald, S. 289–294, 308, 312–324, 350; Brüggemeier, Tschernobyl, S. 225; Pötzl, Stückwerk, S. 109; von Detten, Umweltpolitik, S. 259; Seefried, Zukünfte, S. 468.

[110] Hauff, Reformfähigkeit, S. 222.

[111] Oberloskamp, Gymnich.

2. „Mit Helmut Schmidt und Erhard Eppler für und gegen Kernenergie." Die Spaltung der SPD über die Kernenergiefrage

Vom Wohlstandsgaranten zur Quelle menschlicher Selbstvernichtung: das Ende der sozialdemokratischen Atomeuphorie

Dass sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die zivile Nutzung der Atomkraft als Hauptzielscheibe der Wachstumskritiker:innen in der SPD herauskristallisierte, befruchtete die umweltpolitische Diskussion ungemein. Denn sie wurde, neben der Friedens- und Sicherheitspolitik, zu einer der zentralen Arenen der Auseinandersetzung zwischen dem Regierungsflügel und der zunehmend wachsenden Zahl von Kritiker:innen innerhalb der eigenen Reihen.[112] In kaum einem Bereich lagen die Positionen weiter auseinander als in der Energiepolitik: Die stürmischen Hoffnungen, die in die Versorgungspotenziale der Atomkraft gesetzt wurden, brachen zusammen. Das ehemals „friedliche Atom"[113] entwickelte sich für die SPD zu buchstäblich neuem Sprengstoff, der bald nicht nur die Einheit der Partei, sondern auch die Fortexistenz der sozial-liberalen Koalition gefährdete.

Die zivile Nutzung der Atomenergie war ein vergleichsweise junges Phänomen, das erst mit der Rede des US-amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower über die „Atoms for Peace" 1953 und die Genfer Atomkonferenz 1955 Bedeutung erlangt hatte; im gleichen Jahr wurde das bundesdeutsche Atomministerium eingerichtet.[114] Sozialdemokrat:innen und Sozialist:innen in Westeuropa zeigten einen ganz besonders enthusiastischen Glauben an die Segnungen des „Atomzeitalters".[115] Diese „Integrationsideologie" der friedlichen Atomkraftnutzung war daher schnell in das sozialdemokratische Mindset diffundiert.[116] Im „Atomplan" der Partei von 1956 hatte man sich von der Kernenergie den Beginn eines „neuen Zeitalters" sowie „Frieden und Freiheit für alle" versprochen,[117] im Godesberger Programm „Wohlstand für alle".[118] Wo möglich, wurde dementsprechend gehandelt: Der sozialdemokratische Ministerpräsident Bayerns, Wilhelm Hoegner, trieb

[112] Zu den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss in der SPD vgl. Hansen, Abschied.
[113] Vgl. zu den euphorischen Zukunftshoffnungen, die in die Atomenergie gesteckt wurden, und zum langsamen Verlust dieser Zukunftssicherheit zuletzt Radkau, Geschichte, S. 131–170.
[114] Kirchhof/Trischler, History, S. 127; Wehner, Versicherung, S. 87; Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 247 f.; Arndt, Tschernobyl, S. 13; Brunnengräber, Ewigkeitslasten, S. 15, 28; Doering-Manteuffel, Fortschrittsglaube, S. 87.
[115] Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 73–75.
[116] Arndt, Tschernobyl, S. 13.
[117] Vorstand der SPD (Hrsg.), Atomplan, S. 1, 4.
[118] Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1959, S. 5.

energisch den Bau eines Forschungsreaktors in Garching bei München an.[119] Leo Brandt, der technologiepolitische Experte der SPD, war Gründervater der Kernforschungsanlage in Jülich.[120] Dem Einsatz der SPD in der „Kampf dem Atomtod"-Bewegung Ende der 1950er-Jahre lag eine strikte gedankliche Trennung der militärischen von der zivilen Atomkraft zugrunde.[121] Er kann also nicht als erste Etappe des späteren sozialdemokratischen Engagements in der Friedens- und Umweltbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre gewertet werden.[122]

Startpunkt breiter Proteste gegen die zivile Kernenergienutzung waren vielmehr die Demonstrationen gegen das geplante Kraftwerk im badischen Wyhl ab 1975. Sie genossen schnell deutschlandweiten Vorbildcharakter und thematisierten in erster Linie die Gefahren radioaktiver Strahlung für die menschliche Gesundheit sowie das ungeheure Schadensausmaß im Falle eines Unfalls.[123] Neben diese Ängste traten im Laufe der Auseinandersetzung weitere Vorbehalte: Die Bürger:innenbeteiligung bei Planung und Durchführung der Kraftwerksneubauten wurde als unzureichend bemängelt und die hohen Kosten von Bau und insbesondere Entsorgung problematisiert. Mit zunehmender Bedeutung der Schnellen-Brutreaktor-Technik und der Wiederaufbereitung wurden darüber hinaus das militärische und terroristische Missbrauchspotenzial der Plutoniumnutzung und die damit verbundene Proliferationsgefahr angeprangert.[124] Für eine Partei, die sich als Garantin des technischen Fortschritts verstand, stellten diese neuen Ängste eine besondere Herausforderung dar.[125] Letztlich ging es beim Streit um die Kern-

[119] Zur frühen Atompolitik der SPD vgl. u. a. Brüggemeier, Sonne, S. 7 f.; Weisker, Expertenvertrauen, S. 395. Zu Hoegner vgl. Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und Protest, S. 202–207; Radkau, Kohlennot, S. 466.

[120] ders., Geschichte, S. 139.

[121] Schmidt, Arbeiterbewegung, S. 166; Milder, Ökopax, S. 90 f., 96; Doering-Manteuffel, Fortschrittsglaube, S. 89. Vermeintliche Zusammenhänge betonend: Kirchhof/Trischler, History, S. 130.

[122] Zur Wahrnehmung eines umfassenden Krisenszenarios, in der die militärischen und zivilen Gefahren der Atomkraft miteinander verschmolzen, vgl. Mende/Metzger, Ökopax, S. 124; Milder, Ökopax, S. 88 f.

[123] Ausgehend von den Befürchtungen lokaler Bauern, dass die Nebelschwaden der Kühltürme den Weinanbau in der Region gefährden würden, entwickelte sich in Wyhl eine Protestbewegung, in deren Folge 90 000 Bürger:innen beim Verwaltungsgericht Einspruch gegen den Bau einlegten. Im Februar 1975 besetzten die Demonstrierenden für eineinhalb Jahre den Bauplatz. Im März 1977 untersagte das Verwaltungsgericht in Freiburg den Weiterbau, 1982 erklärte der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim ihn jedoch wieder für rechtens. Ein Jahr später verfügte Ministerpräsident Lothar Späth einen vorläufigen Baustopp. 1987 erfolgte das endgültige Aus für die Pläne in Wyhl, nachdem sich gezeigt hatte, dass der bei der Planung prognostizierte Energiebedarf übertrieben war. Zur Bedeutung der Proteste in Wyhl vgl. u. a. Eith, Wyhl, S. 118–129; Rusinek, Wyhl; Altenburg, Wandel, S. 250 f.; Dannenbaum, Atom-Staat, S. 268–270; Tompkins, Active, S. 197 f.; Milder, Example, S. 167–185.

[124] Raithel, Neue Technologien, S. 40 f. Insbesondere im Widerstand gegen die Schnellbrutreaktortechnik und der damit verbundenen Angst vor den Proliferationsrisiken der Plutoniumnutzung zeigte sich eine zunehmende Überlappung zwischen Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Vgl. Augustine, Technocracy, S. 179.

[125] Brüggemeier, Energieversorgung, S. 284, 287; Gassert, Gesellschaft, S. 180 f.

energie daher um sehr viel mehr als um Energiepolitik. Die Jahre ab 1975/1976 waren die formative Phase einer breiten, ökologisch motivierten Strömung in der SPD. In dieser Zeit kristallisierten sich die bestimmenden Themen, Personen und innerparteilichen Flügel heraus, die in den 1980er-Jahren die Ökologiediskussionen der SPD maßgeblich prägen sollten.

Energiepolitische Dilemmata: die Kernenergiepolitik der Bundesregierung nach dem Ölpreisschock und die Anfänge der innerparteilichen Opposition

Mit den Reaktionen der Bundesregierung auf die Folgen der ersten Ölpreiskrise wurde das in den vorangegangenen Jahren entstandene Interesse an umweltpolitischen Fragen schlagartig auf die Energiepolitik gelenkt.[126] Als die erdölexportierenden Länder in Folge des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 Embargos gegenüber westlichen Staaten verhängten, stieg der Ölpreis rasant an und vervierfachte sich innerhalb kürzester Zeit.[127] Die Bundesregierung beschloss in Windeseile ein Energiesicherungsgesetz und erhielt damit die vorläufige Befugnis, die Preissetzung sowie die Regelung von Transport, Lagerung und Herstellung von Energie zu bestimmen. Die Ölpreiskrise löste die bis dato tiefste Rezession der Nachkriegszeit aus, die die Arbeitslosenzahlen bis 1974 auf knapp eine Million ansteigen und die Wirtschaft um 1,1% schrumpfen ließ.[128]

Die sozial-liberale Koalition versuchte in den Folgejahren, den Einsatz von importiertem Öl drastisch zu verringern und durch Energieeinsparungen, eine Erhöhung der Kohleverstromung sowie einen massiven Ausbau der Kernenergie zu ersetzen. Schon kurz vor Ausbruch der Ölpreiskrise verabschiedete die Bundesregierung ein Energieprogramm, das einerseits eine Sicherung der Erdölversorgung vorsah, gleichzeitig aber auch die Förderung anderer Energieträger wie Erdgas, Kernenergie und Kohle.[129] Die Erste Fortschreibung des Energieprogramms vom Oktober 1974 wollte nun angesichts der rapiden Verknappung des Erdölangebots den Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung auf knapp 45% erhöhen. Bis 1985 sollte die bisherige Kraftwerkskapazität verzwanzigfacht werden. Der Anteil der Kernenergie am Gesamtenergieverbrauch sollte von einem auf 15% steigen, der Anteil am Stromverbrauch bis zum Jahr 2000 auf 50%.[130]

Die innerparteilichen Zweifel an diesem Ausbauszenario blieben zunächst noch vergleichsweise folgenlos. Einzelne innerparteiliche Kritiker wie beispielsweise der Mainzer Physikprofessor und Bundestagsabgeordnete Karl Bechert blieben beinahe ungehört.[131] Der Parteitag im Dezember 1975 in Mannheim empfahl ledig-

126 Vgl. Hünemörder, Bewegungsforschung, S. 152.
127 Vgl. Illing, Energiepolitik, S. 141 f.; Bösch/Graf, Reacting, S. 8.
128 Wolfrum, Demokratie, S. 335, 339; Graf, Öl, S. 213; ders., Bundesrepublik, S. 114.
129 Vgl. u. a. Graf, Öl, S. 82 f.
130 Vgl. Dannenbaum, Atom-Staat, S. 272; Saretzki, Energiepolitik, S. 205–207; Brüggemeier, Sonne, S. 8.
131 Zu Bechert vgl. v. a. Kap.V.1.

lich die Einrichtung eines Bürgerdialogs Kernenergie unter der Federführung des Forschungsministers Hans Matthöfer.[132] Ein Antrag des Unterbezirkes Delmenhorst, dass eine Kommission einzurichten sei, die überprüft, „welche politischen Folgen ein weiterer Ausbau des Kernenergiesystems hat und ob diese Folgen evtl. eine demokratische Entwicklung gefährden oder unmöglich machen", wurde nicht im Plenum behandelt und lediglich an den Parteivorstand überwiesen.[133]

Eine ernst zu nehmende Kontroverse nahm erst dann an Fahrt auf, als das Thema „von außen" an die Partei herangetragen wurde. Anlass waren die Konflikte um den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf ab 1976, im Zuge dessen sich die Protestaktionen der Anti-AKW-Bewegung deutlich radikalisierten.[134] Ausgehend vom Landesverband Schleswig-Holstein begann sich eine innerparteiliche Opposition gegen die Energiepolitik der Regierung zu bilden. Selbstverständlich war dies nicht: In den Bundestagswahlkampf 1969 sowie in den Landtagswahlkampf 1971 war dessen Spitzenkandidat Jochen Steffen mit einem Programm gezogen, das den Bau vier neuer Kernkraftwerke in dem kleinen Bundesland gefordert hatte.[135]

Was war 1976 anders als damals? Es war nicht nur die gestiegene Sensibilität für die Sicherheitsrisiken der Kernkraft, die nun in den Blickpunkt gerieten. Der Bau von Brokdorf war nach Ansicht der Kritiker:innen eingeleitet worden, ohne den betroffenen Bürger:innen ausreichende Möglichkeiten zu geben, ihre Bedenken vorzutragen und Widerspruchsrechte wahrzunehmen. Die Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) war im Geheimen erteilt, eine gerichtliche Einspruchsmöglichkeit nicht gegeben und der Bauplatz in einer Nacht-und-Nebel-Aktion komplett mit Stacheldraht eingezäunt worden. Die schleswig-holsteinische SPD nahm vor allem diese Art und Weise, das Bauprojekt durchzusetzen, zum Anlass für eine Kurskorrektur: „Der Beginn der Baumaßnahmen wurde", so urteile der Landesvorstand, „mit Methoden eingeleitet, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind."[136] Der Landesvorsitzende Günther Jansen erstatte sogar Strafanzeige

[132] Dabei handelte es sich um offene Streitgespräche, deren Protokolle in hoher Auflage gedruckt wurden. Vgl. Radkau, Ära, S. 371–373; Altenburg, Wandel, S. 252–254; Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 344 f.

[133] Antrag 138. Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems). Umweltgefährdung bei weiterem Ausbau der Kernenergie, in: Vorstand der SPD, Protokoll Parteitag 1975, S. 1300 f.

[134] Kirchhof/Trischler, History, S. 138; Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 251 f.; von Oppeln, Linke, S. 208.

[135] „Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Energie-Preise gesenkt werden: durch den Bau von Atomkraftwerken." Zit. nach Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1968/1969, S. 224. Vgl. ferner Ueberhorst, Aktualität, S. 390; Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 348.

[136] BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des Landesvorstandes der Hamburger SPD, 22. 1. 1977, Bl. 4. Vgl. auch Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 351–354; Augustine, Technocracy, S. 142; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 78. Zur Entwicklung der Kernenergieproteste in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre und der Debatte um Gewaltanwendungen vgl. Tompkins, Active, S. 14–20; 150–158, 161–173.

gegen die Einsatzleitung, nachdem bei einer Demonstration am Bauplatz eine Tränengasgranate in seiner Nähe eingeschlagen war.[137] Selbst das für Energiefragen zuständige Referat im Kanzleramt kam intern zu der Einschätzung: „Das Baugelände weckt Assoziationen zur Berliner Mauer und der Unfreiheit in der DDR. […] Der [Baup]latz gleicht einem Militärlager."[138]

Im Oktober und November 1976 kam es dort zu mehrfachen, heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und militanten Kernkraftgegner:innen. Die staatlichen Abwehrmaßnahmen hätten sich jedoch nicht nur gegen die gewaltbereiten Demonstrierenden aus dem Umfeld der K-Gruppen, sondern, so die Hamburger SPD, auch gegen „gewaltlose Demonstranten mit unverhältnismäßigen Mitteln [ge]richtet und sich nicht auf den Schutz des Baugeländes und der Baueinrichtungen gegen rechtswidrige Gewaltanwendung" beschränkt.[139] Im November 1976 forderte der Landesverband in Schleswig-Holstein schließlich einen „Baustopp für [alle] Atomkraftwerke bis zur Klärung aller Sicherheitsfragen".[140] Das Bundeskanzleramt hielt resigniert fest: „[D]ie Ereignisse von Brokdorf [haben] zum Teil quer durch die Parteien ein Aufbrechen der bisherigen Akzeptanz der Kernenergie […] zur Folge gehabt."[141]

Wohin mit dem Atommüll? Der Streit um das Entsorgungsjunktim

Die weiteren Diskussionen und Konflikte entzündeten sich an zwei eng miteinander verbundenen Fragen: dem Einstieg in Reaktortechniken auf Plutoniumbasis und der bislang ungelösten Frage der Entsorgung nuklearen Abfalls in einer Wiederaufbereitungsanlage. In der ersten Phase des Ausbaus der Kernenergie war die Frage der Entsorgung noch kaum von Bedeutung gewesen, und auch der SPD-

137 Mohr, Gewerkschaften, S. 48; Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 355.

138 BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk des Bundeskanzleramtes über aktuelle Probleme bei der Kernenergie, 8. 11. 1976, Bl. 2.

139 BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des Landesvorstandes der Hamburger SPD, 22. 1. 1977, Bl. 5. Vgl. auch Altenburg, Wandel, S. 250 f. Zu den K-Gruppen vgl. zuletzt Benicke, K-Gruppen.

140 AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Flugblatt des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Februar 1977. Vgl. ferner BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein zur Kernenergie, 1. 11. 1976; BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk des Bundeskanzleramtes über aktuelle Probleme bei der Kernenergie, 8. 11. 1976, Bl. 4.

141 BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk an Helmut Schmidt zur Situation der Kernenergie in Deutschland, 19. 11. 1976, Bl. 10.

Atomplan hatte der Entsorgungsfrage kein einziges Wort gewidmet.[142] Im Juni 1976 wurde das Atomgesetz durch den Bundestag jedoch dahingehend geändert, dass die Errichtung einer Endlagerstätte für abgebrannte Kernbrennstäbe zur notwendigen Voraussetzung für weitere Kraftwerksgenehmigungen wurde.[143] Die Frage, ob und wie genau eine solche Entsorgung zu realisieren sei, entwickelte sich schnell zur „Achillesferse" des gesamten Kernenergieausbaus.[144]

Gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder konkretisierte Helmut Schmidt im Februar 1977, was dieses „Entsorgungsjunktim" genau zu bedeuten habe: Neue Genehmigungen für Kraftwerke sollten nur noch dann erteilt werden dürfen, „wenn der Nachweis erbracht wird, daß während der gesamten Betriebszeit für die Entsorgung von abgebrannten Brennelementen ausreichende Vorsorge getroffen worden ist". Dies sei in erster Linie durch den „Bau eines nationalen Entsorgungszentrums (Wiederaufarbeitungsanlage […])" zu gewährleisten.[145] In einem gemeinsamen Beschluss vom Mai 1977 einigten sich Bundesregierung und Landesregierungen in „Grundsätzen zur Entsorgungsfrage von Kernkraftwerken" auf ein solches nationales, integriertes Entsorgungszentrum.[146] Niedersachsen erklärte sich bereit, das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) auf seinem Gebiet bauen zu lassen. Die Regierung des Christdemokraten Ernst Albrecht wählte den Salzstock im niedersächsischen Gorleben als zukünftigen Standort aus – wegen der Nähe zur Grenze mit der DDR ursprünglich gegen den Willen Helmut Schmidts.[147]

Nachdem Albrecht sich in der Standortfrage durchsetzen konnte, entwickelte sich Streit darüber, bei welchen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung dieses NEZ das Entsorgungsjunktim als erfüllt angesehen werden könne und wie auf mögliche Verzögerungen zu reagieren sei. Im Januar 1977 kam die nordrhein-westfälische Regierung intern bereits zu dem Ergebnis, „daß die Anlagen des Entsorgungszentrums in Niedersachsen wenigstens *genehmigt* (wenn nicht gar rechtskräftig!) sein müßten, bevor die Entsorgung bestehender und zukünftiger Kernkraftwerke im Sinne der allgemeinen Forderungen als hinreichend sichergestellt angesehen werden kann".[148] Nach und nach erhöhte sich, vor allem im Norden und Südwesten, die Zahl der SPD-Landesverbände, die von der Regierung konkrete Zusagen beim Bau des Entsorgungszentrums verlangten und sich anderenfalls für einen vorläufigen

142 Vgl. den Abschnitt „Die Gefährlichkeit der Brandstoffe" in Vorstand der SPD (Hrsg.), Atomplan, S. 2.

143 Brunnengräber, Ewigkeitslasten, S. 19, 29; Eckert, West Germany, S. 207.

144 Rucht, Wyhl, S. 14; ders., Langer Atem, S. 111.

145 BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk für ein Gespräch zwischen Helmut Schmidt und den Ministerpräsidenten zur Entsorgung von Kernkraftwerken am 11. 2. 1977, 7. 2. 1977, Bl. 1 f.

146 Illing, Energiepolitik, S. 137–140.

147 Bösch, Zeitenwende, S. 355; Eckert, West Germany, S. 212.

148 BArch, Bundesministerium des Innern, Forderungen nach einem Kernenergiemoratorium, B 106/66355, Eventualsprechzettel zur Unterrichtung des Kabinetts vom 19. 1. 1977 über die Haltung des nordrhein-westfälischen Kabinetts zum weiteren Ausbau der Kernenergie, 18. 1. 1977, Bl. 2. Eigene Hervorhebung.

Baustopp bis zur Klärung der Entsorgungsfrage einsetzten. In dieser Weise äußerten sich der Hamburger Landesparteitag, der nordrhein-westfälische Landesparteitag und die niedersächsische Landtagsfraktion. Im Juni 1977 ging der Landesparteitag der Baden-Württemberg-SPD noch weiter und forderte, den geplanten Ausbau der Kraftwerkskapazitäten einzustellen, bis nicht eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) erteilt worden ist.[149]

Zu einem Eklat kam es, als Günther Jansen Helmut Schmidt in einem Interview mit dem „SPIEGEL" „unsolidarisches Verhalten" vorwarf, da dieser der „starke[n] Bewegung für eine Denkpause in der Kernenergiefrage" nicht entgegenkäme. „[Ich habe] den Eindruck, daß Helmut Schmidt ein paarmal zu viel mit Industriellen und Bankiers auf Auslandsreise gegangen ist[.]"[150] Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verschärften sich die Konflikte. So wurde beispielsweise das langjährige Mitglied der IG Bergbau und Energie, Heinz Brandt, beinahe aus der IG ausgeschlossen. Er hatte sich mit der Anti-AKW-Bewegung solidarisch ausgesprochen und mit anderen DGB-Mitgliedern die gewerkschaftsübergreifende Anti-AKW-Initiative „Aktionskreis Leben" gegründet. Nach einer breiten Solidaritätsaktion innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und einer Intervention Willy Brandts wurde auf den beantragten Ausschluss verzichtet, Heinz Brandts Verhalten wurde lediglich offiziell missbilligt.[151]

Innerhalb der Parteiführung wuchs das Bedürfnis, die strittige Kernenergiefrage zu lösen. Auf Vorschlag Willy Brandts wurde eine energiepolitische Arbeitsgruppe unter seinem Vorsitz eingerichtet, die die Debatte bis zum kommenden Parteitag im November 1977 strukturieren sollte. Volker Hauff wurde zum „Koordinator für Energiefragen" des Parteivorstandes ernannt.[152] Zudem regte Brandt eine größere Konferenz an, um das Thema vorab auf einer größeren Plattform ausdiskutieren zu können.[153] Sie fand am 28./29. April 1977 unter dem Motto „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität" in Köln statt und zog mehr als 350 Teilnehmer:innen inner- und außerhalb der Partei an. Zur Vorbereitung der Tagung hatte der Parteivorstand durch Hans Matthöfer einen „Energiepolitischen Leitfaden" erarbeiten lassen. Zwar betonte Matthöfer gegenüber den Atomkraftkritiker:innen seine Absicht, den Leitfaden so offen und neutral wie möglich zu gestalten, neben ihm arbeiteten aber Herbert Ehrenberg, Wolfgang Roth, Helmut Schmidt, Erwin Stahl

[149] AdsD, HSA, Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben, 1/HSAA009202, Ministerialdirektor Konow an Helmut Schmidt, 27. 1. 1977, Bl. 2 f.; AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009473, Beschluss des Landesparteitages der baden-württembergischen SPD am 4. 6. 1977 in Ulm, 4. 6. 1977, Bl. 2. Vgl. die Beschlüsse aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in Krüper/Schmidt/Hauenschild (Hrsg.), Energiepolitik, S. 154–157.

[150] Günther Jansen, „Es gibt doch keine Majestätsbeleidigung". Interview mit dem „SPIEGEL", in: SPIEGEL, 21. 2. 1977, S. 29 f., hier: S. 29.

[151] Geyer, Rahmenbedingungen, S. 81. Zur energiepolitischen Auseinandersetzung in den Gewerkschaften vgl. maßgeblich Mohr, Gewerkschaften. Zum Fall Heinz Brandt insb. S. 64–68.

[152] Hauff, Global denken, S. 23.

[153] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006222, Bericht über die Sitzungen des SPD-Präsidiums am 19.10., 26.10., 9.11. und 16. 11. 1976, 22. 11. 1976, Bl. 1.

und Ulrich Steger daran – allesamt Unterstützer der Kernenergie.[154] Die Möglichkeit eines Moratoriums wurde im Leitfaden daher, wenig überraschend, abgelehnt und die Weiterentwicklung neuer Reaktorlinien ausdrücklich gefordert. Auf einen weiteren Ausbau der Kernkraftwerke zu verzichten, berge die Gefahr eines Verlustes von 40 000 bis 100 000 Arbeitsplätzen sowie eines stark steigenden Strompreises.[155]

Auf der Grundlage dieses Leitfadens diskutierten die Teilnehmenden der Tagung intensiv und engagiert über die Notwendigkeit der Kernenergie.[156] Schon bei den Grundsatzreferaten Erhard Epplers und Adolf Schmidts standen sich zwei grundverschiedene Ausgangspositionen gegenüber. Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, betonte: „Wachstum und Vollbeschäftigung sind in der Bundesrepublik ohne steigenden Energieverbrauch nicht möglich." Daher solle die Kernenergie, die heute noch eine „bescheidene" Rolle im deutschen Energiemix einnehme, in Zukunft einen „noch bedeutsameren Platz" bekommen.[157] Eppler hingegen forderte die Entwicklung neuer Energiespartechnologien. Ein Kernenergiemoratorium sollte die Möglichkeit schaffen, in der gewonnenen Zeit die Voraussetzungen zu schaffen, die Option einer Energieversorgung ohne Kernkraft zu öffnen.[158] Helmut Schmidt wiederum erkannte die Sorgen über die Sicherheitsrisiken grundsätzlich an, hielt Eppler jedoch entgegen: „Man kann nicht Strukturarbeitslosigkeit beklagen und auf einer anderen Tagung, die in einem anderen Saal stattfindet, gleichzeitig zusätzliche Strukturarbeitslosigkeit schaffen."[159]

154 HSA, Priv.-pol. Korrespondenz, 945, Hans Matthöfer an Erhard Eppler, 25. 2. 1977, Bl. 9 f.

155 Der Leitfaden findet sich in Vorstand der SPD, Abtlg. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Energie. Vgl. ferner von Oppeln, Diskussion, S. 77. Bei seiner Ausarbeitung stützte sich Matthöfer maßgeblich auf die Expertise kernkraftfreundlicher Experten wie Wolf Häfele sowie Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln (EWI) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Vgl. Gross, Energy, S. 530.

156 Vgl. das komplette Tagungsprotokoll in Dröscher/Funke/Theilen (Hrsg.), Energie.

157 AdsD, HSA, Sacharchiv, 1/HSAA007818, Grundsatzreferat Adolf Schmidts auf der SPD-Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität" am 28./29. 4. 1977 in Köln, 28. 4. 1977, Bl. 5, 32. Gleichzeitig unterstrich er aber die DGB-Position, dass keine Baugenehmigung für neu geplante Kraftwerke erteilt werden dürfe, bevor nicht eine Baugenehmigung für eine Wiederaufbereitungsanlage vorliege. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Kernenergie und Umweltschutz (5. April 1977) – Auszug –, in: Krüper/Schmidt/Hauenschild (Hrsg.), Energiepolitik, S. 161–164. Nachdem die Bundesregierung im Sommer 1977 strengere Richtlinien für die Genehmigungen neuer Kraftwerke beschlossen hatte, organisierte Adolf Schmidt eine Pro-Kernkraft-Demonstration in Dortmund, an der 30 000 bis 40 000 Menschen und die Betriebsräte der betroffenen Industrien teilnahmen. Er erreichte damit eine Lockerung der Sicherheitskriterien. Vgl. u. a. Mohr, Gewerkschaften, S. 82–88; von Oppeln, Diskussion, S. 84. Jedoch gab es auch eine Gegenveranstaltung ökologisch orientierter Sozialdemokrat:innen, an der 35 Mitglieder der Bundestagsfraktion teilnahmen und auf der u. a. Robert Jungk sprach. Vgl. dpa, Gewerkschafter demonstrieren für Kohle- und Kernkraftwerke, in: Süddeutsche Zeitung, 11. 11. 1977, S. 1.

158 AdsD, HSA, Sacharchiv, 1/HSAA007818, Grundsatzreferat Erhard Epplers auf der SPD-Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität" am 28./29.4. in Köln, 28. 4. 1977, Bl. 10 f.; von Oppeln, Diskussion, S. 80.

159 HSA, Eigene Arbeiten, 476, Diskussionsbeitrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Sozialdemokratischen Fachtagung Energie, Beschäftigung, Lebensqualität, am 28./29. 4.1977 in Köln, April 1977, Bl. 326, 328.

Angesichts dieser Differenzen brachte die Konferenz ein ambivalentes Ergebnis hervor. Grundsätzlich bekannten sich die Teilnehmenden zu einem Festhalten an der Ausbaustrategie der Bundesregierung. Gleichzeitig erzielten die Kernkraftskeptiker:innen aber einen Etappenerfolg, denn trotz unterschiedlicher Auffassungen über Ausmaß und Weg dieses Ausbaus bestand in Köln Konsens darüber, dass die Bemühungen einer forcierten Kohleverstromung, des Energiesparens und einer verstärkten Nutzung alternativer Energieträger intensiviert werden müssten. In der Bewertung der Kernenergie zeigten sich erste Anzeichen eines Umdenkens. Der Bericht des Arbeitskreises „Energieplanung – Energieeinsparung – Energiequellen" hielt fest, dass die Kernenergie nur noch zur „Restabdeckung des Energiebedarfs" genutzt werden sollte, ein beschleunigter Ausbau der Kernkraft nicht zu rechtfertigen sei und die Lösung der Entsorgungsfrage höchste Priorität habe. Eine Minderheit forderte gar ein Moratorium.[160]

Von Köln nach Hamburg: der Parteitag 1977 und die „Zwei-Optionen-Formel"

Die Debatten in Köln blieben nicht folgenlos. Gegen den ausdrücklichen Willen des Bundeskanzlers brachte der Parteivorstand auf dem anstehenden Parteitag in Hamburg im November 1977 einen (jedoch im Vorstand mit nur elf gegen zehn Stimmen verabschiedeten) energiepolitischen Leitantrag ein, der den Bau weiterer Kraftwerke nur zulassen wollte, wenn die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das geplante NEZ vorliege. Vorgeschlagen wurde diese Formulierung von Erhard Eppler, unterstützt durch den linken Frankfurter Kreis. Der ursprüngliche Entwurf des Vorstandes hatte den Neubau von Kraftwerken lediglich an die schwammige Formel geknüpft, dass „das Problem der atomaren Entsorgung gelöst" sein müsse.[161] Helmut Schmidt sowie der Arbeitsminister Herbert Ehrenberg und Adolf Schmidt wiesen darauf hin, dass jedwede Konkretisierung einen faktischen Baustopp für mehrere Jahre sowie katastrophale Folgen für die Beschäftigungslage bedeuten würde. Der Bundeskanzler kündigte gar an, sich gegebenenfalls nicht an einen dementsprechenden Parteitagsbeschluss gebunden zu fühlen.[162] Eppler hatte sich jedoch durchsetzen können. Der Parteitag bestätigte letztlich ebenfalls den konkretisierten Entsorgungsvorbehalt und beschloss, dass neue Kernkraftwerke nur gebaut werden sollten, wenn Kohlekraftwerke den Bedarf nicht mehr decken konnten. Mittels eines Initiativantrages aus dem Bezirk Westliches Westfalen gelang es den Unterstützer:innen der Kernenergie jedoch, den Zusatz zu erwirken, dass im Ausnahmefall Baugenehmigungen für neue Kraftwerke auch dann erteilt

[160] AdsD, Eppler, Erhard, 1/EEAC000127, Manfred Königstein (Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich): Bericht über die SPD-Fachtagung „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität" am 28./29.4. in Köln, Mai 1977, Bl. 3. Vgl. auch Graf, Öl, S. 228 f.

[161] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006289, Vermerk an Helmut Schmidt über die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 19. 9. 1977, 19. 9. 1977, Bl. 1; Reinhardt, Aufstieg, S. 92.

[162] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 149.

werden könnten, wenn die Entsorgung des Atommülls bis zur Errichtung eines Entsorgungszentrums vertraglich verbindlich sichergestellt ist. Damit konnte ein faktisches Moratorium verhindert werden.[163]

Dafür musste aber ein hoher Preis gezahlt werden. Der Parteivorstand hatte noch weitergehendere Forderungen in der Kernenergiefrage abwehren müssen. Verschiedene Initiativanträge, unter anderem aus Schleswig-Holstein und Südbayern, versuchten, den Neubau und Betrieb von Kraftwerken unter einen noch schärferen Vorbehalt zu stellen. Einige Unterbezirke hatten sogar ein Verbot der Wiederaufbereitung und einen Betriebsstopp für laufende Kraftwerke gefordert.[164] Um die Einheit in der Partei zu wahren und eine Kompromisslösung zu erreichen, lehnte Eppler die Forderung nach einem Moratorium ab und beschränkte sich auf die Fixierung eines klaren Entsorgungsvorbehaltes.[165] Damit konnte der Parteiführung im Gegenzug ein wichtiges Zugeständnis abgerungen werden. Für die energiepolitischen Debatten der kommenden Jahre entscheidend sollte nämlich die Aufnahme der folgenden, kurzen Ergänzung sein, die schon im Vorfeld des Parteitags auf Drängen Epplers und des Bezirkes Hessen-Süd zum Leitantrag hinzugefügt worden war: „Angesichts der vielfältig offenen Probleme bei der Kernenergie ist ein verstärkter Bau von Kernkraftwerken […] gegenwärtig […] nicht vertretbar. Daher muß die Option für die Kernenergie offengehalten und die *Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können,* geöffnet werden."[166]

Indem der Parteitag mit dieser sogenannten „Zwei-Optionen-Formel" ein zukünftiges Ende der Kernenergienutzung zumindest als theoretische Option in Aussicht stellte, besaßen die parteiinternen Forderungen nach einem Moratorium nun eine ganz andere Legitimität. Das Wahlprogramm für die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 sollte beispielsweise schon das langfristige Ziel eines Verzichtes auf die Kernenergie formulieren.[167] Der Hamburger Beschluss war auf der anderen Seite aber nicht mehr als eine Kompromissformel, die mit diesem Zugeständnis an die Kernkraftskeptiker:innen die Geschlossenheit der Partei in der Energiefrage erhalten sollte. Sie überzeugte bei Weitem nicht jeden. Die Delegierten des Landesverbandes Schleswig-Holstein stimmten geschlossen gegen den Antrag.[168] Mit Roland Vogt trat einer der drei Vorsitzenden des BBU

[163] HSA, Priv.-pol. Korrespondenz, 944, Antje Huber an Helmut Schmidt, 20. 10. 1977, Bl. 375 f. Huber berichtet darin über ein Gespräch, das sie mit Adolf Schmidt führte. Vgl. auch von Oppeln, Diskussion, S. 34 f., 83, 90.

[164] Es lagen allein 45 Änderungsanträge zum energiepolitischen Leitantrag vor, mehr als zu jedem anderen Leitantrag. Vgl. AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009444, Vorlage des Organisationsreferates für die Sitzung des SPD-Präsidiums am 30. 8. 1977, August 1977, Bl. 1 f.

[165] Ueberhorst, Aktualität, S. 371.

[166] Antrag 699. PARTEIVORSTAND, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 967–974, hier: S. 972. Eigene Hervorhebung. Vgl. ferner Ehmke, Mittendrin, S. 295.

[167] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Programm Europawahl 1979, S. 74.

[168] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1977–1979, S. 214. Sie begrüßten zwar grundsätzlich die Zwei-Optionen-Formel, vermissten aber konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung.

aus Protest gegen diesen „unehrlichen Kompromiss" aus der SPD aus.[169] Jo Leinen, ein weiterer BBU-Vorstand mit Parteibuch, warnte den Parteivorstand davor, dass es nun zur Kandidatur grüner Listen bei Landtagswahlen kommen könne.[170]

Zwischen dem Hamburger Parteitag und dem nächsten in Berlin zwei Jahre später erfuhr die Opposition gegen die Kernkraft dennoch immer weiter Auftrieb. Gleichzeitig wurde der Ton rauer, insbesondere gegenüber Helmut Schmidt. Der stellvertretende Juso-Vorsitzende Reinhard Schultz verstieg sich gar zu der Aussage, „daß die SPD als die Partei in die Geschichte eingeht, die mit Atomkanzler Schmidt künftigen Generationen ein Leben in Zivilschutzbunkern garantiert habe".[171] Trotz der grundsätzlichen Unterstützung Schmidts für die Atomkraft wäre es aber übertrieben, ihn als „entschiedene[n] Parteigänger der Kernkraft", „fest von ihr überzeugt" oder gar einen „Wanderprediger in Sachen Atomenergie" zu bezeichnen.[172] Eher waren es die Befürchtungen vor einer drohenden Versorgungslücke und der damit verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen, aus denen heraus sich Schmidt gegen einen Ausstieg aus der Kernkraft wehrte.[173] Er war anfangs ihr gegenüber skeptisch eingestellt, den utopischen Zukunftshoffnungen der 1950er-Jahre hatte er sich nie angeschlossen. Ein Teil dieser Skepsis blieb auch später bestehen, er hielt die Atomenergie jedoch schlicht für ein notwendiges Übel: „[K]ein Mensch, der seinen Verstand beisammen hat, kann mit breiten Armen auf die nukleare Energie zugehen […]. Worauf es ankommt, ist, dass man nichts verschuldet, […] dass man nicht später in schlimme Energieknappheiten kommt […]."[174] Schmidt war also ein klassischer Vertreter der „defensiven Argumentation" zugunsten der Kernenergie.[175] Er sah die Risiken für Mensch und Umwelt, die mit der Kernenergie verbunden waren, in internen Diskussionen wurden seine Zweifel regelmäßig deutlich. Er weigerte sich jedoch, diese auch in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.[176] Letztlich gewichtete er die Sicherheitsrisiken nämlich nicht höher als das Risiko eines wirtschaftlichen Abschwungs, drohender Massenarbeitslosigkeit oder eines möglichen Atomkrieges.[177]

169 [o. V.], Umweltschützer aus der SPD ausgetreten, in: Frankfurter Neue Presse, 24. 11. 1978.

170 AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA010099, Josef M. Leinen: Bestrebungen zur Gründung einer Ökologieliste, 24. 11. 1977, Bl. 2.

171 Zit. nach AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 63, Mai 1979, Bl. 3.

172 Vgl. Radkau, Kohlennot, S. 475; Bösch, Zeitenwende, S. 340; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 80.

173 Woyke, Helmut Schmidt, S. 68.

174 HSA, Eigene Arbeiten, 498, Transkript eines Interviews Helmut Schmidts im WDR-Mittagsmagazin, 6. 10. 1979, Bl. 1. Vgl. auch Soell, Kanzler, S. 291 f.

175 Vgl. Raithel, Neue Technologien, S. 38.

176 Vgl. Volker Hauffs Erinnerungen in Hauff, Global denken, S. 28.

177 Vgl. u. a. HSA, Eigene Arbeiten, 473, Ansprache Helmut Schmidts auf dem 11. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie am 23. 11. 1976 in Dortmund, November 1976, Bl. 101. Dort: „Wir müssen die Atomkraft entmystifizieren. Die unterschwellige Verbindung zwischen den Atomkraftwerken nebenan und der Bombe von Hiroshima muß gekappt werden."

Gorleben, Harrisburg und die Gefahren der „Plutoniumwirtschaft"

Schmidt und die Regierung konnten sich bei ihren weiterhin verfolgten Ausbauplänen ebenfalls auf die „Zwei-Optionen-Formel" berufen. Ganz ohne Rücksicht auf die wachsende Minderheit in der Partei war dies aber nicht mehr zu realisieren. Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms vom Dezember 1977 bezeichnete den Ausbau der Kernenergie zwar als ein in einem für die Sicherung der Energieversorgung „unerlässlichem Ausmaß" notwendiges Ziel. Jedoch schienen sich die Prioritäten verschoben zu haben, denn anders als in der Ersten Fortschreibung wurden die Ausbauziele nicht mehr genau beziffert.[178] Zudem geriet die Regierung dadurch unter Druck, dass die konkrete Ausgestaltung der Entsorgung zunehmend in den Mittelpunkt des Streits geraten war. Dies verband sich dabei mit der steigenden Aufmerksamkeit für die Plutoniumnutzung in der Energieproduktion. Hinzu kam ferner die grundsätzliche Frage nach dem Stellenwert der Kernenergie in der Energieversorgung.

Ab 1978 verlagerte sich die Kernenergiediskussion auf die Endlagerform der Wiederaufbereitung und den Reaktortyp des Schnellen Brüters – beide „Schlüsseltechnologien" erzeugten oder benötigten Plutonium und galten für die Atomkraftskeptiker:innen daher als nicht vertretbares Risiko, erlaubten aus Sicht der Kernenergiebefürworter:innen aber einen „geschlossenen" Brennstoffkreislauf.[179] Damit erhielt die Gefahr eines militärischen Missbrauchs des Plutoniums sowie eine Verbindung der zivilen mit der militärischen Dimension der Kernkraftnutzung eine immer größere Bedeutung und die Diskussion um die Kernkraft als solche eine neue Brisanz.[180] Als persönlichen Wendepunkt in seiner Haltung zur Kernenergie bezeichnete beispielsweise Volker Hauff die Antwort seines Mitarbeiter:innenstabs im Forschungsministerium auf die Frage, wie zeit- und kostenaufwendig eigentlich der Bau einer eigenen deutschen Atombombe wäre. Er kam zu dem Ergebnis, dass, unter Verwendung der schon vorhandenen Rohstoffe und Infrastrukturen, nur ein „zweistelliger Millionenbetrag" notwendig sei. Möglich sei dies „eher in mehreren Monaten als in mehreren Jahren".[181]

Zunächst stand die Brütertechnologie im Fokus der Debatten. Als am 14. Dezember 1978 der Bundestag über die künftige Kohle- und Strompolitik diskutierte, entwickelte sich eine heftige Kontroverse um den Schnellen Brüter in Kalkar, dessen dritte Baustufe kurz vor ihrem Beginn stand.[182] In der Bundestagsdebatte wurden schnell massive Bedenken und Vorbehalte gegen den Brüter offensichtlich.

[178] Gross, Energy, S. 532. Ursprünglich war vorgesehen, in der Zweiten Fortschreibung eine Erhöhung der Kernkraftkapazität bis 1985 um weitere 30 000 MW festzuschreiben. Vgl. Illing, Energiepolitik, S. 133–137.

[179] Vgl. Uekötter, Ende, S. 158; Gaumer, Wackersdorf (2020), S. 177; Eckert, West Germany, S. 201 f., 205 f.

[180] Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 196 f., 240 f.

[181] Interview mit Volker Hauff in Köln am 7. 8. 2018.

[182] Vgl. Altenburg, Wandel, S. 246 f.; von Oppeln, Diskussion, S. 66.

Anders als die bisher üblichen Leichtwasserreaktoren sollte der Schnelle Brüter nicht nur Uran verbrauchen, sondern gleichzeitig als „quasi-erneuerbare Energiequelle" auch neues spaltbares Material „erbrüten".[183] Dadurch sollte er 60 Mal mehr Energie erzeugen können als ein herkömmlicher Leichtwasserreaktor. Notwendig zur Nutzung des Schnellen Brüters war jedoch der Aufbau einer „Plutoniumwirtschaft", da der Brüter Uran-Plutonium-Mischoxid (MOX) als Kernbrennstoff benötigt. Erstens bestanden gegenüber dieser Technik erhebliche Sicherheitsbedenken, zweitens bedeutete ihre Anwendung eine grundsätzliche Weichenstellung in der Energiepolitik: Sollte die Brutreaktortechnik in großem Maßstab genutzt werden, wäre dafür die Wiederaufbereitung als primäre Entsorgungstechnik notwendig, denn sie lieferte das benötigte Plutonium als Neben- bzw. Abfallprodukt des Wiederaufbereitungsprozesses.[184] Aufgrund des hohen Wirkungsgrades der Brütertechnik hätte der Einstieg in diese eine langfristige und kaum mehr zu korrigierende Festlegung auf die Kernenergie als primäre Energieform bedeutet.

Der Widerstand gegen den Schnellen Brüter formierte sich zunächst nicht innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, sondern beim Koalitionspartner. Teile der FDP-Fraktion hatten schon vor 1978 eine Enquete-Kommission zur Kalkar-Entscheidung gefordert. Hans-Dietrich Genscher drohte, dass alle liberalen Bundesminister von ihrem Amt und auch Wolfgang Mischnick als Fraktionsvorsitzender zurücktreten würden, sollten die sechs potenziell Abweichenden der Finanzierung des Schnellen Brüters nicht zustimmen. Weiter drohte er ihnen, die Zweite Fortschreibung gegebenenfalls erneut in den Bundestag einzubringen und dann mit einer Vertrauensfrage für Helmut Schmidt zu verbinden. Erst unter diesem Druck konnten die sechs Abgeordneten zu einer Enthaltung bewegt werden.[185]

Die Zweifel an der Brütertechnologie waren aber mittlerweile so stark angewachsen, dass die SPD-Fraktion und insbesondere ihre schleswig-holsteinischen Mitglieder um Reinhard Ueberhorst die Einrichtung einer solchen Enquete-Kommission im Gegenzug für ihre Zustimmung zum Brüter durchsetzen konnten.[186] Ihren Vorsitz übernahm Ueberhorst, selbst Sympathisant der Anti-AKW-Bewegung. Sie konstituierte sich im März 1979.[187] Im knapp einem Jahr später vorgelegten Bericht empfahl sie im Kern, bis 1990 Atomenergie, Energiesparmaßnahmen sowie erneuerbare Energien gleichermaßen zu fördern und danach erst über die Nutzung des Schnellen Brüters zu entscheiden. Zur Erleichterung der

[183] Radkau, Geschichte, S. 332.

[184] Bei der Wiederaufbereitung werden abgebrannte Kernbrennstäbe so behandelt, dass vor einer endgültigen Endlagerung noch weiter nutzbares U 235 sowie Plutonium abgespalten und damit wieder neue Brennelemente hergestellt werden können. Zum „Nuclear Fuel Cycle" zuletzt Eckert, West Germany, S. 201 f.

[185] Altenburg, Kernenergie, S. 292.

[186] Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2370, Erste Beschlußempfehlung und Erster Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 8/1357 – Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, 8. 12. 1978, S. 5.

[187] Vgl. Altenburg, Wandel, S. 252–254; Radkau, Ära, S. 373–378.

Entscheidung erarbeitete die Kommission vier mögliche „Energiepfade": Einen mit extensiver Nutzung der Kernkraft, einen mit eher moderatem Ausbau, einen mit einem allmählichen Ausstieg aus der Atomkraft und einen mit gänzlichem Verzicht auf die Kernenergie. Zwar zogen die drei Abgeordneten der Unionsfraktion ihre Zustimmung zum Bericht in letzter Sekunde zurück, der gefundene Kompromiss führte dennoch dazu, dass erstmals detaillierte Alternativen zu einer primär auf Kernenergienutzung basierenden Energieversorgung formuliert und als technisch umsetzbar anerkannt wurden.[188] Die SPD-Fraktion stellte sich geschlossen hinter den Bericht, und sogar Helmut Schmidt sah in den Ergebnissen der Kommissionsarbeit „wichtige Beiträge zur Versachlichung der Diskussion". Parallel zu einem begrenzten und aus seiner Sicht notwendigen Ausbau der Kernenergie sollten zukünftig, so der Kanzler, „sanfte[] Energien" ebenfalls gefördert werden.[189]

Mit der Entscheidung über den Schnellen Brüter war auch das Schicksal der Wiederaufbereitung als primäre Entsorgungstechnik verbunden. Nach dem gemeinsamen Willen von Bund und Ländern sollte die Endlagerung der Brennelemente an eine vorhergehende Wiederaufbereitung am gleichen Standort gekoppelt werden. Welche Brisanz eine Entscheidung für oder gegen die Wiederaufbereitung in sich barg, verdeutlicht die Ablehnung dieser Endlagertechnik durch Herbert Brückner. Als Bremer Umweltschutzsenator stellte er sich als erster SPD-Landesminister offen gegen den Kurs der Bundesregierung in der Wiederaufbereitungsfrage. Im parteieigenen „Sozialdemokratischen Pressedienst" argumentierte er im Februar 1979: „Eine Wiederaufbereitungsanlage bedeutet den endgültigen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und damit das Eingehen von Risiken und Unwägbarkeiten in bislang ungekanntem Ausmaß. Der dadurch notwendig werdende Überwachungsaufwand, insbesondere zur Verhinderung jeder mißbräuchlichen Nutzung des Plutoniums, ist nur durch eine Einschränkung freiheitlich-demokratischer Rechte zu erkaufen."[190]

Zwei Ereignisse heizten die innerparteiliche Debatte 1979 weiter an: Der Unfall im US-amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Island in Harrisburg und das Aus für das NEZ in Gorleben. Während die partielle Kernschmelze in Harrisburg, der bisher größte atomare Unfall und eine „watershed in the history of nuclear power",[191] der außerparlamentarischen Anti-AKW-Bewegung noch mehr Zulauf

[188] Altenburg, Wandel, S. 254–258, dies., Kernenergie, S. 209 f. Innerhalb der Enquete kamen auch kritische Experten zu Wort wie beispielsweise der Physiker Klaus Michael Meyer-Abich. Die Naturwissenschaftler Dieter von Ehrenstein und Günter Altner, Mitbegründer des Freiburger Öko-Institutes, galten ebenso als vehemente Gegner der Kernenergie, während Alois Pfeiffer als Vertreter des DGB sie verteidigte. Vgl. u. a. Oberloskamp, Energiewende, S. 244; Zu den Differenzen zwischen SPD und CDU in der Enquete-Kommission vgl. Kleine, Energiepolitik, S. 241.

[189] Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 5. Sitzung, Bonn, Montag, den 24. 11. 1980. Darin: Erklärung der Bundesregierung. Zitat S. 31.

[190] Herbert Brückner, Keine Wiederaufbereitung atomarer Brennstoffe, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 5. 2. 1979, S. 1 f.

[191] Zaretsky, Radiation Nation, S. 1.

verschaffte,[192] reagierte die Bundesregierung eher verhalten. Zwar wurde eine eingehende Überprüfung der bisherigen Instrumente der Emissionsüberwachung sowie ein umfassendes Überwachungsprogramm für ältere und im Bau befindliche Kraftwerke angeordnet,[193] an den grundsätzlichen Ausbauzielen änderte sich jedoch kaum etwas.[194] Die Regierung vertrat weiterhin die Auffassung, „daß aufgrund des ohnehin besonders hohen Sicherheitsstandards, der sicherheitstechnischen Unterschiede und der Unterschiede in der betrieblichen Organisation von deutschen Kernkraftwerken im Vergleich zum Typ des Kernkraftwerkes Harrisburg keine unmittelbaren Konsequenzen zu ziehen" seien.[195]

Im Falle Gorlebens, das sich zum „center of the longest-lasting anti-nuclear protest" in der Bundesrepublik entwickelte,[196] erlebte die Bundesregierung einen deutlich spürbareren Rückschlag. SPD-Landesverband und -Landtagsfraktion in Niedersachsen äußerten bereits seit Längerem die Überzeugung, dass eine Wiederaufbereitungsanlage aus wirtschaftlichen und aus Sicherheitsgründen nicht gebaut werden dürfe. Eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Kerntechnik beim DGB, zusammengesetzt aus Vertretern von IG Metall und der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), empfahl ebenso, auf eine Wiederaufbereitungsanlage vorläufig zu verzichten. Die Alternative sollte eine „rückholbare Endlagerung" sein.[197] Die Debatten kulminierten auf dem sogenannten „Gorleben-Hearing" vom 28. März (dem Tag des Unfalls in Harrisburg) bis 3. April 1979 in Hannover.[198] Bei diesem Symposium „Rede – Gegenrede" diskutierten unter der Leitung Carl Friedrich von Weizsäckers – eine der treibenden Kräfte hinter der „Göttinger Erklärung" gegen die atomare Bewaffnung der Bun-

[192] In den USA bewirkte der Unfall einen drastischen öffentlichen Meinungsumschwung zuungunsten der Kernenergie. Auch in der Bundesrepublik sank die Zustimmung für den Neubau von Kernkraftwerken auf 30%. Vgl. McNeill/Engelke, Mensch, S. 386; Bösch, Taming, S. 78–80; Brünig, Kernkraft, S. 102 f.

[193] Vgl. Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in Harrisburg, in: Bulletin, 6. 4. 1979, S. 381; BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u. a. Gorleben, B 136/10860, Weisung des Bundesministerium des Innern (BMI) an die atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der Länder vom 7. 5. 1979 hinsichtlich der Emissionsüberwachung bei Kernkraftwerken, 7. 5. 1979, Bl. 2; Bösch, Taming, S. 81 f.

[194] Ähnliches gilt für die Versicherungswirtschaft, die ihr Atomgeschäft nach dem Unfall gar noch weiter aufstockte. Vgl. Wehner, Versicherung, S. 377.

[195] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006309, Bericht über die Arbeit der Bundesregierung vom 1. 5. 1981 bis 31. 10. 1981, 30. 10. 1981, Bl. 9.

[196] Eckert, West Germany, S. 10.

[197] BArch, Bundesministerium des Innern, Entsorgung der Kernkraftwerke.– Konzept der Arbeitsgemeinschaft Kernenergie (AGK), der IG Metall (IGM) und der ÖTV, B 106/65366, Vermerk über die RSK-Stellungnahme vom 16.5.79 zum Sachstandsbericht der Arbeitsgemeinschaft Kernenergie (AGK)-IGM/ÖTV vom 25.1.78 zur Entsorgung von KKW, vermutl. September 1979, Bl. 2.

[198] Radkau, Kohlennot, S. 474.

deswehr 1957 –[199] 65 führende internationale Expert:innen über Eignung und Sicherheit des geplanten NEZ.[200]

Die Bewertung des Hearings verlief letztlich nach einem ähnlichen Muster wie der Hamburger Parteitag zwei Jahre zuvor – beide Seiten fühlten sich in ihrer Auffassung bestätigt. Bereits wenige Tage nach dem Hearing kamen die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Bundesländer zu dem Ergebnis, dass das Endlager in Gorleben zunächst ohne die WAA gebaut werden solle.[201] Im Mai rief die niedersächsische SPD-Fraktion die Landesregierung auf, die Genehmigung für die geplante WAA nicht zu erteilen.[202] Das Bundeskanzleramt kam jedoch zu der Einschätzung, dass das Entsorgungskonzept nicht grundsätzlich erschüttert sei. Es rechnete damit, dass die niedersächsische Landesregierung dem Bau einer Wiederaufbereitungsanlage daher wohl zustimmen würde, wenngleich in kleinerem Umfang als bisher geplant.[203] Gegenüber Schmidt äußerte Ministerpräsident Albrecht persönlich die Einschätzung, dass „[g]egen die Endlagerung von radioaktivem Müll in geologischen Sachformationen […] keine Bedenken" bestünden.[204] Am Ende entzog Albrecht der WAA in Gorleben dennoch seine Zustimmung, da er aufgrund der breiten Protestbewegung nicht davon ausging, dass sich die WAA gegen den Willen der Bevölkerung bauen lasse. Er wolle „keinen Bürgerkrieg".[205] Am 16. Mai 1979 erklärte Albrecht öffentlich, dass er das Entsorgungskonzept der Bundesregierung grundsätzlich unterstütze, dem Bau einer Wiederaufbereitungsanlage jedoch keine Genehmigung erteilen werde.[206]

Pyrrhussiege: die Spaltung der Energiepolitischen Kommission und der Parteitag in Berlin 1979

Dies bewegte die Bundesregierung aber nicht zu einer grundsätzlichen Revision ihres Entsorgungskonzeptes. In einer neuen Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Landesregierungen vom September 1979 wurde der grundsätzliche Vorrang der Wiederaufbereitung im Prinzip bestätigt; gleichzeitig wurde festgehalten,

[199] Rucht, Langer Atem, S. 113.
[200] Bösch, Taming, S. 88 f. Weizsäcker war parallel auch in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss als sogenannter „Gegenexperte" aktiv und stand der Nachrüstungspolitik Schmidts kritisch gegenüber. Vgl. Geiger/Hansen, Protest, S. 298.
[201] waz, SPD-Länderchefs: Gorleben ändern. Auch Rau: Auf Wiederaufbereitungsanlage verzichten, in: Westdeutsche Allgemeine, 9. 4. 1979, S. 1.
[202] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA0092032, Entschließungsantrag der Niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion über die Ablehnung des DWK-Antrages auf Genehmigung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben, 10. 5. 1979, Bl. 2.
[203] BArch, Bundeskanzleramt, Politisches Vorverfahren der Landesregierung Niedersachsen zum nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben, B 136/25610, Vermerk für Helmut Schmidt über das Gorleben-Hearing zum Bau des geplanten Entsorgungszentrums, 10. 4. 1979, Bl. 3 f.
[204] BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u. a. Gorleben, B 136/10860, Aufzeichnung über das Gespräch Bundeskanzler – MP Albrecht am 30. 4. 1979 betr. NEZ Gorleben, 7. 5. 1979, Bl. 2 f.
[205] Zit. nach Bösch, Zeitenwende, S. 356. Vgl. auch Rucht, Langer Atem, S. 118.
[206] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 255.

dass die Möglichkeiten einer direkten Endlagerung geprüft werden sollten. Zudem mussten die Standorte des späteren Endlagers und der Wiederaufbereitungsanlage nicht mehr zwingend zusammenfallen. Allerdings hielt die Bundesregierung an ihrem grundsätzlichen Plan fest, Gorleben auf Endlagertauglichkeit zu untersuchen.[207] Der SPD-Parteivorstand versuchte, die Bundesregierung bei dieser Linie zu unterstützen.

Die Ereignisse in Gorleben und Harrisburg hatten die Kernkraftgegner:innen jedoch gestärkt. Angesichts des Unwillens der Bundesregierung, auf diesen Stimmungswandel einzugehen, wurden ihre Forderungen immer eindeutiger. Harald B. Schäfer beispielsweise, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz" der Bundestagsfraktion, forderte Schmidt öffentlich dazu auf, eine Strategie zu entwickeln, „die die Energieprobleme der Zukunft möglichst ohne Kernenergie löst. Dazu gehört unter anderem auch die Erstellung eines Planes zur Stilllegung der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke."[208]

Angesichts der Verzögerungen beim Bau eines Entsorgungszentrums sah sich der Parteivorstand gezwungen, den Entsorgungsvorbehalt des Hamburger Beschlusses mit Blick auf den kommenden Parteitag in Berlin 1979 dennoch eher zu lockern als zu schärfen. Noch 1977 wurde unter der Leitung Heinz Kühns, später Horst Ehmkes, eine Energiepolitische Kommission eingerichtet. Die Kommission, nach ihrem Vorsitzenden oftmals nur „Ehmke-Kommission" genannt, sollte einen dementsprechenden Leitantrag vorbereiten. Im September 1979 legte sie einen ersten Zwischenbericht vor und hielt dort fest, dass die Kernenergie nur noch subsidiär zur Kohle und zum Energiesparen genutzt werden sollte. Uneinigkeit bestand jedoch in der Frage, ob ein Zubau neuer Kraftwerke notwendig sei. Vor allem Erhard Eppler bezweifelte dies, war sich mit der Kommissionsmehrheit aber trotzdem einig, dass die bisherigen Reaktoren so lange in Betrieb bleiben sollten, wie es aus Gründen der Versorgungssicherheit erforderlich ist. Eine Minderheitenmeinung vertrat der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Michael Müller mit der Auffassung, dass die Atomenergie komplett aufzugeben sei.

In der Entsorgungsfrage kam es ebenfalls zu keinem Konsens. Angesichts der Entwicklungen in Gorleben schlug die Kommissionsmehrheit folgenden Grundsatz vor: „Betriebsgenehmigungen für gegenwärtig im Bau befindliche Kernkraftwerke können erteilt werden, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für das integrierte Entsorgungszentrum erteilt worden oder eine Entsorgung durch verbindliche Verträge gesichert *oder durch den Bau ausreichender Zwischenlagerkapazitäten eine Zwischenlösung bis zur sicheren Endlagerung* sichergestellt ist." Die atomkritische

[207] Illing, Energiepolitik, S. 137–140.

[208] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 289, 294 f.; BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Beschluss des SPD-Landesparteitages Bremen, 31. 3. 1979; Soell, Helmut Schmidt, S. 785–788; AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 65, Juni 1979, Bl. 1 f.; AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 60, April 1979, Bl. 2; von Oppeln, Diskussion, S. 57 f.

Minderheit in der Kommission wollte dem nicht zustimmen, da dies aus ihrer Sicht eine Aufweichung des Hamburger Parteitagsbeschlusses von 1977 darstellte. Dieser hatte nicht vorgesehen, dass der Bau oder die vertragliche Zusicherung eines Entsorgungszentrums durch Zwischenlager ersetzt werden können.[209]

Die Kommission spaltete sich in drei Lager auf, als Alternative zum Mehrheitsvorschlag wurden zwei abweichende Entwürfe vorgelegt. Das Ergebnisprotokoll im Kommissionsbericht nennt die Urheber der Alternativanträge nicht eindeutig, es ist jedoch davon auszugehen, dass der eine aus der Feder Reinhard Ueberhorsts und Erhard Epplers stammt und der andere von Michael Müller verfasst wurde.[210] Ueberhorst und Eppler gingen davon aus, dass auf absehbare Zeit kein Bedarf zum Zubau neuer Kraftwerke bestehe und der Bau von Zwischenlagern dem Entsorgungsjunktim nicht gerecht werde, weshalb die Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Kraftwerke ohne Vorliegen eines realisierbaren Endlagerkonzeptes abzulehnen sei. Ein vorläufiges Moratorium wäre die Folge gewesen.[211] Der Alternativantrag Müllers propagierte zusätzliche Maßnahmen im Energiesparbereich und zur Entwicklung erneuerbarer Energien und forderte gar, die „Option ‚Kernenergie offenhalten' aufzugeben" und Pläne zur Stilllegung der vorhandenen Kraftwerke zu erarbeiten.[212] Zwar war die Erarbeitung solcher Stilllegungspläne auch im Antrag Ueberhorst/Eppler vorgesehen, aber lediglich, um besser auf den „möglichen Fall ihrer Stillegung vorbereitet zu sein", sollten sich „politische Sicherheitsbedenken" ergeben. Anders als der Vorschlag Müllers sah er die beiden Optionen, mit und ohne Kernenergie, nach wie vor als „gleichberechtigt" an.[213]

[209] Der Kommission gehörten außerdem Erhard Eppler (stellv. Vorsitzender), Volker Hauff (stellv. Vorsitzender), Friedhelm Farthmann, Michael Müller, Karl Ravens, Peter Reuschenbach, Harald B. Schäfer, Adolf Schmidt, Sigrid Skarpelis-Sperk, Ulrich Steger, Reinhard Ueberhorst, Erich Wolfram und Christoph Zöpel an. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 75 f. Eigene Hervorhebung.

[210] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Horst Ehmke am Willy Brandt, 26. 9. 1979. Ehmke schreibt dazu an Brandt: „Ein anderer Teil der Kommission vertritt den von Reinhard Ueberhorst in Abstimmung mit Erhard Eppler formulierten Text, den ich als Anlage II beifüge. […] Ein Mitglied der Kommission, Michael Müller, vertritt schließlich die als Anlage III beigefügte Position." Vgl. Bl. 2 des Briefes. Diese Anlagen sind weder dem Brief noch dem Zwischenbericht der Kommission beigefügt, im Nachlass Helmut Schmidts im AdsD, 1/HSAA010709, sind jedoch zwei Dokumente überliefert, die mit „ANLAGE II Reinhard Ueberhorst u. a." bzw. „Anlage III Michael Müller" betitelt sind.

[211] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA010709, Reinhard Ueberhorst: Alternativer energiepolitischer Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag 1979, September 1979, Bl. 4. Vgl. auch von Oppeln, Diskussion, S. 37, 55; BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u. a. Gorleben, B 136/10860, Peer Steinbrück: Stellungnahme zum Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern und zur Entsorgung der KKW vom 28. 9. 1979 unter Einbeziehung des SPD-Bundesparteitages in Berlin, 2. 10. 1979, passim.

[212] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA010709, Michael Müller: Alternativer energiepolitischer Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag 1979, September 1979, Bl. 7.

[213] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA010709, Reinhard Ueberhorst: Alternativer energiepolitischer Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag 1979, September 1979, Bl. 3, 5.

Letztlich kam es zu keiner Einigung. Der Parteivorstand übernahm den Vorschlag der Kommissionsmehrheit, der die Errichtung von Zwischenlagern als ausreichend ansah, um den Bau neuer Kernkraftwerke genehmigen und in Bau befindlichen Kraftwerken die Betriebsgenehmigung erteilen zu können. Gleichzeitig sollten alternative Endlagertechniken untersucht werden. Mit Erhard Eppler, Klaus Matthiesen, Peter von Oertzen und Werner Vitt stimmten vier von 28 Vorstandsmitgliedern gegen den Leitantrag; in der Antragskommission erreichte er gar nur eine Mehrheit von 17 gegen zwölf Stimmen.[214] Damit war klar, dass der Parteitag in West-Berlin seitens der innerparteilichen Opposition genutzt werden würde, um eine Revision des Beschlusses erwirken zu können.

Der Parteitag bestätigte die Grundsätze der Energiepolitik, wie sie in Hamburg zwei Jahre zuvor beschlossen worden waren. In der Entsorgungsfrage war die Minderheit jedoch nicht gewillt, sich dem Willen der Mehrheit widerstandslos zu fügen. Gegen den Leitantrag des Parteivorstandes wurden zwei Alternativanträge eingebracht, nachdem der Versuch einer Arbeitsgruppe Grüne in der SPD, einen gemeinsamen Alternativantrag zu formulieren und darin die „Strategie eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie" zu fordern, gescheitert war. Sie war auf Initiative des Frankfurter Kreises eingerichtet worden und hatte sich an der radikalen Position aus Schleswig-Holstein beziehungsweise Michael Müllers orientiert. Der für die innerparteiliche Kernkraftkritik zentrale Landesverband Baden-Württemberg war zunächst nicht involviert. Ähnlich wie schon bei den Verhandlungen der Ehmke-Kommission ist nicht zweifelsfrei zu rekonstruieren, wer die unterschiedlichen Anträge genau formuliert hatte, da abgelehnte Anträge nicht ins Parteitagsprotokoll aufgenommen wurden. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass es der Arbeitsgruppe zunächst gelungen war, Harald B. Schäfer (Baden-Württemberg) und Reinhard Ueberhorst (Schleswig-Holstein) auf ihre Seite zu ziehen, beide machten jedoch später einen Rückzieher. Entscheidend waren die Warnungen Erhard Epplers, dass es zu keiner „Zersplitterung der Kernkraftgegner" kommen dürfe, die eine Forderung nach der Abschaltung bestehender Kraftwerke aber mit sich bringen würde.[215]

[214] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006299, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Donnerstag, 4. 10. 1979, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 4. 10. 1979, Bl. 6; Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 290; Dr. K., Geringe Mehrheit für Energie-Antrag. Nur 17 Ja-Stimmen in SPD-Antragskommission – Kritik auch von „Grünen", in: Main-Post, 16. 10. 1979, S. 1.

[215] Vgl. AdsD, LV Schleswig-Holstein, 1063, Helga Loeper an Hermann Schulz, 28. 11. 1979. Die Arbeitsgruppe Grüne in der SPD bestand u. a. aus Klaus Traube, Freimut Duve, Hilmar Zschach, Heiner Kreuzer und Sabine Ruwwe. Vgl. von Oppeln, Diskussion, S. 96–105. Auf der Grundlage von Gesprächen mit Ruwwe schildert Oppeln dort, dass Ueberhorst und Schäfer sich trotz ihrer Bedenken zunächst der Linie der Arbeitsgruppe angeschlossen hätten, kurz vor der Abstimmung dann aber doch den moderateren Initiativantrag Epplers unterstützt hätten. Vgl. auch Wolf Dietrich Schwartz, SPD-Atomkraftgegner uneins. Eppler will Gegenantrag nicht mehr mitformulieren, in: Frankfurter Rundschau, 14. 11. 1979, S. 1; Seiffert, Marsch, S. 264 f. Gottfried Capell, Eppler befürchtet Zersplitterung der Kernkraftgegner, in: Die Welt, 15. 11. 1979, S. 2. Mehr zur Arbeitsgruppe in Kap. V.2.

Ueberhorst und Co. unterstützten nun doch den kurzfristig eingebrachten Initiativantrag II/7, der der moderateren Position des baden-württembergischen Landesverbandes entsprach. Die Berliner Delegierten schlossen sich ebenfalls dieser Linie an. Er schloss einen weiteren Zubau neuer Kraftwerke auf absehbare Zeit aus; in Betrieb befindliche Kraftwerke sollten so lange weiterlaufen, wie es notwendig und sicherheitstechnisch möglich war. Eine Entsorgung durch Zwischenlager wurde aber abgelehnt, was ein Moratorium bis zur Realisierung eines Entsorgungszentrums bedeutet hätte. Der zweite Initiativantrag II/1 ähnelte der rigoroseren Position Müllers und hatte daher keine Chance, obwohl er vom Bremer Henning Scherf sowie von Günther Jansen unterstützt worden war. Einige Niedersachsen hingegen, die noch ein paar Monate zuvor maßgeblich am Ende des Gorleben-Projektes beteiligt waren, unterstützten nun den Leitantrag des Parteivorstandes, ebenso wie die Hamburger Delegierten. Aus Schleswig-Holstein, Hessen-Süd und Südbayern gab es Unterstützung für beide Initiativanträge.[216] Das Lager der sozialdemokratischen Kernkraftkritik war weiter gewachsen, aber in sich schon längst nicht mehr homogen.

Am Ende der knapp zehnstündigen Debatte fielen beide Initiativanträge durch. Der Initiativantrag II/7 wurde mit 243 gegen 170 Stimmen abgelehnt, der Leitantrag des Parteivorstandes anschließend (ohne genaue Stimmenauszählung) angenommen. Die Ablehnung des Alternativantrages war aber denkbar knapp, verglichen mit der 80%igen Zustimmung, die der Leitantrag noch zwei Jahre zuvor bekommen hatte. Selbst sieben Mitglieder des Parteivorstandes haben gegen ihn gestimmt.[217] Der Sieg für die Regierungslinie war daher kaum mehr als ein numerischer. Eppler hatte recht mit dem Fazit, das er Schmidt auf dem Parteitag entgegenhielt: „[L]ieber Helmut: Nicht jeder Sieg ist schließlich auch ein Gewinn!"[218] Wie schon die in Hamburg 1977 geprägte „Zwei-Optionen-Formel" vermochte es der Berliner Parteitagsbeschluss nämlich nicht, die immer größer werdenden Gräben zuzuschütten. Die Unzufriedenheit der Kritiker:innen wuchs weiter und führte, wie beispielsweise im Falle des ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission, Jochen Steffen, sogar zu Parteiaustritten.[219] Bis Mitte Januar 1980 lagen dem Parteivorstand sowie den Vorständen von Bezirks- und Landes-

[216] Zur Behandlung der beiden Initiativanträge vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 940–1114.

[217] Vgl. „Energiepolitik. Antrag 500. Parteivorstand", in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979 Bd. II, S. 1305–1325; zum Abstimmungsergebnis vgl. ebenda, S. 1109. Vgl. ferner Soell, Helmut Schmidt, S. 787.

[218] Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 1080.

[219] [o. V.], Vom roten Jochen zum grünen Steffen, in: Arbeiterkampf, 10. 12. 1979, S. 7; Strasser, Aufklärer, S. 493. Gleichzeitig kündigte er an, sich bei der Bundestagswahl 1980 für die Grünen einzusetzen. Er trat ihnen jedoch nie bei. Vgl. u. a. Heimann, Jochen Steffen, S. 331 f. Zudem soll Steffen zeitweise einen Putsch gegen Helmut Schmidt geplant haben. So sollten sechs der zehn SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein bei den Beratungen des Haushalts 1978 den Etat des Forschungsministeriums ablehnen, sollten dort weiter Gelder für den Schnellen Brüter vorgesehen sein. Die Pläne wurden aber bekannt und scheiterten. Vgl. Soell, Helmut Schmidt, S. 638 f.

verbänden knapp 550 Austrittsschreiben vor, die mit den Berliner Beschlüssen begründet wurden.[220]

Sturheit und Widerstand: der Energiedissens als Dauerstreitpunkt bis 1982

Parallel zum Grundsatzstreit, der in der Partei ausgetragen wurde, hatte die Bundesregierung weiter fleißig und unbeirrt an der Realisierung ihres Entsorgungskonzepts gearbeitet. Sie wollte nämlich an der Wiederaufbereitung als bevorzugter Entsorgungstechnik festhalten.[221] Zwar öffnete der neue Beschluss zur Entsorgungsfrage zwischen Bund und Ländern die Möglichkeit, Alternativen zur Endlagerung mit Wiederaufbereitung zu erforschen. Die Präferenz Helmut Schmidts lag jedoch weiterhin klar auf einer Endlagerung inklusive Wiederaufbereitung. Die WAA, so Schmidt, „gehört nach Gorleben". Angesichts des großen Widerstandes war dies jedoch unrealistisch, weshalb er sich, wenn auch zähneknirschend, notfalls mit der Aufteilung der Wiederaufbereitung auf mehrere, kleinere Standorte zufriedenstellen wollte.[222] Folgerichtig begann schon gleich nach der Entscheidung gegen Gorleben die Suche nach einem alternativen Standort, vollkommen ungeachtet der Kontroversen vor dem nur wenig später stattfindenden Parteitag. Die hessische Landesregierung und ihr sozialdemokratischer Ministerpräsident Holger Börner erklärten sich – vor allem wegen des dahinter vermuteten Arbeitsplatzpotenzials – dazu bereit, eine solche WAA (in geringerem Umfang als in Gorleben ursprünglich geplant) zu bauen und mit der Suche nach einem geeigneten Standort zu beginnen.[223] Aufgrund des enorm hohen Widerstandes aus den Unterbezirken und dem Landesverband musste sich Börner jedoch sprichwörtlich Zeit erkaufen, um seine Pläne zu retten. So konnte er auf dem Landesparteitag 1980 lediglich einen Antrag durchbringen, der bestimmte, dass über eine Genehmigung für eine Wiederaufbereitungsanlage nicht vor 1985 entschieden werden sollte.[224] Die Pläne wurden hinfällig, nachdem Börner ab 1983 mit den Grünen kooperierte und die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kern-

[220] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 77, Februar 1980, Bl. 1.

[221] Vgl. HSA, Eigene Arbeiten, 495, 1. Stellungnahme der Bundesregierung zur Regierungserklärung der Niedersächsischen Landesregierung zum geplanten Entsorgungszentrum in Gorleben am 16. 5. 1979, Mai 1979, Bl. 1.

[222] HSA, Eigene Arbeiten, 498, Transkript eines Hintergrundgesprächs Helmut Schmidts mit verschiedenen Chefredakteuren, 3. 10. 1979, Bl. 2.

[223] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006320, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am Montag, 28. 4. 1980, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 28. 4. 1980, Bl. 11, darin: Text der Rede des Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner anläßlich der Debatte des Hessischen Landtags zur Entsorgung von Kernkraftwerken am 28. 2. 1980. Vgl. ferner von Oppeln, Linke, S. 234, 253–261.

[224] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 83, Mai 1980, Bl. 9. Vgl. ferner von Oppeln, Linke, S. 235.

brennstoffen (DWK) die Prüfung ohnehin eingestellt hatte. Tatsächlich ist bis heute kein Standort für ein atomares Endlager gefunden worden.[225]

Auch durch andere Maßnahmen ließ die Bundesregierung erkennen, dass sie nicht bereit war, vom grundsätzlichen Vorhaben eines Kernenergieausbaus abzurücken. Helmut Schmidt fühlte sich kaum noch an die Beschlüsse der eigenen Partei gebunden. Vor allem nach der zweiten Ölkrise 1979 sollten die Kernkraftwerkskapazitäten nach dem Willen seiner Regierung sogar weiter ausgebaut werden. Innerhalb kürzester Zeit stieg der Ölpreis um 250% und damit auf ein Allzeithoch an.[226] Einerseits versuchte die Regierung, dies durch verstärkte Maßnahmen zum Energiesparen, eine Verdopplung des Bezuges sowjetischen Erdgases und eine international abgestimmte Reduzierung der Erdöleinfuhren abzufedern.[227] Auf der anderen Seite erschien der Verzicht auf die Kernkraft nun noch unrealistischer. Hatte selbst Helmut Schmidt zuvor der Kernenergie nur eine „vorrübergehende Lückenbüßerrolle" zugestanden,[228] hielt er es nun für „äußert unwahrscheinlich", dass sich die Option eines Ausstieges aus der Kernenergie jemals bewerkstelligen ließe.[229] Im Oktober 1981 beschloss die Regierung ein Maßnahmenpaket zur beschleunigten Genehmigung von Kernkraftwerken.[230] Die von der US-Regierung in Hinblick auf das Risiko der Proliferation waffenfähigen Plutoniums geforderte Aussetzung deutscher Kernkraftwerksexporte nach Brasilien wurde ebenso wenig realisiert.[231]

Die Opposition gegen Schmidt verstummte nicht, sie wurde im Gegenteil immer lauter. In der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms von Ende 1981 stieg der Anteil der Kernenergie an der gesamten Energieversorgung im Vergleich zur Zweiten Fortschreibung sogar an, bis 1995 hätten demnach 30 bis 35 neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Von der Deckung eines unbezifferten „Restenergiebedarfs", wie noch in der Zweiten Fortschreibung, war nun nicht mehr die Rede.[232] Innerhalb der Bundestagsfraktion regte sich Widerstand gegen diese Pläne, da in der Fortschreibung „die Möglichkeit einer künftig sichereren

225 Brunnengräber, Ewigkeitslasten, S. 18 f.
226 Bösch/Graf, Reacting, S. 9; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 50, 88–90.
227 Bösch, Zeitenwende, S. 305 f.; 314–316; 318 f.
228 HSA, Eigene Arbeiten, 498, Referat von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor den Delegierten des SPD-Bezirksparteitages Westliches Westfalen in Recklinghausen, 6. 10. 1979, Bl. 36.
229 Hans Schmitz/Hans Werner Kettenbach, Schmidt: Ich wäre ja ein schlechter Bundeskanzler. Der Wortlaut des „Stadt-Anzeiger"-Interviews zur Kernenergie, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 17. 2. 1981, S. 2.
230 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 422.
231 Vgl. HSA, Eigene Arbeiten, 476, Transkript eines Interviews Helmut Schmidts in der ZDF-Sendung „ZDF-Kontrovers", 22. 4. 1979, Bl. 261; Bösch, Zeitenwende, S. 337; Raithel, Neue Technologien, S. 35. Zu den Atomexporten der Bundesrepublik und den Konflikten mit den USA vgl. Geier, Schwellenmacht, S. 321–384; Eckert, West Germany, S. 209. Von den ursprünglich acht geplanten Kraftwerksprojekten wurden dennoch nur zwei in Angriff genommen, eines davon ist immer noch nicht realisiert. Vgl. ebenda, S. 395; Uekötter, Strudel, S. 575 f. Vgl. zuletzt Romberg, Atomgeschäfte.
232 Altenburg, Wandel, S. 258–261; dies., Kernenergie, S. 226.

Energieversorgung ohne Kernenergie […] nicht in Betracht gezogen" werde und damit weder der Berliner Parteitagsbeschluss noch die Empfehlungen der Enquete-Kommission ausreichend beachtet werden würden.[233] Die Energiekommission kritisierte, dass die Fortschreibung zur Diskussion verschiedener Energieoptionen „kaum einen Beitrag" leiste. Ihr neuerlicher Bericht enthielt, anders als 1979, keine Sondervoten mehr und wurde mitsamt seiner Kritik als Anlage zum Energiepolitischen Beschluss vom Münchner Parteitag 1982 angenommen.[234] So offen und einmütig wie in München wurde die Energiepolitik Schmidts bislang durch keinen Parteitag angegriffen. Eine Woche vor dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Schmidt schloss sich die Bundestagfraktion schließlich dem Minderheitenvotum der Enquete-Kommission zur Kernenergiepolitik an und forderte, dass der Inbetriebnahmevorbehalt des Bundestages für den Schnellen Brüter nicht aufgehoben wird.[235]

Dieser sich damit immer deutlicher abzeichnende Bruch zwischen Helmut Schmidt und einer stetig anwachsenden innerparteilichen Opposition offenbarte sich nicht nur in der Kernenergiepolitik, sondern auch im Zuge der Auseinandersetzungen um den Doppelbeschluss der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und die Wirtschafts- und Sozialpolitik.[236] Die Zahl derer, die sich mehr oder weniger offen gegen die Regierung stellten, wuchs. Solange die SPD noch an der Regierung war, war ein kompletter Paradigmenwechsel in der Kernenergiepolitik jedoch nicht zu erreichen. Ein Zustand, von dem behauptet werden konnte, dass die Partei als ganze „switched sides and became a critic of nuclear energy in the 1970s", war noch weit entfernt.[237] Das grundsätzliche Bekenntnis der Partei zum – zumindest kurz- bis mittelfristigen – Ausbau der Kernenergie aus versorgungspolitischen Gründen blieb zunächst bestehen. Der Münchner Parteitag 1982 bekannte sich noch grundsätzlich zur Notwendigkeit, weitere Kernkraftwerke zubauen zu müssen. Zuvor hatte die Antragskommission, auf Vorschlag Hans-Jochen Vogels, den Leitantrag des Parteivorstandes zwar um einen Zusatz ergänzt, der ein Kernenergiemoratorium in Form eines zweijährigen Neubaustopps ermöglicht hätte. Der Parteivorstand brachte in Person Horst Ehmkes aber einen Antrag ein, diesen Passus wieder zu streichen. Die Fassung der Antragskommission sowie ein ähnlich lautender Antrag aus Schleswig-Holstein wurden stattdessen von Erhard Eppler, Klaus Matthiesen und Klaus Traube vor dem Parteitag verteidigt. Dieser nahm jedoch den Antrag Ehmkes an, wodurch die Festlegung auf ein Moratorium vermie-

[233] AdsD, HSA, Schmidt, Helmut, 1/HSAA006855, Kurt Leuschner und Harald B. Schäfer an Helmut Schmidt, 30. 10. 1981, Bl. 3.
[234] AdsD, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009500, Energiepolitischer Situationsbericht der Energiekommission beim Parteivorstand für den SPD-Bundesparteitag in München 1982, Februar 1982, Bl. 17.
[235] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 647.
[236] Vgl. Woyke, Zweckbündnis, S. 344–346.
[237] Vgl. diese These in Kirchhof/Trischler, History, S. 132.

den werden konnte.[238] Eine Mehrheit für den Kurs des Parteivorstandes konnte nur noch unter Druck hergestellt werden. So wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass angesichts der wieder deutlich unkritischeren Haltung der FDP zur Atomkraft alles andere als eine Zustimmung zur Linie des Parteivorstandes die Regierungskoalition gefährden würde.[239]

Für die innerparteilichen Gegner der Kernenergie war das Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 daher beinahe eine Erlösung.[240] Es entfiel die Notwendigkeit, aus Gründen der Loyalität gegenüber Helmut Schmidt darauf zu verzichten, einen weitergehenden Kurswechsel in der Energiepolitik und damit eine drohende Spaltung der Partei vom Zaun zu brechen. Die Sowohl-als-auch-Haltung der SPD in der Kernenergiefrage, die Volker Hauff 1979 sarkastisch mit der Losung „Mit Helmut Schmidt und Erhard Eppler für und gegen Kernenergie" beschrieben hatte,[241] fand ihr Ende. Gleichzeitig war diese Auseinandersetzung aber der entscheidende Katalysator, der notwendig war, um das primär intellektuelle und auf Grundsatzfragen bezogene Interesse an der Umweltfrage aus der ersten Hälfte der 1970er-Jahre in eine konkrete Diskussion darüber münden zu lassen, wie sich die SPD Umweltschutz eigentlich vorstellte. Die Kernenergiefrage war dazu bestens geeignet, weil sie, wie der Umweltschutz an sich, elementare sozialdemokratische Gewissheiten infrage stellte. Das war nicht nur bei der SPD so, sondern brachte auch andere sozialdemokratische Parteien an den Rand der Spaltung, so beispielsweise in Schweden, Österreich und Dänemark.[242] Ähnlich wie bei den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss hatten, neben Erhard Eppler, daher vor allem jüngere, aufstrebende und nicht so stark mit der Parteitradition verbundene Genoss:innen die weitreichende Kritik am Kurs des Bundeskanzlers als Profilierungsbühne genutzt. Auf einer stärker praktisch orientierten Sachebene provozierte die Kritik an der Kernenergie aber zunächst die Frage, wie eine umweltverträgliche Energieversorgung ohne Atom eigentlich aussehen konnte.

238 Vgl. die Aussagen Horst Ehmkes, Klaus Matthiesens, Erhard Epplers, Klaus Traubes und des Parteitagspräsidiums in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1982, S. 656–662, 668–671, 676–679, 687 f., 690.

239 Vgl. die dementsprechenden Erinnerungen Jo Leinens: Telefoninterview mit Jo Leinen am 28. 8. 2018.

240 Vgl. dazu Woyke, Zweckbündnis, S. 351 f.; Häusler, Traum, S. 137.

241 Zit. nach [o. V.], Mengenlehre mit Müll, in: SPIEGEL, 20. 8. 1979, S. 20–22, hier: S. 20.

242 Vgl. die Beiträge in Kirchhof, Pathways. Zur Umweltdiskussion in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens vgl. Anshelm, Socialdemokraterna.

3. „Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist diejenige, die eingespart wird." Energiepolitik zwischen Versorgungssicherheit, Strukturpolitik und Umweltschutz

Erste Alternativen zur Kernenergie: Kohlevorrangpolitik und Energiesparen

Die Unterstützer:innen der Kernenergie waren in der Partei immer weiter zusammengeschmolzen, bis sie nur noch eine knappe Mehrheit darstellten. Ihre Kritiker:innen hingegen sollten nach dem Machtverlust schnell eine Mehrheit hinter sich vereinen können. Doch welche Alternativen sahen sie zur Kernenergie? Welche energiepolitischen Gegenkonzepte konnten sie vor 1982 anbieten, welche neuen Wege beschritten Bundesregierung und Partei? Und welche Bedeutung hatten dabei ökologische Erwägungen?

Angesichts der beiden Ölpreiskrisen betrachtete die Bundesregierung die Energiepolitik zunächst klar unter der Maxime der Versorgungssicherheit, bei der ökologische und sicherheitstechnische Aspekte eine untergeordnete Rolle spielten.[243] Bis in die 1970er-Jahre hinein handelten Energiepolitiker:innen und Energieexpert:innen überwiegend nach einer sogenannten „Goldenen Regel", die besagte, dass sich Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stets parallel zueinander entwickeln und sich der Energiebedarf etwa alle zehn Jahre verdopple. Das entsprach einer jährlichen Steigerungsrate von 7%.[244] Die ökologisch motivierte Kritik an der Kernkraft einerseits, die hohen Preissteigerungen im Zuge der Ölpreiskrise andererseits hatten jedoch ein anderes Nachdenken über Energie provoziert, das neue Prämissen in die Planung von Energie- und Wachstumspolitik einführte und den Zusammenhang von Energie- und Wirtschaftswachstum hinterfragte.[245] Diese Kritik war bisweilen aber schwer mit versorgungs- und strukturpolitischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, was sich nirgends so deutlich zeigte wie mit Blick auf die Kohlenutzung. Es dauerte bis Ende der 1970er-Jahre, bis alternative Energiekonzepte an Popularität gewannen, die eine tatsächliche Reduktion des Energieverbrauchs zum Ziel hatten.

Die zwei wichtigsten waren die ausgebaute Nutzung der Kohle und verstärkte Bemühungen, Energie zu sparen. Während es bereits eine lange Tradition der Kohlenutzung in der Bundesrepublik gab, war in erster Linie der Gedanke des Energiesparens neu. Er setzte die vermeintliche energiepolitische Gewissheit, dass der Energieverbrauch stetig weiterwachsen müsse, unter Druck. Dahinter stand der Grundgedanke, dass der Nexus von Wirtschaftswachstum und Energiebedarf politisch beeinflusst werden könne, hingegen jedes Festhalten an einer vermeintli-

[243] Vgl. Oberloskamp, Renewable Energies, S. 2.
[244] Erhardt, Energiebedarfsprognosen, S. 202.
[245] Türk, Treibstoff, S. 156.

chen „Entwicklungslogik" zwischen beidem und scheinbaren „Sachzwängen" einer „politik-aversiven […] Denkweise" entspräche.[246] Diese Auffassung sollte sich bestätigen: Tatsächlich verringerte sich der Anteil von Energie an der wirtschaftlichen Wertschöpfung seit den 1970er-Jahren konstant.[247] SPD-intern dauerte es jedoch, bis diese Entwicklung auf breiter Basis wahrgenommen wurde. Auf dem Mannheimer Bundesparteitag 1975 hatte der Landesverband Baden-Württemberg aber immerhin einen Antrag durchsetzen können, der festhielt, dass „[e]nergiesparende Techniken […] die erste Förderungspriorität erhalten [müssen]."[248]

Der Landesverband im Südwesten stand damit zunächst noch relativ alleine da. Selbst dann, als der Gedanke des Energiesparens zwischen den beiden Parteitagen 1977 und 1979 immer breiter diskutiert wurde, überzeugte er bei Weitem nicht jeden. Er implizierte nämlich nicht nur einen Verzicht auf Erdöl, sondern auch auf die Atomkraft. In der Energiepolitischen Kommission hatten beispielsweise fundamental unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, ob ein überproportionales Wachstum des Stromverbrauchs in der Zukunft noch wahrscheinlich sei. Je nach Einschätzung des tatsächlichen Energieverbrauches kamen die Kommissionsmitglieder daher zu unterschiedlichen Ergebnissen über die Notwendigkeit eines Kernenergieausbaus.[249] Wichtige Unterstützung hingegen erfuhren die Gegner:innen einer expansiven Energiepolitik durch die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik", die als „Markt der Ideen" maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass alternative Formen der Energieversorgung überhaupt als ernsthafte Gegenstrategien zur expansiven Kernenergiepolitik diskutiert werden konnten.[250] Vor allem die in ihrem Abschlussbericht entwickelten Pfade 3 und 4 skizzierten in unterschiedlich starkem Ausmaß Möglichkeiten, wie durch rationellere Energieverwendung die Nutzung von Erdöl und/oder Kernenergie reduziert werden könne. Die SPD favorisierte mehrheitlich Pfad 3, der eine Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2000 und deutlich intensivierte Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Kohleverstromung vorsah.[251]

Diese verstärkte Nutzung der Kohle schien zunächst in Widerspruch zum propagierten Ziel des Energiesparens zu stehen. Doch die Kohle feierte eine Renaissance, die nur vor dem Hintergrund beider Ölpreiskrisen und der Energiespardiskussion erklärbar ist. Stellte die Kohle in den Jahren unmittelbar nach Ende des

246 Vgl. rückblickend Ueberhorst, Aktualität, S. 371 f.

247 Gross, Energy, S. 516; Edenhofer/Jakob, Klimapolitik, S. 26; Radkau, Kohlennot, S. 475.

248 Antrag 335. Landesverband Baden-Württemberg. Kernkraftwerke, in: [o. V.] [Sozialdemokratische Partei Deutschlands, (Hrsg.)], Protokoll Parteitag Mannheim 1975, S. 101–103, hier: S. 101.

249 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, passim.

250 Vgl. Altenburg, Kernenergie, S. 297 f., Zitat S. 297.

251 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000282, Auszüge aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik", 1980; Altenburg, Wandel, S. 254–258.

Zweiten Weltkrieges noch den wirtschaftlich bedeutsamsten Rohstoff dar, so wurde sie seit den 1950er-Jahren schrittweise durch Öl und Gas sowie die Kernenergie verdrängt.[252] Seit etwa 1957/58 geriet der Kohlebergbau in eine Krise, in deren Folge zahlreiche Zechen geschlossen wurden. Trotz aller Hilfsmaßnahmen blieb die Kohle auch in der Folgezeit ein unwirtschaftlicher Energieträger, in den 1970er-Jahren kam es erneut zu Überkapazitäten und Absatzproblemen.[253] 1973 betrug der Anteil des Erdöls an der westdeutschen Energieversorgung 56,2 Prozent.[254] Die Bundesregierung erhöhte ferner die Forschungsausgaben für die Kernenergieforschung deutlich, und es kam noch hinzu, dass aufgrund der Emissionsfreiheit der Kernkraft auch Argumente des Umweltschutzes vermeintlich für die Kernenergie sprachen.[255]

Durch die erste Ölpreiskrise erschien jedoch eine energiepolitische Konzeption, die Kohle und Kernkraft miteinander verbindet, als dringlicher denn je. Einerseits war zwar vorgesehen, bis 2000 etwa 50% des Primärenergiebedarfs durch Atomkraft zu decken.[256] Gleichzeitig kündigte Willy Brandt jedoch an: „Wir geben der Kohle wieder einen etwas anderen Rang."[257] Die Regierung reagierte damit nicht nur auf außenwirtschaftlichen, sondern auch auf Druck aus den SPD-Organisationen. 1975 forderten die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen aus Bund und Ländern auf Initiative der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion, dass die Beschäftigung in den Steinkohlekraftwerken erhöht werden müsse und die Energieversorgungsunternehmen notfalls zu einer Mindestabnahme von Steinkohle gezwungen werden müssten.[258] 1977 propagierte der Hamburger Parteitag erstmals einen „Vorrang [der Kohle] vor Kernenergie und Mineralöl" in der Stromerzeugung und im Fernwärmesystem.[259] „Energiesparen" meinte also zunächst vor allem ein Einsparen an Energie aus Ölverbrennung und eine Substituierung durch die Kohle.[260] Ökologische Gesichtspunkte spielten noch keine große Rolle.

Tatsächlich leitete die Bundesregierung ab Mitte der 1970er-Jahre eine ganze Zahl an Maßnahmen zur Erfüllung dieser geforderten „Kohlevorrangpolitik" ein. 1974 erhöhte sie die Kohlesubventionen von 160 auf 210 Millionen DM. Durch eine Novellierung des Verstromungsgesetzes garantierte die Bundesregierung eine Verstromung von durchschnittlich 33 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr. Dies

252 Türk, Treibstoff, S. 156.
253 Vgl. u. a. Brüggemeier, Grubengold, S. 387–390; Saretzki, Energiepolitik, S. 204 f.; Radkau, Kohlennot, S. 462; Drummer u. a., Energiepolitik, S. 365 f. Zur Kohlekrise in gesamteuropäischer Perspektive: Judt, Geschichte, S. 516.
254 Fabre, Environmental Protection, S. 284.
255 Zur Aktualität dieses Arguments vgl. Brünig, Kerntechnik, S. 100.
256 Brüggemeier, Grubengold, S. 402.
257 Nr. 98. Aus dem Interview des Bundeskanzlers, Brandt, für die Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1974, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 7, S. 473–478, hier: S. 476.
258 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1975–1977, S. 190.
259 Antrag 699. PARTEIVORSTAND, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 967–974, hier: S. 968.
260 Vgl. auch Gerber, Küche, S. 241.

wurde 1977 beziehungsweise 1980 durch den sogenannten „Jahrhundertvertrag" zwischen der Ruhrkohle AG und den Betreibern der Kohlekraftwerke bis 1995 abgesichert und die Abnahmemenge gar auf 45 Millionen Tonnen jährlich gesteigert. Um die Preisdifferenz zum Heizöl ausgleichen zu können, wurde der sogenannte „Kohlepfennig" als Aufschlag zum Strompreis eingeführt. Er brachte zwischen 1974 und 1977 Kohlesubventionen in Höhe von 8,7 Milliarden DM, ab 1978 2 Milliarden DM jährlich ein.

Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms legte „den Vorrang der deutschen Steinkohle für die Sicherung der Energieversorgung" gesetzlich fest und schrieb vor, dass die Förderung auf einem Niveau von jährlich 94 Millionen Tonnen gehalten werden sollte, wozu der Bau neuer und umweltschonenderer Kohlekraftwerke staatlich bezuschusst wurde. 1978 wurden die Kokskohlenbeihilfen mehr als verdoppelt, um die Nutzung der Kohle in der Stahlindustrie zu sichern. Dies alles ging aber zulasten des Umweltschutzes: Die SPD-geführte nordrhein-westfälische Regierung beispielsweise bemühte sich, den sogenannten „Stand der Technik" zur Reduzierung von Schwefeldioxid bei Kraftwerksanlagen möglichst niedrig zu halten. Stattdessen förderte sie den Bau hoher Schornsteine, um die Kraftwerksbetreiber nicht zu stark zu belasten, gleichzeitig aber die SO_2-Konzentration in unmittelbarer Nähe zu senken.[261]

Das Energiesparen: versorgungspolitisches Instrument oder ökologische Notwendigkeit?

Parallel zur „Kohlevorrangpolitik" gewann die Strategie des Energiesparens für die Bundesregierung immer mehr an Gewicht. Doch auch dies war zunächst weniger ökologisch als versorgungspolitisch motiviert. Angesichts eines tatsächlich schwächeren Anstiegs des Energieverbrauchs und Überkapazitäten in der Kraftwerksleistung korrigierte die Regierung ihre Energiebedarfsprognosen zunehmend nach unten und signalisierte gegenüber der Elektrizitätsindustrie, dass die Ausbauziele ebenso abgesenkt werden würden.[262]

Innerhalb der Partei erhielt der Energiespargedanke jedoch langsam, aber sicher eine andere Färbung. In ihm vermengten sich Sorgen vor einer ausreichenden Energieversorgung in der Zukunft mit ökologischen Vorbehalten gegenüber einer Ausweitung des Energieverbrauchs. Die Energiepolitische Fachtagung in Köln 1977 brachte diese zweifache Notwendigkeit einer neuen Energiesparstrategie auf den Punkt: „Die *billigste* und *umweltfreundlichste* Energie ist diejenige, die eingespart wird. Rationelle und sparsame Energieverwendung ist daher als oberstes Ziel der künftigen Energiepolitik anzusehen." Beides trage bei zur „Möglichkeit der

[261] Illing, Energiepolitik, S. 128–133; Marx, Failed solutions, S. 262; Müller, Innenwelt, S. 204–206.
[262] Erhardt, Energiebedarfsprognosen, S. 209 f.

Lockerung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchzuwachs".[263]

Ähnlich zu den Kernenergiekonflikten war es Erhard Eppler, der den Energiespargedanken in die SPD trug und ökologisch auflud. Wie niemand sonst galt er als sozialdemokratischer „Vorkämpfer der Energiewende", während Helmut Schmidt sich von der Effektivität des Energiesparens aufgrund befürchteter steigender Energiepreise und möglicher negativer Folgen für die Weltwirtschaft nicht begeistern ließ. Zwar betonte auch Schmidt seit der Ölkrise mantraartig die Notwendigkeit, Energie zu sparen, um mögliche Versorgungsausfälle zu verhindern. Er war aber skeptisch gegenüber der Vorstellung, dass sich Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch tatsächlich entkoppeln lassen: „Jemand, der weiß, wie viel Strom wir brauchen für unsere Industrie, wie viel Energie wir brauchen, das ist ein Schlaumeier. […] Jemand, der bestreitet, dass es Energielücken geben könnte, der weiß nicht, wovon er redet."[264]

Ganz anders war das bei Eppler. Bereits im Juni 1975 entwarf er auf einer energiepolitischen Konferenz der Baden-Württemberg-SPD eine energiepolitische Strategie, bei der der Anteil der Energieerzeugung aus Kernenergie und fossilen Energieträgern reduziert werden sollte. Im Juni 1977 ging der Landesverband noch weiter mit der Forderung nach einem „auf den Maßstab der Lebensqualität ausgerichtete[n] Wirtschaftswachstum", wobei der „haushälterische Umgang mit Energie […] oberstes Ziel der Energiepolitik sein [müsse]". Der bisherige Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch sollte durch eine bewusste Umstrukturierung der Energieversorgung entkoppelt werden: „[D]ie Zuwachsrate des Energieverbrauchs [ist] eine politisch gestaltbare Größe, die durch die Energiepolitik stufenweise reduziert werden kann." Der Schutz der Umwelt spielte in diesen Konzepten eine wichtige Rolle, was sich vor allem daran zeigte, dass der Kernenergie in ihnen keine große Bedeutung zukam. Neben einer erhöhten Förderung energiesparender Technologien wurden stattdessen der Aufbau eines neuen Wärmeverbundsystems, eine Umgestaltung des bisherigen Stromtarifsystems, größere Forschungsanstrengungen im Bereich alternativer Energieträger sowie ein verstärkter und möglichst umweltfreundlicher Einsatz der deutschen Steinkohle gefordert.[265] Tatsächlich orientierte sich auch die Bundesregierung zunehmend am Gedanken einer zumindest leichten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms 1977 prognostizierte, dass der Energieverbrauch weniger stark ansteige

[263] AdsD, Eppler, Erhard, Köln 18. 04. 1977 (Energie-Fachtagung), 1/EEAC000127, Volker Hauff: Bericht an das Präsidium der SPD über die SPD-Fachtagung „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität" in Köln, 9. 5. 1977, Bl. 2. Eigene Hervorhebung.

[264] HSA, Eigene Arbeiten, 498, Rede Helmut Schmidts auf dem SPD-Bezirksparteitag Franken, 7. 10. 1979, Bl. 33. Vgl. auch Soell, Helmut Schmidt, S. 781; von Oppeln, Diskussion, S. 22 f.

[265] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009473, Beschluss des Landesparteitages der Baden-Württembergischen SPD am 4. 6. 1977 in Ulm, 4. 6. 1977, Bl. 1; Tschirschwitz, Kampf, S. 150–156.

als das Wirtschaftswachstum. Es sah aber auch einen massiven Ausbau der Kernenergie vor.[266]

Beide Prämissen, Versorgungssicherheit und Umweltschutz, begannen sich jedoch immer mehr miteinander zu vermengen. Im Mai 1979 legte Eppler ein „Alternativszenarium zur Energiepolitik" vor, wozu er vom SPD-Forschungsminister Volker Hauff explizit ermutigt worden war.[267] In dem Papier, für dessen Ausarbeitung er sich Unterstützung durch das zwei Jahre zuvor gegründete Öko-Institut holte, vertrat Eppler die These, dass sich durch politische Maßnahmen die bisher als „naturgegeben hingenommenen" Wachstumsraten des Stromverbrauchs deutlich senken und so der vermeintliche Sachzwang einer Kopplung des Energiezuwachses an das Wirtschaftswachstum beenden lassen. Konkret forderte er einen Stopp des weiteren Kernenergieausbaus sowie einen Verzicht auf den Schnellen Brüter. Stattdessen müssten der Einsatz von Kohle verdoppelt und die von der Kohle verursachten Umweltprobleme durch den Einsatz saubererer Kraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung mit Wirbelschicht-Technik gemindert werden. Das bedeute eine Erhöhung der Steinkohleverstromung auf 85 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2000, hinzu kämen eine weitgehende Dezentralisierung der Energieversorgung, die verstärkte Nutzung von Erdgas sowie Anstrengungen in den Bereichen Altbausanierungen, Wärmedämmungen und rationellere Energieverwendung in Haushaltsgeräten und großindustriellen Anlagen. Eine neue Energiepolitik müsse, so Eppler, sowohl ökologisch als auch sozial verträglich sein, weshalb sein Alternativentwurf ausdrücklich die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten hinter einer solchen Strategie betonte.[268]

Das Beispiel zeigt zudem, dass die Forderung nach Energiesparen durch die neu erwachsene, alternative Expertise befeuert wurde, die im Umfeld der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung entstanden war.[269] Beide Seiten profitierten von dieser Zusammenarbeit, so legte das Öko-Institut 1980 eine eigene Studie nach, die ebenso

[266] Graf, Öl, S. 226 f. Tatsächlich haben sich Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch in Deutschland seit Mitte der 1970er-Jahre zunehmend voneinander entkoppelt. Vgl. Brüggemeier, Tschernobyl, S. 235 f.

[267] Hauff hatte Eppler im März 1979 um Hilfe bei Überlegungen zur zukünftigen Energieversorgung, einschließlich „Optionen ohne Kernenergie", gebeten. Die Reaktion war das zusammen mit zwei Mitarbeitern des Öko-Instituts ausgearbeitete „Alternativszenarium". Vgl. Tschirschwitz, Kampf, S. 258 f., 263. Volker Hauff hatte selbst, noch bevor sich im gleichen Jahr die Enquete-Kommission „Kernenergiepolitik" konstituiert hat, ein energiepolitisches Exposé verfasst, das ein Energieszenario mit und eines ohne Nutzung der Kernenergie durchspielte und auf eine umfassende Energiesparstrategie setzte. Dieses kursierte später innerhalb der Energiepolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Vgl. Altenburg, Kernenergie, S. 131. Aufgrund des großen Widerstandes aus der Wirtschaft, aber auch im Kabinett, zog Hauff das Konzept im September 1977 zurück. Vgl. Gerber, Küche, S. 244.

[268] BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Stellungnahmen zum energiepolitischen Alternativszenarium der baden-württembergischen SPD (Eppler-Papier), B 196/52965, Erhard Eppler: Ein Alternativszenarium zur Energiepolitik, 30. 5. 1979, Zitat Bl. 3. Einige Monate später wurde das „Alternativszenarium" in der „Neuen Gesellschaft" veröffentlicht, vgl. Eppler, Alternativszenarium. Eppler war Mitglied des ersten Kuratoriums des 1977 gegründeten Öko-Institutes. Vgl. Engels, Naturpolitik, S. 335 f.

[269] Vgl. mit Bezug auf Klaus Michael Meyer-Abich Oberloskamp, Energiewende, S. 246 f.

eine baldige Energiewende sowie effektivere Maßnahmen zum Energieeinsparen wie beispielsweise bessere Wärmedämmung und einen massiven Ausbau der Forschungskapazitäten für erneuerbare Energieträger forderte.[270] Diese alternativen Energievorstellungen provozierten aber auch Gegenkonzepte. So formulierte Ulrich Steger, der spätere hessische SPD-Forschungsminister, ein Antwortpapier zu Epplers Alternativszenarium, in dem er von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2% pro Jahr ausging. Dies hätte auf lange Sicht eine Steigerung des Primärenergiebedarfs um insgesamt 15% und eine Verdopplung des Stromverbrauchs bedeutet. Angesichts dessen forderte Steger, dass die Hälfte des Strombedarfs zukünftig durch Kernenergie gedeckt werden müsse.[271]

Auf dem grünen Auge blind? Diskurse über die Umweltverträglichkeit von Kernenergie und Kohle

Es gab in der SPD sogar Verfechter:innen des Energiespargedankens und der Kohlevorrangpolitik, die ihre Forderungen explizit mit einem Ausbau der Kernenergie verbanden. Einige Befürworter:innen einer stärkeren Kohleverstromung wiesen beispielsweise immer wieder auf die Notwendigkeit hin, neuartige Reaktorlinien wie den Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) zu erforschen und zu bauen. Nur auf diese Weise könnten neuartige Techniken der Kohlevergasung und -verflüssigung, durch die auf Kohlebasis alternative Brennstoffe gewonnen werden sollten, angewandt werden, da diese ein überaus hohes Maß an Prozessenergie benötigten.[272] Besonders die in Deutschland starke und mit der Sozialdemokratie eng verknüpfte Chemieindustrie war schon seit den 1960er-Jahren an dementsprechenden Kohleveredelungstechnologien und daher auch am Bau weiterer Kernkraftwerke sehr interessiert. Ferner wurde aufgrund der hohen Kosten der Kohleveredelung Atomstrom, der vermeintlich billiger war, und daher die Entwicklung des THTR in Hamm-Uentrop ebenso wie des Schnellen Brüters in Kalkar als notwendig angesehen.[273] Forschungsmaßnahmen für fortgeschrittene Reaktorlinien und für neue Kohletechnologien gingen daher häufig Hand in Hand. Anfang der 1980er-Jahre

[270] Krause/Bossel/Müller-Reißmann, Energie-Wende. Vgl. auch Brüggemeier, Grubengold, S. 402 f. Bereits die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" griff auf Gutachten des Öko-Institutes zurück, vgl. Altenburg, Wandel, S. 254–258.

[271] von Oppeln, Diskussion, S. 26.

[272] Insbesondere die SPD in Nordrhein-Westfalen verteidigte daher den Bau des THTR in Hamm-Uentrop, jedoch stellte sich bald heraus, dass der THTR nur Strom, aber keine Prozessenergie erzeugte. Letztlich kam es nie zu einer nuklear erzeugten Kohlevergasung. Vgl. Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 369.

[273] Marx, Failed solutions, S. 252 f., 261–267. Ende 1981 beschloss das Bundeskabinett eine deutliche Aufstockung der Darlehensbürgschaften von Bund und Ländern für den THTR von 90 auf 510 Millionen DM. Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006309, Bericht über die Arbeit der Bundesregierung vom 1. 5. 1981 bis 31. 10. 1981, 30. 10.1981, Bl. 21. Zum Zusammenhang zwischen Kernenergie und Kohleveredelung vgl. auch Gross, Energy, S. 528; Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 306–309, 334; Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 263–270; Häusler, Traum, S. 127.

beschloss die Bundesregierung nicht nur einen weiteren Ausbau der Kernenergie, sondern auch ein Programm zu Demonstration von Kohleveredelungsanlagen in Höhe von 14 Milliarden DM, mit dem insgesamt 14 neue Kohleveredelungsanlagen gebaut werden sollten – laut Helmut Schmidt eine „riesenhafte Anstrengung, wie sie in Deutschland nur in Hitlers Zweitem Weltkrieg unternommen worden" sei.[274]

Die Frage der Umweltverträglichkeit war also nicht immer widerspruchlos in die neuen energiepolitischen Prämissen zu integrieren. Dies galt umso mehr mit Blick auf die Haltung gegenüber den schädlichen Emissionen aus der Kohleverbrennung, in erster Linie Schwefeldioxid und Stickoxid. Die Energiepolitische Kommission kam in ihrem Bericht 1979 bereits zu dem Ergebnis, dass jeder weitere Ausbau der Kohleverstromung die „Umweltprobleme angemessen berücksichtigen" müsse. Man ging jedoch optimistisch davon aus, dass sich das Emissionsproblem mit Rauchgasentschwefelungsanlagen und anderen Filtertechniken technisch in den Griff bekommen ließ. Durch beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine Aufnahme der Emissionsgrenzwerte der Technischen Anleitung (TA) Luft in das Bundesimmissionsschutzgesetz sollte erreicht werden, dass umweltschädliche Kraftwerke durch moderne, „umweltfreundliche" Anlagen ersetzt oder alte Kraftwerke zumindest nachgerüstet werden. Von neuartigen Kohleverbrennungstechniken wie der Wirbelschichtverfeuerung sowie der Kohlevergasung und -verflüssigung versprach man sich ebenso eine spürbare Verminderung der Schäden durch Kohleemissionen.[275] So sollten ökonomische mit ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Dieser Glaube an die technische Beherrschbarkeit potenzieller Umweltschäden lief bisweilen konträr zu Expert:innenmeinungen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) warnte 1981 in einem Gutachten ausdrücklich, dass der Einsatz der Kohle in der Energieerzeugung „sehr problematisch" sei. Die größten Potenziale für eine Verminderung der Umweltbelastung sah der Umweltrat vielmehr in einer Verminderung der Nachfrage durch eine konsequente Energiesparstrategie.[276]

[274] HSA, Eigene Arbeiten, 497, Rede und Diskussionsbeiträge Helmut Schmidts auf der SPD-Kreisdelegiertenversammlung Bergedorf, 8. 7. 1979, Bl. 19. Vgl. ferner BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Anfragen, Sitzungen und Erklärungen der Gewerkschaften, B 196/53003, Rede Volker Hauffs auf einer ÖTV-Vertrauensleutetagung in Gerlingen, 25. 9. 1980, Bl. 4. Aufgrund des sinkenden Ölpreises in den 1980er-Jahren wurden aber nur wenige dieser Anlagen tatsächlich gebaut. Vgl. Marx, Failed solutions, S. 265 f.

[275] Darüber hinaus wurde gefordert, dass für alte, umweltbelastende Kraftwerke Stilllegungszeiträume festgelegt werden müssen. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 4. Vgl. den dementsprechenden Parteitagsbeschluss Energiepolitik. Antrag 500. Parteivorstand, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979 Bd. II, S. 1305–1325.

[276] BArch, Bundesministerium des Innern, Energie und Umwelt.– Sondergutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), B 106/89172, Pressemitteilung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, 28. 4. 1981, Bl. 1. Vgl. auch BArch, Bundesministerium des Innern, Energie und Umwelt.– Sondergutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), B 106/89172, Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Sondergutachtens „ENERGIE UND UMWELT", März 1981, Bl. 377 f.

Das Problem der Klimaerwärmung durch CO_2-Ausstoß wurde innerparteilich beinahe totgeschwiegen, obwohl im Rahmen der ersten Weltklimakonferenz im Februar 1979 in Genf erstmals Berichte über eine drohende Erderwärmung diskutiert wurden.[277] Es war ausgerechnet Helmut Schmidt, der als einer der wenigen in der Partei regelmäßig auf diese neue Gefahr hinwies und vor den „möglicherweise katastrophalen Auswirkungen der Kohlendioxidanreicherung der Erdatmosphäre" warnte.[278] „Es kann sein […], daß die Wissenschaft in zehn oder 20 Jahren zum Ergebnis kommt: nun aber Schluss mit dem Verbrennen irgendwelcher fossilen Brennstoffe und dann Schwergewicht auf die Sonnenenergie."[279] Hier sprach jedoch der Ökonom Schmidt: Der Hinweis auf die möglichen Klimaschäden durch die Kohle diente primär seinem kurzfristigen Ziel, den Ausbau der Kernenergie zu rechtfertigen, denn so schnell seien die emissionsfreien erneuerbaren Energien noch nicht marktreif.[280] Da die Klimaforschung zu diesem Zeitpunkt noch ganz am Anfang stand und über keine gesicherten Erkenntnisse verfügte, leitete die Schmidt-Regierung folglich keine echte Abkehr von der Verbrennung von Kohle und Öl ein, auch wenn sie Ende 1979 immerhin ein Klimaforschungsprogramm ankündigte.[281]

Die Erneuerbaren – (k)ein Hoffnungsträger einer neuen Energiepolitik

Ein ähnlich zwiespältiges Muster ließ sich bei den Diskursen zu erneuerbaren Energieträgern feststellen. Die erneuerbaren Energien galten zwar, auch bei Befürworter:innen der Kernkraft wie Helmut Schmidt, als wichtige Energiequelle der Zukunft. Bereits im Rahmen des ersten Energieforschungsprogrammes von 1974

277 Bösch, Zeitenwende, S. 324. Volker Hauff wies bereits 1977 auf die Warnungen „vor regionalen und globalen klimatischen Änderungen insbesondere aufgrund unseres Energieverbrauchs" und „de[m] global ansteigende[n] Kohlendioxydgehalt der Luft" hin. Vgl. Hauff, Energie, S. 40.

278 Helmut Schmidt, Verantwortung und Sicherheit bei der Nutzung der Kernenergie. Ansprache des Bundeskanzlers auf der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg am 7. 5. 1979, in: Bulletin, 9. 5. 1979, S. 501–507, hier: S. 506.

279 HSA, Eigene Arbeiten, 498, Referat von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor den Delegierten des SPD-Bezirksparteitages Westliches Westfalen in Recklinghausen, 6. 10. 1979, Bl. 39.

280 Vgl. ähnliche Aussagen in HSA, Eigene Arbeiten, 497, Rede und Diskussionsbeiträge Helmut Schmidts auf der SPD-Kreisdelegiertenversammlung Bergedorf, 8. 7. 1979, Bl. 37.

281 AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009491, Bericht über die Arbeit der Bundesregierung vom 15. 9. 1979 bis 14. 11. 1979, 15. 11. 1979, Bl. 12. Zwar stieg in den 1970er-Jahren die Anzahl derjenigen Wissenschaftler:innen, die vor einem Klimawandel warnten, an. Gleichzeitig hielt sich bei einer Minderheit hartnäckig die These, dass sich das Klima nicht aufwärme, sondern abkühle. Selbst der Bericht „Global 2000" hatte dies 1980 noch für möglich gehalten. Vgl. Le Treut/Weill, Climate Change, S. 308; Radkau, Kohlennot, S. 477; Rödder, 21.0, S. 84 f. Zum Klimaforschungsprogramm vgl. BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Stellungnahmen der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit. Bericht „Global 2000", B 196/52978, Bundesministerium für Forschung und Technologie: Bericht der Bundesregierung zu „Global 2000" und den darin aufgezeigten Problemen, März 1982, Bl. 31.

wurden Gelder zur Erforschung sogenannter „nichtnuklearer Energietechniken" bereitgestellt. Zwischen 1974 und 1976 wurden beispielsweise 27 Millionen DM zur Erforschung und Entwicklung von Solaranlagen ausgegeben, bis 1980 wurde diese Summe auf 127 Millionen DM erhöht.[282] Allerdings wurde ihre Anwendbarkeit erst in späterer Zukunft erwartet, weshalb sie kurz- und mittelfristig noch nicht als überzeugende Alternative zur Kernenergie und zur Kohle und erst recht nicht zum teurer werdenden Erdöl angesehen wurden.[283] Die Bundesregierung ging davon aus, dass erneuerbare Energieträger bis zum Jahr 2000 lediglich 5% des deutschen Energiebedarfs decken könnten und vor allem die Sonnenenergie in Deutschland „unter wirtschaftlichen Bedingungen kaum einsetzbar" sei.[284] Die Energiepolitische Kommission beim Parteivorstand prognostizierte immerhin, etwas optimistischer, 5 bis 10% bis zum Jahr 2000. Sie sah jedoch vor allem Chancen für die Entwicklungsländer, weniger für die deutsche Energieversorgung.[285]

Die Anwendbarkeit erneuerbarer Energien musste erst einmal erforscht werden. Ein „Rahmenprogramm Energieforschung 1974–1977" in Höhe von 1,75 Milliarden DM sah neben der Erforschung neuer Kohle- und Energiespartechnologien auch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich der Sonnen-, Wind-, Erdwärme-, Wasser- und Meeresenergie und den Bau erster Versuchsanlagen vor. Die Hoffnungen auf eine rasche Vermarktung und Anwendbarkeit erfüllten sich jedoch nicht. Besonders im Bereich der Sonnenenergie führten technische Mängel bei den ersten Systemen dazu, dass die Verkaufszahlen von Solaranlagen in den 1980er-Jahren einbrachen.[286] Im Rahmen der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms waren ebenfalls Gelder für die Erforschung von Wärmepumpen und der Solarenergie vorgesehen, der Schwerpunkt der Forschungsförderung lag jedoch bei Energiespartechniken wie beispielsweise Technologien zur Wärmerückgewinnung oder der Energiespeicherung. Sowohl in Summe als in Dauer waren die deutschen Förderprogramme für erneuerbare Energien weniger umfassend als zum Beispiel in den USA.[287]

All diese Bemühungen im Bereich der Kohlevorrangpolitik, des Energiesparens und der Förderung regenerativer Energien reichten der innerparteilichen Opposition daher nicht aus, um die Option ohne Kernenergie als verwirklicht anzusehen. Selbst regierungsnahe Kreise betrachteten die Energiepolitik ab Anfang der

[282] Vgl. Mener, Labor, S. 421 f., 424 f.; Oberloskamp, Renewable Energies, S. 10; Ehmke, Mittendrin, S. 289 f.

[283] Türk, Treibstoff, S. 161.

[284] BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Vermerk an den Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Forschung und Technologie, 18. 1. 1979, Bl. 3. Vgl. auch Bösch, Zeitenwende, S. 327; Oberloskamp, Renewable Energies, S. 4 f.

[285] AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand, 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 42.

[286] Illing, Energiepolitik, S. 153–155; Mener, Stabilität, S. 181–185; Graf, Öl, S. 219.

[287] Mener, Labor, S. 501.

1980er-Jahre zunehmend (auch) unter ökologischen Aspekten. Am deutlichsten zeigte sich das bei der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms Ende 1981, die nicht nur wegen den Plänen zum Kernenergieausbau in die Kritik geraten war (vgl. vorangegangenes Kapitel). Überdies basiere sie überwiegend auf alten Modellen der Energiebedarfsprognose. Die Energiepolitische Kommission um Ehmke griff Schmidt für die vermeintliche falsche Prioritätensetzung in der Fortschreibung deutlich an: „Energieeinsparung wird in der 3. Fortschreibung einseitig unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, jedoch nicht als Instrument zur glaubhaften Auslotung einer Zukunft ohne Kernenergie gesehen." Besonders im Bereich der erneuerbaren Energien bemühe sich die Fortschreibung nicht ausreichend um deren Weiterentwicklung. Darüber hinaus werde zu wenig zur umweltfreundlichen Nachrüstung bestehender Kohlekraftwerke und zur Realisierung des Kohlevorrangs in der Energieversorgung getan.[288] Dass die Unionsfraktion die Fortschreibung begrüßte, lieferte der innerparteilichen Opposition zusätzliche Argumente.[289]

Zunehmend stellten sich auch die Abgeordneten in Bund und Ländern gegen Schmidt. Bei einer Konferenz der Fraktionsvorsitzenden aus Bundestag und Landesparlamenten stießen die Pläne für die Dritte Fortschreibung ebenfalls auf Ablehnung. Die Konferenz kritisierte einmütig, dass der Vorrang für die deutsche Steinkohle und die verstärkten Bemühungen um das Energiesparen zugunsten eines weiteren Ausbaus der Kernenergie aufgegeben worden seien.[290] Eine Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion unter der Leitung Ehmkes überarbeitete den Entwurf für die Fortschreibung, doch nach wie vor bemängelten einzelne Fraktionsmitglieder, wie beispielsweise Harald B. Schäfer, dass der Vorrang der Energieeinsparung und die Förderung regenerativer Energien nicht ausreichend beachtet würden.[291]

Die innerparteilichen Proteste dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung durchaus Schritte gegangen war, um die Anteile in der Energieerzeugung stärker auf andere Energieträger zu verlagern. Im Energieforschungsprogramm von 1974 wurden erstmals Fördergelder für die Erforschung erneuerbarer Energietechniken wie der Solar-, Wind-, Wasser-, Gezeiten und geothermischer Energie freigegeben.[292] Nach 1977 gab das Forschungsministerium erste Gutachten in Auftrag, die den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energiebedarf kritisch untersuchen sollten. Die Unterscheidung zwischen „harten" und „weichen" Energieformen, wie sie vom Amerikaner Amory B.

[288] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009500, Energiepolitischer Situationsbericht der Energiekommission beim Parteivorstand für den SPD-Bundesparteitag in München 1982, Februar 1982, Bl. 5. Abgedruckt in Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1982 Bd. II., S. 1191–1206.

[289] Kleine, Energiepolitik, S. 113.

[290] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 539.

[291] AdsD, HSA, Schmidt, Helmut, 1/HSAA006855, Kurt Leuschner und Harald B. Schäfer an Helmut Schmidt, 30. 10. 1981, passim.

[292] Vgl. Oberloskamp, Energiewende, S. 248.

Lovins entwickelt worden war,[293] gewann an Aufmerksamkeit und beeinflusste zunehmend auch das Handeln der Regierung.[294] Im gleichen Jahr legte sie ein mehrjähriges Investitionsprogramm in Höhe von 16 Milliarden DM auf, das unter anderem Schwerpunkte in den Bereichen rationelle und umweltfreundliche Energieversorgung sowie bei Verbesserungen im Verkehrssystem setzte. Der Einbau von Wärmepumpen und Solaranlagen in Neubauten wurde gesondert gefördert und mit der Elektro- und Haushaltsgeräteindustrie eine Selbstverpflichtung zur Minderung des Energieverbrauchs in Haushaltsgeräten vereinbart.[295]

Regierung und Parteiführung rühmten sich angesichts dessen gerne damit, dass sich das Verhältnis der Förderung nicht-nuklearen zu nuklearen Energietechniken von ehemals 1 : 78,9 im Jahr 1972 zu 1 : 2,5 im Jahr 1979 verschoben habe.[296] Tatsächlich wurden aber noch 1979 60% der energiepolitischen Mittel in die Atomenergie investiert, nur 4% in erneuerbare Energien. Fast die Hälfte dieser Fördermittel floss in die gigantische Großwindkraftanlage „Growian", die aus technischen Gründen scheiterte. Das Auslaufen der Förderprogramme und der Preisverfall beim Öl im Verlauf der 1980er-Jahre bremste die sogenannte „Energiewende" zusätzlich, nachdem es seit 1977 zunächst zu einem kleinen Aufschwung im Geschäft mit erneuerbaren Energietechniken gekommen war.[297]

Auf den Bereich des Energiesparens wurde mehr Aufmerksamkeit gerichtet. Gerade der Verlust von Energie im Wärmebereich wurde zu einem zentralen Feld, in dem Potenziale für Einsparmaßnahmen gesehen wurden. Ganze 40% des gesamten Energiebedarfs flossen in die Raumheizung, wobei aber mehr als die Hälfte der Primärenergie ungenutzt verpuffte.[298] Durch eine Überarbeitung der Wärmeschutzverordnungen, die Förderung von Isoliermaßnahmen und verbesserten Heiz- und Warmwasseranlagen sollte der Energieverbrauch in Privathaushalten deutlich reduziert werden.[299] Darüber hinaus wurde versucht, durch eine Änderung der Tarifordnung im Strommarkt die Preisdegression beim Strompreis abzuflachen und damit energiesparendes Verhalten zu fördern, ebenso wie die Verwendung elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten. Das Energiesparprogramm von 1978 stellte 4,35 Milliarden DM für Maßnahmen zur Verminderung des Wärmeverbrauchs in Altbauten und für die Installation von Wärmepumpen und So-

293 Radkau, Geschichte, S. 417.

294 Demnach basiere der „harte" Weg auf der Steigerung des Energieangebots und der Stromerzeugung durch großtechnologische Anlagen in der Nutzung von Kernenergie, Kohle, Öl und Gas und der „weiche" auf dezentralisierten Energiesparmaßnahmen und erneuerbaren Energien. Lovins, Sanfte Energie, S. 63 f., 81–83. Vgl. auch Gross, Energy, S. 537; Oberloskamp, Energiewende, S. 235; Graf, Öl, S. 1 f.

295 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 121.

296 U. a. in AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006292, Volker Hauff/Reinhard Störmer: Entwurf des Papieres „Grüne Parteien" und die Antwort der SPD, April 1978, Bl. 7.

297 Altenburg, Wandel, S. 258–261; Mener, Labor, S. 438, 446, 450 f.; Oberloskamp, Renewable Energies, S. 11.

298 Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 521 f.

299 Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006309, Bericht über die Arbeit der Bundesregierung vom 1. 5. 1981 bis 31. 10. 1981, 30. 10. 1981, Bl. 11 f.

laranlagen in Alt- und Neubauten zur Verfügung, wobei jedoch 90% der Fördersumme für wärmedämmende Maßnahmen und nur ein sehr kleiner Teil für erneuerbare Energietechniken ausgegeben wurden. Ein eigens eingesetzter Kabinettsausschuss für Energieeinsparung erarbeitete weitere Vorschläge zur rationellen Energieverwendung, wie beispielsweise die Erhöhung des Wärmestandards bei Alt- und Neubauten oder die Förderung der Abwärmenutzung. Mit dem Programm war es gelungen, binnen drei Jahren immerhin 800 000 Wohnungen mit deutlich besser gedämmten Türen und Fenstern auszustatten und den Pro-Kopf-Verbrauch von Heizöl dauerhaft zu senken. Insgesamt konnte auch die Stromerzeugung aus Ölverbrennung auf 9% der Gesamtstromerzeugung reduziert werden.[300]

Besondere Hoffnungen lagen auf den Einsparpotenzialen einer forcierten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, bei der die Abwärme aus der Stromerzeugung in Großkraftwerken über die Nutzung einer Fernwärmeinfrastruktur zur Wärmeversorgung genutzt wird. So lagen die Schwerpunkte des Energieforschungsprogramms 1977 unter anderem bei der Entwicklung neuer Techniken der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme. Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms förderte ebenfalls Maßnahmen zur Wärmedämmung und Kraft-Wärme-Kopplung. Dazu wurde die Steuer auf leichtes Heizöl um einen Pfennig pro Liter angehoben und die Einnahmen für Zwecke der Energieeffizienz reinvestiert.[301] Ein gemeinsames „Zukunftsinvestitionsprogramm" von Bund und Ländern stellte weitere 870 Millionen DM für den Ausbau von Fernwärmenetzen und die Nutzung industrieller Abwärme für Heizzwecke bereit.[302]

Von der Entkopplung zur Kopplung von Energiepolitik und Wirtschaftswachstum

Bei diesen Bemühungen dominierten nie ausschließlich ökologische Motive. Für die weitere Entwicklung sozialdemokratischer Energiekonzepte entscheidend war schon zu Regierungszeiten eine enge argumentative Verbindung der Energiespar- und Kohlevorrangstrategien mit einem Festhalten an den klassischen Zielen von Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. So bediente sich die Energiesparpolitik der SPD nur äußerst selten konsumkritischer Argumentationsmuster oder Appellen an die Bevölkerung zu individuellem Verzicht.[303] Vielmehr sollte eine deut-

[300] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006299, Bericht über die Arbeit der Bundesregierung vom 30. 5. 1979 bis 12. 9. 1979, 12. 9. 1979, Bl. 6; Helmut Schmidt, Erklärung der Bundesregierung zur Energiepolitik nach dem Europäischen Rat und dem Weltwirtschaftsgipfel am 4. 7. 1979, in: Bulletin, 5. 7. 1979, S. 805–516, hier: S. 813; Bösch, Zeitenwende, S. 322; Mener, Labor, S. 445.

[301] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 178; Illing, Energiepolitik, S. 143–150.

[302] AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 35. Besonders der Gewässerschutz profitierte davon enorm. Vgl. Müller, Innenwelt, S. 111 f.; Fuchs, Mut, S. 147 f.

[303] Vgl. zur Verzichtsrhetorik in der Umweltbewegung Engels, Naturpolitik, S. 412.

liche Reduzierung des Energieverbrauchs in erster Linie durch den Einsatz neuer und energiesparender Technologien sowie einer anderen *Form* von Konsum und Produktion ermöglicht werden, „ohne deshalb auf Wirtschaftswachstum zu verzichten."[304] Selbst ökologisch sensiblere Köpfe wie Erhard Eppler vermieden es, privaten Konsum an sich zu problematisieren.[305]

So entwickelte sich in der Partei ein Verständnis einer „ökologisierten" Energiepolitik, die eine „Energiewende"[306] nicht nur mit einer Verminderung der Schadstoffemissionen begründete, sondern auch mit den in ihr liegenden wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten. Ökologische und ökonomische Begründungsmuster einer alternativen Energiepolitik liefen zunächst noch auseinander, wurden im Laufe der Zeit aber immer offensiver miteinander verbunden. Die Umstellung der Produktionsstrukturen auf ressourcenschonendere Verfahren sei nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes geboten, sondern biete, so das Diktum der Energiepolitischen Kommission beim Parteivorstand, „eine Chance für kräftige Wachstumsimpulse" und erhöhe „die Wahrscheinlichkeit eines Innovationsschubs im Konsum- und Investitionsgütersektor".[307] Ähnliches galt, wenig überraschend, auch für die Kohlepolitik: Forderungen nach einem Ausbau der Kohleverstromung gewannen parteiintern und gegenüber den Gewerkschaften zunehmend dadurch an Legitimität, dass sie vermeintlich mehr neue Arbeitsplätze schaffe als vergleichbare Ausbaumaßnahmen in der Kernenergie.[308] Diese Kohlevorrangpolitik wurde bisweilen bewusst mit Rückschritten im Umweltschutz erkauft. So wurde beispielsweise zunächst nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei Genehmigungen neuer Industrieanlagen den Einbau von Abgasentschwefelungsanlagen zur Voraussetzung zu machen, wie es die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft seit 1964 eigentlich empfahl.[309]

Die Auseinandersetzung um die zukünftige Form der Energieversorgung legte trotzdem den Grundstein für das weitere umweltpolitische Engagement innerhalb der SPD. Es kristallisierten sich bereits diejenigen Personenkreise heraus, die nach 1982 für die zunehmende umweltpolitische Profilierung der Partei verantwortlich sein sollten. Einige der zentralen Grundsätze sozialdemokratischer Umweltpolitik schälten sich heraus: Energiepolitische Fragen wurden nicht mehr ausschließlich unter den Aspekten der Versorgungssicherheit und der Kostengünstigkeit betrach-

[304] Nr. 21. Aus der Erklärung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD zur Bundeskonferenz in Recklinghausen, 17. Februar 1975, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 5, S. 151–157, hier: S. 156.

[305] Tschirschwitz, Kampf, S. 268 f.; Gross, Energy, S. 531.

[306] Vgl. die Verwendung des Begriffs „Energiewende" in Hauff, Energie-Wende.

[307] AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 27. Ähnlich: Nr. 70. Erklärung des Vorstandes der SPD zur Lage der Partei. 11. Februar 1981, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 5, S. 322–330, hier: S. 325.

[308] Gross, Energy, S. 530.

[309] Uekötter, Ende, S. 166.

tet, sondern auch unter dem der Umweltverträglichkeit.[310] Ebenso bedeutsam war jedoch das Bestreben, mit dieser neuen Energiepolitik ökonomische Wachstums- und Beschäftigungspotenziale zu wahren oder gar zu stärken. Was sich zunächst gegenseitig zu behindern schien, entwickelte sich mit der Zeit also zu einer doppelten Zielsetzung. Dies nahm in Ansätzen bereits vorweg, was sich nach dem Machtverlust zur Idee der „ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft" entwickeln sollte. Schon 1981 brachte Volker Hauff für die Ökologiekommission beim Parteivorstand auf den Punkt, was sich immer deutlicher als Kernaxiom sozialdemokratischer Umwelt- und Energiepolitik offenbarte: „[Ö]kologische und ökonomische Vernunft [laufen] auf Dauer und gesamtgesellschaftlich betrachtet auf dasselbe hinaus. […] Es geht darum, auf der Grundlage sozialdemokratischer Ziele eine Politik zu verwirklichen, die die vorhandene soziale Stabilität in Einklang mit den ökologischen Notwendigkeiten der Zukunft bringt."[311]

[310] Vgl. Saretzki, Energiepolitik, S. 216 f.

[311] AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie – Thesenpapiere, Protokolle, 2/PVAC0000002, Volker Hauff: Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, 19. 10. 1981; unpaginiertes Deckblatt, Bl. 5 f. Das Papier wurde wenig später in gekürzter Fassung in der „Neuen Gesellschaft" sowie als eigenständige Broschüre veröffentlicht. Vgl. Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand, Orientierungen; Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Orientierungen.

III. Partei statt Bewegung Sozialdemokratische Antworten auf Ausdrucks- und Organisationsformen „grüner" Politik

1. Zivilgesellschaftliche Herausforderungen: Konflikte und Kooperationen mit der Umweltbewegung und den frühen Grünen

„Mehr Demokratie wagen" oder bedrohliche Konkurrenz? Der Blick der Regierungs-SPD auf die Bürger:inneninitiativen

Die zweite Hälfte der 1970er-Jahre war nicht nur in inhaltlicher Hinsicht die formative Phase eines sozialdemokratischen Ökologieverständnisses. Denn parallel zum Richtungsstreit in der Energie- und Wachstumsfrage prallten zwei grundlegend voneinander abweichende Politikverständnisse aufeinander: Zum einen manifestierte sich in zahlreichen neuen, zivilgesellschaftlichen Organisationen ein bewegungsorientiertes Politikmodell, das sich in der steigenden Zahl von Bürger:inneninitiativen, grünen Listen und Umweltverbänden äußerte.[1] Zum anderen gab es ein parteiorientiertes, fest in den institutionellen Strukturen der Bundesrepublik verankertes Modell, für das die SPD stand. Die Vertreter:innen beider Konzepte hatten unterschiedliche Ansichten darüber, ob politische Ziele auf klassischem Wege oder jenseits der legislativen und exekutiven Institutionen verfolgt werden sollten. In Form der Bürger:inneninitiativen und Umweltgruppen begannen die Grenzen zwischen Politik und Zivilgesellschaft zwar zu verschwimmen.[2] Dennoch konstituierten sich beide Sphären in erster Linie in Abgrenzung zueinander. Die sogenannten „neuen sozialen Bewegungen" seit den 1970er-Jahren entstanden in bewusster Distanz zu den vermeintlichen „alten sozialen Bewegungen", die jetzt „etablierte" Bewegungen geworden waren, also vor allem die SPD und die Gewerkschaften.[3] Besonders bei ihrem Kampf gegen Infrastruktur- und Bauprojekte auf kommunaler Ebene hatten es die Bürger:inneninitiativen oftmals mit sozialdemokratischen Entscheidungsträger:innen zu tun, was die gegenseitige Entfremdung noch verschärfte.[4]

[1] Vgl. Kramer, Neue soziale Bewegungen, S. 211–213. Vgl. auch Dannenbaum, Atom-Staat, S. 271.

[2] Vgl. mit Bezug auf die Proteste der Studierendenbewegung Doering-Manteuffel, Zeitbögen, S. 344: „Von der amerikanischen Westküste über Paris und West-Berlin war die ‚Freiheit' aus der Sphäre des Politischen in die Alltagskultur hineingewachsen. […] Nach 1970 diffundierte der Aufbruchsgeist in die Neuen sozialen Bewegungen des Umweltschutzes und des Protests gegen den Bau von Atomkraftwerken."

[3] Gassert, Kapitel, S. 86.

[4] Vgl. Faulenbach, Jahrzehnt, S. 596 f. Vgl. ferner ders., Sozialdemokratie, S. 310 f.

Dass sich Bürger:inneninitiativen in Graswurzelstrukturen organisierten, um direkt auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, war aus Sicht der SPD so lange unproblematisch, wie Bürger:inneninitiativen das parteipolitische Monopol der Interessensvertretung in den Parlamenten und die Entscheidungskompetenz gewählter Regierungen nicht infrage stellten. Bürger:innenbeteiligung wurde auch von Sozialdemokrat:innen in Regierungsverantwortung nicht per se abgelehnt, im Gegenteil sogar begrüßt. Das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm von 1975 hatte Formen direkter Beteiligung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie explizit gefordert.[5] Es waren insbesondere sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen, die spürten, dass auf die gestiegenen Partizipationsansprüche der Bevölkerung reagiert werden musste. Im sozialpolitischen Bereich beispielsweise waren auf kommunaler Ebene Kooperationen mit Selbsthilfeinitiativen ausdrücklich erwünscht.[6] Dass Bürger:inneninitiativen an kommunalen Planungsentscheidungen beteiligt wurden, begrüßten die kommunalpolitischen Fachpolitiker:innen ebenso als „Plus für die Demokratie" – aber nur so lange, wie die Letztentscheidung bei den dafür vorgesehenen Institutionen lag.[7]

Damit war ein grundsätzlicher Vorbehalt gegenüber der stärkeren Einbindung von Bürger:inneninitiativen formuliert, nämlich deren mangelnde demokratische Legitimation. Die Repräsentativität, die eine Partei wie die SPD als Organisation gewählter Volksvertreter:innen beanspruchte, hatten Bürger:inneninitiativen nicht.[8] Minderheiteninteressen zu formulieren und als *Input* in die politische Entscheidungsfindung einzuspeisen, wurde mit Blick auf den sozialdemokratischen Demokratisierungsanspruch zwar grundsätzlich anerkannt.[9] Die Initiativen am *Output* zu beteiligen, wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt, denn ihr politischer Auftrag sei nur ein negativ begründeter. So vertrat beispielsweise Egon Bahr die Auffassung, dass Bürger:inneninitiativen letztlich nur eine „negative Kraft [besitzen] […], Entscheidungen zu blockieren".[10] Dieser Einschätzung lag die Erfahrung und die Wahrnehmung zugrunde, dass sich Bürger:inneninitiativen vielfach primär deswegen gegründet hatten, um Projekte zu verhindern, die auf demokratischem Wege schon beschlossen waren.

Dies hätte innerparteilich noch keine Brisanz erzeugt, wenn sich das Organisationsmodell „Bürger:inneninitiative" auf diese Blockadekompetenzen beschränkt hätte. Kritisch gesehen wurde der politische Gestaltungsanspruch, den viele Bürger:inneninitiativen ab Mitte/Ende der 1970er-Jahre anzumelden begannen und der sich in der Überlegung zur Bildung von Wahlvereinigungen ausdrückte. Innerhalb des SPD-Parteivorstandes waren sich daher alle darin einig, dass aus den

[5] Vgl. Scheer, SPD, S. 337 f.
[6] Graf, Inszenierung, S. 149.
[7] Hekler, Günter, Bürgerbeteiligung – Ausdruck gewandelten Demokratieverständnisses?, in: Die Neue Gesellschaft, Mai 1978, S. 344–348, hier: S. 348.
[8] Vgl. Hansen, End, S. 62.
[9] Z. B. in Scheer, SPD, S. 340.
[10] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009443, Bericht über die SPD-Tagung „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität" am 28./29. 4. 1977 in Köln, 2. 5. 1979, Bl. 5.

Bürger:inneninitiativen „keine Ersatzparteien werden dürften“[11] und unbedingt zu verhindern sei, „den Bürgerinitiativen Aufgaben zu übertragen oder zuzubilligen, die in unserem Staat eindeutig von den parlamentarischen Organen zu erfüllen sind“.[12] Selbst bewegungsaffine Genoss:innen wie Hermann Scheer wollten den Bürger:inneninitiativen lediglich bei „Entscheidungen, die gewissermaßen einmaliger Natur“ sind, Möglichkeiten der politischen Beteiligung und Mitwirkung zugestehen.[13] Die Gefahr, dass den Initiativen dies bald nicht mehr reichen sollte, wurde von der Parteiführung zwar spät, aber doch erkannt. Die Gründung der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ 1978 beispielsweise war als explizites Gegengewicht gegen die politisch motivierten Bürger:inneninitiativen gedacht. Der in den Initiativen vermeintlich zum Ausdruck kommenden „Parteienfeindlichkeit aus der wilhelminischen Zeit“ sollte damit eine Partizipationsmöglichkeit innerhalb der eigenen Parteistrukturen entgegengehalten werden.[14]

Das konnte das Wachstum der Bürger:inneninitiativbewegung jedoch nicht aufhalten. Diese richtete sich nicht nur gegen die SPD als Organisation, sondern auch gegen sozialdemokratische Politik. Dementsprechend schwierig gestalteten sich die Kontakte zwischen der Bürger:inneninitiativbewegung und der sozial-liberalen Bundesregierung. Sachliche Kooperationen gab es lediglich mit den traditionellen und vergleichsweise konservativen Verbänden, die schon lange vor der „ökologischen Wende“ um 1970 entstanden waren. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) beispielsweise konzipierte 1970 den Entwurf des Naturschutzgesetzes, das 1976 in Kraft trat.[15] Die Verbände und Organisationen, die sich als Teil der neuen Umweltbewegung verstanden, wurden nicht im Ansatz so weitgehend eingebunden. Anlässlich der Umwelt-Klausur in Schloss Gymnich im Juli 1975 waren beispielsweise gar keine Vertreter:innen von Umweltverbänden und Bürger:inneninitiativen erwünscht, was zu erheblichem Missmut innerhalb der Verbände führte.[16] Ähnliche Konflikte gab es später, als für den Juni 1979 ein erstes Treffen zwischen Helmut Schmidt und Vertreter:innen verschiedener Umweltverbände geplant war. Das Kanzleramt war sehr darauf bedacht, den als „radikal“ eingeschätzten Verbänden wie dem BBU eine ausreichende Anzahl moderater Verbandsrepräsentant:in-

[11] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006286, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, 28. 2. 1977, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 28. 2. 1977, Bl. 5 f. Zitat Bl. 5.

[12] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006292, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, 24. 4. 1978, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 24. 4. 1978, Bl. 16.

[13] Scheer, SPD, S. 339.

[14] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009483, Rede Hans Koschniks auf der Gründungsveranstaltung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. in Kassel, 10. 9. 1978, Bl. 6.

[15] Vgl. AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA005194, Horst Ehmke an Heinz Castrup, 9. 4. 1970, Bl. 2.

[16] Vgl. das Protestschreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachverbandes „Deutsche Bürgerinitiativen für Umwelt und Lebensschutz“ an den Bundeskanzler: AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA007088, Dietrich Heinemann an Helmut Schmidt, 1. 7. 1975.

nen gegenüberzusetzen, beispielsweise vom Deutschen Naturschutzring oder dem Deutschen Heimatbund.[17] Das Treffen verlief dennoch konfrontativ. Bei Helmut Schmidt bestand wenig Neigung, auf die Forderungen der Verbände einzugehen: „Mir gefällt das nicht. Jeder kommt mit kostspieligen neuen Wünschen: Altersversorgung, Wiedergutmachung, Kindergeld […]. Aber keiner sagt mir, wo ich das Geld dafür hernehmen soll."[18] Selbst die gemäßigten Verbandsvertreter:innen verließen das Treffen letztlich mit dem Eindruck, nur wenig Verständnis für ihre Anliegen gefunden zu haben.[19]

Umweltbewegung, Jusos und „Bewegungssozialdemokrat:innen" – keine leichte Freundschaft

Jenseits der klassischen „Regierungs-SPD" gab es jedoch erhebliche Schnittmengen zwischen SPD und den Umweltverbänden, Bürger:inneninitiativen und alternativen Forschungseinrichtungen. Der Grad der Distanz zur Politik der Schmidt-Regierung hatte dabei keinen unerheblichen Einfluss darauf, wie sich Sozialdemokrat:innen gegenüber diesen außerparlamentarischen Organisationen positionierten. In der Person Erhard Epplers gab es beispielsweise enge Kontakte zur lokalen Bürger:inneninitiativbewegung[20] und zum Öko-Institut in Freiburg, dessen Mitgründer Günter Altner ebenfalls SPD-Mitglied war.[21] Harald B. Schäfer hatte sich schon früh für Auftragsvergaben des Forschungsministeriums an das Öko-Institut eingesetzt.[22] Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) lud ebenfalls schon kurz nach der Gründung Redner:innen des Öko-Instituts auf ihre Symposien ein.[23]

[17] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA008841, Ministerialreferent Glatzel an Helmut Schmidt, 28. 3. 1979, Bl. 2.

[18] BArch, Bundesministerium des Innern, Gespräch des Bundeskanzlers mit den Umweltverbänden am 19. 6. 1979, B 106/63681, Protokoll über das Gespräch Helmut Schmidts mit Vertretern von Umweltverbänden am 19. 6. 1979, 19. 6. 1979, Bl. 3.

[19] Müller, Innenwelt, S. 133.

[20] Vgl. beispielsweise den Bezug auf ein Treffen von Vertreter:innen der Bürger:inneninitiativbewegung und Mitgliedern der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart 1978 in AdsD, Schäfer, Harald B., 590, Günter Altner an Erhard Eppler, 28. 2. 1978.

[21] Eppler gehörte dem Kuratorium des Öko-Instituts an. Vgl. Tschirschwitz, Kampf, S. 288.

[22] Nachdem das Öko-Institut auf das Angebot, für das Forschungsministerium eine Analyse der „Risikostudie zur Sicherheitsbeurteilung von Kernkraftwerken mit Druckwasserreaktoren für einen Standort in der Bundesrepublik" zu erstellen, zunächst keine Rückmeldung bekam, leitete Schäfer es erneut an Volker Hauff weiter. AdsD, Schäfer, Harald B., 317, Harald B. Schäfer an Volker Hauff, 30. 3. 1979. Das Forschungsministerium erteilte den Auftrag zwar offenbar nicht, Hauff hatte Vertreter:innen des Instituts aber zu Gesprächen über die Risikostudie ins Ministerium eingeladen. AdsD, Schäfer, Harald B., 317, Volker Hauff an Harald B. Schäfer, 25. 4. 1979.

[23] Vgl. das von Harald B. Schäfer mitorganisierte Seminar „Wachstum wohin – Energie, Umweltschutz, Arbeitsplätze" der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. 9. 1978, bei dem Günter Altner in der Sektion „Arbeitsplätze durch Umweltschutz" sprach. AdsD, Schäfer, Harald B., 590, Programm der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wachstum wohin – Energie, Umweltschutz, Arbeitsplätze" am 30. 9. 1978 in Mülheim, 14. 8. 1978, Bl. 1.

Solche Schnittmengen waren aber in vielen Fällen mit Spannungen verbunden, schließlich gehörten die bewegungsfreundlichen Sozialdemokrat:innen immer noch der Partei an, die die von der Umweltbewegung hart attackierte Bundesregierung stellte. Insbesondere das Verhältnis zum BBU war stets ein ambivalentes, von Konflikt und Kooperation gleichermaßen geprägtes. Der BBU war auf der einen Seite, mit Blick auf die Mitgliederstruktur, stark sozialdemokratisch geprägt.[24] Jo Leinen und Hans Günter Schumacher, zwei der Vorstandssprecher des BBU, waren zeitgleich auch Genossen.[25] Ein weiterer Vorsitzender, Roland Vogt, war bis 1978 ebenso SPD-Mitglied.[26] Zeitweise besaßen gar sieben der 13 Vorstandsmitglieder ein SPD-Parteibuch.[27] Der BBU begab sich auf der anderen Seite jedoch regelmäßig in eine direkte Frontstellung gegen die Politik der Bundesregierung, denn er vertrat unter anderem einige radikale umwelt- und kernkraftkritische Bürger:inneninitiativen aus dem links-alternativen Spektrum.[28] Dennoch kam es zu wiederholten Kontakten auf Führungsebene von Verband und Partei. Der BBU entsandte schon im April 1977 Vertreter:innen zum energiepolitischen Fachforum der SPD in Köln.[29] Zwei Jahre später wurden regelmäßige Gespräche zwischen SPD-Führung und dem BBU aufgenommen, wobei die SPD, so Egon Bahr, „zu anderen Antworten" gekommen sei als der BBU. Im Oktober 1979 wurden weitere Gespräche und die Bildung zweier gemeinsamer Arbeitsgruppen angekündigt, über deren Tätigkeiten aber öffentlich nichts bekannt wurde.[30]

Eine deutlich konstruktivere Rolle im Verhältnis zu den Bürger:inneninitiativen spielte die Parteijugend, ähnlich wie im Kontext der Friedensbewegung.[31] Die Initiativen und große Teile der Jusos hatten gemein, dass sie sich durch eine Distanzierung von beziehungsweise Ablehnung der Regierungspolitik profilierten. Bei vielen Zielen war man sich einig, weshalb es Juso-intern und bei Juso-nahen Kreisen als „keineswegs überraschend" angesehen wurde, „daß eine große Zahl der führenden Repräsentanten der Ökologiebewegung der SPD angehören oder ihr zumindest nahestehen".[32] Viele Akteur:innen aus dem Juso-Umfeld konnten auf eine gewisse Tradition in der außerparlamentarischen Arbeit aufbauen. Anfang der 1970er-Jahre hatten sie bereits zu den Träger:innengruppen verschiedenster

[24] Vgl. Engels, Umweltschutz, S. 411–413.
[25] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 77, Februar 1980, Bl. 3.
[26] [o. V.], Umweltschützer aus der SPD ausgetreten, in: Frankfurter Neue Presse, 24. 11. 1978.
[27] Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006292, Johano Strasser: Anmerkungen zum Verhältnis SPD/Bürgerinitiativbewegung, 26. 2. 1978, Bl. 5.
[28] Reichardt, Authentizität, S. 158 f.
[29] von Oppeln, Diskussion, S. 79 f.; Dröscher/Funke/Theilen, Energie, S. 65–68.
[30] [o. V.], SPD im Gespräch mit den Bürgerinitiativen, in: unbekannt, 11. 10. 1979. Der Zeitungsausschnitt ist dem Petra-Kelly-Archiv im AGG entnommen. Es waren dort weder Datum noch der genaue Titel der Zeitung/Zeitschrift angegeben. Im Januar 1980 erfolgte ein weiteres Treffen mit den Umweltschutzverbänden, vgl. Faulenbach, Jahrzehnt, S. 605, Fußnote 101.
[31] Vgl. Hansen, End, S. 66.
[32] Johano Strasser, Ohrfeige für die satten Parteien. Schlaue Umweltkosmetik reicht auch für die SPD jetzt nicht mehr aus, in: Umweltschutz. Beilage zum Vorwärts, 22. 6. 1978, S. 4.

Bürger:inneninitiativbewegungen gehört, die sich gegen die Zerstörung gewachsener Wohnräume in den Großstädten engagierten. Zahlreiche andere Basisgruppen bildeten sich in dieser Zeit, zum Beispiel zur Betreuung ausländischer Jugendlicher oder in selbstorganisierten Kinderbetreuungsangeboten.[33]

Der anschließende Aufstieg dezidiert ökologisch ausgerichteter Bürger:inneninitiativen war daher vielfach von Doppelstrukturen bei den Jusos begleitet. Vertreter:innen des BBU waren regelmäßige Gäste bei energiepolitischen Veranstaltungen der Jusos,[34] bei der Beteiligung an Anti-AKW-Protesten fanden sich Jusos und Bürger:inneninitiativen vielfach auf der gleichen Seite (vgl. nächstes Kapitel).[35] Der SPD-Hintergrund vieler Aktivist:innen in den Bürger:inneninitiativen gereichte diesen jedoch nicht nur zum Vorteil, da insbesondere parteiskeptische Kreise in den Bewegungen kaum zwischen SPD und Jusos unterschieden. So erinnert sich Jo Leinen daran, dass in der Bürger:inneninitiativbewegung immer wieder „Verschwörungstheorien" kursierten, die SPD habe Leinen in die Bewegung geschickt, um sie im eigenen Sinne zu steuern.[36] Nichtsdestotrotz hatten sich insbesondere auf kommunaler Ebene enge Bande zwischen Jusos und Bürger:inneninitiativen ergeben, die über lange Zeit hielten.[37] Dass es vergleichbar enge und kooperative Kontakte zur Mutterpartei nicht gab, ist jedoch ein Indikator dafür, dass die Frage, wie man sich zu den Bürger:inneninitiativen verhalten sollte, die Gräben innerhalb der SPD noch vertiefte.

Von der Gegnerschaft zur Konkurrenz: die Entstehung grüner Listen

Als große Teile der Umwelt- und Bürger:inneninitiativbewegung tatsächlich begannen, bei Kommunal- und Landtagswahlen als Listenvereinigung anzutreten, wurden sie zu Konkurrentinnen der SPD, was die gegenseitigen Beziehungen zusätzlich verkomplizierte. Bevor es die Grünen als Partei gab, organisierten sich die Bürger:inneninitiativen in grünen, bunten oder alternativen Listen, erstmals bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen im Juni 1978.[38] Eine wichti-

[33] Scholle, Einführung, S. 117. Zu den einzelnen Initiativen vgl. folgende Beiträge im Sammelband Mauersberger (Hrsg.), Jusos: Amery, In Sachen Jannis; Geyer, Ostertorviertel; Burchardt, Hürdenlauf; Maerker, Wollank; Darnstädt, Sozialismus. Vgl. ferner Seiffert, Marsch, S. 203–207.

[34] Beispielsweise bei einem „Energie-Kongress" der Jusos Frankfurt im Juli 1977. Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 143.

[35] Z. B. bei der zentralen Anti-AKW-Demonstration in Bonn am 14. 10. 1979. Vgl. AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009456, Bernd Schoppe: Vorlage an das SPD-Präsidium über die Anti-AKW-Proteste in Bonn am 15. 10. 1979, 15. 10. 1979, Bl. 1.

[36] Telefoninterview mit Jo Leinen am 28. 8. 2018.

[37] So initiierten beispielsweise die Jusos Münster 1992 ein sogenanntes „Aktionsnetzwerk gegen den Ausbau des Flughafens Münster-Osnabrück" unter Beteiligung verschiedener Umweltverbände. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000142, Pressespiegel der Jusos Münster, 5. 7. 1992.

[38] In Hamburg trat zusätzlich noch eine Bunte Liste an. Vgl. Klein/Falter, Weg, S. 111.

ge Träger:innengruppe dieser grünen Listen waren Mitglieder der undogmatischen Linken, beispielsweise aus der Sponti-Szene oder aus dem Umfeld des Sozialistischen Büros (SB), die sich sowohl von SPD als auch kommunistischen Kräften abgrenzten. Vor allem das SB wies dabei Schnittmengen mit dem antirevisionistischen Flügel bei den Jusos auf.[39]

Eine weitere tragende Säule der grünen Listen waren „klassische" sozialdemokratische Mitglieder oder mit der SPD sympathisierende Kreise. In nicht wenigen Fällen war die Mitarbeit in einer grünen Liste und eine Kandidatur auf ihrem Ticket mit einem Austritt aus der SPD verbunden. Ehemalige Sozialdemokrat:innen leisteten damit doppelte Aufbauhilfe für die grünen Listen: Sie kandidierten gegen die ehemaligen Genossen:innen und sicherten den Listen damit – im Idealfall – politischen Einfluss; gleichzeitig bauten sie das Funktionär:innen-, Mitglieder- und Wähler:innenreservoir der neuen Vereinigungen in erheblichem Maße mit auf.[40] Die Führungsschicht der Grünen hätte ohne ehemalige, enttäuschte Sozialdemokrat:innen keine tragfähige Basis gehabt. Nur einige Beispiele: Carl Amery war 1974 aus der SPD ausgetreten, aus dem Gefühl heraus, dass sich die SPD „selbst meiner entledigt hat, und zwar systematisch".[41] Petra Kelly war der SPD 1972 beigetreten und engagierte sich bei den SPD-nahen Jungen Europäischen Föderalisten, trat auf dem Höhepunkt der innerparteilichen Kernkraftkontroversen 1979 jedoch aus.[42] Auf der unteren Funktionär:innenebene gab es ebenso Übertritte. In Bayern zum Beispiel trat der Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Reinhold Kaub, kurzerhand den Grünen bei und wurde zum neuen grünen Landesgeschäftsführer bestellt, nachdem er in der SPD nicht als Kandidat für die Bundestagswahl nominiert worden war.[43]

Dieses Verhaltensmuster machte bald Schule. Vor allem nach dem Reaktorunfall in Harrisburg 1979 kam es zu vermehrten Kündigungen von Parteimitgliedschaften, verbunden mit der Ankündigung, bei den Grünen mitarbeiten zu wollen.[44] Besonders in Norddeutschland wurden zahlreiche Bürger:inneninitiativen und grüne Listen von teils ehemaligen, teils sogar noch aktiven Sozialdemokrat:innen angeführt und/oder maßgeblich geprägt.[45] In Wilster in der Nähe des geplanten Atomkraftwerks (AKW) Brokdorf arbeiteten sie sogar in der für ihre Radikalität bekannten Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) mit.[46] Nicht nur

[39] Mende, Nicht rechts, S. 483–485; Scholle, Einführung, S. 118.

[40] Richter/Schlieben/Walter, Rot-grünes Projekt, S. 11. Aus zeitgenössischer Sicht vgl. Wettig, Reformen, S. 9, 17.

[41] AdsD, WBA (Willy-Brandt-Archiv), A 11.1, 85, Carl Amery an Willy Brandt, 14. 6. 1979, Bl. 2. Vgl. auch Mende, Nicht rechts, S. 266.

[42] Ebenda, S. 270; AGG, PKA (Petra-Kelly-Archiv), 2552, Petra Kelly an Helmut Schmidt, 17. 2. 1979. Vgl. zur Person Kellys grundlegend Richter, Aktivistin.

[43] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 81, März 1980, Bl. 2. Vgl. auch Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und Protest, S. 320 f.

[44] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 60, April 1979, Bl. 2.

[45] Jansen, Zulauf, S. 355–357.

[46] Vgl. BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Helmut Jacobs an Helmut Schmidt,

die SPD-Basis begann zu schwanken. Jochen Steffen, einstiger Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein, trat 1979 aus der SPD aus und kündigte an, ab sofort grün zu wählen.[47] Zuvor war er durch Publikationen in der Parteizeitschrift der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), einer der Vorläuferorganisationen der Grünen, aufgefallen. Der AUD gehörte mit Wolf-Dieter Hasenclever ein weiterer ehemaliger Genosse an.[48] Unter den zehn Gründungsmitgliedern der von Herbert Gruhl ins Leben gerufenen „Grünen Aktion Zukunft" war ebenfalls ein Sozialdemokrat.[49]

In den SPD-Gremien stieg die Angst, dass die eigene Parteibasis zugunsten der neuen Konkurrenten ausbluten könnte. Einige Bezirke und Landesverbände versuchten daher möglichst genau im Blick zu behalten, wo der drohende Exodus am größten war. Anfang 1978 verschickte der niedersächsische Landesvorsitzende Peter von Oertzen eine Abfrage an alle untergeordneten Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine, wie viele Bürger:inneninitiativen es vor Ort gab, welche Rolle Sozialdemokrat:innen dort spielten und ob diese sich an der Gründung grüner Listen beteiligten.[50] Die Reaktionen waren zahlreich. In beinahe allen Parteigliederungen gab es Bürger:inneninitiativen, in denen SPD-Mitglieder wichtige Funktionen innehatten. Bei diesem Engagement in den Umweltinitiativen handelte es sich jedoch stets um Aktivitäten von Einzelpersonen, nie um eine Teilnahme ganzer SPD-Gliederungen. Seltener partizipierten SPD-Mitglieder zudem an den entstehenden grünen Listen.[51]

Ferner wurde auch mit parteirechtlichen Instrumenten versucht, Druck auf jene auszuüben, die den Grünen Aufbauhilfe leisteten. Nachdem verschiedene grüne Listen im November 1979 den Aufruf zur Gründung einer Gesamtpartei veröffentlichten, reagierte der Bundesvorstand mit dem Verbot der Doppelmitgliedschaft.[52] Er griff damit Praktiken auf, die in den Landesverbänden schon länger

6. 12. 1976, Bl. 1. Jacobs war Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Wilster. Vgl. zur Rolle von Sozialdemokrat:innen bei der Leitung von Bürger:inneninitiativen auch AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA010099, Josef M. Leinen: Bestrebungen zur Gründung einer Ökologieliste, 24. 11. 1977, Bl. 2.

47 AGG, PKA, 3483, Grüne Argumente. Diskussionsbeiträge zu verschiedenen Themen. Jochen Steffen: Das „kleinere Übel" ist das große Übel, Bl. 3. Darin: Abschrift eines Artikels von Jochen Steffen in „das da", Nr. 3/1980.

48 [o. V.], Vom roten Jochen zum grünen Steffen, in: Arbeiterkampf, 10. 12. 1979, S. 7; Mende, Nicht rechts, S. 115, 313; Faulenbach, Jahrzehnt, S. 631 f.

49 Es handelte sich um den Chemieingenieur und Weltraumforscher Heinz Kaminski, der im Juli 1978 aus der SPD ausgetreten war. Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006327, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 30, Juli 1978, Bl. 1; AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006327, Heinz Kaminski an Willy Brandt, 12. 7. 1978. 1982 verließen Gruhl und zahlreiche weitere konservative Mitglieder der Grünen die Partei aus Sorge um eine Vereinnahmung durch linksdogmatische Kräfte. Vgl. u. a. Probst, Grüne (2013), S. 512 f.

50 AdsD, SPD-Bezirk Hannover, Grüne Liste Umweltschutz (GLU), 3/NSAD000312, Peter von Oertzen an alle SPD-Ortsvereine in Niedersachsen, 25. 1. 1978.

51 Beispielhaft aus Lüneburg: AdsD, SPD-Bezirk Hannover, Landtagswahl 1978: Themen Energie und Umwelt und Grüne Listen im Wahlkampf, 3/NSAD000171, Wilfried Pankow an den SPD-Bezirk Hannover, 23. 2. 1978.

52 [o. V.], Doppelmitgliedschaft SPD-„Grüne" verboten, in: Fränkischer Tag, 6. 11. 1979.

zu beobachten waren. Als der Hamburger Sozialdemokrat Holger Strohm 1978 die Bunte Liste im Wahlkampf um die Bürgerschaftswahlen anführte, beschloss der Hamburger Landesvorstand kurzerhand, seine Parteirechte ruhen zu lassen. Wenig später wurde er ganz ausgeschlossen.[53] Ähnliche Streitigkeiten gab es selbst auf Ortsvereinsebene.[54] Derartige scharfe disziplinarische Instrumentarien wurden noch bis in die 1980er-Jahre hinein immer wieder angedroht. Als Mitglieder des Bezirks Niederrhein 1983 einen gewerkschaftlichen Wahlaufruf für die Grünen unterschrieben, vertrat der Bezirksvorstand die Auffassung, „wonach die Unterschriftenleistung für eine andere Partei einem Selbstausschluß aus der SPD gleichkomm[e]". Die Duisburger SPD wollte daher einen Betriebsrat bei Krupp, der seine Unterschrift unter den Aufruf setzte, aus der Partei werfen. Das Parteistatut war in solchen Fragen jedoch nicht eindeutig, weshalb der Bezirksvorstand den Parteivorstand bat, „eine für die Partei einheitliche und verbindliche Entscheidung" in dieser Frage herbeizuführen.[55]

Junger und alter Leichtsinn: die Unterschätzung der frühen Grünen

Diese Unruhe in den Führungsgremien der SPD stand in eigenartigem Kontrast dazu, dass das Wähler:innen- und Mitgliederpotenzial der grünen Listen und der Grünen von großen Teilen der Parteiführung durchgehend unterschätzt wurde. Deutlich wurde dies insbesondere im Umgang mit der demografischen Zusammensetzung der Grünen, die sich Anfang 1980 endgültig als Gesamtpartei konstituiert hatten. Ihre Mitglieder- und auch Wähler:innenschaft wurde überwiegend bei jungen Wähler:innen verortet. Das war nicht falsch, denn die Bürger:inneninitiativen und grünen Listen setzten sich vorwiegend aus der jungen Generation der 18- bis 30-Jährigen zusammen, und die Grünen-Fraktion im Bundestag war später die mit Abstand jüngste. „Postmaterialistische" Anliegen fanden vor allem bei denen Unterstützung, die in den 1960er-Jahren aufgewachsen waren. Besonders unter Studierenden war das Alternativmilieu fest verankert und begann dort sozialdemokratische Strukturen zu verdrängen.[56] Dass sich die Grünen überwiegend aus „[d]iese[n] jungen Menschen" zusammensetzten, wurde in der SPD da-

[53] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006327, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 18, April 1978, Bl. 2.

[54] Im niedersächsischen Stade kandidierten 1978 vier Ortsvereinsmitglieder für die GLU. Der Ortsvereinsvorsitzende Hans-Günther Eidtner sah sich gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten aufgrund des Vorwurfs, nicht deutlich genug gegen diese Mitglieder vorzugehen. Innerhalb des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen bestand keine Einigkeit, ob in diesen Fällen ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet werden sollte. Vgl. AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006327, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 29, Juli 1978, Bl. 2 f.

[55] AdsD, WBA, A 11.5, 33, Heinz Schleußer an Willy Brandt, 18. 4. 1983, Bl. 2. Eine Antwort Brandts ist nicht überliefert. Vgl. ferner AGG, A – Christa Nickels, 694, Zeitung Die Grünen im Revier, [1983], Bl. 1.

[56] Reichardt, Authentizität, S. 46–52, 185; Eley, Democracy, S. 470. Der Altersdurchschnitt der grünen Bundestagsfraktion lag 1987 bei 40,3 Jahren, vgl. Kraatz, Grüne, S. 16*.

her auffällig oft betont, selbst an der Parteibasis.[57] Jedoch darf nicht übersehen werden, dass beispielsweise die Umwelt- und Anti-Atom-Proteste auch generationenübergreifend funktionierten, das Alter also nicht das allein entscheidende Charakteristikum ökologischen Engagements war.[58]

Dass die SPD „kaum noch junge Mitglieder" habe, wurde an der Parteispitze als „besonders schwerwiegend[es]" Problem identifiziert.[59] Doch die falsche Gleichsetzung von Umweltbewegung und politischer Jugendbewegung erschwerte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Anliegen mehr, als dass sie sie erleichterte. Die Gefahr, in eine paternalistische Rhetorik zu verfallen, war groß, der Weg zur Arroganz nicht weit. Die Fixierung auf das Charakteristikum der Jugendlichkeit diente vielen vor allem als Mittel zur „Delegitimierung" der entsprechenden Gruppen.[60] Insbesondere Vertreter:innen traditioneller und konservativer Kreise in der SPD nutzten den jugendlichen Charakter der Bürger:inneninitiativbewegung, um die Ernsthaftigkeit ihrer Anliegen im Vergleich zu den Positionen „erwachsener" Parteien zu relativieren.[61] Ein Beispiel: Als die Grünen 1980 in den baden-württembergischen Landtag einzogen, schlugen große Teile des Parteivorstandes eine denkbar simple Gegenstrategie vor: Man müsse sich wieder intensiver „um die Jungwähler bemühen".[62] Erhard Epplers immer wieder geäußerte Mahnung, dass es mit Blick auf die Grünen nicht „um eine Mode, sondern um Bewußtseinswandel" gehe,[63] war in den Führungsgremien zunächst eine Minderheitenposition. Selbst Willy Brandt sprach noch im Rückblick etwas abwertend von den „unruhigen, auch träumerischen jungen Leute[n]", die die SPD in Richtung Grüne verlassen hätten. Seine Integrationsstrategie gegenüber diesen Teilen der Umweltbewegung rechtfertigte er vielfach damit, dass „innerhalb der SPD ihr Realitätssinn eher geschärft würde als außerhalb".[64]

Nicht nur die Ernsthaftigkeit der Ziele der Umweltbewegung wurde zunächst nicht in voller Gänze erkannt, sondern auch die Schlag- und Bindungskraft ihrer neuen Organisationen. Große Teile der Parteiführung und des traditionellen Flü-

[57] Exemplarisch: AdsD, WBA, A 11.10, 235, Hartmut Wehrt und Volker E. Bender an Holger Börner, Helmut Schmidt, Willy Brandt u. a., 8. 9. 1979, Bl. 5.

[58] Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 326.

[59] Nr. 633. Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, an Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 30. 3. 1982, in: Brandt/Schmidt (Hrsg.), Briefwechsel, S. 890–893, hier: S. 892.

[60] Vgl. mit Bezug auf die ähnliche Haltung gegenüber der alternativen Linken Sedlmaier, radikale Linke, S. 200. Zur seit den 1950er-Jahren gängigen Assoziierung von „Protest" und „Jugend" vgl. allgemein Gassert, Kapitel, S. 92. Vgl. ferner Eley, Democracy, S. 422.

[61] Hansen, Staat, S. 529–532; Tschirschwitz, Kampf, S. 349.

[62] Vgl. die Aussagen Johannes Raus in der anschließenden Parteivorstandssitzung, denen, mit Ausnahme Erhard Epplers und Klaus Matthiesens, niemand widersprach, in AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009492, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, 17. 3. 1980, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 17. 3. 1980, Bl. 5.

[63] Erhard Eppler, Warum denn nicht mit den Grünen? SPD-Präside Erhard Eppler über Steuersenkungen, Protestparteien und die Zukunft der Bonner Koalition, in: SPIEGEL, 7. 8. 1978, S. 21–23, hier: S. 22 f.

[64] Brandt, Erinnerungen, S. 344.

gels bemühten intern eine Delegitimierungsstrategie, die den Parteicharakter der Grünen ostentativ leugnete oder sie als „sogenannte Partei" oder „Gruppierung" verspottete. Für Helmut Schmidt waren die grünen Listen nicht mehr als „Grüppchen, [die] sich […] aus politischem Geltungsbedürfnis" zulasten der SPD profilieren wollten.[65] Egon Bahr äußerte nur kurz nach der Gründung der grünen Bundespartei, dass man sich keine Sorgen um sie machen müsse. Sie würden „zersplittern. Eine große Bedrohung gehe von dieser Gruppierung nicht mehr aus."[66] Dementsprechende Diffamierungen wurden auch öffentlich geäußert. Über den Grünen-Parteitag in Dortmund im Juni 1980 urteilten SPD-Presseorgane: „Die sogenannte Grüne Partei ist bestenfalls ein Protestbündnis für den Augenblick.",[67] und selbst der Parteivorsitzende ließ sich zitieren, dass er „die neuen Gruppierungen für eine […] vorübergehende Erscheinung" halte.[68]

Von grün zu braun: sozialdemokratische Ab- und Ausgrenzungsstrategien

Außerdem reflektierten zunächst nur wenige, inwieweit der Aufstieg der Grünen die Koordinaten des politischen Wettbewerbs grundlegend verschoben hatte. Zeitgenössisch dachten über das gängige Links-rechts-Schema nur wenige hinaus. Dass man es bei den Grünen „strukturell mit einer bürgerlichen Partei zu tun" habe, war ein immer wieder geäußerter Vorbehalt quer durch die Parteiflügel.[69] Darüber hinaus gab es vor allem in der Gründungsphase der neuen Partei noch weitergehendere, diffamierend gemeinte Versuche, die Grünen als „konservativ" oder gar „rechts" abzustempeln – auch dies ist eine Parallele zur Reaktion vor allem älterer Akteur:innen gegenüber der Studierendenbewegung knappe zehn Jahre zuvor.[70] Helmut Schmidt beispielsweise warnte eindringlich davor, sich zu sehr auf die Grünen zuzubewegen, denn das käme einem „sozialdemokratische[n] Opportunismus gegenüber der gegenwärtigen dritten Wiederkehr einer bürgerlich-deutschen Jugendbewegung" gleich.[71] Bisweilen war gar von Überresten einer

[65] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009483, Bandabschrift des Wortbeitrages von Helmut Schmidt auf der Sitzung des SPD-Parteirates am 12. 9. 1978 in Frankfurt, 12. 9. 1978, Bl. 2.

[66] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006321, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am Montag, 23. 6. 1980, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 23. 6. 1980, Bl. 5.

[67] Zit. nach Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 382 f.

[68] Willy Brandt, „Ich lasse mir lieber beide Hände abhacken…", in: STERN, 1. 7. 1982, S. 149 f.

[69] So. z. B. bei Hans Eichel in Eichel/Weist/Rehmann, Gespräch, S. 84.

[70] Koenen, Jahrzehnt, S. 201.

[71] Nr. 652: Helmut Schmidt an Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, Bonn, 11. 11. 1982, in: Brandt/Schmidt (Hrsg.), Briefwechsel, S. 917–923, hier: S. 921. Ähnliche Vorbehalte gegenüber der Umweltbewegung wurden aber auch von exponierten Ökolog:innen in der SPD geäußert, beispielsweise von Hermann Scheer: „Es wird sich auf Vorurteile gestützt, die geradewegs aus der Mottenkiste reaktionärer Agitation gegen Demokratie und Sozialismus stammen könnten[.]" Hermann Scheer, SPD: Grüne Liste Fortschrittskritik? Orientierungslose Intellektuelle und Jugendliche ohne Identifikationspunkt im System der Parteien, in: Vorwärts, 15. 6. 1978, S. 10.

„Blut-und-Boden-Ideologie“[72] bei den grünen „Sozialreaktionären“[73] die Rede; zudem wurde kolportiert, dass sich unter den Grünen auch ehemalige NPD-Anhänger:innen befänden.[74] „Befreundete Kreise“ von Hans-Jürgen Wischnewski und Egon Bahr hatten angesichts dessen „eine Dokumentation über braune personelle und ideologische Elemente bei den ‚Grünen‘, die sich auf Insider-Wissen stützt, […] vorbereitet“.[75] Offenbar fanden sie gewisse Ansatzpunkte, die jedoch nicht allzu überzeugend wirkten. Die SPD-Parteipresse zitierte zwar genüsslich Aussagen Olaf Dinnés, einer der ersten grünen Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft und früher selbst Genosse, „daß diejenigen, die sich zu Anfang des Dritten Reiches aus Idealismus engagierten, heute im Kampf gegen die Kernenergie nicht die schlechtesten sind“.[76] In Bezug auf konkrete politische Positionen waren die Rechtskonservatismus-Vorwürfe jedoch vergleichsweise harmlos. So sei die Nähe der Grünen zu Positionen der Unionsparteien unverkennbar, beispielsweise bei der Forderung nach Wiedereinführung von Zwergschulen oder Kürzungen im Sozialbereich.[77]

Der Kontext der ersten Bundestagswahl mit grüner Konkurrenz hatte diese Strategie nichtsdestotrotz enorm begünstigt. Der Wahlkampf 1980 wurde von der Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß dominiert.[78] Eckart Conzes These, dass es eine informelle Zusammenarbeit zwischen SPD, Grünen und FDP zur Verhinderung Strauß’ und damit „[l]ange vor 1998 […] eine erste rot-grüne Koalition“ gegeben habe,[79] ist falsch. In der öffentlichen Auseinandersetzung wurde vielmehr alles, was der SPD nicht freundlich gesinnt war, von dieser als „Helfershelfer“ der Unionsparteien diffamiert: „Wir müssen nachdrücklich die Bürger davor warnen, durch Stimmangabe für Grüne und Alternative Listen […] Herrn Strauss [sic!] Brücken zu bauen.“[80] Dass jener öffentlich verlautbart hatte, „daß mit dem Zustandekommen dieser Gemeinschaft die Vierte Partei entstanden sei, die er immer angestrebt habe, um das Parteiengefüge unseres Landes zu verän-

[72] [o. V.], „Ideologie reicht von Blut-und-Boden-Ideologie bis zu Chaoten“. Rainer Offergeld (SPD) rüffelt Eppler wegen dessen Ansicht, Grüne Listen könnten Koalitionspartner sein / Schmidt gelobt, in: Frankfurter Rundschau, 27. 8. 1978. Zur Verbindung von Naturschutz und Nationalsozialismus vgl. Radkau/Uekötter, Naturschutz.

[73] Stocker, Erhard Eppler, S. 135.

[74] Vorstand der SPD (Hrsg.), Grün, S. 20.

[75] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 82, April 1980, Bl. 2.

[76] [o. V.], Grüne, S. 9–12, Zitat S. 9. Zur SPD-Mitgliedschaft Dinnés vgl. Mende, Nicht rechts, S. 430.

[77] Hans Wallow, Kreativität als Clownerie, in: Die Zeit, 6. 8. 1982. Ähnlich: Johannes Rau, o. T., in: Wetzlarer Neue Zeitung, 2. 6. 1982.

[78] Woyke, Helmut Schmidt, S. 69.

[79] Vgl. Conze, Suche, S. 498.

[80] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA010709, Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 5. 10. 1979 in Bonn, 5. 10. 1979, Bl. 2.

dern", wurde im Parteivorstand äußerst aufmerksam rezipiert.[81] Der SPD-Wahlkampf folgte daher der Parole „Wer ‚grün' wählt, wird sich schwarz ärgern."[82]

Informell lancierte Vorschläge aus dem Umfeld der Grünen, diesen mittels eines Huckepack-Verfahrens auf den Landeslisten der SPD in den Bundestag zu verhelfen, wurden brüsk abgelehnt. Wolfgang Harich hatte dies gegenüber Willy Brandt angeregt, dieser ließ ihn jedoch nur wissen, dass es „illusionär [sei], Vertreter der Grünen über die Landeslisten der SPD in den Bundestag zu bringen".[83] Derartige oder ähnliche Ideen kursierten im Laufe des Jahres 1980 immer wieder und wurden genauso regelmäßig zurückgewiesen. Im April hatte sogar der Bundesvorstand der Grünen ein öffentliches Angebot unterbreitet, in drei sicheren SPD-Wahlkreisen das Direktmandat sofort aufzugeben, damit im Gegenzug die Zweitstimmen von der SPD an die Grünen abgetreten werden können. Der SPD-Parteivorstand ging darauf nicht ein.[84] Im Sommer 1980 kam es dennoch zu einem Treffen von Helmut Gollwitzer, Wolfgang Harich und anderen mit Willy Brandt, bei dem sie ihn erneut „beknieten, man möge doch entweder die 5%-Klausel abschaffen, oder aber den Grünen ein paar sichere Mandate verschaffen, um so zu verhindern, daß die […] grünen Stimmen auf Strauß verteilt werden". Brandt hatte jedoch nach „mehrstündiger Diskussion" abgelehnt.[85]

1980 gelang es noch, die Grünen aus dem Bundestag zu halten. Ihr Einzug in die Landtage, 1983 schließlich auch in den Bundestag, war mit dieser Ausgrenzungsstrategie letztlich nicht zu verhindern. Gegenüber den Grünen-Fraktionen in den Landtagen kam es dementsprechend zu zahlreichen Versuchen, ihnen immerhin die parlamentarische Arbeit so weit wie möglich zu erschweren. Besonders die Bremer SPD bemühte sich eifrig darum. In Bremen war 1979 mit der „Bremer Grünen Liste" erstmals eine grüne Partei in einen Landtag eingezogen – unter Beteiligung von 27 ehemaligen SPD-Mitgliedern, die die Liste mit aufbauten.[86] Für die Grüne Liste zogen vier Abgeordnete in die Bürgerschaft ein, was laut Geschäftsordnung nicht ausreichte, um eine eigene Fraktion zu bilden. Der SPD-Bürgermeister Hans Koschnick und der Landesvorstand sprachen sich dafür aus, ihnen den Fraktionsstatus zuzugestehen, um den Grünen nicht das Argument zu liefern, von einer Mehrheit unterdrückt zu werden. Der Landesparteitag hatte je-

[81] Vgl. die Aussagen Willy Brandts in AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009491, Bericht über die Arbeit des SPD-Parteivorstandes, 2. 12. 1979, Bl. 1.

[82] AdsD, WBA, A 11.1, 85, Pressemitteilung Willy Brandts, 1. 7. 1979, Bl. 3.

[83] AdsD, WBA, A 11.1, 103, Willy Brandt an Wolfgang Harich, 22. 4. 1980, Bl. 1. Harich hatte Brandt gegenüber die Ansicht geäußert, dass sich das Misstrauen zwischen SPD und Grünen „nur überwinden lassen [werde], wenn der Verzicht der Grünen Partei auf eine eigene Kandidatur honoriert wird mit grünen Huckepack-Kandidaturen auf chancenreichen Plätzen der sozialdemokratischen und liberalen Landeslisten. […] Nur so wäre die mögliche Kanzlerschaft Strauß mit Sicherheit auszuschließen." Vgl. AdsD, WBA, 103, A 11.1, 103, Wolfgang Harich an Willy Brandt, 28. 3. 1980, Bl. 7.

[84] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006302, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 82, 19. 4. 1980, Bl. 2.

[85] AGG, C – BaWü I.1 LaVo/LGSt, 172, Hermann Benz an Erhard Eppler, 25. 6. 1980, Bl. 3.

[86] Faulenbach, Jahrzehnt, S. 658.

doch mit knapper Mehrheit gegen den Vorschlag gestimmt, um „keine ‚Manipulation zugunsten einer Splittergruppe' zuzulassen".[87] Zudem lancierten SPD-Kreise das Gerücht, dass Rudi Dutschke Geschäftsführer der Bremer Grünen werden sollte, sollte ihnen der Fraktionsstatus gewährt werden.[88]

Nicht einmal die Bundestagsfraktion war vor derartigen Obstruktionsversuchen gefeit. Bereits in den letzten Monaten der sozial-liberalen Koalition wurde gemunkelt, Teile der Fraktion wollten die Einführung des Mehrheitswahlrechts vorschlagen, um die neuen Konkurrentinnen dauerhaft aus dem Parlament zu halten.[89] Als die Grünen 1983 den Sprung über die Fünfprozenthürde schafften, war das Verhältnis zwischen beiden Fraktionen zunächst kühl. 1984 beklagte sich die Fraktionssprecherin der Grünen, Annemarie Borgmann, bitterlich über „[u]nsere Erfahrungen mit der SPD". Zwar hätte es einige erfolgreiche Kooperationsversuche gegeben, so beantragte die SPD-Fraktion auf Initiative der Grünen eine Enquete-Kommission zur Gentechnik. Auf der anderen Seite verhindere die SPD-Fraktion aber die Wahl einer grünen Parlamentsvizepräsidentin. In vielen Fällen unterstütze die SPD Rederechtsentzüge für grüne Abgeordnete. Der mit den Grünen sympathisierende Flügel in der Fraktion sei klein und ohne Einfluss. Dies bewog die Fraktionssprecherin zu der bitteren Erkenntnis: „Im parlamentarischen Alltag dominiert nach wie vor die Solidarität der Herren an den Fleischtöpfen."[90]

Liberalisierung und Normalisierung seit Mitte der 1980er-Jahre

Mit den Grünen in den Parlamenten zu konkurrieren, wurde jedoch bald zur alltäglichen Realität. Dementsprechend normalisierte sich seit etwa Mitte der 1980er-Jahre auch das Verhältnis der SPD zu deren zivilgesellschaftlichen Vorfeldorganisationen, den Bürger:inneninitiativen und Umweltverbänden. Insbesondere Letztere waren als umweltpolitische *pressure group* zunehmend anerkannt, gleichzeitig dienten die intensivierten Kontakte dazu, den Profilierungsversuchen der SPD als Partei der „ökologischen Modernisierung" Glaubwürdigkeit zu verleihen. Vor allem die

[87] Zit. nach [o. V.], SPD will keine „grüne" Fraktion, in: Fränkische Rundschau, 29. 10. 1979; AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 73, Oktober 1979, Bl. 1.

[88] Vgl. AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 74, Oktober 1979, Bl. 1.

[89] Willy Brandt, „Ich lasse mir lieber beide Hände abhacken …", in: STERN, 1. 7. 1982, S. 149 f. Brandt lehnte diese Pläne ab.

[90] AGG, B.II.1, 183, Berichtsteil „Unsere Erfahrungen mit der SPD" von Annemarie Borgmann, Fraktionssprecherin, zum 2. Rechenschaftsbericht der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, 30. 11. 1984, Bl. 4, 6, 9. Zitat Bl. 6. Zu den Behauptungskämpfen der ersten grünen Bundestagsfraktion gegen die „Altparteien" vgl. auch Peters, Parlamentarischer Arm, S. 77. Laut Hans Apel habe sich die SPD-Fraktion zunächst für die Wahl einer zusätzlichen Bundestagsvizepräsidentin eingesetzt, was aber gegen die Unionsfraktion nicht durchsetzbar war. Danach blockierte die SPD-Fraktion die Wahl einer Grünen, um den eigenen Posten nicht zu gefährden. Vgl. Apel, Abstieg, S. 247.

Bundestagsfraktion trieb diese Annäherung an, beispielsweise durch die regelmäßig – bereits seit Mitte der 1970er-Jahre – erhobene Forderung nach der Einführung eines Verbandsklagerechts.[91] Dies spiegelte wider, dass ihr umweltpolitischer Arbeitsbereich verstärkt direkte Kontakte zu den Verbänden unterhielt, insbesondere zu den gemäßigteren.[92] Bereits im Dezember 1984 und fortlaufend in den Folgejahren bemühte sie die Fraktion, auf Empfehlung der Ökologiekommission beim Parteivorstand, um eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes zugunsten der Verbandsklage, jedoch ohne Erfolg.[93] Wo möglich, setzten SPD-Regierungen die Einführung ähnlicher Regelungen auf Landesebene sowie verschiedene Fördermaßnahmen für Umweltverbände durch.[94] Zahlreiche umweltpolitische Fachpolitiker:innen waren den Umweltverbänden durch Mitgliedschaften verbunden, so beispielsweise Liesel Hartenstein und Monika Ganseforth dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).[95]

Diese Neupositionierung der Fraktion sowie einzelne personelle Überschneidungen beeinflussten die Haltung der Gesamtpartei. 1985 wurde die deutsche Sektion von Greenpeace mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ausgezeichnet.[96] Im Folgejahr entsandte die SPD Vertreter:innen zum Ersten Deutschen Umwelttag nach Würzburg.[97] Im eigenen SPD-Mitgliedermagazin wurde zu Spenden für die Anti-WAA-Bürger:inneninitiativen in Wackersdorf aufgerufen, ein offener Brief der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" an die Bundesregierung durch eine ganzseitige Anzeige in der „Süddeutschen Zeitung" unterstützt.[98] Insbesondere die schleswig-holsteinische SPD setzte sich wiederholt für eine bessere finanzielle Unterstützung der Umweltverbände ein. Die Beziehungen waren offenbar so eng, dass der BUND 1984 bei Landesverband und Fraktion anfragen ließ, „ob nicht in Ihrer Partei hauptamtliche Arbeitsmöglichkeiten für

[91] Vgl. die Ausführungen Harald B. Schäfers in Fraktionssitzung, SPD, 20. 01. 1976, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1976-01-20-t1509_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[92] Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz am 22. 1. 1985, 22. 1. 1985, Bl. 2. Die Mitglieder einigten sich darauf, den Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche, das Öko-Institut und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher zu besuchen.

[93] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 220; AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Schlußbericht der Untergruppe „Umweltschutz und Recht", 21. 2. 1986, Bl. 5. Die Verbandsklage wurde 2002 im Rahmen des neuen Bundesnaturschutzgesetzes von der rot-grünen Koalition eingeführt, vgl. Mez, Ökologische Modernisierung, S. 347 f.

[94] Beispielsweise 1993/94 in Niedersachsen, vgl. Griefahn, Lied, S. 126.

[95] [o. V.], Hartenstein, S. 308; [o. V.], Ganseforth, S. 242.

[96] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 264.

[97] Ebenda, S. 376.

[98] Vgl. den Hinweis auf mehrere Spendenaufrufe im „Sozialdemokrat Magazin" in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 86/87, S. 450; AdsD, Schäfer, Harald B., 275, Anzeige in der „Süddeutschen Zeitung" vom 28. 4. 1989 unter Bezug auf eine Anzeige der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" in der „Süddeutschen Zeitung" vom 28. 4. 1989.

qualifizierte Natur- und Umweltschützer bestehen".[99] Beim Öko-Institut wurden wiederholt Gutachten eingeholt, um den Ausstiegskurs in der Kernenergiepolitik wissenschaftlich zu untermauern.[100] Besonders auf lokaler Ebene waren die Kontakte zu Bürger:inneninitiativen bisweilen eng, so griff beispielsweise die Braunschweiger SPD der „AG Schacht Konrad" beim Einsammeln von Einwendungen gegen das dortige Endlager kräftig unter die Arme.[101]

Dieser gegenseitige Annäherungsprozess beschleunigte sich in den 1990er-Jahren weiter. Vertreter des BUND nahmen regelmäßig an SPD-Veranstaltungen teil, beispielsweise an den Konferenzen der SPD-Verkehrskampagne (vgl. Kap. VI.1.).[102] Mit Monika Griefahn wurde 1990 eine Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland niedersächsische Umweltministerin. 1992 trat sie der SPD bei und pflegte seitdem enge Kontakte zu verschiedenen Umweltverbänden. Sie stellte Funktionsträger:innen des BUND im Ministerium ein, ihre persönliche Referentin kam beispielsweise aus dem Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz.[103] Griefahn sowie Harald B. Schäfer, ihr Amtskollege in Baden-Württemberg, luden immer wieder zu Gesprächsrunden mit den Verbänden ein.[104] Als die baden-württembergische Landesregierung 1994 ein neues Landesabfallgesetz erarbeitete, geschah dies in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bürger:inneninitiativen und Umweltverbänden.[105]

[99] AdsD, LV Schleswig-Holstein, 1616, G. Hartmann an Günther Jansen und Björn Engholm, 13. 2. 1984, Bl. 2. Es ist keine Antwort an Hartmann überliefert.

[100] So beispielsweise 1986 durch die schleswig-holsteinische SPD. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 131, 144, die von den Grünen tolerierte SPD Minderheitsregierung in Hessen, vgl. AdsD, LTF Hessen, Verhandlungen SPD-Grüne, Ergebnisse der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen in Hessen, 15. 4. 1984, Bl. 55 sowie die niedersächsische SPD-Regierung 1992, vgl. Griefahn, Lied, S. 73. Die SPD-Vertreter:innen in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" bezogen sich ebenso regelmäßig auf Gutachten des Öko-Instituts. Vgl. z. B. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie, Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000446, Wege zu einer klimaverträglichen Energiepolitik. Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Klima" der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre", November 1994, Bl. 58.

[101] AdsD, SPD-Bezirk Braunschweig, Energiekonsensgespräche/Atomausstieg insbes. Atommüllendlager Schacht Konrad/Castortransporte: u. a. Korrespondenz, Anträge, Materialien, 3/NSAC000701, Gerhard Glogowski und Rolf-Dieter Backhauß an alle Ortsvereine im Bezirk Braunschweig, o. D. [1991]. Darin wurden sämtliche Ortsvereine darum gebeten, Unterschriften zu sammeln und sie an das Unterbezirksbüro zurückzuschicken.

[102] Zur Teilnahme an Veranstaltungen der SPD-Verkehrskampagne vgl. das Forum „Steuern und Umwelt" am 4. 11. 1992 in Bonn, Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 117. Ebenso war der BUND im April 1994 beim „Kommunalen Energieforum" der baden-württembergischen Landtagsfraktion in Heidelberg vertreten, vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 224.

[103] Telefoninterview mit Monika Griefahn am 21. 12. 2018.

[104] Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[105] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 222. Schäfer baute dabei auf Kontakten zu den Verbänden auf, die er bereits vor seinem Eintritt in die Landesregierung gepflegt hatte. Als er noch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag war, traf er sich beispielsweise im Juli 1990 mit dem BUND,

Kooperationen waren auch auf Bundesebene zu beobachten: Oskar Lafontaine lud Delegationen der Umweltverbände mehrfach zu vertraulichen Gesprächen in die Parteizentrale im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus ein; in den Bundestagsausschüssen wurden SPD-Positionen immer häufiger von ehemals „alternativen" Forschungseinrichtungen wie dem Öko-Institut vertreten.[106] Mit der Gründung des „SPD-Umweltforums" 1996 wurden diese vor allem von Einzelpersonen gepflegten Beziehungen zu den Umweltverbänden verstetigt und institutionalisiert. Das Forum sollte ein regelmäßiges Diskussionsformat zwischen Parteivertreter:innen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Wirtschaftsvertreter:innen, Wissenschaftler:innen und auch Vertreter:innen der Umweltverbände darstellen. Das AgrarBündnis, der BUND, der Deutsche Naturschutzring, Eurosolar, das European Network for Ecological Reflection and Action (ECOROPA), German Watch, Greenpeace, die Naturfreunde, der Naturschutzbund und der World Wide Fund For Nature (WWF) erhielten je einen festen Platz im Umweltforum. Treibende Kraft hinter diesem Format war Hermann Scheer, der als Präsident von Eurosolar selbst Erfahrung als Verbandsfunktionär besaß.[107]

Dennoch: SPD-Kontakte zu und personelle Überschneidungen mit den Umweltverbänden waren bei Weitem nie so eng wie im Vergleich zu den Gewerkschaften. Abgesehen vom (doch eher lose strukturierten, vgl. dazu Kap. V.2.) Umweltforum gab es keine ständige institutionelle Anbindung der Verbände an die außerparlamentarische Parteiorganisation. Es war kein Zufall, dass bestehende Kontakte oftmals von Bundestagsabgeordneten gepflegt wurden und weniger vom Parteivorstand. Zwischen den umwelt- und klimapolitischen Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion und den Umweltverbänden bestand ein loser, aber regelmäßiger Austausch auf Arbeitsebene. Dies galt besonders für die Fraktionsarbeitsgruppen, die zeitgleich in Enquete-Kommissionen mitarbeiteten und die Expertise der Verbände schlicht und ergreifend für die eigene Arbeit nutzten.[108] Sie an den

dem BBU, dem Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV), dem Deutschen Naturschutzring (DNR), den Naturfreunden, Robin Wood und dem WWF zu einem Meinungsaustausch. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. 66.

106 Vgl. die Einladung Oskar Lafontaines an den BUND und den Bundesverband Junger Unternehmer in AdsD, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, Veranstaltungen, Besuche, Reisen, 2/PVDE000417, Oskar Lafontaine an Angelika Zahrnt und Thomas Suwelack, 8. 9. 1993, Bl. 1. Im Juni 1997 fand ein weiteres Gespräch Lafontaines mit dem DNR, dem NABU und dem BUND statt. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, Veranstaltungen, Besuche, Reisen, 2/PVDE000496, Vermerk Dietmar Horns für Oskar Lafontaine, 26. 6. 1997. Im Oktober 1997 hatte die SPD-Bundestagsfraktion Lothar Hahn vom Öko-Institut in Darmstadt als Sachverständigen für die Anhörung im Umweltausschuss zur Novelle des Atomgesetzes benannt, vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Energie, 29727, Vermerk Gert von der Groebens zur Anhörung im Umweltausschuß zur Novelle des Atomgesetzes am 29. 10. 1997, 24. 10. 1997, Bl. 1.

107 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1997/1998, S. 75 f.; AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000224, Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes, 12. 2. 1996, Bl. 4.

108 Vgl. beispielsweise die Vorschläge innerhalb der Arbeitsgruppe Klima der Bundestagsfraktion im März 1993, zu welchen Verbänden Kontakte aufgebaut und gehalten werden sollten. Die Liste potentieller Partner:innen enthielt 16 Adressen und umfasste auch vergleichsweise

Kommissionsberatungen zu beteiligen, erfüllte zudem den strategischen Zweck, „noch mehr Druck auf die Enquete-Kommission" und besonders auf die dort vertretenen Mitglieder der Unionsfraktion ausüben zu können.[109]

SPD und Umweltbewegung: Geschichte einer gebremsten Annäherung

In der Summe zeigt sich: Zunächst bestanden erhebliche Spannungen zwischen den Organisationsformen der Umweltbewegung und der parteiorientierten Arbeitsweise der SPD. Letztere war vorrangig auf den Wähler:innenwettbewerb und die parlamentarische Arbeit ausgerichtet, weshalb die zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen von vielen regierungsnahen Sozialdemokrat:innen ab dem Zeitpunkt als Konkurrenz aufgefasst wurden, als sich die Gründung grüner Listen anbahnte. Dementsprechend hart wurde die Auseinandersetzung mit den frühen Grünen ausgetragen. Die personellen Überschneidungen vor allem in der Basis der SPD mit den zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen führten jedoch zu regelmäßigem Austausch, im Zuge dessen sich das gegenseitige Verhältnis ab etwa Mitte der 1980er-Jahre entspannte. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie politisches Engagement zu organisieren und strukturieren sei, blieben aber ein markantes Charakteristikum der gegenseitigen Beziehungen. Das Verhältnis der SPD zu den Bürger:inneninitiativen und neuen sozialen Bewegungen wurde deswegen schon zeitgenössisch in treffender Weise als „begrenzte Offenheit" beschrieben.[110]

Dies hing auch damit zusammen, welchen Stellenwert die SPD zivilgesellschaftlichem Engagement als solchem zuschrieb, das sich ständig auf der Schwelle zwischen Privatheit und Politik bewegte. Dass sich die Umweltbewegung ihre Organisationen jenseits der parteipolitischen und staatlichen Strukturen schuf und politisches Engagement vornehmlich als „soziokulturelle[] Lebenspraxis" verstand,[111] war eine Entscheidung, der die SPD als Partei vergleichsweise wenig entgegensetzten konnte. Zwar forderten Exponenten des „Ökosozialismus" regelmäßig, „weniger Erwartungen in die Veränderungskraft [großer] ‚klassischer' Strategien kollektiven, organisierten und repräsentativen Handelns" zu setzen und stattdessen die eigenen „Lebens- und Arbeitsformen" zur Realisierung des ökosozialistischen Prinzips zu nutzen.[112] Damit konnten sie aber keine Mehrheit in der Partei überzeugen. Die Emotionalisierung politischen Handelns und die damit verbundene Politisierung

„alternativere" Verbände wie Greenpeace, Robin Wood oder den BBU. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima"), Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion am 23. 3. 1993, 24. 3. 1993, Anlage 1.

109 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima"), 25550, Protokoll der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion am 3. 9. 1992, 7. 9. 1992, Bl. 2.

110 Vgl. von Oppeln, Linke, S. 20 f.

111 Reichardt, Authentizität, S. 15. Vgl. ferner Engels, Naturpolitik, S. 382–384.

112 Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 52.

des eigenen Lebensalltags interpretierten viele Sozialdemokrat:innen in einer binären Logik, die der Wirklichkeit nicht entsprach,[113] als Rückzug von der Politik. Dies kam im politischen Selbstverständnis vieler traditioneller Sozialdemokrat:innen, besonders in der Parteiführung, einer „weltfremde[n] […] Weltflucht" gleich.[114] Das bis weit in die 1980er-Jahre hinein gespannte Verhältnis zu den zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen profitierte daher enorm davon, dass sich im Laufe der Zeit „[d]ie lebensweltlichen Trennlinien [der Grünen] zu alternativen, gar autonomen Gruppen" vergrößerten und in Hinblick auf die Organisationskultur der SPD verringerten.[115] Die Umweltorganisationen hatten immer mehr an konfliktorientierten, teils radikalen Bewegungscharakter eingebüßt, was die Chancen für eine Zusammenarbeit mit der SPD deutlich verbesserte. Die Wunde, die die grüne Parteigründung in das Selbstverständnis der SPD als linke Volkspartei riss, konnte dennoch nie vollständig geheilt werden.

2. Sozialdemokratischer Parteitag statt grüner Protestkultur: die Haltung der SPD zu außerparlamentarischem Engagement

Ökologische Performanz als Gewaltakt? Die SPD und die Protestbewegung

Jenseits der unterschiedlichen Ansichten darüber, wie und gegen wen politisches Engagement *organisiert* werden sollte, spielten erhebliche Unterschiede im jeweiligen Selbstverständnis darüber, wie man Politik am besten *praktiziert*, eine entscheidende Rolle für die gespannte Beziehung der Sozialdemokratie zur Umweltbewegung. Die nonverbale und performative Ebene ökologischer Politik forderte das klassische sozialdemokratische Politikmodell grundlegend heraus.[116] Sie umfasste direkte Aktionen und unmittelbare Einflussnahmen auf politische Handlungen, beispielsweise durch Demonstrationen, zivilen Ungehorsam oder die Blockade von Bauplätzen – Bewegungsformen, die zu großen Teilen bereits in der

[113] So betont beispielsweise Bernhard Gotto die Bedeutung emotional und außerparlamentarisch geprägten politischen Engagements für die westdeutsche Demokratie. Im Zeitverlauf zeigte sich, dass dieses nicht nur gegen das Repräsentativsystem gerichtet war, sondern bald einen berechtigten Platz in ihm gefunden und es letztlich stabilisiert hat. Vgl. Gotto, Enttäuschung (2014), S. 33. Ähnlich, mit Bezug auf die Proteste gegen das Atomkraftwerksprojekt in Wyhl bei Milder, Protest, S. 145–149.

[114] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA010709, Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 5. 10. 1979 in Bonn, 5. 10. 1979, Bl. 2. Das Zitat entstammt dem Bericht Willy Brandts zur aktuellen politischen Lage.

[115] [o. V.], Als Bürgerschreck ungeeignet. Dokumentation einer aktuellen Analyse der Grünen, die im Auftrag der SPD gefertigt wurde und dem SPD-Parteivorstand vorlag, in: die tageszeitung, 5. 10. 1988, S. 10.

[116] Vgl. Geiger/Hansen, Protest, S. 307.

Studierenden- und 68er-Bewegung entwickelt worden waren und nun von Bürger:inneninitiativen fortgeführt wurden.[117] Die vielfache konstatierte Krise der Demokratie seit den 1970er-Jahren wird zu großen Teilen synonym zu einer vermeintlichen Krise der Repräsentation verwendet[118] und die Entstehung der Umweltbewegung bisweilen in diesen demokratiegeschichtlichen Kontext eingebettet.

Angesichts dessen sprechen Vertreter:innen der jüngeren Forschung zur Umweltbewegung wie beispielsweise Stephen Milder von einem „greening of democracy".[119] Doch ist diese Dichotomie zwischen institutioneller Repräsentation und partizipativer Selbstermächtigung gerechtfertigt? Mit Blick auf den Umgang der SPD mit Protesten und außerparlamentarischen Demonstrationen soll gezeigt werden, dass die Grenzen vorhanden, aber oftmals fließend waren. So gab es Teile der Sozialdemokratie, die sich performative Elemente der „Bewegungspolitik" aneigneten. Gleichzeitig bildete die Handlungsebene alternativ-ökologischer Politik nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch auf politisch-kultureller Ebene eine Trennlinie zum sozialdemokratischen *mainstream*.

Protest und politische Aktionsformen außerhalb von Partei und Parlament hatten in der Sozialdemokratie durchaus eine gewisse Geschichte. Sie gehörten bereits seit dem Kaiserreich zum Traditionskern von SPD und Gewerkschaften. Charakteristisch für sie war jedoch, dass sie in der Regel von oben nach unten durchorganisiert waren und dementsprechend geordnet abliefen. Der Protest war in diesen Fällen vor allem eine die parlamentarische Tätigkeit flankierende Form der Artikulation, die sich weniger als politisches Handeln an sich verstand. Von dieser Haltung waren auch die beiden Friedensbewegungen der 1950er-Jahre – gegen die Wiederbewaffnung und gegen einen drohenden Atomkrieg – geprägt, die maßgeblich von SPD und Gewerkschaften getragen wurden.[120] Die organisatorische Einhegung dieser Protestformen spiegelt die seit Langem vergleichsweise konservative organisationspolitische Tradition der Sozialdemokratie wider, die stark an den Funktionsmechanismen der parlamentarischen Demokratie ausgerichtet war: Erst erfolgte die innerparteiliche Meinungsbildung im größtmöglichen Konsens, im Anschluss daran der im besten Falle faire Wettstreit der Positionen in den Parlamenten. Die Arbeiterbewegung, für die ihre Organisiertheit als ihr größter Trumpf galt, hatte sich dementsprechend nie in großer Breite mit der Studierendenbewegung oder den neuen sozialen Bewegungen verbunden, mit Ausnahme der späteren Friedensbewegung.[121]

Die Lage Mitte der 1970er-Jahre war in einer zentralen Hinsicht neu: Vor allem junge und „einfache" SPD-Mitglieder waren nicht mehr besonders stark im Umfeld der „alten" Arbeiterbewegung sozialisiert worden; die politische Jugend, die die Anti-AKW-Proteste trug, erst recht nicht.[122] Die steigende Protestbereitschaft

[117] Gassert, Gesellschaft, S. 26, 132–135, 137 f.; Seiffert, Marsch, S. 202 f.
[118] Vgl. diesen analytischen Befund bei Linden/Thaa, Krise, S. 12.
[119] Milder, Greening Democracy, insb. S. 6, 242.
[120] Gassert, Kapitel, S. 89–92.
[121] Roth/Rucht, Einleitung, S. 31.
[122] Gassert, Kapitel, S. 94 f.

der Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 1970er-Jahre manifestierte sich außerhalb der etablierten Organisationen und in erster Linie in den teils gewaltsamen Demonstrationen in Brokdorf[123] und Gorleben,[124] womit der Umweltprotest eine ganz neue Qualität erfuhr.[125] Diese Protesterlebnisse waren nicht nur eine spezielle Form der politischen Meinungsäußerung, sondern wurden als ganz neue Partizipationsformen wahrgenommen, die eine Alternative zu den langwierigen und hierarchischen Entscheidungsprozessen innerhalb von Parteien darstellten. Sie waren dezentral und lokal organisiert und durch lockere Netzwerke und Bündnisse zusammengehalten, nicht durch ein steuerndes Zentrum. Sie fanden deswegen vor allem bei jungen Mitgliedern in der SPD rasch Unterstützung.

Die vorwiegend älteren Gegner:innen dieser Protestpolitik in der SPD beäugten hingegen nicht nur die Ziele der Protestbewegung kritisch, sondern auch ihre Ausdrucksformen. Ganz konkret wurde die Gewaltfreiheit dieser neuen Partizipationsformate in Zweifel gezogen. Parteiführung und Bundesregierung begrüßten die Forderungen nach verstärkter Bürger:innenbeteiligung grundsätzlich, zogen anhand des Kriteriums der Gewaltanwendung aber eine scharfe Grenze zu den vermeintlichen „kommunistischen Gruppen verschiedenster Art, […] Chaoten und Rechtsradikalen“[126], gar „terroristischen Gruppen und militante[n] Feinde[n] unserer Verfassung“.[127] Wo genau die Scheidelinie zwischen legitimem und illegitimem Protest zu ziehen sei, war innerparteilich jedoch höchst umstritten, wie übrigens auch in der Umweltbewegung.[128] Ein absoluter Minimalkonsens innerhalb der SPD bestand, zumindest auf rhetorischer Ebene, darin, dass die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele grundsätzlich abgelehnt wurde. Dem konnten auch Parteimitglieder zustimmen, die eine Nähe zur grün-alternativen Bewegung zeigten, wie beispielsweise Peter von Oertzen oder Jo Leinen.[129] Was genau als „Gewalt“ zu verstehen sei, blieb jedoch unklar. Bedeutete „Gewalt“ nur die Anwendung physischen Zwangs, oder fielen darunter auch ziviler Ungehorsam, also illegale, aber friedliche Protestaktionen?[130]

123 Zu den Protesten in Brokdorf vgl. u. a. Pettenkofer, Entstehung, S. 175–184, 209–227, 247–265.

124 Ebenda, S. 247–265.

125 Vgl. u. a. Tompkins, Active, S. 18–20; Uekötter, Deutschland, S. 129. Einen „Bruch“ in der Protestgeschichte eher relativierend und „graduelle[] Veränderungen“ betonend: ders., Erfolglosigkeit, S. 122.

126 Erklärung des SPD-Präsidiums zu den geplanten Protesten gegen das Atomkraftwerk Brokdorf, 15. 2. 1977, in: Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 115.

127 Erklärung der Bundesregierung zur Errichtung von Kernkraftwerken vom 4. 2. 1977, in: Bulletin, 8. 2. 1977, S. 90 f., hier: S. 90. Dass die militanten Anti-AKW-Aktivist:innen in die Nähe des Terrorismus gerückt wurden, hing mit der zeitlichen Nähe zum Deutschen Herbst zusammen. Vgl. Pettenkofer, Entstehung, S. 207 f. Zur Beteiligung kommunistischer Gruppen, beispielsweise des Kommunistischen Bundes (KB), an den Anti-Atom-Protesten vgl. Koenen, Jahrzehnt, S. 308.

128 Tompkins, Active, S. 150–158, 240; Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam, S. 86 f.

129 Kufferath, Peter von Oertzen, S. 553 f.; Leinen, Ziviler Ungehorsam, S. 24–27.

130 Vgl. dazu Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam, S. 85 f.; Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 23 f. Diese Frage war auch bei den Grünen umstritten, vgl. mit Bezug auf die Diskussionen in der Bundestagsfraktion Kraatz, Einleitung, S. 31* f.

Aus solch theoretischen Überlegungen wurden in der Zeit der Auseinandersetzungen um die Kernenergie sehr schnell praktische. Als im Februar 1977 neue Proteste gegen das AKW in Brokdorf bevorstanden, zeichnete sich ab, dass eine vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) angemeldete Demonstration die „öffentliche Ordnung oder Sicherheit unmittelbar" gefährden könne. Das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums rechnete mit 5000 gewaltbereiten Demonstrierenden. Schließlich wurde die Veranstaltung vom Kreis Itzehoe verboten.[131] Dass sich Sozialdemokrat:innen an militanten Aktionen wie in Brokdorf nicht beteiligen sollten, war Konsens. Auf Drängen des Juso-Bundesvorstands gelang es, dass die Bürger:inneninitiativen (allen voran der BBU und die BUU) eine gewaltfreie Paralleldemonstration im nahegelegenen Itzehoe anmeldeten.[132] Militantere Teile der Bewegung warfen den Jusos daraufhin vor, die Bewegung spalten zu wollen.[133] Das Parteipräsidium appellierte vor diesem Hintergrund „nachdrücklich an Bürgerinitiativen und an engagierte Bürger, sich nicht mißbrauchen zu lassen. Wer am 19. Februar nach Itzehoe geht, kann zur Sache diskutieren; wer nach Brokdorf geht, setzt sich den unkalkulierbaren Risiken aus, mißbraucht zu werden."[134] In der Frage, wie sich die Parteimitglieder zu Gegenveranstaltung in Itzehoe verhalten sollten, bewirkte die Erklärung aber mehr Verwirrung als Klarheit. Klaus Matthiesen, Fraktionsvorsitzender in Kiel, hatte einerseits den Juso-Bundesvorstand davon überzeugen können, von einer expliziten Aufforderung zur Teilnahme an der Itzehoe-Demonstration abzusehen.[135] Andererseits hatte der Landesvorstand Schleswig-Holstein, dem Matthiesen angehörte, die Öffentlichkeit und die eigenen Mitglieder nach dem Präsidiumsbeschluss aber zu einer Teilnahme an der Itzehoe-Demonstration aufgerufen und das Veranstalterbündnis or-

131 Vgl. BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Gedankenaustausch zu Fragen der Energiepolitik mit Gewerkschaftsgremien, B 196/34249, Vermerk für die Kabinettssitzung am 16. 2. 1977 zu den geplanten Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe, 15. 2. 1977, Bl. 1.

132 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Michael Müller an Egon Bahr, 2. 2. 1977, Bl. 2. Zu den Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe vgl. auch Milder, Greening Democracy, S. 147–151.

133 Vgl. FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Hamburg/S-H I, 37, [o. V.]: Wie kam es zur Demonstration am 19.2.77?, 1977.

134 AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006286, Erklärung des SPD-Präsidiums zu den geplanten Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe am 19. 2. 1977, 15. 2. 1977, Bl. 1. Als es bei einer weiteren Brokdorf-Demonstration 1979 aus Angst vor Ausschreitungen erneut zu einem Verbot kam, erklärte der Parteivorstand ebenso, dass von der Teilnahme grundsätzlich abgesehen werden sollte. Vgl. Seiffert, Marsch, S. 209.

135 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Günther Schulz an Egon Bahr, 3. 2. 1977. Dem Brief liegt eine Presseerklärung der Jusos bei, die nach einem Gespräch zwischen Klaus Matthiesen, Hanspeter Weber und Michael Müller um den Satz „Der Bundesvorstand der Jungsozialisten unterstützt deshalb auch die vorgesehene Protestdemonstration der Bürgerinitiativen am 19. Februar und fordert die Jungsozialisten zur aktiven Teilnahme auf." gekürzt wurde. Nur untere Juso-Gliederungen, beispielsweise einige Juso-Hochschulgruppen, riefen explizit zur Teilnahme auf. Vgl. FU Berlin, UA, APO-S, Jusos, 438, Flugblatt der Juso-Hochschulgruppe Bredehorst, 17. 2. 1977.

ganisatorisch unterstützt.[136] Die Frage, ob die Veranstaltung in Itzehoe eine gewaltfreie Alternative zur Veranstaltung in Brokdorf war, konnte also ein und dieselbe Person unterschiedlich bewerten, so unklar war das Kriterium der „Gewaltfreiheit". Angesichts dieser schwammigen Positionierung hielt sich der Einfluss auf die Protestbündnisse in Grenzen. Als es 1981 erneut zu Großdemonstrationen gegen Brokdorf kam, war es dem SPD-Landesvorstand nicht mehr gelungen, die Bürger:inneninitiativen von einem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit zu überzeugen.[137]

Diese Uneindeutigkeit in der Frage, welche Protestaktionen mit dem Prinzip der Gewaltlosigkeit zu vereinbaren waren und welche nicht, zog sich durch beinahe alle größeren Protestaktionen der Umweltbewegung, an denen Sozialdemokrat:innen teilnahmen. Sie schied die Partei in verschiedene generationelle Lager. Im September 1977 hatten Beschlüsse der SPD-Bezirkstage Niederrhein und Westfalen den Jusos zu verbieten versucht, an Demonstrationen gegen den Schnellen Brüter in Kalkar teilzunehmen, um nicht eine „Kulisse für Chaoten und Anstifter zum Landfriedensbruch" abzugeben.[138] Ähnliches galt für die Proteste gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Als der Vorstand der Jusos Hessen-Süd im Januar 1982 zu Demonstrationen am Baugelände aufrief, ließ der hessische Parteivorstand prüfen, ob es sich dabei um eine „Anstiftung zur schadensersatzpflichtig unerlaubten Handlungen" handle. Die Jusos sollten daher zur Zurücknahme des Aufrufes aufgefordert werden.[139]

Dieser Generationenkonflikt verwies aber auf tiefergehende, grundsätzliche Differenzen im politisch-kulturellen Selbstverständnis zwischen SPD und Umweltbewegung. Als die Phase der großen Anti-AKW-Demonstrationen schon längst zu Ende war, spielte die Gewaltfrage im Verhältnis zur grünen Bewegung nämlich immer noch eine wichtige Rolle. Dies war insbesondere in West-Berlin der Fall, wo 1989 eine Koalition zwischen Alternativer Liste (AL), dem dortigen grünen Landesverband, und SPD beinahe an dieser Gewaltfrage scheiterte, obwohl es aufgrund einer sehr dynamischen Hausbesetzer:innenszene bereits Erfahrungen im Umgang mit zivilem Ungehorsam gab. Schon 1981 hatten sich der Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel sowie die Familiensenatorin Anke Brunn, die die Hausbesetzungen (zumindest in Teilen) noch als legitime Protest-

136 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Flugblatt des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Februar 1977; Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 359.

137 Ebenda, S. 368 f.

138 Horst-Werner Hartelt, SPD-Parteitag beschließt: Jusos nicht nach Kalkar. Sie sollen beim Atom-Protest nicht die Kulisse für Chaoten abgeben, in: Neue Rhein Zeitung, 19. 9. 1977. Der Juso-Bundesvorstand selbst hatte zuvor zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Vgl. AdsD, SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Landesvorstand, 3/NWAA000303, Pressemitteilung der Jusos Niederrhein, 15. 9. 1977.

139 AdsD, LV Hessen III, JUSO Landesverband Hessen Korrespondenz ab 1978, Vermerk des hessischen Landesvorstandes zum Aufruf des Bezirksvorstandes der Jusos Hessen-Süd zu Gewalthandlungen gegen den Bau der Startbahn West, 29. 1. 1982, Bl. 1.

form bezeichnete, gegenüber der Besetzer:innenszene vergleichsweise konziliant verhalten.[140] Andere sozialdemokratische Kreise hatten die Grenze deutlich schärfer gezogen. Für Johannes Rau beispielsweise war ein von den Grünen propagierter und als gewaltlos bezeichneter „aktiver sozialer Widerstand" eben so lange nicht gewaltfrei, wie er sich „demokratischen Mehrheitsentscheidungen entzieht".[141]

Dieser Grundsatzkonflikt wurde bis Ende des Jahrzehnts nicht gelöst. Als die SPD und die AL acht Jahre später über eine gemeinsame Koalition verhandelten, machte die Delegation der Berliner SPD ein Bekenntnis der AL zum staatlichen Gewaltmonopol zur Grundvoraussetzung der Zusammenarbeit, einem sogenannten „Essential". Letztlich konnten sich zwar beide Parteien auf den Grundsatz einigen: „Nur der Staat darf unmittelbaren Zwang ausüben. Für beide Fraktionen ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch den Staat streng an Recht und Gesetz gebunden." [142] Die Zusammenarbeit wäre jedoch fast an den Verhandlungen über die Gewaltfrage und den jeweils abweichenden Interpretationen des schwammigen Begriffes „unmittelbarer Zwang" gescheitert.[143] Es gab sogar Vertreter:innen der AL, die während der Verhandlungen deutlich machten, dass sie „gewaltförmigen Widerstand nicht grundsätzlich ablehnen und Gruppen nicht ausgrenzen wolle[n], die nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie sich stets gewaltfrei artikulieren".[144]

Goldene Zeiten für die „Doppelstrategie"? Die Jusos und die Anti-AKW-Proteste

Neben der Frage der Gewaltfreiheit entschieden vor allem drei Kriterien darüber, ob sich Sozialdemokrat:innen an außerparlamentarischen Protestaktionen beteiligten und dabei mit Umweltbewegten zusammenarbeiteten: erstens der Grad der regionalen Betroffenheit beziehungsweise die Frage, wie sehr die politische Diskussion vor Ort von ökologischen Problemen geprägt war; zweitens die Tatsache, ob sich der eigene Landesverband in der Opposition befand oder ob er regierte und drittens das jeweilige Alter. Die beiden ersten Kriterien überschnitten sich dabei oft. Die überwiegend norddeutschen Landesverbände sowie die SPD in Baden-Württemberg hatten die Proteste vor der eigenen Haustür, befanden sich mit Ausnahme der SPD Hamburg in den 1970er- und 1980er-Jahren jedoch die meiste

[140] Vgl. Seiffert, Marsch, S. 205.

[141] Rau, Nährboden, S. 191 f. Zur Ablehnung zivilen Ungehorsams in der SPD vgl. Zeuner/Wischermann, Rot-Grün, S. 277.

[142] AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD/AL 1989, Viertes Gespräch zwischen Arbeitsgruppen der SPD und der AL über die Haltung der AL zu den Essentials der SPD am 15. 2. 1989, Rathaus Schöneberg, 16. 2. 1989, Bl. 3.

[143] Joachim Nawrocki, Gestolpert über die Gewaltfrage. Die SPD verlangt von der Alternativen Liste eindeutige Aussagen, in: Die Zeit, 24. 2. 1989.

[144] Vgl. AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD/AL 1989, Protokoll des Zweiten Gespräches zwischen Arbeitsgruppen der SPD und der AL über die Haltung der AL zu den Essentials der SPD am 9. 2. 1989, Rathaus Schöneberg, 10. 2. 1989, Bl. 2.

Zeit in der Opposition. In diesen Ländern trieben offizielle SPD-Gremien und ihr Spitzenpersonal in auffälliger Häufigkeit den Parteivorstand in der Kernenergiefrage vor sich her.[145] Eine Vorreiterrolle spielten dabei die Genoss:innen in Schleswig-Holstein, sie kooperierten bei Protestaktionen als Erste mit den Bürger:inneninitiativen.[146] Zahlreiche Mitglieder aus den Landesverbänden in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen waren – als Einzelpersonen – an den Demonstrationen in Brokdorf beteiligt, beispielsweise Hilmar Zschach und Freimut Duve.[147]

Fälle einer physischen Beteiligung von Sozialdemokrat:innen an den Anti-AKW-Protesten, beispielsweise in Form von Demonstrationen, Blockaden oder gar Bauplatzbesetzungen, sind für Jusos jedoch eindeutig häufiger zu belegen als für ältere Mitglieder und Funktionär:innen aus den traditionellen Parteistrukturen. Viele Jusos sahen dieses Engagement, so Jo Leinen, als Fortsetzung ihrer außerparlamentarischen Aktivitäten aus der Zeit der Studierendenproteste und als bewussten Gegensatz zur „trockenen politischen Arbeit" an.[148] Im Zuge ihrer sogenannten „Doppelstrategie" hatten sie sich schon damals stark von den Aktionsformen der außerparlamentarischen Bewegungen inspirieren lassen. Unter der Doppelstrategie wurde ein politisches Aktions- und Mobilisierungskonzept verstanden, das „[v]on der Basis her organisierte demokratische Interessenvertretung […] [als] Voraussetzung für eine Entfaltung der Klassenauseinandersetzungen verstand"[149], oder schlichter ausgedrückt: Die Jusos wollten sowohl innerhalb von Partei und staatlichen Institutionen als auch im außerparlamentarischen Raum wirken, um innergesellschaftlich für demokratische Reformbestrebungen zu arbeiten.[150]

Dies ließ sich beinahe ideal auf die Zusammenarbeit mit den Anti-AKW-Bewegungen übertragen. Hier nur einige Beispiele: Im Rahmen der Auseinandersetzungen um Brokdorf hatte der Juso-Bundesvorstand – wenn auch zögernd – den Widerstand gegen die Atomenergie als „moralische und politische Pflicht" be-

145 Zur Rolle der Landesverbände in der Kernenergiediskussion und der Bedeutung ihrer Regierungs- bzw. Oppositionsrolle vgl. Bösch, Taming, S. 86; Kiersch/von Oppeln, Kernenergiekonflikt, S. 43.

146 Der Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen führte schon im Vorfeld der bereits erwähnten Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe 1977 direkte Gespräche mit den Bürger:inneninitiativen und bot ihnen organisatorische Hilfe an. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von SPD, F.D.P. und SSW im schleswig-holsteinischen Landtag, 1977.

147 Krause/Bossel/Müller-Reißmann, Energie-Wende, S. 58.

148 Telefoninterview mit Jo Leinen am 28. 8. 2018. Vgl. ferner Padgett/Paterson, History, S. 78.

149 Dokument 20: Doppelstrategie, Parteiarbeit und Mobilisierung der Lohnabhängigen. Bundeskongreß der Jungsozialisten München 25. bis 27. Januar 1973, in: Scholle/Schwarz/Ciftci (Hrsg.), Jungsozialistische Programmatik, S. 159–168, hier: S. 160.

150 Vgl. Süß, Enkel, S. 88–99; Oberpriller, Jungsozialisten, S. 175 f.; Scholle/Schwarz, Welt, S. 152 f.; Koenen, Jahrzehnt, S. 204. Der SPD-Parteivorstand positionierte sich im April 1974 gegen die „Doppelstrategie" und interpretierte sie als Arbeit „gegen die eigene Partei und deren Politik". Vgl. Erklärung des SPD-Vorstandes zur Lage der Partei vom 2. 4. 1974, in: Mauersberger (Hrsg.), Jusos, S. 57–62, hier: S. 59.

zeichnet.[151] Im Vorfeld der Kölner Energiekonferenz im April 1977 organisierten die Jusos zusammen mit verschiedenen Bürger:inneninitiativen eine gemeinsame Demonstration, auf der Freimut Duve, Michael Müller und Norbert Gansel sprachen, aber auch Hans-Helmuth Wüstenhagen vom BBU und Robert Jungk.[152] Während der Auseinandersetzungen um eine geplante WAA in Hessen hatten die Jusos Hessen-Süd eine Demonstration vor dem Landesparteitag im Mai 1980 auf die Beine gestellt, an der 2000 Sozialdemokrat:innen teilnahmen. Der Bundesgeschäftsführer Egon Bahr hatte versucht, sie zu verhindern, jedoch erfolglos. Neben Jusos sprachen dort auch Klaus Traube und Hans-Günter Schumacher vom BBU.[153]

Zwar sind dies weitere Indizien dafür, dass die Jusos der außerparlamentarischen Umweltbewegung grundsätzlich deutlich näherstanden als die Mutterpartei. Bei manchen solcher Aktionen handelte es sich trotzdem nur um bessere Symbolpolitik. Besonders an den Auseinandersetzungen um die Besetzung des Bohrplatzes in Gorleben zeigte sich, dass das Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zu den Jusos kein spannungsfreies war. Der Juso-Bundeskongress 1980 in Hannover wurde am zweiten Tag – jedoch erst nach heftiger Diskussion und mit knapper Mehrheit – unterbrochen, um die am Bohrloch 1004 auf der Baustelle in Gorleben errichtete und kurz vor der Räumung stehende „Republik Freies Wendland" zu besichtigen. Knapp 300 Delegierte besuchten das Hüttendorf.[154] An Bau und Erhaltung der „Republik" waren die Jusos jedoch nicht beteiligt, anders als beispielsweise der gewerkschaftliche „Aktionskreis Leben".[155] Als die Teilnehmenden des Bundeskongresses inklusive des mittlerweile ehemaligen Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder das Hüttendorf betraten, schlug ihnen nicht nur Sympathie entgegen. Ihre Mitgliedschaft in einer etablierten Partei rief Vorbehalte hervor, dass die Jusos lediglich von der öffentlichkeitswirksamen Aktion profitieren wollten, ohne sich selbst aktiv am Widerstand zu beteiligen. Die Bewohner:innen der „Freien Republik" begrüßten die Kongressdelegation, deren Mitglieder von Hüttenbewoh-

[151] Zit. nach Seiffert, Marsch, S. 207.

[152] [o. V.], Stoppt Atomenergie jetzt!, in: Sozialistische Praxis 1, Mai 1977, S. 7.

[153] Vgl. AdsD, LV Hessen III, JUSO Landesverband Hessen Korrespondenz ab 1978, Hans-Egon Baasch an Egon Bahr, 13. 5. 1980. Vgl. ferner AdsD, LV Hessen III, JUSO Landesverband Hessen Korrespondenz ab 1978, Martin Wentz an die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke der SPD in Hessen, 5. 5. 1980. Darin: Aufruf zur Demonstration von Sozialdemokraten gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen am Samstag, 10. 5. 1980 in Friedberg vor dem Landesparteitag. Der Juso-Bundesvorstand hat den Aufruf ausdrücklich unterstützt und alle Bezirke und Unterbezirke zur Teilnahme aufgefordert. Vgl. AdsD, LV Hessen II, JUSO Publikationen (Bundesebene) Nr. 1, Rudolf Hartung an die Bezirks- und Unterbezirksvorstände der Jungsozialisten, Mai 1980.

[154] Vgl. [o. V.], Kopf, S. 33; [o. V.], 1004-Besatzer wollen nur passiven Widerstand leisten. Juso-Delegiertenkonferenz fuhr mit elf Bussen zum Platz, in: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 2. 6. 1980.

[155] Zint (Hrsg.), Republik, S. 57. Der nachträglich geplante Bau eines „Friedenshauses" durch örtliche Jusos und Bürger:inneninitiativen sollte so spät erfolgen, dass er durch die Räumung der Polizei verhindert werden konnte. Vgl. [o. V.], Freies Wendland…, in: Die Wühlmaus. Zeitung der Juso-Gruppe Tonndorf/Hohenhorst, o. D. [vermutlich 1980], S. 2.

ner:innen als „schüchtern und noch etwas unsicher" eingeschätzt wurden,[156] mit einem Abfalleimer für ihre Parteibücher sowie einem Transparent mit der Aufschrift: „Liebe Jusos! Herzlich willkommen im gemachten Bett. Hoffentlich bleibt ihr bis zur Räumung!"[157] Zwar ist von Schröder überliefert, dass er 1981 an einer illegalen Brokdorf-Demonstration teilnahm und Schwierigkeiten mit der Polizei bekam.[158] Angesichts dessen und der Episode in Gorleben kann man trotzdem nicht behaupten, dass sich Schröder „im Wendland, in Brokdorf und Gorleben an die Spitze der Anti-Atomkraft-Bewegung stellte".[159]

Ebenso wenig galt das für die Jusos an sich. Die Protestimpulse kamen in aller Regel von den Bürger:inneninitiativen, die letztlich nicht, anders als von Jeanette Seiffert behauptet, ein „unverzichtbarer Bündnispartner" für die Jusos waren.[160] Trotz aller Affinität gegenüber dem außerparlamentarischen Engagement beschränkte sich die Mitwirkung der Jusos meist auf eine reine Teilnahme an den Aktionen, eine Rolle als Mitveranstalter unter vielen[161] oder ein nachträgliches „Dranhängen" an eine bereits organisierte Demonstration.[162] Oft waren auch nur

156 Vgl. Manfred/Niko, 33 Tage in der Republik Freies Wendland, in: Gorleben Dokumentation. Beilage zur tageszeitung, 21. 6. 1980, S. 8–13, hier: S. 13.

157 Zint (Hrsg.), Republik, S. 57.

158 Mez, Energiekonsens, S. 439 f.

159 Gogos, Neubau, S. 219. Ähnlich bei Walter, Abschied, S. 27.

160 Seiffert, Marsch, S. 207.

161 So z. B. bei der bislang größten Anti-AKW-Demonstration am 14. 10. 1979 in Hannover. Die Jusos gehörten zusammen mit mehr als 20 Einzelorganisationen (u. a. KBW, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und BBU) dem Koordinierungskreis an, traten dem Unterstützer:innenkreis aber erst nach den Bürger:inneninitiativen bei. Gleichzeitig distanzierten sie sich vom Demonstrationsaufruf, da in diesem von „Betrug, […] Arroganz, Selbstgefälligkeit und Menschenfeindlichkeit der Politiker in Bonn von SPD, FDP und CDU" die Rede war. Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 67, August 1979, Bl. 5; Gerhard Schröder, Für eine offene Diskussion, in: JUSO. Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, 1979, S. 2. In Bremen riefen die örtlichen Jusos zusammen mit der Grünen Liste, der Alternativen Liste und verschiedenen anderen Organisationen zur Teilnahme in Bonn auf, distanzierten sich von einem ähnlich formulierten Passus aber nicht, vgl. FU Berlin, UA, APO-S, AKW, NS / HB III, 44, Aufruf zur Großdemonstration gegen das Atomprogramm in Bonn am 14. 10. 1979, 1979. Zur Teilnahme der Jusos an der Demonstration vgl. ferner Bösch, Taming, S. 86. Außerdem beispielhaft: FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Anti-AKW II, Bürgerinitiativen Ökologie, 32, Demonstrationsaufruf der Alternativen Liste Berlin, Juni 1986 (eine von der Alternativen Liste Berlin organisierte Demonstration im Juni 1986, die u. a. von den Jusos Berlin unterstützt wurde); AdsD, SPD-Bezirk Braunschweig, Ausstiegsdebatte Atomenergie, insbes. Atommüllendlager Morsleben u. Schacht Konrad: u. a. Sitzungsvorlagen, Petition, Kl. Anfrage, Briefe, Presse, 3/NSAC000698, Rundschreiben des Juso-Bezirksvorstandes Braunschweig, Mai 1991 (Demonstration gegen das Atommüllendlager Schacht Konrad im Mai 1991, die von der AG Schacht Konrad organisiert wurde und zu der, neben zahlreichen Bürger:inneninitiativen, auch der Juso-Bezirk Braunschweig gehörte). Im Oktober 1992 rief der SPD-Unterbezirk Braunschweig zu einer eigenen Demonstration gegen Schacht Konrad auf. Vgl. AdsD, SPD-Bezirk Braunschweig, Ausstiegsdebatte Atomenergie, insbes. Atommüllendlager Morsleben u. Schacht Konrad, u. a. Sitzungsvorlagen, Petition, Kl. Anfrage, Briefe, Presse, 3/NSAG000239, Aufruf des SPD-Bezirkes Braunschweig zu einer Demonstration gegen das Atommülllager Schacht Konrad, Oktober 1992.

162 Beispiele: AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009443, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 18. 4. 1977, 18. 4. 1977, Bl. 6 (mit Bezug auf eine vom BBU

reine Solidarisierungsschreiben zu finden, wie beispielsweise 1977 anlässlich der Demonstrationen in Grohnde durch den Juso-Bundeskongress[163], durch verschiedene norddeutsche Landesbezirke gegenüber den Protesten in Gorleben[164] oder zahlreiche Solidaritätsadressen unterer Juso-Gliederungen gegenüber verhafteten oder vermeintlich „kriminalisierten" AKW-Gegner:innen.[165] Eine direkte Hauptträgerschaft wie im Falle der Itzehoe-Demonstration 1977 war eher die Ausnahme. Solche Fälle beschränkten sich auf die zweite Hälfte der 1970er- und die erste Hälfte der 1980er-Jahre sowie auf Veranstaltungen unmittelbar nach dem Unfall in Tschernobyl 1986, im Zuge dessen die Anti-AKW-Bewegung reaktiviert wurde und auch die Anzahl der von der Mutterpartei SPD organisierten Demonstrationen wieder für kurze Zeit anstieg.[166] Diese in der Summe eher halbherzig ausgeübte Rolle innerhalb der Protestbewegung rief Juso-intern regelmäßig Stimmen auf den Plan, die kritisierten, dass es nicht ausreiche, „auf Bundesebene einen Aufruf zur Großdemonstration […] mit zu unterschreiben, wenn Jungsozialist [sic!] die Idee/Vorstellung der ‚Doppelstrategie' noch ernst nehmen".[167] An der überwiegenden Anzahl der Protestaktionen waren in der Tat weder Sozialdemokrat:innen, noch Jungsozialist:innen beteiligt – zumindest nicht offiziell als Teil des Veranstalter:innen- oder Unterstützer:innenkreises.[168]

veranstaltete Demonstration am Vorabend der SPD-Fachkonferenz „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität", an der auch Jusos teilnahmen); AGG, PKA, 440, Radioaktivität kennt keine Grenzen. Cattenom, o. D., vermutl. 1986; FU Berlin, UA, APO-S, AKW, N.S./HB II, 43, Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe: Aufruf zu einer Anti-Gorleben-Demonstration am 31. 3. 1979 in Hannover, 1979 (Aufruf zu einer Demonstration, bei der die Jusos Hamburg zum Unterstützer:innenkreis gehörten).

163 FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Hamburg/S-H I, 37, Resolution des Juso-Bundesvorstandes zu den Anti-AKW-Protesten in Grohnde, 20. 3. 1977.

164 Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006328, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 54, Februar 1979, Bl. 7 f.; Zint (Hrsg.), Republik, S. 324 (dort: Solidaritätsschreiben der Jusos Braunschweig an die Besetzer der Bohrstelle 1004 in Gorleben vom 23. 5. 1980).

165 Beispiel: AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 79, März 1980, Bl. 7. Die Jusos im Unterbezirk Weiden-Neustadt bezogen sich dabei auf die Proteste gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Hessen.

166 Ein weiteres Beispiel ist die von den südhessischen Jusos organisierte Demonstration vor dem Landesparteitag der Hessen-SPD im Mai 1980, bei der gegen die Pläne der Landesregierung protestiert wurde, eine Wiederaufbereitungsanlage zu errichten. Vgl. AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 81, März 1980, Bl. 1. Nach dem Unfall in Tschernobyl stieg die Zahl der von den Jusos veranstalteten Demonstrationen wieder an, vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 439. Vgl. als konkretes Beispiel den „Aktionstag gegen Kernenergie" der Jusos am 17. 5. 1986, FU Berlin, UA, APO-S, Jusos, 438, Flugblatt der Jusos zum Aktionstag gegen die Kernenergie, 1986. Zum allgemeinen Aufleben der Anti-AKW-Proteste nach Tschernobyl vgl. Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 261; Arndt, Tschernobylkinder, S. 98.

167 AGG, PKA, 3483, Internes Diskussionspapier der JUSOS. Argumentationshilfe und Gedanken zur Auseinandersetzung mit den GRÜNEN, vermutl. 1980, Bl. 2.

168 Vgl. dazu die umfangreiche Sammlung an Flugblättern und Demonstrationsaufrufen im APO-Archiv des Universitätsarchivs der FU Berlin (FU Berlin, UA, APO-S).

SPD und Umweltprotest – Skepsis auf beiden Seiten

Trotz der „Doppelstrategie" machten viele Jusos einen Unterschied zwischen einer inhaltlichen Unterstützung der Anliegen der Umweltbewegung und einer aktiven Partizipation an ihren Protestformaten. Bei regulären SPD-Gliederungen zeigte sich ein ähnliches Muster, jedoch auf noch niedrigerem Niveau. Eine gewisse Sonderrolle nahm der schleswig-holsteinische Landesverband ein, war er doch der erste, der sich gegen die Kernenergie engagierte. Dementsprechend waren seine Vertreter:innen auch früh bei Protestveranstaltungen präsent, beispielsweise der Landesvorsitzende Günther Jansen im November 1976 in Brokdorf.[169] Die schleswig-holsteinische SPD war dann auch die erste – und für lange einzige –, die sogar die Rolle als Veranstalterin einnahm wie bei der bereits erwähnten Anti-Brokdorf-Demonstration in Itzehoe 1977. Erst in den 1980er-Jahren veranstalteten SPD-Landesverbände verstärkt eigene Demonstrationen, wie beispielsweise erneut in Schleswig-Holstein gegen den Bau von Brokdorf[170] oder die Landesverbände Saarland und Rheinland-Pfalz gegen das Kraftwerk im französischen Cattenom.[171] In vielen Fällen handelte es sich dabei jedoch um reine SPD-Veranstaltungen beziehungsweise um Parallelveranstaltungen zu Aktionen der Umweltbewegung und der Bürger:inneninitiativen, deren Vertreter:innen in die SPD-Formate nicht eingebunden waren.[172]

Immerhin traten auf solchen Veranstaltungen nun auch die ranghöchsten Sozialdemokraten auf. So sprachen Willy Brandt auf dem großen Open-Air-Konzert „Rock gegen Atom" vor der Loreley im August 1986[173] sowie Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping auf zwei Anti-Cattenom-Veranstaltungen 1986 und 1987 (Scharping nur 1987).[174] Bezeichnenderweise geschah dies alles zu einem Zeitpunkt, an dem der atomare Konsens in der Bundesrepublik nach Tschernobyl so-

169 Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 355.

170 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 58.

171 AGG, PKA, 440, Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, 9. 6. 1986; [o. V.], Museum der Dummheit, in: SPIEGEL, 23. 6. 1986, S. 68 f.

172 Vgl. z. B. eine Kundgebung der baden-württembergischen SPD für den Ausstieg aus der Kernenergie am 5. 7. 1986. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 79. Bisweilen gab es schon vor Tschernobyl SPD-reine Demonstrationsveranstaltungen ohne Teilnahme von Vertreter:innen der Umweltbewegung. So veranstaltete der Landesverband Schleswig-Holstein im Februar 1981 eine Protestveranstaltung in der Kieler Ostseehalle gegen das AKW Brokdorf, bei der nur SPD-Vertreter:innen sowie Günter Grass sprachen. Vgl. AdsD, LV Schleswig-Holstein, 974, Vorläufige Ablaufplanung der Protest-Veranstaltung gegen den Weiterbau des Kernkraftwerkes Brokdorf am 19. 2. 1981 in der Kieler Ostseehalle, 1981.

173 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 395; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 97.

174 [o. V.], Museum der Dummheit, in: SPIEGEL, 23. 6. 1986, S. 68 f.; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 274 f. Vgl. auch die sogenannte „Trierer Erklärung zu Cattenom", die von den SPD-Landesverbänden Saar und Rheinland-Pfalz sowie der Luxemburgischen Sozialistischen Arbeiterpartei unterzeichnet wurde, aber von keinen Bürger:inneninitiativen, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 450.

wieso schon sehr fragil war und die außerparlamentarischen Protestaktivitäten bei Weitem nicht mehr das Konflikt- und Gewaltpotenzial in sich trugen wie in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre.[175] Aktionen, die in stärkerer Kontinuität zu den Protesten Ende der 1970er-Jahre standen, fanden in der Regel nur die Unterstützung von sozialdemokratischen Einzelpersonen. Dem „Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen", der nach dem Unfall in Tschernobyl gebildet wurde und die schnellstmögliche Stilllegung aller Atomanlagen forderte, schlossen sich zwar durchaus prominentere Genossen wie Jo Leinen, Matthias Kollatz und Hans Schuierer an, aber weder der Bundesvorstand noch untere Parteigliederungen. Monika Griefahn, die den Aufruf ebenfalls unterschrieb, war damals noch kein SPD-Mitglied.[176]

Damit zeigte sich eine deutliche Differenz zum Engagement von Sozialdemokrat:innen in der Friedensbewegung, die schon Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre stark von der Beteiligung zahlreicher SPD-Mitglieder geprägt war.[177] Im umweltpolitischen Bereich entwickelte sich keine vergleichbar starke „spezifische Protestkultur" durch die Übernahme außerparlamentarischer Protestformen in das „sozialdemokratische[] Handlungsrepertoire", beispielsweise durch die verstärkte Beteiligung an Demonstrationen, Menschenketten, Mahnwachen, Schweigekreisen und Besetzungsaktionen.[178] Dies gilt auch für die Frontfiguren der sozialdemokratischen Umweltdiskussion. Erhard Eppler sprach zwar schon im Juni 1975 in der „Volkshochschule Wyhler Wald".[179] Auftritte in großem Stil wagte er, solange die SPD noch in der Regierung war, aber nur im Rahmen der Friedensbewegung, beispielsweise 1981 auf der großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten.[180] Oskar Lafontaine, der 1983 zusammen mit Günter Grass, Heinrich Böll und Petra Kelly an der Sitzblockade in Mutlangen zur Verhinderung der Stationierung der Pershing-Raketen teilgenommen hatte,[181] partizipierte ebenso nicht an Aktionen des zivilen Ungehorsams der Ökologie- beziehungsweise Anti-AKW-Bewegung. Eine größere Nähe dazu zeigten vor allem Sozialdemokraten aus maximal zweiter Reihe wie Jo Leinen, Freimut Duve oder Reinhard Ueberhorst. Ein Grund für die unterschiedlich starke Ausprägung des Protestverhaltens im Vergleich zur Friedensbewegung lag schlicht und ergreifend darin, dass diese stärker konsensfähige und in der sozialdemokratischen Tradition verankerte Themen zum Inhalt hatte. Diese Proteste wirkten gesellschaftlich integrierend, während die Konfliktlinien in der Ökologiefrage deutlich schärfer gezogen waren.[182]

[175] Vgl. Saretzki, Energiepolitik, S. 208 f.; Dannenbaum, Atom-Staat, S. 284 f.; Pettenkofer, Entstehung, S. 307 f.
[176] FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Zentral II, 46, Flugblatt des Initiativkreises „Volksentscheid gegen Atomanlagen", 1986.
[177] Vgl. Hansen, End, S. 69–71.
[178] ders., Staat, S. 532; ders., Abschied, S. 185.
[179] Weisker, Expertenvertrauen, S. 205 f. Die „Volkshochschule" hatte sich 1975 als alternatives „Forum von Gegenexperten" gebildet. Vgl. Hünemörder, Bewegungsforschung, S. 154.
[180] Vgl. Tschirschwitz, Kampf, S. 315 f.
[181] Tompkins, Active, S. 212; Lorenz, Oskar Lafontaine, S. 51.
[182] Gassert, Gesellschaft, S. 164 f.

In einigen Fällen war sogar zu beobachten, dass Annäherungsversuche höherer SPD-Ebenen von Vertreter:innen der Umweltbewegung äußerst misstrauisch beäugt wurden. Besonders deutlich zeigte sich dies im Falle der Proteste gegen die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf.[183] Die Bayern-SPD versuchte, sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen und damit die Partei vor Ort zu unterstützen.[184] So sprachen sowohl der Schwandorfer SPD-Landrat Hans Schuierer als auch Karl-Heinz Hiersemann, Spitzenkandidat der Bayern-SPD für die nächste Landtagswahl, 1985 auf einer Anti-WAA-Großdemonstration in Schwandorf.[185] Als die bayerische SPD zusammen mit zahlreichen Bürger:inneninitiativen zu einer weiteren Anti-Wackersdorf-Demonstration in München im Oktober 1985 aufrief, war es im Vorfeld jedoch zu erheblichen Streitigkeiten über die Redner:innenliste gekommen. Parteien waren aus dem Koordinator:innenkreis der Demonstration zunächst bewusst herausgehalten worden. Später, als auch SPD und Grüne hinzugezogen werden sollten, bemängelte die SPD den Titel des gemeinsamen Aufrufes „Stilllegung aller Atomanlagen und Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft" und favorisierte die moderatere Forderung „Langfristiger Ausstieg aus der Kernenergie". Ihr Vertreter konnte sich jedoch nicht durchsetzen, weshalb die SPD den Demonstrationsaufruf nicht unterschrieb. Ferner forderte der Organisator:innenkreis, dass auf der Demonstration nur Mitglieder der Bewegung sprechen, die direkt in den Widerstand vor Ort eingebunden waren. Die SPD versuchte jedoch, neben Schuierer auch Hiersemann als Redner durchzusetzen und drohte andernfalls mit einem Rückzug ihrer finanziellen Unterstützung. Dies wirkte: Er durfte letztlich sprechen, musste seine Rede aber nach zweieinhalb Minuten abbrechen, nachdem sie in einem Pfeifkonzert untergegangen war.[186]

Das Verhältnis der Jusos zu den Protestbündnissen war, trotz der geschilderten Schnittmengen, ebenfalls nicht immer das beste. Die Jusos waren in der Friedens- und in der Frauenbewegung stets stärker verankert als in der Umweltbewegung.[187] Als beispielsweise die hessischen Jusos im Mai 1980 den SPD-Landesparteitag unterbrechen lassen wollten, um den Delegierten die Teilnahme an der bereits erwähnten Protestveranstaltung gegen die WAA-Pläne Holger Börners zu ermöglichen, erklärten sie, dass „Bürgerinitiativen oder ‚Grüne' […] weder eingeladen worden noch erwünscht" seien.[188] Ebenso platzte eine zunächst gemeinsam mit verschiedenen Bürger:inneninitiativen geplante Anti-Brokdorf-Demonstration anlässlich des SPD-Landesparteitages in Hamburg 1981. Die Jusos warfen den Initiativen vor, Demonstrierende in Auseinandersetzungen mit der Polizei zu drän-

183 Vgl. Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und Protest, S. 460 f.
184 Vgl. Wirsching, Abschied, S. 381–383.
185 Harald Schumann, „Maria hilf!" – gegen die WAA. In Schwandorf demonstrierten am Samstag mehr als 30 000 gegen die geplante Plutoniumfabrik, in: die tageszeitung, 18. 2. 1985, S. 3; Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 149.
186 [o. V.], Lehrstück, S. 8 f., 22 f.
187 Vgl. Schwarz, Einführung, S. 211, 214.
188 Vgl. AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 83, Mai 1980, Bl. 9.

gen. Jene konterten mit dem Vorwurf, die Jusos wollten sich illegitimerweise an die Spitze der Bewegung stellen und mit der Polizei kooperieren. So kam es letztlich zu einer separaten Demonstration der Jusos.[189]

Der Spieß wird umgedreht: Entradikalisierungsstrategien der Parteiführung

Darüber hinaus war die sozialdemokratische Protestgeschichte von Anfang an von einer kommunikativen Strategie der Parteiführung begleitet, deren Zweck es war, die Diskussionen von der Straße in die eigenen Parteigremien zu verlagern. An den politischen „Emanzipationsdiskurs der Zeit" sollte zwar angedockt werden.[190] Der „Vergesellschaftung von Politik"[191] wollte die Parteiführung aber innerhalb der eigenen Parteistrukturen gerecht werden, nicht durch eine performative Annäherung an die Umweltbewegung. Als Alternative konzipierte sie Partizipationsformate, die ganz auf der Linie des spezifisch sozialdemokratischen „Organisationspatriotismus" lagen.[192] Während sich die Parteispitze im Falle der Friedensbewegung darum bemühte, Kontakte zum Führungskern der Bewegung aufzubauen,[193] gab es bei der Umweltbewegung keinerlei derartige Initiativen.

Die Bemühungen, stattdessen einen Konsens innerhalb der eigenen Strukturen zu schaffen, kamen von ganz oben: Im November 1976 hatte Willy Brandt die Einrichtung einer innerparteilichen Kernenergie-Kommission angeregt, die „Vorschläge zur Strukturierung der notwendigen Diskussion" erarbeiten sollte. Die Kommission kümmerte sich insbesondere um die Vorbereitung der Kölner Fachkonferenz im April 1977 – eine Idee, die ebenfalls von Brandt stammte.[194] Die Konferenz hatte, neben inhaltlichen Fragen, vor allem eine Formalisierung der innerparteilichen Konflikte zum Ziel: Durch „Kooperation statt Konfrontation" sollte ein Diskussionsergebnis erarbeitet werden, das „vom Parteivorstand […]

189 Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg, Brokdorf, S. 4 f.; FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Hamburg/S-H I, 37, Faltblatt „Brokdorf-Info 1", 1981.

190 Gatzka, Blüte, S. 215.

191 Classen/Arnold, Politisierung, S. 15. Classen und Arnold beschreiben damit einen Großtrend des 20. Jahrhunderts, im Zuge dessen immer größere Teile der Bevölkerung in politische Diskurse einbezogen wurden und sich politische Entscheidungsprozesse zunehmend jenseits der institutionellen Eliten öffneten. Damit stieg die empfundene Notwendigkeit, sich der Unterstützung durch breite gesellschaftliche Gruppen zu versichern.

192 Vgl. Walter, Abschied, S. 138.

193 Schon 1981 baute der neue Bundesgeschäftsführer Peter Glotz Kontakte zum Organisationskomitee der Friedensbewegung auf. Wolfgang Biermann, ein führender Friedensaktivist aus West-Berlin, wurde als Berater engagiert und fungierte als Kontaktperson zwischen Parteivorstand und Friedensbewegung. Nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition unterstützte die Parteiführung die Friedensbewegung auch offiziell und rief die SPD-Mitglieder zur Mitarbeit auf. Vgl. Hansen, End, S. 69–71.

194 AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006313, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 9. 11. 1976, 9. 11. 1976, Bl. 2 f. Der Kommission gehörten neben Brandt Erhard Eppler, Wilhelm Dröscher, Hans Matthöfer, Adolf Schmidt, Detlef Rohwedder und Friedhelm Farthmann an.

ausgewertet und dem Hamburger Parteitag [1977] als Vorlage zur Beschlussfassung unterbreitet werden" sollte.[195] Diese systematische Suche nach Konsens, die letztlich in der Tradition der in den 1950er-Jahren eingeleiteten „Westernisierung" der Sozialdemokratie stand, war ein zentraler Baustein einer „Strategie[] der Entemotionalisierung" der energiepolitischen Konflikte. In diesem Vorgehen spiegelten sich viele der typischen Vorbehalte gegenüber der vermeintlichen Irrationalität in der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung.[196] Somit handelte es sich dabei letztlich nicht nur um einen Entemotionalisierungs-, sondern auch einen Entpolitisierungsdiskurs, der den Konflikt nicht offen austragen wollte, sondern der innerwie außerparteilichen Kritik so früh wie möglich jede Angriffsfläche nehmen sollte.[197]

Eine solche Suche nach Konsens erschien nur mit bewusster Eingliederung aller möglichen innerparteilichen Spektren in den Diskussionsprozess erfolgsversprechend zu sein. Der bereits erwähnten Ehmke-Kommission gehörten zum Beispiel einerseits wichtige Exponenten der ökologischen Strömung an wie Erhard Eppler, Volker Hauff, Michael Müller, Harald B. Schäfer oder Reinhard Ueberhorst, aber auch traditionell ausgerichtete Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter wie Friedhelm Farthmann, Peter Reuschenbach oder Adolf Schmidt.[198] Ebenso dienten die beiden von Volker Hauff geleiteten Kommissionen, zum einen die Ökologiekommission und zum anderen die Ausstiegskommission kurz nach dem Unfall in Tschernobyl, der Herstellung eines größtmöglichen innerparteilichen Konsenses und der Integration aller wichtigen Strömungen.[199] Sie setzten sich beide aus hochrangigen Parteimitgliedern zusammen, die zu großen Teilen über keine umweltpolitische Fachexpertise verfügten.

Mit Blick auf die zweite Hälfte der 1980er- Jahre und insbesondere die 1990er-Jahre zeigt sich, dass diese Strategie voll aufging: Der Umweltschutz war auf seine spezifische Weise so in die innerparteiliche Organisation und Programmatik integriert worden, dass er beinahe seine gesamte Sprengkraft verloren hatte. Die steigende Polarisierung der politischen Landschaft in den 1970er-Jahren drehte sich letztlich in ihr Gegenteil um. Dieser „Fluch der Politisierung" lässt sich besonders gut am Verlauf der Parteitage ablesen. Zu Beginn der Kernenergiekontroverse Mitte der 1970er-Jahre waren diese noch zentrale „Kommunikationsarenen",[200] in de-

[195] AdsD, HSA, Sacharchiv, 1/HSAA007818, Erklärung des SPD-Parteivorstandes zur Energiepolitik, 22. 11. 1976, Bl. 1 f.

[196] Vgl. Gotto, Enttäuschung (2018), S. 353; Wehner, Versicherung, S. 292, 375. Vgl. ferner Angster, Konsenskapitalismus für die Sozialdemokratie im Speziellen sowie Winkler, Weg Bd. 2; Doering-Manteuffel, Westlich im Allgemeinen.

[197] Vgl. Gatzka, Demokratie, S. 493.

[198] Vgl. die Mitgliederübersicht in AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979, Bl. 1.

[199] Vogel, Nachsichten, S. 212–215; AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Vordruck einer Anwesenheitsliste der Kommission für Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand, o. D.

[200] Vgl. Gatzka, Blüte, S. 211, 220. Unter Verwendung dieses Begriffes „Kommunikationsarena" beschreibt Gatzka das steigende Diskussionsbedürfnis auf parteipolitischen Veranstaltungen,

nen die unterschiedlichen Positionen öffentlichkeitswirksam artikuliert und diskutiert werden konnten. Bald wurden sie aber immer besser vorbereitet, um den Diskussionen schon vorher jede Schärfe zu nehmen. Nachdem der Parteivorstand im Vorfeld des Hamburger Parteitages 1977 noch unterschätzt hatte, wie hoch das oppositionelle Potenzial in den eigenen Reihen sein konnte, bat dieser vor dem nächsten Parteitag die Energiekommission, einen gemeinsamen Leitantrag auszuarbeiten. Bis dahin war die Ausarbeitung der Leitanträge alleinige Aufgabe des Vorstandes gewesen.[201] Zwar scheiterte dies beinahe, denn der Leitantrag bekam nur eine knappe Mehrheit (vgl. Kap. II.2.). Das Verfahren führte jedoch immerhin dazu, dass die Konflikte innerhalb der eigenen Gremien ausgefochten wurden. Das Modell machte Schule. Die Energiekommission strukturierte die Positionssuche auf den Parteitagen bis 1982, bald begleitet von der Ökologiekommission. Die vor dem Parteitag 1986 eingerichtete Atomausstiegskommission hatte eine ähnliche Funktion, 1988 wurde dieser Vorgang wiederholt (vgl. Kap. V.2.).

Diese Form innerparteilicher Konsenssuche war auf lange Sicht so erfolgreich, dass sie bald nicht mehr notwendig war. In den 1990er-Jahren nickten die Parteitage alle umweltpolitischen Leitanträge des Parteivorstandes ab, ohne dass es vor oder während der Parteitage zu großen Diskussionen gekommen wäre.[202] Kontroverse Debatten wurden schon im Ansatz erstickt. Teilweise gab es gar keine umweltpolitischen Leitanträge mehr. In manchen Fällen wurden Anträge unterer Parteigliederungen gar nicht zur Abstimmung gestellt, sondern lediglich an den Parteirat überwiesen.[203] Spätestens jetzt entwickelten sich die Parteitage zu jenen „Public-Relations-Veranstaltungen zur Eröffnung von Wahlkämpfen", vor denen Peter Lösche und Franz Walter gewarnt hatten.[204]

Vernunft statt Alarmismus: Deradikalisierung durch Entemotionalisierung

Der Bedeutungsverlust ökologischer Fragen in der innerparteilichen Debattenkultur war zudem einem Verständnis von der Dringlichkeit politischer Problemlagen

das durch die Debattenkultur der Studierendenbewegung in die Parteien getragen und dort auch – zunächst – befriedigt wurde. Der „Fluch" bestand darin, dass die dadurch wiederum gestiegenen Ansprüche der Wähler:innen, verbunden mit deeskalierend angelegten Partizipationsformaten der etablierten Parteien, zur Enttäuschung über die mangelnde Sachorientierung politischer Kommunikation führten. Vgl. auch, mit direktem Bezug zur SPD, Süß, Lust, S. 134–138.

201 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Horst Ehmke an Willy Brandt, 26. 9. 1977, Bl. 1.

202 Vgl. die dementsprechenden Parteitagsprotokolle.

203 Vgl. insbesondere die Protokolle der Parteitage 1991 (Bremen), 1992 (Bonn, außerordentlich), 1993 (Essen, außerordentlich, sowie Wiesbaden, ordentlich), 1994 (Halle), Mannheim (1995) und Hannover (1997). Zum massiven Bedeutungsverlust der Parteitage im Vergleich zu den 1970er-Jahren vgl. auch Herkendell, Deutschland, S. 33–36.

204 Lösche/Walter, SPD, S. 212. Dies war Teil eines bis heute sichtbaren Trends, dass Parteitage immer weniger Orte der Meinungsbildung sind und sich stattdessen zu personenorientierten Medienspektakeln entwickelten. Vgl. Cavazza/Großbölting/Jansen, Einleitung, S. 8 f.

geschuldet, das sich von dem der Umweltbewegung markant unterschied. Ein großer Teil deren Mobilisierungspotenzials resultierte aus der Interpretation der Umweltgefährdung als einer Problemlage, die so akut sei, dass sie unmittelbar und so schnell wie möglich gelöst werden müsse. Begleitet wurde dies durch eine alarmistische, gar apokalyptische „‚jetzt-sofort'-Rhetorik".[205] Sozialdemokratische Umweltpolitik strebte hingegen den wohlüberlegten Ausgleich ökologischer Anliegen mit konkurrierenden politischen Zielen an. Dies gelänge, so die Ansicht der meisten Sozialdemokrat:innen, nur innerhalb geordneter demokratischer Strukturen, nicht aber durch emotional geprägten Aktivismus oder Aktionismus, der für die neuen sozialen Bewegungen konstitutiv war.[206]

Ein von radikalen Teilen der Umwelt- wie auch Friedensbewegung immer wieder gefordertes „moralisches Widerstandsrecht", könne es, so Helmut Schmidt, daher nicht geben.[207] Peter Glotz, sicher mit mehr Sympathie für die Bürger:inneninitiativen ausgestattet als der Bundeskanzler, lehnte ein solches Widerstandsrecht ebenso ausdrücklich ab, schließlich könnten die ökologischen Herausforderungen der Jetztzeit nicht mit denen der Vergangenheit verglichen werden: „Für die Sozialdemokratie als der ältesten politischen Kraft unseres Landes ist der Begriff ‚Widerstand' untrennbar mit dem Kampf gegen den Staat der Sozialistengesetze, die Nazi-Diktatur oder den Stalinismus verbunden."[208] Die Vokabel des Widerstandes implizierte eine extreme Ausnahmesituation, in der die SPD sich weit weniger wähnte als die bisweilen apokalyptisch argumentierende Umweltbewegung. Dementsprechend inspirierte Äußerungen wie die Jo Leinens: „Wir werden dieses Land unregierbar machen." [209] waren die absolute Ausnahme. Als Leinen Mitte der 1980er-Jahre Umweltminister im Saarland wurde, klang er schon deutlich milder und erklärte stattdessen, dass „die Ökologiebewegung nicht nur im außerparlamentarischen Raum stehenbleiben kann, sondern sich im parlamentarischen Raum Platz schaffen muß".[210]

Wie sehr die SPD sich dem bewegungsorientierten Politikbegriff der Umwelt- und Protestinitiativen angenähert hat und inwiefern diese als wichtige Partner:innen der Sozialdemokratie anerkannt wurden, ist angesichts dessen zweifelhaft.[211] Das Beispiel des ehemaligen BBU-Sprechers Leinen zeigt, dass die Erfahrung von Regierungsverantwortung in dieser Hinsicht eine wichtige sozialisierende und dis-

[205] Engels, Naturpolitik, S. 292; Bösch/Gieseke, Wandel, S. 76 f.

[206] Vgl. Gotto, Enttäuschung (2014), S. 6–9; Häberlen, Politics, S. 274. Zur Angst als „politische[r] Produktivkraft" in der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung vgl. Greiner, Angst, S. 68.

[207] Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 26. Sitzung, Bonn, 19. 3. 1981, S. 1251. Zu den Debatten um ein sogenanntes „Widerstandsrecht" vgl. auch Hansen, Abschied, S. 207–209; Gotto, Enttäuschung (2018), S. 328 f.; Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 21 f.; Oberloskamp, Intellektuelle, S. 106; Nolte, Demokratie, S. 309.

[208] Glotz, Widerstand, S. 15. Ähnlich auch bei Ehmke, Mittendrin, S. 300 f.

[209] Engels, Naturpolitik, S. 396.

[210] Jo Leinen/Jutta Kohjout/Toni Piegler, Ein Mann für jedes Amt [Interview], in: MOZ. Grünalternative Monatsschrift, Sommer 1985, S. 4–6, hier: S. 5.

[211] Vgl. diese Position in von Oppeln, Linke, S. 287.

ziplinierende Funktion ausübte. Bei der übergroßen Mehrheit sozialdemokratischer Entscheidungsträger:innen blieb nach wie vor die Maxime vorherrschend, sich politischen Problemen realistisch und pragmatisch zu nähern, anstatt sie sich „vom politischen Gegner […] als eine Frage von Sein oder Nichtsein aufreden [zu] lassen", wie es die Formeln der „Unregierbarkeit" und des „Widerstandes" implizierten.[212] Dies war einer der Gründe, warum die sozial-liberale Koalition den Forderungen der Umweltbewegung mit so vielen Vorbehalten begegnete. Das Kanzleramt monierte schon 1976, dass die Bedenken gegen die zivile Kernkraft „in erster Linie emotional angelegt" seien. Es empfahl, darauf ausdrücklich nicht mit einer „Politik [des] Schwanken[s] und Zögern[s]", sondern mit „klaren politischen Entscheidungen" zu reagieren.[213] Auch innerparteiliche Kritiker:innen der Kernkraftpolitik wie beispielsweise Peter von Oertzen sahen dies ähnlich,[214] und natürlich erst recht Helmut Schmidt, der anlässlich der Proteste in Brokdorf warnte: „[W]ir Sozialdemokraten dürfen nicht teilnehmen an einer Veränderung der Qualität dieser Debatte ins Religiöse, denn den Strom brauchen wir, schon wegen unserer Arbeitsplätze."[215] Hier vermengten sich geradezu idealtypisch die, nicht nur für Schmidt, klassischen arbeitspolitischen Vorbehalte gegenüber dem Umweltschutz mit dem etablierten „Sachlichkeitsideal" der politischen Kultur, wie es sich in der Bundesrepublik bis dahin ausgebildet hatte.[216]

Diese Einstellung prägte auch die direkten Kontakte der Parteispitze zur Umweltbewegung und den Grünen. Im November 1982 machte Petra Kelly Willy Brandt in einem offenen Brief ein Gesprächsangebot und bezeichnete darin die „Ökologie als Grundprinzip", als „nicht-verhandelbare[] Position" und vertrat ferner den Standpunkt: „Fragen des Lebens und Überlebens dürfen nicht zum Spielball der Politik, zum Spielball von irgendwelchen Verhandlungen gemacht werden."[217] Brandt überließ die Antwort Peter Glotz, der das Gesprächsangebot in knappen Worten zurückwies. Er brachte darin vor allem seine Ablehnung gegenüber der alarmistischen Rhetorik Kellys zum Ausdruck sowie das „tief verwurzelte[] Verständnis von Demokratie als Herrschaft durch Vernunft" in der SPD:[218]

[212] Vgl. die Präsidiumserklärung „Unsere Verantwortung. Zur Lage der Partei im Februar 1981" in: AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006306, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am 11./12. 2. 1981 in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 11./12. 2. 1981. Zitat Bl. 4.

[213] BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk der Gruppe 33 des Bundeskanzleramtes für die Sitzung des Bundeskabinetts am 10. 11. 1976, 9. 11. 1976, Bl. 2 f. Zur Rolle der Emotion in den Angstdiskursen um die Atomkraft vgl. auch Weisker, Powered by Emotion, S. 216–218; Metzger, Wald, S. 593–595.

[214] Kufferath, Peter von Oertzen, S. 554.

[215] Fraktionssitzung, SPD, 09. 11. 1976, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1976-11-09-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[216] Gatzka, Demokratie, S. 487. Sie charakterisiert die Bundesrepublik vor diesem Hintergrund als „Abwesenheitsdemokratie", vgl. S. 525 f.

[217] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011114, Petra Kelly an Willy Brandt, 5. 11. 1982, Bl. 7, 10.

[218] Zu den bewussten Entemotionalisierungsstrategien von SPD und CDU als Reaktionen auf geäußerten politischen Dissens sowie zum Zitat vgl. Gotto, Enttäuschung (2018), S. 353 f.

„Rüsten Sie Ihren Wortschatz ab, es gibt auch eine Gewaltfreiheit des Redens und des Denkens. […] Ich warne davor, sich zu sehr von der Suggestion eines Denkens berauschen zu lassen, das meint, es sei immer schon eine Minute vor Zwölf. [Dies] führt zu einer geistigen Haltung, die die Gesellschaft wie das Kamel durch ein Nadelöhr treiben will und Radikalität des Denkens zum Wert an sich stilisiert. […] Man kann Kulturrevolutionen nicht absagen wie einen Kegelabend. Aber selbst in den schwierigsten Situationen ist Besonnenheit die angemessene Haltung und nicht neurotische Hektik."[219]

Asymmetrische Annäherungen: die Entradikalisierung der Umweltbewegung als Voraussetzung rot-grüner Kooperationen

Wie im vorangegangenen Kapitel beleuchtet wurde, hatte sich das Verhältnis vieler Sozialdemokrat:innen zu den außerparlamentarischen Organisationen und den Grünen mit der Zeit dennoch entspannt. In der Tat waren die Trennlinien zwischen „alten" und „neuen" sozialen Bewegungen nicht so scharf, wie sie die sozialwissenschaftliche Forschung, die ja oft von eigener Zeitzeug:innenschaft geprägt war, konstruiert hat.[220] Dafür sprechen die Schnittmengen zwischen bewegungspolitischen Politikformen in Bürger:inneninitiativen und Umweltbewegung auf der einen und politischem Aktivismus beispielsweise bei den Jusos und Teilen der „oppositionellen" Parteibasis auf der anderen Seite. Betrachtet man die Reaktionen der Gesamtpartei auf die Partizipationsideale der Umweltbewegung und die gleichzeitigen Bemühungen der SPD-Spitze, die Auseinandersetzungen stattdessen zu strukturieren und formalisieren, so spricht aber dennoch viel für die These, dass es grundlegende Unterschiede im Politikverständnis beider Seiten gab und dass die Normalisierung des Verhältnisses der Partei zur Umweltbewegung in erster Linie damit zusammenhing, wie Letztere sich selbst verändert hatte. Zweifelsfrei haben die großen Protestaktionen der Friedens- und der Umweltbewegung aus den 1970er- und frühen 1980er-Jahren dazu beigetragen, dass Protest gesamtgesellschaftlich als legitime politische Artikulationsform akzeptiert und „der kritische Gestus selbst […] zum Kennzeichen des Mainstreams" wurde.[221] Gleichzeitig gab es innerhalb der Umweltbewegung deutliche Tendenzen zur Selbstinstitutionalisierung, man denke beispielsweise an die Professionalisierung der großen Umweltverbände oder an die Grünen, die seit Mitte der 1980er-Jahre immer ambitionierter in die Regierungen drängten.[222] Anfang der 1990er-Jahre wurde deswegen nicht ganz grundlos attestiert, dass deren Anspruch, eine basisdemokratische Bewegungspartei zu sein, gescheitert sei.[223]

[219] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011134, Peter Glotz an Petra Kelly, 6. 12. 1982, Bl. 1 f.
[220] Vgl. diese Unterscheidung kritisch diskutierend Gassert, Kapitel, S. 102–109. Vgl. ferner Uekötter, Strudel, S. 637.
[221] Herbert, Geschichte, S. 1004.
[222] Mende, Nicht rechts, S. 479, 491. Vgl. auch von Winter, Parteien, S. 389, 395.
[223] Raschke, Grüne, S. 640 f. Diesen Prozess auch attestierend, aber im Sinne einer „Inkorporierung" und „Normalisierung" positiv wertend vgl. Engels, Inkorporierung, S. 83. Vgl. auch Markovits/Gorski, Grün, S. 449.

Aus sozialdemokratischer Sicht wurde dies – nicht ganz ohne Häme – ebenfalls konstatiert: „Keine Partei läßt ihre Basis so allein wie die Öko-Partei."[224] Tatsächlich hatten die Grünen Ende der 1980er-Jahre ihre „basisdemokratischen Experimente" überwiegend beendet und ihren basisdemokratischen Anspruch weitgehend in die Sphäre „symbolischer Politik" verschoben.[225] Die „Kraft der Parlamentarisierung", die sich mit der zunehmenden Regierungsbeteiligung in den Bundesländern seit Ende der 1980er-Jahre noch beschleunigte, führte zu einer weitgehenden Versöhnung mit den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie.[226] Ohne diesen Prozess wäre eine Kooperation mit der SPD, für die der Protest als politische Aktionsform lediglich eine reine „Indikatorfunktion" ohne Problemlösungskompetenz besaß,[227] wohl nicht dauerhaft möglich gewesen.[228] Die Entwicklung des allgemeinen politischen Kontextes in den 1990er-Jahren kam dem tendenziell entgegen: Die Umweltpolitik hatte sich einerseits stabilisiert und als eigenständiges politisches Feld etabliert. Angesichts von Wiedervereinigung und Globalisierung setzte aber andererseits eine weit verbreitete Umweltskepsis ein und die Ökologiedebatten verliefen in der Folge deutlich ruhiger als früher. In der gesamten westlichen Welt sank seit Ende der 1980er-Jahre die Dichte an Protestveranstaltungen und Demonstrationen.[229] Für die wiedervereinigte Bundesrepublik ist gar von einer „partizipatorische[n] Implosion" gesprochen worden. Vor allem der Anteil gewaltförmiger Protestereignisse sank rapide.[230] 1998 traten die Grünen einer Regierung mit der SPD just in einer Zeit bei, als es bereits „ziemlich abwegig [war], die grüne Partei weiterhin als Bewegungspartei zu bezeichnen".[231]

Das Empfinden einer Dringlichkeit, bekannte Wege der Politikformulierung und -umsetzung zu verlassen und nach alternativen Partizipationsformen zu suchen, war unter Sozialdemokrat:innen nun erst recht deutlich geringer ausgeprägt als in der Umweltbewegung. Warum auch, so fragten sich wohl viele von ihnen, denn letztlich schienen die alten Mechanismen besser zu funktionieren als oft behauptet. Die Kanalisierung der Umweltdebatte innerhalb der eigenen Parteistrukturen hatte die Suche nach einem energiepolitischen Konsens überhaupt erst ermöglicht, vereinzelte Sympathien mit Protestaktionen und dem „zivilen Ungehorsam"

[224] Nowakowski, Grüne, S. 488.
[225] Gotto, Enttäuschung (2018), S. 345–347, Zitat S. 347; Mende, Nicht rechts, S. 482.
[226] Alexander, Endphase, S. 40. Vgl. Mende, Krise, S. 30. Das Abschleifen radikaler Positionen, eine Aussöhnung mit parlamentarischen Strukturen und eine zunehmende organisatorische Professionalisierung infolge von Regierungsbeteiligungen ist eine Entwicklung, die bei allen grünen Parteien Europas festgestellt werden kann, vgl. van Haute, Development, S. 174.
[227] Gassert, Gesellschaft, S. 20–22, 132–135, 272–274. Zitat S. 272. Vgl. auch Großbölting, Krise, S. 258–261.
[228] Zum Stellenwert des repräsentativen Politikmodells in der SPD vgl. Metzler, Konzeptionen, S. 359, 362.
[229] Uekötter, Deutschland, S. 192, 194; Bösch/Gieseke, Wandel, S. 76 f. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Lutz Raphael mit Blick auf Streiks und Sozialproteste. Vgl. Raphael, Jenseits, S. 170.
[230] Minkenberg, Deutschland, S. 140, 151. Zitat S. 140; Brand/Stöver, Umweltbewegung, S. 240.
[231] Hellmann, Partei, S. 30.

der Anti-AKW-Bewegung hingegen Streit gesät. Durch außerparlamentarischen Protest, so ein klassischer Vorbehalt gegen die Bewegungspolitik, würde konkret nichts erreicht werden. Die Effektivität politischen Handelns war für den Anspruch einer Regierungspartei aber konstitutiv. Ein performativer und normativer Gegensatz zwischen Parteipolitik und Bewegungspolitik blieb in der SPD und ihrem Umfeld daher stets bestehen und ihre klassischen Partizipationsstrukturen äußerst stabil.

3. Parlamentarismus und Partizipation im „Atomstaat“: die Selbstverortung der SPD zwischen alternativen Demokratiekonzepten und traditionellem Repräsentativsystem

Vom Parteien- zum Atomstaat: die SPD als Zielscheibe ökologischer Demokratiekritik

Diese unterschiedlichen Modi, Politik und Partizipation zu praktizieren, standen in einem engen Zusammenhang mit Differenzen im Verständnis von Demokratie und Repräsentation. Die Umweltbewegung und die frühen Grünen gründeten ihr antiinstitutionelles Politikverständnis auf dem Grundgedanken der Basisdemokratie und propagierten das Prinzip der subjektiven Betroffenheit. Innerparteilich bedeutete dies eine starke Bindung der Verantwortlichen und Amtsträger:innen an die Entscheidungen der Parteibasis sowie – zunächst – eine strikte Trennung von Amt und Mandat.[232] Gesamtgesellschaftlich präferierten Grüne und Umweltbewegung, im Sinne einer „politics of the first person“,[233] plebiszitäre und direktdemokratische Instrumente, um der Dringlichkeit ökologischer Gefahrenlagen gerecht zu werden. Das zentralistisch organisierte System der repräsentativen Demokratie sowie das Mehrheitsprinzip schienen dies offensichtlich immer dann nicht leisten zu können, „wenn die Natur nicht warten kann, bis demokratische Mehrheiten ihr zur Hilfe eilen“.[234] Zwischen einer Ablehnung der institutionellen Strukturen mitsamt ihrer als undemokratisch angesehenen Ordnungsprinzipien durch die Umweltbewegung und dem Hang der SPD zu Etatismus und innerparteilicher Bürokratie war daher kein leichter Kompromiss zu finden. Dass die SPD mit Blick auf die vielfältige eigene Kultur nicht-staatlicher Vorfeldorganisationen bisweilen selbst als „zivilgesellschaftlicher Experimentierort“ galt, minderte diese Spannungen nur wenig.[235]

[232] Vgl. u. a. Gebauer, Apokalyptik, S. 415; Bösch, Zeitenwende, S. 299 f.; Milder, Ökopax, S. 88 f.
[233] Häberlen, Politics, S. 270.
[234] Guggenberger, Verfassungsphantasien, S. 199. Vgl. ferner Mende, Alternative, S. 34 f.
[235] Walter, Abschied, S. 135. Vgl. ferner Hansen, Staat, S. 529–532; Mende/Metzger, Ökopax, S. 122; Markovits/Gorski, Grün, S. 33. Zur „Orientierung auf den Staat“ als einer der zentralen „ideologische[n] Konstanten“ der Arbeiterbewegung vgl. Schmidt, Arbeiterbewegung, S. 174 f.

Eine zentrale Grundannahme der ökologischen Demokratiekritik war die Hinterfragung der Unabhängigkeit demokratischer Entscheidungsträger:innen. Besonders für die Anti-AKW-Bewegung war eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den politischen Mitteln, mit denen der Atomenergieausbau betrieben wurde, konstitutiv. Der Streit um die Kernenergie in der Bundesrepublik war somit gleichzeitig ein Streit um den „Modus ihrer Demokratie".[236] Diese Haltung wurde maßgeblich vom Zukunftsforscher Robert Jungk geprägt. 1977 popularisierte er die Metapher des sogenannten „Atomstaates". Sie wurde zum Integrationsbegriff all jener, die die Ablehnung der Kernkraft mit einer grundsätzlichen Kritik an der staatlichen Ordnung verbanden. Sie problematisierte nicht nur die ökologischen, sondern auch die sozialen und politischen Folgen der Atomenergienutzung.[237] Jungk, früher selbst energischer Verfechter der Atomkraft, argumentierte, dass der sogenannte „Atomstaat" die endgültige Kulminierung der industriellen Moderne sei, in der die Natur ausgebeutet werde und sich der Mensch von seinen natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter entfremde. Gestützt werde dieses System von den Zwangsmitteln des Staates und der kapitalistischen Konsumlogik. Die Risiken der Atomkraft seien so groß, dass sie eine systemimmanente und unabwendbare Tendenz zum undemokratischen und autoritären Überwachungsstaat in sich berge. So war letztlich, mit starken Anleihen an die Stamokap-Theorie (Stamokap = Staatsmonopolistischer Kapitalismus)[238], nicht nur die Atomindustrie, sondern auch der Staat das Feindbild vieler Mitglieder der Anti-AKW-Bewegung.[239] Jungk stand Teilen der SPD durchaus nahe, so beispielsweise Freimut Duve, auf dessen Einladung hin Jungk am SPD-Parteitag 1977 teilnahm.[240] Zudem unterstützte Jungk 1979 die SPD in Schleswig-Holstein und ihren Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen im Landtagswahlkampf, damit dieser der „bisher erste deutsche Landeschef [wird], der ein grundsätzliches Umschwenken in der Atomfrage angekündigt hat".[241]

[236] Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 8, 321 f. Zitat S. 8.

[237] Hünemörder, Bewegungsforschung, S. 161.

[238] Die Stamokap-Theorie besagt, dass es sich bei den kapitalistischen Staaten um von Monopolen beherrschte Wirtschaftssysteme handle, die in engen Beziehungen zum bürgerlichen Staat stehen. Die Macht der Monopole degradiere staatliche Institutionen zu Instrumenten, mit denen die politischen und ökonomischen Interessen des Gesamtkapitals durchgesetzt werden. Der Staat als solcher müsse daher in seiner bestehenden Form abgeschafft werden. Vgl. Oberpriller, Jungsozialisten, S. 187 f.; Seiffert, Marsch, S. 18.

[239] Vgl. Jungk, Atom-Staat. Vgl. ferner Dannenbaum, Atom-Staat, S. 273–276, 286; Pettenkofer, Entstehung, S. 135; Tompkins, Active, S. 237 f.; Oberloskamp, Intellektuelle, S. 112 f. Zur engen Verflechtung der Nuklearindustrie mit staatlich-administrativen Stellen vgl. Mohr, Gewerkschaften, S. 34 f. Zwischen Jungk und den Jusos gab es enge Kontakte, so sprach Jungk auf einem gemeinsamen Kongress des Sozialistischen Büros und der Jusos Frankfurt 1977. Vgl. Jungk, Thesen, S. 46 f. Ebenso sprach er auf der gemeinsamen Demonstration von Jusos und Bürger:inneninitiativen anlässlich der Kölner SPD-Fachkonferenz „Arbeit – Beschäftigung – Lebensqualität" im April 1977. Vgl. [o. V.], Stoppt Atomenergie jetzt!, in: Sozialistische Praxis 1, Mai 1977, S. 7.

[240] Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 439.

[241] AGG, PKA, 2472, Freimut Duve und Robert Jungk: Offener Brief an die „Grünen" in Schleswig-Holstein, April 1979.

Das verhinderte aber nicht die Entfremdung großer Teile der Anti-AKW-Bewegung von der Regierungspartei SPD. Viele fühlten sich in ihrer Angst vor dem „Atomstaat“ durch den sogenannten „Fall Traube“ bestätigt. 1977 enthüllte der „SPIEGEL“, dass der Atomphysiker und Manager Klaus Traube, seit 1976 mit der Planung des Schnellen Brüters in Kalkar beauftragt, aufgrund des (haltlosen) Vorwurfs entlassen wurde, Kontakte zum Linksterrorismus zu haben. Der Verfassungsschutz hatte Traubes Wohnung illegal verwanzt und abgehört.[242] Das Handeln des für den Verfassungsschutz zuständigen Innenministeriums wurde dabei vom Bundeskanzler zunächst gedeckt. Helmut Schmidt sah keinen Grund, „das Verhalten von Bundesminister Werner Maihofer zu kritisieren“.[243] Traube aber, der nun selbst vor der Gefahr „quasimonopolistischer Machtkomplexe[]“ und des „Überwachungsstaat[es]“ warnte,[244] entwickelte sich in der Folge zu einem der namhaftesten Kritiker der Atomenergie in der Bundesrepublik und genoss ebenso wie Jungk Sympathien in den umweltbewussten Kreisen der Partei.[245] Volker Hauff, damals noch Parlamentarischer Staatssekretär im Forschungsministerium, hatte mit dem Gedanken gespielt, wegen der Behandlung Traubes von seinem Amt zurückzutreten. Als Hauff Traube 1979 in die neu einzurichtende Ökologiekommission beim SPD-Parteivorstand berufen wollte, versuchte das Kanzleramt, dies zu verhindern – letztlich erfolglos.[246]

Parteien waren in der Lesart der Atomstaatsthese zentrale Akteurinnen innerhalb des „Atomfilz“, die nicht mehr die Interessen der Wähler:innenschaft, sondern der Atomindustrie und des Großkapitals vertreten.[247] Die SPD war solchen Pauschalisierungen als aktuell regierende Partei besonders ausgesetzt. Petra Kelly warf ihr beispielsweise vor, von Helmut Schmidt zum „Vollzugsinstrument des Atomstaates“ gemacht worden zu sein.[248] Für viele Grüne gab es keinen großen Unterschied zwischen SPD, Union und FDP, sie waren alle „Wachstumsparteien“ und Teil des „Wachstumskartells“.[249] Vonseiten der SPD lassen sich hingegen nur sehr wenige Bezugnahmen auf die Atomstaatsthese finden und wenn, dann in

[242] Weisker, Expertenvertrauen, S. 410; Geyer, Rahmenbedingungen, S. 83 f.; Mende/Metzger, Ökopax, S. 121 f.

[243] Vgl. Schmidts Aussagen gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion in HSA, Eigene Arbeiten, 474, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 1. 3. 1977, Bl. 443. Maihofer musste letztlich dennoch zurücktreten, vgl. Kirchhof/Trischler, History, S. 141.

[244] Traube, Industrialisierungskritik, S. 121.

[245] Weisker, Expertenvertrauen, S. 410.

[246] Interview mit Volker Hauff in Köln am 7. 8. 2018. Hauff konnte die Berufung gegen Schmidt durchsetzen und wurde dabei vor allem von Willy Brandt unterstützt. Zu ähnlichen Auseinandersetzungen war es zwei Jahre vorher gekommen, als Hauff Traube zur Energiekonferenz nach Köln einlud. Auch in diesem Fall konnte er sich durchsetzen. Hauff, Global denken, S. 23 f.

[247] Vgl. zum Begriff „Atomfilz“ insbesondere Mohr, Gewerkschaften, S. 88–90.

[248] AGG, PKA, 2552, Petra Kelly an Helmut Schmidt, 17. 2. 1979, Bl. 2. Darin erklärt sie ihren Austritt aus der SPD.

[249] Zit. nach Mende, Nicht rechts, S. 357. Vgl. auch Bösch, Krisenkinder, S. 49 f.; Tompkins, Active, S. 34.

allererster Linie von Jusos[250] oder Parteimitgliedern mit engen Verbindungen zur Anti-AKW-Bewegung.[251] 1979 warnte der ehemalige Juso-Bundesvize Norbert Gansel den Parteirat vor einem „Marsch in den Atomstaat",[252] 1981 rief Jo Leinen ebenso zum „KAMPF DEM ATOMSTAAT" auf.[253] Darüber hinaus gab es bei Sozialdemokrat:innen aus den betroffenen Landesverbänden gewisse Anleihen an die Atomstaatsthese, jedoch sehr verhalten und ohne den Begriff explizit zu verwenden. Sie beschränkten sich darauf, überzogenes Verhalten der Sicherheitskräfte anzuprangern.[254] Eine eindeutige Aussage hatte auch die Grundwertekommission vermieden, die vom „‚Atomstaat'" in Anführungszeichen sprach und ihn als „bedrückende Vision" eher abstrakt in der Zukunft als in der Gegenwart verortete.[255] Erhard Eppler sprach ebenfalls verhaltener von einer drohenden „Staatsverdrossenheit" und „Ohnmachtsgefühle[n]", gegen die die Bürger:inneninitiativen ein Gegenmittel sein könnten, da sie vermeintliche „Sachzwänge" aufbrechen.[256]

Betroffenheit vs. Demokratie? Legitimität und Repräsentativität in SPD und Umweltbewegung

Neben den Kontroversen um die Kernenergie prallten die unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie und Legitimität in kaum einer anderen Frage so unversöhnlich aufeinander wie in den Auseinandersetzungen um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Der hessische SPD-Ministerpräsident Holger Börner versuchte Anfang der 1980er-Jahre beinahe um jeden Preis, ihren Bau durchzusetzen. Der Startbahn hätte ein großes Waldareal weichen sollen, eine starke Basisbewegung versuchte daher, diese Pläne durch die Besetzung des Bauplatzes und die Errichtung eines Hüttendorfes zu verhindern. Am Bauplatz kam es über Jahre

[250] Beispiele: BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD im Bezirk Niederrhein an Erwin Stahl, 13. 8. 1979, Bl. 3; Rudolf Hartung/Johannes Rau, Pro und Contra. Mit den Grünen koalieren, in: Stuttgarter Nachrichten, 26. 6. 1982; FU Berlin, UA, APO-S, AKW, N.S./HB II, 43, Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe: Aufruf zu einer Anti-Gorleben-Demonstration am 31. 3. 1979 in Hannover, 1979; FU Berlin, UA, APO-S, AKW, NS / HB III, 44, Aufruf zur Großdemonstration gegen das Atomprogramm in Bonn am 14. 10. 1979, 1979; FU Berlin, UA, APO-S, AKW, Hamburg/S-H I, 37, Resolution des Juso-Bundesvorstandes zu den Anti-AKW-Protesten in Grohnde, 20. 3. 1977.

[251] So konstatierte beispielsweise Freimut Duve anlässlich der Proteste in Wyhl: „Die Ölkrise des Winters 1973/74 hat das Atomenergieprogramm der Bundesregierung unter dem plötzlich aufbrechenden Endzeitbewusstsein der Politiker zu einer Art Notstandspolitik werden lassen, in der der sachorientierte Konsensus der politischen Kräfte vorausgesetzt wurde. […] Da sitzen wieder einmal alle Demokraten in einem Boot." Duve, Einführung, S. 10.

[252] Zit. nach Seiffert, Marsch, S. 210.

[253] AGG, E.4 – Umweltzentrum Bielefeld – Anti-Atomarchiv, 212, Flugblatt des BBU: KAMPF DEM ATOMSTAAT, [1981]. Hervorhebung im Original.

[254] Vgl. z. B. im Kontext der Anti-Gorleben-Demonstrationen BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des Landesvorstandes der Hamburger SPD, 22. 1. 1977, Bl. 5.

[255] Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundwerte, S. 17.

[256] Eppler, Bürgerinitiativen, S. 210, 212.

hinweg zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei. Als der Baubeginn 1981 näher rückte, wurden die Forderungen nach einem Volksbegehren gegen die Startbahn immer lauter. Insgesamt wurden 220 000 Stimmen dafür gesammelt. Auch SPD-Mitglieder und Jusos beteiligten sich an diesen Sammlungen.[257]

Der Hessische Staatsgerichtshof verhinderte das Volksbegehren aber aus rechtlichen Gründen, da die zivile Luftfahrt Sache der Bundesgesetzgebung sei. Zu diesem Schluss war auch eine juristische Prüfung durch die Landesregierung gekommen; der SPD-Parteivorstand hatte das Volksbegehren ebenfalls klar abgelehnt.[258] Dies traf in Teilen der Parteibasis auf großen Unmut. Manche ihrer Mitglieder beschimpften Börner angesichts seiner Blockadehaltung gegenüber der Protestbewegung gar als „Noske der 80er-Jahre“ und warfen ihm vor, das „lebensnotwendige[] Prinzip ‚Minderheitenschutz‘ verraten und verkauft“ zu haben.[259] Viele hessische Unterbezirke und der Bezirk Hessen-Süd stellten sich offen gegen ihren Landesvorsitzenden.[260] Dieser reagierte auf solche Kritik sowie den militanten Protest auf seine Weise: „Ich bedauere, daß es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins auf die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit der Dachlatte erledigt.“[261] „Dachlatten-Börner“, wie er seitdem spöttisch genannt wurde, ging es in diesem Konflikt nämlich um mehr als um die Zukunft des Frankfurter Flughafens. So berechtigt alle Einwände gegen die Startbahn seien: Demokratische Entscheidungen könnten nicht einfach übergangen werden. Schließlich seien alle Gremien über den Planungsstand informiert gewesen, ebenso wie die betroffenen Bürger:innen. Sämtliche Landtagsparteien hätten sich für die Startbahn entschieden, alle Einwendungen vor Gericht wurden abgewiesen. Daher mahnte Börner:

„Wenn Beschwerden, Untersuchungen und Gerichtsverfahren abgeschlossen sind, hat sich die Minderheit dem Mehrheitswillen zu fügen. Auch dann, wenn sie sich im Besitz der Wahrheit glaubt. […] Denn wer die Methode, nach Mehrheiten zu entscheiden, ablehnt, dem bleiben nur zwei Alternativen: Entweder auf Entscheidungen überhaupt zu verzichten. […] In der politischen Theorie hieße das: Anarchie. […] Die andere Alternative wäre, Entscheidungen ohne Rücksicht auf Mehrheiten oder Minderheiten nach einer vom jeweils Entscheidenden für sich

[257] Vgl. AdsD, LV Hessen III, JUSO Landesverband Hessen Korrespondenz ab 1978, Thomas Arnold an Holger Börner, 27. 6. 1981.

[258] Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 536 f.

[259] Vgl. AdsD, WBA, A 11.10, 268, Josef Hehnen an Willy Brandt, 19. 11. 1981.

[260] Z. B. der Unterbezirk Groß-Gerau, der eigens Broschüren gegen die Startbahn-Pläne drucken und verteilen ließ. Vgl. AdsD, WBA, A 11.10, 256, Tammy Völckers-Jansen an Willy Brandt, 14. 10. 1980. Vgl. ferner [o. V.], Antrag I/1 Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main, in: Beschlüsse des außerordentlichen Bezirksparteitages 1980 der SPD Hessen-Süd in Giessen-Allendorf 1980, S. 1 f., hier: S. 2. Dort: „Der Bezirksparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, ihre bisherige Position zu revidieren und ihre politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um einen unnötigen Bau der Startbahn West verhindern.“

[261] Zit. nach cas, Über Börner-Worte empört, in: Frankfurter Rundschau, 22. 5. 1982, S. 1. Vgl. auch Milder, Greening Democracy, S. 240; Markovits/Gorski, Grün, S. 302 f.; Eley, Democracy, S. 422.

in Anspruch genommenen höheren Einsicht zu treffen. […] Auch dafür gibt es einen Namen: Diktatur."[262]

SPD-Parteivorstand und SPD-Parteirat stimmten Börner in der Einschätzung zu, dass es in der Causa um eine „generelle Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung und die Erhaltung unserer Demokratie" gehe. Ein sogenanntes und immer wieder gefordertes „ökologisches Grundrecht" wurde daher mehrheitlich abgelehnt.[263] Das Betroffenheitsprinzip der Umweltbewegung stieß sich mit der Idee des Mehrheitsprinzips, die in der SPD-Tradition stark verankert war und vielfach mit Demokratie und Parlamentarismus gleichgesetzt wurde. Partizipation wurde in einem überwiegend legislativen und repräsentativen Sinn interpretiert, politische Parteien als zentrale Vertreterinnen des repräsentierten Volkswillens verstanden und das Parlament als Ort, in dem er sich konstituiert.[264] Dem frühen grünen Politikverständnis entsprechend war das Parlament jedoch primär eine Bühne zur plakativen Äußerung der eigenen Standpunkte.[265] Es überrascht daher nicht, dass viele SPD-Mitglieder, die aus Enttäuschung über den ökologischen Kurs der Partei ihren Austritt erklärten, diesen Schritt mit einer Parteienkritik verbanden, die nicht nur gegen die SPD gerichtet war, sondern gegen das „System" an sich. Sie sprachen vom „nicht zu übersehenden und gefährlichen Konformismus in den derzeitigen staatstragenden demokratischen Parteien"[266] oder der „Partitokratie der Vier (böse Zungen nennen dies: Selbstbedienungsladen)".[267]

In den Vorstellungen großer Teile der Umweltbewegung sollten stattdessen Volksentscheide und Volksbegehren im Sinne eines ökologischen Vetorechts dem Umweltschutz jenen Rang ermöglichen, den er als vermeintliche Überlebensfrage verdiene.[268] Schon im Rahmen der Nachrüstungsdiskussion hatten sich Forderungen nach direkter Entscheidungsgewalt des Volkes gehäuft.[269] Viele in der SPD konnten dem in Bezug auf ökologische Fragen aber nur wenig abgewinnen – selbst wenn sie sich auf dem linken Parteiflügel verorteten. Karsten D. Voigt beispielsweise bezeichnete die Skepsis gegenüber dem Repräsentativsystem als „elitär[en]" Angriff auf den Bonner Parlamentarismus, ihre Parteien und damit auf die Demo-

[262] AGG, C – Hessen I.1, 386, Regierungserklärung von Ministerpräsident Holger Börner im Hessischen Landtag, 25. 11. 1981, Bl. 10 f.

[263] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006309, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 16. 11. 1981, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 16. 11. 1981, Bl. 13. Zur Haltung des Parteirates vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006309, Protokoll über die Sitzung des Parteirates am Dienstag, den 17. 11. 1981, 10.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, 17. 11. 1981, Bl. 7 f.

[264] Vgl. Schildt/Schmidt, Einleitung, S. 13 f.; Kesselman, Wirtschaftstheorie, S. 136–139.

[265] Heidemeyer, Bewegung, S. 77.

[266] So z. B. in AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006327, Heinz Kaminski an Willy Brandt, 12. 7. 1978. Kaminski war einer der Gründer:innen der „Grünen Aktion Zukunft". Zur Bedeutung der Parteienkritik für die Gründung der Grünen und später der Vereinigung mit Bündnis 90 vgl. zuletzt Schikowski, Parteikritik, insb. S. 98 f., 101 f.

[267] AdsD, WBA, A 11.2, 132, Heinz J. Huber an Willy Brandt, 8. 3. 1982, Bl. 6.

[268] Mende, Anti-Parteien-Partei, S. 273 f., 313–315. Vgl. auch Hansen, Abschied, S. 205.

[269] Vgl. Wirsching, Abschied, S. 99 f.

kratie.[270] Selbst die Grundwertekommission, die das „Monopol [der] traditionellen politische[n] Verbände und Institutionen“ offen anzweifelte,[271] zog eine klare Grenze bei der Akzeptanz von Parlamenten und Parteien: „[Die Sozialdemokratie] muß bei diesen Gruppen um die Einsicht ringen, daß eine Staatsverdrossenheit, die ohne die Institutionen der repräsentativen Demokratie auskommen will, […] am Ende nur die Befürworter eines autoritären Staates stützt […].“[272]

Plebiszite – Gewinn oder Gefahr für die Demokratie?

In der Partei herrschte keine Einigkeit darüber, ob der parlamentsbezogene Politikstil Plebiszite ganz ausschließe oder zumindest in gewissen Fragen zuließ. Eindeutig bejaht wurde dies beispielsweise von den sogenannten „Ökosozialisten“, die eine dementsprechende Reform des Grundgesetzes sowie die Einführung der Rotation und des imperativen Mandates innerhalb der Parteistrukturen forderten.[273] Die Ökosozialist:innen waren innerhalb der Parteiorganisation jedoch eine zu vernachlässigende Größe, und innerhalb der Parteiführung wurden direktdemokratische Instrumente traditionell mit deutlich größerer Skepsis betrachtet. Die durch das Grundgesetz geschaffene Ordnung, die Formen direkter Demokratie bewusst nur in wenigen Fällen zuließ, galt für sie als wesentlicher Maßstab in der Beurteilung plebiszitärer Forderungen. Nicht zuletzt hatte das Grundgesetz den Parteien *die* zentrale Rolle im Willensbildungsprozess zugesprochen.[274] 1980 polemisierte der Parteivorstand, dass durch Volksentscheide „der umfassende problemorientierte Dialog als Voraussetzung für jede demokratische Abstimmung […] erschwert, Verantwortlichkeiten […] verwischt und Minderheitenpositionen sehr viel mehr und wirkungsvoller niedergehalten [werden]“ als in einer parlamentarischen Demokratie.[275] Der Parteirat schlug zwar im November 1981 vor, die Einführung von Plebisziten zu prüfen, der Plan wurde aber nicht weiterverfolgt.[276] In einer 1991 eingesetzten Gemeinsamen Verfassungskommission forderten die SPD-Vertreter:innen zusammen mit denen der Grünen und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mehr direktdemokratische Elemente. Sie schafften es jedoch nicht, in der Kommission oder im Bundestag die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit zu mobilisieren.[277]

Tatsächlich lassen sich auch in der Praxis und im Parteialltag vergleichsweise wenige Beispiele finden, in denen von SPD-Gliederungen plebiszitäre Instrumente

[270] Vgl. z. B. Karsten D. Voigt, Entgegnung an Claus Offe, in: die tageszeitung, 15. 11. 1979, S. 1 f., hier: S. 1.
[271] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S. 15 f.
[272] Ebenda, S. 39. Ähnlich: Scheer, Geister, S. 646; Scherer, Perspektiven, S. 351.
[273] Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 53 f.
[274] Vgl. Seefried, Zukunft, S. 274 f.; Richter, Demokratie, S. 262 f.
[275] Vorstand der SPD (Hrsg.), Grün, S. 7.
[276] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006309, Protokoll über die Sitzung des Parteirates am Dienstag, den 17. 11. 1981, 10.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, 17. 11. 1981, Bl. 8.
[277] Neumann, Demokratie, S. 98.

konkret gefordert wurden. Erneut fielen diese Versuche in erster Linie der jungen Parteiavantgarde zu, den vergleichsweise wenigen öffentlich profilierten Umweltpolitikern wie Jo Leinen[278] oder Hermann Scheer[279] oder den oppositionellen Landesverbänden. Der bayerische Landesverband beispielsweise unterstützte eine Bürger:inneninitiative, die Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die WAA in Wackersdorf sammelte.[280] Als der entsprechende Zulassungsantrag 1987 abgelehnt wurde, kündigte die Landtagsfraktion die Unterstützung einer Verfassungsbeschwerde an.[281] Auf Bundesebene wurden dementsprechende Aktivitäten jedoch deutlich kritischer beurteilt. Bereits erwähnt wurde der nach dem Unfall in Tschernobyl gebildete „Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen", für den die Jusos offiziell warben.[282] In der Mutterpartei stieß dies auf wenig Gegenliebe: Dort dachten „manche […] schon laut über administrative Schritte" gegen die Jusos nach – was sie jedoch nicht davon abhielt, weiterhin im Initiator:innenkreis der regionalen und bundesweiten Volksentscheide mitzuwirken.[283] Zwar wurde 1989 ins neue Berliner Grundsatzprogramm die Forderung aufgenommen, mehr plebiszitäre Elemente einführen zu wollen, der Passus schränkte sich aber umgehend selbst ein, denn er hielt ebenso fest, dass solche Instrumente lediglich „parlamentarische Entscheidungen *ergänzen*" sollten.[284] In den 1990er-Jahren sollte diese Forderung nach mehr direkter Demokratie kaum mehr eine Rolle spielen.

In diesem Punkt zeigt sich erneut die wichtige Bedeutung der institutionellen Sozialisierung vieler Amtsträger:innen in der SPD. Sie hatten entweder in Regierungsverantwortung oder durch langjährige Mitarbeit in den Parteigremien eine affirmative Haltung zum Repräsentativsystem entwickelt. Zweifel von der Parteibasis an der aktuellen „Volksherrschaft", die den Bürger:innen nicht mehr Möglichkeiten gebe als „[a]lle vier Jahre die Chance zu haben, das gleiche Elend zu wählen",[285] waren in den Diskursen auf Gremien- oder Abgeordnetenebene kaum zu finden. Der antiparlamentarische und antiinstitutionelle Gestus in der Alterna-

[278] Vgl. Leinen, Ziviler Ungehorsam, S. 24–27.
[279] Vgl. Scheer, SPD, S. 331 f., 337 f.
[280] Harald Schumann, „Maria hilf!" – gegen die WAA. In Schwandorf demonstrierten am Samstag mehr als 30 000 gegen die geplante Plutoniumfabrik, in: die tageszeitung, 18. 2. 1985, S. 3.
[281] AdsD, SPD-Parteivorstand, Volksbegehren in Bayern zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, Atomwirtschaft u. ä., 2/PVCG000272, Pressemitteilung Hans-Günter Naumanns, 23. 2. 1988.
[282] So wurde der Aufruf inklusive Unterschriftsformular in einer Sonderausgabe des „juso magazin" vom Juli 1986 abgedruckt. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000106, Unterschriftenformular für einen Volksentscheid gegen die Kernkraft, Juli 1986.
[283] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000282, Juso-Argumentationsleitfaden von Matthias Kollatz „Ausstieg aus der Kernenergie! Alternative Energiesysteme umsetzen!", vermutl. 1986, Bl. 2.
[284] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1989, S. 47 f. Eigene Hervorhebung. Ähnlich vorsichtig wie im Berliner Programm forderte auch das nur kurze Zeit gültige Leipziger Programm der Ost-SPD lediglich eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Elemente. Vgl. Milbradt, Leipziger Programm, S. 70.
[285] AdsD, WBA, A 11.10, 230, Peter Rütz an Willy Brandt, 10. 10. 1979, Bl. 2.

tivbewegung wurde vielmehr von einigen als Bedrohung für das bundesdeutsche Repräsentativsystem gesehen. Anlässlich der Europawahl 1979 bezeichnete Egon Bahr die mögliche Gründung einer grünen Partei beispielsweise als „Gefahr für die Demokratie“. Sogar von Erhard Eppler ist überliefert, dass er die Grünen mit den Marschkolonnen der Sturmabteilung (SA) verglichen haben soll, da sie mittels außerparlamentarischer Demonstrationen Druck auf die Politik ausüben wollten.[286] Derartige Assoziationen waren schon in manchen sozialdemokratischen Reaktionen auf die Studierendenbewegung zu finden gewesen.[287] Selbst große Teile der Jusos, die sich erst in der 68er- und dann in der Umweltbewegung engagierten, ließen sich später bewusst auf die spezifisch sozialdemokratische Disziplinierung innerhalb der Parteistrukturen ein.[288]

Die Tücken der Rotation: innerparteiliche Demokratie in der SPD

Ähnliches gilt für die Anwendung des Mehrheits- und Repräsentativsystems innerhalb der eigenen Parteiorganisation. Die Prinzipien der Rotation, des imperativen Mandats und der Trennung von Amt und Mandat, wie sie bei den Grünen – zumindest in der Theorie – vorgeschrieben waren,[289] fanden innerhalb der SPD nur vereinzelte Unterstützung, beispielsweise bei Teilen der Jusos. Sie forderten, dass Politik auf der „jeweils tatsächlichen Ebene der Betroffenheit ansetzen muß“.[290] Vor allem diejenigen, die aus der Studierendenbewegung heraus zu den Jusos gefunden hatten, hatten schon seit Ende der 1960er-Jahre mehr innerparteiliche Demokratie gefordert.[291] Insgesamt waren sie damit aber in der Minderzahl. Hermann Scheer, der immerhin mit einer Arbeit über die Legitimationskrise der parlamentarischen Parteiendemokratie promoviert wurde,[292] kam beispielsweise zum Ergebnis, dass das grüne Rotationsprinzip zentrale Grundsätze „der parlamentarischen Demokratie […] in gröbster Weise mißachtet. […] Eine Entwicklung würde forciert, in der die Abgeordneten zu potentiellen Marionetten von Parteigremien degradiert würden.“ Zusammen mit dem imperativen Mandat führe

286 Zit. nach Milder, Greening Democracy, S. 235. Der SA-Vergleich Epplers ist zitiert nach Erinnerungen Jutta Ditfurths. So soll Eppler diesen gegenüber Ditfurth 1981 nach einer Fernsehdiskussion im Hessischen Rundfunk geäußert haben. Vgl. Ditfurth, Krieg, S. 65 sowie die entsprechende Fußnote 143. Zur Bedeutung von Vergleichen mit dem Nationalsozialismus auf beiden Seiten des Umweltkonflikts vgl. Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 131 f.

287 Koenen, Jahrzehnt, S. 134; Padgett/Paterson, History, S. 78 f.

288 Vgl. Seiffert, Marsch, S. 307.

289 Vgl. u. a. Heidemeyer, Bewegung, S. 77; Probst, Grüne (2013), S. 521; Bukow/Poguntke, Organisation, S. 184 f.

290 [o. V.], „Für einen neuen programmatischen Impuls“. Aus einem Papier zur „Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten“ / Eine neue Programmdiskussion muß Denksperren überwinden, in: Frankfurter Rundschau, 27. 11. 1984, S. 10 f., hier: S. 10.

291 Padgett/Paterson, History, S. 97.

292 Scheer, Parteien.

dies zur „völligen Entmündigung des Abgeordneten".[293] Erhard Eppler lehnte vor allem die Idee des imperativen Mandats ab: „Ich kann mir nur mit Schaudern den Typus des Mandatsträgers vorstellen, der sich als Briefträger für imperative Mandate zur Verfügung stellt."[294] Die Äußerungen einiger Jusos in der Bundestagsfraktion, die nach 1969 die Einführung eines imperativen Mandats forderten, stießen innerhalb der immer noch vergleichsweise konservativen Fraktion ebenfalls überwiegend auf Unverständnis.[295]

Diese Distanz zu den basisdemokratischen Organisationsprinzipien war später immer dann von machtpolitischer Bedeutung, wenn es zu konkreter Zusammenarbeit mit Grünen und Alternativen kam oder eine solche diskutiert wurde. Ein Beispiel ist West-Berlin. Als sich im Wahljahr 1981 andeutete, dass die SPD ihre Mehrheit verlieren könnte, standen Vorschläge im Raum, möglicherweise mit der Alternativen Liste zu koalieren. Der Blick auf die AL war aufgrund unterschiedlicher Verständnisse innerparteilicher Partizipation aber zwiespältig. Die Jusos beispielsweise waren sich in vielen inhaltlichen Fragen mit der AL einig, doch sogar sie bilanzierten fast schon genüsslich, wie die AL über ihre permanente Rückbindung zur Basis stolpere: „Alles, was die Strukturen der AL bewirkt haben, ist eine gewisse Unverbindlichkeit. Jedes Mitglied engagiert sich nach seinem Gutdünken, betreibt Politik im Namen der AL, was ihm auch ohne weiteres zugestanden wird."[296]

Tatsächlich sollte das basisdemokratische Prinzip die spätere Zusammenarbeit im Berliner Senat deutlich erschweren, die nach der Wahl 1989 schließlich eingegangen wurde. Insbesondere nach dem 9. November 1989 und angesichts des rasant angestiegenen Entscheidungsdrucks konstatierte Walter Momper, der Regierende Bürgermeister, kritisch, dass „die gegenwärtigen Strukturen in der AL den notwendigen schnellen Entscheidungen vielfach entgegenstehen. […] Es ist absurd, dass sogenannte Vollversammlungen mit 150 Anwesenden das gesamte Koalitionsklima bestimmen können."[297] Die Mitgliedervollversammlung der Alternativen Liste sowie verschiedene Bürger:inneninitiativen versuchten in mehreren Fällen, die drei Senatorinnen der AL zur Rücknahme von Entscheidungen zu bringen, die sie nach Kompromissen mit den sozialdemokratischen Senatsmitgliedern getroffen hatten. Im November 1990 beendete die AL die Koalition mit der SPD, nachdem die Fraktion und der geschäftsführende Ausschuss der AL die Senatorinnen zum Rücktritt aufgefordert hatten.[298]

[293] AGG, B.II.1, 5267, Pressemitteilung Hermann Scheers, 12. 7. 1984, Bl. 1 f. Zur Bedeutung des Parlamentarismus im Denken Hermann Scheers vgl. auch Müntefering, Verfassung, S. 242.
[294] Eppler, Lebensqualität, S. 53.
[295] Jüngerkes, Einleitung (2016), S. 86*.
[296] Horb, Alternativ, S. 7.
[297] AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, „100" Tage SPD/AL, Presseerklärung Walter Mompers, 13. 6. 1990, Bl. 4.
[298] Heinrich, Rot-Grün, S. 42–52. Darüber hinaus gab es in den 1980er-Jahren auch kommunale Bündnisse zwischen SPD und Grünen, bei denen das basisdemokratische Politikverständnis der Grünen mit der Machtpragmatik der SPD aneinandergeriet und die letztlich scheiterten. So setzte beispielsweise die Grünen-Fraktion im Kreistag von Wetterau (Hessen) im Mai

In den 1990er-Jahren kam es in der SPD zwar zu einigen organisationspolitischen Reformen, die zum Ziel hatten, die Rechte der einzelnen Mitglieder zu stärken. So wurde beispielsweise die Möglichkeit eingeführt, über Kanzler:innen- und Wahlkreiskandidaturen sowie einzelne Sachfragen direktdemokratisch zu entscheiden. Faktisch wurden diese Möglichkeiten aber äußerst selten angewendet. Auf Bundesebene blieb die Wahl Rudolf Scharpings zum Parteivorsitzenden 1993 (im Untersuchungszeitraum) der einzige Fall, in dem ein Mitgliedervotum bemüht wurde, noch dazu wurde sein Ergebnis mit dem „Putsch“ Oskar Lafontaines gegen Scharping zwei Jahre später von einem Tag auf den anderen zu Makulatur.[299] Mitgliedervoten zu Kanzler:innenkandidaturen und Sachfragen gab es bis 1998 ebenso nicht. Die Hürden, solche Urwahlen zu initiieren, sind vergleichsweise hoch, und durch ihr Vorschlagsrecht bei Mitgliederentscheiden wurde die Macht der Parteispitze sogar eher gestärkt.[300]

Politik für die vielen, nicht für den Einzelnen: das Selbstverständnis als Programmpartei

Mit dem Streitpunkt der Repräsentativität und Legitimität politischen Handelns war darüber hinaus die Frage verbunden, für wen eigentlich Politik gemacht werden soll: Nur für diejenigen, die ihre spezifischen, individuellen Interessen durchsetzen wollten, also für die „Betroffenen“? Oder, im Sinne einer Volkspartei, für jeden in der Bundesrepublik? Letzteres erforderte, einzelne Ziele innerhalb eines gesamtpolitischen Kontextes betrachten zu müssen. Die Frage „Kernkraftwerke ja oder nein“ könne man beispielsweise, so Klaus Matthiesen, nicht beantworten, ohne gleichzeitig auch das zu berücksichtigen, „was man mit dem ollen Marx den gesellschaftlichen Verteilungskampf nennt. […] Hat man dafür in Brokdorf oder Wyhl eine Antwort? Ich sage nein.“ Eine dauerhafte politische Zusammenarbeit mit den Bürger:inneninitiativen sei nicht möglich, denn ihnen fehle „eine einheitliche politische Theorie, ein gesamtgesellschaftliches Konzept“.[301]

Dahinter stand die Ablehnung des *Single-issue*-Prinzips in der Umweltbewegung. Nach der, aus der Sicht vieler in den neuen sozialen Bewegungen, gescheiter-

1986 die Koalition mit der SPD aus, nachdem die SPD in vielen Sachentscheidungen vermeintlich gegen die Koalitionsvereinbarung verstoßen habe. Die Entscheidung über einen Verbleib oder ein Aufkündigen der Koalition wurde der nächsten Kreismitgliederversammlung überlassen. Vgl. AdsD, LV Hessen III, SPD-Unterbezirke Hessen ab 1985 Vereinbarungen/Koalitionen mit anderen Parteien, Illona Geupel an die SPD-Fraktion im Kreistag Wetterau, 12. 5. 1986.

299 Conradt, Campaign, S. 4 f.; Braunthal, SPD, S. 20.

300 Jun, SPD, S. 481–483. Voraussetzung für die Einrichtung einer Urwahl auf Bundesebene ist ein entsprechender Parteitagsbeschluss, ein mit Dreiviertelmehrheit gefasster Beschluss des Parteivorstandes, ein Antrag von zwei Fünfteln aller Bezirksvorstände oder ein Antrag von 10% aller Mitglieder. In Landesverbänden wurden plebiszitäre Instrumente häufiger angewendet (bislang 19 Mal). Vgl. auch ders., Innerparteiliche Demokratie, S. 940 f., 946–950; ders., Innerparteiliche Reformen, S. 219 f.

301 Matthiesen, SPD-Linke, S. 24 f.

ten Utopie der „großen gemeinsamen Sache" in der Boom-Gesellschaft war das *Single-issue-Prinzip* ein Resultat der „individualisierte[n] Versuche postmaterialistischer ‚Selbstverwirklichung'",[302] wie sie auch in der Umweltbewegung dominant waren. Die Ablehnung dieses individualisierten Politikverständnisses durch die SPD äußerte sich gegenüber den Grünen in den immer wieder zu lesenden Hinweis darauf, dass sie erst einmal zu einer „Partei" werden müssten, wenn sie Verantwortung übernehmen wollten. Der Parteibegriff wurde stark gegen den der Bewegung kontrastiert. Mit Letzterem verbanden insbesondere traditionelle SPD-Mitglieder die Vorstellung, dass eine politische Gruppierung ohne Rücksicht auf die Mehrheit des Volkes ihre Einzelinteressen durchzusetzen versuche. In letzter Konsequenz führe das grüne Politikmodell, so Willy Brandt, zu einem „Wildwuchs von Partikularinteressen", der den Blick auf das Machbare verstelle.[303] Die Sozialdemokratie verstand sich im Gegensatz dazu als Programm- und Konzeptpartei, immer darum bemüht, eine politisch-ideelle Gesamtidee zu entwickeln und die eigene Arbeit theoretisch zu begründen.[304] Die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen hingegen konstituierten sich meist, so ein oft zu lesender Vorwurf, aus der Überlegung heraus, *gegen* etwas zu sein. Sozialdemokratische Politik würde sich jedoch, so Oskar Lafontaine, dadurch definieren, *wofür* man sei. Die „neuen Bewegungen" seien „zu stark und zu einseitig protestmotiviert".[305]

Die Forderung nach einer „Parteiwerdung" der Grünen war deswegen eine der wohl am häufigsten von Sozialdemokrat:innen erhobene und in der Umweltbewegung selbst eine hochkontrovers diskutierte.[306] Die hohe Komplexität politischer Entscheidungen ebenso wie das wechselvolle Tagesgeschäft seien demnach nur mit einem starken organisatorischen Überbau zu bewältigen, der unabhängig mache von den Stimmungsumschwüngen einer wankelmütigen Basis. Stellvertretend dafür standen die Ansichten Peter Glotz'. Der Bundesgeschäftsführer war zwar für sein grundsätzliches Verständnis gegenüber den gestiegenen Partizipationsforderungen bekannt,[307] bemühte sich aber gleichzeitig um eine beherzte Verteidigung des Konzepts der „Partei".[308] Die Grünen bräuchten, so Glotz, „eine Instanz, die es ermöglichen würde, Parteiloyalität zu organisieren. Die – wie die Grünen mei-

[302] Angster, Bundesrepublik, S. 131 f.

[303] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009471, Willy Brandt: Anregungen zur sozialdemokratischen Vertrauensarbeit, 20. 1. 1977, Bl. 4. Vgl. auch Siri, Parteien, S. 224.

[304] Mit Bezug auf den Auftrag der Grundwertekommission: Eppler, Vorbemerkung, S. 9.

[305] Lafontaine, Sozialismus, S. 34.

[306] Als Beispiele vgl. u. a. Scherer, Perspektiven, S. 356; Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 6. Ähnlich auch bei Bickerich, Oskar Lafontaine, S. 215–217.

[307] Glotz, Generation, S. 311. Dort wörtlich: „Der tägliche Betrieb in den Organisationsgliederungen grenzt Gegner von vornherein aus; der Wahlkampf bringt individuelle Übungen zur Mobilisierung der Mitglieder, die Parteitagsdebatte dient vor allem der Elitenauswahl, das Parlament fast immer der strategischen Konfrontation von Interessen." Ähnlich: ders., Staat, S. 486.

[308] Vgl. Tschirschwitz, Kampf, S. 411 f. Vgl. auch Glotz, Kampagne, S. 127: „[Die SPD] wird offen bleiben gegenüber den neuen sozialen Bewegungen, aber sie will auch eine Partei bleiben."

nen – verkrusteten Organisationsstrukturen meiner Partei machen die SPD zwar weniger ‚wendig‘, dafür aber wetterfester.“[309] Gerade wegen dieser mangelnden Organisation bleibe auch den Bürger:inneninitiativen nicht viel mehr als die Funktion des „agenda settings“,[310] da sie nicht nur über keine Legitimierung, sondern auch nicht über die strukturellen Voraussetzungen zur Wahrnehmung tatsächlicher politischer Aufgaben verfügten. Ähnliche Differenzen im Organisationsverständnis gab es auch seitens der Gewerkschaften.[311]

Der Kompromiss als Wesen der Realpolitik: Ablehnung der grünen Radikalität

Das Verhältnis von Radikalität, Kompromiss und Problemlösungswille im politischen Handeln und Sprechen war ein weiterer Punkt, bei dem sich die Partei SPD von der Bewegung der Grünen und Alternativen deutlich unterschied.[312] Deren Politikverständnis bewegte sich zunächst zwischen den Extremen „Apokalyptik und Eschatologie“.[313] Dies widersprach dem im Grundsatz realpolitisch ausgerichteten Politikkonzept der SPD, das Politik als „rationale[] Aushandlung und Ermöglichung des Machbaren“ verstand.[314] Sehr genau und zustimmend rezipierte die Parteiführung ein Gutachten des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg über die Grün-Alternative Liste (GAL), in dem es hieß, dass sich „ihre Attraktivität aus der kompromißlosen Anmeldung von Forderungen und dem Vorlegen von Problemlösungen [ergibt und damit] diese mit Maximierungsmodellen operierende neue sozialeBewegung [sic!] mit ihrem Absolutheitsanspruch das Funktionieren des parlamentarischen Systems in Frage“ stelle.[315] Anfang der 1980er-Jahre ließ die SPD-Führung die parlamentarische Praxis der Grünen in den Landesparlamenten gesondert beobachten, um ein genaueres Verständnis über deren Haltung zur parlamentarischen Demokratie zu gewinnen. Das unter anderem von Rudolf Scharping verfasste Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass die „Grünen […] den Akzent ihrer Politik auf Protest“ setzten, was zu einer „Vernachlässigung der Frage einer konkreten Umsetzung von Zielvorstellungen in politische Handlungsmöglichkeiten führe“.[316]

[309] Peter Glotz, Grüne Politik: Diskrepanz zwischen Diagnose und Therapie, in: die tageszeitung, 14. 5. 1985, S. 28 f., hier: S. 28. Ähnlich bei Maurer, Sozialdemokratie, S. 733 f. Vgl. auch Kufferath, Peter von Oertzen, S. 525.

[310] Vgl. Rucht/Roth, Soziale Bewegungen, S. 656.

[311] Vgl. Gassert, Gesellschaft, S. 180–183. Vgl. auch Rappe, Weg, S. 204–207.

[312] Vgl. Gassert, Gesellschaft, S. 272–274.

[313] Vgl. insb. Gebauer, Apokalyptik.

[314] Mende/Metzger, Ökopax, S. 128.

[315] AdsD, WBA, A 11.3, 49, Ernst Uhrlau: Neue Soziale Bewegungen im parlamentarischen System der Bundesrepublik, 10. 9. 1982, Bl. 1. Das Gutachten war eine Anlage zu einem Vermerk Peter Glotz' an Willy Brandt und Johannes Rau vom 29. 9. 1982, in dem Glotz das Papier als „äußerst instruktiv“ bezeichnete.

[316] Zit. nach [o. V.], „Von der sozialen Frage haben die Grünen keine Ahnung.“ Untersuchung zweier SPD-Politiker über die parlamentarische Praxis der Grünen/Alternativen, in: Frankfurter Rundschau, 12. 8. 1982, S. 9 f., hier: S. 9. Scharping war zu diesem Zeitpunkt Parla-

„Realpolitik" als Idee und Praxis war elementar für das sozialdemokratische Denken über Grünen und Umweltbewegung. Die Weichen für einen solch realpolitischen Zugriff wurden schon früh gestellt. Im Frühjahr 1978 waren Johano Strasser sowie das Duo Volker Hauff und Reinhard Störmer vom Parteivorstand gebeten worden, ihre Sicht auf den Aufstieg der Grünen Listen zu schildern. Die Unterschiede waren frappierend. Johano Strasser stellte sich vor allem grundsätzliche Fragen und interpretierte den Bedeutungszuwachs der Bürger:inneninitiativen als neuartiges Phänomen, das die Partei noch lange beschäftigen werde. Um das Vertrauen der Bürger:inneninitiativen zurückzugewinnen, müsse die SPD zunächst eigenes „Fehlverhalten korrigieren", „die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger" ausweiten und ein „integriertes Konzept entwickeln, das ökologische Vernunft mit sozialer Sicherheit und erweiterter Demokratie verbindet".[317] Hauff und Störmer hingegen fassten den praxisorientierten Ansatz zusammen, der die Linie der Parteiführung in den nächsten Jahren bestimmen sollte. Beide empfahlen, die Agitation der Grünen vor allem mit konkreten Schritten zur Verbesserung der Umweltsituation zu kontern. „Wer glauben will, energiepolitische und umweltpolitische Forderungen seien alleine mit Protestmärschen, Resolutionen, Flugblättern und Broschüren auch schon umgesetzt, täuscht seine Wähler." Den Bürger:innen müsse aufgezeigt werden, was die sozial-liberale Koalition schon alles für den Umweltschutz geleistet habe – detailliert listeten Hauff und Störmer die umweltpolitischen Leistungen der Regierungen Brandt und Schmidt auf.[318] Letztlich wurden beide Papiere redaktionell zusammengefasst und veröffentlicht, manche Teile wurden neu geschrieben. Die Grundlinie entsprach jedoch sehr viel mehr der Argumentation Hauffs und Störmers, viele Kritikpunkte Strassers wurden schlicht gestrichen.[319]

Spätestens in der Wende zu den 1990er-Jahren änderte sich der sozialdemokratische Blick auf die Grünen jedoch deutlich. Dies hing, wie bereits erwähnt, ganz unmittelbar mit dem pragmatischen Schwenk der Grünen und ihrer fortschreitenden Institutionalisierung zusammen. Vor allem ihr realpolitisch orientierter Flügel spürte schon in den 1980er-Jahren die Dilemmata, die aus einer konsequenten „Anti-Parteien-Haltung" entspringen konnten: Parteipolitik grundsätzlich abzulehnen, gleichzeitig aber effizient zu arbeiten, war kaum unter einen Hut zu brin-

mentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz. Er verfasste das Gutachten zusammen mit Joachim Hofmann-Götting, einem Mitarbeiter der Bund-Länder-Koordinierungsstelle der SPD-Bundestagsfraktion. Dieser Vorwurf durchzieht auch eine größtenteils von Hermann Scheer verfasste SPD-Broschüre von 1980, die sich kritisch mit den Grünen auseinandersetzt. Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Grün. Dort wird das grüne Programm als „Reise nach Utopia" bezeichnet, vgl. S. 2.

317 AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006292, Johano Strasser: Anmerkungen zum Verhältnis SPD/Bürgerinitiativbewegung, 26. 2. 1978, Bl. 7 f., 10.

318 AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006292, Volker Hauff/Reinhard Störmer: Entwurf des Papieres „Grüne Parteien" und die Antwort der SPD, April 1978, Bl. 5.

319 [o. V.], SPD und Umweltschutz, S. 1–11.

gen. Als „Partei wider Willen“[320] beziehungsweise als „Bewegungspartei“[321] gegründet, begannen die Grünen schrittweise, sich zu professionalisieren und eine eigene Parteibürokratie aufzubauen. Das zunächst außerparlamentarisch angelegte Engagement wurde immer mehr durch parlamentarisches Wirken ergänzt oder dadurch ersetzt.[322]

Dieser Prozess kostete jedoch Zeit, und er wurde in der SPD-Parteizentrale genau beobachtet. In den 1980er-Jahren wurden SPD-interne Schilderungen von Grünen-Parteitagen gerne noch mit Feststellungen über die „Esoterik des Diskussionsablaufs“ garniert[323] oder nur notdürftig das Erstaunen kaschiert, dass „von Chaos nichts zu merken“ sei, der Parteitag „in für grüne Verhältnisse sehr geordneten Bahnen“ verlief[324] und die „Subkultur der Latzhosen und Wollsackträger […] nicht mehr dominant“ sei.[325] In den Berichten über die grünen Bundesdelegiertenversammlungen nach 1990 dominierte hingegen eine aufgeschlossenere Sicht. Die Zeiten, in denen grüne Abgeordnete Schlabberpullis trugen und Topfpflanzen in den Plenarsaal schleppten, war zu Ende.[326] Dementsprechend ließen sich in den Berichten immer häufiger anerkennende Worte über diese „weitere Professionalisierung“ finden.[327] Sowohl programmatisch als auch kulturell wurden immer größere Schnittmengen erkannt:

„Die Grünen sind zu einer Partei der linken Mitte geworden […]. In ihrer Begrifflichkeit schlägt sich ein Konzept ‚kleiner Schritte‘ durch. Wähler/Anhänger haben sich verändert: wollen keine ‚one-Issue‘-Partei mehr und wollen ebenfalls keine radikalen Sprüche mehr. Die linken Grünen werden immer stärker ‚traditionssozialdemokratisch‘; ein Teil der Realos sind Modernisierer, wie sie auch in der SPD vorhanden sind. […] Der Parteitag der Grünen verlief insgesamt unaufgeregt, konstruktiv und erfolgsorientiert. Es war im Grunde ein gelungener ‚sozialdemokratischer‘ Parteitag.“[328]

So war der „Wandel des Politischen“ – sowohl in Bezug auf verbreiterte Partizipationschancen innerhalb des politischen Systems als auch mit Blick auf innerparteili-

320 Vgl. Raschke, Grüne, S. 33 f.; Engels, Politischer Verhaltensstil, S. 201 f. Vgl. zu den Organisationsreformen in den 1990er-Jahren, in deren Zuge das Rotationsprinzip abgeschafft wurde, u. a. Probst, Grüne (2013), S. 522; Recker, Parlamentarismus, S. 145.

321 von Winter, Parteien, S. 399.

322 Diesen Prozess positiv wertend, als Integration großer Teile der Protestbewegungen in die (partizipativ erweiterte) repräsentative Demokratie: Milder, Protest, S. 150 f.

323 AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011155, Gert Keil: Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen in Hagen vom 12.–14.11, 15. 11. 1982, Bl. 2.

324 [o. V.], Bundesversammlung, S. 49 (mit Bezug auf den Grünen-Parteitag im Mai 1986 in Hannover).

325 AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011146, Gert Keil an Peter Glotz, 10. 12. 1984, Bl. 1. Darin: Vermerk über die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 7. bis zum 9. 12. 1984 in Hamburg.

326 Heidemeyer, Bewegung, S. 96. Zur allgemeinen Professionalisierung der Grünen-Fraktion vgl. Kraatz, Einleitung, S. 38*.

327 AdsD, SPD-Parteivorstand/Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, Bündnis 90/Grüne, 2/PVEL000130, Malte Ristau: Bericht über den Bundesparteitag der Grünen vom 1. bis 3. 3. 1996 in Mainz, 4. 3. 1996, Bl. 5.

328 AdsD, SPD-Parteivorstand/Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, Bündnis 90/Grüne, 2/PVEL000130, Malte Ristau: Bericht über den Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Suhl vom 29.11. bis 1. 12. 1996, Dezember 1996, Bl. 1.

che Entscheidungsmechanismen – auf lange Sicht weniger umfassend, als es scheint. Das zeigte sich bei der SPD, aber auch bei ihren grünen Antipoden. Zwar brachten die Grünen neue Impulse ins politische System, doch rangen sie erstens in vielen Fällen selbst mit ihren basisdemokratischen Prinzipien. Alleine durch die Tatsache ihrer Mitarbeit im Bundestag entwickelten sich schon in den 1980er-Jahren viele grüne Abgeordnete zu „pragmatischen Mitspielern auf der politischen Bühne".[329] Eine Nebenfolge der zunehmenden Beteiligung der Grünen an kommunalen Regierungen in den 1980er- und 1990er-Jahren war zudem, dass sich das „imperative Mandat" für den politischen Alltag zunehmend als impraktikabel herausstellte.[330] Ohne es ursprünglich gewollt zu haben, führten die Folgen der „Systemkritik" der neuen sozialen Bewegungen und der Grünen sowie deren Entwicklung letztlich dazu, die parlamentarische Demokratie sogar noch zu festigen.[331] Dies war zweitens ein Prozess, der aktiv von der SPD eingefordert wurde: Sie machte ein Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie und zum Parlamentarismus zu nicht verhandelbaren Voraussetzungen für mögliche Kooperationen; ähnlich, wie sie es in den 1990er-Jahren auch mit der PDS tat.[332] Damit war die Forderung verbunden, sich möglichst von jeglicher Radikalität in der Bewegung zu distanzieren. Drittens war der Einfluss dieses „Wandels" auf etablierte politische Akteurinnen wie die SPD eher überschaubar. Willy Brandts Slogan, man müsse „mehr Demokratie wagen", wurde zwar immer wieder als Anknüpfungspunkt für die Partizipationsforderungen in der Umweltbewegung bemüht.[333] Dennoch konnten substanzielle Unterschiede im Partizipations- und Repräsentationsbegriff zwischen SPD und Umweltbewegung nie überbrückt werden.[334]

[329] Heidemeyer, Bewegung, S. 84.
[330] Salomon, Chefsessel, S. 19.
[331] Langewiesche, Parlamentarismus, S. 74.
[332] Holzhauser, Nachfolgepartei, S. 167.
[333] Roth/Rucht, Einleitung, S. 23.
[334] Vgl. dazu auch Gassert, Partizipatorische Demokratie, S. 199 f.

IV. Opposition durch Ökologisierung 1982–1988/89

1. „Die ökologische Modernisierung ist das zentrale Reformanliegen der SPD." Sozialdemokratische Umweltpolitik zwischen ökologischer und ökonomischer Krise

„… dann stirbt der Wald, und Du bist weg." – Oppositionsstrategien in umweltpolitisch bewegten Zeiten

In der Endphase der sozial-liberalen Koalition hatten die Vertreter:innen eines neuen, qualitativen Wachstumsbegriffs immer mehr Unterstützung für eine grundlegende Umgestaltung sozialdemokratischer Wirtschafts- und Wachstumspolitik gewinnen können. Wie diese genau aussehen und kommuniziert werden sollte, war aber noch nicht klar. Was sich vor 1982 immer deutlicher abzeichnete und sich auch in den Augen der Beteiligten zu einer „Zerreißprobe" für die Partei zu entwickeln drohte,[1] konnte erst mit dem Verlust der Regierungsverantwortung 1982 zum Durchbruch kommen: eine konzeptionell geplante Ökologisierung der sozialdemokratischen Programmatik in den 1980er-Jahren, in der Zeit des „großen Booms" der Umweltpolitik und des „grünen Sonderweges" in Deutschland.[2] Nach dem Ende der Schmidt-Regierung wurde der „ökologische und soziale Umbau der Industriegesellschaft" zu einem „hegemonialen Diskurs" in der Partei.[3] Die SPD versuchte sich dabei aber nicht an einer einseitigen Annäherung an eine grüne „Anti-Industriestimmung",[4] sondern an einem programmatischen Spagat zwischen ökologisch-wachstumskritischen Strömungen und einer arbeitnehmer:innenfreundlichen Wachstumspolitik. Was der neue umweltpolitische Kurs der 1980er-Jahre leisten sollte, war eine Versöhnung der verschiedenen Parteiflügel in der Wachstums- und Umweltfrage, ein Sowohl-als-auch in der Bewertung wirtschaftlichen Wachstums und technischen Fortschritts.[5]

[1] Ehmke, Mittendrin, S. 290. Vgl. ferner Heimann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 2040.

[2] Vgl. Uekötter, Deutschland, S. 216 f.; ders., Ende, S. 15.

[3] Vgl. dazu maßgeblich Nawrat, Überraschungscoup, S. 32–34.

[4] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, Für eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, Juli 1985, Bl. 26.

[5] Seefried, Partei, S. 218–220; Gebauer, Richtungsstreit, S. 218–231; Grebing, Geschichte, S. 194 f. Dies galt nicht nur für das Umweltthema, sondern generell für die Anpassung der Partei an den „Wandel des Politischen" bei gleichzeitiger Wahrung eigener Traditionslinien. Vgl. am Beispiel der Frankfurter SPD Meyer, Tradition, insb. S. 57 f.

Dies war bereits unmittelbar nach dem Ende der Kanzlerschaft Schmidts erkennbar. Der Oppositionswahlkampf unter dem neuen Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel im Frühjahr 1983 war der erste, der umweltpolitische Forderungen gleichberechtigt neben wirtschafts-, sozial- und außenpolitische stellte. Der bisherige Kurs unter Helmut Schmidt wurde darin „regelrecht herumgedreht".[6] Bereits im November 1982 erarbeitete die Ökologie-Kommission beim Parteivorstand ein Papier „Umwelt: Wege in der Gefahr", in dem eine Verbindung von Arbeitsmarkt- und Umweltschutzpolitik als „Leitlinie der Politik der Sozialdemokraten für die kommenden Jahre" empfohlen wurde.[7] Auf dem Dortmunder Wahlparteitag im Januar 1983 kündigte Vogel an, dass ein sogenanntes „Notprogramm zur Rettung des Waldes" und die sofortige Inkraftsetzung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Teil seines 100-Tage-Regierungsprogrammes sein werden, ebenso wie die Schaffung eines Umweltministeriums.[8]

Das Regierungsprogramm definierte ferner eine gezielte Wachstumspolitik im Bereich der Umweltschutztechnologien, einen verbesserten Gewässerschutz, schärfere Bestimmungen in der Luftreinhalte- und Chemiepolitik, ein Verwertungsgebot in der Abfallpolitik sowie einen langfristigen Verzicht auf die Kernenergie als zukünftige Schwerpunkte sozialdemokratischer Umweltpolitik. Die Partei warb gar in einem eigens dem „Waldsterben" gewidmeten Werbespot für sich und warnte darin: „… dann stirbt der Wald, und Du bist weg."[9] Vogel zog in der Ausarbeitung des Regierungsprogramms die Hilfe Klaus Michael Meyer-Abichs, Leiter der Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie der Universität Essen (AUGE), heran, der detaillierte Vorschläge für die umwelt- und energiepolitischen Teile des Programms vorlegte und der Wiederherstellung des „Frieden[s] mit der Natur" höchste Priorität einräumte. Eine doppelte Zielsetzung dieser umweltpolitischen Neupositionierung war darin schon mitgedacht, denn der Umweltschutz sei „eine der Antriebskräfte des qualifizierten Wachstums. Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern gibt diesen auch eine sinnvolle Aufgabe."[10]

Die SPD verlor zwar die Bundestagswahl, das bot ihr allerdings die Gelegenheit, nun frei vom Kompromiss- und Loyalitätszwang der Schmidt-Jahre systematischer an einer ökologischen Profilierung aus der Opposition heraus zu arbeiten.[11] Sie musste dies auch, denn es kam ein unmittelbarer parlamentarischer Druck

[6] Glotz, Kampagne, S. 259. Vgl. ferner Vogel, Nachsichten, S. 174 f.; Potthoff/Miller, Geschichte, S. 291; Hofschen/Kremer, Krisenmanagement, S. 94 f.

[7] AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Volker Hauff an Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz, 12. 11. 1982. Dort im Anhang: Papier der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand zum Thema „Umwelt: Wege in der Gefahr". Zitat Bl. 3.

[8] Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1983, S. 65.

[9] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Regierungsprogramm 1983, S. 37–44; AdsD, Film-, Video- und Tonsammlung, 6/AVM00000157, SPD-Wahlwerbespot „… dann stirbt der Wald, und Du bist weg" für die Bundestagswahl 1983.

[10] AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000467, 8 Thesen zur Umweltpolitik von Klaus Michael Meyer-Abich für Hans-Jochen Vogel, 28. 11. 1982, Bl. 1, 3.

[11] Vgl. Potthoff/Miller, Geschichte, S. 287 f.

hinzu, umweltpolitisch aktiv zu werden – die Grünen waren erstmals in den Bundestag eingezogen. Ökologische Themen gewannen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion schlagartig an neuem Gewicht. Bereits kurz nach der Wahl ergriff die Fraktion die Initiative und bediente sich dabei des zu dieser Zeit wohl am breitesten diskutierten umweltpolitischen Themas: des Waldsterbens. Die Drohkulisse des „sterbenden Waldes" hatte sich seit 1979 zur „Chiffre für die ökologischen Sünden des Industrialismus schlechthin" entwickelt.[12] Die Warnungen vor einem Absterben des deutschen Waldes innerhalb weniger Jahrzehnte, verursacht durch die Bildung „Sauren Regens" in Folge einer chemischen Reaktion der Luftschadstoffe, vor allem Schwefeldioxids, mit dem Wasser in der Atmosphäre, fügte sich nahtlos in die ökologischen Krisendiskurse seit den 1970er-Jahren ein. Die neue Regierung war in dieser Frage also leicht anzugreifen, trotz der unter Schmidt vorbereiteten, aber erst unter Kohl verabschiedeten Großfeuerungsanlagenverordnung, die den Einbau von Entschwefelungsanlagen in Industrieanlagen vorschrieb. Der neue Fraktionsvorsitzende Vogel hatte die Waldsterbensdebatte daher schnell als eine der zentralen innenpolitischen Arenen der kommenden Jahre identifiziert und bereits während des Wahlkampfes konstatiert: „Wenn's um die Bäume geht, da kriegen wir eine Volksbewegung."[13]

Die Bundestagsfraktion beantragte ein sogenanntes „Notprogramm gegen das Waldsterben". Die bisher ausgestoßenen Schadstoffe und insbesondere der Schwefelgehalt bei Kohle und Öl sollten auf ein Drittel der aktuellen Belastung reduziert werden. In der Kohleverbrennung sollten neue Techniken wie die Wirbelschichtfeuerung eingesetzt und die Umrüstung bestehender Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen vorangetrieben werden, ebenso wie der Ausbau des Netzes von Kraftwerken in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und des Fernwärmenetzes. Die Großfeuerungsanlagenverordnung sollte auf weitere Anlagentypen ausgedehnt, die Immissionsgrenzwerte für Altanlagen verschärft und ein Entwurf für ein Schwefelabgabegesetz ausgearbeitet werden. Die Stromverbraucher:innen sollten durch einen sogenannten „Waldpfennig" einen Beitrag zur Umrüstung alter Anlagen leisten. Darüber hinaus sollten die Kfz-Abgasgrenzwerte drastisch verschärft und europaweit bleifreies Benzin eingeführt werden.[14] Noch im gleichen Jahr verabschiedete die Kohl-Regierung tatsächlich ein Aktionsprogramm „Rettet den Wald", das in vielen Punkten mit dem SPD-Konzept übereinstimmte. So wurde die TA Luft zwei Mal novelliert, ebenso wie das Bundesimmissionsschutzgesetz. Ferner wurden bis 1992 450 Millionen DM für weitere Forschungen über die Ursachen des Waldsterbens bereitgestellt.[15]

[12] Uekötter, Deutschland, S. 153. Ähnlich auch bei Biess, Republik, S. 383.

[13] Zit. nach Uekötter/Kirchhelle, Seveso, S. 327. Vgl. ferner Reinhardt, Aufstieg, S. 232. Grundlegend zur Waldsterbensdebatte: Metzger, Wald. Vgl. ferner von Detten, Umweltpolitik; insb. S. 226–228, 238, 251 f.

[14] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/35, Antrag der Fraktion der SPD, Notprogramm gegen das Waldsterben, 28. 4. 1983.

[15] Vgl. Metzger, Wald, S. 439–458; von Detten, Umweltpolitik, S. 239 f., 258 f.; Biess, Republik, S. 390.

Umweltschutz als Querschnittsaufgabe: das Projekt der „ökologischen Modernisierung"

Das sozialdemokratische „Notprogramm" bildete den Auftakt für eine kaum zu überblickende Fülle umweltpolitischer Aktivitäten, die verschiedenste Parteikreise und -ebenen einschlossen. Insbesondere die Jahre 1983 bis 1986 waren geprägt vom Bemühen, ein genuin sozialdemokratisches Verständnis von Umweltpolitik zu erarbeiten, das über die Einzelthemen Waldsterben und Energiepolitik hinausging. Zentral war dabei der Gedanke, die Umweltpolitik nicht als ein isoliertes Politikfeld zu begreifen, sondern als Querschnittsaufgabe unter Einschluss der Wirtschafts-, Chemie-, Abfall-, Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik.

Unter dem Stichwort der „ökologischen Modernisierung" definierte die SPD ein Verständnis von Umweltpolitik, das darauf abzielte, Umweltschutz als ein präventives Prinzip zu verstehen. Sie griff damit einen Begriff auf, der vom Politikwissenschaftler Martin Jänicke eingeführt worden war. Jänicke saß zwar Anfang der 1980er-Jahre für die Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, war aber ebenso ehemaliges SPD-Mitglied.[16] Seine Konzepte versprachen also die gesuchte Verbindung von ökologischen mit klassisch-sozialdemokratischen Anliegen. Jänicke betonte die Bedeutung neuer Technologien und einer sparsameren Nutzung von Rohstoffen zur vorsorgenden Schonung der Umwelt, aber auch zur Steigerung des ökonomischen Outputs im Sinne eines „ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens" durch „Instrumentalisierung ökonomischer Interessenlagen".[17] Anknüpfungspunkte bestanden in den Debatten, die in der SPD seit dem Parteitag 1975 unter dem Schlagwort der „Modernisierung der Volkswirtschaft" geführt wurden. So forderten Fritz Scharpf oder Volker Hauff schon in den 1970er-Jahren die Förderung neuer Basisinnovationen und Technologien, um die Wachstumsstagnation in der Industrie zu überwinden.[18]

Aufbauend auf den Ideen Jänickes sollte nach den Plänen der Partei eine durchgehend nach dem Vorsorgeprinzip aufgebaute Produktions-, Wirtschafts- und Energieversorgungsstruktur geschaffen werden, die eine rein nachsorgende Umweltpolitik ersetzt. Der Umweltschutz sollte damit sein Nischendasein innerhalb der SPD-Programmatik verlassen: „Die ökologische Modernisierung ist zentrales Reformanliegen der SPD."[19] Konkret bedeute dies: „*Umweltpolitik muß in Zukunft Erneuerung der Industriegesellschaft sein.* […] Wir wollen eine ökologisch angepaßte Produktionsstruktur schaffen, bei der mit geringerem Verbrauch von Umweltgütern, geringerem Landschafts- und Energieverbrauch und bei geringerem Abfallvolumen Besseres und Sinnvolleres produziert wird."[20] Dieser umfassende,

[16] Seefried, Zukunft, S. 285.
[17] Vgl. Jänicke, Ökologische Modernisierung, insb. S. 23 f.; Seefried, Partei, S. 222 f. Vgl. ursprünglich Jänicke, Prävention. Vgl. auch Metzger/Bemmann/von Detten, Ökologische Modernisierung.
[18] Hauff/Scharpf, Modernisierung. Vgl. auch Geyer, Rahmenbedingungen, S. 65 f.
[19] Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 4.
[20] Ebenda, S. 3. Hervorhebung im Original.

integrale Ansatz war in der Grundtendenz nicht mehr weit entfernt vom „Umbauprogramm" der Grünen, das ebenfalls auf eine industrielle Umstrukturierung des bestehenden Systems unter ökologischen Vorzeichen aus war und sich zum Ziel setzte, ökonomische, soziale und ökologische Anliegen miteinander zu verbinden.[21]

In diesem programmatischen Erneuerungsprozess der SPD verbanden sich Initiativen auf Bundes- und Landesebene miteinander und bestärkten sich gegenseitig. 1983 brachte das Hessische Landesministerium für Landesentwicklung, Landwirtschaft und Forsten unter Karl Schneider ein Programm namens „Arbeit und Umwelt" auf den Weg.[22] Dem lagen drei Kerngedanken zugrunde: Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung dürften die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen nicht verletzen, die Ziele des Programms müssten nicht nur ökologisch, sondern auch gesellschaftlich und volkswirtschaftlich sinnvoll sein und daher müssten die Maßnahmen schnell zur Schaffung neuer oder Erhaltung bedrohter Arbeitsplätze führen. Durch Investitionen in den Ausbau des Gewässerschutzes und des Kläranlagenbaus, in Abgasentschwefelungsanlagen, ein Programm zur Ausrüstung von Neuwagen mit Katalysatoren, Schallschutzfensterprogramme, den Ausbau von Müllverbrennungsanlagen und des KWK-Netzes sowie Förderprogramme zur Wärmedämmung, durch eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes und von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie eine Verbesserung des Naturschutzes sollte ein „umweltverträgliches und zukunftsorientiertes Wachstum [ent]stehen, [das] zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit leisten [kann]." Auf diese Weise sollten, auf die Bundesrepublik hochgerechnet, innerhalb von 15 bis 20 Jahren 635 000 Arbeitsplätze entstehen. Durch Multiplikator-Effekte könnte sich diese Zahl auf 760 000 erhöhen. Dafür sollten jährlich rund 40 Milliarden DM investiert werden, die sich die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand teilen sollten, wobei der staatliche Anteil vor allem durch verschiedene Abgabeaufkommen und Mittelumschichtungen aufgebracht werden sollte.[23]

In enger Anlehnung an die hessischen Pläne trieben verschiedenste Gremien nun auch auf Bundesebene eine systematische Verknüpfung der Umwelt- mit der Wirtschaftspolitik voran. Im Dezember 1983 formulierte die Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik unter der Leitung Herbert Ehrenbergs ein arbeitsmarktpolitisches 15-Punkte-Programm, in dem der Vorschlag einer Umweltabgabe zur Finanzierung eines Sondervermögens für Umweltschutzmaßnahmen in Höhe von zehn Milliarden DM formuliert wurde. Die Kommission konkretisierte dabei

[21] DIE GRÜNEN (Hrsg.), Umbau. Vgl. ferner Heidemeyer, Grüne, S. XXXI f.; Probst, Grüne (2013), S. 526.

[22] Schneiders Chef, der Ministerpräsident Holger Börner, soll davon jedoch „nicht ganz so begeistert" gewesen sein. Vgl. Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

[23] Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten – Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit – (Hrsg.), Arbeit und Umwelt, S. 22. Vgl. auch Oelsner, Arbeit, S. 198–200.

die Idee eines sogenannten „Sondervermögens", die die Bundestagsfraktion im Juni 1983 ins Spiel gebracht hatte.[24] Im Juli 1984 legte diese dem Bundestag erstmals einen Antrag „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" vor. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sollten privaten wie öffentlichen Unternehmen über zehn Jahre hinweg jährlich 18 Milliarden DM durch zinsvergünstigte Kredite und verlorene Zuschüsse bereitgestellt werden. 1987 wurde die geforderte Förderhöhe auf 23 Milliarden DM erhöht. Ermöglicht werden sollten dadurch Investitionen zur Sanierung bestehender Altlasten und Mülldeponien, zur Weiterentwicklung des Abfallsystems, für zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen im Gewässerschutz, in der Wasserversorgung, für eine ressourcensparende Energieversorgung (zum Beispiel Ausbau der KWK und der Fernwärme und Wärmedämmungsmaßnahmen), in der Luftreinhaltung (zum Beispiel Entwicklung verbesserter Abgasreinigungsverfahren) sowie im Lärm- und Naturschutz.

Die Förderwürdigkeit eines Vorhabens sollte anhand dreier Kriterien bestimmt werden: der ökologischen Dringlichkeit, der technischen Realisierbarkeit und der damit verbundenen ökonomischen Synergieeffekte. Finanziert werden sollte das Kreditprogramm zunächst durch einen sogenannten „Umweltpfennig", einen steuerlichen Zuschlag auf Mineralölprodukte (zwei Pfennig pro Liter Benzin, Diesel und Heizöl), Strom (ein halber Pfennig pro Kilowattstunde) und Erdgas (zwei Pfennig pro Kubikmeter), der jährlich 4,7 Milliarden DM einbringen sollte. Damit blieb insgesamt eine Belastung der öffentlichen Haushalte von knapp 38 Milliarden DM übrig. Die aus Mitteln des Sondervermögens geleisteten Investitionen sollten in der Summe 400 000 neue Arbeitsplätze schaffen.[25] Dieses beschäftigungspolitische Argument war umso schlagender, als im Januar 1984 die Arbeitslosigkeit mit 10,2% auf den höchsten Stand seit 30 Jahren geklettert war.[26] Die Wahrnehmung einer ökonomischen Krise unter der Regierung Helmut Kohls war für die umweltpolitische Neupositionierung der SPD ebenso entscheidend wie die Umweltkrise.[27]

Dieser parlamentarische Vorstoß wurde zeitgleich um eine grundsätzliche Ausrichtung der Parteiarbeit auf die Ziele der „ökologischen Modernisierung" ergänzt. 1984 hatte der Essener Parteitag den Bericht der Ökologiekommission „Frieden mit der Natur – für eine umweltfreundliche Industriegesellschaft" als Leitlinie für die zukünftige sozialdemokratische Umweltpolitik beschlossen und den Parteivorstand aufgefordert, ein entsprechendes Programm zur Umsetzung

[24] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 77, 122.

[25] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1722, Antrag der Fraktion der SPD, Sondervermögen „Arbeit und Umwelt", 5. 7. 1984. Vgl. ferner AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011144, Hans Apel, Volker Hauff und Wolfgang Roth: Internes Konzeptpapier „Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" – Ein Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft", 2. 4. 1984; Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 6.

[26] Vgl. Süß, Sieg, S. 117.

[27] Zur Gleichzeitigkeit ökologischer und ökonomischer Krisendiagnosen bei der Neuausrichtung der SPD-Umweltpolitik vgl. Lieb, Ökologische Modernisierung, insb. S. 85 f., 92 f.

des Kommissionsberichtes zu erarbeiten.[28] In der zweiten Jahreshälfte 1984 begannen im Parteipräsidium und im Parteivorstand daher Planungen für eine sogenannte „Öko-Kampagne" für das Jahr 1985. Der ursprüngliche Vorschlag Volker Hauffs, eine Kampagne zum Thema Waldsterben aufzulegen, wurde vor allem auf Initiative Johannes Raus aufgrund der „thematische[n] Verengung" auf das Waldthema abgelehnt. Rau merkte ferner an: „Das in Meinungsumfragen festgestellte Defizit der SPD in Sachen Umweltschutz rührt [unter anderem] aus […] der ideologisierten Debatte um Arbeit und/oder Umwelt." Gerade um diesen vermuteten Gegensatz aufzuheben, sei eine breiter angelegte Kampagne zu verfolgen, die den Umweltschutz mit einer Politik der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbindet.[29]

Als Volker Hauff im September 1984 jene Kampagne „Arbeit und Umwelt" vor der Bundespressekonferenz vorstellte, präsentierte er die sogenannten „Zehn Gebote ökologischer Modernisierung", die eine umfassende Integration des Vorsorge- und Verursacherprinzips auf allen Politikebenen gewährleisten sollte und an sozialdemokratische Regierungen in Ländern, Städten und Kommunen gerichtet war. Demnach sollte die Luftreinhaltung zu einem zentralen Ziel erhoben, Energie zukünftig besser genutzt, das umweltfreundliche Auto entwickelt, der Flächenverbrauch reduziert, die Abfallmenge und die Schadstoffbelastung der Gewässer drastisch vermindert werden sowie die Chemieindustrie und die Agrarindustrie zukünftig möglichst schadstofffrei arbeiten.[30] Der Appell blieb nicht ungehört: In der Folge bemühten sich verschiedenste Parteigremien um eine Integration der „ökologischen Modernisierung" in ihre programmatischen Vorstöße. Im November 1985 stellte sogar die wirtschafts- und finanzpolitische Kommission beim Parteivorstand ihren Programmvorschlag unter das Motto „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern".[31] Flankiert wurde dies durch ein zunehmendes Engagement der Gewerkschaftsbewegung. 1985 erarbeitete der DGB-Bundesvorstand ein Investitionsprogramm unter der Leitmaxime „Umweltschutz und qualitatives Wachstum" in Höhe von 50 Milliarden DM, parallel dazu entwickelte die IG Bau Steine Erden ein ähnliches Konzept.[32] Die Gewerkschaften sowie die traditionellen arbeitnehmer:innenorientierten SPD-Kreise waren also nicht nur, wie gelegentlich immer noch behauptet wird, die „Hauptbedenkenträger gegenüber einer qualitativen Wachstumsideologie".[33] Vielmehr versuchten beide, durchaus erfolgreich, die Ökologisierung der SPD-Programmatik in ihrem Sinne mitzuprägen.

[28] Vgl. Umweltpolitik. Initiativantrag 24, in: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1984, S. 178.

[29] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000316, Überarbeiteter Entwurf der Präsidiumsvorlage von „Arbeit und Umwelt" durch Johannes Rau, 30. 8. 1984, Bl. 2.

[30] AdsD, SPD-Parteivorstand, Stellvertretender Vorsitzender Johannes Rau, 2/PVDF0000268, Rede Volker Hauffs vor der Bundespressekonferenz zur Vorstellung der „Kampagne Umwelt und Arbeit – Zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft" der SPD, 17. 9. 1984.

[31] Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Wirtschaft.

[32] DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltschutz; Oelsner, Arbeit, S. 203 f., 216 f., 222.

[33] Jun, SPD, S. 478.

Im Juni 1986 stellte Volker Hauff ein sogenanntes „Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft" der Bundestagsfraktion vor, das große Schnittmengen mit den Konzepten des DGB aufwies. Das Arbeitsprogramm sah ein kaum zu überblickendes Maßnahmenbündel vor: Neben das „Sondervermögen" traten Forderungen nach Maßnahmen zur Luftreinhaltung (zum Beispiel Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung und der TA-Luft, Prüfung einer Luftschadstoffabgabe), zum Wasser- und Bodenschutz (zum Beispiel Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, effektivere Ausgestaltung des Abwasserabgabengesetzes, Maßnahmen zur Einschränkung des Bodenverbrauchs) und zum Naturschutz.[34] Nicht nur der hessische, auch andere Landesverbände und -regierungen arbeiteten entsprechende Konzepte und Investitionsprogramme aus.[35] Zahlreiche Bezirke und Unterbezirke, gar Ortsvereine, entwickelten „Arbeit und Umwelt"-Programme, Programme zur Verbesserung der Stadtökologie oder auch lokale Programme zur Verkehrsberuhigung oder zur Emissionsreduktion.[36]

Dem Arbeitsprogramm folgend, konzentrierte sich die umweltpolitische Arbeit der Bundestagsfraktion ab Mitte der 1980er-Jahre darauf, die dort formulierten Ziele in konkrete parlamentarische Initiativen einmünden zu lassen. Besonders deutlich zeigte sich das in der Abfall-, der Chemie-, der Wasserschutz- und der Verkehrspolitik. In der Abfallpolitik sollten die Vermeidung, dann die Wiederverwertung Vorrang vor der Entsorgung haben und auf der Grundlage dieser Prinzipien eine sogenannte „Umweltverträgliche Abfallwirtschaft" beziehungsweise eine „Wiederverwertungsgesellschaft" aufgebaut werden. Die Bundesregierung sollte verpflichtende Zielwerte zur Abfallvermeidung und -verwertung ausarbeiten, an denen sich Länder und Kommunen in ihren entsprechenden Abfallwirtschaftsplänen zu orientieren hätten. Auf bestimmte Problemstoffe sollte eine Schadstoffabgabe zur Finanzierung von Altlastensanierung und der Förderung von Recyclingtechnologien erhoben, die Verwendung von Einwegbehältnissen eingeschränkt und eine getrennte Abfallsammlung eingeführt werden. Zur Realisierung des Gebots der Abfallvermeidung wurde die Regierung aufgefordert, eine umfassende Kennzeichnungs-, Rücknahme- und Pfandpflicht einzuführen. Bestimmte nicht-wiederverwendbare oder nicht schadlos zu beseitigende Materialien sollten verboten werden.[37]

[34] Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 10 f. Vgl. auch AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Schlußbericht der Untergruppe „Umweltschutz und Recht", 21. 2. 1986. Die Umweltverträglichkeitsprüfung war schon 1971 im Rahmen des Umweltprogramms der sozial-liberalen Koalition vorgeschlagen worden, wurde aber aufgrund von Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Ministerien nicht eingeführt. Vgl. Pötzl, Stückwerk, S. 120 f.

[35] Z. B. in Bremen, vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 462.

[36] Vgl. Kap. V.3.

[37] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2601, Antrag der Fraktion der SPD, „Konzept für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft", 11. 12. 1984. Vgl. auch AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000287, SPD-Konzept „Von der Wegwerfgesellschaft zur Wiederverwertungsgesellschaft", 1985. Zur Abfallpolitik in Deutschland vgl. allgemein Köster, Hausmüll sowie zuletzt König, Wegwerfgesellschaft.

Die Überlegungen für eine „umwelt- und gesundheitsverträgliche" Chemiepolitik sahen eine Novellierung des Chemikaliengesetzes, eine Ausweitung des Verbotes bestimmter Gefahrenstoffe, eine Senkung von Schadstoffgrenzwerten in Lebensmitteln sowie eine bessere Berücksichtigung von chemischen Gefahren im Arbeitsschutzrecht vor. Anlässlich des Großbrandes auf dem Sandoz-Gelände in der Nähe von Basel 1986 und der darauffolgenden massiven Belastung des Rheins mit giftigen Pflanzenschutzmitteln ergänzte die Fraktion ihr Konzept um Forderungen nach einem verschuldensunabhängigen Haftungsrecht, erweiterten Kennzeichnungsvorschriften, einem generellen Verbot besonders gefährlicher Stoffe, schärferen Strafen für „Umweltsünder" sowie einer Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.[38] Letztere Idee kursierte parteiintern bereits Anfang der 1970er-Jahre, wurde dann aber zunächst nicht weiterverfolgt.[39] In verschiedenen gesetzlichen Initiativen zum Schutz der Flüsse und Meeresgewässer forderte die Partei zudem ein generelles Verbot von Abfallverklappungen und -verbrennungen, eine Ausweitung von Sonderschutzgebieten, eine Verschärfung der technischen Standards bei der Abwasserreinigung und der Einleitung nicht abbaubarer Schadstoffe sowie Verbote von Phosphaten, nicht abbaubaren Substanzen und bestimmten Pflanzenschutzmitteln. Durch eine progressive Ausgestaltung der Wassertarife sollten Anreize zum Wassersparen geleistet, die Abwasserabgabe kontinuierlich erhöht und ihr Anwendungsgebiet um weitere Gewässerschadstoffe ausgeweitet sowie Klärwerksanlagen umfassend modernisiert werden.[40]

Streit ums Tempo: eine neue Verkehrspolitik unter ökologischen Vorzeichen

Unter dem Eindruck der Waldsterbensdebatte waren Maßnahmen zur Eindämmung der Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxid durch den Autoverkehr ein weiterer zentraler Baustein des Konzepts der „ökologischen Modernisierung". Die Überlegungen sahen einen vielfältigen Mix aus ordnungsrechtlichen, infrastrukturellen und angebotsorientierten Maßnahmen vor, beispielsweise durch eine progressiv steigende steuerliche Begünstigung von unverbleitem Benzin und schärferen Luftschadstoffgrenzwerten nach dem jeweiligen „Stand der Technik". Die Abgasgrenzwerte sollten bis Anfang 1986 für Neuwagen so weit herabgesetzt

[38] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 346, 428, 433 f.; dies., Chronik Bd. 5, S. 21.

[39] Vgl. Brandt, Konsequenzen, S. 407. Der Begriff wurde nicht verwendet, dafür eine Umschreibung: „Vereinfacht dargestellt ließe sich denken, daß vor der Einleitung von Produktionen ein Gesamtplan durch das Unternehmen vorzulegen und von staatlicher Seite zu beurteilen wäre. Über Art und Inhalt des Produktionsverfahrens hinaus müßte dieser Plan umweltbezogene Maßnahmen enthalten […]."

[40] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1823, Antrag der Abgeordneten Müller [u. a.] und der Fraktion der SPD, Sofortprogramm zum Schutz des Wassers, 2. 8. 1984; AdsD, Duve, Freimut, Nordsee, 1/FDAA000004, Aktionsprogramm für die Nordsee, September 1983; AdsD, Duve, Freimut, Nordsee, 1/FDA000004, Forderungskatalog für die Internationale Nordseeschutz-Konferenz, 1984.

werden, dass eine Reduzierung der Schadstoffe um bis zu 90% möglich werde. Sollten dementsprechende Regelungen nicht, wie eigentlich vorgesehen, auf EG-Ebene beschlossen werden, empfahl die Bundestagsfraktion einen nationalen Alleingang.[41]

Dies entsprach bis zum Frühjahr 1984 im Grunde auch der Position der Bundesregierung. In der Folge wurde aber ein Thema besonders heiß diskutiert, das noch heute die Gemüter spaltet: ein mögliches Tempolimit auf Autobahnen. Angeheizt wurde die Debatte dadurch, dass auf europäischer Ebene über eine Einigung zur Reduzierung von Verkehrsemissionen verhandelt wurde. Gegen das Ziel der Bundesregierung, bis 1986 Abgasgrenzwerte nach amerikanischem Vorbild durchzusetzen, die die Ausrüstung von Neuwagen mit Katalysatoren und die Einführung bleifreien Benzins notwendig gemacht hätten, gab es innerhalb der EG erhebliche Widerstände, unter anderem vom Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien. Im Sommer bot die EG-Kommission bereits einen abgeschwächten Kompromiss an, und im September 1984 machte auch die Bundesregierung weitere Konzessionen: Nach ihren neuen Plänen sollten die neuen Grenzwerte erst ab 1988 beziehungsweise 1990 (für Kleinwagen) gelten.[42]

Angesichts dessen wurde – in der Bundesrepublik – als Alternative die Einführung eines Tempolimits diskutiert, um die Schadstoffe sofort absenken zu können. Die Bundesregierung initiierte aber lediglich einen „Großversuch" auf bestimmten Autobahnabschnitten ab November 1984. Deswegen, aufgrund der neu veröffentlichen Waldschadensberichte und da abzusehen war, dass es 1986 noch nicht zur Einführung von Katalysatoren kommen würde, wurden Geschwindigkeitsbegrenzungen öffentlich immer lauter gefordert. Wie sich die SPD dazu verhalten sollte, war jedoch trotz der Profilierung als Partei der „ökologischen Modernisierung" umstritten. Die Bundestagsfraktion war grundsätzlich für eine Geschwindigkeitsbeschränkung, die nordrhein-westfälische Landesregierung, das Parteipräsidium und auch die Kommunikationsabteilung des Parteivorstandes rieten aber von einer Festlegung auf ein Tempolimit ab, da dies die Partei in einen „Konflikt mit der klaren Mehrheit in der Bevölkerung" treibe.[43] Selbst unter den Befürworter:innen

[41] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6413, Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur Beratung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses (4. Ausschuß) – Drucksache 10/4095 – zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/1768, Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge, 12. 11. 1986, S. 2; Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode: Drucksache 10/1768, Antrag der Fraktion der SPD, Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge, 20. 7. 1984, S. 1 f. Vgl. ferner Metzger, Wald, S. 484–504.

[42] Ebenda, S. 489 f.

[43] Vgl. AdsD, WBA, A 11.3, 53, Peter Glotz an Willy Brandt, 30. 4. 1984, Bl. 5 des Anhangs „Vermerk der Abteilung IV des SPD-Parteivorstandes zum Thema Tempolimit". Vgl. ferner AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000316, Überarbeiteter Entwurf der Präsidiumsvorlage von „Arbeit und Umwelt" durch Johannes Rau, 30. 8. 1984, Bl. 16; AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011145, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Freitag, den 7. 9. 1984, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 7. 9. 1984, Bl. 13. Paradoxerweise hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung nur zwei Monate später einer Initiative der Länder Hessen und Hamburg im Bundesrat angeschlossen, die eine vierjährige Versuchsphase für ein Tempolimit 100/80 km/h forderte. Vgl. Bundesrat, Drucksache 324/

gab es verschiedene Ansichten darüber, wie hoch ein Tempolimit sein sollte. Die Vertreter:innen der Maximalposition wollten die Geschwindigkeit auf 100 km/h beschränken, die vorsichtigeren Positionen 130 km/h noch zulassen.[44] Im Oktober 1984 herrschte auch im Parteipräsidium und dem Vorstand der Bundestagsfraktion Uneinigkeit, ob man sich der Forderung der Grünen nach einem Tempolimit von 100/80 km/h auf Autobahnen und Landstraßen anschließen solle, wobei sich die Befürworter:innen nach langem Hin und Her durchsetzen konnten. Zumindest für die nächsten vier Jahre sollten die Geschwindigkeiten auf die von den Grünen geforderten Höchstwerte begrenzt werden.[45] Dies entsprach auch der Position der von Volker Hauff geleiteten Ökologiekommission.[46] Möglich wurde dies ferner dadurch, dass zeitlich die Planungen für die „Arbeit und Umwelt"-Kampagne anliefen, der eine Positionierung pro Tempolimit gut zu Gesicht stand.[47] Kurz darauf beschloss die Fraktion sogar, dass sich alle Mitglieder und Mitarbeiter:innen selbst dazu verpflichten sollten, privat ein dementsprechendes Tempolimit einzuhalten.[48]

Wenig später war die Kohl-Regierung auch mit ihren modifizierten Plänen gescheitert. Der neue Kompromiss innerhalb der EG sah vor, die Grenzwerte für große Fahrzeuge ab 1988/89 und für Autos der Mittelklasse ab 1993 abzusenken.

2/84, Antrag der Länder Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Blei- und Benzolgehalts des Benzins, 25. 10. 1984.

[44] Vgl. den Verweis Volker Hauffs auf die Diskussionen in der Sitzung der SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und in den Landtagen am 6. und 7. 4. 1984 in AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 10. 4. 1984, o. D., Bl. 1. Die Mitglieder des Arbeitsbereiches sprachen sich nach längerer Diskussion für ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen aus, vgl. Bl. 2.

[45] Der zuständige Arbeitskreis der Fraktion hatte ein Tempolimit 100/80 km/h gefordert. Die Abstimmung im Fraktionsvorstand darüber ergab ein Stimmenpatt von 13 zu 13. Er nahm stattdessen einen Kompromissantrag des Präsidiums an, der vor allem nach Intervention Johannes Raus zustande kam und lediglich festhielt, dass die „Bundesregierung aufgefordert werden [soll] zu erklären, wie sie bei Nichteinführung von Tempo 100 bzw. 80 zu einer Verminderung der Luftverschmutzung kommen will". In der Fraktion selbst wurde jedoch der eindeutigere Entwurf aus dem verkehrspolitischen Arbeitskreis angenommen. Vgl. Apel, Abstieg, S. 323 f., Zitat S. 323. Vgl. ferner Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2065, Antrag der Fraktion der SPD, Bekämpfung des Waldsterbens und gesundheitlicher Gefährdungen durch Geschwindigkeitsbegrenzungen, 3. 10. 1984, S. 1.

[46] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Tempolimit, S. 2.

[47] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 12. 9. 1984, 14. 9. 1984, Bl. 1. Bereits im Sommer 1984 hatte der Parteivorstand Peter Glotz und Volker Hauff aufgefordert, angesichts einer möglichen Umweltkampagne „ein Papier zur Konkretisierung der Forderung nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung vorzulegen". Vgl. die Ausführungen Volker Hauffs in AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 26. 6. 1984, o. D., Bl. 1.

[48] Vgl. den Bezug auf den dementsprechenden Fraktionsbeschluss vom 6. 11. 1984 in Metzger, Wald, S. 499.

Für Kleinwagen sollten sie ab 1990/91 gelten, aber in so geringem Maße, dass es keiner großen technischen Änderungen bedurfte. Eine endgültige Einigung zog sich bis 1987 hin.[49] In der Zwischenzeit kam es in der Bundesrepublik lediglich zu einer Spreizung der Mineralölsteuer für bleihaltiges und bleifreies Benzin und zur steuerlichen Begünstigung beim Kauf eines Katalysatorautos.[50] Die SPD-Fraktion stellte sich angesichts dessen auf den Standpunkt, dass die Einführung eines Tempolimits notwendig sei, um die Emissionen aus dem Straßenverkehr effektiv und sofort zu vermindern – vor allem, nachdem die Bundesregierung ein solches ablehnte, obwohl der Großversuch die umweltschonende Wirkung der Geschwindigkeitsbegrenzungen grundsätzlich belegte, aber – angeblich – nicht in ausreichendem Maße. Ähnlich wie zwei Jahre zuvor übernahmen Parteiführung und Fraktion daher die Empfehlungen von Hauffs' Ökologiekommission und sprachen sich (allerdings sehr verklausuliert) für eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h auf Autobahnen aus. Die Bundesregierung ließ sich dennoch nicht zur Einführung eines Tempolimits bewegen, sondern konzentrierte sich auf die technische Umrüstung mit Katalysatoren.[51]

Damit war das Thema zunächst vom Tisch. Die SPD hielt zwar am Ziel des Tempolimits fest, die genaue Höchstgeschwindigkeit war aber wieder verhandelbar geworden. Ein von den Umweltpolitiker:innen in der Bundestagsfraktion entworfener Antrag mit der Forderung nach einem Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen wurde nach der Abstimmung mit den anderen Arbeitskreisen zurückgezogen. Der letztlich im November 1989 gestellte Antrag sah dann nur noch 120 km/h vor.[52]

Die SPD nach 1982: (k)eine neue Partei

Viele Eckpunkte aus dem Konzept der „ökologischen Modernisierung" waren pure Symbolpolitik, die sich eine Partei in der Opposition jedoch erlauben konnte. Die Bundestagsfraktion nutzte dazu unter anderem die in den 1970er-Jahren be-

[49] Vgl. ebenda, S. 492 f., 502–504.

[50] Vgl. Wirsching, Abschied, S. 372–377; Klenke, Stau, S. 105, 119.

[51] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6413, Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur Beratung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses (4. Ausschuß) – Drucksache 10/4095 – zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/1768, Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge, 12. 11. 1986, S. 2. Dort: „Es gibt keine rascher wirkende Maßnahme zur Absenkung der Kfz-Emissionen als das Tempolimit. Wenn sich die Bundesregierung vor rund zwei Jahren statt für einen wissenschaftlich höchst umstrittenen Großversuch für ein Tempolimit von 100 km/h auf BAB [Bundesautobahnen] entschieden hätte, wäre die Luft der Bundesrepublik Deutschland um mindestens 65 000 t Stickoxide entlastet."

[52] Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/5611, Antrag der Abgeordneten Schäfer (Offenburg) [u. a.] der Fraktion der SPD, Mehr Umweltschutz, Verkehrssicherheit und Lebensqualität durch Geschwindigkeitsbegrenzungen, 8. 11. 1989, S. 1. Vgl. den abgelehnten Antragsentwurf der Umweltpolitiker:innen, der ein Tempolimit von 100 km/h vorsah, in AdsD, SPD-Bundestagfraktion, Arbeitskreis Umwelt und Energie, 11482, Entwurf eines Antrages „Mehr Umweltschutz, Verkehrssicherheit und Lebensqualität durch Geschwindigkeitsbegrenzungen", 20. 9. 1988, Bl. 1.

reits angestoßene Debatte um eine mögliche Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz (vgl. Kap. II.1.) und arbeitete dabei eng mit den Parteivertretungen in den Ländern zusammen. 1983 vereinbarten die Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern, sich gemeinschaftlich für eine Aufnahme des Umweltschutzes in die Verfassung einzusetzen.[53] Im Juli 1984 brachte die hessische Landesregierung einen Gesetzentwurf im Bundesrat ein, mit dem der Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden sollte, jedoch vergeblich.[54] Verschiedene gleichlautende Versuche der Bundestagsfraktion in den Folgejahren scheiterten ebenfalls.[55] Immerhin war es der bayerischen Landtagsfraktion im Juni 1984 gelungen, einen Volksentscheid durchzusetzen, bei dem 94% für die Aufnahme des Umweltschutzes in die Verfassung des Freistaates stimmten.[56] In den sozialdemokratisch regierten Ländern Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg war es wesentlich einfacher, eine Staatszielbestimmung zum Umweltschutz in die Landesverfassung aufzunehmen, was dort Mitte der 1980er-Jahre auch jeweils umgesetzt wurde.[57]

Die Grundgesetzdebatte stand sinnbildlich für die Schwierigkeiten, die der SPD aus den neuen Machtverhältnissen im Bundestag erwachsen waren. Sie musste sich sowohl nach links von den Grünen als auch nach rechts von der Union abgrenzen. So schlug das CDU-regierte Schleswig-Holstein folgende Regelung vor: „Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz und der Pflege des Staates. Das Nähere regeln die Gesetze; sie bestimmen insbesondere den Ausgleich der betroffenen Interessen der Allgemeinheit und des einzelnen." Dieser Gesetzesvorbehalt wurde von der SPD scharf abgelehnt. Eine solche Lösung garantiere nicht den Schutz der Umwelt, da er dadurch zu einem „Staatsziel zweiten Ranges" degradiert werde. Bundestagsfraktion und SPD-regierte Bundesländer schlugen stattdessen eine Regelung im Rahmen einer Staatszielbestimmung im Artikel 20a des Grundgesetzes vor: „Die natürlichen Lebensgrundlagen stehen

[53] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 98.

[54] Vgl. Hessendienst der Staatskanzlei (Hrsg.), Arbeit, S. 13.

[55] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 136, 459; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 14.

[56] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1984–1985, S. 124. In der bayerischen Verfassung heißt es seitdem u. a. in Art. 3: „Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturelle Überlieferung." sowie in Art. 141: „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut." Vgl. Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 mit Stand vom 15. August 2004, S. 19, 76. Die SPD-Fraktion im Landtag wollte ursprünglich den absoluten Vorrang des Naturschutzes erreichen. Dies wurde jedoch in einem Kompromiss mit der CSU-Fraktion zugunsten der Berücksichtigung anderer Ziele abgeschwächt. Vgl. [o. V.], 35. Jahrestag Umweltschutz in der Verfassung, 5. 4. 2019, in: https://www.ardmediathek.de/video/br24zeitreise/35-jahrestag-umweltschutz-in-der-verfassung/br-fernsehen/Y3JpZDovL2JyLmRlL3ZpZGVvL2JiNmNlMWZjLTNjZmItNGE4Zi1iYzI0LTNiYmU5NDIzNTUxNQ (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).

[57] Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 462; [o. V.], Umweltschutz in NRW-Verfassung?, in: Rheinische Post, 16. 8. 1984, S. 1; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 463.

unter dem besonderen Schutz des Staates."[58] Auf der anderen Seite verfolgten auch die sozialdemokratischen Stimmen in der Debatte das Ziel, zu vermeiden, dass der Schutz der Umwelt ein individuell einklagbares Recht wird. Genau das wollten nämlich die Grünen. Nicht nur die SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch die hessische Landesregierung orientierte sich bei ihrem Vorstoß im Bundesrat daher eng an der Empfehlung einer Sachverständigenkommission, die noch zu Zeiten Helmut Schmidts eingesetzt worden war. Diese sprach sich ebenfalls für eine Staatszielbestimmung aus. Beinahe wortgleich übernahm die hessische Regierung deren Formulierung für einen neuen Artikel 20a im Grundgesetz: „Sie [die Bundesrepublik Deutschland] schützt und pflegt die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen."[59]

In anderen umweltpolitischen Teilbereichen zeigte sich ebenso, dass eine zu starke Distanzierung von der umweltpolitischen Linie der sozial-liberalen Koalition vermieden wurde, um sich noch genug Profilierungspotential gegenüber den als radikal gebrandmarkten Vorschlägen der Grünen zu wahren. So war der Fokus auf ordnungsrechtlichen Maßnahmen weiterhin sehr hoch, was unter anderem in Forderungen nach einer Verschärfung des Umweltstrafrechts, einer Einrichtung entsprechender Schwerpunktstaatsanwaltschaften, einer Umkehr der Beweislast bei Umweltschäden und einer Ausweitung der Pflicht zu Umweltverträglichkeitsprüfungen mündete.[60] Ähnliches galt für die nur zögerliche Adaption neuartiger ökologisch-ökonomischer Steuerungsmechanismen. Zwar war das Argument, dass Umweltverschmutzung gemäß dem Verursacherprinzip nicht nur strafrechtlich verfolgt, sondern auch stärker finanziell belastet werden müsse, bereits seit Ende der 1970er-Jahre zunehmend wichtiger geworden.[61] Grundsätzlich hielt die

[58] Ebenda; Vogel, Nachsichten, S. 193–195. Vgl. auch AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Schlußbericht der Untergruppe „Umweltschutz und Recht", 21. 2. 1986, Bl. 3 f.; AGG, B II.1, 1210, Pressemitteilung Volker Hauffs, 22. 5. 1987.

[59] Vgl. Dirk Cornelsen, Umweltschutz als Staatsziel. Wissenschaftlerkommission schlägt Grundgesetzänderung vor, in: Frankfurter Rundschau, 6. 9. 1983, S. 1; Jochen Siemens, Hessen-Vorstoß im Bundesrat. Umweltschutz soll im Grundgesetz verankert werden, in: Frankfurter Rundschau, 18. 5. 1984. Seit 1994 enthält das Grundgesetz folgenden Umweltschutzartikel 20a, der 2002 erweitert wurde: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung." Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 mit Ergänzungen und Änderungen bis 15. August 2004, S. 20.

[60] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000081, Internes SPD-Positionspapier zum Umweltrecht, vermutl. 1985/1986; Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 16.

[61] Nawrat, Überraschungscoup, S. 38 f. Vgl. auch Hauff, Reformfähigkeit, S. 226 f. Die wirtschafts- und finanzpolitische Kommission beim Parteivorstand sprach sich 1985 für die stärkere Nutzung des „verfügbaren Potentials und [der] Entfaltung der schöpferischen Kräfte im Dienst der ökologischen Erneuerung" mittels „ökonomische[r] Anreize" aus. Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Wirtschaft, S. 37 f. Nachdem der Bericht der Kommission aufgrund einer vermeintlich zu marktwirtschaftlichen Grundausrichtung auf den Widerstand des Gewerkschaftsflügels und der Parteilinken stieß, wurde das Konzept in der

SPD aber immer noch an einem „ökologisch transformierten" Steuerungsanspruch des Staates sowie stark investitions- und nachfrageorientierten Lösungsansätzen fest. Die vielfach geforderte Umweltabgabe wurde zwar mit dem Argument gerechtfertigt, dass sie „kein Finanzierungsinstrument", sondern ein „unverzichtbares umweltpolitisches Steuerungsinstrument" sei.[62] In der Realität sollte der „Umweltpfennig" aber primär umweltpolitische Investitionsprogramme wie das „Sondervermögen" finanzieren helfen, anstatt Anreize zu energiesparenderem Verhalten zu leisten. Ein häufiger Kritikpunkt am „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" war nicht ohne Grund, dass es sich weniger am Vorsorge- als am Gemeinlastprinzip orientierte.[63] Zwar schlugen die Bundestagsfraktion wie auch die Ökologiekommission Mitte der 1980er-Jahre Reformen des Einkommenssteuergesetzes, den Ersatz der Kilometer- durch eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale sowie die Anhebung von Mineralöl- und Verbrauchssteuern zur Finanzierung des „Sondervermögens" vor. Konkrete Vorstöße folgten aber erst nach 1988. Zunächst sollte die Frage, „inwieweit eine ökologisch orientierte Umstrukturierung des gesamten Steuersystems finanzpolitisch sinnvoll, praktikabel und umweltpolitisch erfolgversprechend ist", lediglich geprüft werden.[64]

Die Strategie der SPD in der Opposition orientierte sich also an zwei Grundsätzen: die eigenen politischen Zielsetzungen neu zu strukturieren und auszutarieren, sich aber gleichzeitig an Prinzipien zu orientieren, deren Entwicklung schon während der sozial-liberalen Koalition eingeleitet worden war. Neben der friedenspolitischen Wende kam der Umweltpolitik in diesem Prozess eine besondere Rolle zu. Aber stellte die Idee der „ökologische[n] Modernisierung" damit tatsächlich eine „erhebliche [Modifizierung des] traditionellen sozialdemokratische[n] Fortschrittsbegriff[s]" dar und ein Hinterherhecheln hinter einem neuen, „postmaterialistischen" Zeitgeist?[65] Eine solche Sicht wäre zu eindimensional, denn das Konzept der „ökologischen Modernisierung" sollte in erster Linie eine argumentative Brücke zwischen Wachstumsskepsis und traditioneller, wachstumsbasierter Wirtschaftspolitik bauen – nach dem Motto „Arbeit *und* Umwelt".[66] Damit bot es Identifikationsangebote für alle Strömungen in der Partei. Sozialdemokratische Ökolog:innen verstanden das

Antragskommission für den Parteitag 1986 jedoch zu Fall gebracht. Vgl. Hofschen/Kremer, Krisenmanagement, S. 102–104.

[62] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, Für eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, Juli 1985, Bl. 2.

[63] Dieser Kritikpunkt wurde besonders in Juso-Kreisen geäußert, vgl. Oelsner, Arbeit, S. 202.

[64] Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 7. Vgl. zu dementsprechenden Vorschlägen Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Frieden, S. 6, 18; AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011125, Bericht der SPD-Bundestagsfraktion an den Parteirat. Berichtszeitraum: 1. 9. 1983 bis 15. 1. 1984, Januar 1984, Bl. 14.

[65] Faulenbach, Siebzigerjahre, S. 32; Lösche/Walter, SPD, S. 124. Dort: „Bei ihrer hektischen Suche nach dem Zeitgeist glaubten die Sozialdemokraten ihm endlich ein Stück vorausgeeilt zu sein; dabei hechelten sie ihm schon wieder hoffnungslos hinterher." Ähnlich u. a.: Walter, Partei, S. 712; Jun, SPD, S. 478.

[66] Vgl. Uekötter, Deutschland, S. 31 f.

„qualitative Wachstum", das die Grundlage für die „ökologische Modernisierung" sein sollte, vor allem als weniger stark ökonomisch definierte „Lebensqualität". Traditionelle und gewerkschaftlich orientierte Parteikreise konnten es nach wie vor als Anwachsen des Wirtschaftswachstums interpretieren.[67] Das Programm war ein Versuch, mit einem „grünen Keynes" ein auf innersozialdemokratischen Konsens ausgerichtetes Integrationsmodell zu schaffen.[68] Dem Bedeutungsgewinn der Ökologie wurde Rechnung getragen, aber die staatlich gestützte Herstellung von Vollbeschäftigung und Wachstum in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit blieb das maßgebliche und zentrale Ziel. Forderungen nach möglichen Alternativstrategien, die auf eine fundamentale Umgestaltung von Konsummustern und Verbrauchsgewohnheiten hinausliefen, wurde so der Wind aus den Segeln genommen.[69] Die „ökologische Modernisierung" trug auf diese Weise erheblich dazu bei, den Umweltschutz in der SPD zu konsolidieren, ihn im Vergleich zu den konfliktbeladenen 1970er-Jahren aber auch zu entpolitisieren und ihm den grundsätzlichen gesellschaftskritischen Impetus zu nehmen.[70]

2. Vom „Ende des Atomzeitalters" zur „umweltfreundlichen Kohlenutzung": die ambivalente Ökologisierung sozialdemokratischer Energiepolitik

Der lange Weg zum Ausstiegsbeschluss

Einen ähnlichen Mittelweg verfolgten die Parteistrateg:innen in dem Feld, das die Ökologiediskussion erst ins Rollen gebracht hatte: in der Energiepolitik. Allgemein bekannt ist, dass die SPD sich nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 dazu entschlossen hatte, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie aussteigen zu wollen. Aber auch das stellte keinen grundlegenden Paradigmenwechsel sozialdemokratischer Politik dar. Der Entschluss kam nicht ausschließlich wegen der „historischen Zäsur ersten Ranges"[71] in Tschernobyl zustande, und er bedeutete deswegen auch keinen „sea change"[72] oder „radikalen Kurswechsel"[73] in der Atom-

[67] Vgl. Herbert, Geschichte, S. 982; Faulenbach, Geschichte, S. 105 f.; Heimann, Aufbruchstimmung, S. 42.
[68] Nawrat, Überraschungscoup, S. 40, 70.
[69] Vgl. auch Bemmann/Metzger/von Detten, Einleitung, S. 8–12, 15, 21, 27.
[70] Vgl. Metzger, Wald, S. 604 f.
[71] Arndt, Einleitung, S. 16. Arndt bezieht sich dabei auf eine Äußerung Martin Sabrows bei dessen Keynote auf der Konferenz „After Chernobyl" am 7. 4. 2011.
[72] Augustine, Technocracy, S. 170.
[73] Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 349. Vgl. als weitere Beispiele u. a. Jordan, Ausgestrahlt, S. 365; Hofschen, Kontinuität, S. 547. Mit Bezug auf die Gewerkschaften auch bei Lorenz, Gewerkschaftsdämmerung, S. 203.

politik der Partei. Ebenso wenig war der Machtverlust 1982 die zentrale Zäsur, die dazu führte, dass die SPD in einer Wende um 180 Grad auf einen „Kurs eines Atomausstiegs“ einschwenkte.[74] Sie erhob damit auch nicht, wie Franz Walter analysiert, „den Postmaterialismus zum Programm“.[75] Der Kurswechsel baute vielmehr auf zahlreichen programmatischen Entwicklungen aus der innerparteilichen Kernenergiekontroverse seit Ende der 1970er-Jahre auf. Er erfolgte gleichzeitig unter der Prämisse, einen möglichst tragfähigen Kompromiss zwischen Befürworter:innen und Skeptiker:innen einer Energiewende zu finden.

Die Abwahl Helmut Schmidts war für die Energiepolitik der SPD nicht *der* radikale Einschnitt; die bereits seit Ende der 1970er-Jahre erkennbar gewesenen Tendenzen zur – langsamen – Loslösung von der Kernenergie bündelten sich nun aber mit erhöhter Geschwindigkeit in der Forderung nach einer übergeordneten „Energiewende“, also einer sowohl ökologisch als auch sozial akzeptablen Umstrukturierung des gesamten Energiesektors.[76] Nach dem Gang in die Opposition fiel das Druckmittel weg, den Erhalt der Regierung an die Unterstützung für die Energiepolitik des Bundeskabinetts zu binden. Bereits im Bundestagswahlkampf 1983 wurde daher gefordert, dass der Bau des Schnellen Brüters in Kalkar „so schnell wie möglich“ eingestellt werden müsse. Genauso verhielt es sich mit der Wiederaufbereitungstechnologie, auf die nun ebenso verzichtet werden sollte.[77] Der Essener Parteitag 1984 konkretisierte dann eine Position, die sich spätestens seit dem Aus für das Entsorgungszentrum in Gorleben 1979 angedeutet hatte: Erstens wurde festgehalten, dass „die Technologie der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe in der Bundesrepublik nicht weiter verfolgt“ werden sollte. Stattdessen sollten Kernbrennstäbe direkt endgelagert werden. Zweitens beschloss der Parteitag, dass „die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten“ sei, ohne die Dauer dieser Übergangsfrist näher zu beziffern. Klar war aber: „Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist es, nach dieser Übergangsphase sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten.“[78]

Zwar hatte die Partei im Bund kaum mehr Möglichkeiten, diese Ziele umzusetzen, nutzte aber ihre Beteiligung an zahlreichen Landesregierungen dazu, es zumindest zu versuchen. Noch im Dezember desselben Jahres kündigten die SPD-regierten Bundesländer die Aufkündigung des gemeinsamen Entsorgungskonzeptes von Bund und Ländern an, das immer noch auf dem parallelen Entsorgungsansatz zwischen Wiederaufbereitung und direkter Endlagerung beruhte.[79] Der Par-

[74] Vgl. u. a. Raithel, Neue Technologien, S. 34; Padgett/Paterson, History, S. 53.
[75] Walter, SPD, S. 202.
[76] Oberloskamp, Energy, S. 208.
[77] AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000449, Klaus Michael Meyer-Abich: 10 Thesen zur Orientierung in der Energiepolitik, Dezember 1982, Bl. 3.
[78] Energiepolitik. Initiativantrag 9, in: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1984, S. 174–177, hier: S. 176 f.
[79] K.B., SPD kündigt die gemeinsame Kernenergiepolitik. Das Entsorgungskonzept soll nicht verlängert werden / Börner für direkte Lagerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 12. 1984, S. 13.

teitag der NRW-SPD richtete im September 1985 eine Kommission ein mit dem Ziel, ein Konzept für einen schrittweisen Abbau der Kernenergienutzung zu erarbeiten, einschließlich eines Endes des Schnellen Brüters und der WAA im oberpfälzischen Wackersdorf. Kurz darauf schloss sich der Parteirat dieser Haltung an und auch die Bundestagsfraktion versuchte im Oktober 1985, durch einen Entschließungsantrag den Bau der Anlage in Wackersdorf zu verhindern. Die SPD engagierte sich auch vor Ort gegen die WAA, vor allem in Person Hans Schuierers, des sozialdemokratischen Landrats in Schwandorf. Da er als Landrat den Bebauungsplan unterschreiben musste, damit die WAA gebaut werden konnte, geriet er ins Zentrum der Wackersdorf-Diskussion und wurde bald bundesweit als führende Kraft im Widerstand gegen das WAA-Projekt bekannt.[80] Die Bürgerinitiative Schwandorf, die den Protest gegen die Anlage maßgeblich anführte, wies eine erkennbare Nähe zur SPD auf.[81]

Dieses Engagement gegen die Wiederaufbereitung spielte sich auf beinahe allen Ebenen der Partei ab, sowohl vor Ort wie in Schwandorf/Wackersdorf als auch in den Ländern und im Bund. Die bayerische Landtagsfraktion erreichte unter der Androhung, anderenfalls den Bayerischen Verfassungsgerichtshof anzurufen, im Dezember 1985 die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen in Wackersdorf.[82] Im Januar 1986 kam der Energiebeirat beim Parteivorstand zu dem unmissverständlichen Ergebnis, dass „die Genehmigung von Wiederaufbereitungsanlagen und von Anlagen zur Fertigung plutoniumhaltiger Brennelemente mit der umfassenden staatlichen Verpflichtung zum Schutze der Grundrechte des Bürgers auf Leben und Unversehrtheit einerseits und der Freiheitsrechte andererseits [nicht] vereinbar“ sei.[83] Letztlich war der Widerstand gegen Wackersdorf tat-

[80] tgn., Niedersachsens SPD will die Zukunft ohne Kernenergie gestalten. Antrag zum Landesparteitag/Umweltschützer kritisieren die Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 11. 1985, S. 6; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch 1986/1987, S. 192, 446 f. Im Juli 1985 hatte der Bayerische Landtag jedoch ein Gesetz beschlossen, das es den Staatsministerien ermöglichte, Pläne zu genehmigen, wenn es der zuständige Landrat nicht tut, vgl. Gaumer, Wackersdorf (2020), S. 182. Im September 1985 hatte das bayerische Umweltministerium die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt, jedoch gegen den vehementen Widerstand der lokalen Bevölkerung. Schon kurz nach der Entscheidung des Ministeriums kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die 1986 eskalierten. Vgl. grundlegend zu Wackersdorf dies., Wackersdorf (2018).

[81] Ebenda, S. 135.

[82] AGG, B.II.1, 183, DPA-Meldung: „Landtag/WAA. Streit um WAA vor Verfassungsgerichtshof zeichnet sich ab“, Juli 1985; Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 298 f. Der Untersuchungsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass „ein irgendwie geartetes Fehlverhalten der Bayerischen Staatsregierung nicht [festgestellt werden] konnte“. Die SPD-Vertreter:innen im Ausschuss legten jedoch einen Minderheitenbericht vor, der resümierte, „daß die Bayerische Staatsregierung bereit war, für den Bau der WAA in Bayern finanziell und politisch fast jeden Preis zu bezahlen“. Vgl. Bayerischer Landtag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/10914, Schlußbericht des Untersuchungsausschusses „Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf“, 1. 7. 1986, S. 14, 21.

[83] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000189, Beschluss des Energiebeirats beim SPD-Parteivorstand zur Entsorgung von Kernkraftwerken, 24. 1. 1986, Bl. 8.

sächlich erfolgreich – wenn auch über Umwege: Im Januar 1988 entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, den Bebauungsplan für ungültig zu erklären. Im März 1989 gab die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA) öffentlich bekannt, dass mit der französischen Compagnie Générale des Matières Nucléaires (COGEMA) ein Abkommen über die Wiederaufbereitung deutscher Brennstäbe in La Hague geschlossen worden sei.[84]

„Der Lage ausgeliefert“: die Konkretisierung der Ausstiegspläne nach Tschernobyl

Nur einen Tag, bevor der Unfall in Tschernobyl öffentlich bekannt wurde, hatte der Parteivorstand erklärt, dass die SPD einen weiteren Zubau von Kernkraftwerken zukünftig ablehnen werde.[85] Der Super-GAU in Tschernobyl war also nicht der ursprüngliche Auslöser für den wenig später erfolgten Ausstiegsbeschluss. Die Explosion im ukrainischen Kernkraftwerk in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 verursachte aber eine Dynamik, die es ermöglichte, die schon länger im Raum stehenden Ausstiegsszenarien mit einer präzisen Frist zu versehen. Denn was bisher nur befürchtet wurde, war nun eingetreten: ein weder räumlich noch zeitlich einzugrenzender Unfall von katastrophalem Ausmaß. Innerhalb kürzester Zeit sprach sich eine Mehrheit in der Bevölkerung für einen Ausstieg aus der Kernenergie aus. Mit der Schaffung des Bundesumweltministeriums Anfang Juni 1986 wurde der gestiegenen Gefahrenwahrnehmung auch institutionell Rechnung getragen.[86] Volker Hauff schilderte kurz nach dem Unfall, wie sehr die Ereignisse in der Ukraine, aber auch die damit einhergehende Ohnmacht im eigenen Alltag erlebbar waren:

„Ich habe zwei Söhne, der Ältere hat schulfrei bekommen, weil die Radioaktivität auf dem Schulhof so hoch war […]; und den Jüngeren habe ich gebeten, doch eine Woche lang nach Möglichkeit nicht auf die Straße zu gehen. Und meine Söhne haben mich dann natürlich gefragt: Warum? Wir haben dann darüber gesprochen. Ich konnte nicht alle Fragen beantworten. […] Ich war der Lage ausgeliefert. […] Nach Tschernobyl können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und so tun, als wäre dies ein ‚Betriebsunfall‘ gewesen, der nicht hätte vorkommen können.“[87]

In den Diskussionen der Parteigremien während der Wochen nach dem Unfall überwog, wie bei Hauff, das Gefühl „persönliche[r] Betroffenheit“[88], einer Angst vor einer „Technik, die nie versagen darf“[89] und der Notwendigkeit eines konkreten Konzeptes, wie der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie aussehen solle.

[84] Wirsching, Abschied, S. 391 f.; Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 349; Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 253.
[85] Vgl. Hauff, Dreißig Jahre, S. 15.
[86] Brüggemeier, Tschernobyl, S. 17–19; McNeill/Engelke, Mensch, S. 384–386; Arndt, Tschernobyl, S. 60. Vgl. zuletzt auch dies., Tschernobylkinder.
[87] Hauff, Dreißig Jahre, S. 14.
[88] Willi Piecyk in AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011350, Protokoll über die Sitzung des Parteirates am Dienstag, den 27. 5. 1986 in Hannover, 27. 5. 1986, Bl. 5.
[89] Oskar Lafontaine in der gleichen Parteiratssitzung, Bl. 6.

Innerhalb welcher Frist dies zu geschehen habe, war jedoch umstritten. Einig war man sich lediglich in der Ablehnung eines sofortigen Abschaltens der Kernkraftwerke, wie es von den Grünen gefordert wurde – dies sei, so Willy Brandt, „pure Illusion".[90] Die Vorschläge reichten von einem Ausstieg bis 1990 beziehungsweise 1991 (wie nach dem Willen des Juso-Bundesvorsitzenden Ulf Skirke und des Landesverbandes Bremen) oder 2000 bis zu einer Regelung, nach der die Kraftwerke noch über die vorgegebene Betriebsdauer laufen dürften. Gerhard Schröder plädierte für eine möglichst knappe Ausstiegsfrist; Erhard Eppler, Hans-Ulrich Klose und der Landesverband Schleswig-Holstein brachten die Dauer von zwei Legislaturperioden ins Spiel, während Hans-Jochen Vogel auf die von der Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik" in Pfad 3 vorgeschlagene Ausstiegsfrist von 20 Jahren verwies.[91] Der Plan, schon so kurz nach dem Unfall überhaupt einen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie zu fordern, wurde im umweltpolitischen Arbeitsbereich der Bundestagsfraktion nur mit knapper Mehrheit angenommen.[92]

Das vorhandene Wissen, aber auch die Diskussion um die zahlreichen offenen Fragen wurden daher in ein speziell dafür geschaffenes Gremium ausgelagert. Bereits am 12. Mai 1986 hatte das Parteipräsidium eine Kommission unter der Leitung Volker Hauffs beauftragt, ein Konzept für einen schrittweisen, aber endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft zu erarbeiten, das dann dem Parteitag zum Beschluss vorgelegt werden sollte.[93] Eine ganze Reihe von Bezirken und Landesverbänden beschloss zudem ihre jeweils eigenen Ausstiegskonzepte und forderte eine dementsprechende Regelung auf Bundesebene, wie zum Beispiel die Parteiorganisationen aus Bremen, West-Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen-Süd, Hessen, Westliches Westfalen, Niederrhein oder Hamburg.[94] Der Bundeskongress der Jusos bezeichnete Ende Mai/Anfang Juni einen Ausstieg bis 1990 als realistisch.[95]

[90] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung/Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000042, Gemeinsame Erklärung von Hannover zur Energiepolitik, 19./20. 5. 1986, Bl. 12.

[91] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011350, Protokoll über die Sitzung des Parteirates am Dienstag, den 27. 5. 1986 in Hannover, 27. 5. 1986, Bl. 5–11; AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000282, Pressemitteilung des Juso-Bundesverbandes „10 Jahre und ein bißchen weise – zur Energiepolitik der SPD ohne Atomkraft", 1986, Bl. 12; Vogel, Nachsichten, S. 213; Scholle/Schwarz, Welt, S. 192.

[92] Es handelte sich um den Passus in einer geplanten Plenarrede, in der ein stufenweiser Ausstiegsplan gefordert werden sollte. Dieser wurde nur mit fünf gegen vier Stimmen angenommen. Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 13. 5. 1986, 14. 5. 1986, Bl. 1.

[93] In den Monaten Mai und Juni wurden durch die Landesverbände ähnliche Kommissionen eingerichtet, wie beispielsweise in Hessen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 68, 446.

[94] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 264, 380 f., 386; AGG, A – Joschka Fischer, 34, SPD Hessen: Die Energieversorgung ist nur ohne Kernkraft sicher, 9. 9. 1986; AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000105, Pressemitteilung Klaus von Dohnanyis, 19. 9. 1986.

[95] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 372.

Ende Mai 1986 beschloss sogar der DGB-Bundeskongress in Hamburg ohne Gegenstimme einen Atomausstieg „so rasch wie möglich“.[96]

Mitte August legte die sogenannte „Hauff-Kommission“ ihren ersten Zwischenbericht vor. Mit verstärkten Energiesparanstrengungen, einer umweltfreundlichen Kohlevorrangpolitik und einer umfassenden Förderung erneuerbarer Energien sei es möglich, binnen eines Jahrzehnts das letzte deutsche Atomkraftwerk abzuschalten.[97] Auf der Grundlage dessen beschloss der Nürnberger Parteitag Ende August bei einer Enthaltung und nur zwei Gegenstimmen den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie: Es sollten keine neuen Kraftwerke mehr genehmigt oder in Betrieb genommen und der Anteil der Kernenergie schrittweise verringert werden. Innerhalb der nächsten zwei Jahre seien bereits die ersten AKWs vom Netz zu nehmen. Das Schnellbrüterprojekt in Kalkar sowie die WAA in Wackersdorf sollten beendet und die direkte Endlagerung als einzige Endlagerform festgeschrieben werden.[98]

Die konsequente Haltung, die der Nürnberger Ausstiegsbeschluss vorgab, verdeckte aber, dass die anvisierte energiepolitische Umkehr weder unumstritten noch so eindeutig war, wie es die Festlegung auf einen Ausstieg innerhalb eines Jahrzehnts vermuten ließ. Hans-Ulrich Klose schätzte, dass „allenfalls 65% der Mitgliedschaft“ den Beschluss unterstützten.[99] Zudem schränkte der Nürnberger Beschluss seine eigenen Ambitionen durch das Kleingedruckte entscheidend ein. So hielt er fest, dass man „zur Erreichung dieses Zieles […] einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten“ benötige sowie ein Zusammenwirken von Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeitnehmer:innen, Energiewirtschaft, den Unternehmen, den Kommunen, der Wissenschaft und den Bürger:inneninitiativen.[100] Dieser war jedoch nicht vorhanden.[101] Die Grünen bilanzierten angesichts dessen resigniert: „Eine SPD-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wird zum A und O des AKW-Ausstiegs erklärt.“ Die Gewerkschaften hätten ein „faktisches Vetorecht“ bei Dauer und Art des Atomausstieges erhalten.[102] Als Willy Brandt,

[96] Zit. nach ebenda, S. 367 f.

[97] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Lehren, insb. S. 16. Dort: „Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten. Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraums von 10 [sic!] Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft […] verwirklicht wird.“ Der Kommission gehörten an: Volker Hauff (Vorsitzender), Reimut Jochimsen (stellv. Vorsitzender), Björn Engholm, Eleonore Güllenstern, Ottokar Hahn, Hans-Ulrich Klose, Jörg Kuhbier, Hans-Jürgen Krupp, Klaus Michael Meyer-Abich, Heinz-Werner Meyer, Klaus Traube, Reinhard Ueberhorst, Hans Wiesen, Sabine Zech und Fritz Ziegler.

[98] Initiativantrag 1. Energiepolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1986, S. 827–829, hier: S. 828.

[99] Vgl. AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Parteivorstand Sitzungen, 1/HJVA100296, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am 26. 1. 1987, 26. 1. 1987, Bl. 11.

[100] Initiativantrag 1. Energiepolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1986, S. 827–829, hier: S. 828 f.

[101] Dies gestand sich auch Volker Hauff wenig später ein, vgl. Hauff, Global denken, S. 29.

[102] AGG, A – Joschka Fischer, 34, Matthias Küntzel: Erste Anmerkungen zum Atomenergiebeschluss des Nürnberger SPD-Parteitages, 29. 8. 1986, Bl. 2 f. Der Juso-Bundesvorstand erhob

Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau dem Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang September 1986, nicht einmal zwei Wochen nach dem Parteitag, Gespräche über eine gemeinsame Strategie zum Atomausstieg anboten, war von den zehn Jahren schon nicht mehr die Rede, sondern nur von einem „Kurs des mittelfristig geplanten Ausstiegs".[103]

Widerstand formierte sich insbesondere aufgrund der befürchteten negativen Beschäftigungseffekte, möglicher Lücken in der Energieversorgung und der angeblich schädlichen gesamtwirtschaftlichen Folgen eines steigenden Energiepreises. Die Arbeitnehmer:innen und Betriebsrät:innen in der Kernenergiebranche zeigten sich gegenüber Willy Brandt „tief besorgt und enttäuscht" über den energiepolitischen Kurswechsel.[104] 22 Betriebsräte aus verschiedenen Kernkraftwerksanlagen hatten bereits vor dem Parteitag einen Appell an die Partei gerichtet, in Nürnberg keinen Beschluss über einen möglichen Ausstieg zu fällen.[105] Zahlreiche weitere Arbeitnehmer:innenvertretungen aus der Atomenergiebranche drohten damit, der SPD ihre Unterstützung zu entziehen.[106] Anlässlich der Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern im selben und der Bundestagswahl im nächsten Jahr kam es teilweise sogar zu Wahlaufrufen einzelner Betriebsräte für CDU und FDP.[107] Im Rahmen einer nach dem Nürnberger Parteitag eingerichteten Kommission aus Mitgliedern der AfA, Betriebsrät:innen aus der kerntechnischen Industrie und Gewerkschaftsvertreter:innen äußerten sich die Arbeitnehmervertreter:innen ebenfalls äußert skeptisch über die Ausstiegspläne der Partei. Das Gremium wurde SPD-seitig relativ schnell stillgelegt, um zu verhindern, dass die Diskussion um die Ausstiegsfrist hochkochte.[108]

Dessen ungeachtet bemühte sich die Bundestagsfraktion mehrfach um eine Revision des Atomgesetzes, um einen Atomausstieg auf absehbare Zeit möglich zu machen, und forderte im Bundestag offen einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Sie orientierte sich dabei eng an den Nürnberger Beschlüssen. Ihr Entwurf eines Kernenergieabwicklungsgesetzes, nach dem die Förderung der Kernenergie als Zweckbestimmung des Atomgesetzes aufgehoben, Genehmigungen nur noch für sicherheitstechnisch notwendige Nachrüstungen zugelassen so-

ähnliche Vorwürfe: AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000282, Pressemitteilung des Juso-Bundesverbandes „10 Jahre und ein bißchen weise – zur Energiepolitik der SPD ohne Atomkraft", 1986, Bl. 12.

103 AdsD, WBA, A 11.2, 180, Johannes Rau, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel an Helmut Kohl, 4. 9. 1986, Bl. 3.

104 AdsD, WBA, A 11.2, 180, H. Nolden an Willy Brandt, 18. 8. 1986, Bl. 2.

105 Martin Kempe, ÖTV: Ausstieg am St. Nimmerleinstag. Expertenkommission der ÖTV bezieht Position gegen den Ausstiegsbeschluß des DGB / Öko-Institut monatelang ausgegrenzt / Rückendeckung für Atomfreunde in den Gewerkschaften, in: die tageszeitung, 9. 7. 1987, S. 4.

106 Mohr, Gewerkschaften, S. 225 f.

107 Ebenda, S. 229 f.

108 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 438 f.; Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018. Die Kommission konstituierte sich im Mai 1987, vgl. Mohr, Gewerkschaften, S. 230.

wie Wiederaufbereitung und Plutoniumnutzung verboten werden sollten, wurde im Dezember 1986 und erneut im Februar 1987 abgelehnt. Ähnlich erging es einem Antrag vom April 1987, in dem die Beendigung der Kernenergie bis zum 31. Dezember 1996 gefordert wurde.[109] Gleich mehrfach scheiterten ähnliche Anträge SPD-regierter Länder im Bundesrat wie beispielsweise aus Hamburg oder aus dem Saarland.[110] Damit war zwar zu rechnen gewesen, diese Rückschläge hatten aber zur Folge, dass sich die Ausstiegsforderungen mit der Zeit abzuschleifen drohten. In der Wende zu den 1990er-Jahren wurde dann intern immer offener darüber diskutiert, dass ein Ausstiegskurs, der auf der Frist von zehn Jahren beharrte, wenig Aussicht auf Erfolg haben würde. Hinzu kamen noch steigende Zweifel, ob sich ein vergleichsweise schneller Ausstieg mit der Bekämpfung des Klimawandels verbinden lasse, der nun immer wichtiger wurde.[111]

Die „saubere Kohle“: Alternativen zur Kernenergie

Ein konkretes Ergebnis hatten die Ausstiegsdiskussionen dennoch: Es gab kein Zurück mehr in die Zeit, als die Sozialdemokratie die Kernenergie noch als vermeintliche Zukunftstechnologie pries. Damit war aber die Notwendigkeit entstanden, weiter zu präzisieren, wie der potenzielle Wegfall der Atomkraft aufgefangen werden könnte. Die Erhaltung des sogenannten „Kohlevorrangs“ war in diesem Rahmen noch wichtiger geworden. Dies hing nicht nur mit dem anvisierten Atomausstieg, sondern auch damit zusammen, dass der Kohlebergbau in eine erneute Krise geraten war. Die Kohleförderung wurde seit 1982 aus Kostengründen schrittweise heruntergefahren und zahlreiche Zechen wurden geschlossen. Die SPD protestierte öffentlich gegen diese „unmittelbare“ Gefährdung von „20 000 Arbeitsplätze[n] […] im Bergbau“ und des „Lebensnerv[s] der Reviere an Ruhr und Saar“.[112] In der Kohlepolitik verbanden sich so deutlich wie sonst nirgends ökologische mit versorgungs-, struktur- und beschäftigungspolitischen Zielen.

[109] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6700, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz), 19. 12. 1986; Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/13, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz), 19. 2. 1987. Vgl. auch Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 480; Vogel, Nachsichten, S. 214 f.

[110] AGG, B.II.1, 183, DPA-Meldung „Vorstoß Hamburgs zum Kernenergieausstieg bis 1996“, Mai 1987. Zum Saarland vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000105, Entwurf einer Rede Ottokar Hahns auf dem SPD-Fachkongress „Technik und Zukunft“ am 9. 10. 1986 in Stuttgart, 30. 9. 1986, Bl. 2.

[111] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Umwelt und Energie, 11486, Protokoll der Klausursitzung des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 25. 4. 1990, 14. 5. 1990, Bl. 2 f.

[112] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, SPD-Broschüre „Ohne Atomkraft. Argumente der SPD zur Energiepolitik“, vermutl. 1986/87, Bl. 4. Vgl. auch Illing, Energiepolitik, S. 161–166.

So plädierte Volker Hauff nachdrücklich dafür, dass für einen Ausstieg aus der Kernenergie die Nutzung der „sauberen Kohle" ebenso wichtig sei wie eine erhöhte Energieeffizienz.[113] Im Oktober 1987 beantragte die Bundestagsfraktion, den Hüttenvertrag zwischen Steinkohlebergbau und Stahlindustrie einzuhalten, die Kokskohlenbeihilfen über 1991 hinaus zu verlängern, den Bau weiterer Kohlekraftwerke zu fördern und die geltenden Verstromungsverträge mit der Energiewirtschaft fortzusetzen.[114] Im Februar 1988 forderte der Parteirat gar, den Anteil der Steinkohle in der Elektrizitätserzeugung über das ursprünglich vereinbarte Maß hinaus zu erhöhen und eine Anschlussregelung für den 1995 auslaufenden Jahrhundertvertrag zu verhandeln.[115] Weitere Schonung sollte der Steinkohlebergbau auch dadurch erfahren, dass der sogenannte „Umweltpfennig", die im Programm „Arbeit und Umwelt" formulierte Energiesteuer, die Wärmeerzeugung durch Kohleverbrennung ausdrücklich ausklammerte.[116]

Die immer virulenter werdenden Debatten um das sogenannte „Waldsterben" ließen Forderungen nach einem Ausbau der Kohleverstromung allerdings nicht mehr ohne Weiteres zu, ohne dabei Aspekte des Umwelt- und Emissionsschutzes gleichwertig zu berücksichtigen.[117] Bereits im Juni 1983 wurden durch die Großfeuerungsanlagenverordnung die Emissionsgrenzwerte deutlich verschärft, erstmals wurde der Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen in Kohlekraftwerken vorgeschrieben.[118] Dies geschah just zu dem Zeitpunkt, als der „SPIEGEL" von einem „ökologischen Hiroshima" und einem „ökologischem Holocaust" schrieb. Damit griff das Magazin einen Begriff auf, an dessen Etablierung immerhin ein Sozialdemokrat maßgeblich beteiligt war, nämlich Freimut Duve, der ihn zusammen mit Rainer Grießhammer vom Öko-Institut in die Debatte eingebracht hatte.[119] Sowohl das von der Bundestagsfraktion geforderte „Notprogramm gegen das Waldsterben" als auch die von der hessischen Landesregierung über den Bundesrat beantragte Schwefelabgabe waren Teil dieser neuen, ökologisch(er) gedachten Energiepolitik.[120]

Sie konnten aber auch als Angriff auf die Kohlenutzung missverstanden werden. Die SPD bemühte sich deswegen um ein Verständnis von Umweltschutz und Kohlevorrangpolitik, in dem beide keine Gegensätze zueinander, sondern Vo-

[113] Hauff, Energie-Wende, S. 95–97. Vgl. auch Brüggemeier, Sonne, S. 9.

[114] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 53 f. Ein Jahr später wurden die Forderungen um eine Anhebung des Kohlepfennigs auf mindestens 9% des Strompreises ergänzt. Vgl. ebenda, S. 209.

[115] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011355, Pressemitteilung des SPD-Parteirates, 9. 2. 1988, Bl. 3.

[116] Vgl. Kollatz, Ökosozialismus, S. 247.

[117] Vgl. Oberloskamp, Energiewende, S. 239.

[118] Saretzki, Energiepolitik, S. 208 f. Vgl. auch Brüggemeier, Grubengold, S. 372; Erhardt, Air, S. 77.

[119] Vgl. Radkau, Ära, S. 236; von Detten, Umweltpolitik, S. 248; Biess, Republik, S. 386 f.

[120] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000457, Liesel Hartenstein an Hans-Jochen Vogel, 14. 1. 1983, Bl. 1 f.; AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000457, Stellungnahme des hessischen Umweltministers Karl Schneider zur Verabschiedung des Entwurfs eines Schwefelabgabengesetzes, 12. 1. 1983.

raussetzung füreinander sein sollten. Durch die Nutzung von Kohlekraftwerken in Kraft-Wärme-Kopplung mit Anschluss an Fernwärmenetze würde nämlich der Energieverlust und damit letztlich auch der Gesamtenergieverbrauch gesenkt sowie gleichzeitig eine hohe Kohleabnahme garantiert. Bessere Filteranlagen würden es ferner möglich machen, die Kohle mit geringerer Umweltbelastung zu verbrennen als bislang. Damit würde erstens die Zukunft der deutschen Kohle gesichert, zweitens die Umwelt geschützt und drittens die Atomkraft überflüssig:[121] „Die Wälder können nur durch den schnellen Einsatz moderner umweltfreundlicher Technologien bei der Kohle gerettet werden. Durch diese Umweltschutzinvestitionen würde gleichzeitig der Kohle eine sichere Zukunft gegeben und der Kernenergieausbau unnötig.“[122]

Freimut Duve widersprach hier dem vor allem aus dem Unionslager oft bemühten Argument, dass eine weitere Nutzung der Kernkraft notwendig sei, um die umweltschädlichen Risiken der Kohleverbrennung zu minimieren. Rückendeckung erhielt Duve durch den Parteivorstand, der ebenfalls betonte, dass mit einer Umrüstung der Kraftwerke auf die aktuellsten Umweltschutztechniken bei einem gleichzeitigen Atomausstieg lediglich 10 bis 15% weniger Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxid eingespart werden würden, als wenn die Kernkraftwerke noch weiter am Netz blieben. Darüber hinaus würden durch eine Nutzung „umweltfreundlicher Kohletechniken“ mehr als drei Mal so viele neue Arbeitsplätze geschaffen, wie bei einem Atomausstieg in der Kernenergieindustrie wegfielen. So könnten durch die Umschichtung der Kernkraftwerksleistung auf Kohlekraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Strich knapp 65 000 sowie „mit einer Politik der Energieeinsparung, der Nutzung umweltfreundlicher Kohletechniken und erneuerbarer Energiequellen“ 200 000 bis 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.[123] Kritische Stimmen aus den eigenen Reihen, die – auch angesichts der sich häufenden Warnungen vor dem Klimawandel – der Kohle lediglich die Rolle einer „mittelfristige[n] Übergangslösung“ zugestehen wollten[124] oder „langfristig den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen“ forderten,[125] waren noch deutlich in der Minderzahl.

[121] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, SPD-Broschüre „Ohne Atomkraft. Argumente der SPD zur Energiepolitik“, vermutl. 1986/87, passim.

[122] AdsD, Duve, Freimut, Umwelt, 1/FDAA000001, Pressemitteilung Freimut Duves mit Anlage „Brief Freimut Duves an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion betr.: Kohle-Szenario für die 90er Jahre“, 29. 11. 1983, Bl. 2.

[123] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, SPD-Broschüre „Ohne Atomkraft. Argumente der SPD zur Energiepolitik“, vermutl. 1986/87, Bl. 4. Vgl. auch AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000290, Rede Ottokar Hahns auf dem SPD-Fachkongress „Technik und Zukunft“ in Stuttgart, 9. 10. 1986, Bl. 1, 5.

[124] Spangenberg, Instrumentarium, S. 187.

[125] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000282, Initiativantrag „Für eine energiepolitische Wende, Ausstieg aus der Atomenergie jetzt“. Vorschlag des Bundesarbeitskreises „Umwelt und Energie“ der Jungsozialisten in der SPD, beschlossen am 31. 05. 1986 auf dem Bundeskongreß in Hagen, 31. 5. 1986, Bl. 46.

Sozialdemokratische Dilemmata: Buschhaus, THTR und WAA

Insbesondere bei den Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk im niedersächsischen Buschhaus offenbarte sich, dass umweltpolitische Vorbehalte gegen die Kohlenutzung nicht mehr einfach übergangen werden konnten, die sozialdemokratische Kohlepolitik angesichts dessen aber inkonsistent zu werden drohte. Das Kraftwerk war 1978 zu einem Zeitpunkt genehmigt worden, als es gemäß der 1983 erlassenen Großfeuerungsanlagenverordnung noch als „Altanlage" galt und der Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage nicht sofort, sondern mit einer Übergangsfrist bis 1988 notwendig war. Nach der Fertigstellung des Kraftwerksbaus wäre eine Inbetriebnahme ohne entsprechende Filteranlage rechtens, angesichts der schwelenden Waldsterbensdebatte jedoch fragwürdig gewesen – es wäre alleine für sechs Prozent des bundesdeutschen SO_2-Ausstoßes verantwortlich gewesen.[126] Am 27. Juni 1984 forderten sämtliche Bundestagsfraktionen auf Initiative der Grünen die Bundesregierung dazu auf, dass Buschhaus erst „nach Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage mit dem bestmöglichen Wirkungsgrad" in Betrieb genommen werde.[127] Die Kohl-Regierung hielt jedoch daran fest, dass das Kraftwerk ohne Entschwefelung ans Netz gehen solle. Die sozialdemokratischen Umweltminister und -senatoren forderten daraufhin einmütig, dass „[a]ngesichts der zu erwartenden hohen SO_2-Emissionen des Kraftwerks Buschhaus […] de[r] fast einstimmig gefaßte Beschluß des Deutschen Bundestages […] zu beachten und ohne Abstriche umzusetzen" sei.[128]

Die Auseinandersetzungen um Buschhaus entwickelten sich zu einem „classic conflict between economy and ecology".[129] Dementsprechend hatten die SPD-Fraktionen in Bund und Ländern mit ihrer ablehnenden Haltung gegen erheblichen Widerstand aus dem eigenen Umfeld zu kämpfen. Die IG Bergbau und Energie drängte öffentlich auf eine sofortige Inbetriebnahme von Buschhaus. Der Konzernbetriebsrat der VEBA wandte sich direkt an Fraktionschef Hans-Jochen Vogel und versuchte, die Fraktion zu einer „Güterabwägung zugunsten der Menschen" zu bewegen.[130] Schützenhilfe erhielten beide von der niedersächsischen Landtagsfraktion unter der Führung Gerhard Schröders. Mitte Juni 1984 hatte die

126 Vgl. Wirsching, Abschied, S. 367–371; Metzger, Wald, S. 478 f.; Huff, Natur, S. 275.

127 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1683, Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN zum Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/1587 – zum Dritten Immissionsschutzbericht der Bundesregierung, 27. 6. 1984, S. 1.

128 AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Pressemitteilung der sozialdemokratischen Umweltminister und -senatoren, 25. 7. 1984.

129 Eckert, West Germany, S. 1.

130 Vgl. Günther Jansen, Buschhaus: Solidarität in den Schornstein geschrieben. Beim nächsten Arbeitskampf wird mancher fehlen, in: Vorwärts, 9. 8. 1984, S. 21; AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Alfred Cojanitz an Hans-Jochen Vogel, 30. 7. 1984, Bl. 2.

Fraktion im Hannoveraner Landtag einen Antrag eingebracht, nach dem die Kraftwerksbetreiber zwar dazu verpflichtet werden müssten, „die Entschwefelungsanlage mit dem höchstmöglichen Wirkungsgrad unverzüglich in Auftrag zu geben und zu bauen“, die Inbetriebnahme war jedoch nicht explizit an eine bereits funktionstüchtige Entschwefelung gebunden.[131] Dieser Vorschlag wurde sogar von der umweltpolitischen Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion unterstützt.[132]

Sowohl der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB als auch der Betriebsrat der betroffenen Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG empfahlen der Bundestagsfraktion ebenso, sich diesem Vorschlag anzuschließen.[133] Der ökologische Parteiflügel übte jedoch ebenfalls Druck auf die Fraktion aus. So machte beispielsweise die Frankfurter SPD unmissverständlich deutlich: „jedes akzeptieren eines betriebs von buschhaus ohne die vom bundestag geforderte rauchgasentschwefelung macht nicht nur das parlament, sondern insbesondere unsere partei in der oeffentlichkeit laecherlich.“[134] Der SPD-Staatssekretär im hessischen Umweltministerium Jörg Jordan gab zu bedenken: „dem sterbenden wald darf es nicht zugemutet werden, neue kohlekraftwerke ohne rauchgasreinigung in betrieb zu nehmen.“[135]

Mit dem Vorschlag der Regierungskoalition, das Kraftwerk zwar sofort in Betrieb gehen zu lassen, jedoch den Einbau einer Filteranlage erst bis 1987 zu verlangen, deutete sich ein Kompromiss an, der diesen Positionen eindeutig zuwiderlief. Er war in einer Zusammenarbeit einerseits mit der niedersächsischen Landesregierung, andererseits dem Gewerkschaftsflügel der SPD zustande gekommen und sah ferner vor, die Leistung der zwei benachbarten Kraftwerke in Offleben im Gegenzug zu reduzieren. Die SPD-Fraktion beantragte eine Sondersitzung für den 31. Juli und versuchte, die Bundesregierung dennoch darauf zu verpflichten, den gemeinsamen Beschluss vom 28. Juni ohne Abstriche einzuhalten.[136] Letztlich kam es aber zu der von den Regierungsfraktionen gewünschten Kompromisslösung: Das Kraftwerk konnte sofort in Betrieb genommen werden, bis zum 30. Juni 1987 sollte der Ein-

131 Niedersächsischer Landtag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2801, Antrag der Fraktion der SPD Betr. Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus, 13. 6. 1984.

132 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 26. 6. 1984, o. D., Bl. 4.

133 AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Ernst Breit an Hans-Jochen Vogel, [Juni 1984]; AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Walter Banse an Hans-Jochen Vogel, 27. 6. 1984.

134 AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Martin Wentz an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, 26. 7. 1984, Bl. 2.

135 AdsD, Löffler, Lothar, Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage, 1/LLAC000134, Jörg Jordan an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, 26. 7. 1984, Bl. 2.

136 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1804, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. 6. 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus), 31. 7. 1984.

bau einer Rauchgasentschwefelungsanlage erfolgen. Bis dahin sollte nur Salz- statt Braunkohle verfeuert und die Emissionssteigerung durch die Übernahme des Kraftwerkes Offleben I in die Kaltreserve ausgeglichen werden. Nur drei Mitglieder der SPD-Fraktion hatten dieser Lösung zugestimmt, der Rest stimmte dagegen, drei weitere enthielten sich.[137]

Die „Ökologisierung" der sozialdemokratischen Energiepolitik stieß zudem immer dort auf Grenzen, wo die Partei in Regierungsverantwortung stand. Besonders augenscheinlich wurde dies in Nordrhein-Westfalen. Einerseits beschloss die dortige Landesregierung im April 1987 nach einem dementsprechenden, von der SPD-Fraktion initiierten Parlamentsentscheid, dem Schnellen Brüter in Kalkar keine Betriebsgenehmigung zu erteilen, obwohl er bereits seit zwei Jahren fertiggestellt und betriebsbereit war.[138] Ebenso forderte sie ein Ende der staatlichen Forschungsförderung für die Kernenergie und strich im gleichen Jahr – eher symbolisch – vier ehemals vorgesehene Kernkraftwerksstandorte aus dem Landesentwicklungsplan.[139] Andererseits hielt sie aber an der Nutzung des THTR in Hamm-Uentrop fest. Sie hielt ihn aufgrund seiner Einsetzbarkeit innerhalb von KWK-Systemen und bei der Kohleveredelung aus umweltpolitischen Gründen für besonders förderungswürdig. Landes- und Bundesvorstand der Jusos in NRW sowie der Bezirksvorstand Westliches Westfalen forderten unmissverständlich, dass der THTR keine Betriebsgenehmigung erhalten dürfe. Zwar bestand auch die Bundestagsfraktion darauf, den THTR in den Atomausstieg miteinzubeziehen, schloss sich aber gleichzeitig der Auffassung des NRW-Landesvorstands an, dass die Landesregierung die Betriebsgenehmigung nicht entziehen könne, sollten keine Sicherheitsbedenken bestehen und der Entsorgungsnachweis erbracht sein.[140] Trotz aller Ausstiegsdiskussionen wurde dem THTR daher im Dezember 1987 eine weitere Teilerrichtungsgenehmigung erteilt.[141] Erst 1989 wurde der Reaktor

[137] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1805, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. 6. 1984 (Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus), 31. 7. 1984.

[138] Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1115, Antrag der Fraktion der SPD, Umsteuerung in der Energiepolitik – Zukunft von SNR 300 und THTR 300, 1. 7. 1986, S. 1. 1991 wurde das Projekt endgültig beendet. Am ursprünglich geplanten Standort des Brüters befindet sich heute ein Freizeitpark. Vgl. Kirchhof/Trischler, History, S. 132, 142; Eckert, West Germany, S. 243.

[139] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 189; Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 36; AGG, B.II.1, 183, DPA-Meldung: NRW-Wissenschaftsministerin fordert Geldstopp für Schnellen Brüter, November 1987.

[140] Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/806, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Großen Anfrage des Abgeordneten Stratmann und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 11/728 – Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 und die Hochtemperaturreaktorlinie, 16. 9. 1987, S. 1. Vgl. auch Walter Jakobs, Streit um Kernenergie in NRW-SPD, in: die tageszeitung, 14. 9. 1987, S. 4; Reinhard Voss, Rau macht ersten Schritt zum Ausstieg, in: Frankfurter Rundschau, 9. 9. 1987, S. 1.

[141] Vgl. Öffentliche Bekanntmachung über eine weitere Teilgenehmigung für das 300 MW-THTR-Prototyp-Kernkraftwerk Hamm-Uentrop. 6. Ergänzung zum Bescheid Nr. 7/1 THTR

stillgelegt, nachdem sich die Landesregierung mit der Bundesregierung und Energieunternehmen nicht über die Bereitstellung von Rücklagen einigen konnte.[142]

SPD-Politiker:innen mussten sich außerdem häufiger des Vorwurfes erwehren, sich gerade dort nicht für einen baldigen Atomausstieg einzusetzen, wo sie konkrete Schritte hätte einleiten können, nämlich in den Vorständen und Aufsichtsräten der Energiekonzerne. Sozialdemokratische Kommunalvertreter:innen hatten bis zu 40% der Sitze in den Aufsichtsräten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) und der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) inne. Ein Vertrag der Vereinigung der kommunalen Anteilseigner schrieb Konsensentscheidungen zwischen den CDU- und SPD-Vertreter:innen in den Aufsichtsräten vor.[143] Mitglieder der Anti-AKW-Bewegung und der Jusos warfen der Partei wiederholt vor, dass sich die Vertreter:innen von SPD-regierten Kommunen und Kreisen in den Gremien der RWE, der Westdeutschen Landesbank oder der VEW nicht für ein Ende der Kernenergie einsetzen würden.[144] Zu einem kleineren Eklat kam es, als die Grüne Jutta Ditfurth der SPD Stuttgart öffentlich vorwarf, dass die SPD-Gemeinderatsfraktion im Aufsichtsrat der Technischen Werke Stuttgart für eine Beteiligung an der WAA in Wackersdorf gestimmt hätte. Die SPD Stuttgart sah sich zu der Richtigstellung gezwungen, dass die drei Vertreter:innen der SPD-Fraktion gegen diese Beteiligung gestimmt hätten, aber nicht verhindern konnten, dass die Mehrheit der zehn Arbeitnehmervertreter:innen für Wackersdorf stimmte – auch diejenigen mit Parteibuch.[145] Ferner hielten die Grünen der Partei öffentlich vor, dass die SPD-regierten Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und das Saarland noch 1985 im Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Steuersubventionen für den Bau der WAA in Höhe von knapp einer Milliarde DM ermöglicht hatten. Dies führte auch innerhalb der SPD zu heftiger Kritik.[146]

vom 16. 10. 1987, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Nr. 47 vom 4. 12. 1987, S. 412.

142 Zu Kalkar und Hamm vgl. insbesondere Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 341 f. Vgl. auch Rödder, 21.0, S. 80.

143 Vgl. die Ausführungen Friedhelm Farthmanns in AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011355, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 25. 1. 1988, 14.00 Uhr, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 25. 1. 1988, Bl. 1. Farthmann hatte dem Vorstand der NRW-SPD empfohlen, aus der Vereinigung der kommunalen Anteilseigner auszutreten.

144 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000482, Flugblatt der Anti-Atom-Gruppe Steglitz/Friedenau, o. D.; AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000282, Juso-Argumentationsleitfaden von Matthias Kollatz „Ausstieg aus der Kernenergie! Alternative Energiesysteme umsetzen!“, vermutl. 1986, Bl. 7.

145 AGG, B.II.1, 183, SPD-Kreisverband Stuttgart an Jutta Ditfurth, 13. 10. 1986. Vgl. auch [o. V.], SPD-Aufsichtsräte für Beteiligung an WACKERSDORF, in: Grüne Zettel, 15. 10. 1986.

146 AGG, A – Joschka Fischer, 37, Pressemitteilung der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, 12. 7. 1985. Hamburg und Bremen haben demnach den Subventionen zugestimmt, NRW und das Saarland sich lediglich enthalten. Zur SPD-internen Kritik vgl. Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 148.

An der Schwelle zum „Solarzeitalter": langsamer Bedeutungsgewinn der erneuerbaren Energien

Die Bereiche des Energiesparens und der erneuerbaren Energien bildeten neben dem Atomausstieg und der Kohlevorrangpolitik weitere Bausteine einer neuen, ökologisch sensibilisierten Energiepolitik, die im Vergleich weniger konfliktbehaftet waren. Teilweise konnte die SPD damit sogar aus der Opposition heraus Erfolge erzielen. Ende November 1987 forderte die Bundestagsfraktion ein „Forschungs- und Entwicklungsprogramm Solarenergie und Wasserstoff" und die Erhöhung der Forschungsgelder für nicht-nukleare Energieforschung, vor allem auf dem Gebiet der Photovoltaik, der Wärmekollektoren, der Wärmespeicher und des solar erzeugten Wasserstoffes. Im Juni 1990 stimmte der Bundestag einer geänderten Fassung des Antrages zu.[147] Noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten hatte die Partei in den Ländern, wie beispielsweise im Saarland, wo die SPD-geführte Landesregierung schon im Jahr ihres Amtsantritts 1985 ein Markteinführungsprogramm für Solaranlagen auflegte. Bis 1998 konnte das Saarland den Anteil an Sonnenenergie an der Energieversorgung so weit steigern, dass es die höchste Dichte an Sonnenkollektoren in der Bundesrepublik aufwies.[148] Damit bahnte sich schon an, was besonders im Folgejahrzehnt mit aller Macht deutlich werden sollte: Die Katastrophe von Tschernobyl hatte eine neue Welle des Interesses an den erneuerbaren Energien ausgelöst: „Wir stehen nicht in der Mitte des Atomzeitalters, sondern am Anfang des Solarzeitalters."[149]

Zudem konnten die Gefahren des Klimawandels kaum mehr ignoriert werden. Anders als beispielsweise noch in den 1970er-Jahren ließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse immer weniger Zweifel an der Klimaerwärmung und damit auch an der Notwendigkeit einer nicht-fossilen Energieversorgung zu.[150] Knapp dreieinhalb Monate nach Tschernobyl sprach der „SPIEGEL" erstmals von einer „Klima-Katastrophe", das ikonische Bild des inmitten eines großen Meeres verinselten Kölner Doms rückte die bislang dominierenden Themen Waldsterben und Kernenergie in den Hintergrund. Zeitgleich lenkten die internationalen Bemühungen zum Schutz der Ozonschicht, gipfelnd in der Unterzeichnung des Montrealer Abkommens, zusätzliche Aufmerksamkeit auf die globale Zerstörung der Atmosphäre durch FCKW, Kohlenmonoxid und Kohlendioxid.[151] Doch auch in diesem Zu-

[147] Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/1175, Antrag der Abgeordneten Dr. Scheer [u. a.] der Fraktion der SPD, Forschungs- und Entwicklungsprogramm Solarenergie und Wasserstoff, 12. 11. 1987; Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 216. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 20. 6. 1990, S. 17007. Vgl. ferner Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 66.

[148] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Kampa-Länderprofil Saarland, 16. 1. 1998, Bl. 3.

[149] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000272, SPD-Broschüre „Ohne Atomkraft. Argumente der SPD zur Energiepolitik", vermutl. 1986/87, Bl. 7.

[150] So z. B. bei Müller, Katastrophe, S. 330.

[151] Vgl. Radkau, Ära, S. 543–548; Metzger, Wald, S. 513.

sammenhang wurde deutlich, dass sich die energiepolitischen Konzeptionen weiterhin in einer Übergangsphase befanden. Zunächst reagierte die Partei mit ihrer klassischen Forderung nach einem Energiemix aus Energiesparen, umweltfreundlichen Kohletechniken und erneuerbaren Energien, wobei sich die Förderung der Erneuerbaren primär auf Markteinführungshilfen beschränkte.[152] Zwar beantragte die Bundestagsfraktion 1987 eine Erhöhung der staatlichen Forschungsmittel für Energiespar- und erneuerbare Energietechniken um knapp 12%, jedoch bei einer gleichzeitigen Anhebung der Mittel zur Erforschung von Kohletechniken um etwa 20%.[153]

Die energiepolitische Transformation der Sozialdemokratie befand sich in den 1980er-Jahren also nach wie vor im Fluss. Sie vollzog sich evolutionär, nicht abrupt. Die SPD war 1982 nicht die Partei der Kernenergie gewesen, aber 1988/1989 ebenso noch nicht die Partei „grüner“ Energien. Schritt für Schritt hatten sich die Prioritäten jedoch verschoben. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne ein neues Verständnis energiepolitischer Notwendigkeiten, das einen langen, teils schmerzhaften Bewusstseinswandel erfordert hatte: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit waren nun annähernd gleichwertige Ziele sozialdemokratischer Energiepolitik. Die Ökolog:innen in der Partei konnten sich in vielen Einzelfragen gegen den Widerstand der alten „Traditionskompanien“ durchsetzen, beispielsweise in der Frage der Notwendigkeit eines Atomausstiegs oder in den Auseinandersetzungen um Buschhaus. Sozialdemokratische Energiepolitik blieb zwar nicht widerspruchsfrei, aber der Umweltschutz war in der eigenen Programmatik wichtiger geworden.

Die Einbettung dieser energiepolitischen Neuausrichtung in den Kontext der „ökologischen Modernisierung“ bedeutete aber ebenso, dass diese „Ökologisierung“ Grenzen hatte. Die Frage, wie viele Arbeitsplätze eine Umstrukturierung der Energieversorgung schaffe oder koste, spielte immer eine wichtige Rolle. Der Platz der Kohle in der Gesamtenergieversorgung blieb deswegen weitestgehend unangetastet, auch wenn allen grundsätzlich bekannt war, wie umweltverschmutzend sie war. Der Glaube, die Kohlenutzung mittels einer „sauberen“ Kohleverbrennung und neuen Filtertechniken mit dem neuen Primat des Umweltschutzes in Einklang zu bringen, war groß. Aber er war in gewissen Teilen auch Selbstschutz, um über nach wie vor bestehende programmatische Ambivalenzen dieser Linie hinwegtäuschen zu können.

[152] „Entschließung des Präsidiums zur drohenden Klimakatastrophe“ in Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 173.

[153] Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/1312, Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1988 hier: Einzelplan 30 Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie – Drucksachen 11/700 Anlage, 11/1072, 11/1081 –, 23. 11. 1987, S. 2.

3. „Mehrheit diesseits der Union" oder „Hessische Verhältnisse"? Die Spaltung der SPD über Rot-Grün

Rot-grüner Traum? Ein Interview und viele Missverständnisse

Der Eintritt der SPD in die bundespolitische Opposition erhielt zusätzlich dadurch Brisanz, dass er eine Frage provozierte, die an kaum jemandem in der Partei vorbeiging: Wie kann ein Weg zurück zur Macht aussehen, und wie hält man es dabei mit den Grünen? Die Frage „Rot-Grün ja oder nein?" wurde zur „Gretchenfrage" der 1980er-Jahre.[154] Schon in der Endphase der Kanzlerschaft Schmidts konnte sie nicht mehr übersehen werden, angesichts möglicher Koalitionen in den Ländern äußerten sich die Sympathisant:innen einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene immer lauter. Erste frühe Kooperationsversuche ereigneten sich beispielsweise in Hamburg im Sommer 1982, als sich die Regierung Klaus von Dohnanyis kurzzeitig von der GAL tolerieren ließ, bis es ein halbes Jahr später doch Neuwahlen gab.[155] Der Bürgermeister wurde in diesen Versuchen ausdrücklich von Willy Brandt unterstützt.[156] Auch in Niedersachsen wurde die Bereitschaft zur Tolerierung durch den SPD-Spitzenkandidaten Karl Ravens vorsichtig signalisiert, wobei die Wahlniederlage der SPD eine solche Konstellation unmöglich machte.[157] Auf der kommunalen Ebene kam es ebenso zu rot-grünen Bündnissen, die vergleichsweise pragmatisch gehandhabt wurden, beispielsweise im Rahmen des „Kreuzberger Modells", einer losen Bündnispolitik zwischen SPD und AL im entsprechenden West-Berliner Bezirk.[158]

Auf der anderen Seite jedoch gab es große Widerstände gegen die Idee einer rot-grünen Koalition, die sich auf verschiedensten Ebenen zeigten: in der Verwirrung um die vermeintliche „Mehrheit diesseits der Union" im Bund, von der Willy Brandt so vieldeutig sprach, und vor allem anlässlich der instabilen Lage in Hessen, die erst zu einer von den Grünen tolerierten Minderheitsregierung, später zu einer gemeinsamen Koalition führte. In gewisser Weise stand die Koalitionsfrage exemplarisch für die Konflikte, die bereits der programmatischen Ausrichtung der „ökologischen Modernisierung" zugrunde lagen: Die Linie der Partei musste zwi-

[154] Nawrat, Überraschungscoup, S. 35. Vgl. auch Wirsching, Abschied, S. 135; Conze, Suche, S. 599.

[155] So u. a. von Freimut Duve, vgl. Freimut Duve, Ein rotgrünes Sozialbündnis?, in: Morgenpost, 25. 6. 1982.

[156] Günther Bading, Brandt zieht die Grünen als Partner ins Kalkül. Er unterstützt den Kurs Dohnanyis / Genscher spricht von „Pendeln", in: Die Welt, 5. 7. 1982, S. 1. Helmut Schmidt hingegen stellte sich scharf gegen die Bemühungen Dohnanyis. Vgl. Thomas Wolgast, Schmidt: Nicht mit den Grünen. Kanzler streicht Gegenposition zu Klaus von Dohnanyi heraus, in: Stuttgarter Zeitung, 17. 8. 1982.

[157] tgn., Ravens bringt die Grünen ins Gespräch. FDP: Bankrotterklärung der SPD / Die CDU spricht von Anbiederung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 2. 1982, S. 4.

[158] Vgl. Mettke, Kreuzberger Modell.

schen den vielen verschiedenen Interessengruppen austariert werden. Neben die inhaltlichen Auseinandersetzungen trat also die personelle und wahlarithmetische Konfrontation mit einem neuen Gegner, der diese sozialdemokratische Kompromisssuche zusätzlich erschwerte.

Die SPD-Spitze war bestes Beispiel für die Zerrissenheit in der Koalitionsfrage und gab während der gesamten 1980er-Jahre eine alles andere als gute Figur ab. Sie und allen voran der Parteivorsitzende Willy Brandt hatten keine eindeutige Vorstellung davon, wie mit der Konkurrenz durch die Grünen umzugehen sei. Ein klares Wort, ob man eine Zusammenarbeit mit den Grünen denn nun ablehnte, befürwortete oder eine Tolerierung bevorzugte, gab es nie. Schon im August 1982 wurden von Petra Kelly Gerüchte lanciert, dass Brandt ihr über Umwege einen sicheren Listenplatz für die nächste Wahl angeboten hatte, wenn sie im Gegenzug zur SPD wechsle. Brandt dementierte dies zwar,[159] auf der anderen Seite sandte er aber – vermeintlich – klare Signale aus, die die Spekulationen über eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit den Grünen weiter anheizten.

Anlässlich der hessischen Landtagswahl Ende September 1982 löste er „großen Lärm“ [160] aus, als er in der „Elefantenrunde“ den Grünen ein scheinbar eindeutiges Angebot machte: „Es gibt an diesem Abend der hessischen Wahl die Mehrheit diesseits der Union […]. […] Was jetzt als neuer Auftrieb im Gange ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD – wo es geht – zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern […] und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen.“[161] Viele Beobachter:innen werteten dies als Koalitionsangebot an die Grünen. Doch dass damit tatsächlich die „politische Lagerbildung [der] nächsten zwei Jahrzehnte“ vorgezeichnet wurde,[162] trifft nicht zu. Denn Brandt sah sich schon bald dazu veranlasst, seine Aussagen gegenüber dem Parteivorstand zu konkretisieren beziehungsweise zurückzunehmen: Es müsse, so Brandt, „aufgehört werden mit Unterstellungen, in der Partei gebe es Gruppen, die sich für ein Bündnis mit den Grünen aussprechen. Die Partei [muss] um Klarstellung bemüht sein.“[163] Im „SPIEGEL“ präzisierte er: „Die Sozialdemokraten bieten nicht Koalitionen an, sondern sie sehen, was aus diesem Bereich vernünftigerweise bei ihnen oder angelehnt an sie Platz finden kann.“[164] Was Brandt zunächst anstrebte, war Integration, nicht Kooperation.

159 Vgl. [o. V.], Grüne Petra. „SPD versprach mir einen Listenplatz“, in: BILD, 31. 8. 1982, S. 2.
160 Brandt, Erinnerungen, S. 344.
161 Zit. nach [o. V.], Unter Quarantäne, in: SPIEGEL, 4. 10. 1982, S. 24 f., hier: S. 24.
162 Conze, Suche, S. 512.
163 AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011120, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 11. 10. 1982, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 11. 10. 1982, Bl. 11.
164 Dirk Koch/Klaus Wirtgen, SPIEGEL Gespräch. „So viel wie möglich zusammenführen.“ Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über Sozialdemokraten und Grüne, in: SPIEGEL, 18. 10. 1982, S. 35–46, hier: S. 36.

Die von ihm geforderte Klarstellung erfolgte aber nicht, ganz im Gegenteil. Die Parteiführung hatte extreme Mühe, die verschiedenen Parteigliederungen auf eine gemeinsame Linie in der Koalitionsfrage festzulegen. Informelle Kreise bemühten sich darum, Kooperationsmöglichkeiten mit den Grünen auszuloten, vielfach an der Parteispitze vorbei. Namentlich der Niedersachse Peter von Oertzen versuchte sich bereits seit Ende der 1970er-Jahre daran. Als Wahlkampfplaner der niedersächsischen SPD hatte er früh feststellen müssen, dass es vor allem in der Parteijugend große Sympathien gegenüber der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) gab. Im Oktober 1979 hatte er sich in einem Interview mit der „tageszeitung" erstmals offen dazu bekannt, dass er für eine parlamentarische Tolerierung durch die Grünen bereitstünde.[165] Im Sommer 1982 hatte er die Beziehungen weiter intensiviert und vertrauliche Gespräche mit Thomas Ebermann und Jürgen Reents in Hamburg geführt, wo er die dortige SPD bei den Tolerierungsverhandlungen mit der GAL unterstützte.[166]

Der spätere Machtverlust im Bund bestätigte Oertzen in seiner Auffassung, dass mögliche Kooperationen mit den Grünen ausgelotet werden müssten, und er adressierte dies nun direkt an Willy Brandt. Dieser hatte gegenüber Oertzen den Standpunkt vertreten: „Zunächst alles tun, um möglichst viel von dem zu absorbieren, was in Richtung Grün driftet oder dort gelandet ist. Danach – oder gleichzeitig, wo durch die Umstände geboten – Abtasten, was in Bezug auf Kooperation möglich sein könnte."[167] Das „Abtasten" erfolgte Oertzen jedoch nicht schnell genug. Er konterte, dass eine reine Integrationsstrategie letztlich nicht ausreichend sein kann: „[In diesem] Fall bekommen wir unsere – von uns beiden ja angestrebte – ‚neue Mehrheit links von der CDU' eben nur in Kooperation mit grün/alternativen politischen Formationen."[168] Als klar wurde, dass es 1983 im Bund zu Neuwahlen kommen würde, nahm Oertzen das Heft selbst in die Hand. Das Wahlprogramm der Grünen hatte die Tolerierung einer Regierung Vogel unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellt,[169] und zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Peter Conradi kontaktierte Oertzen vor allem vergleichsweise junge Genoss:innen wie Hertha Däubler-Gmelin, Volker Hauff, Harald B. Schäfer, Inge Wettig-Danielmeier, Freimut Duve, Jörg Jordan, Hajo Hoffmann, Rudolf Hartung und Franz Steinkühler und bat sie um eine Zusammenstellung von inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen beiden Parteien. Da das Wahlergebnis letztlich keine Möglichkeiten für eine rot-grüne Koalition ergab, verschwanden diese Pläne wieder in der Schublade.[170]

165 Kufferath, Peter von Oertzen, S. 504, 506.
166 Ebenda, S. 553.
167 AdsD, WBA, A 11.5, 31, Willy Brandt an Peter von Oertzen, 28. 9. 1982.
168 AdsD, WBA, A 11.5, 31, Peter von Oertzen an Willy Brandt, 6. 10. 1982, Bl. 1 f. Zitat Bl. 1.
169 Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 72.
170 Kufferath, Peter von Oertzen, S. 556 f.

Kommunale Annäherungen: Rot-Grün in Stadträten und Kreistagen

Auf unteren Hierarchieebenen praktizierten SPD-Organisationen in der Folge jedoch genau das, was im Bund noch scheiterte. Von Ortsvereinen und Kreisverbänden ausgehend gingen einige sozialdemokratische Fraktionen in den Kommunen Koalitionen mit den dortigen Grünen ein. Politische Differenzen gab es natürlich auch hier, der im Vergleich zu höheren politischen Ebenen intensivere persönliche Kontakte schuf jedoch ein Umgangsklima, das Meinungsverschiedenheiten schlichten half.[171] Ein Blick auf das hessische Beispiel zeigt, das rot-grüne Kooperationen in den Stadtparlamenten insbesondere ab Mitte der 1980er-Jahre – nach Rückschlägen zu Beginn des Jahrzehnts –[172] immer häufiger praktiziert und vor allem stabiler wurden. Nach den hessischen Kommunalwahlen im März 1985 kam es in zehn mittel- und südhessischen Landkreisen und Städten zu rot-grünen Zusammenarbeiten, so unter anderem in den Kreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Wetterau sowie in Gießen, Maintal, Offenbach, Büdingen, Wiesbaden und Marburg-Biedenkopf.[173]

Teils geschah dies aus demonstrativer Sympathie mit dem „rot-grünen Projekt“, meist jedoch, weil es schlicht keine andere Option gab. Nach wie vor gab es Vorbehalte, ob die Grünen als „Partei“ wirklich zuverlässig und zu Kompromissen fähig seien.[174] Manche Bündnisse verliefen immerhin vergleichsweise harmonisch, beispielsweise in Kassel, wo der Oberbürgermeister Hans Eichel in den 1980er-Jahren erfolgreich eine Zusammenarbeit mit den Grünen erprobte. SPD und Grüne ließen sich dort zwar nur auf eine „punktuelle Zusammenarbeit“ ein, die von der SPD jedoch, trotz programmatischer Differenzen, als positiv beurteilt wurde: „Die GRÜNEN haben sich, soweit Absprachen bestanden, als durchweg verläßlicher Partner erwiesen.“[175]

Rot-Grün war in den 1980er-Jahren auf regionaler und lokaler Ebene ein Experimentierfeld, das zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen und Interpretationen führte. Vor allem jüngere Parteimitglieder zeigten wenig Berührungsängste, wenn es um Kooperationen in den Stadt- und Gemeinderäten ging.[176] Vielfach nahmen sie das als Vorlage, um auch auf Bundesebene neue machtstrategische Akzente zu setzen. Der Juso-Bundesvorstand forderte schon unmittelbar nach der Bundes-

171 Zeuner/Wischermann, Rot-Grün, S. 270.

172 Eine 1981 in Marburg gebildete Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP war nach lediglich drei Monaten auseinandergebrochen, da viele SPD-Ratsmitglieder doch eine große Koalition favorisierten. Die Grünen warfen der SPD anschließend mangelnden Bündniswillen vor. Vgl. Kleinert/Kuhnert, Aufstieg.

173 Vgl. exemplarisch die Koalitionsvereinbarungen im Bestand AdsD, LV Hessen III, SPD-Unterbezirke Hessen ab 1985/Koalitionen mit anderen Parteien. Vgl. auch Zeuner/Wischermann, Rot-Grün; Johnsen, Rot-grün, S. 791.

174 Ebenda, S. 271, 274 f.

175 Eichel/Hilgen, Schönwetterbündnis, S. 13. Vgl. allgemein Rehrmann (Hrsg.), Modell Kassel.

176 Vgl. Heimann, Aufbruchstimmung, S. 37; Brandt/Lehnert, Demokratie, S. 232.

tagswahl 1983 eine Koalition mit den Grünen.[177] Diese Forderung wurde regelmäßig wiederholt, besonders vom undogmatischen Flügel, und wurde mittlerweile vom realpolitischen Flügel der Grünen unterstützt, beispielsweise von Otto Schily.[178]

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass Rot-Grün in den Kommunen keine reine Erfolgsgeschichte war. Das zeigen vor allem Beispiele aus anderen Bundesländern. So ging die SPD ausgerechnet in der Bayer-Stadt Leverkusen eine Koalition mit den Grünen ein. Letztere stilisierten diese Zusammenarbeit zum sogenannten „Leverkusener Modell" hoch, die SPD musste jedoch zunächst intensive Gespräche mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten bei Bayer führen und deren Placet für die Kooperation einholen. Am Ende sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es schlicht „keine Alternative" zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen gebe. Die Haltung zu den Grünen blieb auch nach der Koalitionsbildung widersprüchlich. So bekannte sich der SPD-Oberbürgermeister Horst Henning freimütig dazu, in der Kommune zwar mit den Grünen zusammenarbeiten zu wollen, im Landtag, wo er ebenfalls ein Mandat besaß, eine solche Kooperation jedoch abzulehnen: „Die Grünen im Landtag wollen den Ausstieg aus der Industriegesellschaft. In Leverkusen haben wir es eher mit Pragmatikern zu tun, die den Parlamentarismus respektieren und kompromißfähig sind[.]"[179] Die gemeinsame Koalitionsvereinbarung stellte die Zusammenarbeit unter ein Motto, das insbesondere die sozialdemokratische Gemütslage auf den Punkt brachte: „Keine Koalition – ein Zweckbündnis[.]"[180]

Nicht selten brachen rot-grüne Koalitionen auch auseinander, und zwar vermehrt dann, wenn die Grünen das Gefühl hatten, wie „eine Gruppe […] innerhalb der SPD" behandelt zu werden, „deren Meinung per Mehrheitsentscheidung abgeschoben werden kann". So setzte die Grünen-Fraktion im Kreistag Wetterau die gemeinsame Zusammenarbeit aus, da sie den Eindruck bekommen hatte, die SPD behandle die anfangs getroffenen Vereinbarungen wie ein „Märchenbuch".[181] Ähnlich brüskiert fühlten sich die Solinger Grünen, als der Koalitionspartner den

[177] AGG, C – NRW LaVo/LGSt 01, 156, Bundesvorstand der Jungsozialisten: Die grüne Herausforderung. Synopse der Wirtschaftsprogramme von Grünen und Jungsozialisten. Bemerkungen zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen, [1983], Bl. 26, 32, 38.

[178] AGG, B.II.1, 5267, Pressemitteilung des Juso-Bundesvorstandes, 31. 8. 1984. Darin: Auszüge eines Interviews Otto Schilys mit der Juso-Zeitung JSE. Vgl. auch Scholle/Schwarz, Welt, S. 187 f.

[179] Zit. nach Meiswinkel, Szenen, S. 11.

[180] AdsD, SPD-Unterbezirk (UB) Leverkusen, Zusammenarbeit der SPD-Fraktion mit der Fraktion DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Leverkusen (Forderungskatalog, Gesprächsprotokolle, Anträge, Ratsentscheidungen), 3/NWAL000215, Programm für eine Zusammenarbeit der SPD-Fraktion mit der Fraktion DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Leverkusen, in den Bezirken I, II, III und den sonstigen von der Stadt beeinflußten und beaufsichtigten Gremien für die Wahlperiode 1984–1989, 1984, Bl. 1.

[181] AdsD, LV Hessen III, SPD-Unterbezirke Hessen ab 1985 Vereinbarungen/Koalitionen mit anderen Parteien, Illona Geupel an die SPD-Fraktion im Kreistag Wetterau, 12. 5. 1986, Bl. 1, 7.

Etat für das Jahr 1985 entgegen der gemeinsamen Vereinbarung einfach mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedete.[182]

Hans-Jochen Vogels verkapptes Koalitionsangebot 1985 und seine Folgen

Das mal mehr, mal weniger gelungene Abtasten beider Parteien in den Kommunen wurde im Bund von einer fortwährenden Kakofonie an der Parteispitze begleitet. Willy Brandt war zwar nach seinen misslungenen Stellungnahmen zur „Mehrheit diesseits der Union“ darum bemüht, rot-grünen Koalitionsspekulationen einen Riegel vorzuschieben. Direkt nach der Bundestagswahl 1983 hielt er fest: „Die Grünen [sind] nicht unsere Partner. […] Sie [müssen] wieder zurückgedrängt werden aus den Parlamenten.“ Niemand im Parteirat widersprach ihm.[183] Wenig später machte Hans-Jochen Vogel aber den gleichen Fehler wie einst Brandt, als er sich in der Koalitionsfrage so zweideutig äußerte, dass es rasch als Koalitionsangebot gewertet werden konnte.

Bereits anlässlich der vorgezogenen Neuwahlen 1983 hatte der neue Kanzlerkandidat zu erkennen gegeben, „keine der Möglichkeiten ausschließen“ zu wollen, womit er aber eine „punktuelle Unterstützung“ durch die Grünen, keine Koalition meinte.[184] Noch drei Wochen vor der Wahl hatte er, etwas verklausuliert, erklärt: „Ich sähe keinen Sinn darin, daß ich es als Kanzlerkandidat ablehne, mich von einer Mehrheit der vom Volk in den Deutschen Bundestag gesandten Abgeordneten wählen zu lassen, weil dazu die Grünen zählen.“[185] Vogel verhehlte auch nie, dass er auf einer persönlichen Ebene gute Kontakte zu einigen Grünen pflegte, beispielsweise zu Antje Vollmer, Petra Kelly, Gert Bastian und Joschka Fischer.[186]

Im Januar 1985 äußerte sich Vogel aber offenbar so deutlich, dass seine Worte prompt zu einem mittleren Eklat führten. In einem 17-seitigen Positionspapier für die Bundestagsfraktion fanden sich Passagen, in der der Fraktionsvorsitzende die Existenz der Grünen mit einer Chance zu „System-Innovationen und zum Abbau erkannter Defizite“ gleichsetzte, die es für die SPD wahrzunehmen gelte. „Mit den Grünen, wenn und wo sie sich entgegen den in letzter Zeit wieder gestiegenen Zweifeln als realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig zeigen, sonst gegen sie.“[187] Dies löste eine Welle der Empörung bei vielen altgedienten

[182] AdsD, SPD-Unterbezirk (UB) Solingen, Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen Solingen (Protokolle), 3/NWBC000046, DIE GRÜNEN Kreisverband Solingen an den SPD-Unterbezirk Solingen und die SPD-Fraktion des Rates Solingen, 21. 2. 1985, Bl. 2.

[183] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011139, Protokoll über die Sitzung des Parteirates am Sonntag, den 20. 3. 1983, in Berlin, Reichstag, 20. 3. 1983, Bl. 2.

[184] Hermann Rudolph/Theo Sommer, „Ich trete keinen Opfergang an“. Hans-Jochen Vogel über seine Politik und seine Koalitionsabsichten, in: Die Zeit, 5. 11. 1982, Bl. 1 f.

[185] Hans-Jochen Vogel, Zitat des Tages, in: Die Welt, 17. 2. 1983, S. 1.

[186] ders., Nachsichten, S. 202.

[187] ders., Mit den Grünen eine Chance, in: Münstersche Zeitung, 17. 1. 1985. Vgl. auch Martin E. Süskind, Bei der Orientierung einen wunden Punkt berührt. Der jüngsten Diskussion der SPD-Bundestagsfraktion über die Haltung zu den Grünen folgen Fragen nach dem Kanzler-

Fraktionsmitgliedern aus. Die ehemaligen Bundesminister Dieter Haack und Herbert Ehrenberg sowie die ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger erklärten vor der Presse, dass es keine Zusammenarbeit mit den Grünen geben dürfe. Haack warf der Fraktions- und Parteispitze gar vor, sich „opportunistisch" gegenüber „modischen Strömungen und Bewegungen" zu zeigen, ohne gleichzeitig ein „eigenes Profil" zu entwickeln.[188]

Vogel war daher schnell darum bemüht, seine missverständlichen Äußerungen klarzustellen. Dass seine Aussagen das Angebot einer Zusammenarbeit waren, sei, wie er gegenüber dem Parteivorstand zu Protokoll gab, „nicht korrekt".[189] Wenig später ließen Vogel und Peter Glotz auch die Öffentlichkeit wissen, dass für die SPD eine Koalition mit den Grünen auf Bundesebene derzeit nicht infrage komme.[190] Dies verunsicherte viele Sympathisant:innen der rot-grünen Idee. Nicht einmal mehr die Jusos waren sich über ihren Kurs gegenüber den Grünen einig. Im Vorfeld ihres Bundeskongresses im Juni 1985 hatte der Vorsitzende Ulf Skirke den Grünen die Mitarbeit in einer „sozialen Koalition" angeboten, was zu promptem Widerstand Peter Glotz', aber auch vieler Delegierter auf dem Bundeskongress führte.[191]

Immerhin hatte die Kontroverse des Jahres 1985 zur Folge, dass die Parteiführung einen Minimalkonsens in der Koalitionsfrage zementierte, der de facto schon länger bestanden hatte: keine Koalition mit den Grünen auf Bundesebene, den Landesverbänden wurde eine Zusammenarbeit aber freigestellt.[192] Von der von ihm selbst konstruierten „Mehrheit diesseits der Union" im Bund distanzierte Brandt sich öffentlich immer öfter, betonte gleichzeitig aber, dass Kooperationen in Städten, Gemeinden und Ländern möglich seien. Man müsse sich stets den Einzelfall anschauen, um zu entscheiden, ob eine Zusammenarbeit mit den Grünen Sinn ergebe.[193] Architekt dieser „Einzelfall-Strategie" war Peter Glotz, der gegenüber Brandt schon im September 1984 vertraulich angeregt hatte, die Frage einer Koalition mit den Grünen „von der Beschaffenheit der jeweiligen Fraktion abhängig" zu machen.[194] Im Sinne einer nun präzisierten „Prüfsteinpolitik" soll-

kandidaten für 1987, in: Süddeutsche Zeitung, 24. 1. 1985, S. 2. Abgedruckt auch in Vogel, Grüne.

188 Zit. nach Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 225 f.

189 AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011147, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 28. 1. 1985, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 28. 1. 1985, Bl. 13.

190 [o. V.], SPD stellt klar: Im Bund keine Koalition mit den Grünen. Glotz fordert Ende der innerparteilichen Diskussion, in: General-Anzeiger, 24. 1. 1985.

191 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 273 f.

192 Bereits im November 1984 hatte Vogel öffentlich den Standpunkt vertreten, dass „über mögliche Koalitionen […] mit den Grünen in den Ländern […] die jeweiligen SPD-Landesverbände entscheiden" müssten. Vgl. AGG, PKA, 2839, dpa-Meldung: Vogel: über Koalitionen mit Grünen muß Landes-SPD entscheiden, November 1984.

193 Willy Brandt, „Die SPD muß allein die Mehrheit erringen". Der Parteichef sieht keine Möglichkeit für Bündnisse in Bonn – Sozialdemokraten wollen Vertrauensvorschuss festigen, in: Augsburger Allgemeine, 5. 7. 1985.

194 AdsD, WBA, A11.3, 53, Peter Glotz an Willy Brandt, 3. 9. 1984, Bl. 1 f. Ähnlich: AdsD, WBA, A 11.3, 53, Peter Glotz, Wolfgang Clement und Volker Riegger: Entwurf eines Positionspapiers zu „Rot-Grün", 3. 9. 1984, Bl. 2.

ten Koalitionen in einzelnen Bundesländern dazu dienen, „an Sachen feststellen, ob die Grünen koalitionsfähig sind oder nicht“.[195]

Präzedenzfall oder Albtraum? Entstehung und Scheitern des hessischen Bündnisses

Nichtsdestotrotz: Die SPD war von einem Konsens in der Koalitionsfrage immer noch weit entfernt. In Hessen zeigte sich die Zerrissenheit der SPD so deutlich wie sonst nirgends. Hier kam es zum ersten „Präzedenzfall“[196] einer rot-grünen Koalition auf Landesebene – ausgerechnet unter Holger Börner, der den Grünen Anfang der 1980er-Jahre noch mit der Dachlatte gedroht hatte.[197] Die Hess:innen wählten Ende September 1982 einen neuen Landtag, und im Vorfeld hatte Börner eine Koalition mit der Öko-Partei kategorisch ausgeschlossen: „Eine politische Gruppe, die dem Parlamentarismus den Kampf angesagt hat, hat keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen, sondern bringt sich damit in die Nähe von Faschisten.“ Gleichzeitig gab es Funktionär:innen aus den Unterbezirken und Ortsvereinen, die signalisierten, dass sie eine Zusammenarbeit mit den Grünen anstreben würden, sollte es keine anderen Optionen geben. Auf einer Funktionär:innenkonferenz in Alsfeld wurden Pläne vorgebracht, bei einem entsprechenden Wahlausgang nicht Börner, sondern Erhard Eppler das Amt des Ministerpräsidenten anzutragen, um eine Tolerierung durch die Grünen zu ermöglichen.[198]

Das Wahlergebnis verursachte genau die unklare Lage, die Börner vermeiden wollte: Die SPD verlor zwar nur leicht, die FDP kam aber auf lediglich 3,5% und flog aus dem Parlament. Die Grünen zogen im Gegenzug mit glatten 8% erstmals in den Wiesbadener Landtag ein. Damit blieben Börner nur zwei Möglichkeiten, um Ministerpräsident zu bleiben: eine große Koalition oder eine Zusammenarbeit mit den Grünen. Doch Letzteres war für Börner immer noch keine realistische Option, zu tief saßen seine Vorbehalte gegen die grünen „Chaoten“. Was sich stattdessen einstellte, waren sogenannte „Hessische Verhältnisse“: eine Pattsituation, bei der die im Landtag vertretenen Parteien nicht dauerhaft miteinander kooperieren wollten. Um einen Ausweg aus dieser Blockade zu finden, führte die hessische SPD-Landtagsfraktion zunächst nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit der CDU Gespräche, die aber ergebnislos blieben.[199] Zwar gelang es Börner, mit den Stimmen der Grünen sein Reformprogramm gegen die steigende Arbeitslosigkeit

[195] Zit. nach [o. V.], SPD stellt klar: Im Bund keine Koalition mit den Grünen. Glotz fordert Ende der innerparteilichen Diskussion, in: General-Anzeiger, 24. 1. 1985.

[196] Gogos, Neubau, S. 219.

[197] Zur rot-grünen Koalition in Hessen vgl. grundlegend u. a. Felder, Bündnis 90/Die Grünen; Krumm, Vergemeinschaftung; Johnsen, Fundamentalopposition.

[198] Zit. nach Albert Bechtold, Hessens SPD-Linke unbeeindruckt. Trotz Börners Kampfansage Zusammenarbeit mit den Grünen angestrebt – „Gedanken“ über Eppler, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 18. 8. 1982.

[199] Vgl. AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011120, Erklärung des Vorstandes der Hessen-SPD zur hessischen Landtagswahl am 26. 9. 1982, September 1982, Bl. 2.

zu verabschieden. Eine stabile Regierungsarbeit ermöglichte dies aber nicht, denn dem Haushalt verweigerten die Grünen ihre Zustimmung.[200]

Ein ganzes Jahr blieb Börners Regierung geschäftsführend und ohne eigene Mehrheit im Amt. Eine Selbstauflösung des Landtages führte zu Neuwahlen im September 1983, die endlich klare Verhältnisse schaffen sollten. Im Vorfeld untermauerte Börner erneut seinen Anspruch, auf keinen Fall eine Koalition mit den Grünen eingehen zu wollen: „Ich halte es für ein Übel, daß große Volksparteien […] in schwierigen Zeiten von kleinen Parteien erpreßt werden können."[201] Doch auch dies gelang nicht, die Neuwahlen brachten nicht den erhofften Befreiungsschlag. An Börners Haltung änderte auch das zunächst nichts: „Mit denen nicht. Ich bin Naßrasierer und möchte morgens in den Spiegel sehen ohne mich anspucken zu müssen."[202] Der Druck stieg jedoch, bis er keinen anderen Weg mehr sah, als mit den Grünen über die Tolerierung einer Minderheitsregierung zu verhandeln. Diese hatten signalisiert, dass sie für eine Zusammenarbeit offen wären und unter gewissen Bedingungen dem nächsten Landeshaushalt zustimmen würden – ein Angebot, dass man, so Börner, annehmen „mußte".[203] Die Wähler:innen hätten „durch das Wahlergebnis den Zwang zur Zusammenarbeit geschaffen".[204]

Die Tolerierungsstrategie zeigte durchaus Erfolge: Im Januar 1984 konnte ein erster Teilhaushalt verabschiedet werden, im Juli 1984 wurde Börner als Ministerpräsident bestätigt.[205] In der Parteispitze wollten dennoch die wenigsten der Wiesbadener Zusammenarbeit Modellcharakter zugestehen, am allerwenigsten der Ministerpräsident selbst: „Was wir in Hessen jetzt beginnen, ist nicht eine historische Verbrüderung zwischen Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung, sondern eine parlamentarische Zusammenarbeit der SPD mit einer anderen Partei, die […] zum Teil ganz andere Interessen und Werte vertritt als wir."[206] Ein „Modell Rot-Grün"[207] gab es zwar für viele derjenigen, die sich schon lange für einen stärker ökologischen Kurs der SPD einsetzten wie beispielsweise Johano Strasser.[208] Das galt aber noch nicht für den übergroßen Teil der SPD. In der Hessen-SPD selbst war die Tolerierung hoch umstritten, nicht wenige hielten „eine solche Zusammenarbeit für verhängnisvoll".[209]

[200] Markovits/Gorski, Grün, S. 305.
[201] Holger Börner, Keine Koalition mit den Grünen, in: Quick, 12. 9. 1983, S. 11.
[202] Zit. nach AGG, B.II.1, 5267, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die SPD – Ende einer Volkspartei? Perspektiven eines rot-grünen Bündnisses, 26. 9. 1984, Bl. 3.
[203] Börner, Neue Politik, S. 111 f.
[204] Vgl. die Aussagen Börners in AGG, A – Karl Kerschgens, 20, Transkript der ARD-Sendung „Report", 27. 12. 1983, Bl. 4.
[205] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1984, S. 136; Hofschen, Kontinuität, S. 541.
[206] AdsD, WBA, A 11.3, 53, Rede Holger Börners auf dem Parteitag der Hessen-SPD in Wiesbaden, 2. 6. 1984, Bl. 4.
[207] Vgl. Meng/Bullmann, Modell.
[208] Vgl. Strasser, Höchste Zeit, S. 171 f.
[209] AGG, B.II.1, 5266, Rede von Heribert Reitz auf dem Parteitag der Hessen-SPD, 2. 6. 1984. Reitz war ehemaliger hessischer Wirtschafts- und Finanzminister.

Dies galt umso mehr, als sich schnell zeigte, welche Tücken ein solches Bündnis in sich barg. Denn schon bald kündigten die Grünen die Tolerierung aufgrund energiepolitischer Differenzen auf.[210] Dies hatte viele in der SPD in ihrer Einschätzung einer „Koalitionsunfähigkeit“ bei den Grünen bestätigt.[211] Nun stand die Regierung wieder ohne Mehrheit da, und die SPD unter Börner drängte darauf, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Dies sollte nun aber formal abgesichert im Rahmen einer Koalition geschehen, um die Grünen „in die Pflicht“ zu nehmen.[212] Dieses Angebot nahm die hessische Landesversammlung der Grünen im Frühjahr 1985 an. Joschka Fischer ließ sich – bekanntlich in Turnschuhen – als erster grüner Landesminister vereidigen. Gerüchte, dass Börner den Grünen nun eine feste Koalition anbot, damit diese sich „bis zur Konturenlosigkeit abschleifen“, kamen aber schnell auf.[213] Dem rechten Flügel der hessischen SPD wäre eine Tolerierung durch die FDP sowieso lieber gewesen.[214]

Bei den Skeptiker:innen in der Partei änderte die Koalitionsbildung daher wenig am grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den rot-grünen Experimenten. Vor allem aus den Gewerkschaften war massiver Widerstand gegen die Koalitionsbildung zu hören.[215] Hochrangige Sozialdemokraten aus anderen Bundesländern verhehlten ihre Skepsis ebenfalls kaum. Hans Apel, der Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl 1985, wurde immer wieder auf die zeitgleich in Hessen geschmiedete Koalition angesprochen. Angesichts der Stärke der Alternativen Liste in Berlin war eine rot-grüne Mehrheit rechnerisch in Aussicht. Eine solche auch zu nutzen, lehnte der Spitzenkandidat jedoch ab. Apel wurde nicht müde, wiederholt zu betonen: „[Ich kann] der Entwicklung in Hessen politisch nichts abgewinnen.“[216] Der Hamburger Hans-Ulrich Klose hielt es ebenso für „zweifelhaft“, ob ein Bündnis mit den Grünen angesichts der „inhaltliche[n] und emotionale[n] Vorbehalte“ großer Teile der SPD wirklich funktionieren könne.[217] Auf die Spitze trieb es Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie Papier Kera-

[210] Wolfrum, Rot-Grün, S. 43 f.

[211] Vgl. stellvertretend Glotz, „Der Tanker ist kein Surfbrett“, S. 175 f.

[212] AdsD, LV Hessen II, Flugblätter – Plakate – Werbematerial, SPD-Wahlkampfbroschüre „Diese Koalition ist gut für Hessen“, o. D., vermutl. 1985. Darin: Interview Holger Börners in der Sendung „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks vom 3. 11. 1985.

[213] Ulrich Reitz, Krollmann brachte die Genossen auf Kurs. Nun auch SPD-Bezirk Nordhessen für Bündnis mit den Grünen, in: Die Welt, 10. 6. 1985, S. 4.

[214] Vgl. AdsD, WBA, A 11.3, 56, Peter Glotz an Willy Brandt, 20. 5. 1985, Bl. 2.

[215] So ließ beispielsweise Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, wissen, dass „eine Partei, die in ihrem Kern industriefeindlich und damit arbeitnehmerfeindlich sei, […] nicht Verhandlungs- und Bündnispartner“ sein könne. Zit. nach [o. V.], Gewerkschaften gegen Koalition mit Grünen, in: Die Welt, 10. 6. 1985, S. 4. Der DGB stellte sich ebenfalls gegen eine Koalition. Bedeutsam war dies insofern, als Jochen Richert, der DGB-Landesvorsitzende, auch Mitglied des SPD-Landesvorstandes war. Vgl. Friederike Tinappel, DGB sperrt sich gegen Börners Energiepolitik. Kein Verständnis für Koalitionsangebot an Grüne, in: Frankfurter Rundschau, 4. 6. 1985, S. 1.

[216] Bickerich/Foerster, Hans Apel, S. 222. Vgl. ferner Apel, Abstieg, S. 287, 294, 305, 330. Zitat S. 287.

[217] Klose, SPD, S. 161 f.

mik und SPD-MdB, der im Rahmen der Debatte um eine neues Grundsatzprogramm Ende 1986 forderte, dass das neue Programm ein Verbot der Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen festschreiben solle.[218]

CDU und CSU hatten schon früh erkannt, wie umstritten Rot-Grün innerhalb der SPD war und dass sich das „Gespenst" der rot-grünen Koalition als Steilvorlage zur Mobilisierung der eigenen Anhänger:innenschaft nutzen ließ. Die Unionsfraktionen sammelten und veröffentlichten penibel jede Aussage ranghoher Sozialdemokrat:innen, die auf die Strategie einer rot-grünen Mehrheitssuche hinwies, und prognostizierten angesichts dessen das „Ende [der] Volkspartei" SPD.[219] Seit 1985 propagierte vor allem Heiner Geißler die Lagertheorie, nach der ein schwarzgelber Block einem rot-grünen gegenüberstehe. Selbst wenn in der SPD bei Weitem nicht alle ein solches Bündnis befürworteten, Geißlers Strategie wirkte. Ähnlich wie die „Rote Socken"-Kampagne in den 1990er-Jahren gegen ein Bündnis aus SPD und PDS warnen sollte, war die Aussicht auf ein vermeintlich chaotisches Zusammengehen von SPD und Grünen in den 1980er-Jahren eines der wichtigsten Argumente, mit denen die Union um Wechselwähler:innen in der Mitte warb.[220]

Zwar gab sich die hessische Landesregierung unter dem Einfluss der Grünen nun einen zunehmend ökologischen Anstrich, Börner selbst stellte das Regierungshandeln unter das Motto „Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung".[221] Das Bündnis war dennoch äußerst fragil und es brach nach nur 14 Monaten endgültig auseinander. Anlass war ein klassisches rot-grünes Streitthema: die Atompolitik. Insbesondere die Nuklearfabriken in Hanau waren ein ständiger Konfliktherd. Eine jener Brennelementefabriken, die der Firma Alkem, operierte seit Auslaufen der ursprünglichen Betriebsgenehmigung 1975 „in einem fragwürdigen Zustand der Halblegalität".[222] Die Genehmigung sollte nun erneuert werden, was aber – wenig überraschend – hoch umstritten war. Die Tolerierungsvereinbarung hatte ausdrücklich festgehalten, dass es „unvereinbare[] Standpunkte von Grünen und SPD über die weitere Nutzung der Kernenergie" gebe. Die Hessen-SPD ließ wissen, dass eine definitive Entscheidung pro oder contra Kernkraft zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Die Frage des Weiterbetriebs der Hanauer Fabriken war in der Vereinbarung daher nicht angesprochen worden.[223]

Knackpunkt der Auseinandersetzung war, dass die Landesregierung nicht allein über eine Genehmigung der Anlagen entscheiden konnte. Immer wieder hatten Börner und seine Regierung die Grünen darauf hingewiesen, sich letztlich einer

[218] Vgl. Kollatz, Ökosozialismus, S. 238.
[219] AGG, B.II.1, 5267, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die SPD – Ende einer Volkspartei? Perspektiven eines rot-grünen Bündnisses, 26. 9. 1984, Bl. 2.
[220] Vgl. u. a. Tschirschwitz, Kampf, S. 359 f.
[221] Börner, Neue Politik, S. 114.
[222] Markovits/Gorski, Grün, S. 331.
[223] AdsD, LTF Hessen, Verhandlungen SPD-Grüne, Ergebnisse der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen in Hessen, 15. 4. 1984, Bl. 54.

Weisung des Bundesinnenministeriums nicht entziehen zu können.[224] Sie nahmen dabei einen ganz anderen, legalistischeren Standpunkt ein als die Grünen, die schon im Juli 1985 aufgrund einer ersten ergangenen Weisung Strafanzeige gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erstattet hatten.[225] Um den koalitionsinternen Streit zu schlichten, wurde eine gemeinsame, paritätisch besetzte Arbeitsgruppe Hessische Atompolitik eingerichtet. Sie lavierte zwar um eine klare Empfehlung herum, zeigte sich jedoch äußerst skeptisch, ob für den Aufbau einer Plutoniumfabrik bei Alkem überhaupt die „verfassungsmäßige Rechtsgrundlage“ bestehe. Sie riet dazu, bei einer negativ ausfallenden Prüfung und einer gleichzeitigen Weisung des Innenministers, die Genehmigung dennoch zu erteilen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Damit wurde die Verantwortung de facto dem Bund zugeschoben. Der Kompromiss war in der Hessen-SPD trotzdem nicht unumstritten. Ein SPD-Mitglied der Kommission, Horst Hochgreve, verweigerte ihm seine Zustimmung.[226]

Die Vereinbarungen, die anlässlich der anschließenden Koalitionsbildung getroffen wurden, waren dementsprechend schwammig: Sie enthielten lediglich das gemeinsame Ziel, dass „Weisungen des Bundesministers in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren […] im Rahmen eines Bund-Länderstreites über die Verfassungsmäßigkeit der Weisung […] dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung unterbreitet“ werden sollten.[227] Die grüne Landesversammlung stellte der SPD im Juni 1986 dennoch ein Ultimatum, dass die Nuklearbetriebe noch in dieser Legislaturperiode zu schließen seien.[228] Es kam letztlich wie erwartet: Der Wirtschaftsminister Ulrich Steger lehnte den vorliegenden Genehmigungsantrag der Alkem zwar ab, um eine Reduzierung der Fördermenge zu erreichen. Er wusste aber auch, dass wohl eine Weisung aus Bonn erfolgen würde, weshalb er dem Betrieb der Anlagen keinen endgültigen Riegel vorschob.[229] Daraufhin kündigten die Grünen die Koalition auf, Fischer wurde als Umweltminister entlassen, nachdem er zuvor bereits seinen Rücktritt angedeutet hatte. Börner schien dem gescheiterten Bündnis nicht wirklich nachzutrauern. Er bemühte sich nicht darum, Fischer zum Verbleib zu bewegen, sondern ließ ihn lapidar wissen: „Bitte teilen

[224] So beispielsweise im Juli 1985, als die Grünen-Fraktion gegen die Genehmigung der Fabrik der Reaktor-Brennelement-Union (RBU) protestierte, die ebenfalls zum Hanauer Nuklearkomplex gehörte. Vgl. AGG, A – Joschka Fischer, 37, Paul Leo Giani an die Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag, 30. 7. 1985.

[225] Vgl. AGG, A – Joschka Fischer, 37, Die Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag an die Fraktion der SPD, die Hessische Staatskanzlei und das Hessische Wirtschaftsministerium, 23. 7. 1985.

[226] AGG, A – Karl Kerschgens, 29, Bericht der Arbeitsgruppe Hessische Atomenergiepolitik, o. D., Bl. 3, 13.

[227] AGG, A – Karl Kerschgens, 31, Vereinbarung zwischen SPD und Grünen vom 12. 6. 1985, 12. 6. 1985, Bl. 2.

[228] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 68; Johnsen, Rot-grün, S. 801 f.

[229] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch, 1986/1987, S. 157; Johnsen, Rot-grün, S. 803.

Sie meinem Büro telefonisch mit, wann Sie die Entlassungsurkunde in Empfang nehmen möchten."[230] Am 10. März 1987 erfolgte die Weisung des mittlerweile zuständigen Bundesumweltministers Walter Wallmann, die erste Teilgenehmigung für Alkem zu erteilen, und zwar ohne jede Bedingung.[231] Es kam zu Neuwahlen im April 1987, bei denen die SPD massiv verlor und Rot-Grün durch eine schwarz-gelbe Koalition abgelöst wurde.[232]

Zwischen Abgrenzung und Annäherung: die Koalitionsfrage in den anderen Bundesländern

Noch heute wird die Koalition in Hessen, trotz ihrer Kurzlebigkeit, gerne als Vorläuferin der rot-grünen Koalition im Bund 1998 interpretiert. Durch Holger Börner und Joschka Fischer sei die Tragfähigkeit eines solchen Bündnisses erstmals erprobt worden, die Hessen-Koalition liest sich so als erster Grundstein des „Projektes" Rot-Grün.[233] Doch erstens verdeckt diese Lesart die Tatsache, dass die Koalition aus der reinen Not geboren und voller Spannungen war, und zweitens übersieht sie, dass es in den 1980er-Jahren auch zahlreiche Beispiele dafür gab, dass rot-grüne Koalitionen nicht zustande kamen, obwohl eine rechnerische Mehrheit bestand.

Zwar ließ sich beispielsweise die Hamburger SPD 1982 nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft kurzzeitig von der GAL tolerieren. Dieser Schritt wurde von Helmut Schmidt und dem Regierungsflügel in der SPD aber heftig attackiert. Die GAL war zudem kein leichter Verhandlungspartner – Thomas Ebermann nahm während der Verhandlungsphase an einer Hausbesetzung teil, was das Verhältnis zur SPD alles andere als verbesserte. Die Tolerierung dauerte nur 196 Tage an, die Hamburger SPD leitete nach ihrem Ende Neuwahlen ein. Sie erfolgten schon im Dezember 1983, und die Sozialdemokrat:innen gewannen ihre absolute Mehrheit zurück.[234] Als die SPD diese 1986 wieder verloren hatte, es aber erneut die rechnerische Möglichkeit einer Koalition mit der GAL gab, konnte sie ebenfalls nicht genutzt werden. Klaus von Dohnanyi verhandelte parallel sowohl mit der CDU als auch mit der GAL, wobei letztere Gespräche eher taktischer Natur waren, um die vermeintliche Reformunfähigkeit der Grünen aufzeigen zu können. Schon wieder kam es zu Neuwahlen, nach denen die SPD eine Koalition mit der FDP einging.[235]

In Landesverbänden, in denen die „klassische" SPD der Gewerkschafts- und Arbeitnehmer:innenvertretungen dominierte, stand eine rot-grüne Koalition nie-

[230] AGG, A – Karl Kerschgens, 32, Holger Börner an Joschka Fischer, 9. 2. 1987.
[231] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 181.
[232] Klein/Falter, Weg, S. 188.
[233] Zur zeitgenössischen Etikettierung als Projekt vgl. u. a. Klatt/Micus, Rot-grünes Projekt, S. 250. Vgl. ferner Wolfrum, Rot-Grün, S. 43.
[234] Brandt/Lehnert, Demokratie, S. 229 f.; Markovits/Gorski, Grün, S. 298–300.
[235] Heimann, Aufbruchstimmung, S. 38; Markovits/Gorski, Grün, S. 333.

mals ernsthaft zur Debatte. Ähnliches galt für den Seeheimer Kreis, der angesichts der nach wie vor starken Verankerung der SPD im gewerkschaftlichen Milieu eindringlich vor einer Koalition warnte.[236] Prominentestes Beispiel für diese Ausgrenzungs- und Distanzierungsstrategie ist der Landesverband in Nordrhein-Westfalen. Der Ministerpräsident Johannes Rau fremdelte nicht nur mit vielen grünen Politikinhalten, sondern fühlte sich angesichts des als respektlos und unhöflich empfundenen Verhaltens der Grünen auch auf einer habituellen Ebene vor den Kopf gestoßen.[237] Eine Koalition mit den Grünen hatte er daher immer kategorisch abgelehnt. Selbst im Falle des Verlustes seiner absoluten Mehrheit hätte er lieber alle anderen Möglichkeiten zur Wiederwahl genutzt, die ihm die Landesverfassung bot, als sich ausgerechnet von den Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen zu müssen. Anlässlich der Landtagswahl 1985 machte er klar: „Bei uns wird im 3. Wahlgang gewählt, wer die einfache Mehrheit hat. Und nicht die Regierung muß bestätigt werden, sondern nur der Ministerpräsident […].“[238]

Andere Landesverbände liebäugelten zwar bisweilen mit einem sogenannten „sozial-ökologischen“ Bündnis. Es muss jedoch vermutet werden, dass dahinter nicht nur grundsätzliche Sympathien mit grünen Politikinhalten standen, sondern in erster Linie handfeste machtstrategische Kalküle. Allen voran Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, die sich in dieser Zeit aufmachten, in die Führungsetage der Partei vorzudringen, versuchten um fast jeden Preis, ein dafür notwendiges Ministerpräsidentenamt zu erringen. Bevor Oskar Lafontaine 1985 die Landtagswahl im Saarland und obendrein die absolute Mehrheit gewann, hatte er im Wahlkampf immer wieder mit einer möglichen rot-grünen Koalition kokettiert. Schon 1984 hatte er den Grünen öffentlich eine „echte Regierungsbeteiligung“ in Aussicht gestellt, sollte eine Alleinregierung verfehlt werden, was die Grünen aber ablehnten.[239] Dass er Jo Leinen, der regelmäßig für eine rot-grüne Koalition auch im Bund plädierte,[240] zu seinem designierten Umweltminister machte, offenbarte Lafontaines Doppelstrategie: sich einerseits offen für eine rot-grüne Koalition zu zeigen, den Grünen andererseits durch eine eigene grün-programmatische Profilierung das Wasser abzugraben.[241]

Gerhard Schröder, der sich zeitgleich als künftiger niedersächsischer Ministerpräsident in Stellung zu bringen versuchte und an einer Mehrheit für die Landtagswahl 1986 arbeitete, betrachtete die Koalitionsfrage noch stärker unter taktischen Prämissen. Zwar warf er seiner Partei eine zu starre Haltung gegenüber den Grü-

[236] Gebauer, Richtungsstreit, S. 230.
[237] Gissendammer/Vogel, Johannes Rau, S. 273 f.
[238] AGG, B.II.1, 5267, Transkript eines Interviews mit Johannes Rau im ZDF, 4. 10. 1984, Bl. 2.
[239] So Lafontaine in der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ vom 31. 8. 1984. Zit. nach AGG, B.II.1, 5267, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die SPD – Ende einer Volkspartei? Perspektiven eines rot-grünen Bündnisses, 26. 9. 1984, Bl. 6. Vgl. auch Klein/Falter, Weg, S. 43; Lorenz, Oskar Lafontaine, S. 18 f.
[240] Vgl. u. a. Jo Leinen, Der Minister in spe und die Grenzen des Systems. DVZ/tat-Gespräch mit Jo Leinen, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, 28. 9. 1984, S. 9.
[241] Wirsching, Abschied, S. 132.

nen vor: „Aus Angst vor den Grünen wird das Gespenst einer großen Koalition beschworen."[242] In einer Koalition mit den Grünen sah Schröder die realistischste Option, die Macht in Niedersachsen zu übernehmen.[243] Er gehörte zu dem Kreis um Joschka Fischer, Hubert Kleinert und Otto Schily von den Grünen sowie Heidemarie Wieczorek-Zeul, Renate Schmidt, Heide Simonis und Hans Eichel von der SPD, der sich seit 1983 regelmäßig in der Bonner Kneipe „Provinz" traf und inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien auslotete.[244] In der Öffentlichkeit bekannte Schröder andererseits aber auch, dass eine solche Zusammenarbeit aus Sicht der SPD „kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck" sei. Eine Koalition sei immer nur der Plan B, wenn der Plan A, die grünen Stimmen für die SPD zurückzugewinnen, nicht funktioniere: „Eine SPD, die den Anspruch aufgäbe, jenen Teil der Gesellschaft, der Hoffnungen auf die Grünen setzt, zu integrieren, würde ihren Charakter als Volkspartei verlieren […]."[245] Nachdem im Laufe des Jahres 1986 immer offensichtlicher geworden war, dass der designierte Kanzlerkandidat Johannes Rau der Partei einen Abgrenzungskurs gegenüber den Grünen aufdrückte, ordnete sich Schröder rasch unter. Angesichts grüner Forderungen nach einem Sofortausstieg aus der Atomkraft und einem Austritt aus der NATO sprach er nun von „Illusionisten" und Positionen, „die mit der SPD nicht zu machen sind".[246] Im Rückblick schob Schröder zwar Rau den Schwarzen Peter zu, von dem er sich die rot-grüne Option „ausreden lassen" musste, räumte aber im gleichen Atemzug ein: „In Wirklichkeit ahnte ich, dass ein Bündnis beide, sowohl SPD als auch Grüne, damals noch überfordert hätte."[247]

Eine eigene Mehrheit für die SPD? Der gescheiterte Bundestagswahlkampf 1987

An den Auseinandersetzungen um die Strategie im Bundestagswahlkampf 1987 lässt sich geradezu paradigmatisch ablesen, wie sehr die Partei immer noch mit zwei Zungen sprach. Der Kanzlerkandidat Johannes Rau wiederholte beinahe eins zu eins die Strategie, mit der er zwei Jahre zuvor sein Ministerpräsidentenamt verteidigen konnte: größtmögliche Ausgrenzung der Grünen in der Koalitionsfrage, gleichzeitig sollte durch intensives Werben um die schwankende Unionswähler:innenschaft in der Mitte und eine Festigung des sozialdemokratischen Stammwähler:innenpotenzials eine absolute Mehrheit für die SPD erreicht werden.[248] Tat-

[242] Schröder, Mißtrauen, S. 143 f.
[243] Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 160 f.
[244] Eines Nachts sollen Schröder und Fischer in der „Provinz" auf einem Bierdeckel ein zukünftiges rot-grünes Bundeskabinett entworfen haben: Schröder als Kanzler, Fischer als Außenminister und Schily als Justizminister. Vgl. Geyer/Kurbjuweit/Schnibben, Operation, S. 29–31. Vgl. auch Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 143 f.
[245] Schröder, Mißtrauen, S. 133 f.
[246] [o. V.], Bundesversammlung, S. 48. Zum Einfluss Raus auf die Strategie Schröders vgl. Gissendammer/Vogel, Johannes Rau, S. 280; Markovits/Gorski, Grün, S. 314 f.
[247] Schröder, Entscheidungen, S. 51 f.
[248] Gissendammer/Vogel, Johannes Rau, S. 264–266.

sächlich wären die Voraussetzungen für eine rot-grüne Bundesregierung aber so gut gewesen wie nie – nach der Katastrophe in Tschernobyl sprach sich in einer Emnid-Umfrage erstmals eine Mehrheit für ein solches Bündnis aus.[249] Raus Wahlkampfslogan „Versöhnen statt Spalten“ war jedoch in erster Linie ein verkapptes Koalitionsangebot an die Unionsparteien.[250] Zwar ließ sein Wahlkampfteam auch einen umweltpolitisch motivierten Werbespot produzieren, darin gab Rau aber nicht mehr als unpräzise Allgemeinformeln à la „Arbeit und Umwelt gehören zusammen“ von sich. Am konkretesten wurde bezeichnenderweise ein Arbeiter in einem Presswerk, das Rau für den Film besichtigte. Ihm rief der Arbeiter hinterher: „Denkt auch an mich!“[251]

Von der Basis wurde schon während des Wahlkampfs heftige Kritik an diesem Vorgehen geäußert, das vor allem um eine möglichst deutliche Abgrenzung von den Grünen bemüht war. Rau wurde vorgeworfen, dass seine Wahlkampfstrategie „bei Mitgliedern und Anhängern der Partei demobilisierend und demotivierend“ wirke, „weil […] eine absolute Mehrheit im Bund unter dem Stichwort ‚Illusion‘ abgehakt wird“.[252] Tatsächlich konnte die SPD bei der Bundestagswahl nur einen enttäuschenden Stimmenanteil von 37% einfahren. Die Streitigkeiten wurden nun auch in den höchsten Parteigremien ausgetragen. In der Parteivorstandssitzung am Tag nach der Wahl plädierten Oskar Lafontaine, Peter von Oertzen, Norbert Gansel, Gerhard Schröder, Karl-Heinz Hiersemann, Hans Eichel, Willi Görlach, Christoph Zöpel und Klaus von Dohnanyi mehr oder weniger eindringlich dafür, sich strategisch in Richtung Grüne zu öffnen. Dies blieb nicht unwidersprochen, erhebliche Einwände gegen diese Taktik erhoben Hans Koschnick, Ilse Brusis, Rudolf Dreßler und allen voran natürlich Johannes Rau. Der Parteivorsitzende Brandt äußerte sich gewohnt sibyllinisch, wenn er „sagte, natürlich gebe es für uns die Notwendigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grünen. Dies bedeute nicht zugleich die Beantwortung einer Koalitionsfrage. [Er] bezeichnete die Auffassung als richtig, die darauf abzielte, auch mit anderen Parteien künftig Koalitionen einzugehen.“[253]

Wie gespalten die Partei in der Koalitionsfrage war, hatte sich schon im Vorfeld gezeigt. Teile der SPD hatten Raus Strategie schlicht und ergreifend ignoriert, konkret an einer rot-grünen Zusammenarbeit gearbeitet und damit bewusst die Vorgaben des Parteivorstandes übergangen. Bereits im Oktober 1985 hatte Peter von Oertzen in einem parteiinternen Rundschreiben davor gewarnt, in den Grünen nur einen „mehr oder weniger zufälligen zusammengewürfelten Haufen von Protestwählern“ zu sehen.[254] In den Monaten vor der Wahl hatten sich Teile der SPD-

[249] Arndt, Tschernobyl, S. 73.
[250] Vgl. Grebing, Geschichte, S. 188.
[251] AdsD, Film-, Video- und Tonsammlung, 6/AVM0000221, SPD-Wahlwerbespot für die Bundestagswahl 1987, 1:14, 1:35.
[252] AdsD, WBA, A 11.6, 54, SPD-Ortsverein Ostend an Johannes Rau, 30. 4. 1986, Bl. 1.
[253] Vgl. AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Parteivorstand Sitzungen, 1/HJVA100296, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am 26. 1. 1987, 26. 1. 1987. Zitat Bl. 24.
[254] AdsD, WBA, A 11.2, 171, Rundschreiben Peter von Oertzens, 7. 10. 1985, Bl. 1.

Linken regelmäßig mit Vertreter:innen der Grünen getroffen; von einem Kreis um Oertzen waren sogar schon Sondierungsgespräche für den Oktober 1986 geplant gewesen. Ziel war, zumindest über eine Tolerierung durch die Grünen zu verhandeln. Teilnehmen sollten neben Oertzen Hans-Ulrich Klose, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Willi Hoss, Antje Vollmer und Otto Schily. Die Treffen wurden jedoch nach Druck des Parteivorstandes und Johannes Raus abgesagt.[255] Der uneingeschränkten Rückendeckung Brandts konnte sich Rau ebenfalls nie sicher sein. So ließ sich der Vorsitzende während des Wahlkampfes zitieren, dass auch 43% schon ein gutes Ergebnis für die SPD seien. Damit zog er die Strategie einer absoluten Mehrheit öffentlich in Zweifel.[256] Mit der Aussage, dass im Falle einer verpassten absoluten Mehrheit „am Bundespräsidenten [liege], dem Parlament einen mehrheitsfähigen Kandidaten als Kanzler vorzuschlagen", heizte Brandt Spekulationen darüber, im Notfall doch mit den Grünen zu kooperieren, weiter an.[257]

Wer vor der 1987er-Wahl gegen eine solche Zusammenarbeit war, änderte auch danach zunächst nicht viel an seiner Position. Peter Glotz beispielsweise blieb weiterhin äußerst skeptisch, denn in der „fundamentalistischen Minderheit [bei den Grünen] verstärken sich Tendenzen, die auf zwar wert-konservative, aber gleichzeitig sozial reaktionäre Programme hinauslaufen".[258] Er traf damit offenbar einen Nerv: Eine repräsentative Forsa-Umfrage unter 1000 SPD-Mitgliedern aus dem April 1987 ergab, dass immer noch 72% von ihnen eine engere Zusammenarbeit mit den Grünen ablehnten.[259]

Raus Niederlage hatte dennoch zum Ergebnis, dass aus ihr all jene gestärkt hervorgingen, die schon länger auf eine rot-grüne Zusammenarbeit hingearbeitet hatten. Vor allem der linke Frankfurter Kreis meldete sich selbstbewusst zu Wort und forderte laut und deutlich ein „sozial-ökologisches Bündnis" gegen die „konservative Wählermehrheit".[260] Flankiert wurde dies durch zahlreiche öffentliche Stellungnahmen Oertzens, der weiter an seinem Herzensprojekt arbeitete. Auf sein maßgebliches Drängen hin hatte der Parteitag 1987 eine „Bonner Erklärung" verabschiedet, in der festgehalten wurde, dass Kooperationen mit allen im Bundestag vertretenen Parteien grundsätzlich möglich seien: „Die Zusammenarbeit mit an-

[255] Kufferath, Peter von Oertzen, S. 571. Wieczorek-Zeul bestätigte gegenüber Willy Brandt zwar, dass sie von den Theologen Volkmar Deile und Norbert Greinacher eine Einladung zu einem solchen Gespräch bekommen habe, dementierte aber, selbst an der Planung dieser Treffen beteiligt gewesen zu sein. Das ganze Vorhaben bezeichnete sie als „unsinnig". Vgl. AdsD, WBA, A 11.3, 59, Heidemarie Wieczorek-Zeul an Willy Brandt, 3. 11. 1986.

[256] Merseburger, Willy Brandt, S. 797; Wirsching, Abschied, S. 145.

[257] Zit. nach R.M., Anhaltende Spekulationen um eine rot-grüne Zukunftskoalition in Bonn. Sibyllinische Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Brandt, in: Neue Zürcher Zeitung, 7. 11. 1985.

[258] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000636, Peter Glotz: Die deutsche Linke nach den Januar-Wahlen 1987, 5. 2. 1987, Bl. 1 f.

[259] AGG, A – Günter Bannas, 34, Umfrage zur Situation der SPD, Bericht in der ARD-Sendung „Monitor", 15. 4. 1987.

[260] Horst Peter, Wenn die Nacht am tiefsten… Links die sozialökologische Mehrheit organisieren, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 10. 4. 1987, S. 1–4, hier: S. 4.

deren Parteien ist für Sozialdemokraten eine taktische Frage, die immer neu unter neuen Bedingungen zu beantworten ist. Koalitionen sollten unter dem Gesichtspunkt abgeschlossen werden, wie ein Höchstmaß an sozialdemokratischer Politik verwirklicht werden kann und ob Glaubwürdigkeit und Identität der SPD als einer Partei demokratischer, sozialer und ökologischer Reformen dabei bewahrt werden.“[261]

Ein gewichtiges Haupthindernis für eine rot-grüne Zusammenarbeit war die weiter schwelende „Fundi-Realo-Kontroverse“ bei den Grünen. Selbst Oertzen mahnte, dass das „Hauptproblem“ der Verwirklichung grün-programmatischer Ziele „in der Herausbildung grün/alternativer politischer Formationen selbst und in der Frage nach dem Verhältnis von politisch-parlamentarischer Praxis und fortschreitender sozialer Bewegung“ liege.[262] Damit lag der Ball im Feld der Grünen, von denen zuallererst erwartet wurde, sich von fundamentalistischen Positionen zu lösen. Oertzen war sich damit mit der Parteispitze grundsätzlich einig. Noch im Dezember 1988 riet die Parteizentrale im Erich-Ollenhauer-Haus beispielsweise, ungeachtet der „Bonner Erklärung“, zu einer „verstärkte[n], harte[n] SPD-Kritik am Fundamentalismus der Grünen […]. […] Das strategische Ziel der Partei sollte ein Abschneiden der Grünen am untersten Rand ihrer Möglichkeiten bei der Bundestagswahl 1990 sein.“[263]

Das alles klang auch Ende der 1980er-Jahre noch nicht so, als würde man den Grünen den roten Teppich für eine gemeinsame Koalition ausrollen wollen. Ungeachtet aller gegenseitigen Annäherungen und Abtastversuche in den Vorjahren: Die schiere Existenz der Grünen rüttelte am Anspruch der SPD, *die* Vertreterin der linken Mitte in der Bundesrepublik zu sein. Die Erkenntnis, dieses Machtmonopol aufgeben zu müssen, war ernüchternder als jede programmatische Neujustierung, und sie fiel daher vor allem den traditionalistisch und gewerkschaftlich orientierten Parteikreisen schwer. Die „kurzen“ 1980er-Jahre zwischen dem Machtverlust und der Wiedervereinigung waren daher in erster Linie die Zeit eines erzwungenen und schmerzhaften Lernprozesses, im Zuge dessen sich viele, aber bei Weitem nicht alle in der Partei mit der Option Rot-Grün wohl oder übel zu arrangieren begannen. Er benötigte Zeit und Bewegung auf beiden Seiten. Annäherungen der Grünen an die parlamentarische Kultur und den industriegesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik wurden seitens der SPD zu nicht verhandelbaren Voraussetzungen für mögliche Koalitionen gemacht. Daher sollte sich das Verhältnis zwischen beiden Parteien erst im Laufe der 1990er-Jahre so sehr normalisieren, dass Rot-Grün zu einer mehr oder weniger normalen und selbstverständlichen

[261] Abgedruckt in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 212 f., Zitat S. 213.

[262] von Oertzen, SPD, S. 119.

[263] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000159, Vermerk der Abteilung II des SPD-Parteivorstandes an Hans-Jochen Vogel und Anke Fuchs: Überlegungen zur Strategie der SPD im Licht der neueren Entwicklungen auf der Rechten und bei den Grünen, 8. 12. 1988, Bl. 6 f.

Koalitionsoption wurde.[264] Wäre der „Fundi"-Flügel der Grünen Ende der 1980er-Jahre nicht durch die Abwahl von einigen ihrer wichtigsten Führungsfiguren aus dem Vorstand entscheidend geschwächt worden, wäre die Aussicht auf eine rot-grüne Koalition wohl auf längere Sicht weiterhin unrealistisch geblieben.[265]

[264] Vgl. Conze, Suche, S. 597–599.
[265] Vgl. Decker, Parteiendemokratie (2015), S. 175; Probst, Grüne (2013), S. 515 f.; Markovits/Gorski, Grün, S. 343.

V. Personen, Strukturen und Impulse Organisation und Mechanismen umweltpolitischer Willensbildung in der SPD

1. Persönlichkeit versus Partei: Aufstieg, Profil und Marginalisierung sozialdemokratischer Ökolog:innen

Die Entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik zeichnete sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl durch eine zunehmende Professionalisierung der Parteistrukturen als auch durch einen immer stärkeren Fokus auf ihre Führungspersönlichkeiten aus. Die historische Parteienforschung steht daher vor einer grundsätzlichen Herausforderung: Wer oder was ist eigentlich „die" Partei? Die Organisation oder die in ihr wirkenden Personen? Gerade die Ökologiediskussion in der Sozialdemokratie zeigte die Ambivalenzen dieser doppelten Dynamik von Personalisierung und Professionalisierung. So sehr die Festigung innerparteilicher Strukturen die Wirkkraft ökologischer Arbeit erhöhte, so sehr war diese Arbeit auch davon abhängig, dass es starke Führungsfiguren gab, die diese Strukturen zu nutzen wussten. Dies galt umso mehr, da die Ökologie in der SPD ein Thema ohne Tradition war. Wer waren also die sozialdemokratischen Ökolog:innen, welches Profil hatten sie und welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf Umfang, Intensität und Resilienz ökologischen Denkens in der SPD ziehen? Eine eindeutige Typisierung der sozialdemokratischen Ökologin und des sozialdemokratischen Ökologen ist kaum möglich, ebenso wenig eine trennscharfe Abgrenzung verschiedener Gruppen. Ungeachtet aller Schnittmengen in Sozialisation und innerparteilicher Positionierung lassen sich jedoch ein paar Grundtypen identifizieren.

Außenseiter:innen und „Parteiintellektuelle"

Auffällig ist, und dies gilt insbesondere für die frühen Grundsatzdebatten über Wachstum und Fortschritt in den 1970er-Jahren, dass zahlreiche Impulse von Persönlichkeiten kamen, die weitestgehend frei waren von innerparteilichen Handlungszwängen. Während der sozial-liberalen Koalition hatte sich umweltpolitische Expertise oftmals in bewusster Distanz zur Parteispitze und zum Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgebildet. Erhard Eppler ist dafür das beste Beispiel. Um seinen Standpunkten Gehör zu verschaffen, benötigte er Resonanzräume außerhalb der Führungsgremien. Als er zum wichtigsten Vertreter der Wachstumsskepsis in der SPD avancierte, war er bereits, 1974, als Entwicklungshilfeminister zurückgetreten. Er nutzte fortan in erster Linie zwei Ressourcen, um für seine Ideen zu werben: seine öffentliche Strahlkraft als ehemaliger Minister, der bereits zu Amtszeiten abweichende Positionen vertreten hatte, und seine neu gewonnene

Unabhängigkeit. Epplers Unterstützer:innen, allen voran Willy Brandt, wussten, dass insbesondere Letzteres ein wirksames Mittel war, um die SPD zwischen der vergleichsweise wenig kompromissbereiten Linie Helmut Schmidts und den radikaleren Vorstellungen der Umweltbewegung positionieren zu können. Als Eppler nach der verlorenen Landtagswahl in Baden-Württemberg 1980 auch noch den Vorsitz des Landesverbandes aufgab, ermunterte Brandt ihn, weiterhin für die Partei aktiv zu bleiben: „[D]ie Gesamtpartei braucht Dich. Du hast auch eine Verantwortung gegenüber den vielen, die sich an Dir orientieren. […] Es wäre gut, wenn Deine Mitarbeit in Bonn noch deutlicher würde."[1] Ab diesem Zeitpunkt bestanden Epplers einzige größeren Verpflichtungen nur noch im Vorsitz der Grundwertekommission, ab Mitte der 1980er-Jahre zusätzlich im Vorsitz der Programmkommission. Eppler war im Rahmen dessen maßgeblich für die Formulierung des Berliner Programms von 1989 verantwortlich.

All diese Tätigkeiten zeichneten sich vor allem durch ihren grundsätzlichen Charakter aus – trotz seiner Mitgliedschaft im Parteipräsidium bis 1989 und im Parteivorstand bis 1991 hatte Eppler mit der Tagespolitik kaum noch etwas zu tun. Im Bundestag saß er schon seit 1976 nicht mehr. Diese innerparteiliche Beinfreiheit, aber auch seine mediale Präsenz nicht zuletzt durch seine Rolle in der Friedensbewegung waren so groß, dass er nicht nur für die gerade entstehende ökologische Strömung in der SPD ein zentraler Anlaufpunkt war, sondern auch für die Umweltbewegung ein nicht zu unterschätzendes Gewicht besaß. Nicht wenige Mitglieder von Bürger:inneninitiativen und Grünen setzten große Hoffnungen in Eppler als mögliche Leitfigur der Umweltbewegung. Dies galt vor allem für diejenigen Teile der Bewegung, die der SPD nahestanden.[2] Dass Eppler vor allem von den Jusos, die sich ebenfalls als innerparteiliche Opposition verstanden, „bewundert und umjubelt" wurde,[3] ist ebenso kein Zufall.

Epplers Werdegang ist zwar schwer generalisierbar, er deutetet dennoch auf ein grundlegendes Problem umweltpolitischer Arbeit in der SPD hin, vor allem bis 1982: Mangels tragfähiger institutioneller Strukturen und verlässlicher innerparteilicher Netzwerke waren Ökolog:innen in der SPD in der Regel auf ausreichende Profilierungsmöglichkeiten außerhalb der Partei beziehungsweise ihrer formalisierten Entscheidungsprozesse angewiesen. Dies gilt unter anderem auch für Johano Strasser und Freimut Duve, die neben der Parteiarbeit vor allem auf ihre publi-

[1] AdsD, WBA, A 11.5, 29, Willy Brandt an Erhard Eppler, 22. 3. 1980. Vgl. auch Albrecht-Baba/Rudolph, Eppler.

[2] Z. B. im Bericht über die „Sozialistische Konferenz" in Kassel vom 2. bis 4. 5. 1980: „Zu einer eindrucksvollen […] Szene kam es, als eine einfache, aber offenbar sehr aktive Frau mittleren Alters aus Bremen in schlichten Worten ihre […] Tätigkeit seit ihrem Eintritt in die Gesamtdeutsche Partei Heinemanns, später in die SPD, ihren Ausritt aus ihr und ihre jetzige Aktivität in einer ‚grünen' Bürgerinitiative schilderte. Sie drückte die Hoffnung aus, daß Eppler sich ‚eines Tages an die Spitze der grünen Bewegung stellt'[.]"AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009459, Wolfgang Deuling an Egon Bahr, 5. 5. 1980, Bl. 2 f. des Anhangs.

[3] Glotz, Kampagne, S. 79 mit Bezug auf eine Rede Epplers auf dem Juso-Bundeskongress 1981.

zistische Wirkung setzten. So gehört zwar Johano Strasser seit 1975 bis heute der Grundwertekommission an, hatte sonst jedoch kein höheres Amt in der Partei inne. Er wirkte vor allem als politisch engagierter Schriftsteller – in den 1990er- und 2000er-Jahren sollte er wichtige Leitungsfunktionen im deutschen PEN-Zentrum übernehmen. Innerparteiliche Ämter bekleidete er nur bei den Jusos, deren stellvertretender Vorsitzender er während der Richtungsdebatten in den frühen 1970er-Jahren war. Aus dem Bundesvorstand schied er aber schon 1975 aus. Strasser arbeitete vor allem als freier Schriftsteller, seit 1980 war er zudem einer der Mitherausgeber:innen der Zeitschrift „L'80 – Demokratie und Sozialismus" und beteiligte sich so immer wieder an programmatischen Debatten. Ein öffentliches Amt oder ein Abgeordnetenmandat hatte Strasser nie.[4]

Dies war bei Freimut Duve etwas anders, schließlich saß er von 1980 bis 1998 im Bundestag und gehörte von 1974 bis 1989 dem Hamburger SPD-Landesvorstand an. Was ihn mit Strasser verband, war aber, dass sich sein ökologisches Engagement zunächst vor allem außerhalb der Parteistrukturen abspielte. Wie Strasser war auch Duve literarisch und publizistisch tätig. Von 1970 bis 1989 war er Lektor beim Rowohlt-Verlag. Dort gab er die Reihe „rororo aktuell" heraus, die vielen Vertreter:innen aus der Umweltbewegung eine Plattform für ihre Bücher und Streitschriften bot. So erschienen dort zahlreiche Veröffentlichungen von Protagonisten aus der Umweltbewegung wie beispielsweise von Carl Amery, Edward Gaul, Ivan Illich, André Gorz, Hans-Helmuth Wüstenhagen und Klaus Traube.[5] Zusammen mit einigen seiner Schriftsteller-Kollegen engagierte sich Duve ferner in der Anti-AKW-Bewegung.[6] Letztlich ist es kein Zufall, dass alle diese „Außenseiter" – Eppler, Strasser und Duve – Mitglieder des Arbeitskreises Grüne in der SPD waren, der enge Verbindungen zu Intellektuellen, Kulturschaffenden und Wissenschaftler:innen aus dem Umfeld der Umweltbewegung unterhielt, aber niemals fester Bestandteil der Parteiorganisation war.

Techniker:innen, Pragmatiker:innen und „Unabhängige"

Daneben wurde die innerparteiliche Debatte von Figuren geprägt, die in einem eher pragmatischen Verhältnis zu den Parteistrukturen standen und fachliches Wissen in die innerparteiliche Diskussion einbrachten, das sie oftmals auch außerhalb des politischen Betriebs gewinnbringend zu nutzen wussten. So beispielsweise Hermann Scheer, der sich vor allem in den 1990er-Jahren als einflussreicher Verfechter erneuerbarer Energien profilierte. Der promovierte Politikwissenschaft-

[4] Vgl. zu Strasser allgemein Strasser, Götter.

[5] Zu Duve vgl. [o. V.], Duve; Weirauch, Leben. Beispielhaft zur Bedeutung von Hans-Helmuth Wüstenhagens Veröffentlichungen bei Rowohlt vgl. Oberloskamp, Intellektuelle, S. 104 f.

[6] Duve erklärte sich zusammen mit u. a. Carl Amery, Günter Grass und Siegfried Lenz anlässlich der Brokdorfer Ausschreitungen 1976 mit der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe solidarisch. Vgl. [o. V.], o.T, in: Atommüll. Politisch unabhängige Zeitschrift der „Bürger gegen Atommüllaufbereitung in der Heide", Dezember 1976, S. 15.

ler arbeitete vor seinem Einzug in den Bundestag im Kernforschungszentrum Karlsruhe und kannte die Probleme bei der Nutzung der Kernenergie aus erster Hand. Scheers Haltung gegen die Pro-Kernenergie-Linie der Mutterpartei (Scheer war seit 1973 Landesvorsitzender der baden-württembergischen Jusos und seit 1974 stellvertretender Vorsitzender des Juso-Bundesverbandes) wich jedoch relativ bald einer Art technologiepolitischer Lobby-Arbeit, die sich nicht nur durch seine Position *gegen* die Atomkraft, sondern in erster Linie *für* die Sonnenenergie auszeichnete. Er nutzte dafür seine Präsidentschaft bei der von ihm 1988 gegründeten europäischen Sonnenenergie-Vereinigung Eurosolar e.V., die als „avantgardistisch wirkende[] Vereinigung" in „institutioneller Unabhängigkeit die solare Energiewirtschaft" vorantreiben sollte.[7] Dies war ein bewusster Schritt, um sich „unabhängig von Parteistrukturen, ihren Hierarchien und Positionskämpfen" zu machen.[8]

Scheer verband seine außerparlamentarischen Aktivitäten jedoch stets geschickt mit pragmatischer und konstruktiver Mitarbeit innerhalb von Partei und Bundestagsfraktion. Das von der rot-grünen Bundesregierung nach 1998 verabschiedete „100 000 Dächer-Programm" zur Förderung der Solarenergie ging maßgeblich auf seine Initiativen seit Beginn der 1990er-Jahre zurück.[9] Vor allem aber war er maßgeblich für die Formulierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verantwortlich. Er hatte es, mit den Worten seines Förderers Erhard Eppler, „dem Umweltministerium […] praktisch in die Feder diktieren können".[10] 1999 erhielt er für sein Engagement den Right Livelihood Award, den sogenannten „Alternativen Nobelpreis", und seit 2001 war Scheer ehrenamtlicher Vorsitzender des Weltrates für erneuerbare Energien.[11]

Ähnlich wie Scheer führte auch Reinhard Ueberhorst eine Existenz an der Grenze zwischen Partei und technologischem Expertentum. Der studierte Politikwissenschaftler wurde bereits mit 28 Jahren in den Bundestag gewählt. Er gehörte dem sehr atomkritischen schleswig-holsteinischen Landesverband an, Bekanntheit erwarb er sich jedoch vor allem als Leiter der Bundestags-Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" ab 1978. Diese hatte sich gerade durch den Anspruch ausgezeichnet, weitestgehend frei von parteipolitischen Erwägungen

[7] AdsD, Schäfer, Harald B., 498, Hermann Scheer an Harald B. Schäfer, 15. 8. 1988, Bl. 2. Scheer lädt Schäfer darin zur Gründungsversammlung von Eurosolar ein.

[8] Pater, Anwalt, S. 23.

[9] Ab Mitte der 1990er-Jahre berichtete Scheer in beinahe jeder Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der Bundestagsfraktion über geplante parlamentarische Initiativen zur Verwirklichung des „100 000-Dächer-Programms". Vgl. beispielhaft AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 25572, Protokoll der der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 27. 9. 1995, 27. 9. 1995, Bl. 1.

[10] Eppler/Paech, Revolution, S. 148.

[11] Vgl. u. a. Scheer, Befreiung; ders. (Hrsg.), Solarzeitalter; ders., Sonnen-Strategie. Seit 1990 erschien ferner die Zeitschrift „Solarzeitalter", die von Eurosolar bzw. Scheer herausgegeben wurde. Zur Person Scheers vgl. ferner Bücheler (Hrsg.), Visionen, S. 264 f.; Henke, Biographisches; Reschke, Hermann Scheer; [o. V.], Scheer; Meissner-Blau/Pater/Scheer (Hrsg.), Aufbruch.

und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse verschiedene mögliche Energiepfade für die Zukunft entwickeln zu wollen. Es war dabei auch Ueberhorsts Führung zu verdanken, dass die Kommission auf vergleichsweise nüchterne und rationale Weise arbeitete.[12] Eine parteipolitische oder bundespolitische Karriere verfolgte Ueberhorst jedoch trotz seiner gestiegenen Bekanntheit nicht. Schon 1981 legte er sein Bundestagsmandat nieder, um in Berlin kurzzeitig als Senator für Gesundheit und Umweltschutz unter Hans-Jochen Vogel zu amtieren. Er war dies jedoch nur ein knappes halbes Jahr, nach der verlorenen Wahl zog er sich aus der aktiven Politik weitgehend zurück. Zwar blieb er bis 1985 Mitglied des Abgeordnetenhauses, führte aber schon seit 1981 ein eigenes Beratungsbüro für diskursive Projektarbeiten und Planungsstudien und baute sich ein Standbein neben der Politik auf.[13]

Der prominenteste Vertreter der Techniker:innen und Pragmatiker:innen war Volker Hauff. Hauff war als 19-Jähriger in die SPD eingetreten, Anlass waren seine Erfahrungen als Akkordarbeiter in einem Essener Steinkohlebergwerk.[14] Anschließend hatte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert und wurde durch eine Arbeit über programmgesteuerte Datenverarbeitungsanlagen promoviert. Anschließend hatte er für IBM in Stuttgart gearbeitet. In den Folgejahren war Hauff rasch politisch aufgestiegen. Nur drei Jahre nach seinem Einzug in den Bundestag 1969 wurde er 1972 parlamentarischer Staatssekretär im Forschungsministerium, 1978 stieg er zum Forschungsminister auf. 1980 wechselte er ins Bundesverkehrsministerium.

Vor allem seit Ende der 1970er-Jahre hatte sich Hauff zu einer der Schlüsselfiguren der umweltpolitischen Profilschärfung der SPD entwickelt, gerade weil er einen Ausgleich zwischen den Positionen des Regierungsflügels und der ökologischen Parteikreise herzustellen versuchte.[15] Voll wirksam wurde dies aber erst nach dem Gang in die Opposition, vor allem durch die Leitung der Ökologiekommission beim Parteivorstand. Diese wurde 1980 eingerichtet, wirklich einflussreich war sie aber erst nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition. Seit 1983 stand Hauff dem umweltpolitischen Arbeitsbereich, seit 1987 dem dementsprechenden Arbeitskreis der Bundestagsfraktion vor und war damit automatisch Fraktionsvize. Sein fachliches Wissen, unter anderem aus seiner Zeit als Forschungsminister, machte er sich immer wieder zunutze, beispielsweise bei der Ausarbeitung des Kernenergieausstiegskonzeptes 1986. Dass die SPD-Umweltpolitik gerade unter Hauffs Ägide die Idee der „ökologischen Modernisierung" und damit das Wachstumspotential technischer Umweltschutzmaßnahmen in den Vordergrund stellte, ist kein Zufall. Mit dieser pragmatischen Linie blieb Hauff

[12] Altenburg, Kernenergie, S. 20, 185–189. Vgl. ferner Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik, Zukünftige Kernenergie-Politik.
[13] Vgl. zur Person Ueberhorsts u. a. [o. V.], Ueberhorst.
[14] Hauff, Global denken, S. 11 f.
[15] Allgemein zu Hauff und seiner Bedeutung für die ökologische Profilierung der SPD Müller, Innenwelt, S. 133.

immer anschlussfähig an die traditionellen und arbeitnehmer:innenorientierten Parteikreise. Hauff war aber auch außerhalb der Parteiorganisation sehr aktiv. 1983 war er der deutsche Bevollmächtigte in der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (Brundtland-Kommission), gab 1987 die deutsche Ausgabe des Kommissionsberichts heraus und hatte damit entscheidenden Anteil an der Popularisierung des Konzepts der „nachhaltigen Entwicklung".[16]

Die Bundespolitik hatte er aber kurz darauf verlassen und amtierte von 1989 bis 1991 als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main.[17] Aufgrund permanenter Flügelstreitigkeiten in der Frankfurter SPD legte er sein Mandat frühzeitig nieder.[18] Im vergleichsweise jungen Alter von 52 Jahren hatte er der aktiven Politik weitgehend den Rücken gekehrt. Er arbeitete fortan für Axel Springer, KPMG und war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Zwar blieb er der Politik verbunden, jedoch eher in beratender Position: Von 2001 bis 2010 war er der Vorsitzende des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, kurz darauf wurde er in die Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung der Bundesregierung berufen, die nach dem Unfall in Fukushima 2011 gebildet wurde.[19] Dass Hauff keine Karriere in der SPD und in öffentlichen Ämtern mehr verfolgte, unterstreicht seine relative Unabhängigkeit vom politischen Betrieb: „Ich möchte nicht zu den Menschen gehören, die wie der frühere österreichische Bundeskanzler und Vorsitzender der SPÖ, Fred Sinowatz, nach seinem Rücktritt von sich sagte: ‚Ohne Partei bin ich nichts' […]. [sic!] Ein solcher Mangel an Distanz erschreckt mich."[20]

„Oppositionelle" Expert:innen und MdBs

Eine wichtige, da zumindest teilweise mit Entscheidungskompetenzen ausgestattete Arena umweltpolitischer Arbeit war die SPD-Bundestagsfraktion. Hier profilierten sich einerseits Leitfiguren der Diskussion wie Volker Hauff, andererseits wurde sie insbesondere von den Fachpolitiker:innen als Plattform genutzt, um den eigenen, oftmals noch nicht mehrheitsfähigen Positionen Gehör zu verschaffen. Dies geschah mal mehr, mal weniger deutlich in Distanz zum Kurs von Gesamtfraktion und -partei. Ein frühes Beispiel ist das Engagement Karl Becherts. Bechert, Atomphysiker und seit 1956 Genosse, war von 1957 bis 1972 Mitglied des Bundestages und der vermeintlich „erste[], sicherlich sogar der erste namhafte

[16] Vgl. Hauff, Gemeinsame Zukunft.
[17] ders., Global denken, S. 36 f.
[18] Ebenda, S. 274 f.
[19] [o. V.], Volker Hauff, 28. 7. 2020, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000013436&type=text/html&query.key=vuP4wSVN&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[20] Hauff, Global denken, S. 277. SPÖ ist die Abkürzung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Umweltpolitiker in Deutschland".[21] Die Angst vor einem Atomkrieg hatte ihn in die Politik getrieben. Von 1962 bis 1965 leitete er den Parlamentsausschuss für Atomenergie und Wasserwirtschaft, aber erst ab 1968 sprach sich Bechert auch gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie aus. Zu diesem Zeitpunkt konnte er damit in der SPD noch so gut wie niemanden überzeugen. Das Verhältnis zu Partei und Bundestagsfraktion war konfliktreich, teilweise wurden Artikel Becherts nicht mehr im SPD-Pressedienst veröffentlicht. Er hatte weder ausreichendes öffentliches Ansehen noch innerparteiliches Gewicht, um gegen die parteiinternen Widerstände anzukommen. Zudem war die mediale Aufmerksamkeit für die Risiken der Atomkraft noch vergleichsweise gering.

In der Fraktion fühlte Bechert sich daher zunehmend isoliert. Durch Vortragsreisen und die Veröffentlichung kritischer Aufsätze in Nicht-SPD-Publikationen stellte er sich immer offener gegen den Kurs seiner Partei. Folgerichtig trat er bei der Bundestagswahl 1972 nicht wieder an. Erst nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament konnte sich Bechert mit voller Kraft als lautstarker Kritiker der deutschen Kernenergiepolitik profilieren. Er war Mitglied im Weltbund zum Schutz des Lebens, im Kampfbund gegen Atomschäden und im BBU. Er verfasste für die Anti-AKW-Bewegung zahlreiche Gutachten und mit seinem „Professor-Bechert-Informationsdienst" belieferte er ab 1974 die Anti-AKW-Bürger:inneninitiativen mit wichtigen Informationen. Ebenso beteiligte er sich am Widerstand gegen die atomare Nachrüstung und war neben Petra Kelly, Martin Niemöller und anderen einer der Initiator:innen des „Krefelder Appells".[22]

Bechert hatte seinen Kampf gegen die Atomkraft zu einem Zeitpunkt geführt, als atomkritische Stimmen in der SPD noch deutlich in der Minderheit waren. Dies hatte sich in der Wende von den 1970er- zu den 1980er-Jahren zu ändern begonnen. Vor allem nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition bot die parlamentarische Arbeit nun eine Möglichkeit, sich als Umweltexpert:in Anerkennung zu verschaffen. Entscheidend war dabei zunächst die Verbindung zu neu geschaffenen Gremien in unmittelbarer Nähe zur Parteispitze. Unter der Führung Volker Hauffs hatte sich die Ökologie-Kommission beim Parteivorstand zu einer zentralen programmatischen Triebfeder entwickelt. Sie überschnitt sich personell mit dem umweltpolitischen Arbeitsbereich in der Fraktion: Hauff war ab 1983 gleichzeitig Leiter des Arbeitsbereiches und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Der

[21] Friedrich, Karl Bechert, S. 128. Dieses Urteil geht auf den „Manchester Guardian" zurück, der Bechert am 4. 4. 1981 als „Vater der westdeutschen Antiatomkraftbewegung" bezeichnet hatte. Rucht, Langer Atem, S. 115.

[22] Kohl, Wirken, S. 29–36, 71–114. Vgl. ferner Hanle/Jehle, Nachruf; Luck, Karl Bechert. Zu Bedeutung des Kampfbundes gegen Atomschäden vgl. Biess, Republik, S. 373; Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 249. Der Krefelder Appell war ein Aufruf der Friedensbewegung an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses zurückzuziehen. Vgl. [o. V.], Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. 11. 1980, in: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_kre&st=KREFELDER%20FORUM&l=de (letzter Zugriff am 3. 5. 2022). Vgl. u. a. Milder, Ökopax, S. 87; Eley, Democracy, S. 422.

Kommission gehörten, neben anderen wichtigen Fachpolitiker:innen wie Jo Leinen, Klaus Matthiesen, Klaus Traube und Beate Weber[23] drei der wichtigsten Umweltexpert:innen der Bundestagsfraktion an: der bereits erwähnte Volker Hauff, Liesel Hartenstein und Harald B. Schäfer.

Liesel Hartenstein machte sich insbesondere als wichtigste SPD-Stimme in der Waldsterbensdebatte zu Beginn der 1980er-Jahre einen Namen.[24] Die Gymnasiallehrerin aus Baden-Württemberg war bereits Ende der 1960er-Jahre in Umweltschutzinitiativen aktiv, beispielsweise gegen die Pläne für einen Großflughafen in Stuttgart, und zog 1976 in den Bundestag ein. Dort leitete sie ab 1980 die Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Fraktion.[25] Ab 1987 leitete sie stellvertretend die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" und entwickelte sich so zu einer der ersten wichtigen Akteur:innen in der innersozialdemokratischen Klimaschutzdiskussion. 1998 schied sie aus dem Bundestag aus.[26]

1983 wurde auch Harald B. Schäfer Mitglied des Fraktionsvorstandes. Er kam – eine weitere Gemeinsamkeit mit Hartenstein und Hauff – ebenfalls aus dem von Erhard Eppler geführten baden-württembergischen Landesverband. Seit 1977 war er Epplers Stellvertreter als Landesvorsitzender und im Grunde dessen verlängerter Arm in der Bundestagsfraktion. 1972 zog er in den Bundestag ein und gehörte dabei stets den für Umweltthemen zuständigen Ausschüssen an; im Bundestagsinnenausschuss setzte er Ende der 1970er-Jahre die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz" durch.[27] Seit 1981 war Schäfer Ueberhorsts Nachfolger als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik".[28] Dort und im Umweltausschuss des Bundestages setzte er sich für eine Energiewende und ein Tempolimit ein. Seit 1988 war Schäfer Vorsitzender des umweltpolitischen Arbeitskreises in der Bundestagsfraktion und Mitglied des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UN-Konferenz in Rio 1992.[29] Im gleichen Jahr verließ er jedoch den Bundestag. Zwischen 1992 und 1996 war er baden-württembergischer Umweltminister in der großen Koalition unter Erwin Teufel und in dieser Zeit maßgeblich für ein Programm zur Förderung erneuerbarer

[23] Weber war Mitglied des Europäischen Parlaments, darin von 1979 bis 1984 stellvertretende Vorsitzende und von 1984 bis 1989 Vorsitzende des Ausschusses für Umweltfragen, Gesundheits- und Verbraucherschutz. Vgl. [o. V.], Beate Weber, S. 232 f.; Scheidle, Blick, S. 177.

[24] Vgl. zu Hartensteins Initiativen in der Waldsterbensdebatte u. a. AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000457, Liesel Hartenstein an Hans-Jochen Vogel, 14. 1. 1983. Sie übermittelte Vogel darin ihren Vorschlag für ein „Sofortprogramm zur Rettung unserer Wälder". Vgl. ferner Hartenstein/Schmidt, Planet. Allgemein zu ihrer Person: [o. V.], Hartenstein.

[25] Feldmann, Fraktion, S. 16.

[26] Gaiser, Gerhard/Esken, Saskia, Die SPD trauert um Frau Dr. Liesel Hartenstein, 17. 02. 2013, in: https://www.spd-baiersbronn.de/meldungen/die-spd-trauert-um-frau-dr-liesel-hartenstein/ (letzter Zugriff am 10. 12. 2020).

[27] Altenburg, Kernenergie, S. 111; Feldmann, Fraktion, S. 36.

[28] Vgl. ebenda, S. 15.

[29] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 55.

Energien und die Gründung einer landeseigenen Klima- und Energieagentur verantwortlich.[30]

Als in den 1990er-Jahren das Interesse der Parteispitze, vor allem der Parteivorsitzenden, an Umweltthemen abnahm, wuchs die Bedeutung der Bundestagsfraktion als Plattform für umweltpolitische Arbeit noch weiter an. Der umweltpolitische Arbeitskreis in der Fraktion wurde nun zum zentralen Motor in der innerparteilichen Ökologiearbeit. Die Vernetzung zwischen den Umweltpolitiker:innen erfolgte nun überwiegend durch die praktische Arbeit an tagespolitischen Fragen innerhalb der Fraktion.[31] Zu diesem Netzwerk gehörte unter anderem Monika Ganseforth. Die Diplomingenieurin zog 1987 erstmals in den Bundestag ein, wo sie sich energie- und klimapolitischen Fragen widmete. Besonderen Einfluss hatte sie auf die Arbeit der Enquete-Kommission zum Klimawandel („Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre"), in der sie die Mitglieder der SPD vertrat.[32] Enquete-Kommissionen waren allgemein eine beliebte Plattform, um umweltpolitische Expertise zu erwerben und in den politischen Diskurs einzuspeisen. Das galt bereits für Reinhard Ueberhorst und die Kommission zur Kernenergiepolitik, in abgeschwächtem Maße war dieser Effekt auch noch in den 1990er-Jahren zu erkennen. 1991 erwirkte die Bundestagsfraktion beispielsweise die Einrichtung der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft". Dort gelang es, den Gedanken der „nachhaltigen Entwicklung" – hier noch unter Verwendung des Adjektivs „zukunftsverträglich" anstatt „nachhaltig – in das Zentrum des ökologischen Diskurses zu rücken.[33]

In besonderem Ausmaß profitierte Michael Müller von der parlamentarischen Arbeit, war er doch mehr als ein Vierteljahrhundert lang – von 1983 bis 2009 – Mitglied der Bundestagsfraktion. Der gelernte Stahlbetonbauer profilierte sich zunächst als stellvertretender Juso-Vorsitzender zwischen 1972 und 1978. Im Vorfeld des Parteitages 1979 gehörte er zum Kreis der Minderheit, die einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie forderte. Gegen die moderateren Teile des ökologischen Flügels um Erhard Eppler und Harald B. Schäfer konnte er sich aber nicht durchsetzen. Innerhalb der Bundestagsfraktion konnte er effektiver wirken, vor allem in den 1990er-Jahren wurde er zu einem der wichtigsten Gesichter des öko-

[30] [o. V.], Schäfer, S. 722.

[31] Das berichteten sowohl Gerd Oelsner als auch Joachim Spangenberg, die beide für Parteivorstand und einzelne Fraktionsmitglieder arbeiteten. Vgl. Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018; Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

[32] Vgl. u. a. AdsD, Hartenstein, Liesel, Entwicklung/UNCED, 1/LHAA000020, Pressemitteilung Monika Ganseforths, 17. 6. 1992. Vgl. zu Ganseforth [o. V.], Ganseforth; [o. V.], Monika Ganseforth, o. D., in: http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb14/bio/G/gansemo0.html (letzter Zugriff am 10. 12. 2020).

[33] Seefried, Progress, S. 392. Die Kommission nahm im Februar 1992 ihre Arbeit auf, im September 1993 legte sie ihren ersten, im Juli 1994 ihren zweiten Zwischenbericht vor. Vgl. Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für Umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft (Hrsg.), Verantwortung; dies. (Hrsg.), Industriegesellschaft.

logischen Flügels in der SPD. Von 1992 bis 1998 war Müller umweltpolitischer Fraktionssprecher und von 1992 bis 1994 Leiter der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt". Zwischen 1998 und 2005 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im gleichen Jahr wurde er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Mittlerweile ist er Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland und Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings.[34]

Bewegungssozialdemokrat:innen und Landespolitiker:innen

Diejenigen, die in der Umweltbewegung sozialisiert worden waren, spielten im SPD-internen Ökologiediskurs eine verhältnismäßig kleine Rolle. Zwar gab es vor allem an der Parteibasis und innerhalb der jungen Mitgliederschaft Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre eine große Affinität gegenüber Organisationen und Politikformen der Umweltbewegung, nicht selten verbunden mit aktiver Mitarbeit. Aber nur in den seltensten Fällen stiegen solche Sozialdemokrat:innen in höchste Ämter auf und nur dann, wenn sie noch über andere Machtressourcen verfügten. Zwei Beispiele dafür seien hier genannt: Jo Leinen und Monika Griefahn.

Der studierte Jurist und Rechtsanwalt Leinen war zunächst auf europapolitischer Ebene aktiv und von 1977 bis 1979 Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Parallel dazu engagierte er sich in der Umweltbewegung, hatte während der Wyhl-Demonstrationen Petra Kelly kennengelernt, die ebenfalls Mitglied der JEF war, und spielte somit eine nicht zu unterschätzende Rolle für Kellys nun rasch steigendes Interesse an ökologischen Fragestellungen.[35] Als einer der Vorstandssprecher des BBU entwickelte sich Leinen zu einem der bekanntesten Gesichter der Bürger:inneninitiativbewegung, wobei seine Rolle nicht unumstritten war. Als es bei einer Demonstration in Brokdorf am 28. Februar 1981 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, wurde Leinen als vermeintlicher Leiter der Proteste angeklagt, aber letztlich freigesprochen.[36] Wegen Leinens außerparlamentarischen Aktivitäten – er war auch in der Friedensbewegung stark engagiert – hatte sich Egon Franke als Wortführer der „Kanalarbeiter" in der SPD-Bundestagsfraktion für einen Ausschluss Leinens aus der SPD stark gemacht, jedoch ohne Erfolg.[37] Dessen politischer Karriere schadeten diese Kontroversen nicht, ganz im Gegenteil: Gerade wegen Leinens umweltpolitischer Expertise holte ihn Oskar

[34] Zur Person Müllers vgl. [o. V.], Michael Müller (Düsseldorf), SPD, o. D., in: http://webarchiv.bundestag.de/archive/2010/0427/bundestag/abgeordnete/bio/M/muellmi0.html (letzter Zugriff am 29. 8. 2019); [o. V.], Michael Müller, 6. 7. 2010, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000024692&type=text/html&query.key=Bodrxty7&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).

[35] Telefoninterview mit Jo Leinen am 28. 8. 2018; Milder, Greening Democracy, S. 129; ders., Ökopax, S. 97.

[36] Gerhard Mauz, Mäxchen Meier auf dem Container. Gerhard Mauz zum Urteil im Prozeß gegen Josef Leinen in Itzehoe, in: SPIEGEL, 27. 12. 1982, S. 54 f.

[37] [o. V.], SPD. Leinen unerwünscht?, in: SPIEGEL, 28. 6. 1982, S. 12.

Lafontaine nach der gewonnenen Landtagswahl im Saarland 1985 in sein Kabinett, er blieb dort bis 1994 Umweltminister. Ab 1981 gehörte Leinen außerdem der von Volker Hauff geleiteten Ökologiekommission beim SPD-Parteivorstand an, von 1985 bis 1999 dem Landesvorstand im Saarland. Später wechselte er ins Europaparlament, dessen Mitglied er von 1999 bis 2019 war.[38]

Monika Griefahn profitierte ebenfalls, wie Leinen, von der Förderung durch einen SPD-Ministerpräsidenten, in diesem Fall von Gerhard Schröder. Griefahn gründete 1980 das deutsche Büro von Greenpeace in Hamburg mit, von 1984 bis 1990 war sie die erste Frau, die Mitglied des Internationalen Vorstands von Greenpeace war. Nachdem die SPD 1990 die Landtagswahl in Niedersachsen gewann, berief Gerhard Schröder sie als Umweltministerin in sein Kabinett – obwohl die Grünen an der Regierung beteiligt waren. Obendrein war Griefahn gar keine Genossin, der SPD trat sie erst 1992 bei. Ihre Arbeitsschwerpunkte lagen in der Energie- und Abfallpolitik, als Ministerin gelangen ihr unter anderem die Einführung einer Sonderabfallabgabe und eines neuen Abfallrechts sowie die Einrichtung eines Landesamtes für Ökologie. Bei einem für die SPD günstigeren Ausgang der Bundestagswahl 1994 wäre Griefahn Bundesumweltministerin geworden, sie gehörte dem Schattenkabinett Rudolf Scharpings an.[39] Bis 1998 blieb sie niedersächsische Umweltministerin und wurde dann in den Bundestag gewählt. Von 2012 bis 2018 arbeitete sie für das Kreuzfahrtunternehmen AIDA, seitdem berät sie die ebenfalls im Kreuzfahrttourismus tätige Costa Group in Nachhaltigkeitsfragen. Bis heute ist sie Geschäftsführerin des von ihr gegründeten Instituts für Umwelt, Medien und Kultur.[40]

Was Personen wie Leinen und Griefahn innerparteilichen Einfluss verschaffte, war aber weniger ihre Verankerung in der Umweltbewegung als die Tatsache, dass die lokalen SPD-Gliederungen und SPD-geführten Landesregierungen ihnen Plattformen für umweltpolitisches Handeln boten. Sie stehen damit sinnbildlich für die große Bedeutung, die der Föderalismus für die umweltpolitischen Willensbildungsprozesse in der SPD hatte. Die Landesebene war vor allem in den Zeiten ein Karrieresprungbrett, in denen sich die SPD im Bund in der Opposition befand. So gab es schon ab den 1970er-, verstärkt ab den 1980er-Jahren neben Leinen und Griefahn noch eine ganze Reihe weiterer sozialdemokratischer Umweltminister. Oftmals waren sie bereits in den 1970er-Jahren an den Auseinandersetzungen um die Kernenergie beteiligt gewesen. Einige Beispiele: Klaus Matthiesen, dem es als Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein gleich zwei Mal nicht gelungen war, die

[38] [o. V.], Jo Leinen, 26. 2. 2013, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000017369&type=text/html&query.key=oEyLwg54&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022). Vgl. ferner Leinen, Über mich, 2019, in: http://www.joleinen.de/ueber-mich/ (letzter Zugriff am 6. 11. 2019).

[39] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Pressemitteilung des SPD-Parteivorstandes, 29. 4. 1994, Bl. 1. Dort: Vorstellung des Schattenkabinetts Rudolf Scharpings.

[40] Zu Griefahn vgl. [o. V.], Griefahn; Griefahn (Hrsg.), Greenpeace; dies., Lied; Uekötter, Myths, S. 435.

Regierung Gerhard Stoltenbergs abzulösen, wechselte kurzerhand nach Nordrhein-Westfalen, wo er ab 1983 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Johannes Rau war. 1985 wurde das Ministerium um den Bereich des Umweltschutzes erweitert. Bis zur Bildung der rot-grünen Koalition 1995 blieb Matthiesen Umweltminister.[41]

Vor allem im norddeutschen Raum, in Hessen und in Baden-Württemberg gab es noch weitere sozialdemokratische Ökologen, die es bis in den Ministersessel schafften. Herbert Brückner war von 1975 bis 1983 als Bremer Senator für Umweltschutz zuständig.[42] Günther Jansen war von 1988 bis 1993 Minister für Soziales, Gesundheit und Energie in Schleswig-Holstein und damit auch für die Atomaufsicht zuständig.[43] Willi Görlach, der von 1980 bis 1988 den Vorsitz des Bezirkes Hessen-Süd innehatte, war von 1974 bis 1980 und von 1984 bis 1987 in verschiedenen Funktionen Teil der hessischen Landesregierung und dabei oft für Umweltschutzfragen zuständig.[44] Zwischen 1980 und 1984 übte Karl Schneider Görlachs Funktionen aus.[45] Von 1991 bis 1997 war Fritz Vahrenholt Hamburger Senator für Umweltschutz. Vahrenholt hatte sich schon 1978 als Mitarbeiter im Umweltbundesamt mit seiner Mahnschrift „Seveso ist überall" – verfasst zusammen mit Egmont R. Koch – prominent in die Umweltdebatte eingeschaltet.[46]

Machtverluste und Abwehrkämpfe: umweltpolitische Arbeit im Übergang zu den 1990er-Jahren

Insbesondere im Verlauf der 1980er-Jahre hatte sich somit ein loses, aber mit starken Persönlichkeiten besetztes ökologisches Netzwerk in der SPD gebildet. Die Umweltpolitik hatte sowohl strukturell als auch personell an Gewicht gewonnen, sodass viele Forderungen die Unterstützung der Parteiführung und insbesondere des neuen Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel gewinnen konnten. In mehreren Fällen gewann der ökologische Flügel, wie bereits gezeigt, Machtkämpfe gegen die eher traditionell orientierten Kreise, so beispielsweise bei der Katalysator-Debatte Mitte der 1980er-Jahre, als es gegen den ausdrücklichen Rat aus der Parteizentrale gelungen war, Partei und Fraktion auf die Forderung nach einem zeitlich begrenzten Tempolimit festzulegen (vgl. Kap. IV.1.).

[41] Vgl. Brüggemeier, Erfolg, S. 200; Matthiesen, Erneuerung.
[42] [o. V.], Herbert Brückner, 3. 4. 1989, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000014692&type=text/html&query.key=zygCBbgR&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[43] [o. V.], Jansen; Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 344 f.
[44] [o. V.], Willi Görlach, 17. 4. 2000, In: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000014196&type=text/html&query.key=lnddIJHq&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[45] [o. V.], Karl Schneider, 20. 11. 1995, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000016235&type=text/html&query.key=jlUmPcNE&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[46] Koch/Vahrenholt, Seveso. Vgl. dazu ferner Uekötter/Kirchhelle, Seveso, S. 322.

Die Umweltpolitiker:innen schafften es jedoch nicht, diese Machtposition dauerhaft zu halten. Aus den 1990er-Jahren sind einige Fälle bekannt, die auf einen nun einsetzenden Bedeutungsverlust der ökologischen Strömung hinweisen. 1994 sah sich beispielsweise Christoph Zöpel, der profilierteste Verkehrspolitiker in der SPD und von 1985 bis 1990 Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen,[47] dazu veranlasst, die Kommission zur Erarbeitung eines Regierungsprogrammes für Rudolf Scharping zu verlassen, nachdem er sich nicht damit hatte durchsetzen können, ein klar beziffertes Tempolimit sowie eine eindeutige Aussage zur Erhöhung der Mineralölsteuer im Programm zu verankern (vgl. Kapitel VIII.1.). Die Verkehrspolitik blieb auch danach ein Streitthema. Im Januar 1995 beantragte die Fraktion im Bundestag lediglich eine „Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen im Rahmen einer europäischen Harmonisierung", ohne aber konkrete Geschwindigkeitslimits anzugeben.[48] Das widersprach der Position, die die Fraktion in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" vertreten hatte. Dort hatte die entsprechende SPD-Arbeitsgruppe noch im Januar 1994 eine „Einführung eines Tempolimits von (120/90/30 km/h Autobahn/Landstraße/innerorts)" gefordert.[49]

In der Atompolitik brach der Ausstiegskonsens des Jahres 1986 ebenfalls, zumindest in Teilen, auf. Sowohl in den Energiekonsensgesprächen 1992/93 als auch 1995, die Gerhard Schröder mit den Energieversorgern führte, kam es zu Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratischen Umweltpolitiker:innen. Beide Male hatte Schröder den Energieversorgungsunternehmen (EVUs) angeboten, dass eine Weiterentwicklung neuer Kraftwerksgenerationen nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden und Kernenergieforschung weiterhin erlaubt bleiben sollten. Zwar scheiterten beide Gesprächsrunden am Ende an der Hartnäckigkeit von SPD- und Grünen-Delegierten, aber den SPD-Umweltpolitiker:innen war es schon im Vorfeld der Gespräche nicht mehr gelungen, Schröder grundsätzlich von seiner Verhandlungsgrundlage abzubringen. Sie konnten ihm nur geringfügige Zugeständnisse abringen (vgl. Kap. VIII. 1.). Forderungen wie die Michael Müllers, dass die „Umweltpolitik ein übergeordnetes Prinzip" sein müsse,[50] fanden in den 1990er-Jahren kaum noch Unterstützung.

[47] Vgl. zur Person Zöpels u. a. [o. V.], Christoph Zöpel, 1. 7. 2006, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000015241&type=text/html&query.key=TlfFKxWn&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).

[48] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/242, Entschließungsantrag der Abgeordneten Monika Ganseforth [u. a.] der Fraktion der SPD zum Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" zum Thema Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz – Drucksache 12/8600 –, 18. 1. 1995, S. 3.

[49] Vgl. AdsD, Hartenstein, Liesel, Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion, 1/LHAA000196, Zwischenbilanz der Arbeitsgruppe „Schutz der Erdatmosphäre" der SPD-Bundestagsfraktion für die 12. Legislaturperiode, Januar 1994, Bl. 14.

[50] AdsD, Thierse, Wolfgang, U-Umwelt/SPD (Bundestagsfraktion), 1/WTAA002062, Pressemitteilung Dietmar Schütz' und Michael Müllers, 27. 3. 1996. Ähnlich: Müller, Ausstieg. Darin forderte Müller ein Vetorecht des Umweltministers gegen andere Ressorts, vgl. S. 33. Vgl. die gleiche Forderung in Guggenberger, Verfassungsphantasien, S. 199.

Person und Organisation – Vor- und Nachteile der Personalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik

So zeigt sich in der Summe zweierlei: zum einen ein deutlicher Unterschied in den Wirkungsmöglichkeiten sozialdemokratischer Umweltpolitiker:innen auf Bundes- und Landesebene. Im Bund war es nur in eingeschränktem Maße und für eine bestimmte Zeit, vor allem von 1982 bis 1989/1990, möglich, sich durch umweltpolitische Arbeit einen Namen zu machen. Paradoxerweise stand dem sowohl die Regierungszeit bis 1982 als auch die lange Oppositionsphase danach im Weg: Unter Helmut Schmidt war ein ausgedehntes umweltpolitisches Engagement kaum möglich gewesen. Nach seinem Sturz hatte sich zwar der programmatische Raum geöffnet, aber es fehlten die öffentlichen Ämter, in denen es möglich gewesen wäre, sich zu beweisen. Auf Landesebene war es einfacher, sich bis in Entscheidungspositionen hochzuarbeiten.

Zum anderen schien die Tiefe des ökologischen Profils der Partei stets sehr stark vom Charisma der Einzelpersonen abzuhängen.[51] Über lange Zeit hinweg waren es Ökolog:innen mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit oder einer starken Stellung in der Partei wie Erhard Eppler, Volker Hauff, Harald B. Schäfer oder Hermann Scheer, die den Kurs der Partei in Umweltfragen maßgeblich mitbestimmten. Gestützt wurden sie vom Fraktionsvorsitzenden Vogel und dem Parteivorsitzenden Brandt. Diese Personalisierung war jedoch fragil. Am deutlichsten ist das beim Übergang der 1980er- zu den 1990er-Jahren zu erkennen: Oskar Lafontaine bestritt 1990 einen Bundestagswahlkampf, der nicht nur sehr stark auf seine Person zugeschnitten war, sondern auch eine dezidiert ökologische Färbung hatte. Nach der verlorenen Wahl schwächte sich Lafontaines ökologisches Interesse merklich ab, gleichzeitig hatte die SPD zu dieser Zeit den Wegfall wichtiger Stützen ihrer Umweltpolitik zu verkraften: 1989 hatte sich Erhard Eppler nach der Verabschiedung des Berliner Programmes aus dem Parteipräsidium zurückgezogen,[52] im selben Jahr war Volker Hauff Oberbürgermeister in Frankfurt am Main geworden. Hans-Jochen Vogel hatte 1991 sowohl den Partei- wie auch den Fraktionsvorsitz abgegeben, Brandt war seit 1987 nur noch Ehrenvorsitzender.

Nicht nur Lafontaine, sondern auch die anderen Parteivorsitzenden der 1990er-Jahre boten keine Gewähr mehr für eine starke Positionierung der Partei im Umweltschutz. Björn Engholm besaß zwar eine gewisse Sensibilität für ökologische Fragen, unter seiner Ägide startete das Umweltreferat im Parteivorstand mit der Verkehrskampagne das letzte ökologische Großprojekt. Doch er war nur von 1991 bis 1993 Parteichef, und während dieser kurzen Zeit deutete sich die technologiepolitische Überfrachtung in der Umweltpolitik schon an, stellte er seine Amtszeit doch unter das Motto: „Die Devise der 90er Jahre heißt Innovation."[53] Sein Nach-

[51] Zum ansteigenden Personalisierungsgrad der SPD-Politik in den 1980er- und 90er-Jahren vgl. Boyer, SPD, S. 59; Walter, Partei, S. 713.

[52] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 263.

[53] Vgl. die Rede Engholms im Parteirat am 28. 1. 1992 in AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Pressemitteilung des SPD-Parteivorstandes, 28. 1. 1992, Bl. 5.

folger Rudolf Scharping (Parteivorsitzender von 1993 bis 1995) hatte mit dem Umweltthema „nix am Hut“,[54] und auf die gewandelten Prioritäten Oskar Lafontaines, der auf ihn folgte, ist bereits eingegangen worden.

Doch warum schien der ökologische Elan in der SPD überhaupt so stark von einzelnen Köpfen abhängig zu sein? Eine Rolle spielte mit Sicherheit die Tatsache, dass die politischen und persönlichen Hintergründe der sozialdemokratischen Ökolog:innen äußert divers waren. „Die“ prototypische Ökologin oder „den“ prototypischen Ökologen gab es in der SPD nicht. Die wenigen Gemeinsamkeiten, die sie hatten, beförderten eher die latente Gefahr der innerparteilichen Marginalisierung. Es gab keinen klassischen Sozialisationsraum in der Partei und in ihrem Vorfeld, in dem sich ökologische Expertise ausbilden konnte und in dem beständig neue Führungsfiguren produziert wurden. Die umweltpolitischen Fachkräfte stammten in der Regel nicht aus dem traditionellen Umfeld der Funktionär:innen in den sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, hatten beispielsweise meist keine wichtigen Ämter in den Gewerkschaften inne. Sie schufen sich oftmals Freiräume neben dem politischen Betrieb, zum Beispiel durch zivilgesellschaftliches Engagement, publizistische Tätigkeiten oder ihre wissenschaftliche und technische Expertise. Die meisten von ihnen bewahrten sich eine gewisse berufliche Unabhängigkeit, die sie nicht zu sehr an den politischen Betrieb band. Dies trug zu ihrer inhaltlichen Profilierung bei, gleichzeitig waren sie damit nicht so stark in den Parteistrukturen verankert wie diejenigen, die bei ihrem Aufstieg in der SPD die klassische „Ochsentour“ hinter sich gebracht hatten. Diejenigen, die vor allem auf der Grundlage ihrer regionalen Verankerung handelten, empfanden sich nicht selten als Opposition zum Kurs der Bundes-SPD und der Bundesregierung. Mit der Ausnahme Brandts, Vogels und Lafontaines sowie – mit Abstrichen – Hauff und Epplers standen die treibenden Köpfe der ökologischen Neupositionierung ferner nie in der ersten Reihe des Spitzenpersonals und waren nur bedingt Teil des innerparteilichen Entscheidungszentrums. Dies hing auch damit zusammen, dass die Reorganisation der Fraktion unter Hans-Jochen Vogel ab 1983, in Zuge derer zwar ein umweltpolitischer Arbeitskreis gebildet wurde (vgl. nächstes Kapitel), in erster Linie die Vorsitzenden der Arbeitskreise stärkte. Sie stiegen automatisch in den Fraktionsvorstand auf, die „normalen“ Arbeitskreismitglieder profitierten jedoch kaum von der Neustrukturierung.[55] Deswegen konzentrierte sich ein Großteil der innerparteilichen Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auf die Person Volker Hauffs, während sich nur wenige andere Mitglieder des Umwelt-Arbeitskreises wirklich profilieren konnten.

Der Werdegang der Ökolog:innen in der SPD war und ist daher nur für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum eine Erfolgsgeschichte. Ihre Expertise wurde grundsätzlich geschätzt und von niemandem in der SPD infrage gestellt. Doch der Umweltschutz war kein sozialdemokratisches Kernthema, weshalb ihre Anliegen

[54] Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.
[55] Schüttemeyer, Fraktionen, S. 104 f.

immer der latenten Gefahr ausgesetzt waren, von tagespolitischen Fragen verschüttet zu werden. Zudem war das Reservoir an SPD-Umweltexpert:innen vergleichsweise klein, die Vernetzung untereinander eher schwach und der Abgang einiger ihrer wichtigsten Gesichter just in der Zeit kaum zu verkraften, als die SPD während der Kanzlerkandidatur Oskar Lafontaines ihre kurze ökologische Blüte erlebte. Sie währte nur vorübergehend und Anfang der 1990er-Jahre wurde schnell offensichtlich, dass wirtschaftspolitische Themen wieder wichtiger wurden.

2. Zwischen Professionalisierung und Marginalisierung: Aufbau, Einfluss und Wirkungsgrenzen umweltpolitischer Gremien in der SPD

Politik ohne Struktur: Organisation umweltpolitischer Arbeit bis Ende der 1970er-Jahre

Die Personalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik war also ein zweischneidiges Schwert. Sie trug erheblich dazu bei, das zunächst unbekannte Thema im innerparteilichen Diskursraum zu verankern: Willy Brandt, Erhard Eppler, Volker Hauff, Hermann Scheer und Oskar Lafontaine verdankten ihren Einfluss nicht nur der Überzeugungskraft der eigenen Ideen, sondern auch ihrer starken Stellung in der Partei und ihrer öffentlichen Präsenz. Personelle Wechsel hingegen bargen stets die Gefahr in sich, dass ökologische Anliegen wieder aus dem Blickfeld geraten. Es war daher konsequent, den Aufstieg des Umweltgedankens mit dem Aufbau eines strukturellen Unterbaus zu flankieren, auf die Personalisierung also eine Professionalisierung der umweltpolitischen Arbeit folgen zu lassen. Doch trug diese verstärkte Organisation zur Festigung der Umweltdiskussion bei oder stand sie in Spannung zum hohen Personalisierungsgrad?

Zu Beginn der Umweltdebatten in der SPD war ein dementsprechender struktureller Unterbau noch gar nicht vorhanden gewesen. Als die SPD 1969 die sozialliberale Koalition bildete, befasste sich von den 29 Ausschüssen, Kommissionen und Beiräten auf Bundesebene und den acht Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion kein einziger mit umweltpolitischen Fragen.[56] Daran änderte auch die traditionell starke Verbindung der SPD in den vorpolitischen Raum zunächst nichts. Der im späten 19. Jahrhundert gegründete und nach Ende des Zweiten Weltkrieges rasch wieder aufgebaute Natur- und Wanderverein der Arbeiterbewegung, die Naturfreunde, spielte zu keinem Zeitpunkt die Rolle eines ökologisch orientierten *Thinktanks*. Einige der wichtigsten sozialdemokratischen Umweltpolitiker waren

[56] Vgl. die Übersicht in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1968/1969, S. 306–312.

zwar Mitglied bei den Naturfreunden, so beispielsweise Michael Müller oder Harald B. Schäfer.[57] Es gab jedoch keine institutionellen oder regelmäßigen Verbindungen zwischen SPD und Naturfreunden. Als die Naturfreunde in Schleswig-Holstein dem SPD-Landesverband 1981 eine Stellungnahme zu Brokdorf zuschickten, war die Antwort des Landesgeschäftsführers Rolf Selzer bezeichnend: Er dankte für die Zusendung, unterstrich die inhaltlichen Gemeinsamkeiten und schlug ein Treffen zwischen Bezirksvorstand der Naturfreunde und dem geschäftsführenden SPD-Landesvorstand vor: „Es wäre […] das erste Gespräch dieser Art seit gut sieben oder acht Jahren. Vermutlich aber ist es schon viel, viel länger her, dass man sich einmal zusammengesetzt hat."[58]

Gesicherte Strukturen wurden zunächst nicht in der Partei, sondern innerhalb des Regierungsapparates geschaffen. Schon im März 1970 wurde im Kanzleramt eine „Gruppe Umwelt" eingerichtet.[59] Dem folgte jedoch kein paralleler Strukturaufbau innerhalb der SPD. Die „Entschließung zu Umweltfragen", die der Saarbrücker Parteitag 1970 verabschiedete und in der gefordert wurde, „die Gesetzgebung zum Schutz des Menschen vor Umweltgefahren beschleunigt den Notwendigkeiten unserer Zeit anzupassen", richtete sich denkbar allgemein an die „sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion". Sie umfasste nicht einmal eine ganze Seite im Parteitagsprotokoll und wurde vor allem aus dem Bezirk Hessen harsch kritisiert und als „allgemeines Gerede" ohne „konkrete Antwort[en]" bezeichnet.[60] Die Beschlüsse der Folgejahre wie beispielsweise 1973 wurden ebenfalls nicht präziser.[61] Alle Anträge aus den Parteigliederungen, die sich mit umweltpolitischen Fragen beschäftigten, wurden nicht behandelt und lediglich an den Parteivorstand überwiesen.[62]

Dieser erachtete den Aufbau innerparteilicher Expertise offenbar nicht als notwendig. Die umweltpolitischen Debatten in der SPD entwickelten sich zunächst entweder in informellen Kreisen oder in Gremien, die eigentlich einen ganz anderen Zweck verfolgten, so wie beispielsweise die 1974 gebildete Grundwertekom-

[57] Vgl. [o. V.], Schäfer.

[58] AdsD, LV Schleswig-Holstein, 932, Rolf Selzer an Hans-Jürgen Schwark, 3. 3. 1981, Bl. 1. Vgl. zu den Naturfreunden Brinkschmidt, Naturverständnis; Schmidt, Naturschutz sowie Zimmer, „Mit uns zieht die neue Zeit".

[59] Vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA005194, Horst Ehmke an Heinz Castrup, 9. 4. 1970, Bl. 1.

[60] Antrag 677. PARTEIVORSTAND. Entschließung zu Umweltfragen, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1970, S. 1110. Vgl. ferner die Aussagen Walter Möllers, Delegierter aus Hessen-Süd, auf S. 195. Neben dem Referat Käthe Strobels, das den Antrag für den Parteivorstand verteidigte, blieb dies die einzige Wortmeldung zur Entschließung. Sie wurde gegen wenige Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen, vgl. S. 205. Vgl. außerdem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1970–1972, S. 421.

[61] Antrag 79. PARTEIVORSTAND. Innenpolitik, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1973, S. 1119–1121. Dort heißt es lediglich: „Bundesregierung und Bundestagsfraktion sollen das Verursacherprinzip im Umweltschutz rasch in konkrete gesetzliche und administrative Vorschriften umsetzen." Vgl. S. 1120.

[62] Vgl. die Anträge 305 bis 330 in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1973.

mission.[63] Sie nahm vor allem in den 1970er-Jahren zahlreiche Impulse aus der wachstumskritischen Umweltbewegung auf und sprach beispielsweise 1977 von den „Grundwerte[n] in einer gefährdeten Welt".[64] Dennoch hielt Erhard Eppler als ihr langjähriger Vorsitzender im Rückblick fest, dass es nie wirklich gelungen war, die traditionell denkenden Kreise in der Partei mit dem größer werdenden ökologischen Flügel zu versöhnen. Zu groß waren die Zugeständnisse, die dem traditionellen, eher rechten Gewerkschaftsflügel gemacht werden mussten. Eine effektive Integrationsarbeit war in der Kommission erst möglich, als Eppler gegenüber seinem Stellvertreter Richard Löwenthal, einem Sozialdemokraten traditionellen Schlages, erklärt hatte: „Wir werden keinen Satz veröffentlichen, der deine Zustimmung nicht hat."[65]

Professionalisierung von unten: die „Grünen in der SPD", die ökologischen Arbeitskreise der Jusos und der Gremienaufbau in Ortsvereinen und Kreisverbänden

Dezidiert ökologisch ausgerichtete Diskussionen konnten deswegen – zunächst – nur innerhalb von Kreisen geführt werden, die nicht dem Proporzzwang der parteioffiziellen Gremien unterlagen. Gleichzeitig litten diese damit unter einer enormen Fluktuation und mangelnden innerparteilichen Durchsetzungsmöglichkeiten. So hatte sich, um die umweltpolitischen Aktivitäten in der Partei besser zu koordinieren, eine lose Gruppe namens Grüne in der SPD gebildet. Sie war aus einem lockeren Gesprächskreis wachstumskritischer Linker hervorgegangen, den Freimut Duve ab 1974 um sich sammelte. Ihm schlossen sich einige Intellektuelle und Politiker an, die sich in zunehmendem Maße für das Ökologiethema zu interessieren begannen, so beispielsweise André Gorz, Ivan Illich, Wolfgang Harich, Erhard Eppler, Jochen Steffen und Johano Strasser. Die Gruppe arbeitete in erster Linie über Publikationen, Positionspapiere und gemeinsame Gespräche. Aus ihren Treffen war die Zeitschrift „Technologie und Politik" hervorgegangen, die Freimut Duve ab 1975 im Rahmen von „rororo aktuell" herausgab.[66] 1979 hatte sich die Gruppe in Arbeitskreis Ökologie umbenannt und stärker politisiert, sie wollte eine „Öko-Lobby" innerhalb der SPD bilden.[67] Dem Arbeitskreis gehörten nun etwa 70 Parteimitglieder an, darunter neben Duve, Strasser, Eppler und Steffen unter anderem Diether Deneke, Willi Görlach, Henning Scherf, Kurt Oeser, Klaus Traube, Reinhard Ueberhorst, Harald B. Schäfer, Günther Jansen und die Jungsozialistin Sabine Ruwwe als Organisatorin und Sekretärin des Kreises.[68] Die Gruppe war

[63] Vgl. dazu Ueberhorst, Aktualität, S. 356 f.
[64] Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundwerte; Seefried, Partei, S. 213.
[65] Eppler, Links leben, S. 217 f.
[66] Strasser, Götter, S. 184 f.; Interview mit Johano Strasser in Berg am Starnberger See am 28. 6. 2018.
[67] Strasser, Götter, S. 196.
[68] Vgl. AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 77, Februar 1980, Bl. 4; hls., Grüne SPD-Mitglieder kritisieren die Grünen. Sozialdemokratischer

aber zu keinem Zeitpunkt eine offizielle Parteieinrichtung. Als sich vermehrt Mitglieder beim Parteivorstand meldeten, um nach Kontaktdaten des Arbeitskreises zu fragen, musste ihnen mitgeteilt werden, dass es sich dabei nur um einen „privaten Diskussionskreis, ohne jegliche Legitimation durch die Partei, handelt".[69] Dementsprechend wenig Einfluss hatte der Kreis. Am sichtbarsten wurde dies, als er vor dem Parteitag 1979 versuchte, einen gemeinsamen Gegenantrag der kernkraftkritischen Opposition gegen den Leitantrag des Parteivorstandes auszuarbeiten. Das Vorhaben misslang, und für die Zeit nach 1979 sind keine weiteren Aktivitäten bekannt (vgl. Kap II.2.). Die Gruppe konnte insbesondere bei den mitgliederstarken Verbänden in Nordrhein-Westfalen nie Fuß fassen.[70]

Die Jusos hingegen waren erfolgreicher beim innerparteilichen Strukturaufbau. Vor allem waren sie dabei, wie so oft, schneller als die Mutterpartei. Schon lange bevor das Erich-Ollenhauer-Haus dauerhafte Strukturen einrichtete, verfügten die Jusos über eine Bundeskommission Umwelt, die unter ihrem Vorsitzenden Matthias Kollatz wichtige programmatische Impulse in der innerverbandlichen Umweltdebatte lieferte. Auch auf Landes- und Bezirksebene, teilweise gar auf Unterbezirksebene, hatten sie umweltpolitische Arbeitskreise eingerichtet.[71] In den 1980er-Jahren waren es vor allem die „Undogmatischen Jungsozialisten", die sich in dieser Richtung engagierten.[72]

Die SPD zog beim Aufbau organisatorischer Struktur nach, am Anfang jedoch nur auf lokaler und regionaler Ebene. Ohne jedes Vorbild in der Parteizentrale bildeten sich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre umweltpolitische Arbeitskreise in Kreis-, Bezirksverbänden und Ortsvereinen.[73] 1975 stellte der Arbeitskreis Umweltschutz des Bezirkes Südbayern auf dem Bundesparteitag in Mannheim einen Antrag, dass der Parteivorstand eine „Kommission Umweltschutz" auf Bundesebene einrichte. Der Antrag wurde jedoch lediglich an den Parteivorstand überwiesen, der ihn nicht umsetzte.[74] Der Parteitag beließ es zunächst dabei, „den Bezirken und Landesverbänden [zu empfehlen], Fachausschüsse für Umweltfragen zu bilden".[75] Es sollte bis 1979 dauern, bis der Parteivorstand dem Parteitag erstmals überhaupt einen umweltpolitischen Leitantrag vorlegte. Die SPD war die

„öko"-Arbeitskreis will Mehrheit gewinnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 1. 1980, S. 6.

69 AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 76, November 1979, Bl. 2.

70 Interview mit Johano Strasser in Berg am Starnberger See am 28. 6. 2018.

71 Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

72 Vgl. [o. V.], „Für einen neuen programmatischen Impuls". Aus einem Papier zur „Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten" / Eine neue Programmdiskussion muß Denksperren überwinden, in: Frankfurter Rundschau, 27. 11. 1984, S. 10 f.

73 Vgl. z. B. die Einrichtung eines „Arbeitskreises Umweltschutzes" durch den SPD-Kreisverband Trier. AdsD, WBA, A 11.6, 33, Arbeitskreis Umweltschutz im SPD Kreisverband Trier an Willy Brandt, 18. 4. 1979.

74 Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1975, S. 1215.

75 AdsD, LV Schleswig-Holstein, 1024, Helga Reichelt an Dietrich Fiege, 24. 5. 1978. Reichelt war Mitarbeiterin des damaligen Bundesgeschäftsführers Egon Bahr.

letzte der im Bundestag vertretenen Parteien, die ein umweltpolitisches Programm veröffentlicht hat, nach den „Freiburger Thesen" der FDP von 1971 und sogar nach dem „Umweltkonzept" der CDU von 1972.[76] Dies hing direkt mit der anfangs noch äußerst schwachen institutionellen Verankerung des Umweltschutzes in der Parteiorganisation zusammen. Die „Sozialdemokratischen Thesen zur Umweltpolitik", die zur Grundlage des entsprechenden Leitantrages von 1979 gemacht worden waren, waren zwar schon 1974/75 durch eine Arbeitsgruppe „Umwelt" des Beirates für Umweltfragen und Raumordnung erarbeitet worden. Es kam jedoch zu keiner Beschlussfassung, und im Vorfeld des Parteitages 1979 mussten sie zu diesem Zweck von der Kommission für Inneres beim Parteivorstand stark überarbeitet werden.[77]

Späte, aber wichtige Formalisierung: die Einrichtung der Ökologiekommission 1979/80

Diese Thesen waren jedoch noch recht allgemein gehalten und betonten lediglich die gestiegene Bedeutung des Umweltschutzes sowie des Vorsorge- und Verursacherprinzips. Ferner ist bezeichnend, dass diese Arbeit der Kommission für Inneres zugefallen war. Erst 1980 wurde mit der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand ein Diskussionsrahmen geschaffen, der den Auftrag hatte, die Grundsätze einer sozialdemokratischen Umweltpolitik zu erarbeiten. Zwar erfolgte die Einrichtung offiziell nach einem dementsprechenden Antrag des Ortsvereins St. Arnual auf dem Parteitag 1979,[78] angeregt wurde die Gründung jedoch maßgeblich von Willy Brandt. Als Vorsitzenden dieser Kommission hatte er Volker Hauff auserkoren, den amtierenden Forschungsminister: „Wir müssen als Partei das Thema Umwelt viel ernster nehmen. Wir können das aber nicht machen, wenn der Regierungschef das als einen Angriff auf sich ver-

[76] Müller, Innenwelt, S. 84 f. Bereits in den Entwürfen zur Fortschreibung des Grundsatzprogrammes der CDU ab 1969 war vom Umweltschutz die Rede. Vgl. Bösch, Krise, S. 301 f.

[77] AdsD, HSA, SPD Parteivorstand, 1/HSAA006226, Beschluß des Beirates für Umweltfragen und Raumordnung am 13.9.74 (Thesen zur sozialdemokratischen Umweltpolitik), 13. 9. 1974. Ein Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein auf dem Mannheimer Parteitag 1975, dass der Bundesparteitag die „Thesen" beschließen möge, wurde ohne Sachbefassung an den Parteivorstand überwiesen. Vgl. Antrag 135. Landesverband Schleswig-Holstein. Unterstützung der „Thesen", in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1975, S. 1299. Zur Überarbeitung innerhalb der Kommission für Inneres vgl. AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006299, Sozialdemokratische Thesen zur Umweltpolitik, 13. 9. 1979, insb. Bl. 1. Im Jahrbuch für die Jahre 1973 bis 1975 wird der Beirat für Umweltfragen und Raumordnung zum ersten und letzten Mal erwähnt. Ihm gehörte keine:r der später bedeutsamen Umweltpolitiker:innen der Partei an, dafür aber Reinhold Kaub, der spätere Landesgeschäftsführer der Grünen in Bayern sowie Oskar Lafontaine. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1973–1975, S. 367. In der veröffentlichten Version der „Thesen" wird die Urheberschaft des Beirates an keiner Stelle genannt. Vgl. Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Thesen.

[78] Vgl. Antrag 705. Ortsverein Saarbrücken – St. Arnual (Landesverband Saar). Kommission für Umweltfragen, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 1379.

steht. Der Einzige, der das machen kann, bist du."[79] Der Kommission kam zupass, dass der ökologische Flügel in der Partei gegen Ende der sozial-liberalen Koalition größer geworden war. Mit dem Gang in die Opposition beschleunigten sich ihre Aktivitäten enorm. Sie formulierte Standpunkte in Einzelfragen, die in großem Maße die Gesetzesinitiativen der Bundestagsfraktion nach 1982/83 beeinflussten (so zum Beispiel 1983 zur Landwirtschaft,[80] 1984 zum Tempolimit und dem Waldsterben[81] und 1986 zum Bodenschutz[82]). Hinzu kamen verschiedene interne Papiere zu den Themen Luftverschmutzung, Landwirtschaft und Ernährung.[83] Sie nahmen in vielen Punkten schon vorweg, wie sich die SPD in den umweltpolitischen Debatten der 1980er-Jahre positionieren sollte.

Die Ökologie-Kommission machte sich darüber hinaus erstmals umfassende und grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Ökologie. In den „Ökologischen Orientierungen der SPD" vom Dezember 1981 formulierte sie einen der zentralen Eckpfeiler sozialdemokratischer Umweltpolitik: „Eine breite politische Zustimmung und Unterstützung für Umweltziele kann […] nur von einer großen politischen Kraft gewonnen werden, die gleichzeitig das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen und sozialen Leistungen repräsentiert […]." Zudem wurden „Umwelt und Arbeit" und die positive Beziehung zwischen beidem als eines der zentralen „ökologischen Handlungsfelder" definiert: „Gegenwärtig und auf mittlere Sicht erhöht ein konsequent und kontinuierlich verbesserter Umweltschutz die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung." Ferner plädierte die Kommission dafür, Umweltpolitik nicht mehr als isoliertes Politikfeld zu betrachten, sondern als umfassenden Problemkomplex zu verstehen, der eine grundlegende Neustrukturierung des Wirtschaftssystems erfordere. Sie formulierte damit bereits das vor, was die Partei in der Opposition als „ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft" vertreten sollte.[84]

Das Papier wurde wenig später vom Parteivorstand als offizielle Position der SPD in umweltpolitischen Fragen beschlossen. Die Kommission legte kurz darauf nach: Mit „Wege in der Gefahr" vom November 1982 bot sie eine konkrete Argumentationshilfe für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf an. Einerseits

[79] Aus Hauffs Erinnerung zitiert in Interview mit Volker Hauff in Köln am 7. 8. 2018. Vgl. ferner Hauff, Global denken, S. 20 f. Mitglieder der Kommission waren Volker Hauff (Vorsitz), Willy Görlach, Klaus Matthiesen, Beate Weber (alle stellvertr. Vorsitzende), Siegfried Bleicher, Anke Brunn, Johann Bruns, Hans Eichel, Friedhelm Farthmann, Georges Michael Fülgraff, Liesel Hartenstein, Hans Kolo, Jo Leinen, Eva-Maria Lemke, Heinz-Werner Meyer, Franz Müntefering, Hermann Rappe, Harald B. Schäfer, Klaus Traube und Gerd Wendzinski.

[80] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Landwirtschaft.

[81] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Tempolimit.

[82] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Bodenschutz.

[83] Vgl. als Beispiel AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Thesenpapier „Luftreinhaltung" der SPD-Ökologiekommission, 10. 5. 1983. Vgl. ferner Hauff, Global denken, S. 22.

[84] AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, 19. 10. 1981, unpaginiertes Deckblatt, Bl. 7, 30.

wurde auf die bereits geleisteten umweltpolitischen Fortschritte hingewiesen, andererseits als erste und zentrale „Leitlinie der Politik der Sozialdemokraten für die kommenden Jahre" festgehalten: „Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit gilt: Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und Umweltschutz. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze […]. Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für Sozialdemokraten gleichrangig."[85]

Diese Grundsatzposition wurde in den 1980er-Jahren laufend weiterentwickelt sowie um konkrete Forderungen ergänzt, und stets leistete die Ökologie-Kommission die Vorarbeit dafür. Das Folgepapier „Frieden mit der Natur – für eine umweltfreundliche Industriegesellschaft" wurde 1984 durch den Essener Parteitag als neue „Leitlinie für sozialdemokratische Umweltpolitik" beschlossen, im gleichen Jahr hatte die Bundestagsfraktion einen umfassenden Antrag gleichen Titels eingebracht.[86] Sehr nachdrücklich wurde im Papier der Ökologiekommission die Idee eines „Sondervermögens Arbeit und Umwelt" vertreten, für das sich die Bundestagsfraktion in den Folgejahren wiederholt einsetzte.[87] Als im gleichen Jahr die Grundwertekommission erste Vorschläge für die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes formulierte, empfahl diese ebenso ausdrücklich, die Ausarbeitungen der Ökologiekommission zum Ausgangspunkt der Beratungen zu nehmen. Weitergehenden, ökosozialistisch inspirierten Strömungen, die auf eine radikale Umgestaltung der Industriegesellschaft abzielten, sollte so der Wind aus den Segeln genommen werden.[88]

1986 publizierte die Kommission ihr letztes Papier, 1987 stellte sie ihre Aktivitäten ein.[89] Zwar gab es nach 1987 eine Nachfolgekommission „Energie- und Umweltpolitik", die ebenfalls von Volker Hauff geleitet wurde und unter anderem Vorstandserklärungen in umwelt- und energiepolitischen Fragen vorformulierte.[90] Sie war aber keine dauerhafte Einrichtung, denn abgesehen davon bestand ihr Auftrag lediglich darin, den Leitantrag des Parteivorstandes für den Parteitag in Münster 1988 vorzubereiten. Dieser Bericht ist die einzige bekannte öffentliche Publikation der Kommission, ihr Mandat endete mit dem Abschluss des Parteitages.[91]

[85] AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Volker Hauff an Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz, 12. 11. 1982. Dort im Anhang: Papier der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand zum Thema „Umwelt: Wege in der Gefahr". Zitat Bl. 3 f.

[86] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/974, Antrag der Fraktion der SPD, Friede mit der Natur – Für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft, 8. 2. 1984.

[87] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Frieden, S. 6.

[88] Kollatz, Ökosozialismus, S. 239 f.

[89] Vgl. [o. V.], Hauff, S. 313. Dort ist angegeben, dass Hauff von 1979 bis 1987 Vorsitzender der Kommission gewesen ist. Hauff spricht jedoch davon, dass die Kommission zehn Jahre bestanden hätte, vgl. Hauff, Global denken, S. 21.

[90] Die konstituierende Sitzung fand am 3. 6. 1987 statt, vgl. AdsD, Schäfer, Harald B., 677, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission für Energie- und Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand am 3. 6. 1987, 4. 6. 1987.

[91] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Energieversorgung, S. 2. Der Kommission gehörten an: Volker Hauff (Vorsitzender), Hans-Jochen Hoffmann (stellv. Vorsitzender), Klaus Matthiesen (stellv. Vorsitzender), Johann Bruns, Ursula Engelen-Kefer, Georges Michael

Arbeit auf Zeit: Kehrseiten zeit- und projektbezogener Gremienarbeit

Auf regionaler Ebene waren die Ökologiekommissionen der Landesverbände zwar auch darüber hinaus noch aktiv,[92] in gewisser Weise symbolisiert das Schicksal der Öko-Kommission dennoch das Unstete in der umweltpolitischen Arbeit in der SPD. Zum einen war die Kommission, wie so viele umwelt- oder energiepolitische Gremien, nur für eine bestimmte Zeit gebildet worden. Das galt bereits für die 1978 eingerichtete Kommission Energiepolitik, auch Ehmke-Kommission genannt, deren Zweck sich auf die Erstellung eines energiepolitischen Berichts für den nächsten Parteitag beschränkte.[93] Sie tagte zwar auch danach weiter, in erster Linie erarbeitete sie aber weiterhin „nur" energiepolitische Situationsberichte, so zum Beispiel anlässlich des Münchner Parteitages 1982.[94] Selbst die Hauff-Kommission, die nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 eingesetzt wurde, arbeitete nur knappe drei Monate – von ihrer Einrichtung im Mai bis zum Parteitag im August.[95]

Fülgraff, Reimut Jochimsen, Jörg Jordan, Jörg Kuhbier, Heinz-Werner Meyer, Harald B. Schäfer, Klaus Traube, Reinhard Ueberhorst, Beate Weber, Hans Wiesen und Sabine Zech. Vgl. ferner die Ausführungen Volker Hauffs in AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000001, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 16. 11. 1987, Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 16. 11. 1987, Bl. 11 sowie AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011357, „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft". Bericht der Kommission Energie- und Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand, 20. 6. 1988. Zum von vornherein festgelegten Ende des Mandats der Kommission vgl. AdsD, Schäfer, Harald B., 677, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission für Energie- und Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand am 3. 6. 1987, 4. 6. 1987, Bl. 3. Dort: „[Volker Hauff] weist darauf hin, daß die Kommission ihr Mandat bis zum nächsten Parteitag hat […][.]"

92 So sind für die Kommission „Ökonomie/Ökologie" des hessischen Landesvorstandes u. a. für das Jahr 1987 Sitzungen belegt. Vgl. AdsD, LV Hessen III, Kommission im SPD-Landesvorstand Ökonomie/Ökologie, Protokoll der konstituierenden Sitzung der Kommission Ökonomie/Ökologie des hessischen SPD-Landesvorstandes am 6. 11. 1987, 11. 1. 1988.

93 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, „Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand", 2/PVEK0000386, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, September 1979.

94 AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009500, Energiepolitischer Situationsbericht der Energiekommission beim Parteivorstand für den SPD-Bundesparteitag in München 1982, Februar 1982.

95 Der Präsidiumsbeschluss zur Einrichtung erfolgte am 12. 5. 1986, am 26. 5. 1986 wurde die Kommission durch den Parteivorstand offiziell eingesetzt. Der Parteitag fand vom 25. bis zum 29. 8. 1986 statt. Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 363 f., 393 f.; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 58. Zur Initiative Hans-Jochen Vogels vgl. AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011350, Politischer Bericht Hans-Jochen Vogels vor der SPD-Bundestagsfraktion, 13. 5. 1986, Bl. 1 f.; Vogel, Nachsichten, S. 213. In ähnlich hektischer Weise wurden auch in manchen Landesverbänden nach Tschernobyl energiepolitische Kommissionen eingerichtet. So richtete der hessische Landesverband am 13. 5. 1986 eine eigene Energiekommission ein, geleitet wurde sie (neben dem Stellvertreter Willi Görlach) ebenfalls von Volker Hauff. Vgl. den Abschlussbericht der Kommission: AGG, A – Joschka Fischer, 34, SPD Hessen: Die Energieversorgung ist nur ohne Kernkraft sicher, 9. 9. 1986. Im Juni 1986 richtete der Vorstand des saarländischen Landesverbandes eine eigene Kommission „Ausstieg aus der Kernenergie" ein, und der Landesverband in Nordrhein-West-

Andere Kommissionen waren ebenso weder dauerhaft eingerichtet noch für originär umweltpolitische Zwecke bestimmt. Bestes Beispiel ist die 1989 eingerichtete Kommission „Fortschritt '90" unter der Leitung Oskar Lafontaines. Die von ihr entwickelte Idee der Ökosteuer mauserte sich zwar zu *dem* zentralen Instrumentarium in den ökologischen Konzepten der 1990er-Jahre. Die eigentliche Aufgabe der Kommission war jedoch eine andere, nämlich die Erarbeitung eines fachübergreifenden Konzepts zur „ökologischen und sozialen Erneuerung der Industriegesellschaft".[96] Darunter fiel als zentrale Teilkomponente zwar der „Ökologische Umbau der Industriegesellschaft", aber dazu gehörten ebenso „Wohlstand und Arbeit für alle", „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen", „Umbau des Sozialstaates" und die „Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates und Reform des Steuersystems".[97] Als sie ihren Auftrag mit der Ausarbeitung des Regierungsprogramms 1990 erfüllt hatte, tagte sie nicht weiter. Zur Konzeptionierung des Regierungsprogramms 1998 wurde mit „Fortschritt 2000" eine Kommission ähnlichen Profils eingerichtet, die erneut von Oskar Lafontaine geleitet wurde.[98] Sie konnte aber weit weniger umweltpolitische Akzente setzen als ihre Vorgängerin.

Zum anderen ist fraglich, wie viele Mitglieder und Abgeordnete die Arbeiten solcher Kommissionen überhaupt wahrnahmen. So klagte beispielsweise im Dezember 1982 Freimut Duve gegenüber Peter Glotz, dass „anläßlich einer Diskussion der Fraktion mit den Umweltschutzverbänden […] deutlich [wurde], daß fast keiner der Anwesenden unsere Beschlüsse zur Umweltpolitik […], das Hauff-Papier, aber auch die bereits 1977 vorgelegte Schrift ‚Grundwerte in einer gefährdeten Welt' je zur Kenntnis genommen hatte, geschweige denn unsere neuen Beschlüsse."[99] Rückblickend konstatierte selbst Volker Hauff, dass die Leistungen der Ökologie-Kommission relativ schnell in Vergessenheit geraten seien, zumindest außerhalb der Parteikreise, die sich sowieso mit der Umweltpolitik beschäftigten.[100] Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Johano Strasser mit Blick auf die Grundwertekommission. Zwar haben ihre Arbeiten durchaus eine gewisse Wirkung entfaltet. In der Regel wurden sie aber nur von den „üblichen Verdächtigen" gelesen. Er bemängelte zudem eine eher schwache Unterstützung durch den Parteivor-

falen hatte schon im September 1985 eine energiepolitische Kommission ins Leben gerufen. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 68, 446 f.

96 Vgl. den Parteivorstandsbeschluss zur Bildung der Kommission: AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100296, Beschluß des Parteivorstandes vom 17. 10. 1988, 17. 10. 1988, Bl. 2.

97 Vgl. AdsD, Hartenstein, Liesel, Ökologische Steuerreform, 1/LHAA000198, Arbeitsbericht über die Tätigkeit der AG Fortschritt '90, Juli 1989, Bl. 2. Vgl. ferner Hofschen/Kremer, Krisenmanagement, S. 117.

98 Vgl. die Vorstandsvorlage anlässlich ihrer Einrichtung: AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000224, Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes, 12. 2. 1996.

99 AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000449, Freimut Duve an Peter Glotz, 2. 12. 1982.

100 Interview mit Volker Hauff in Köln am 7. 8. 2018.

stand. Große Teile des Vorstands hätten die Arbeit der Grundwertekommission eher als „Beschäftigungstherapie für so 'n paar krause Typen angesehen. […] Jeder Leitartikel irgendwo in der FAZ hatte mehr Wirkung in der Politik als die Grundwertekommission."[101]

Die Bundestagsfraktion: zentrale Arena umweltpolitischer Arbeit nach 1982

Mit dem Gang in die Opposition sollte sich dies zumindest leicht verbessern, schließlich bekam die programmatische Arbeit insgesamt nun einen neuen Stellenwert.[102] Da die SPD im Bundestag jetzt viel fordern konnte, aber nichts umsetzen musste, konnten neue Ideen leichter in politische Konzepte umgemünzt werden als vorher. Spätestens mit der Bundestagswahl 1983 wurde die Bundestagsfraktion zu *dem* maßgeblichen Motor der umweltpolitischen Impulse.[103] In umweltpolitischen Fragen dominierte bei der Politikformulierung nun eindeutig die *party in public office*, also die SPD-Mitglieder in öffentlichen Ämtern und Parlamenten, über die *party in central office*, erst recht über die *party on the ground*.[104] Seit jeher, besonders seit einer Organisationsreform von 1958, waren die Verbindungen zwischen Parteiführung und Bundestagsfraktion überaus eng. Dem Parteipräsidium, dem eigentlichen Führungsgremium der Partei, durften seitdem auch Mandatsträger:innen angehören. Das führte dazu, dass sich das Parteipräsidium fortan stets mehrheitlich aus Mitgliedern der Bundestagsfraktion zusammensetzte – seit 1958 gehörten nie weniger als sieben der elf beziehungsweise zwölf Präsidiumsmitglieder auch der Bundestagsfraktion an.[105] Seit den 1960er-Jahren war die Entscheidungsfindung in der Bundestagsfraktion der im Parteivorstand und auf den Parteitagen daher in der Regel vorgelagert.[106]

Jedoch ist erstaunlich, wie lange es gedauert hatte, bis sich die für Umweltfragen zuständigen Fraktionsmitglieder zu organisieren begannen. Das Interesse der Fraktion an umweltpolitischen Themen war insgesamt zunächst sehr niedrig. Ein Beispiel: Als Hans-Dietrich Genscher im Juni 1971 gegenüber der Fraktion Bericht über die aktuellen Vorhaben in der Umweltpolitik erstattete, kam es zu gerade

[101] Interview mit Johano Strasser in Berg am Starnberger See am 28. 6. 2018. FAZ ist die Abkürzung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".
[102] Vgl. Spier/von Alemann, SPD, S. 443.
[103] Vgl. Schlieben, Oskar Lafontaine, S. 298; Schüttemeyer, Fraktionen, S. 215.
[104] Vgl. Mittag/Steuwer, Parteien, S. 241 sowie die Ausführungen in der Einleitung dieser Arbeit.
[105] Vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 206; Wettig, Reformen, S. 24; Herkendell, Deutschland, S. 35.
[106] Vor der Organisationsreform bestand der geschäftsführende Parteivorstand aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertreter:innen und besoldeten Vorstandsmitgliedern, die nicht dem Bundestag angehören durften. Spier/von Alemann, SPD, S. 441, 447; Lösche/Walter, SPD, S. 184–192, 205 f.; Schüttemeyer, Fraktionen, S. 99 f. Zur vergleichsweise großen Unabhängigkeit der Bundestagsfraktion gegenüber dem Parteivorstand vgl. zuletzt Recker, Parlamentarismus, S. 136.

mal sechs, vergleichsweise kurzen Rückfragen.[107] Die mit Umweltfragen befassten Abgeordneten waren seit 1970 lediglich in einer Arbeitsgruppe Umweltfragen beziehungsweise einer Arbeitsgruppe Energie und Umwelt (die Zusammenlegung erfolgte 1975 in Reaktion auf die Proteste in Wyhl)[108] zusammengefasst, aber nicht in einem eigenständigen Arbeitskreis. Sie war dem Arbeitskreis II (Inneres, Bildung und Sport) zugeordnet. Umweltpolitische Sacharbeit wurde weniger in der eigenen Fraktion geleistet, sondern in einer partei- und parlamentsübergreifenden Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA). Diese habe, so Hermann Dürr, SPD-MdB und Vorsitzender der IPA von 1973–1979, „Umweltschutz schon gedacht hat, bevor er offiziell erfunden war."[109] Die IPA leistete jedoch keinerlei Öffentlichkeitsarbeit und behielt ihre Arbeitsmaterialien für den internen Gebrauch zurück, ihre Mitglieder hatten außerhalb der IPA-Sitzungen Stillschweigen zu wahren. Als sie ab Mitte der 1970er-Jahre zwischen den parteipolitischen Fronten in der Umweltfrage zerrieben zu werden drohte, beschränkte sie sich fortan hauptsächlich auf die Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen.[110]

Obwohl es neben Dürr mit Martin Hirsch noch einen weiteren sozialdemokratischen Vorsitzenden der IPA gegeben hatte (von 1969 bis 1971), hatten die Tätigkeiten der IPA auf die Bundestagsfraktion kaum einen Einfluss ausgeübt. Zwar war dort mittlerweile das Amt eines „Obmanns für Umweltschutz" eingerichtet worden, der die Arbeit in den entsprechenden Bundestagsausschüssen koordinierte und an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teilnahm.[111] Aber weder Hans Bardens noch Willi Müller ab 1971 beeinflussten die Ökologiediskussion in Partei und Fraktion nachhaltig.[112] Das Gleiche gilt für Karl-Hans Kern, der die neu zusammengestellte Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie" seit 1975 führte.[113] Bekannter und einflussreicher war erst Liesel Hartenstein, die die Gruppe ab 1980 leitete. Ihr gehörten seitdem ferner Freimut Duve, Günther Kiem, Klaus Kübler und Harald B. Schäfer an.

[107] Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 15. 6. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-06-15-t1440_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[108] Fraktionssitzung, SPD, 22. 04. 1975, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1975-04-22-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[109] Fraktionssitzung, SPD, 18. 12. 1972, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1972-12-18-t1700_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022). Zur Geschichte der IPA vgl. Rosebrock, Wegbereiter.

[110] Ebenda, S. 31, 49.

[111] Jüngerkes, Einleitung (2020), S. 41*. Zur Funktion der „Obmänner" in der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Recker, Parlamentarismus, S. 127.

[112] Vgl. die Wahl Müllers zum Nachfolger Bardens' in Fraktionssitzung, SPD, 21. 9. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-09-21-t1512_EP.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022). In den edierten Protokollen der 7. Legislaturperiode (1972–1976) wird der „Obmann für Umweltschutz" nicht erwähnt.

[113] Fraktionssitzung, SPD, 22. 04. 1975, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag", SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1975-04-22-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

Mit dem Übergang des Fraktionsvorsitzes von Herbert Wehner auf Hans-Jochen Vogel 1983 wurde die Fraktionsarbeit umstrukturiert, was einen deutlichen Bedeutungszuwachs der Umweltpolitik mit sich brachte. Die bislang bestehenden sechs Arbeitskreise wurden um zwei übergreifende sogenannte Arbeitsbereiche ergänzt, wovon einer der Umweltpolitik gewidmet wurde. Waren die Vorsitzenden der Arbeitskreise schon früher in der „Fraktionshierarchie weit oben angesiedelt",[114] wurden sie nun zusätzlich gestärkt, da sie fortan gleichzeitig stellvertretende Fraktionsvorsitzende waren. Damit wurde Volker Hauff, der den entsprechenden Arbeitsbereich leitete, automatisch Fraktionsvize. Nach der Bundestagswahl 1987 wurde der Arbeitsbereich Umwelt nun endgültig in den Rang eines Arbeitskreises VI: Umwelt und Energie erhoben. Er wurde zunächst von Hauff, ab Mai 1988 von Harald B. Schäfer geführt und im März 1991 in Arbeitskreis VI Ökologische Erneuerung umbenannt.[115] Der Arbeitskreis wiederum war in verschiedene Arbeitsgruppen unterteilt, in denen die Hauptarbeit zu den einzelnen Sachfragen geleistet wurde. Nach der Wahl Hans-Ulrichs Kloses zum Fraktionsvorsitzenden Ende 1991 wurden die Arbeitskreise jedoch wieder abgeschafft und die thematische Arbeit in 24 spezialisierten Arbeitsgruppen konzentriert. Die umweltpolitische Gruppe wurde ab 1992 von Michael Müller geleitet, der damit gleichzeitig umweltpolitischer Sprecher der Fraktion wurde, aber anders als Hauff und Schäfer nicht mehr automatisch Vizevorsitzender der Fraktion war.[116] Ob und wie weit die Positionen des Arbeitskreises beziehungsweise der Arbeitsgruppe auch die der Gesamtfraktion beeinflussen konnten, hing vor allem von der Durchsetzungsfähigkeit seiner Vorsitzenden ab, also Hauff, Schäfer und Müller.

Sollte sich in den 1990er-Jahren Widerstand gegen umweltpolitische Entscheidungen des Parteivorstands regen, so kam dieser in der Regel von den Umweltpolitiker:innen in der Bundestagsfraktion.[117] Sie waren äußerst produktiv, beklagte sich doch der Fraktionsvorstand 1995 über „die Fülle an Kleinen Fragen und Vorlagen für die Fraktion aus dem Kreis der Arbeitsgruppe [Umwelt]".[118] Sie verfassten ebenso die wichtigsten umweltpolitischen Publikationen und Positionspapiere aus dieser Zeit,[119] außerdem war es die Bundestagsfraktion und nicht der Parteivorstand, die umweltpolitische Kontakte zu ausländischen Parteien aufbaute und pflegte, beispielsweise den Staatsparteien in den Staaten des Warschauer Paktes.[120]

114 Jüngerkes, Einleitung (2016), S. 53*.

115 AdsD, SPD-Bundestagfraktion, Arbeitskreis Umwelt und Energie, 11450, Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 11. 3. 1991, 11. 3. 1991, Bl. 1.

116 Feldmann, Fraktion, S. 16; 34–36; 59–61; 78 f.; Schüttemeyer, Fraktionen, S. 104, 106 f.

117 So z. B. bei den Alleingängen Gerhard Schröders in den Energiekonsensgesprächen 1992/93, vgl. Kap. VIII.1.

118 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 25572, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 27. 9. 1995, 27. 9. 1995, Bl. 1.

119 Vgl. als Beispiel SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), SCHWARZBUCH.

120 Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 203, 456 zu gemeinsamen umweltpolitischen Arbeitsgruppen von Bundestagsfraktion und KPdSU, SED und tschechischer KP. Ebenso gab es Kontakte zu den Parteien in Polen und in Ungarn.

Zwischen Parlament und alternativem Expert:innentum: Kooperationen mit der atomkritischen Wissenschaft

Zudem stieg der Einfluss außerparteilicher Expertise auf die programmatischen Entwürfe in der SPD. Schon die sozial-liberale Regierung hatte sich verstärkt auf die Beratung durch Naturwissenschaftler:innen gestützt und eigens dafür den Sachverständigenrat für Umweltfragen installiert.[121] In den 1980er-Jahren begann auch die Partei zunehmend, professionelle Expertisen zu nutzen – vor allem Peter Glotz und Hans-Jochen Vogel bemühten sich darum, wissenschaftliches und atomkritisches Fachwissen besser zu nutzen. Kontakte bestanden auch zu einigen namhaften Wissenschaftlern, die zum Umfeld der Anti-AKW-Bewegung gehörten und die vermeintlich wissenschaftlich gestützte Legitimität des Regierungshandelns der sozial-liberalen Koalition offen infrage stellten.[122] Klaus Traube war beispielsweise ständiges Mitglied der Ökologiekommission und aktives Mitglied im Bezirk Hessen-Süd. 1979 hatte ihm der Berliner Parteitag noch das Recht verwehrt, als Nicht-Delegierter auf dem Parteitag zu sprechen,[123] nach dem Machtverlust hingegen war er ein gefragter Experte in umweltpolitischen Fragen. So gehörte er auch der 1987 eingerichteten Nachfolgekommission der Ökologiekommission an, der Kommission für Energie- und Umweltpolitik.[124] Zur etwa gleichen Zeit leitete Traube den Energiebeirat des Bremer Landesverbandes mit.[125] In den 1990er-Jahren war er regelmäßig Gast in der Bundestagsfraktion, nun in seiner Rolle als Leiter des Arbeitskreises „Energie" des BUND.[126]

1982 holte Hans-Jochen Vogel ferner Klaus Michael Meyer-Abich als umwelt- und energiepolitischen Berater in sein Wahlkampfteam.[127] Meyer-Abich war Lei-

[121] Graf, Verhaltenssteuerung, S. 441.

[122] Vgl. Metzler, Konzeptionen, S. 416; Erhardt, Air, S. 80; Greiner, Angst, S. 78 f. Zum Einfluss atomkritischer Expert:innen und Wissenschaftler:innen auf die Positionierung politischer Parteien seit Ende der 1970er-Jahre vgl. Oberloskamp, Energiewende, S. 252–255. Zur Rolle Glotz' und Vogels vgl. Interview mit Johano Strasser in Berg am Starnberger See am 28. 6. 2018.

[123] Vgl. AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Vordruck einer Anwesenheitsliste der Kommission für Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand, undatiert. Auf dem Berliner Parteitag 1979 hatte Henning Scherf beantragt, Traube trotz seines Nichtdelegiertenstatus Rederecht im Arbeitskreis III zur Energiepolitik zu gewähren. Dies wurde mit 72 zu 56 Stimmen abgelehnt. Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 449 f. An der allgemeinen Aussprache nahm er jedoch teil, vgl. Kap. II.2.

[124] AdsD, Schäfer, Harald B., 677, Klaus Traube: Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppe Regenerative Energien der SPD-Kommission für Energie-/Umweltpolitik, 5. 1. 1988.

[125] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. B 105 f.

[126] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Energie, 29727, Einladung zur Sitzung der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 18. 6. 1998, 10. 6. 1998, Bl. 1.

[127] AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000449, Klaus Michael Meyer-Abich: 10 Thesen zur Orientierung in der Energiepolitik, Dezember 1982; AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000467, 8 Thesen zur Umweltpolitik von Klaus Michael Meyer-Abich für Hans-Jochen Vogel, 28. 11. 1982. Vogels Beraterstab gehörte auch Carl Friedrich von Weizsäcker an. Vgl. Vogel, Nachsichten, S. 171.

ter der Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie der Universität Essen (AUGE) und schon in den 1970er-Jahren einer der stärksten Verfechter des Energiespargedankens und Verfasser wichtiger Energiespargutachten für das Forschungsministerium.[128] Zusammen mit Volker Hauff und Liesel Hartenstein war Meyer-Abich zudem maßgeblich an der Ausarbeitung des „Notprogramms gegen das Waldsterben" vom April 1983 beteiligt.[129] Sowohl Meyer-Abich als auch Traube gehörten 1986 der Hauff-Kommission an, die das Kernenergieausstiegskonzept erarbeitete.[130]

Vor allem in den 1990er-Jahren bestanden sehr enge Kontakte zu Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn von Carl Friedrich, seit 1966 Parteimitglied und erster Leiter des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Schon zu Beginn des Jahrzehnts hatte sich Weizsäcker in der SPD engagiert, um auf diesem Wege seiner Idee einer Ökosteuer zu Popularität zu verhelfen. 1991 gehörte Weizsäcker dem SPD-Vorbereitungsteam für die hessischen Koalitionsverhandlungen mit den Grünen an.[131] 1996 wurde er Mitglied des neu ins Leben gerufenen SPD-Umweltforums, von 1998 bis 2005 saß er für die SPD im Bundestag.[132] In den Jahren unmittelbar vor Beginn der rot-grünen Koalition wurden auch andere Vertreter:innen des Wuppertal Instituts regelmäßig zu den Sitzungen der umweltpolitischen Arbeitsgruppe der Fraktion eingeladen, beispielsweise Edda Müller.[133] Die Bande wurden zunehmend auch auf persönlicher Ebene gefestigt, so beispielsweise zwischen Reinhard Ueberhorst und Meyer-Abich in ihrem Engagement gegen den Schnellen Brüter in Kalkar.[134] Michael Müller publizierte regelmäßig zusammen mit Peter Hennicke, der sowohl für das Öko-Institut, das Wuppertal Institut als auch den Club of Rome tätig war.[135] Sowohl Hennicke als auch Meyer-Abich gehörten zudem zur SPD-Delegation in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre".[136] Expert:innentum wurde auch innerhalb des Parteivorstandes

[128] Oberloskamp, Energiewende, S. 246; Gross, Energy, S. 537; Graf, Öl, S. 227 f.; Altenburg, Kernenergie, S. 117.

[129] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000457, Mustereinladung für das Expertengespräch „Waldsterben" am 19. 2. 1983 im Erich-Ollenhauer-Haus, 26. 1. 1983, Bl. 1.

[130] Vgl. die Mitgliederübersicht in AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011350, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 26. 5. 1986 in Hannover, Landtag, 26. 5. 1986, Bl. 12.

[131] Vgl. AdsD, LTF Hessen, Verhandlungen SPD-Grüne, Holger Sewering an die Mitglieder der Vorbereitungsrunde zu den Koalitionsverhandlungen Umweltpolitik, 26. 2. 1991.

[132] AdsD, Thierse, Wolfgang, U-Umwelt/SPD, 1/WTAA002057, Pressemitteilung Hermann Scheers, 17. 5. 1996, Bl. 1; Bernd Ulrich, In ganz kleinen Dosen. Die SPD stellt ihr Wahlprogramm vor – Umwelt ist auch drin. Aber die Öko-Steuerreform wird mickrig ausfallen, in: Wochenpost, 17. 3. 1994.

[133] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 36447, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 25. 11. 1997, 25. 11. 1997, Bl. 1.

[134] Meyer-Abich/Ueberhorst (Hrsg.), AUSgebrütet.

[135] Hennicke/Müller, Klima-Katastrophe; Müller/Hennicke, Wohlstand durch Vermeiden; dies., Mehr Wohlstand.

[136] Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima"), 25579, Protokoll der Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima") der SPD-Bundestagsfraktion am 5. 9. 1994, 6. 9. 1994, Bl. 1.

zunehmend wertgeschätzt. So hielt beispielsweise der Klimawissenschaftler Paul Crutzen, der 1995 mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet worden ist, nur kurz darauf, im Januar 1996, einen Vortrag auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Geschäftsführendem Fraktionsvorstand.[137]

Krise trotz Etablierung: der Bedeutungsverlust der Umweltgremien in den 1990er-Jahren

Die gestiegene, oftmals demonstrative Nähe zum ökologischen Expert:innentum kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Umweltpolitiker:innen in einer äußerst ambivalenten Lage befanden: Die Räume, in denen sie agierten, professionalisierten sich zunehmend, gleichzeitig wurde vor allem in den 1990er-Jahren offensichtlicher, dass sie in diesen immer weniger Einfluss auf die allgemeine Linie von Partei und Fraktion ausüben konnten. Dies hing auch damit zusammen, dass die Institutionalisierung ihrer Arbeit spät erfolgt war und über einen bestimmten Grad nicht voranschritt. Die vereinzelt geäußerte Idee, eine umweltpolitische Arbeitsgemeinschaft aufzubauen, ähnlich wie die Jusos oder die AfA, prallte am Unwillen der Parteispitze ab.[138] Stattdessen beließ es der nach dem Rücktritt Willy Brandts 1987 neu formierte Parteivorstand unter Hans-Jochen Vogel beim Aufbau eines Umweltreferats, das zum koordinierenden, weniger programmatischen Zentrum der Umweltarbeit wurde. Bis dahin gab es für die umweltpolitische Arbeit in der Parteizentrale sogar nur Projektstellen oder Zeitverträge.[139] Der späte Startschuss für das Umweltreferat hatte außerdem zur Folge, dass sich das Politikfeld auch nach der Einrichtung des Referates nicht so etablieren sollte wie andere Themen. Das Referat war mit nur einer Referent:innen- und einer Mitarbeiter:innenstelle personell dünn besetzt und seine Leitung im Jahr 1993 gar kurzzeitig vakant.[140]

[137] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Klausursitzung des Parteivorstandes mit dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand am 12. 1. 1996, 12. 1. 1996, Bl. 3.

[138] Im Mai 1978 hatte beispielsweise der SPD-Ortsverein Klein-Pampau (Schleswig-Holstein) gegenüber dem Bundesgeschäftsführer Egon Bahr erfolglos die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz in der SPD" vorgeschlagen. Vgl. AdsD, LV Schleswig-Holstein, 1024, Dietrich Fiege an Egon Bahr, Mai 1978. Später wurde der Kölner SPD die Bildung einer eigenen Umwelt-Arbeitsgemeinschaft seitens des Parteivorstandes aus formalen Gründen verweigert. Vgl. Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[139] Der genaue Zeitpunkt seiner Entstehung lässt sich nicht mehr bestimmten. Das Referat wurde nach Aussage Gerd Oelsners, seinem ersten Leiter, 1987 unter dem Namen „Arbeit – Technik – Umwelt" eingerichtet. Vgl. Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018. Jedoch taucht es in der Adressübersicht der Vorstandsreferate im Jahrbuch 1986/1987 noch nicht auf. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987. Wahrscheinlich ist daher eine Einrichtung 1988 oder 1989. Personell aufgestockt und für eine dauerhafte Arbeit ausgerichtet wurde das Referat erst im Fahrwasser der Aktivitäten der Kommission „Fortschritt '90" und den Kontakten zur SDP (Ost-SPD). Vgl. Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[140] Dies geht aus einem Bericht einer Mitarbeiterin des Umweltreferates an einen Mitarbeiter des Bundesgeschäftsführers Günter Verheugen aus dem Oktober 1993 hervor. Vgl. AdsD,

Es kam noch hinzu, dass die umweltpolitische Arbeit in der Bundestagsfraktion nicht mehr durch programmatische Grundsatzarbeiten ergänzt wurde. Einen adäquaten Nachfolger der Öko-Kommission gab es nicht. Dem Wunsch aus dem Kreis der Umweltpolitiker:innen, wieder eine dementsprechende Kommission im Parteivorstand einzurichten, wurde nicht entsprochen. Stattdessen wurden die Themen Wirtschaft, Finanzen und Umwelt 1996 in einer übergreifenden Kommission „Fortschritt 2000" gebündelt.[141] Parallel dazu wurde lediglich das bereits erwähnte Umweltforum eingerichtet, das einen losen Austausch zwischen Parteivertreter:innen, Umweltverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften und Expert:innen ermöglichen sollte.[142] Es war selbst Resultat einer zunehmenden Enttäuschung der SPD-Umweltpolitiker:innen über ihren schleichenden Bedeutungsverlust. So lag den ursprünglichen Plänen für das Umweltforum die Beobachtung zugrunde, dass „die SPD [gegenwärtig] das Politikfeld ‚Umweltschutz' nicht im wünschenswerten und notwendigen Maße besetzt. […] Es fehlt innerhalb der SPD ganz offensichtlich ein Instrument, um die erfolgreiche Umweltpolitik öffentlichkeitswirksam zu machen […]."[143]

Das Umweltforum konnte daran aber wenig ändern, obwohl es von Hermann Scheer geleitet wurde und viele wichtige Umweltpolitiker:innen der SPD in sich vereinte. Es war mehr gesellschaftliches Dialogforum als effektives Arbeitsgremium. Sitzungen fanden zwar regelmäßig statt, jedoch nur zwei Mal im Jahr. Eine Mitgliedergröße von knapp 100 Personen machte tiefgreifende programmatische Arbeit kaum möglich. Es brachte keine offiziellen Papiere heraus, stattdessen legten die einzelnen Mitglieder Thesenpapiere vor,[144] die jedoch in den allermeisten

SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik/Zielgruppen, Abteilungsleitung, 2/PVDL0000107, Margret Peulen an Karl-Peter Schackmann-Fallis, 26. 10. 1993, Bl. 1. Bestätigt wurde dies durch Verheugen selbst, vgl. AdsD, Hartenstein, Liesel, Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion, 1/LHAA000139, Günter Verheugen an Michael Müller, 19. 10. 1993.

141 Vgl. Harald B. Schäfers Ausführungen in AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 3. 7. 1995, 3. 7. 1995, Anlage: Vorlage Harald B. Schäfers. Er schlug die Einrichtung einer Kommission „Politik für nachhaltiges und beschäftigungsorientiertes Wirtschaften – ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft" vor. Die Zusammenlegung zur Großkommission „Fortschritt 2000" wurde u. a. von Hermann Scheer unterstützt, vgl. Bl. 11 des Protokolls.

142 Vgl. AdsD, Thierse, Wolfgang, U-Umwelt/SPD, 1/WTAA002057, Pressemitteilung Hermann Scheers, 17. 5. 1996. Vgl. auch die Vorstandsvorlage zu seiner Einrichtung: AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000224, Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes, 12. 2. 1996, Bl. 2–7. Mitglieder des Forums waren unter anderem Michael Müller, Monika Griefahn, Beate Weber, Christoph Zöpel, Harald B. Schäfer, Monika Ganseforth, Jo Leinen, Klaus Traube und Ernst-Ulrich von Weizsäcker.

143 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Konzept für ein Umweltforum der Sozialdemokratie, vermutl. 1995, Bl. 1 f.

144 Zur Arbeitsweise des Umweltforums vgl. Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 175–178. So stellten beispielsweise Scheer und das Kommissionsmitglied José Lutzenberger, ehemaliger brasilianischer Umweltminister, auf einer Sitzung das Papier „Wege zur umweltgerechten Landwirtschaft" vor, das nicht publiziert und nicht im Namen des Umweltforums verfasst wurde.

Fällen nur intern besprochen wurden.[145] Ausarbeitungen, die für die Öffentlichkeit gedacht waren, basierten nicht immer auf der Zustimmung aller Mitglieder des Umweltforums.[146] Darüber hinaus waren Versuche, das Forum auf die regionale und lokale Ebene auszuweiten,[147] gescheitert. Eine für Ende November 1996 angesetzte Sitzung zwischen den Umweltbeauftragten der SPD-Landes- und Bezirksvorsitzenden, auf der über den Aufbau regionaler und lokaler Ableger des Forums beraten werden sollte, musste aufgrund mangelnder Zusagen abgesagt werden.[148] Dem ursprünglich selbst gesetzten Ziel, „integrale programmatische Ansätze" zu entwickeln sowie „ökonomisch handhabbare ökologische Programmansätze" zu erarbeiten, wurde das Umweltforum nicht gerecht.[149] Es stellte maximal einen losen Gesprächszusammenhang dar für diejenigen in der SPD, die sich mit dem Thema sowieso beschäftigten.

So ergibt sich mit Blick auf den Aufbau umweltpolitischer Strukturen in der SPD insgesamt ein zwiespältiges Bild. Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, dass die Entscheidungsträger in der Partei Ende der 1970er-Jahre die Bedrohung durch die Grünen und den Aufstieg des Öko-Themas erkannt hatten. Sie bemühten sich, wenn auch spät, um den Aufbau entsprechender Strukturen und kommunizierten den gestiegenen Stellenwert der Umweltpolitik öffentlichkeitswirksam nach außen. In den 1980er-Jahren hatte die SPD der Umweltpolitik auch strukturell einen neuen Rang verliehen. Doch der Blick ins Detail zeigt, dass diese organisatorischen Umstrukturierungen die gestiegene programmatische Bedeutung des Umweltschutzes nach wie vor nicht angemessen widerspiegelten. Es gab nur wenige umweltpolitische Einrichtungen, die auf Dauer errichtet waren, und diejenigen, die befristet und projektbezogen angelegt waren, waren eher schwach in der Machtstruktur der Partei verankert. Sozialdemokratische Umweltpolitik war daher die meiste Zeit von einer latenten strukturellen Marginalisierung bedroht.

[145] Vgl. als Beispiel AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Thesen Edda Müllers zu einer umweltverträglichen Energieversorgung, Oktober 1996.

[146] So hieß es beispielsweise im Vorwort des Papiers „Eine strategische Energie-Initiative" aus dem August 1997: „Das Ergebnis spiegelt nicht in allen Teilen die Auffassung jedes einzelnen Mitwirkenden an den Beratungen wieder [sic!] […]." Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000433, Leitlinien für eine Politik der ökologischen Erneuerung der Energiebasis in nationaler, europäischer und globaler Verantwortung des SPD-Umweltforums, August 1997, Bl. 2.

[147] Scheer hatte im Oktober 1996 angeregt, Umweltforen auf Landes- und Bezirksebene einzurichten, vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Hermann Scheer an die Vorsitzenden der SPD-Landes- und Bezirksverbände, 17. 10. 1996. Belegt werden kann die Einrichtung eines Umweltforums jedoch nur für den Landesverband Schleswig-Holstein. Vgl. Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 364.

[148] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Dietmar Horn an die SPD-Landes- und Bezirksgeschäftsführer, 21. 11. 1996, Bl. 1.

[149] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Konzept des SPD-Umweltforums, vermutl. 1996, Bl. 2, 5.

Dass die umweltpolitische Diskussion in der Partei stets eine äußerst personalisierte blieb, verschärfte dieses Problem. Ein starker persönlicher Einfluss und eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit der eigenen Person waren für die Wirksamkeit des eigenen Handelns am Ende immer entscheidender als die Frage, wie gut dieses institutionalisiert war. Sobald das Gros der ökologischen Führungsfiguren nicht mehr aktiv war, wurden diese strukturellen Schwächen binnen kürzester Zeit offengelegt.

3. Basisdemokratie in der SPD? Triumph und Scheitern von Basisimpulsen in der Ökologiedebatte

Die Basis wird laut: die Regionalisierung der Kernenergiepolitik Mitte der 1970er-Jahre

In einem speziellen Punkt trafen die Prozesse von Personalisierung und Formalisierung direkt aufeinander: in der Frage, von wem umweltpolitische Entscheidungsprozesse ursprünglich angestoßen wurden und welchen Einfluss die niedrigeren Hierarchieebenen dabei hatten. Diese Frage war für das Politikfeld der „Ökologie" von besonderer Relevanz, denn ökologisches Denken zeichnete sich durch ein Verständnis innerparteilicher Demokratie und Entscheidungsfindung aus, das von den Funktionsmechanismen klassischer Parteien abwich. Als sich die Umweltbewegung politisierte, propagierte sie das Ziel einer basisdemokratischen Politikformulierung, fußend auf dem Prinzip der Betroffenheit. Politik sollte von denen gestaltet werden, die von den zu treffenden Entscheidungen am meisten betroffen waren. Zentralisierte Entscheidungsstrukturen würden stattdessen Autonomie und Selbstbestimmung beschneiden. Was die Umweltbewegung forderte und die Grünen beim Aufbau ihrer Parteistrukturen zu beherzigen versuchten, waren Musterbeispiele einer „Mobilisierung ‚von unten'" gegen eine als zu technokratisch etikettierte „Umweltpolitik ‚von oben'".[150] Für dieses letztere kritisierte Politikmodell und die Konsenskultur der Bundesrepublik stand kaum jemand so stellvertretend wie die SPD, die insbesondere während der sozial-liberalen Koalition eine zentral gesteuerte, von oben nach unten gerichtete Planung zur Maxime ihres politischen Handelns erhoben hatte. Daher forderte das „Prinzip Basisdemokratie" insbesondere die Sozialdemokratie in ihrer inneren Verfasstheit heraus.[151]

Die ersten Anstöße, sich mit dem Umweltschutz zu beschäftigen, wurden noch von Mitgliedern der Parteispitze gesetzt: von Willy Brandt im Rahmen der Diskussionen um die „Grenzen des Wachstums" sowie von Erhard Epplers publizis-

[150] Biess, Republik, S. 372. Vgl. ferner Ruck, Tanker, S. 258–260; Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 324.
[151] Metzler, Konzeptionen, S. 425.

tischem Einsatz für eine neue Wachstumspolitik. Auf sie folgten aber, wie gezeigt, zunächst keine ernsthaften Versuche, den Umweltschutz als dauerhafte Aufgabe in der Partei zu verankern. Dies schuf der Parteibasis ungewollt den Raum, die Ökologiefrage als Profilierungsplattform gegenüber der Parteiführung zu besetzen, ähnlich wie in der Nachrüstungsfrage.[152] Dies hatte durchaus Tradition: Vor allem die Bezirke haben bis heute in der SPD großes politisches wie organisatorisches Gewicht und hohen Einfluss auf die Linie der Landesverbände, die wiederum, zumindest formal, eine große Autonomie gegenüber dem Parteivorstand besitzen.[153] Da sowohl die Bezirke als auch die Landesverbände einen sicheren Platz im Parteivorstand innehaben, können abweichende Positionen leicht und schnell die Diskussionen auf Bundesebene beeinflussen.[154] In der Kernenergiekontroverse seit Mitte der 1970er-Jahre, just in der Phase der „Blüte der Parteiendemokratie",[155] nutzten die Landes- und Bezirksverbände diese Macht und opponierten offen gegen den Kurs der Parteiführung. Von den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie dem Bezirk Hessen-Süd ausgehend, korrigierten immer mehr Parteigliederungen ihre Energiepolitik und adressierten diesen Kurswechsel direkt an die Parteispitze.[156]

Diese anfänglich starke Regionalisierung des Anti-AKW-Engagements lag auch darin begründet, dass sich die innerparteilichen Streitigkeiten primär an bestimmten Einzelprojekten entzündeten. Dies war so in Wyhl, wo die Anti-AKW-Bewegung Unterstützung durch den dortigen SPD-Bürgermeister erhielt,[157] und es war vor allem in den norddeutschen Parteigliederungen so, wo das geplante Kraftwerk in Brokdorf erheblichen Widerstand provozierte. Die Schleswig-Holsteiner:innen um ihren Landesvorsitzenden Günther Jansen und den Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen waren die Ersten, die sich geschlossen als Parteiformation gegen die Kernenergie stellten, womit sie die Haltung des Landesverbandes zur Kernenergie binnen weniger Jahre um 180 Grad gedreht hatten.[158] Sie taten dies ausdrücklich ohne Absprache mit dem Bundesvorstand.[159] Unter den kernkraftkriti-

[152] Geiger/Hansen, Protest, S. 302. Vgl. ferner Hansen, End, S. 64 f.; Potthoff/Miller, Geschichte, S. 298.

[153] Lange Zeit waren die Bezirke die größte Organisationseinheit unterhalb der Bundespartei. Nachdem 1971 Landesverbände als eigene Organisationseinheit eingeführt wurden, sank der Einfluss der Bezirke. Vgl. dazu u. a. Spier/von Alemann, SPD, S. 446–448. Noch heute ist im Parteistatut der SPD aber festgehalten: „Grundlage der Organisation ist der Bezirk[.]" Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Organisationsstatut, S. 13. Mitarbeiter des Parteivorstandes bestätigen, dass der Einfluss der Bezirke in der Umweltdebatte groß blieb, beispielsweise durch den Bezirk Hessen-Süd. Vgl. Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

[154] Vgl. Weichlein, Föderalismus, S. 149 f.

[155] Gatzka, Blüte, S. 205.

[156] Vgl. Soell, Helmut Schmidt, S. 779 f.

[157] Milder, Greening Democracy, S. 75.

[158] Das Landtagswahlprogramm von 1971 forderte den Bau der geplanten Kraftwerke in Brunsbüttel und Geesthacht sowie die Festlegung zweier weiterer Standorte. Vgl. Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 348.

[159] Vgl. die Klagen, die in der Sitzung des Parteipräsidiums vom 16. 11. 1976 geäußert wurden, in AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006313, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 16. 11. 1976, 16. 11. 1976, Bl. 1. Zum Beschluss vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand –

schen Landesverbänden war der schleswig-holsteinische der radikalste, ähnlich wie auch in der innerparteilichen Nachrüstungsdebatte.[160] So wollte er sich nicht mit einem temporären Moratorium zufriedengeben, sondern hatte sich nach Harrisburg 1979 für Stilllegungspläne in Betrieb befindlicher AKWs eingesetzt. Dies führte auch im eigenen Verband zu Kontroversen, jedoch konnte sich Jansen mit seiner Maximalposition meist gegen Matthiesen durchsetzen, der aus Rücksicht auf den Gewerkschaftsflügel und die sozial-liberale Koalition den Konflikt auf das Kernkraftwerk Brokdorf begrenzen wollte.[161]

Gegen den Willen der Bundesregierung kamen sie jedoch beide nicht an. Anfang 1981 zog sich Matthiesen als Spitzenkandidat zurück, nachdem Helmut Schmidt angedroht hatte, dass die halbstaatliche PreußenElektra das AKW Brokdorf zu Ende baut, wenn sich die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW), wie von Matthiesen gefordert, aus dem Projekt zurückziehe.[162] Im Hamburger Landesverband führte der Streit um Brokdorf zu noch drastischeren personellen Konsequenzen. Zunächst hatte der Bürgermeister Hans-Ulrich Klose den Landesverband und den Senat in seiner Ablehnung von Brokdorf auf seiner Seite. Nachdem Schmidt sich jedoch mehrmals offen für das Kraftwerksprojekt ausgesprochen hatte, stellte sich zunächst der Hamburger Landesvorstand gegen Klose, was die Lage zum Eskalieren brachte. Gegen das Drängen des Landesvorstands und des nun ebenso umkippenden Senats brachte nicht einmal die knappe Anti-Brokdorf-Haltung des Landesparteitages etwas, die Klose noch organisieren konnte. 1981 warf er das Handtuch und trat als Bürgermeister zurück.[163]

In Niedersachsen rangen die dortigen Sozialdemokrat:innen um das geplante NEZ in Gorleben. Anfangs unterstützte der Landesverband das Projekt einer WAA grundsätzlich, doch nachdem Gorleben als Standort feststand und die Zweifel an Wiederaufbereitung und Kernenergie wuchsen, versuchte er, das Projekt zu verhindern. Helmut Schmidt erkannte die Gefahr dahinter und sah sich gar dazu genötigt, im April 1979, wenige Wochen nach dem Unfall in Harrisburg, selbst mit Vertretern der Niedersachsen-SPD zu verhandeln und ihnen im Gegenzug für Zustimmung einige „erhebliche Modifizierungen" des Endlagerkonzeptes anzubieten. So sollten die Entscheidung über die WAA auf unbestimmte Zeit verschoben und die Genehmigungen für die einzelnen Bestandteile des NEZ voneinander getrennt werden.[164] Im Mai hatte die SPD-Fraktion dennoch beantragt, den

Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, 2/PVEK0000440, Beschluss des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein zum Atomkraftwerk Brokdorf, 12. 2. 1977.

160 Vgl. Boll/Hansen, Doppelbeschluss, S. 215 f.

161 Bernd Lampe, Matthiesen wagt Kraftprobe mit Jansen, in: Die Welt, 6. 9. 1979, S. 5; Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 358, 362, 365 f.

162 Vgl. [o. V.], Muß knacken, in: SPIEGEL, 9. 2. 1981, S. 27–29.

163 [o. V.], „Wichtigste Entscheidung seit 20 Jahren", in: SPIEGEL, 16. 2. 1981, S. 26–31, hier: S. 27–29; Apel, Abstieg, S. 194 f.

164 BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u. a. Gorleben, B 136/10860, Vermerk über ein Gespräch Helmut Schmidts mit Vertretern der niedersächsischen SPD am 24. 4. 1979, 25. 4. 1979, Bl. 3.

DWK-Antrag auf Errichtung einer Entsorgungsanlage nicht zu genehmigen.[165] Dies bedeutete den Todesstoß für das Gorleben-Projekt. Der Druck war so weit angestiegen, dass der Bau der WAA der Öffentlichkeit kaum noch zu vermitteln war, und CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte das Projekt kurz darauf für gescheitert. Es sei, so Albrecht, zwar technisch realisierbar, aber politisch nicht durchzusetzen.[166] Rückblickend kam auch das Kanzleramt zu der Einschätzung, dass „die Entscheidung der Niedersächsischen LReg [Landesregierung] […] durch die Haltung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sehr stark mitbestimmt worden ist".[167]

Die dritte treibende Kraft war der baden-württembergische Landesverband. Auch hier drehte sich das energiepolitische Engagement zunächst um konkrete Projekte vor Ort, zuvorderst in Wyhl. Unter der Ägide Erhard Epplers weiteten sich die Aktivitäten jedoch schnell aus. Als erster Landesverband veranstalteten die Baden-Württemberger:innen im Juni 1975 eine energiepolitische Fachkonferenz. Sie wurde von Carl-Friedrich von Weizsäcker eingeleitet und auf ihr wurde nicht nur darüber diskutiert, wie man das Kraftwerk vor Ort verhindern, sondern auch, wie man den Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppeln könne und was mögliche Alternativen zu Kernkraft sein könnten.[168] Im Rahmen der Auseinandersetzungen in Brokdorf schloss sich die Baden-Württemberg-SPD daher schon 1976 der Haltung des Landesverbandes in Schleswig-Holstein an, ein „grundsätzliches Überdenken des [Kernenergie-]Ausbaus" zu fordern.[169] Im Juni 1977, noch fast ein halbes Jahr vor der Entwicklung der „Zwei-Optionen-Formel" auf dem Hamburger Bundesparteitag, hatte der Landesparteitag in Ulm beschlossen, eine Strategie forcierten Energiesparens verfolgen zu wollen, „die auch der Möglichkeit Rechnung trägt, ohne [den] weiteren Zubau von Kernkraftwerken auskommen" zu können.[170] Weiter konkretisiert wurden diese Ideen durch Epplers energiepolitisches Alternativszenarium von 1979, dem bis dato detailliertesten gesamtenergiepolitischen Gegenentwurf zur Regierungslinie.[171]

[165] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA0092032, Entschließungsantrag der Niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion über die Ablehnung des DWK-Antrages auf Genehmigung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben, 10. 5. 1979.

[166] Gegenüber Helmut Schmidt hatte Albrecht wenige Tage vor seiner Entscheidung geäußert, dass „[d]as integrierte Entsorgungskonzept […] nur durchsetzbar [sei], wenn es von den politischen Parteien in allen Beschlußgremien vertreten würde". Vgl. BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u. a. Gorleben, B 136/10860, Aufzeichnung über das Gespräch Bundeskanzler – MP Albrecht am 30. 4. 1979 betr. NEZ Gorleben, 7. 5. 1979, Bl. 4.

[167] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA009203, Ministerialdirektor Konow an Manfred Schüler, 18. 9. 1979, Bl. 3.

[168] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1973–1975, S. 161.

[169] BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Vermerk des Bundeskanzleramtes über aktuelle Probleme bei der Kernenergie, 8. 11. 1976, Bl. 4.

[170] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009473, Beschluss des Landesparteitages der baden-württembergischen SPD am 4. 6. 1977 in Ulm, 4. 6. 1977, Bl. 2.

[171] Eppler, Alternativszenarium.

Neben diesen drei Landesverbänden, die zusammen mit dem Bezirk Hessen-Süd die treibenden Unterorganisationen waren, kamen noch die zahlreichen Ortsvereine und Unterbezirke in unmittelbarer Nähe der Kraftwerksprojekte hinzu. Ein bekanntes Beispiel ist der Unterbezirk Schwandorf-Cham unter seinem Vorsitzenden Dietmar Zierer, der den Schwandorfer Landrat Hans Schuierer tatkräftig in seinem Kampf gegen die WAA in Wackersdorf unterstützte. Noch vor Ende der sozial-liberalen Koalition stellten sich der Unterbezirk wie auch der übergeordnete Bezirk Ostbayern klar gegen den Bau. Zierer wandte sich mehrfach direkt an den Kanzler, um diesen von einer Unterstützung des Endlagerprojekts abzubringen.[172] Der bayerische Landesverband selbst stand der WAA zunächst positiv gegenüber. Dem Druck des Unterbezirks Schwandorf-Cham sowie dem Engagement des umweltpolitischen Sprechers der Landtagsfraktion, Hans Kolo, war es jedoch zu verdanken, dass Mitte der 1980er-Jahre der ganze Landesverband auf den Anti-WAA-Kurs einschwenkte.[173]

Gegen das Parteiestablishment: Hierarchiekonflikte auf den Parteitagen 1977 und 1979

Letztlich waren derartige Aktivitäten kein Selbstzweck, sondern Teil einer kommunikativen Strategie von unten nach oben, deren Adressaten die Bundespartei und die Bundesregierung waren. Kernkraftkritisches Engagement in Landesverbänden, Bezirken und Unterbezirken war nur ein Baustein dieses Plans. Vorrangiges Ziel war stets, die Bundesparteitage auf die eigene Seite zu bringen und die Bundesregierung durch eine dementsprechende Beschlusslage unter Druck zu setzen. Aufgrund des föderalen Aufbaus der Parteien in der Bundesrepublik und ihres hohen Legitimationsdrucks auf Landesebene waren die Aussichten für die regionalen Parteigliederungen, die Linie der Bundespartei beeinflussen zu können, auch vergleichsweise günstig.[174]

Der Hamburger Parteitag 1977 war der erste, der sich ausführlich mit der Kernenergie beschäftigte, angeregt vom schleswig-holsteinischen Landesvorstand, der den Bundesvorstand im November 1976 öffentlich aufgefordert hatte, „dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen".[175] Der Parteivorstand reagierte darauf zunächst mit der Abhaltung der Fachkonferenz in Köln im April 1977 und der Erarbeitung des dazugehörigen energiepolitischen Leitfadens (vgl. Kap. II.2.). Dem Parteitag legte der Parteivorstand dann den bisher detailliertesten energiepolitischen Leitantrag vor, doch schon bis Ende August gingen 45 Änderungsanträge

[172] So z. B. in AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006920, Dietmar Zierer an Helmut Schmidt, 26. 2. 1982.
[173] Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 148.
[174] Vgl. im Vergleich zu Frankreich Kiersch/von Oppeln, Kernenergiekonflikt, S. 43.
[175] BArch, Bundeskanzleramt, Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben, B 136/10858, Beschluss des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein zur Kernenergie, 1. 11. 1976, Bl. 1.

aus den Parteigliederungen ein, bis zum Parteitagsbeginn waren es 143. Auf dem Parteitag selbst wurden vier Initiativanträge zur Energiepolitik gestellt, zudem lagen knapp 100 Wortmeldungen vor.[176] Es waren unter anderem Anträge aus Schleswig-Holstein, Südbayern, Niederbayern/Oberpfalz, dem Saarland, aus Bremen, aus Berlin und Hannover, die in der Zubaufrage von AKWs eine schärfere Gangart forderten. Die wichtigsten Gegenpositionen formulierten Anträge aus Schleswig-Holstein und aus Südbayern, die einen Bau- und Genehmigungsstopp für Kernkraftwerke verlangten. Beide wurden zu einem gemeinsamen Initiativantrag zusammengefasst. Er wurde jedoch abgelehnt, ebenso wie ein zweiter Initiativantrag aus Schleswig-Holstein, der einen kompletten Genehmigungs-, Bau- und Inbetriebnahmestopp forderte.[177] Doch auch die kernkraftfreundliche Gegenseite nutzte den Spielraum, den ihr der Parteitag eröffnete. Erst einem Initiativantrag des Bezirks Westliches Westfalen, von Herbert Ehrenberg und Adolf Schmidt formuliert und vom Landesverband Nordrhein-Westfalen maßgeblich unterstützt, war es zu verdanken, dass dem Leitantrag eine Klausel hinzugefügt wurde, nach der bereits die vertragliche Zusicherung der Entsorgung für die Genehmigung eines Kraftwerkes ausreichend sein sollte.[178]

Die in Hamburg beschlossene Zwei-Optionen-Formel war ebenfalls noch nicht Teil des ursprünglichen Leitantragsentwurfes gewesen, sondern auf Drängen des Baden-Württembergers Eppler hinzugefügt worden. Der Bezirk Hessen-Süd hatte ähnlich auf den Antragsentwurf eingewirkt. Erst nach diesen Zugeständnissen war Eppler bereit, auf dem Parteitag vorsichtig für den Kompromissantrag des Parteivorstandes zu werben, anstatt die direkte Konfrontation mit diesem zu suchen.[179] Wie gezeigt, hatte jene Zwei-Optionen-Formel die innerparteilichen Streitigkeiten aber nicht befrieden können. Im Vorfeld des Berliner Parteitages 1979 stieg der Druck aus der Parteiorganisation noch weiter an, die Front des Widerstandes wurde breiter und umfasste immer mehr SPD-Untergliederungen.

Vor allem in den Wochen und Monaten vor dem Parteitag tagten zahlreiche Versammlungen in unteren Parteigliederungen, um sich auf die Auseinandersetzungen in Berlin vorzubereiten.[180] Hochrangige Mitglieder der Parteiführung sa-

[176] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009444, Vorlage des Organisationsreferates für die Sitzung des SPD-Präsidiums am 30. 8. 1977, August 1977, Bl. 1; Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 344, 401.

[177] Vgl. die Behandlung der energiepolitischen Anträge in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 352–378, 384–477. Bei den Anträgen aus Schleswig-Holstein und Südbayern handelt es sich um die Anträge 702 und 712, sie wurden im Initiativantrag II/16 zusammengefasst, der jedoch abgelehnt wurde.

[178] Winfried Ditzoleit, SPD schwenkt auf Linie des DGB ein. Baustop für Kernreaktoren soll fallen, in: Frankfurter Rundschau, 10. 11. 1977, S. 1 f.; [o. V.], Schleswig-Holsteins SPD bleibt beim Nein zur Kernenergie, in: Süddeutsche Zeitung, 12. 11. 1977, S. 2; Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1977, S. 348. Es handelte sich dabei um den Initiativantrag II/3.

[179] Ebenda, S. 363 f.

[180] Vgl. die Beschlussfassungen im Saarland, in West-Berlin und in Schleswig-Holstein sowie in den Bezirken Westliches Westfalen, Nordniedersachsen, Franken, Ostbayern und in den rheinland-pfälzischen Bezirken. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 294 f.

hen sich genötigt, immer wieder mit den Bezirken in Kontakt zu treten. Auffällig ist beispielsweise, wie viele Bezirksparteitage Helmut Schmidt im Laufe des Jahres 1979 besuchte, um für Unterstützung für seinen Kurs zu werben. Binnen kürzester Zeit besuchte er die Bezirksparteitage im Westlichen Westfalen, in Ostbayern und auch in Franken, um dort – überaus leidenschaftlich – von jeder Form von Beschlüssen abzuraten, die auf einen Baustopp für Atomkraftwerke hinauslaufen würden.[181] Die Parteiführung musste geradezu um Zustimmung für ihren energiepolitischen Leitantrag betteln, und zwar nicht ohne Grund. Mit Blick auf manche Landesverbände wie den schleswig-holsteinischen stieg die Befürchtung, dass, so Egon Bahr, „sich erstmals ein ganzer Landesverband einem Parteitagsbeschluß verweiger[t]".[182] Die Kernkraftkritiker:innen in der Partei verhielten sich ähnlich wie die Gegner der NATO-Nachrüstung, die ebenfalls die Bezirks- und Landesparteitage als bevorzugtes Artikulationsforum nutzten.[183] Die Auseinandersetzungen um die energiepolitischen Leitanträge wurden eifrig als Plattform zur Selbstermächtigung der unteren Parteigliederungen genutzt.

Dementsprechend kontrovers waren die Auseinandersetzungen in Berlin. Gegen den Leitantrag lagen, neben den beiden Hauptalternativanträgen aus der Feder Erhard Epplers und Reinhard Ueberhorsts auf der einen und Michael Müllers auf der anderen Seite, zahlreiche weitere Anträge vor. Zwar hatte der Antrag Müllers, der einen Ausstieg aus der Kernenergie forderte, aufgrund dieser vergleichsweise radikalen Haltung schon von vornherein keine Chance. Aber die Antragskommission kam dieser Position immerhin so weit entgegen, dass sie eine Klausel in den Leitantrag integrierte, die eine „grundlegende Umorientierung" in der Energiepolitik versprach.[184] Anders als in Hamburg unterstützten aber nicht einmal mehr die Baden-Württemberger:innen den Antrag des Parteivorstandes. Es wurden insgesamt knapp 170 Gegenanträge eingebracht, von denen 13 angenommen oder an die zuständigen Fraktionen überwiesen wurden.[185]

Die Debatten waren noch länger als die in Hamburg zwei Jahre zuvor, und erneut kamen die kritischen Wortbeiträge vor allem aus den unteren Parteigliederungen. Selbst aus den nordrhein-westfälischen Bezirken meldeten sich immer mehr skeptische Stimmen zu Wort.[186] Letztlich erhielt der Leitantrag des Partei-

[181] Ebenda, S. 294 f. Vgl. u. a. HSA, Eigene Arbeiten, 498, Referat von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor den Delegierten des SPD-Bezirksparteitages Westliches Westfalen in Recklinghausen, 6. 10. 1979; HSA, Eigene Arbeiten, 497, Rede und Diskussionsbeiträge Helmut Schmidts auf der SPD-Kreisdelegiertenversammlung Bergedorf, 8. 7. 1979; HSA, Eigene Arbeiten, 498, Rede Helmut Schmidts auf dem SPD-Bezirksparteitag Franken, 7. 10. 1979.

[182] Vgl. Bahrs Aussagen in AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009456, Sitzung des Präsidiums am Montag, 15. 10. 1979, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 15. 10. 1979, Bl. 5.

[183] Vgl. Boll/Hansen, Doppelbeschluss, S. 215.

[184] Vgl. dazu die Ausführungen Horst Ehmkes, Vorsitzender der Antragskommission, in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 1022 f.

[185] Vgl. die Antragsübersicht zur Energiepolitik in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, Bd. II, S. 1305–1334.

[186] Vgl. die Beratungen in der Arbeitsgruppe III sowie die Antragsberatungen zur Energiepolitik in ders. (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1979, S. 431–551, 940–1114.

vorstandes nur eine vergleichsweise niedrige Zustimmung von knapp 60%. Zwar wurde auch ein umweltpolitischer Leitantrag verabschiedet, die gleichzeitig gebilligten „Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept" sind jedoch nicht auf eine Initiative des Parteivorstands zurückzuführen, sondern auf einen Antrag des Unterbezirkes Frankfurt/Main. Die Antragskommission empfahl dem Parteitag ausdrücklich seine Annahme, da er „weit konkreter und detaillierter ist als die Umweltthesen des Parteivorstandes".[187]

Die Mitglieder werden selbstbewusster: neue Formen innerparteilicher Auseinandersetzung

Innerhalb der Landesverbände zeigte sich vielfach ein ähnliches Muster der Kommunikation von unten nach oben wie in der Bundespartei. So ist die Meinungsbildung in Schleswig-Holstein 1976/1977 maßgeblich von den Auseinandersetzungen auf den jeweiligen Landesparteitagen und den dortigen Initiativen der Kreisverbände beeinflusst worden.[188] Ganz besonders der Fall war dies zudem in Hessen. Gleich in verschiedenen Fragen war Holger Börner das Ziel massiver Attacken unterer Parteigliederungen. Insbesondere die Haltung der beiden hessischen Bezirke, die direkt unter dem Landesverband standen, war entscheidend für die Beschlussfassung: Der südhessische Parteibezirk galt als traditionell links, während die Nordhessen in der Regel den Kurs des Ministerpräsidenten stützten.[189] Als Börner 1979/1980 versuchte, für den gescheiterten Endlagerkomplex in Gorleben in die Bresche zu springen und einen WAA-Standort auf hessischem Boden anbot, drohte dieses Vorhaben schnell zu scheitern. Im April 1980 beschloss der südhessische Bezirksparteitag, die Landesregierung aufzufordern, das Projekt einer WAA vorerst nicht weiterzuverfolgen und stattdessen alternative Endlagertechniken zu untersuchen.[190] Er konnte dabei auf eine breite Front der Zustimmung innerhalb der Hessen-SPD setzen, denn eine Mehrheit aller 16 Unterbezirksparteitage hatte sich bereits gegen eine WAA ausgesprochen.[191] Der Landesparteitag hatte dennoch gegen einen Antrag der Südhessen knapp beschlossen, die Prüfung für den Bau einer WAA offenzuhalten. Der Landesvorstand hatte aber insofern einlenken müssen, als er zusicherte, dass eine endgültige Entscheidung für die WAA nicht vor 1985 fallen sollte.[192] Auf einem Sonderparteitag im Juni 1981, der von

[187] Antrag 664. Unterbezirk Frankfurt/Main (Bezirk Hessen-Süd). Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept, in: ders. (Hrsg), Protokoll Parteitag 1979, Bd. II, S. 1124. Der Frankfurter Antrag basierte auf einem Beschluss der Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd von 1977. Vgl. Kollatz, Ökosozialismus, S. 234.

[188] Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 362 f.

[189] Vgl. von Oppeln, Linke, S. 213.

[190] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 351.

[191] AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006302, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 82, 19. 4. 1980, Bl. 4. Vgl. auch von Oppeln, Linke, S. 218.

[192] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009459, Entwurf eines Antrags des Vorstandes der hessischen SPD für den bevorstehenden Landesparteitag, 1980, Bl. 2.

WAA-Kritiker:innen als „Erpressungsparteitag" bezeichnet wurde, konnte Börner dann das grundsätzliche Ja für den Plan einer hessischen WAA nur noch unter vorangegangenen Rücktrittsdrohungen erzwingen.[193]

In Bezug auf die Startbahn West waren die Beschlusslagen der Bezirke ebenfalls entscheidend. Aus der Sicht Holger Börners war der südhessische Bezirksverband verantwortlich dafür, dass durch einen Startbahn-kritischen Beschluss eine „zunächst lokal begründbare und verständliche Bürgerinitiative zu landesweiter Bedeutung gelangt" war, die nun die Pläne der Landesregierung torpedierte.[194] Ebenso wenig gelang es Börner, die hessischen Jusos zu disziplinieren. Sie ignorierten schlicht den Beschluss des Landesparteitages 1981, dass sich Parteimitglieder nicht an den Sammlungen für ein Volksbegehren gegen die Startbahn beteiligen sollten. Der Landesvorstand der Jusos fing sich daraufhin eine Rüge des SPD-Landesvorstandes ein und wurde deutlich auf „das ohne Frage vorhandene administrative Instrumentarium bei inhaltlichen Konflikten" hingewiesen.[195]

In der direkten Kommunikation zur Parteispitze wurde die Basis ebenfalls mutiger.[196] In der Zeit der Atomkonflikte stieg die Zahl der Protestbriefe, die einfache Parteimitglieder an Willy Brandt schickten, sprunghaft an. Sozialdemokrat:innen, die mit der Energiepolitik der Partei unzufrieden waren, nutzen direkte Eingaben an die Parteispitze als „ritualisiertes Protesthandeln", um neben ihren inhaltlichen Anliegen deutlich zu machen, sich als Parteimitglieder nicht ernst genommen zu fühlen.[197] Viele von ihnen appellierten eindringlich an Brandt, seine „Autorität dafür ein[zusetzen], daß die Atomkraftgegner Ihrer Partei Mut bekommen, sich energischer als bisher für die Ächtung der Kernenergie einzusetzen".[198] Ganze Ortsvereine richteten ihre Anliegen nicht mehr nur an die nächsthöhere Hierarchieebene, sondern direkt an den Vorsitzenden.[199] Christian Höfer, SPD-Bürgermeister der bayerischen Kleinstadt Selb, schickte gar der gesammelten Parteiführung ein eigenes, detailliertes Energieprogramm.[200] Auch die Bundesregierung

[193] von Oppeln, Linke, S. 237.

[194] AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006309, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 16. 11. 1981, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 16. 11. 1981, Bl. 9.

[195] AdsD, LV Hessen III, JUSO Landesverband Hessen Korrespondenz ab 1978, Wolfgang Kiehne an Norbert Schüren, 1. 7. 1981, Bl. 1.

[196] Dies gilt nicht nur für die SPD, sondern beispielsweise auch für die CSU, vgl. Gotto, Bernhard, „Stimmungsdemokratie"? Repräsentation, Responsivität und Emotionalität in der internen Kommunikation der CSU in den 1970er und 1980er Jahren, in: HEUSS-FORUM 9/2019, online unter: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum%209_2019 (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[197] ders., Enttäuschung (2018), S. 333. Im Zuge der Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss erreichten ebenfalls mehrere Tausend Protestbriefe die Parteizentrale. Vgl. Geiger/Hansen, Protest, S. 305.

[198] AdsD, WBA, A 11.10, 259, Bärbel Ahrberg an Willy Brandt, 22. 3. 1981, Bl. 2.

[199] So forderte beispielsweise der Ortsverein Kalchreuth Brandt 1979 dazu auf, persönlich dafür zu sorgen, dass sich die SPD „stärker als bisher Zukunftsfragen widmet, insbesondere den Umwelt- und Energieproblemen". Vgl. AdsD, WBA, A 11.6, 36, Thilo Castner an Willy Brandt, 15. 11. 1979, Bl. 1.

[200] AdsD, WBA, A 11.10, 224, Christian Höfer an Willy Brandt u. a., 21. 8. 1979.

wurde zum direkten Adressaten von Parteiorganisationen, beispielsweise des Unterbezirkes Hannover-Land, der seine Beschlüsse direkt ins Kanzleramt schickte mit Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Ressorts.[201] Die „einfachen" Parteimitglieder gewannen an Selbstbewusstsein, die „direkten Kontakt[e] mit den Vertretern der Parteiendemokratie" stiegen.[202]

Ein zweiter Frühling für die Jusos? Erfolge und Grenzen jungsozialistischer Mobilisierung

Auch die Jusos nutzten das offene Zeitfenster einer „basisdemokratischen" SPD. Sie nahmen just zu einem Zeitpunkt wieder die Rolle eines wichtigen innerparteilichen Faktors ein, als ihr Stern im Grunde schon längst zu sinken begonnen hatte. Ende der 1960er- und in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre hatten sich die Jusos im Zuge der Verjüngung der Partei und der steigenden innerparteilichen Konflikte, angeheizt durch die Kontroversen zu den Notstandsgesetzen und dem Beitritt der SPD zur Großen Koalition, zu einem sowohl personellen als auch ideologischen Konterpart zur Mutterpartei entwickelt.[203] Ab etwa 1973/74 konnten die gegenseitigen Konflikte mit der Bundespartei jedoch zunehmend befriedet werden, in der Folge waren die Jungsozialist:innen vor allem mit internen Flügelkämpfen beschäftigt.[204] Für viele Jusos war das Engagement in der Umweltfrage daher ein dankbares taktisches „Ausweichmanöver", um innerparteiliche Kritik, die sonst kaum mehr Gehör fand, auf einem neuen, brisanten „Nebenschauplatz" austragen zu können.[205] Der Aufstieg der Umweltschutzdiskussion bedeutete also nicht per se eine „mentalitätsgeschichtliche Tendenzwende", die die klassischen Themen der Jusos an den Rand spülte,[206] sondern half ihnen vielmehr, ihren innerparteilichen Bedeutungsverlust hinauszuzögern. Die Jusos profitierten davon, dass sich im Widerstand gegen die Kernenergie generationelle und vertikale Trennlinien innerhalb der Partei stark überschnitten und die Vertreter:innen des „Ökosozialismus", mit denen es zahlreiche personelle Schnittmengen gab, sich ebenso für eine „Radikalisierung des demokratischen Prinzips" einsetzten.[207]

Gerade weil die Jusos in der Bundespartei seit Anfang der 1970er-Jahre an Einfluss verloren hatten, boten regionale und lokale Handlungsfelder Chancen, den

[201] BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52999, SPD-Unterbezirk Hannover-Land an die Bundesregierung, 20. 8. 1979.

[202] Gatzka, Blüte, S. 207.

[203] Padgett/Paterson, History, S. 81.

[204] Vgl. Süß, Enkel, S. 67 f., 82; ders., Marsch, S. 314–320; ders., Lust, S. 134–138; Oberpriller, Jungsozialisten, S. 264–266; Schildt, Liberalisierung, S. 183; Meyer, Gewinner, S. 213; Eley, Democracy, S. 457 f. Zur Verjüngung der Partei während der ersten Hälfte der sozial-liberalen Koalition vgl. auch Münkel, Zinne, S. 77 f.

[205] Seiffert, Marsch, S. 265.

[206] Diese Position vertritt beispielsweise Martin Oberpriller, vgl. Oberpriller, Jungsozialisten, S. 198–200.

[207] Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 49.

Kurs der SPD mitzugestalten.[208] In vielen atomkritischen Landesverbänden waren es daher oft Jusos, die als Erste Zweifel an der bisherigen Energiepolitik äußerten, so zum Beispiel in Schleswig-Holstein, wo der erste kernkraftkritische Antrag auf einem Landesparteitag von der Jugendorganisation ausging.[209] Schritt für Schritt wurden die Initiativen von unten nach oben getragen, bis hin zum Juso-Bundesverband. Dieser wiederum konnte dann Druck auf die SPD ausüben. Bereits Ende 1976 machte sich der Juso-Bundesausschuss für ein Moratorium beim Kraftwerksbau stark und brachte die direkte Endlagerung als Alternative zur Wiederaufbereitung ins Spiel,[210] im Februar 1978 folgte ein dementsprechender Beschluss des Juso-Bundeskongresses mit der Forderung nach einem sofortigen Baustopp für AKWs.[211] Ende März 1979 legte der nächste Bundeskongress nach und forderte nun sogar eine Stilllegung aller laufenden Atomkraftwerke.[212]

Außerdem konnten die Jusos zumindest einen Teil ihres früheren Mobilisierungspotenzials reaktivieren. Im Juli 1979, kurz nach dem Reaktorunfall in Harrisburg, startete der Juso-Bundesvorstand eine parteiinterne Flugblattaktion, die sich direkt gegen die Führung der Mutterpartei richtete. Unter dem Motto „Sozialdemokraten gegen Atomenergie" sammelten sie Unterschriften gegen den geplanten Leitantrag des Parteivorstandes. Zudem animierten sie Ortsvereine und Unterbezirke in der SPD explizit dazu, entsprechende kernkraftkritische Beschlüsse zu verabschieden.[213] In manchen Unterorganisationen riskierten die Jusos gar ihren Rauswurf aus der Partei. Nach heftigen Konflikten zwischen Jusos und SPD im Bezirk Niederrhein erklärten Erstere trotzig: „Unabhängig davon, wie die Beschlußlage der Partei aussieht, werden die Jungsozialisten solange Widerstand organisieren, bis die letzte Atomanlage ausgeschaltet ist. Die Jungsozialisten werden sich in dieser Frage durch keinen Beschluß und keine Maßnahme der Partei disziplinieren lassen; und sie sind in der Frage auch nur um den Preis der faktischen Auflösung der Arbeitsgemeinschaft disziplinierbar." Erst nachdem der Bezirksvorsitzende Otto Bäumer den Jusos daraufhin mit Parteiausschluss drohte, schoben sie eine zweite Presseerklärung nach, in der sie ihre Aussagen relativierten.[214]

[208] Meyer, Gewinner, S. 213.

[209] Tretbar-Endres, Kernenergiediskussion, S. 349 f., 365.

[210] Oberpriller, Jungsozialisten, S. 240 f.; [o. V.], Der Staat als Pate der Atom-Mafia, in: Vorwärts. Sozialistisches Hochschulmagazin. Hochschulgruppe der Jusos [West-Berlin], 1988, ohne Paginierung.

[211] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 186.

[212] Ebenda, S. 251. Zahlreiche Unterorganisationen wie beispielsweise der Juso-Bezirk Niederrhein schlossen sich dieser Position an, vgl. BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD im Bezirk Niederrhein an Erwin Stahl, 13. 8. 1979, Bl. 9.

[213] BArch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen, B 196/52998, Flugblatt „Sozialdemokraten gegen Atomenergie" des Juso-Bundesvorstandes, vermutl. 1979.

[214] Zit. nach AdsD, HSA, Bundeskanzler, 1/HSAA006329, Wochenbericht für Helmut Schmidt Nr. 74, Oktober 1979, Bl. 8. Dementsprechende Ängste waren nicht unbegründet. So wurde Rudolf Hartung, einer der Mitorganisator:innen der großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten, zuvor gewarnt, dass sein Engagement dazu führen könne, dass Helmut

Wenn es um tatsächliche machtpolitische Verhandlungen ging, zogen die Jusos aber in der Regel den Kürzeren. Am deutlichsten offenbarte sich dies auf dem Berliner Parteitag 1979 und im Vorfeld dessen. Michael Müller, stellvertretender Vorsitzender der Bundes-Jusos, hatte schon innerhalb der Ehmke-Kommission Forderungen nach konkreten Schritten zum endgültigen Atomausstieg erhoben. Auf dem Parteitag hatte er den Juso-Bundesvorstand wie auch vereinzelte Delegierte aus Schleswig-Holstein und Bremen auf seiner Seite. Doch dieses Vorhaben war angesichts des deutlich größeren Einflusses der Landesverbände und Bezirke im Norden und dem Landesverband Baden-Württemberg aussichtslos. Müller zog seinen Antrag zurück. Letztlich einigte sich die innerparteiliche Opposition auf die deutlich moderatere Position Erhard Epplers, Reinhard Ueberhorsts und Harald B. Schäfers (vgl. Kap. II.2.). Der Versuch des Juso-Bundesvorstandes, mittels Musteranträgen die Meinungsbildung in den Ortsvereinen und Unterbezirken zu beeinflussen, war ebenso erfolglos.[215]

In den 1980er-Jahren sank der Einfluss der Jusos immer rasanter. Schon 1980 waren die Wahlergebnisse der SPD bei den Jungwähler:innen unterdurchschnittlich gewesen, 1981 erreichte die Anzahl der Neu-Jusos mit gerade einmal 11 000 einen neuen Tiefstand.[216] 1984 war die Zahl der aktiven Jusos von ehemals 100 000 auf gerade einmal 25 000 zusammengeschmolzen. Kein einziges Mitglied der Bundestagsfraktion war nunmehr im Juso-Alter.[217] 1990 hatten die Jusos nur noch 17% aller Parteimitglieder vertreten, 2000 waren es gar nur noch knapp 10%. Zum Vergleich: In den 1970er-Jahren war durchschnittlich etwa ein Drittel aller Parteimitglieder im Juso-Alter gewesen.[218] Das sich zuungunsten der Jusos entwickelnde innerparteiliche Ungleichgewicht wirkte sich unmittelbar darauf aus, wie stark sie die innerparteiliche Diskussion noch beeinflussen konnten. Ihre Kritik an der Umweltpolitik der SPD wurde medial überwiegend schlicht ignoriert: „Aus der einst munteren innerparteilichen Opposition war ein recht kraftloser Verein geworden."[219] Ein Beispiel: Als der Juso-Bundeskongress 1996 harsche Kritik an der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der SPD-Ökosteuerkonzepte übte, ging dies vollkommen ungehört unter.[220]

Schmidt ihn seines Postens bei den Jusos entbindet. Letztlich kam es jedoch nicht zur Entlassung Hartungs. Vgl. Seiffert, Marsch, S. 209 f.

215 Schröder, Diskussion, S. 2.

216 Seiffert, Marsch, S. 260.

217 Vgl. [o. V.], SPD: „Die Partei hat Mist gemacht", in: SPIEGEL, 26. 11. 1984, S. 34–43, hier: S. 34 f. Zum Mitgliederschwund in den 1980er-Jahren vgl. auch Oberpriller, Jungsozialisten, S. 278–280.

218 Scholle/Schwarz, Welt, S. 214 f.; Oberpriller, Jungsozialisten, S. 309 f.

219 Seiffert, Marsch, S. 262.

220 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000345, Beschluss des Juso-Bundeskongresses in Hannover zur Ökosteuer, Mai 1996.

Den Spieß umgedreht: Partizipationsangebote und Aktivitäten der Parteiführung in den 1980er-Jahren

Dass die Basisimpulse mit der Zeit offensichtlich an Schwung verloren hatten, lag paradoxerweise in ihrem anfänglichen Erfolg begründet.[221] Der Parteivorstand hatte bereits in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre erkannt, dass sich die Partei auf sämtlichen Hierarchieebenen über die Umweltfrage zu spalten drohte. Es wurden nun Formate gesucht, die auch zwischen den Parteitagen Raum für Diskussionen und Konsenssuche boten. Schon die Kölner Fachkonferenz 1977 oder die 1978 eingerichtete Ehmke-Kommission waren Versuche, die auseinanderstrebenden Richtungen wieder zusammenzuführen. Der Parteispitze und vor allem Willy Brandt blieb jedoch nicht verborgen, dass diese Form der innerparteilichen Schlichtung zu anlassbezogen war, um einen dauerhaften Konsens zu finden. Ein erster Schritt aus dieser Zwickmühle heraus war die Einrichtung der Ökologie-Kommission 1980 (vgl. vorangegangenes Kapitel). Spätestens ab diesem Zeitpunkt war erkennbar, dass die Parteispitze langsam, aber sicher die Kontrolle über die energiepolitische Kontroverse zu gewinnen begann. Nach dem Machtverlust 1982 drehten sich die Kommunikationswege immer schneller um: Jetzt gaben Parteivorstand, Parteipräsidium und vor allem die Bundestagsfraktion die entscheidenden Anstöße für das umweltpolitische Engagement der Partei. Positionen wurden hier ausformuliert, Kampagnen im Erich-Ollenhauer-Haus entworfen und die Oppositionspolitik gegen die Regierung in erster Linie über die Aktivitäten der Bundestagsfraktion betrieben.

Zunächst handelte es sich dabei um eine synergetische Zusammenarbeit zwischen der Parteiführung im Bund und den Aktivitäten in den Ländern und Bezirken. Einzelne Vorstöße aus den Ländern wurden bewusst dafür genutzt, sich bundespolitisch zu profilieren und sie anschließend wieder von oben nach unten in die Parteigliederungen hineinzutragen. Wichtigstes Beispiel ist das ökologische Beschäftigungsprogramm „Arbeit und Umwelt" der hessischen SPD-Landesregierung, welches wiederum auf eine „Sozialdemokratische Initiative für ein ökologisch orientiertes Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm" des Bezirkes Hessen-Süd vom April 1983 zurückging.[222] Das Konzept wurde durch die Bundespartei bereitwillig aufgegriffen und schnell zum eigenen Projekt gemacht: 1984 brachte die Bundestagsfraktion ihren Antrag für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" ein, im gleichen Jahr startete der Parteivorstand eine parteiweite Kampagne „Arbeit und Umwelt". Zahlreiche Landesverbände orientierten sich nun an den

[221] Mit Blick auf die Jusos kommt auch Jeanette Seiffert zu dem Ergebnis, dass die „Integrationsstrategie der SPD-Führung […] umfassend wirksam [war]" und die „Trägheit politischer Prozesse" zu einem „Erlahmen der Veränderungsimpulse" geführt habe. Vgl. Seiffert, Marsch, S. 310.

[222] Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Arbeit, S. 22; [o. V.], Antrag B1 Arbeit und Umwelt. Sozialdemokratische Initiative für ein ökologisch orientiertes Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm, in: Beschlüsse. Bezirksparteitag 1983 in Kiedrich. SPD-Bezirk Hessen-Süd 1983, S. 3 f.

Aktivitäten der Parteispitze und starteten ähnliche Initiativen, beispielsweise in Rheinland-Pfalz,[223] Schleswig-Holstein,[224] Baden-Württemberg,[225] Bremen[226] und Nordrhein-Westfalen.[227] Selbst im kommunalen Raum entwickelte sich „Arbeit und Umwelt" zu einem beliebten sozialdemokratischen Projekt.[228]

Dies wurde schnell durch eine parteiweite Kampagne aus dem Erich-Ollenhauer-Haus ergänzt, und sie ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich die Kommunikationswege in der Umweltdiskussion umgedreht hatten. Im September 1984 beschloss der Parteivorstand die Einleitung einer „alle Ebenen der Partei einbeziehende[n] Kampagne".[229] Dafür wurde eine zunächst von Joachim Spangenberg, danach von Gerd Oelsner – dem späteren Leiter des Umweltreferates – besetzte, auf zwei Jahre befristete Projektstelle eingerichtet.[230] Ziel war unter anderem eine möglichst starke Regionalisierung des Projekts, die von oben gesteuert und koordiniert werden sollte.[231] Die Unterbezirke sollten Beauftragte für das Projekt benennen, die dann, zusammen mit den jeweiligen Geschäftsführer:innen, monatlich durch einen eigenen Aktionsbrief „Arbeit und Umwelt" des Parteivorstands beliefert werden. Auf Bundesebene wurde ein „technisches Koordinationsgremium" gebildet, dem Mitarbeiter:innen von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, das Büro Volker Hauffs und darüber hinaus Mitarbeiter:innen verschiedener SPD-geführter Landesumweltministerien und der Landtagsfraktionen angehörten. Es erarbeitete unter anderem einen Rahmenantrag für Kommunalparlamente, der als Petition an den Bundestag gerichtet werden konnte und darin unter anderem die Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz forderte. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) erarbeitete eine „Umweltcharta sozialdemokratischer Kommunalpolitiker" als Handreichung für alle Sozialdemokrat:innen in den Kommunen.[232] Die Koordinierungsbemühungen des Parteivorstandes waren durchaus erfolgreich: In 236 von

[223] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1984/1985, S. 164.

[224] [o. V.], Schleswig-Holstein als „Öko-Valley". Wirtschaft soll demokratisiert und an Umwelterfordernissen orientiert werden, in: Süddeutsche Zeitung, 8. 7. 1985, S. 5.

[225] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 462.

[226] Ebenda.

[227] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1984/1985, S. 158.

[228] So hatte in Frankfurt a. M. die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ein dementsprechend betiteltes Arbeitsplatzprogramm beantragt. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000402, Antrag der SPD-Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M., 1985.

[229] Zit. nach Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 192.

[230] Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[231] Oelsner, Arbeit, S. 226 f.

[232] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVD000306, Hinweise zum Ablauf des Projekt „Arbeit und Umwelt", vermutl. 1984, Bl. 1; AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000140, Ablaufplan der Kampagne „Arbeit und Umwelt", 1984, Bl. 2–6; AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011145, Entwurf für eine „Umweltcharta sozialdemokratischer Kommunalpolitiker", 7. 9. 1984.

250 Unterbezirken wurden Umweltbeauftragte ernannt. In manchen Bezirken nahmen bis zu 50% der Ortsvereine an lokalen „Arbeit und Umwelt"-Aktionen teil.[233] Ferner stellte der Parteivorstand Informationsmaterialien bereit, die an die Ortsvereine weitergegeben wurden. Sie informierten über Aktivitäten anderer Parteigliederungen und gaben Tipps und Hinweise für eigene Projekte.[234]

Initiativen, die in den Ländern selbst entstanden, blieben wichtig, sie kamen nun aber weniger aus der Parteiorganisation als von den jeweiligen Landesregierungen, die personell eng mit der Parteiführung verquickt waren. Zudem bemühten sich die Landesorganisationen und ihre Vertreter:innen in den Regierungen immer häufiger darum, ihre Positionen untereinander sowie mit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion zu koordinieren. Zu diesem Zweck fanden sich die umwelt- und energiepolitischen Sprecher:innen der Bundestags- und der Landtagsfraktion seit Mitte der 1980er-Jahre regelmäßig zu gemeinsamen Konferenzen ein.[235] Ein beliebtes Mittel war, Projekte sowohl über Anträge der Bundestagsfraktion als auch durch Initiativen der SPD-geführten Bundesländer im Bundesrat voranzutreiben. 1983 versuchte die hessische Landesregierung, letztlich erfolglos, eine Schadstoffabgabe über den Bundesrat einzuführen, zur etwa gleichen Zeit arbeitete auch die Bundestagsfraktion an einem ähnlichen Konzept.[236] 1984, als die Bundestagsfraktion ein Tempolimit beantragte, wurde dies ebenfalls durch die Länder flankiert, in diesem Fall sogar durch eine gemeinsame Initiative der Regierungen aus Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.[237] Zwei Jahre später wurde zudem versucht, über den Bundesrat einen Altlastensanierungsfonds zur Finanzierung umweltpolitischer Investitionen einzurichten, wie es das „Arbeits-

[233] AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000140, Begrüßungsrede Peter Glotz' bei der Eröffnung der SPD-Kampagne „Arbeit und Umwelt", 24. 10. 1984, Bl. 1; AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011147, Zwischenbericht „Arbeit und Umwelt", 18. 3. 1985, Bl. 1.

[234] Vgl. als Beispiel ein DIN A3-Faltblatt „Arbeit und Umwelt", das an die Ortsvereine verschickt wurde. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000337, Aktionsblatt SPD-Projekt „Arbeit und Umwelt", vermutl. 1985.

[235] Vgl. beispielhaft AdsD, Schäfer, Harald B., 338, Einladung zur gemeinsamen Konferenz der umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen im Bund und in den Ländern vom 9.11. bis 10. 11. 1989 in Düsseldorf, 29. 9. 1989; AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 25572, Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag „SPD Umwelt- und EnergiepolitikerInnen legen Konzept für ökologische Steuerreform vor", 3. 11. 1995.

[236] Bundesrat, Drucksache 43/83, Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf Schwefeldioxidemissionen (Schwefelabgabengesetz), 26. 1. 1983. Vgl. ferner AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000457, Stellungnahme des hessischen Umweltministers Karl Schneider zur Verabschiedung des Entwurfs eines Schwefelabgabengesetzes, 12. 1. 1983. Zu den Aktivitäten der Bundestagsfraktion vgl. AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011125, Berichtszeitraum: 1. 9. 1983 bis 15. 1. 1984, Januar 1984, Bl. 14.

[237] Bundesrat, Drucksache 324/2/84, Antrag der Länder Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Blei- und Benzolgehalts des Benzins, 25. 10. 1984.

programm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft“ vorgesehen hatte.[238]

In der Kernenergiepolitik arbeiteten die SPD-Landesregierungen und die Bundestagsfraktion ebenso immer enger zusammen. Ende 1984 kündigten die SPD-regierten Länder das gemeinsame Entsorgungskonzept auf, stellten sich damit gegen die Wiederaufbereitung und setzten den Beschluss des Bundesparteitages in Essen um.[239] Wenige Wochen nach dem Unfall in Tschernobyl einigten sich die SPD-geführten Länder und die Bundestagsfraktionen darauf, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat einen mittelfristigen Atomausstieg zu fordern. Zuerst brachte die Bundestagsfraktion ihren Entwurf für ein Kernenergieabwicklungsgesetz in den Bundestag ein, im Mai 1987 startete Klaus von Dohnanyi für Hamburg einen ähnlichen Versuch im Bundesrat. Beide Initiativen waren aber erfolglos.[240] Im Juni desselben Jahres konkretisierten die Fraktionen in Bund und Ländern ihre gemeinsame Linie in der Atomfrage: Standorte für neue Kernkraftwerke sollten im eigenen Land jeweils abgelehnt, Betriebsgenehmigungen wo möglich und notwendig widerrufen und jeder Einstieg in die Wiederaufbereitung verhindert werden.[241] Die SPD-geführten Länder versuchten tatsächlich allesamt, durch einen Entzug der Betriebsgenehmigungen für die Atomanlagen in ihrem Land erste Schritte in Richtung eines Atomausstieges zu gehen. Auch dies scheiterte jedoch an der Weisungskompetenz des Bundesumweltministeriums – eine Ausnahme war lediglich die Nichtinbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar. Das Umweltministerium machte angesichts der Proteste nach dem Unfall in Tschernobyl nicht von seinem Weisungsrecht Gebrauch, als die nordrhein-westfälische Landesregierung die Inbetriebnahme verweigerte.[242]

Schwindender Elan auf beiden Seiten: das Ende der Kampagnentätigkeit Anfang der 1990er-Jahre

Nichtsdestotrotz wurde in den 1990er-Jahren immer deutlicher, dass die SPD-geführten Landesregierungen, an deren Spitze mit Lafontaine, Scharping, Schrö-

238 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 25. 2. 1986, 26. 2. 1986, Bl. 1.

239 K.B., SPD kündigt die gemeinsame Kernenergiepolitik. Das Entsorgungskonzept soll nicht verlängert werden / Börner für direkte Lagerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 12. 1984, S. 13.

240 Bundesrat, Drucksache 185/87, Gesetzesantrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz), 4. 5. 1987; AGG, B.II.1, 183, DPA-Meldung „Vorstoß Hamburgs zum Kernenergieausstieg bis 1996“, Mai 1987. Zum dementsprechenden Beschluss der Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Bundesländer vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung/Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000042, Gemeinsame Erklärung von Hannover zur Energiepolitik, 19./20. 5. 1986, sowie Kap. IV.2.

241 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 431.

242 Kirchhof/Trischler, History, S. 142.

der, Eichel und Engholm nun die „Enkel" Willy Brandts standen, zum zweiten maßgebenden Machtzentrum neben der Bundestagsfraktion aufgestiegen waren.[243] Die damit verbundene Personalisierung ging jedoch eindeutig zulasten der Kooperation und Kommunikation innerhalb der Parteiorganisation.

Denn in Bezug auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteiebenen ist ein Bruch in den Jahren nach der Wiedervereinigung zu erkennen. Zu Beginn der 1990er-Jahre setzte die Parteizentrale noch ihre Bemühungen fort, umweltpolitische Kampagnen von oben nach unten zu planen. Der Ertrag wurde jedoch immer geringer, so zum Beispiel bei der Verkehrskampagne „Neue Beweglichkeit – Mensch und Umwelt gehen vor" 1992.[244] Der Bezirk Westliches Westfalen bemängelte, dass das Projekt innerparteilich so gut wie keinen Stellenwert habe. Die „Parteiführung [habe sich] kaum an der Ausgestaltung der Kampagne aktiv beteiligt […]. Es entstand vielmehr der Eindruck, daß man/frau sich des Themas nach klassischer Art entledigt hat: Nach Beschlußfassung im PV [Parteivorstand] wird die Umsetzung an andere verwiesen und man muß sich selbst höchstens noch um den Auswertungsbericht kümmern."[245] Aus den unteren Hierarchieebenen kam ebenfalls immer weniger Engagement. Christoph Zöpel monierte stellvertretend für die Umwelt- und Verkehrspolitiker:innen in der Bundestagsfraktion, dass das Medienecho für die Kampagne niedrig gewesen sei und dies auch mit einer mangelnden Umsetzung der Kampagne auf sämtlichen Ebenen zusammenhänge.[246] Ein Mitarbeiter des Umweltreferats beim Parteivorstand erinnert sich ebenso, dass der Rücklauf aus den unteren Parteigliederungen nicht allzu groß gewesen sei.[247] Eine interne Übersicht der lokalen Umsetzung der Verkehrskampagne von 1992 listete lediglich 20 Aktivitäten aus den unteren Parteigliederungen auf, inklusive der Jusos, der SGK und der AfA.[248]

Für die Parteitagsbeschlüsse spielten Initiativen „von unten" ebenfalls eine immer unbedeutendere Rolle. Dies war schon seit Längerem zu beobachten gewesen. Bereits der Kernenergieausstiegsbeschluss 1986 war überwiegend aus dem Parteizentrum heraus zustande gekommen. Zwar hatten, wie zum Beispiel der hessische, der Bremer oder der West-Berliner Landesverband sowie der Hamburger Senat, schon vor dem Parteitag zahlreiche Landesorganisationen bezie-

[243] Hennecke, Republik, S. 29.

[244] Vgl. die vorgeschlagenen Maßnahmen in AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000286, Karlheinz Blessing an die SPD-Landesverbände und SPD-Bezirke, 17. 2. 1992.

[245] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000474, Organisatorisch-politische Bewertung der Verkehrskampagne aus Sicht des Bezirks Westliches Westfalen, vermutl. 1993, Bl. 2.

[246] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000474, Abschlussbericht der SPD-Verkehrskampagne „Neue Beweglichkeit – Mensch und Umwelt gehen vor", 28. 6. 1993, Bl. 3.

[247] Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[248] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000474, Beispiele örtlicher Aktivitäten im Rahmen der SPD-Verkehrskampagne, vermutl. 1992.

hungsweise -regierungen einen Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen.[249] Sie hatten damit jedoch mehr die Meinungsbildung innerhalb der Gesamtpartei flankiert, als dass sie diese aktiv mitgestalteten. Das Ausstiegskonzept selbst war innerhalb der vom Parteivorstand eingesetzten Ausstiegskommission erarbeitet worden (vgl. Kap. IV.2.).

In den 1990er-Jahren verstärkte sich dieser Trend noch. Allein schon quantitativ nahm die Anzahl der gestellten Anträge aus den Parteigliederungen ab, auch qualitativ besaßen sie meist keine große Brisanz mehr. Auf dem außerordentlichen Parteitag 1993 in Essen zeigte sich zwar ein gewisser Unmut unterer Parteiorganisationen bezüglich des umweltpolitischen Kurses der Parteispitze. Anlass war die Ausarbeitung des Regierungsprogrammes 1994 – einige Parteigliederungen forderten einen stärker ökologisch ausgerichteten Wahlkampf. Doch die Anträge wurden allesamt nicht angenommen, sondern lediglich an die Kommission Regierungsprogramm 1994 überwiesen.[250] Auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im November des gleichen Jahres beschränkte sich der Widerstand des Parteitages darauf, dass – wohlgemerkt nachträglich – mittels einen Initiativantrages Gerhard Schröders Kompromisslinie in den Energiekonsensgesprächen missbilligt wurde (vgl. dazu Kap. VIII. 1.).[251] Ansonsten bestätigten im Grunde alle Anträge die Linie des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion.[252]

Auf dem Parteitag zwei Jahre später in Mannheim wurde über umweltpolitische Anträge der Parteibasis nicht einmal mehr abgestimmt, sie wurden allesamt ohne Befassung an den Parteirat überwiesen.[253] Alles stand unter dem Eindruck des „Putsches" Oskar Lafontaines gegen den bis dato-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping. Die ursprünglichen vorgesehenen Antragsberatungen zu den Themen Energiepolitik, Umweltpolitik und Verkehrspolitik wurden kurzerhand aus der

[249] Vgl. AGG, A – Joschka Fischer, 34, SPD Hessen: Die Energieversorgung ist nur ohne Kernkraft sicher, 9. 9. 1986, Bl. 7 f., 13. Zu den Ausstiegsbeschlüssen anderer Parteiorganisationen vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 380 f. Zum Ausstiegskonzept des Hamburger Senates vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000105, Pressemitteilung Klaus von Dohnanyis, 19. 9. 1986. Ferner beschlossen auch einzelne Bezirke bereits im Juni 1986 einen Ausstieg aus der Kernkraft, so die Bezirke Westliches Westfalen und Niederrhein. Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 386.

[250] Vgl. die Anträge des Kreisverbandes Rems-Murr, des Ortsvereins Wiesloch und des Ortsvereins Frankfurt-Echersheim in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll außerordentlicher Parteitag 1993, S. 137–140.

[251] Vgl. Initiativantrag 18. Für eine moderne Energiepolitik, in: ders. (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1993, S. 1123–1126. Ein ähnlich lautender Antrag des Bezirks Hannover wurde ebenfalls angenommen, vgl. Antrag E5. Bezirk Hannover. Energiekonsens-Verhandlungen, in: Ebenda, S. 1128. Ferner lehnte der Parteitag den Wunsch Gerhard Schröders ab, die Entwicklung neuer Reaktorlinien an eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat zu koppeln und damit grundsätzlich zu ermöglichen. Vgl. ebenda, S. 543, 548.

[252] Ebenda, S. 454.

[253] Darunter waren auch einige Anträge aus den Landesverbänden und Bezirken, die, wie bereits 1993, die Partei für die Energiekonsensgespräche auf einen Verzicht auf den Einstieg in neue Reaktorlinien festlegen wollten. Vgl. die Übersicht der überwiesenen Anträge in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 967–979.

Tagesordnung gestrichen.[254] In den 1990er-Jahren spielten Personalfragen auf den Parteitagen eine immer bedeutendere Rolle, zulasten der inhaltlichen Auseinandersetzungen. Die Parteitage taugten nicht mehr als Forum, um innerparteilichen Dissens effektiv zu kommunizieren. Sie „mutierten zu bloßen Akklamationsveranstaltungen".[255]

Eine lose verkoppelte Anarchie? Die engen Grenzen innerparteilicher Demokratie und Partizipation

Mit Blick auf die innere Organisation der SPD wird gerne die These Peter Lösches und Franz Walters zitiert, die SPD lasse sich am ehesten als Partei der „lose verbundenen Fragmente, der lose verkoppelten Anarchie" beschreiben. Sie behaupten, dass die Sozialdemokratie organisatorisch wie auch politisch von einer überdurchschnittlich großen Autonomie der verschiedenen Organisationssegmente geprägt ist: die Fraktionen in Bund und Ländern, die Regierungsmitglieder, die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände, die Arbeitsgemeinschaften und informelle Strömungen. Aufgrund dessen existiere keine präzise inhaltliche Zielsetzung, und innerparteiliche Machtverhältnisse unterlägen einem ständigen Wandel. Sie bezeichnen die SPD daher als „schlecht organisiertes, unterentwickeltes, ja fast dysfunktionales Gebilde".[256]

Doch tatsächlich galt dies, zumindest im ökologiepolitischen Bereich, nur für einen kurzen Zeitraum, etwa von Mitte der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre. Spätestens dann war einerseits ein weitgehender ökologischer Konsens hergestellt, andererseits ist klar erkennbar, dass die Versuche der Parteiführung und der Bundestagsfraktion, die Linie der Partei von oben nach unten zu strukturieren, immer mehr fruchteten. Mitnichten war der Parteivorstand von der Wende der 1980er- zu den 1990er-Jahren, wie Helga Grebing behauptet, lediglich eine „Interessensausgleichsstelle mit Kontrollfunktion".[257] Vielmehr hatte sich die Parteizentrale unter der Ägide des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz in den 1980er-Jahren zunehmend zum „Kommunikationszentrum" in der SPD entwickelt, begleitet von starken Tendenzen zur Zentralisierung der Entscheidungsfindung.[258] In den 1990er-Jahren setzte sich dieser Prozess fort und wurde auch vom Beitritt der ostdeutschen Sozialdemokrat:innen, die sich eigentlich vorgenommen hatten, basisdemokratisch zu arbeiten und „programmatische[] Arbeit von unten nach oben" zu organisieren, nicht aufgehalten.[259] Innerparteiliche Willensbildung beschränk-

[254] Vgl. den Abgleich zwischen der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung und dem tatsächlichen Ablauf in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 2–7.

[255] Butzlaff/Micus, Mao, S. 23.

[256] Lösche/Walter, SPD, S. 192, 196. Überwiegend zustimmend zuletzt Weichlein, Föderalismus, S. 153.

[257] Grebing, Arbeiterbewegung, S. 94.

[258] Dies ist bis heute so, vgl. Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 68.

[259] Unter Bezug auf das Gründungsstatut der SDP und die Beschlüsse des ersten Parteitages in Leipzig im Februar 1990 Schuh/von der Weiden, Sozialdemokratie, S. 59, 148–150. Vgl. ferner Dubslaff, „Oser plus de social-démocratie", S. 401 f., 415, 417–419, 423–425. Dubslaff

te sich in der vereinigten Gesamt-SPD zunehmend auf die Funktionär:innen im Zentrum der Partei, ohne große Partizipationsmöglichkeiten der Basis.[260]

In historischer Perspektive war dies eher der Regelfall als die kurze Phase einer „basisdemokratischen" SPD in den 1970er- und 1980er-Jahren. Schon beim Wiederaufbau der Partei unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Fokus vor allem darauf gelegen, eine straff organisierte und schlagfertige SPD aufzubauen, in der die einzelnen Mitglieder wenig eigene Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten besaßen. Sie war sowohl programmatisch wie auch organisatorisch zentralisierter ausgerichtet als beispielsweise die Unionsparteien. Zwar öffnete sich die Partei seit den 1950er-Jahren gegenüber föderalen Strukturen, blieb als Organisation aber stärker auf die Parteizentrale ausgerichtet, was durch den Machtgewinn der Bundestagsfraktion ab Ende der 1950er-Jahre noch verstärkt wurde.[261] Bis heute beschränkt sich der Einfluss einfacher Mitglieder auf Fragen der Personalrekrutierung. Politische Richtungsentscheidungen werden in Gremien getroffen, die sich weitgehend unabhängig von der Basis bewegen.[262]

Die Behauptung Willy Brandts, dass die SPD eine „grosse Bürgerinitiative" sei, trifft also nicht die historische Wirklichkeit.[263] Franz Walter verortet den „Entkopplungsprozess" zwischen Parteiführung und -basis vor allem in der Zeit seit der rot-grünen Koalition im Bund und der Reformen im Rahmen der Agenda 2010.[264] Die Ökologiekontroverse in der SPD zeigt jedoch: Eher schleichend als rapide setzte er schon deutlich früher ein. Das Fenster für eine „basisdemokratisch" organisierte Sozialdemokratie war nur sehr kurz und auch nicht besonders weit geöffnet. Dass sich der Wandel der SPD zu einer umweltbewussteren, vor allem atomkritischen Partei „von der Basis nach oben" vollzog,[265] stimmt nur zur

betont jedoch gleichzeitig, dass die Entscheidung der SDP-Gründer, eine eigene Partei ins Leben zu rufen, ein „bewusste[r] Bruch mit den Bürgerbewegungen" in der DDR war und dem Wunsch nach „festen, […] senkrechteren Strukturen samt Mitgliedschaft und verbindlichem Programm" entsprach. Vgl. S. 412. Ein vergleichsweise basisdemokratisches Organisationsstatut wurde auf der Gründungsversammlung in Schwante durch Markus Meckel verhindert, vgl. Meckel, Zeiten, S. 175 f., 180 f., 212. Zur Ausrichtung der SDP auf das Ziel der repräsentativen Demokratie vgl. Dubslaff, Sozialdemokratie, S. 302 f.; ders., Rolle, S. 128 f.; Neugebauer/Niedbalski, SDP/SPD, S. 4–6.

260 Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 221 f. Ähnlich, aber unter Betonung eines größeren Kräftegleichgewichts in organisatorischen Fragen Boyer, SPD, S. 53 f. Vgl. ebenfalls Reinhardt, Aufstieg, S. 45, der dies in direkten Zusammenhang mit der These der „Postdemokratie" nach Colin Crouch bringt. Vgl. Crouch, Postdemokratie.

261 Vgl. Weichlein, Föderalismus, S. 127–129.

262 Heimann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 2187–2189; Herkendell, Deutschland, S. 33–36. Auf europäischer Ebene verhält es sich ähnlich, die 1992 gegründete Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) lässt ebenso kaum Partizipationsmöglichkeiten für einfache Mitglieder zu. Vgl. Ehmke, Sozialdemokratische Partei Europas, S. 568 f., 577.

263 Vgl. AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA009483, Rede Willy Brandts bei der Gründungsveranstaltung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, 10. 9. 1978, Bl. 3.

264 Walter, Oligarchien, S. 302 f.; ders., Abschied, S. 31.

265 Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 330. Gaumers These, dass v. a. das Engagement des bayerischen Landesverbands gegen die WAA in Wackersdorf ein Katalysator für die Abwendung

Hälfte: Richtig ist, dass die Basisimpulse entscheidend dafür waren, dass überhaupt eine Diskussion über den weiteren politischen Kurs entstand, und sie beeinflussten diesen Diskurs maßgeblich. Doch sie wären erstens wenig erfolgversprechend gewesen ohne Unterstützung von Mitgliedern in den obersten Parteigremien, bis hinauf zum Vorsitzenden. Zweitens hing die konkrete Ausgestaltung dieser neuen, ökologisch sensibilisierten Haltung entscheidend davon ab, wie genau die höchsten Hierarchieebenen mit diesen Impulsen umgingen und sie lenkten. Spätestens ab Mitte der 1980er-Jahre nahmen Parteispitze und Bundestagsfraktion die Ökologiepolitik nämlich zunehmend selbst in die Hand. Das bedeutete gleichzeitig, dass immer weniger Personen für die zentralen Richtungsentscheidungen verantwortlich waren. Durch die „Medialisierung von Politik" wurde die personalisierte und performative Inszenierung des Spitzenpersonals wichtiger als innerparteiliche Partizipation und programmatische Debatten.[266] Die Partei selbst lebte und lebt bis heute von starken Führungspersönlichkeiten und einer großen Unabhängigkeit der Parteispitze.

Vor allem in den Jahren nach der Wiedervereinigung wurden die „Arenen der Alltagspolitisierung",[267] die die SPD ihren einfachen Mitgliedern bot, immer kleiner. Die SPD hatte sich schon längst in die Richtung einer „professionellen Wählerpartei"[268] beziehungsweise einer „professionalisierten Medienkommunikationspartei"[269] entwickelt, bestimmt von einer starken Ausrichtung auf die elektorale Funktion, einer direkten Kommunikation gegenüber der Wähler:innenschaft sowie einem deutlichen Autonomiegewinn der Parteispitze gegenüber Funktionär:innen und Mitgliedern. Man muss zwar nicht so weit gehen, nach Robert Michels' Diktum des „ehernen Gesetzes der Oligarchie" Parteien als Herrschaft einer kleinen Führungsgruppe und die SPD als Paradebeispiel dafür zu verstehen. Die Ausdifferenzierung in vertikale und horizontale Parteigliederungen und Interessengruppen schränkt die Macht der Parteispitze grundsätzlich ein.[270] Auffällig ist dennoch, dass die *party on the ground*, sprich die Mitgliederorganisationen auf unterer Ebene und die Parteibasis, gegenüber der *party in public office* und der *party in central office* kontinuierlich an Einfluss verlor.[271] Die berühmte Losung Willy Brandts, „mehr Demokratie wagen" zu wollen,[272] war letztlich weniger auf die innerparteilichen Entscheidungsstrukturen bezogen als auf etwas „Uni-

der SPD von der Atomkraft war, ist angesichts der Wurzeln der innersozialdemokratischen Energiediskussion in den 1970er-Jahren ebenfalls zu relativieren, vgl. ebenda.

266 Vgl. Classen/Arnold, Politisierung, S. 13. Vgl. auch Wirsching, Demokratie, S. 114.

267 Gatzka, Blüte, S. 205.

268 Decker, Parteiendemokratie (2017), S. 25.

269 Vgl. unter Bezug auf Uwe Jun bei Grunden, SPD, S. 107 f. Vgl. ferner Jun, Wandel; ders., Reformen, S. 215.

270 Michels, Soziologie. Vgl. auch Siri, Parteien, S. 51–54.

271 Mittag/Steuwer, Parteien, S. 241; Bukow/Poguntke, Organisation, S. 191. Für den konkreten Fall der Kernenergiediskussion in der SPD vgl. Kiersch/von Oppeln, Kernenergiekonflikt, S. 46.

272 Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 5. Sitzung, Bonn, den 28. 10. 1969, S. 20.

versales“: auf einen umfassenden Reformwillen, eine Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie sowie eine Demokratisierung gesellschaftlicher und ökonomischer Institutionen.[273]

[273] Nolte, Demokratie, S. 351. Vgl. auch zuletzt die Einschätzung Sebastian Voigts in Rauch, Raphael, Die SPD und die Basisdemokratie. Mehr Willy Brandt wagen, 28. 10.2019, in: https://www.zdf.de/nachrichten/heute/fuenfzig-jahre-willy-brandt-rede-mehr-demokratie-wagen-jahrestag-die-spd-und-die-basisdemokratie-100.html (letzter Zugriff am 28. 10. 2019).

VI. Der kurze Primat der Ökologie Die „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" 1988/89–1992

1. Vom grünen Keynes zur Marktsozialdemokratie: sozialdemokratische Umweltpolitik zwischen Klimaschutz und Marktwirtschaft

Das „Ende der Geschichte"? Klimapolitik und Liberalisierungsdiskurse seit Ende der 1980er-Jahre

Die Wende zu den 1990er-Jahren bedeutete den Aufbruch in eine neue Zeit. Nach dem Ende des Kalten Krieges, das so manchen Mitlebenden vom „Ende der Geschichte" träumen ließ,[1] schien die Welt enger zusammenwachsen. Doch dieser Blick verdeckt, dass die Jahre um 1990 auch in anderen Bereichen von weitreichenden Transformationen geprägt waren. In der Umweltpolitik betraf das eine fundamental neue, wahrhaft globale Bedrohungslage: Der Klimawandel avancierte seit Ende der 1980er-Jahre zum zentralen Thema des ökologischen Diskurses. Hinzu kam, dass bereits seit den 1980er-Jahren, insbesondere in den angelsächsischen Staaten, die Stimmen lauter wurden, die ein Ende der „ausufernden" Steuerungsansprüche des Staates und eine weitgehende Liberalisierung der Märkte forderten. Diese „neoliberale" Denkrichtung erfasste mit etwas Verspätung auch die deutsche Politik und verband sich mit der Suche nach neuen Strategien gegen die Umweltverschmutzung. Die Entwicklung sozialdemokratischer Umweltpolitik zeigt wie unter einem Brennglas, wie beide Prozesse binnen weniger Jahre miteinander verschmolzen: In den 1980er-Jahren waren sozialdemokratische Vorschläge zum Umweltschutz noch von einem starken Steuerungsanspruch des Staates geprägt, mit der Wende zu den 1990er-Jahren differenzierten sie sich deutlich zugunsten marktorientierter Instrumentarien aus. Ausgerechnet Oskar Lafontaine war für diesen Kursschwenk maßgeblich mitverantwortlich. Er leitete binnen weniger Jahre einen marktliberalen Paradigmenwechsel ein, auf den er durchaus stolz war: „Die SPD hat sich […] deutlich von einer alten sozialdemokratischen Tradition entfernt: Von dem Glauben, daß durch andauernde staatliche Intervention die Wirtschaft auf Wohlfahrtskurs gesetzt werden könnte."[2] Lafontaine stand damit stellvertretend für eine große Mehrheit in der Partei, und der marktorientierte Kursschwenk wurde von den umweltpolitischen Expert:innen der Partei ausdrücklich befürwortet.[3]

[1] Fukuyama, Ende.
[2] Lafontaine, Einführung, S. 20.
[3] So z. B. durch Klaus Matthiesen in Matthiesen, Erneuerung, S. 122 f. Harald B. Schäfer bezeichnete die Ökosteuer als „Königsweg" einer neuen Umweltpolitik. Vgl. Schäfer, Ökologischer Umbau, S. 131.

Ausgangspunkt dieser Entwicklung war, dass die drohende Klimaerwärmung eine Diskussion über neue Instrumente zur Reduzierung des Energieverbrauchs angestoßen hatte. Die umweltpolitischen Debatten seit Ende der 1980er-Jahre waren nicht mehr primär von der Auseinandersetzung um die Kernenergie oder das Waldsterben bestimmt, sondern von der Angst vor dem menschengemachten Klimawandel.[4] Seit den 1980er-Jahren wurden auf globaler Ebene immer intensivere Verhandlungen über mögliche Reduktionen des CO_2-Ausstoßes geführt.[5] Diese internationale Umweltdiplomatie wirkte sich auch auf die parteipolitischen Diskurse aus: Im Februar 1989 legte der SPD-Parteivorstand erstmals eine förmliche Erklärung „Zum Schutz der Erdatmosphäre" vor. Eindringlich warnte er darin vor einer möglichen Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur um zwei bis fünf Grad und den daraus folgenden Auswirkungen auf den Meeresspiegel, den Versteppungen und einer drohenden Welle von Umweltflüchtlingen. Um dies noch verhindern zu können, müsse die Bekämpfung des Klimawandels zu einer neuen politischen Priorität werden, denn „[d]er Schutz unserer Erdatmosphäre ist neben der Friedenssicherung die größte politische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte […]."[6]

Dass der Klimawandel die Umweltdiskussion qualitativ verschärfte, war jedoch insbesondere innerhalb der Bundestagsfraktion schon länger keine Neuigkeit mehr. Bereits 1987 war auf Antrag der Fraktionen von Union, FDP und SPD eine Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" eingerichtet worden. Die Mitarbeit an der Kommissionsarbeit schärfte innerhalb der Bundestagsfraktion das Bewusstsein für „die reale Gefahr einer Klimakatastrophe" und beförderte gleichzeitig die Diskussion um mögliche neue klimapolitische Strategien. Die SPD-Mitglieder in der Kommission kamen nämlich zu dem Ergebnis, dass es grundsätzlich zwei Möglichkeiten gäbe: „Entweder die Industrieländer […] verringern drastisch ihren hohen Umweltverbrauch oder sie verhindern die industrielle Entwicklung der Dritten Welt."[7] Letzteres verbat sich. Daher konzentrierte sich die SPD in ihrer Klimaschutzpolitik vornehmlich auf die Erarbeitung neuer Maßnahmen zur Reduktion der CO_2-Emissionen in der Bundesrepublik beziehungsweise den Industrieländern.

[4] Vgl. von Detten, Umweltpolitik, S. 243 f.; Fabre, Environmental Protection, S. 291.

[5] 1979 fand die erste Weltklimakonferenz statt, aus der die Bildung des Weltklimaprogramms resultierte. Das United Nations Environment Programme (UNEP) begann nun verstärkt mit der Förderung der Klimaforschung. 1988 legte das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erstmals umfangreiche Sachstandsberichte zum Weltklima vor. Im gleichen Jahr leitete die UN-Generalversammlung die Erarbeitung einer Klimarahmenkonvention in die Wege, die 1992 verabschiedet wurde. Vgl. McNeill/Engelke, Mensch, S. 426–430; Le Treut/Weill, Climate Change, passim; Edenhofer/Jakob, Klimapolitik, S. 111 f.

[6] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000064, Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum „Schutz der Erdatmosphäre", 27. 2. 1989, Bl. 10.

[7] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011454, Zwischenbericht der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", 14. 11. 1989, Bl. 3, 5.

Im November 1990 hatte die Bundesregierung erstmals ein offizielles Klimaziel formuliert: Bis 2005 sei der CO_2-Ausstoß um 25 bis 30% zu reduzieren, bezogen auf den Stand von 1987. Die Einführung einer allgemeinen CO_2-Steuer konnte jedoch durch Unternehmensverbände verhindert werden.[8] Das bot den SPD-Umweltpolitiker:innen genug Angriffsfläche, um sich als fortschrittliche Gegenspieler:innen zur Bundesregierung zu inszenieren. SPD-Vertreter:innen appellierten beständig, die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen des Klimaziels zu ergreifen und die Messlatte sogar noch höher zu hängen. Liesel Hartenstein beispielsweise wollte die Bundesregierung auf eine Emissionsreduktion um 30% bis 2005 verpflichten, so wie es die Klima-Enquete ebenfalls empfohlen hatte.[9] 1991 erhöhten die SPD-Mitglieder in der Kommission ihre Forderungen sogar auf 30 bis 35%.[10]

Staat oder Markt? Frühe Diskussionen um marktwirtschaftliche Umweltschutzkonzepte

Doch wie war das Ziel einer drastischen CO_2-Reduktion am ehesten zu erreichen? Die Dringlichkeit einer Emissionsreduktion war ohne Zweifel gestiegen. Schließlich war klar, dass sich die Klimaerwärmung nicht durch nachsorgende Maßnahmen bekämpfen lasse und CO_2 nicht durch „umweltfreundliche" Energieanlagen oder Filtertechniken zurückgehalten werden kann. Durch staatliches Handeln allein war der Gesamtenergieverbrauch offenbar kaum zu senken. Die Lösung wurde vielmehr in einer Nutzbarmachung der Preis- und Marktmechanismen zur Senkung des Energieverbrauchs erblickt – der ökologische Umbau des Steuersystems war zum neuem „Königsweg" erhoben worden.[11]

Wie die meisten Konzepte der 1990er-Jahre fußte auch die Ökosteuer auf Überlegungen, die im SPD-Umweltdiskurs bereits seit den 1970er-Jahren immer wieder zu finden waren. Schon bei der Verabschiedung des Umweltprogramms der sozial-liberalen Koalition Anfang der 1970er-Jahre war betont worden, dass die sogenannte „Internalisierung der externen Kosten" eine zentrale Säule des Verursacherprinzips sei.[12] Im Verlauf der 1970er- und 1980er-Jahre waren regelmäßig marktorientierte Lösungen des Umweltproblems gefordert worden, beispielsweise in Form eines „Umweltpfennigs" oder einer Schwefelabgabe. Inwieweit der nach-

[8] Vgl. Saretzki, Energiepolitik, S. 209–213.

[9] AdsD, Hartenstein, Liesel, Publikationen – Reden und Aufsätze, 1/LHAA000169, Pressemitteilung Liesel Hartensteins, 19. 11. 1991, Bl. 2. Das gleiche Reduktionsziel formulierten 1991 die Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern zusammen mit der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000304, Entschließung der Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Potsdam, 2./3. 5. 1991, Bl. 48.

[10] Müller, Ausstieg, S. 34.

[11] Schäfer, Fortschritt '90, S. 13.

[12] Delmhorst, Verursacherprinzip, S. 760.

frageorientierte Keynesianismus in der Umweltpolitik dafür verworfen oder eingeschränkt werden sollte, war allerdings sehr umstritten, weshalb es zunächst zu keinem wirklichen Paradigmenwechsel kam. Mithilfe steuerlicher Instrumente wie dem „Umweltpfennig" beispielsweise sollten in erster Linie umweltpolitische Investitionsmaßnahmen gegenfinanziert werden. Eine besondere Steuerungsfunktion wurde von ihm nicht erwartet.

Derartige Überlegungen hatte es aber durchaus gegeben, wenngleich sie sich nicht durchsetzen konnten. Hans Matthöfer hatte beispielsweise schon Ende der 1970er-Jahre eine erhöhte Besteuerung von Ölprodukten vorgeschlagen. Dadurch sollten, so die Grundidee Matthöfers, nicht nur Investitionen in umweltfreundliche und energiesparende Techniken in Höhe von 13,5 Milliarden DM ermöglicht, sondern gleichzeitig auch der Energieverbrauch gesenkt werden. Sowohl Regierung und Parteivorstand, Bundestags- und Landtagsfraktionen als auch der DGB-Vorstand lehnten die Pläne jedoch ab. Bei den meisten, die Matthöfers Konzept lasen, blieb primär die Botschaft einer Steuererhöhung auf Heizöl und Benzin hängen.[13] Immerhin kam es Ende 1980 zu einer leichten Anhebung der Mineralölsteuer für Benzin und Diesel. Ein erneuter Anlauf Matthöfers Ende 1981 fand aber nicht einmal die Zustimmung Erhard Epplers, obwohl dieser im gleichen Jahr selbst höhere Energiesteuern gefordert hatte. Peter von Oertzen bezeichnete die Steuer gar als „zutiefst unsozial".[14]

Selbst nach dem Machtverlust 1982 blieben die Rückgriffe auf Matthöfers Konzept nur halbherzig. Große Teile der Partei hingen immer noch dem „Prinzip Staatsintervention" an. Der Grundgedanke der „Modernisierung der Volkswirtschaft" basierte auf der Annahme, dass der gesamtgesellschaftliche Strukturwandel durch den Staat geplant und organisiert werden könne.[15] Der Versuch der Kommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand, eine marktorientierte Wende in der SPD-Umweltpolitik einzuläuten, war schnell gescheitert. Ihr Papier „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern" aus dem November 1985 wurde von der Parteilinken massiv torpediert, da es zu sehr auf markt- und wettbewerbsorientierte Lösungen ausgerichtet sei. Das 1986 stattdessen verabschiedete „Nürnberger Aktionsprogramm" enthielt letztlich weitgehende Zugeständnisse an die Parteilinke.[16] Der Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm ein Jahr später schlug zwar ebenso „wirtschaftliche Anreize und Zurechnung von Kosten" sowie „Steuern auf umweltschädliche Produkte oder Produktionen" vor.[17] Trotzdem entfaltete dies zunächst keine breitere Debatte um marktwirtschaftliche Instrumente zum Umwelt- und Klimaschutz.

[13] Vgl. beispielsweise Ehmke, Mittendrin, S. 297.

[14] Matthöfer hatte 1979 gegenüber Helmut Schmidt eine solche Steuer vorgeschlagen. Schmidt stimmte seinen Plänen im Grundsatz zu, bemerkte aber, dass er aufgrund der zu erwartenden Widerstände zurücktreten müsse, würde er Matthöfer offen unterstützen. Vgl. Abelshauser, Wirtschaftswunder, S. 517; Altenburg, Kernenergie, S. 227 f. Zu den Forderungen Epplers vgl. Eppler, Wege, S. 187 f.

[15] Fach, Modell Deutschland, S. 96, 108; Padgett/Paterson, History, S. 59.

[16] Vgl. Kufferath, Peter von Oertzen, S. 565–569.

[17] Vgl. Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Irseer Entwurf, S. 44.

Es dauerte bis Ende der 1980er-Jahre, bis dies passierte – die Gleichzeitigkeit mit der sogenannten „Standortdebatte" ist wohl kein Zufall.[18] SPD-Vertreter:innen betonten nun auch nach außen immer häufiger, wie wichtig die individuelle Verantwortung für eine Reduktion des Energieverbrauchs sei. „Das sozialdemokratische Konzept: Wer Energie spart, wird belohnt – wer Energie verschwendet, muß zahlen."[19] Die sozialdemokratische Umweltschutzidee entwickelte sich weiter zum „marktwirtschaftlichen Umweltschutz", nachdem sich seit Ende der 1980er-Jahre auch in der Wissenschaft die Erkenntnis durchsetzte, dass die Schaffung von konkreten, finanziellen Anreizsystemen einen effektiveren Umweltschutz verspreche als der Fokus auf staatliche Maßnahmen oder die Festsetzung von Verschmutzungsgrenzwerten.[20]

Das Herzstück von „Fortschritt '90": die Ökosteuer

Wie kam es auf einmal zu dieser Kurskorrektur? Im Mai 1988 konstatierte die Feldgruppe „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" im Erich-Ollenhauer-Haus: „[D]ie Diskussion über Arbeit und Umwelt [ist] an einem toten Punkt angelangt." Investitionsorientierte Konzepte wie das „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" seien mittlerweile „verschlissen".[21] Die Kommission „Energie- und Umweltpolitik" beim Parteivorstand schlug anlässlich des anstehenden Parteitages in Münster daher die „Besteuerung des Verbrauchs von Mineralöl und seinen Produkten, von Erdgas und von Strom" vor. Damit sollten „Anreize zum Energiesparen, zur Erhöhung der Energieproduktivität und zur Verringerung der Umweltbelastung gegeben werden". Bezüglich konkreter Steuersätze hielt sich die Kommission aber zurück und vermutete nur vorsichtig, dass die Steuer „zwischen 2% und 4% des Bruttosozialprodukts betragen müßte".[22] Dennoch war damit ein wichtiger Anfang gemacht. Auf dem Parteitag in Münster wurde im Leitantrag des Parteivorstandes eine „Reform des Finanz- und Steuersystems" als Grundvoraussetzung für die „erforderliche ökologische und industriepolitische Erneuerung" bezeichnet; effektiver Umweltschutz müsse als „betriebswirtschaftliche Notwendigkeit" und „Eigeninteresse des Verbrauchers" verstanden werden. Der Parteivorstand rief sich selbst dazu auf, in der näheren Zukunft ein dementsprechendes Konzept unter „konsequenter Anwendung des Verursacherprinzips", „zur Stärkung umweltbewußten Verbraucherverhaltens [durch eine] ökologische

[18] Zu diesem Zusammenhang allgemein vgl. Meteling, Standortsicherung, insb. S. 390, 411.
[19] Zeitung am Sonntag, Ausgabe Bonn, 18. 11. 1990, S. 4.
[20] Vgl. Graf, Verhaltenssteuerung, S. 443, 451–454; Wolfrum, Rot-Grün, S. 215 f.
[21] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000273, Thesen zur Einschätzung von Politik- und Kampagnenfähigkeit, 16. 5. 1988, Bl. 4.
[22] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Energieversorgung, S. 17.

Differenzierung von Verbrauchssteuern“ und unter „Verringerung der Belastung bei kleinen und mittleren Einkommen“ zu erarbeiten.[23]

Die Federführung bei der Erarbeitung dieses Konzeptes übernahm Oskar Lafontaine im Rahmen der von ihm geleiteten Kommission „Fortschritt ’90“, deren übergeordneter Zweck war, ein Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1990 vorzulegen. Nach neun Sitzungen präsentierte die Kommission 1989 einen ersten Zwischenbericht. Sie formulierte darin den „Ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ als zentralen Arbeitsschwerpunkt der Kommissionsarbeit und die „Mobilisierung der Kräfte des Marktes für den Umweltschutz“ als deren „wichtigstes Instrument [zur] Verringerung von Energieumwandlung“. Das langfristige Ziel war der Aufbau einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“. Konkret sah das Konzept folgende Besteuerungssätze vor (jeweils auf den Liter): 50 Pfennig auf verbleites Benzin, 45 Pfennig auf unverbleites Benzin, 40 Pfennig auf Diesel, 10 Pfennig auf Flugbenzin, 9 Pfennig auf leichtes Heizöl, 4 Pfennig auf schweres Heizöl, 7,5 Pfennig auf Ölprodukte für die Chemieindustrie und 5,8 Pfennig pro m^3 Gas/Flüssiggas. Die Kfz-Steuer sollte auf die Mineralölsteuer umgelegt und die Pendlerpauschale durch eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale ersetzt werden. So sollten insgesamt zusätzliche Steuermehreinnahmen von jährlich 32,8 Milliarden DM generiert werden. Flankiert werden sollte dies durch die konsequente Erhebung von Umweltabgaben auf Einweggetränkeverpackungen (50 Pfennig pro Flasche, 20 Pfennig auf Dosen und Kartonverpackungen), Luftschadstoffe (vor allem SO_2, NO_x und CO_2), unerlaubte Massentierhaltung (Überschreitung einer festgelegten Nutztierzahl pro ha), Abwasser (durch eine schrittweise Erhöhung der bestehenden Sätze auf 140 DM/Schadeinheit bis 2000) und Sondermüll.[24] Harald B. Schäfer schlug langfristig gar eine Erhöhung der Brennstoffkosten um 100% und der Stromkosten um 50% vor.[25]

Die „soziale“ Säule der „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ war jedoch ausdrücklich gleichberechtigt. Denn so zentral das Ziel des Energiesparens und der Emissionsreduktion war, so viel Wert legte die Kommission gleichzeitig darauf, die beschäftigungs- und sozialpolitischen Effekte der Ökosteuer zu betonen. Entscheidende Hebel dazu waren die Idee der sogenannten „Aufkommensneutralität“ und die Entlastung des „Faktors Arbeit“: Durch eine Erhöhung der Energiesteuern sollte keinesfalls eine Mehrbelastung für kleinere und mittlere Einkommen entstehen, vielmehr sollte durch energiesparendes Verhalten eine finanzielle Entlastung erreicht werden. Nur so sei eine höhere Energiebesteuerung „sozial verträglich“, was das Ökosteuerkonzept der Partei positiv von den „sozial nicht abgefederten“

[23] Antrag W1 Parteivorstand. Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1988, S. 597–608, hier: S. 607 f.

[24] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000208, Arbeitsbericht der Kommission „Fortschritt ’90“, 1989, Bl. 2. Die publizierte Version in [o. V.], Arbeitsbericht.

[25] Vgl. Schäfer, Ökologischer Umbau, S. 134.

Gegenvorschlägen von Union und Grünen abhebe. Als Ausgleichsmaßnahmen zur Erhöhung der Energiepreise waren vorgesehen, dass der Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommenssteuer angehoben wird (auf 8000 DM für Ledige und 16 000 DM für Verheiratete) und staatliche Transferleistungen für diejenigen erhöht werden, die davon nicht profitieren, also durch eine Abschlagszahlung für Rentner:innen, höhere Sätze in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, einen höheren BAföG-Satz und höhere Wohngeldleistungen.[26]

Darüber hinaus versprach sich die Kommission vom ökologischen Umbau des Steuersystems erhebliche Beschäftigungseffekte. So schaffe die höhere Energiebesteuerung Anreize zur Erhöhung der Energieproduktivität und trage langfristig zur „ökologisch[en], aber eben auch ökonomisch[en]" Sicherung des „Industriestandortes Bundesrepublik" bei. Ferner seien die Einnahmen aus den erhobenen Umweltabgaben gezielt für die Förderung von Umweltinvestitionen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Öko-Branche einzusetzen. Das Investitionsprogramm „Arbeit und Umwelt" sollte vor allem zur Beseitigung von Altlasten, zur Abfallbeseitigung, zur Abwasserreinigung, zur Sanierung der Kanalnetze, für Energiesparmaßnahmen und die Luftreinhaltung fortgesetzt werden.[27] Insofern war die „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" eine konsequente Weiterentwicklung der „ökologischen Modernisierung" der 1980er-Jahre: Beide Konzepte verfolgten keine Umweltpolitik im engeren Sinne, sondern verstanden sich als „aktive Industriepolitik, bei der das ökologisch Notwendige in ökonomische Motivation umgesetzt wird".[28] Die Vorschläge der Kommission erzielten eine nicht zu unterschätzende Aufmerksamkeit. In den Folgejahren wurde eine mögliche Ökosteuer politisch immer breiter diskutiert, und nur kurz nach der Vorlage des Kommissionskonzeptes bekannte sich Umweltminister Klaus Töpfer plötzlich zur Notwendigkeit von Umweltabgaben, ohne jedoch in dieser Hinsicht aktiv zu werden.[29]

Zwischen „Solarzeitalter", Kernenergie und „Kohlevorrangpolitik": Fortschritte und Widersprüche einer neuen Energiepolitik

Die Jahre um 1990 waren jedoch nicht nur aufgrund dieser marktwirtschaftlichen Akzentverschiebung eine „Schwellenzeit" sozialdemokratischer Umweltpolitik. Immer deutlicher kristallisierte sich heraus, dass sich auch die bevorzugte Form der Energieerzeugung noch weiter weg von der „umweltfreundlichen Kohlenutzung" und hin zu den erneuerbaren Energien zu verschieben begann. Fossile Energien als solche wurden immer kritischer gesehen: „Energiepolitische Vorschläge werden künftig vor allem daran gemessen werden, in welcher Weise sie geeignet sind, so

[26] Lafontaine, Fortschritt '90, S. 7.
[27] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000208, Arbeitsbericht der Kommission „Fortschritt '90", 1989, Bl. 8 f.
[28] Hauff, Global denken, S. 150.
[29] Weidner/Jänicke, Aufstieg, S. 207.

rasch wie möglich den Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren."[30] Dabei spielte die Solarenergie eine besondere Rolle. Hermann Scheer, der gerne als „Pionier der Energiewende", „erste[r] Solarpolitiker der Welt" oder gar „Solarpapst" bezeichnet wurde,[31] hatte eine zentrale Rolle in den parteiinternen Energiediskursen dieser Zeit. „Das solare industrielle Zeitalter", so Scheer, „wird die industrielle Revolution vollenden[.] [A]ufgrund der zentralen Rolle der Energiebereitstellung wird eine solare Energiewirtschaft die Überlebensader der Menschheit sein."[32]

Diese Behandlung der Solarenergie stand beispielhaft für eine veränderte Wahrnehmung von Umwelttechnologien. Während die „Arbeit und Umwelt"-Kampagne aus den 1980er-Jahren noch einen Schwerpunkt auf nachsorgende Sanierungstechniken gelegt hatte, sollte der Fokus nun auf zukunftsgerichtete, positiv aufgeladene Technologien zur „ökologische[n] Prävention" gerichtet werden.[33] Dazu sollte die öffentliche Forschungsförderung komplett umgepolt werden. Anstatt weiter Geld für die Nuklearforschung auszugeben, sollten die neuen Schwerpunkte bei den erneuerbaren Energien und den Energiespartechniken liegen. Der Bundestagsfraktion war es gelungen, dass ein bereits 1987 eingebrachter Antrag in abgeänderter Form angenommen und dem „3. Programm Energieforschung und Energietechnologie" der Bundesregierung ein Punkt „Solarenergie und Wasserstoff" hinzugefügt wurde (vgl. Kap. IV.2.).[34]

Zwar war der Durchbruch für eine serienreife Anwendung erneuerbarer Energien damit noch lange nicht erreicht, aber zumindest hatten sich im Zuge der Klimadiskussion die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für regenerative Energien deutlich verbessert. Seit 1991 waren die Energieerzeugungsunternehmen durch ein neues Stromeinspeisegesetz dazu verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und zu einem Mindestpreis zu vergüten. Parallel dazu wurden erneuerbare Energietechniken durch Investitionskostenzuschüsse, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Finanzierungsbeihilfen unterstützt. Vor allem die Windenergie profitierte davon enorm.[35] All dies bedeutete einen stetigen Akzeptanzverlust für fossile Energieträger. Angesichts des selbst gesteckten Ziels der „Kohlevorrangpolitik" stellte dies für die SPD eine besondere Herausforderung dar. Sie versuchte sich an einem energiepolitischen Paradigmenwechsel, der nicht ohne Widersprüche blieb.

Anders als noch im vorangegangenen Jahrzehnt wurden die Spannungen zwischen einer „Energiewende"-Politik und dem Festhalten an der Kohle parteiintern immer deutlicher thematisiert. Auf dem Berliner Parteitag 1989 wurde erstmals ein Antrag abgelehnt, der einen „vorbehaltlosen Vorrang" der heimischen Stein-

[30] Scheer, Atomzeitalter, S. 16.
[31] Brüggemeier, Sonne, S. 10; Radkau, Kohlennot, S. 480; Alt, Werte, S. 245.
[32] Scheer, Atomzeitalter, S. 18.
[33] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000273, Thesen zur Einschätzung von Politik- und Kampagnenfähigkeit, 16. 5. 1988, Bl. 2 f.
[34] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 464.
[35] Saretzki, Energiepolitik, S. 210; Illing, Energiepolitik, S. 175 f.; Brüggemeier, Sonne, S. 11.

kohle in der Energieversorgung festschreiben wollte.[36] Die zunehmend ökologisch geprägte Perspektive offenbarte sich zudem in der Behandlung der Braunkohle, die aufgrund ihrer hohen CO_2-Emissionen noch klimaschädlicher ist als die Steinkohle. Denn obwohl die Energieversorgung in der (ehemaligen) DDR zu 80% auf der Braunkohle basierte,[37] nahm die Partei nach dem 9. November 1989 eine dezidiert kritische Haltung gegenüber einer Fortsetzung der Braunkohlenutzung ein. In der DDR wurden niemals die in Westdeutschland üblichen Filtertechniken eingesetzt, die Pro-Kopf-Luftbelastung mit Schwefeldioxid war die höchste weltweit.[38] Zukünftig sollte, so der Wille der SPD-Fraktionen in Bund und Ländern, ein Drittel der gesamten Stromnachfrage in den neuen Ländern durch Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung bedient und der Braunkohleeinsatz in der gesamtdeutschen Energieversorgung von bis dato knapp 30% deutlich gesenkt werden.[39] Druck machten zudem die Klimapolitiker:innen in der Bundestagsfraktion. Ihre Vertreter:innen in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" forderten, „im Rahmen der EG den Vorschlag einer Energie/CO_2-Steuer weiter voranzubringen und ihn national zu einer ökologischen Steuerreform zu erweitern".[40]

Auf der anderen Seite verbot es der Einsatz für die Beschäftigten in den Kohlerevieren und in der Stahlindustrie, sich zu kohlekritisch zu positionieren. Besonders die „Kohleländer" Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit ihren Ministerpräsidenten Johannes Rau und, ausgerechnet, Oskar Lafontaine bemühten sich energisch um eine Erhaltung und Verlängerung der bestehenden Kohleverträge. Im August 1989 war es beiden gelungen, Helmut Kohl von einer Einhaltung des Jahrhundertvertrages bis 1995 zu überzeugen; die Stromversorger verpflichteten sich, auch in den nächsten Jahren jährlich 40,9 Millionen Tonnen Steinkohle zu verstromen.[41] Nach Ablauf des Jahrhundertvertrages sollte nach dem Willen der

[36] Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. 12.

[37] Vgl. Illing, Energiepolitik, S. 180.

[38] Hünemörder, Frühgeschichte, S. 196.

[39] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000304, Entschließung der Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Potsdam, 2./3. 5. 1991, Bl. 48.

[40] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie, Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000446, Wege zu einer klimaverträglichen Energiepolitik. Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Klima" der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre", November 1949, Bl. 49. Die Enquete-Kommission empfahl der Bundesregierung schließlich, eine EU-weite „Energie-CO_2-Steuer" zu fordern, deren Höhe sich jeweils zur Hälfte an den CO_2-Emissionen und am Energieverbrauch orientiert. Vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8600, Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" zum Thema Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz –, 31. 10. 1994, S. 488.

[41] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 310. Der Anlass war, dass die EG-Kommission im Mai 1993 entschieden hatte, dass finanzielle Hilfen für den Steinkohlebergbau nicht mehr zulässig seien, was eine Verkürzung des Jahrhundertvertrages um zwei Jahre bedeutet hätte. Das Parteipräsidium forderte die Regierung darauf hin auf, Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben.

Bundesregierung die jährliche Förder- und Verstromungsmenge jedoch deutlich sinken. Im November 1991 erhöhten die SPD-Ministerpräsidenten daher den Druck und forderten eine Anschlussregelung über 1995 hinaus, der zufolge bis 2005 mindestens 35 Millionen Steinkohleeinheiten jährlich verstromt werden sollten. In der folgenden Kohlerunde einigten sich Bund, die betroffenen Landesregierungen, die Energieerzeuger und die Gewerkschaften zwar auf jene reduzierte Verstromungsmenge, aber gleichzeitig auch auf ein Beibehalten des Kohlepfennigs.[42]

Die Kommission „Fortschritt '90" scheute sich anfangs noch, Kohle und Strom in ihr Ökosteuersystem zu integrieren. So sollte die Steuer lediglich auf Ölprodukte und Gas erhoben werden, um „weitere Absatzeinbußen und dramatische soziale Einbrüche" durch eine Kohlebesteuerung zu verhindern. Die umweltschädlichen Nebenwirkungen der Kohle sollten vielmehr durch modernere Verarbeitungstechniken, einen Ausbau der KWK, neuere Ablufttechnologien, eine Linearisierung des Stromtarifs und eine Luft-Schadstoff-Abgabe ausgeglichen werden.[43] Der Vorschlag einer allgemeinen CO_2-Steuer, wie sie von der Bundesregierung ins Spiel gebracht wurde, wurde mit dem Argument zurückgewiesen, dass der Strompreis dadurch so sehr steige, dass die Kohle aus der Verstromung verdrängt und durch die Kernenergie ersetzt werden würde.[44] In der Praxis konnte auf Landesebene dort, wo mittlerweile mit den Grünen regiert wurde, eine solche Schonung der Kohle jedoch immer schwerer durchgehalten werden. In Hessen einigte sich die Koalition 1991 beispielsweise auf eine „drastische Verringerung des Bedarfs an nicht erneuerbarer Primärenergie durch Maßnahmen der Einsparung und rationellen Energienutzung und Förderung erneuerbarer Energiequellen."[45] In Brandenburg hielt der Koalitionsvertrag gar eine „schrittweise Abkehr von der Kohleverstromung" als Ziel fest.[46]

Die in den 1980er-Jahren eingeschlagene Linie eines schrittweisen Atomausstiegs war mit dem energiepolitischen Paradigmenwechsel leichter zu vereinbaren. Nach wie vor engagierten sich Partei und Fraktion gegen die Wiederaufbereitung

[42] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 63. Vgl. auch Saretzki, Energiepolitik, S. 211; Illing, Energiepolitik, S. 165.

[43] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000208, Arbeitsbericht der Kommission „Fortschritt '90", 1989, Bl. 6. Vgl. auch Oberloskamp, Energy, S. 209.

[44] AdsD, Hartenstein, Liesel, Ökologische Steuerreform, 1/LHAA000198, Rede Harald B. Schäfers in Königswinter, 9. 11. 1989, Bl. 6 f. Konzepte auf unteren Hierarchieebenen forderten eine deutlich weitergehende Linie. Auf dem Parteitag 1991 rief der Unterbezirk Düsseldorf Bundesvorstand und Bundestagsfraktion ausdrücklich dazu auf, ein Konzept für eine „Stromsteuer auf alle Energieträger (außer Erneuerbare)" vorzulegen. Vgl. Antrag: U 240. Unterbezirk Düsseldorf (Bezirk Niederrhein). Treibhauseffekt und Klimaschutzpolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1991, S. 699–706, hier: S. 705. Der Antrag wurde angenommen.

[45] AGG, A- Nickels, Christa, 294, Die Grünen, Landesverband Hessen/Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Hessen: Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 13. Wahlperiode des Hessischen Landtages 1991–1995, 1991, Bl. 23.

[46] AGG, C – LGSt Brandenburg I, 27, Vertrag zur Bildung der Landesregierung Brandenburg in der ersten Legislaturperiode des Landtages 1990–1994, 1990, Bl. 8.

und für die direkte Endlagerung. In Niedersachsen einigten sich die Koalitionspartner SPD und Grüne 1990 darauf, den Atomausstieg zu einem der Hauptziele der gemeinsamen Arbeit zu machen; die Koalition lehnte daher den Endlagerstandort Gorleben aus Sicherheitsgründen ab und forderte eine Einstellung der Baumaßnahmen bei der dortigen Konditionierungsanlage. Ebenso sollte das Planfeststellungsverfahren für das – mittlerweile als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bestimmte – Lager Schacht Konrad eingestellt und Asse II nicht zum Endlager ausgebaut werden.[47] Solche Vorhaben der SPD-Länder, auf einen „ausstiegsorientierten Vollzug" des Atomgesetzes hinzuarbeiten, prallten aber wie schon im Vorjahrzehnt an der Weisungsmacht des Bundesumweltministeriums ab.[48]

Dennoch positionierten sich SPD-Stimmen übereinstimmend gegen die Bundesregierung, die angesichts des Klimawandels die steigenden CO_2-Emissionen durch einen Ausbau der Kernkraftwerkskapazitäten bekämpfen wollte.[49] Vielmehr wurde seitens der SPD versucht, den Atomausstieg als technologiepolitische Grundlage einer effektiven Klimaschutzpolitik umzudeuten: „[E]rst durch den Ausstieg aus der Nukleartechnik [wird] die notwendige innovative und investive Dynamik für eine ‚Effizienzrevolution' […] freigesetzt […]. […] Bereits bisher hat die Konzentration von Kapital, Know-how und Forschung auf die Atomenergie in einem erheblichen Umfang die Entwicklung umweltverträglicher und ökonomisch sinnvoller Alternativen blockiert."[50] Jede Mark, die für Erforschung, Bau und Erhaltung von Kernkraftwerken eingesetzt werde, fehle demnach für eine effektivere Förderung umweltfreundlicher Energietechnologien.[51]

„Das Auto soll nicht ungeschoren bleiben": die Politik der Verkehrsvermeidung

Daneben versuchte sich die Partei vor allem im Bereich der Verkehrspolitik ökologisch zu profilieren. Anders als bei industriell erzeugten Schadstoffen stiegen die

[47] Landesverband DIE GRÜNEN Niedersachsen (Hrsg.), Koalitionsvereinbarung, S. 7. In den ersten Energiekonsensgesprächen hatte Gerhard Schröder den EVUs jedoch angeboten, Schacht Konrad zu genehmigen. Vgl. AdsD, SPD-Bezirk Braunschweig, Bezirksablage über Unterbezirk Salzgitter: u. a. Korrespondenz, Sitzungen, Parteitage/ Konferenzen, Unterlagen Atommüllendlager Schacht Konrad, 3/NSAC000788, Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, 21. 12. 1992, Bl. 1 sowie Anlage.

[48] Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 344 f.; Fischedick, Ausstieg, S. 895 (mit Bezug auf das AKW Biblis A in Hessen); Bollmann, Angela Merkel, S. 172 f. (mit Bezug auf Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben). Vgl. als Erfahrungsbericht Griefahn, Lied, S. 69–72, 122 f.

[49] Vgl. Illing, Energiepolitik, S. 170.

[50] Vgl. Antrag: U 240. Unterbezirk Düsseldorf (Bezirk Niederrhein). Treibhauseffekt und Klimaschutzpolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1991, S. 699–706, hier: S. 704.

[51] Vgl. mit Bezug auf dementsprechende Aussagen Monika Ganseforths im Bundestag Kleine, Energiepolitik, S. 158. Dieses Argument wurde bereits seit Mitte der 1970er-Jahre vorgebracht. Vgl. Raithel, Neue Technologien, S. 37.

Stickstoffemissionen aus dem Verkehr nämlich immer weiter an und angesichts des Zusammenhangs zwischen Klimaerwärmung und CO_2-Ausstoß bekam eine Reduktion der Verkehrsemissionen eine zusätzliche Dringlichkeit.[52] Parteivorstand und Bundestagsfraktion „radikalisierten" hier Positionen aus den 1980er-Jahren, die Verkehrspolitik wurde innerhalb der Parteizentrale als neues „Schwerpunktthema schlechthin" definiert.[53] Selten wie nie schrieb sie sich die Politik einer deutlich autokritischen Verkehrsvermeidung auf die Fahne: „Wir müssen verdeutlichen, daß das Auto nicht ungeschoren bleiben soll."[54] Es solle, so die Position des umweltpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, die Botschaft ausgesendet werden, dass die SPD die Partei ist, „die durchsetzen will, daß langsamer und weniger Auto gefahren wird".[55]

Mit einer vom Parteivorstand geplanten und organisierten Veranstaltungsreihe „Neue Beweglichkeit – Mensch und Umwelt gehen vor" unter der Leitung Christoph Zöpels sollte der Kurs der Verkehrsvermeidung bis in die unteren Parteigliederungen hineingetragen werden. Bereits die Auftaktveranstaltung, bei der Opel einen der ersten Hybrid-Prototypen präsentierte, stand unter dem paradigmatischen Motto „Das Auto zur Vernunft bringen".[56] In einem „Manifest für einen menschenfreundlichen Stadtverkehr" sprachen sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker:innen für einen eindeutigen Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gegenüber dem Individualverkehr, Tempo 30 in Wohngebieten und einen massiven Ausbau des Radwegenetzes aus.[57] Das alles waren Maßnahmen, auf die sich SPD und Grüne im Rahmen der Koalitionen in West-Berlin, Niedersachsen, Brandenburg, Bremen und Hessen vergleichsweise problemlos einigen konnten.[58]

[52] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000473, Vorschläge zur Durchführung der SPD-Verkehrskampagne, vermutl. 1991; Klenke, Stau, S. 104 f.

[53] Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.

[54] Vgl. die Aussage von Thomas Kohl in AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000474, Protokoll der Sitzung der Ad-Hoc-Gruppe Verkehrskampagne, 21. 11. 1991, Bl. 1. Vgl. auch Zöpel, Verkehrspolitik, S. 145.

[55] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Ökologische Erneuerung, 18248, Ingeborg Stehr: Vermerk zur Klausurtagung des Arbeitskreises Umwelt und Energie am 25. 4. 1990, 12. 4. 1990, Bl. 4.

[56] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000200, Dokumentation der SPD-Konferenz „Das Auto zur Vernunft bringen", Mai 1992.

[57] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000483, Manifest für einen menschenfreundlichen Stadtverkehr, 1. 7. 1992. Insgesamt fanden im Rahmen der Veranstaltungsreihe vier bundesweite Konferenzen mit insgesamt über 1000 Teilnehmern statt. Hinzu kamen 13 regionale Veranstaltungen. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000474, Zwischenbilanz der SPD-Verkehrskampagne, vermutl. 1992, Bl. 1–5.

[58] Vgl. AGG, B.I.1, 448, BERLINER KOALITIONSVEREINBARUNG zwischen SPD und AL vom 13. 3. 1989, 13. 3. 1989, Bl. 8; Landesverband DIE GRÜNEN Niedersachsen (Hrsg.), Koalitionsvereinbarung, S. 18 f.; AGG, C – LGSt Brandenburg I, 27, Vertrag zur Bildung der Landesregierung Brandenburg in der ersten Legislaturperiode des Landtages 1990–1994, Bl. 8; AGG, A – Werner Schulz, 203, Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regie-

Insbesondere beim Tempolimit, bei Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und der Emissionsreduktion blieb man hartnäckig, auch wenn eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf Autobahnen, wie noch in den 1980er-Jahren, als zu weitgehend abgelehnt wurde. Wiederholt erneuerte die Bundestagsfraktion stattdessen ihre Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften und 30 km/h in Wohngebieten. Die maximalen Emissions- und Kraftstoffverbrauchswerte sollten so festgesetzt sein, dass der durchschnittliche Flottenverbrauch bis 2000 5 l pro 100 km nicht mehr übersteigt, bei zu hoher Schadstoffbelastung sollten die Länder die Möglichkeit bekommen, Fahrverbote für Wagen mit zu schlechten Emissionswerten zu verhängen.[59] Darüber hinaus sollte eine Umschichtung der Schwerpunkte innerhalb des Verkehrssystems in Angriff genommen werden: Statt weiterhin den motorisierten Individualverkehr zu begünstigen, sollten der ÖPNV gefördert sowie Personen- und Güterverkehr auf die Schiene verlagert werden.[60]

Wie im Energiesektor seien auch in der Verkehrspolitik die Kräfte des Marktes stärker zu nutzen. Eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe Verkehrsvermeidung der Bundestagsfraktion plädierte für eine Abschaffung der Kfz-Steuer, eine gleichzeitige Erhöhung der Mineralölsteuer auf ca. 2 DM pro Liter Benzin und die Einführung einer verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale. Die Mehreinnahmen sollten teilweise als „Ökobonus" zurückgegeben und zu anderen Teilen für Investitionen in die Schiene und den ÖPNV verwendet werden. In den alten Bundesländern sollte das vorhandene Fernstraßennetz nicht weiter ausgebaut, in den neuen Bundesländern zunächst das vorhandene öffentliche Netz saniert und auf dieser Grundlage eine neue Verkehrsinfrastruktur aufgebaut werden.[61] Insgesamt sollten „die Investitionen für Schiene und öffentlichen Verkehr doppelt so hoch wie für den Straßenbau liegen".[62] Gleichzeitig war jedoch klar, dass eine solche Politik keine Belastung für die deutsche Automobilindustrie bedeuten dürfe: „Wir müssen verdeutlichen, daß wir eine Politik *mit* dem Auto (zum Beispiel ‚um-

rungskoalition für die 13. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 1991–1995, 1991, Bl. 9 f.; AGG, A – Nickels, Christa, 294, Die Grünen, Landesverband Hessen/Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Hessen: Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 13. Wahlperiode des Hessischen Landtages 1991–1995, 1991, S. 76–81. In Bremen wurde eine Koalition mit Grünen und FDP gebildet.

[59] Vgl. z. B. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/772, Antrag der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein [u. a.] der Fraktion der SPD, Minderung der Ozon-Belastung – Maßnahmen zur Bekämpfung des Sommer-Smogs, 17. 6. 1991, S. 2.

[60] Vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1671, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1992 – Drucksachen 12/1000, 12/1601, 12/1602, 28. 11. 1991, S. 11 f.

[61] AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000201, AG „Verkehrsvermeidung" der SPD-Bundestagsfraktion: Positionspapier zur Verkehrsvermeidung. Ein Plädoyer für die Entkoppelung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum, April 1992, Bl. 18, 21.

[62] Vgl. auch AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000473, Entwurf einer Pressemitteilung zur SPD-Verkehrspolitik, 26. 5. 1992, Bl. 2.

weltfreundliches Auto') wollen. Der Ruch der Autofeindlichkeit würde die [Verkehrsk]ampagne zum Scheitern verurteilen."[63]

Damit war die Spannung zwischen einer weiteren ökologischen Profilierung der Partei und dem zunehmenden ökonomischen Druck nach der Wiedervereinigung bereits angedeutet. Die „Ökonomisierung" sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischen Umweltschutzes hatte in den Wendejahren aber zunächst weniger eine verschobene Prioritätensetzung bedeutet, sondern eine Adaption marktwirtschaftlicher Instrumente zum Schutz der Umwelt. Die Hoffnung, dass der *Homo oeconomicus* durch ökonomisch ausgerichtete Steuerungsmechanismen zu einem sinkenden Energieverbrauch zu bewegen sei, war groß. Der gestiegene Bedeutungsgewinn erneuerbarer Energieformen in den sozialdemokratischen Energieszenarien wie auch die verschärfte Gangart in der Verkehrspolitik unterstreichen zusätzlich, dass sich die stärkere ökologische Profilierung und wirtschaftsliberale Ansätze nicht gegenseitig ausschlossen, sondern – zumindest für eine kurze Zeit – miteinander Hand in Hand gingen.[64]

2. „Was die Menschen jetzt bewegt": Oskar Lafontaine und der Primat der Ökologie während der „Wendejahre"

„Ein Oskar für die Umwelt": der Öko-Wahlkampf 1990

Dies ist umso bemerkenswerter, als sich der politische Rahmen in dieser Zeit tendenziell nicht zugunsten ökologischer Belange zu entwickeln schien. Die raschen Veränderungen in der Deutschland- und Außenpolitik prägten das politische Klima der Jahre 1989 bis 1992. In der Forschungsliteratur ist vielfach zu lesen, dass es in den 1990er-Jahren einen allgemeinen Niedergang in der Aufmerksamkeit für umweltpolitische Probleme gegeben habe.[65] Die Wiedervereinigung habe „vom Jahr 1989 an mit überwältigender Unmittelbarkeit […] eine ganz neue Agenda diktiert".[66] Dass sich die SPD in der Zeit seit dem Mauerfall vor allem mit der Uneinigkeit in der Haltung zur Wiedervereinigung und anschließend mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschäftigt habe, ist ebenso Konsens.[67] Auf gleich drei Ebenen zeigt sich jedoch, dass die Wiedervereinigung keinen unmittelbaren Einbruch in der ökologiepolitischen Profilierung der SPD bedeutete. Sowohl während des Wahlkampfes für die „Wiedervereinigungswahl" im Dezember 1990,

[63] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000473, Thesenartige Kurzfassung des Konzepts für eine Verkehrskampagne der SPD, 10. 7. 1991. Eigene Hervorhebung.
[64] Lieb, Ökologische Modernisierung, S. 92.
[65] Vgl. u. a. Uekötter, Deutschland, S. 193 f.; Engels, Naturpolitik, S. 427.
[66] Kielmansegg, Politisches System, S. 150.
[67] Vgl. u. a. Potthoff/Miller, Geschichte, S. 349 f.

beim Prozess des Zusammenschlusses von West-SPD mit Ost-SPD als auch im deutschlandpolitischen Kontext der Wiedervereinigung selbst prägten umweltpolitische Fragestellungen das Agieren der Partei beträchtlich.

1988 liefen die ersten Planungen für den nächsten Bundestagswahlkampf an. Dass dies die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl werden sollte, vermutete freilich noch niemand. Im ersten „Wahlkampfdrehbuch“ des Referates Forschung/Analyse/Wahlen beim Parteivorstand vom Juli 1988 spielten umweltpolitische Aspekte noch kaum eine Rolle. Als Themen, „die geeignet sind, das Wählerpotential der Unionsparteien zu spalten“, wurden das „Frauenthema, Soziale Ungerechtigkeit, Menschenrechte, Steuerreform, Verhältnis CDU-CSU“ genannt.[68] Eine erste Fortschreibung des „Drehbuchs“ vom Februar 1990 setzte bereits andere Akzente. So seien es trotz des Mauerfalls vor allem zwei Bereiche, in denen es möglich sei, die Meinungsführerschaft zu erreichen: die Sozialpolitik und die Umweltpolitik.[69] In einer wiederum aktualisierten Fassung aus dem Juli 1990 hieß es unter der Überschrift „Was die Menschen jetzt bewegt“ gar: „Der Umweltschutz […] steht in der Prioritätenliste auf Platz 1. […] Im Gegensatz dazu beherrscht die Einheit die Berichterstattung der Medien. Die Themen, die die Menschen wirklich bewegen, sind derzeit in der öffentlichen Kommunikation hingegen völlig unterrepräsentiert.“[70]

Was war geschehen, dass es zu einer solch starken Akzentverschiebung kommen konnte? Eine zentrale Ursache war die Einrichtung der bereits erwähnten Kommission „Fortschritt ’90“, die im Oktober 1988 durch den Parteivorstand beschlossen worden war. Ihren Vorsitz übernahm Oskar Lafontaine, den stellvertretenden Vorsitz Anke Fuchs und Hans-Ulrich Klose. Ihr Arbeitsauftrag war, auf der Grundlage der Beschlüsse der letzten Jahre und in Abstimmung mit der Kommission zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes ein „Konzept für eine Politik der ökologischen und sozialen Erneuerung der Industriegesellschaft und des Fortschritts für die 90er Jahre“ und damit das Regierungsprogramm für die kommende Bundestagswahl zu erarbeiten.[71] Mit Volker Hauff, Klaus Matthiesen, Harald. B. Schäfer und Christoph Zöpel gehörten der 22-köpfigen Gruppe einige wichtige sozialdemokratische Umwelt- und Verkehrspolitiker an. Schon der erste Arbeitsbericht aus dem Juli 1989 machte überdeutlich, dass „allgemein die Zukunftsaufgabe ‚ökologischer Umbau der Industriegesellschaft‘ als Schwerpunkt [der] Beratungen gesehen“ wurde. Selbstbewusst konstatierte die Arbeitsgruppe:

[68] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000161, Erste Fassung des „Drehbuchs“ für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 1990, Juli 1988, Bl. 49 f.

[69] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000159, Fortschreibung des „Drehbuchs“ für den Bundestagswahlkampf 1990, Februar 1990, Bl. 31.

[70] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000106, Malte Ristau: WAHLKAMPF ’90. Handbuch 3, Juli 1990, keine Paginierung.

[71] AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100296, Beschluß des Parteivorstandes vom 17. 10. 1988, 17. 10. 1988, Bl. 2.

„Der ‚ökologische Umbau der Industriegesellschaft' ist zu einem Markenzeichen der SPD geworden."[72] Angesichts einer im August 1989 demoskopisch ermittelten Zustimmung von 60% der Deutschen für das Konzept „Fortschritt '90" sah man sich im neuen Kurs bestätigt.[73]

Der Einfluss Oskar Lafontaines auf die Kommissionsarbeit ist kaum zu überschätzen, er nutzte die Kommission als „sein ganz persönliches programmatisches Machtinstrument".[74] Mit der Übernahme ihres Vorsitzes bekam er die Gelegenheit, die programmatischen Erneuerungsimpulse konkretisieren zu können, mit denen er seit Ende der 1970er-Jahre auf sich aufmerksam gemacht hatte. So war er schon länger für sein dezidiert ökologisches wie pazifistisches Profil bekannt. Noch vor Ende der sozial-liberalen Koalition positionierte er sich demonstrativ gegen den NATO-Doppelbeschluss und für einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. 1983 bekundete er in aller Offenheit seine „Angst vor den Freunden".[75] Ebenso stellte er sich gegen die Ausbaupläne in der Kernenergie und die einseitige Wachstumsorientierung der Wirtschafts- und Energiepolitik Helmut Schmidts, dem er vorwarf, dass man mit den von ihm gepriesenen „Sekundärtugenden" auch ein „KZ betreiben" könne. In der Frage einer möglichen Integration der Friedens- und Umweltbewegung stand Lafontaine als wichtiger Vertreter der „Enkelgeneration" ganz klar auf der Seite Willy Brandts.[76] 1985 propagierte er „[d]e[n] andere[n] Fortschritt" und „Fortschritt ohne Wachstum". Unter Bezug auf den Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Hans Christoph Binswanger brachte Lafontaine schon damals die Idee einer ökologischen Steuerreform ins Spiel.[77]

Lafontaine verpasste der Kommission „Fortschritt '90" eine deutlich ökologischer gefärbte Linie, als sie jemals eine andere SPD-Regierungsprogrammkommission besessen hatte. An diesem Kurs wurde intern durchaus und regelmäßig Kritik geäußert, die Kommission hatte jedoch die Rückendeckung der Parteispitze, vor allem die des Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel.[78] Konkret entzündete sich

[72] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000208, Arbeitsbericht der Kommission „Fortschritt '90", 1989, Bl. 2, 6.

[73] Vgl. [o. V.], Breite Zustimmung für Öko-Steuer der SPD. Infas-Umfrage-Ergebnis: Nur jeder fünfte hat solche Pläne abgelehnt, in: Neue Ruhr Zeitung, 21. 8. 1989.

[74] Fuchs, Mut, S. 208.

[75] Lafontaine, Angst.

[76] Zit. nach Hofmann, Willy Brandt und Helmut Schmidt, S. 214. Vgl. auch Woyke, Helmut Schmidt, S. 86 f. Unter den „Enkeln" Willy Brandts versteht man eine Kohorte sozialdemokratischer Spitzenpolitiker:innen, die während der 1980er-Jahre innerparteilich aufstiegen und 1987 von Willy Brandt auserkoren wurden, die SPD in Zukunft zu führen. Dazu gehören Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Hans Eichel. Vgl. maßgeblich Micus, Enkel.

[77] Lafontaine, Der andere Fortschritt, S. 63, 92, 95, 98, 99–101. In den 1990er-Jahren besuchte Lafontaine noch gelegentlich Briefings des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Vgl. Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

[78] Beispielsweise durch Hans Apel und Björn Engholm, die vor zu hohen finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen warnten. Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 307 f. (Apel) und AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100317, Protokoll über die Telefonkonferenz des Präsidiums am Montag, den 24. 7. 1989, 24. 7. 1989, Bl. 2 (Engholm).

zwischen den Sozial- und Umweltpolitiker:innen eine Auseinandersetzung darum, was eigentlich mit den Einnahmen aus der von der Kommission vorgeschlagenen Ökosteuer passieren sollte. Im September 1989 forderten unter anderem Anke Fuchs, Henning Scherf und Rudolf Dreßler, dass ein Teil der Mehreinnahmen durch die Ökosteuer für sozialpolitische Maßnahmen abgezweigt werden sollte, statt sie nur für ökologische Investitionen einzusetzen. Hans-Jochen Vogel betonte jedoch umgehend in der nächsten Präsidiumssitzung, dass es keinen Zweifel geben dürfe, dass die Mittel aus der geplanten Steuerreform „ausschließlich zum ökologischen Umbau eingesetzt werden“. Die von der Kommission bisher erarbeiteten sozialpolitischen Vorschläge seien ausreichend. Mit der Ausnahme Johannes Raus stimmten alle im Wortprotokoll vermerkten Aussagen Vogel zu.[79] Das Präsidium veröffentlichte im Anschluss eine Erklärung, in der den Positionen Fuchs‘, Scherfs und Dreßlers offen widersprochen und die Kommission demonstrativ verteidigt wurde.[80]

Nachdem sich Lafontaine Anfang Oktober 1989 auf einer Sitzung der Bundestagsfraktion erneut den Vorwurf anhören musste, das „Fortschritt ’90“-Konzept sei „sozial unausgewogen“, betonte Vogel zwar öffentlich, dass „die Sozialpolitik und die sozialpolitischen Vorschläge dieser Kommission einen wichtigen Stellenwert haben“. Aber ebenso gäbe es „Übereinstimmung darüber, daß die große Herausforderung einer drohenden Klimakatastrophe eine Antwort erfordert, die dem Ernst dieser Herausforderung entspricht. Das ist eine Überlebensfrage.“[81] Mahnungen der IG Metall, dass Fragen des Arbeitsschutzes und des Umweltschutzes am Arbeitsplatz im Arbeitsbericht zu kurz kämen, führten ebenso wenig zu einer nennenswerten Anpassung der Kommissionsarbeit.[82] Die Umweltverbände hingegen begrüßten das Konzept von „Fortschritt ’90“, auch wenn sie teilweise höhere Sätze bei der Ökosteuer forderten.[83]

Als der Parteivorstand Lafontaine Ende Januar 1990 als Kanzlerkandidaten nominierte, wurde der neue ökologische Kurs endgültig zementiert.[84] Auf dem Vereinigungsparteitag der SPD in Berlin im September 1990, auf dem Lafontaine nun auch offiziell zum Kanzlerkandidaten ernannt wurde, nannte er die „ökologische Erneue-

[79] AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100317, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am Montag, den 25. 9. 1989, 25. 9. 1989, Bl. 3.

[80] [o. V.], SPD-Präsidium stellt sich voll hinter Arbeitsgruppe „Fortschritt ’90“, in: Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 26. 9. 1989, S. 2.

[81] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000133, Transkript eines Interviews mit Hans-Jochen Vogel im Deutschlandfunk, 5. 10. 1989, Bl. 1 f. Wer genau die Vorwürfe in der Fraktionssitzung äußerte, wurde dort nicht genannt.

[82] AGG, B.II.1, 947, Rede Karl-Heinz Janzens auf dem SPD-Fachkongress „Fortschritt für die 90er. Gesunde Umwelt, gesünder leben“ in Bonn, 9. 8. 1989, Bl. 3, 6. Janzen war zweiter Vorsitzender der IG Metall.

[83] Dies äußerten BUND, BUU, DBV, DNR, Naturfreunde, Robin Wood und WWF bei einem Gespräch mit Harald B. Schäfer im Juli 1990. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. 66.

[84] Lafontaine, Herz, S. 17.

rung der Industriegesellschaft" als Kernpunkt des gerade beschlossenen Wahlprogramms. Ein vom Parteitag parallel verabschiedetes „Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", erarbeitet von den Parteivorständen beider Parteiteile sowie den Vorsitzenden sämtlicher Bezirke und Landesverbände, hielt ebenso fest, dass die geeinte Sozialdemokratie „für den Aufbau einer sozial und ökologisch verantwortbaren Marktwirtschaft" als eines ihrer wichtigsten Ziele kämpfen werde. „Das Deutschland der neunziger Jahre wird", so das Manifest, „[…] nicht gefährdet sein durch äußere Feinde, sondern durch die Zerstörung seiner natürlichen Lebensgrundlagen." Die stark ökologische Ausrichtung des Regierungsprogramms, das der Parteitag ebenso einmütig beschloss, stand in den knappen Beratungen zu keinem Zeitpunkt zur Disposition.[85] All dies blieb auch der politischen Konkurrenz nicht verborgen. Innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen wurde schon im August 1989 – durchaus beunruhigt – konstatiert, dass die „Beton (oder besser Epichlorhydrin-)Fraktion" und die „IG-Chemie-Truppe in der SPD […] zunehmend in die Isolation" gerieten. „Die Radikalität der SPD in Umweltfragen […] wird die GRÜNEN in absehbarer Zeit einholen."[86] Zwar wurde seit dem 9. November 1989 intern wie öffentlich durchaus harsche Kritik an der Haltung Lafontaines geäußert, den ökologisch geprägten Wahlkampf nicht an die neue deutschlandpolitische Lage anpassen zu wollen – er war ein Gegner einer schnellen Vereinigung. Lafontaine ließ sich in seinem Kurs aber nicht beirren, zudem war unklar, wer anstatt ihm die SPD in die Wahl führen sollte.[87]

Die SPD-Wahlkampagne, die erarbeitet wurde, war voll auf das ökologische Profil des Kanzlerkandidaten ausgerichtet. Das Regierungsprogramm, das stark auf den Vorarbeiten der Kommission „Fortschritt '90" aufbaute, wurde unter das offensive Motto „Der neue Weg: Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark" gestellt. Darin hieß es unter anderem: „Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die *ökologische Ausrichtung der sozialen Marktwirtschaft* ist das herausragende politische Ziel des nächsten Jahrzehnts."[88] Zum ersten (und letzten) Mal wurde im 1990er-Wahlkampf die ökologisch motivierte Wähler:innenschaft als eigenständige Zielgruppe definiert und eine direkte Kooperation mit verschiedenen Umweltverbänden gesucht. So wurde durch das Umweltreferat beim Parteivorstand eine umweltpolitische Wähler:inneninitiative „Ein Oskar für die Umwelt" ins Leben gerufen, die einen großflächigen Wahlaufruf in verschiedenen Tageszeitungen und Umweltfachzeitschriften veröffentlichte. Zu den Erstunterzeichner:innen der Initiative gehörten unter anderem Monika Griefahn (Greenpeace, seit Juni 1990 Umweltministerin in Niedersachsen), Reinhard Sander (Vizepräsident des Deutschen Naturschutzringes) und Rainer Grießhammer (Mitarbeiter des Öko-Instituts).[89]

[85] Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag September 1990, S. 111–117, insb. S. 115 f.
[86] AGG, B.II.1, 947, Norbert Barth an die Mitglieder des AK V der Bundestagsfraktion der Grünen, 9. 8. 1989.
[87] Vgl. die geschilderten Debatten in Sturm, Uneinig, S. 359–387.
[88] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Weg, S. 7. Hervorhebung im Original.
[89] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000388, Bundesweiter Aufruf der Wähler:inneninitiative „Ein Oskar für die Umwelt", 1990.

Das Umweltreferat bat die Bundestagskandidaten sowie die Umweltbeauftragten der Parteigliederungen ausdrücklich, den Wahlaufruf an „Umweltschützer und -gruppen bei Euch vor Ort“ weiterzugeben.[90] In der „Zeitung am Sonntag“, der traditionellen Wahlkampfzeitung der SPD, bekamen umweltpolitische Themen einen prominenteren Platz als üblich.[91] Klassische sozialdemokratische Werte wie „Solidarität“ versuchte Lafontaine unter ökologischen Gesichtspunkten neu zu definieren: „Wir dürfen uns nicht mehr nur denen verbunden und verpflichtet fühlen, die heute mit uns leben. Unsere Solidarität muß auch den Generationen gelten, die nach uns kommen […].“[92] Sebastian Nawrat hat vor diesem Hintergrund treffend konstatiert, dass der 1990er-Wahlkampf der erste in der Geschichte der SPD war, in dem „die Sozialpolitik als traditioneller Wahlkampfschlager […] der Ökologiefrage nachgeordnet wurde“.[93]

Von Schwante nach Berlin: die Rolle der Ökologie bei der Vereinigung von SPD und SDP

Die sich seit dem 9. November 1989 radikal beschleunigenden Entwicklungen auf dem Feld der Deutschland- und Außenpolitik führten, trotz aller Mahnungen, nicht dazu, diesen Kurs zu modifizieren.[94] Der gegenüber der Idee der Wiedervereinigung äußerst skeptische Lafontaine nutzte das Konzept des „ökologischen Umbaus“ vielmehr, um einen Kontrapunkt gegen das stärker national gefärbte Profil der Unionsparteien zu setzen.[95] Er folgte damit den Empfehlungen der Umweltpolitiker:innen in der Partei, die den ökologischen Primat gegen diejenigen zu verteidigen versuchten, die den Fokus des Wahlkampfs auf den Prozess der Wiedervereinigung lenken wollten. So hatte beispielsweise Harald B. Schäfer davor gewarnt, dass der Fall der Mauer und die wirtschaftliche Situation in der DDR „nicht zur Hintertür werden [dürfen], um sich vor der umweltpolitisch notwendigen Verantwortung bei uns davonzustehlen“.[96] Stattdessen war sogar der umgekehrte Trend zu beobachten, dass sich der ökologische Kurs in den Wendejahren direkt auf die Deutschlandpolitik der Partei selbst auswirkte.

[90] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000397, Gerd Oelsner an die SPD-Bundestagskandidaten, die SPD-Umweltbeauftragen und den Juso-Umweltverteiler, November 1990.

[91] Vgl. Zeitung am Sonntag, Ausgabe Bonn, 18. 11. 1990, S. 4. Darin sprach man sich für eine umweltgerechte Verkehrspolitik, eine erhöhte Mehrwegquote und eine klimafreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft aus. Die Ökosteuer wurde als maßgebliches Instrument in den Vordergrund gestellt.

[92] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000397, Antwortentwurf an Unterstützer der Wähler:inneninitiative „Ein Oskar für die Umwelt“, 2. 11. 1990, Bl. 1.

[93] Nawrat, Überraschungscoup, S. 42.

[94] Vgl. die gegenteilige Einschätzung in Hoell, Oskar Lafontaine, S. 131 f.

[95] Rödder, Deutschland, S. 171 f.

[96] Schäfer, Ökologischer Umbau, S. 130.

Die Umweltbewegung hatte seit Tschernobyl eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der Bildung einer oppositionellen Bürger:innenbewegung in der DDR gespielt. Große Teile der Bürger:innenbewegung, die vielfach starke Anleihen an „postmaterialistische" und basisdemokratische Vorstellungen aufwies, ließen sich von konsum- und industriekritischen Strömungen im Sinne eines „Dritten Weges" beeinflussen und machten angesichts horrender Umweltschäden die bedrohte Umwelt zu einem ihrer Schwerpunktthemen.[97] Bemühungen um die Verbesserung der Umweltsituation in der DDR beziehungsweise in den neuen Bundesländern entwickelten sich folglich, angesichts des „ökologischen Totalversagen[s]" in der DDR, zu einem elementaren Bestandteil sozialdemokratischer Wiedervereinigungspolitik. Die durch den Braunkohletagebau massenhaft zerstörten Landschaften, die durch die Chemieindustrie verseuchten Seen, die Giftmüllbelastungen der Böden und die enorme Luftverschmutzung waren nicht zu übersehen.[98]

Dies zeigte sich zunächst bei der Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), später SPD in der DDR,[99] mit dem westdeutschen Teil der Partei sowie der Kooperation der beiden Fraktionen in Bundestag und Volkskammer. Dass es einmal eine gesamtdeutsche SPD geben würde, war für viele Sozialdemokrat:innen, vor allem in der Generation nach Willy Brandt, Helmut Schmidt und Johannes Rau, nach dem Mauerfall genauso unklar wie die Vereinigung beider deutschen Staaten. Daher empfanden sich beide sozialdemokratischen Parteien zunächst als je eigenständige Organisationen, die sich programmatisch und in ihrer Zusammensetzung durchaus voneinander unterschieden. Erst im Januar 1990 hatte sich die SPD in der DDR, die sich Anfang Oktober 1989 gegründet hatte, dazu entschlossen, sich der West-SPD anzuschließen. Aufgrund der in der West-SPD lange Zeit zögerlichen Haltung gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung wurde der Zusammenschluss sogar erst im September 1990 offiziell vollzogen.[100]

Bei der Entstehung der SDP hatte die Umweltfrage eine noch größere Rolle gespielt als für die programmatische Entwicklung der West-SPD in dieser Zeit. Als Anfang 1989 die Überlegungen bezüglich einer Parteigründung konkreter wurden, definierten die beiden Pastoren Markus Meckel und Martin Gutzeit, die beiden prägenden Köpfe in der Frühphase der Ost-SPD, die Ökologie neben Freiheit,

[97] Vgl. u. a. Uekötter, Deutschland, S. 177, 182, 185 f.; Radkau, Ära, S. 526, 529–532; Gohle, SDP-Gründung, S. 57 f. Tobias Huff sieht die Rolle der Umweltbewegung in der DDR jedoch als vergleichsweise unbedeutend an. Ihr Hauptverdienst habe darin gelegen, Kommunikationsstrukturen jenseits des Einflusses des SED-Staates aufgebaut zu haben, vgl. Huff, Natur, S. 412 f. Christian Möller hält dem entgegen, dass große Teile der Umweltbewegung in der DDR durchaus in einer gewissen Nähe zu den staatlichen Instanzen standen. Vgl. Möller, Umwelt, S. 345 f.

[98] Türk, Treibstoff, S. 160.

[99] Die SDP benannte sich erst Mitte Januar 1990 in SPD um, vgl. Meckel, Zeiten, S. 296; Sturm, Uneinig, S. 144.

[100] Zur Vereinigung von SPD und SDP und der Haltung zur Wiedervereinigung vgl. grundlegend Sturm, Uneinig; Gohle, SDP-Gründung.

Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität als zentralen Wert. Während des Gründungsprozesses war sogar kurzeitig der Parteiname Ökologisch-Sozialdemokratische Partei in der DDR (ÖSDP) im Gespräch.[101] Die Kerngruppen der SDP stammten, im Unterschied zur bundesdeutschen SPD, weniger aus der klassischen Klientel der Arbeiter:innen; Arbeitnehmer:innen und Angestellten, sondern stärker aus dem alternativen, kirchlichen und intellektuellen Milieu. Nur 6,7% der SDP-Gründergruppe waren Arbeiter:innen, 40% hingegen Theolog:innen. Die Parteigründung war, so Markus Meckel, der Versuch, dieses „innerkirchliche Ghetto“ der Opposition in der DDR zu verlassen.[102] Ganz gelang dies jedoch nicht. Auf der Gründungsversammlung im brandenburgischen Schwante im Oktober 1989 dominierten „nachdenkliche, bärtige Männer“ die Szenerie.[103]

Dementsprechend wichtig blieb die Umweltfrage. Die SDP-Gründer:innen hatten in Schwante festgehalten, auf eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“ hinwirken zu wollen. Diese Worte waren bewusst gewählt, die ökologische Komponente sollte deutlicher werden als beim westdeutschen Pendant.[104] Vor allem, als später konkrete Gespräche über eine Zusammenarbeit beider Parteien geführt wurden, hielt die SDP an einem dezidiert ökologischen Profil fest. Sie wollte sich als eigenständige Partei positionieren, so wie ihr Anspruch ja – zumindest ursprünglich – nicht gewesen ist, mit der SPD zu verschmelzen, sondern eine autonome Partei innerhalb einer demokratisierten DDR zu sein.[105] Später, als das Ziel der Parteieinigung klarer war, wollte sie ebenfalls nicht den Eindruck zu erwecken, lediglich ein Abklatsch der West-SPD zu sein.[106] „Wir sind“, so das Vorstandsmitglied Angelika Barbe, „grüner als die [West-]SPD.“[107]

Die Umweltpolitiker:innen der West-SPD sahen in dieser Positionierung eine Chance und bemühten sich rasch darum, mit der SDP ins Gespräch zu kommen. Bereits kurz nach dem Mauerfall suchten sie den Kontakt zur SDP, um Möglichkeiten einer Kooperation beider Parteien auszuloten. Zwischen dem 20. Dezember 1989 und dem 13. März 1990 wurden vier gemeinsame Erklärungen beider Partei-

[101] Ebenda, S. 78; Sturm, Uneinig, S. 123; Reinhardt, Aufstieg, S. 106; Rödder, Deutschland, S. 70.

[102] Meckel, Zeiten, S. 182. Zur Dominanz von Theolog:innen in SDP und Bürger:innenbewegung vgl. Sturm, Uneinig, S. 119 f.

[103] Lühmann, Geist, S. 150. Vgl. ferner Dubslaff, „Oser plus de social-démocratie“, S. 408 f.; ders., Sozialdemokratie, S. 296; Neugebauer/Niedbalski, SDP/SPD, S. 7.

[104] Dokument Nr. 9. Gründungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), Schwante, 7. Oktober 1989, in: Fischer (Hrsg.), Einheit, S. 108 f. Vgl. zudem Dubslaff, Sozialdemokratie, S. 293; Meckel, Zeiten, S. 196, 248, 275. An dieser Maßgabe orientierte sich auch das nur für kurze Zeit gültige Leipziger Grundsatzprogramm der Ost-SPD. Vgl. Milbradt, Leipziger Programm, S. 67. Zur Gründung der SDP vgl. auch Gutzeit, Gründung.

[105] Vgl. Dubslaff, Sozialdemokratie, S. 291, 294; Sturm, Uneinig, S. 141–144. Die SDP bekannte sich erst Anfang Dezember eindeutig zum Ziel der deutschen Einheit, jedoch unter Gleichberechtigung beider deutscher Staaten innerhalb des Vereinigungsprozesses. Zur Bedeutung von Zweistaatlichkeit und Wiedervereinigungsplänen für die SDP-Gründung vgl. Vogel/Eppler/Thierse, Was zusammengehört, S. 262–269.

[106] Gohle, SDP-Gründung, S. 118, 449.

[107] Zit. nach Schuh/von der Weiden, Sozialdemokratie, S. 151.

en zu umweltpolitischen Fragen veröffentlicht, die jeweils den Ergebnissen mehrerer Gesprächsrunden zur „ökologischen Partnerschaft" zwischen der Bundesrepublik und der DDR entsprachen. Zwei der Gespräche fanden statt, noch bevor der Gemeinsame Ausschuss von SPD und SDP das erste Mal zusammentrat, und die Ost-SPD hatte erst im Februar 1990 formell beschlossen, überhaupt mit der West-SPD zusammenarbeiten zu wollen.[108] Die jeweiligen Delegationen der umweltpolitischen Gespräche wurden von westdeutscher Seite von Harald B. Schäfer, seitens der SDP von Frank Bogisch geleitet; organisiert wurden die Treffen vom Umweltreferat der westdeutschen SPD. Beide Seiten waren sich darin einig, dass „in beiden deutschen Staaten […] eine umfassende ökologische Partnerschaft auf allen Gebieten der Umwelt- und Energiepolitik" eingeleitet werden müsse und „[w]irtschaftliche Entwicklung nur im Rahmen des ökologisch Verantwortbaren stattfinden" dürfe. Ein starker Fokus lag auf dem Energiesektor, in den nächsten Jahren sollten „viele Milliarden" für technische Einsparpotenziale ausgegeben werden. Die weiteren Papiere beschäftigten sich unter anderem mit den Problemen der Abfallbeseitigung und dem Gewässerschutz sowie einer Modernisierung des Verkehrssystems.[109]

Dies hatte unmittelbaren Einfluss auf die Positionierung der SDP im neu entstandenen ostdeutschen Parteienwettbewerb. In ihrem Wahlprogramm für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 zum Beispiel forderte sie angesichts der Verschmutzungen von Luft, Wasser und Boden in der DDR einen „grundlegenden Kurswechsel"*:* Ganz ähnlich zur westdeutschen Schwesterpartei forderten die ostdeutschen Sozialdemokrat:innen eine sofortige Sanierung der Deponien und Altlasten, eine Halbierung der Braunkohleförderung, den Aufbau einer ressourcensparenden Energieversorgung, einen Ausstieg aus der Kernenergie, einen Fokus auf Straßensanierung und öffentlichen Verkehrsträgern in der Verkehrspolitik, eine ökologische Haftung nach dem Verursacherprinzip sowie einen besseren Trinkwasser- und Landschaftsschutz. Durch ausreichende Gebote, Verbote und Grenzwertsetzungen sollte gewährleistet werden, dass sich die Marktwirtschaft an ökologischen Kriterien orientiert und technologische Entwicklungen Mensch und Natur nicht belasten.[110]

[108] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–990, S. 34; Dubslaff, „Oser plus de social-démocratie", S. 417. Organisatorische, personelle und finanzielle Aufbauhilfe seitens der West-SPD gab es jedoch schon unmittelbar nach der SDP-Gründung. Am 13. 12. 1989 wurde eine förmliche Vereinbarung zur Partnerschaft beider Parteien geschlossen. Der Gemeinsame Ausschuss sollte die Zusammenarbeit koordinieren und trat am 4. 2. 1990 das erste Mal zusammen, vgl. Meckel, Zeiten, S. 223, 306; Sturm, Uneinig, S. 269–275.

[109] Die Zitate beziehen sich auf die erste gemeinsame Erklärung, Bl. 2. Sämtliche Erklärungen vom 9. 1. 1990 (die erste Gesprächsrunde verteilte sich auf den 20. 12. 1989 sowie den 8. und 9. 1. 1990), 2. 2. 1990, 16. 2. 1990 und 13. 3. 1990 sind zu finden im Bestand AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000075. Die Gespräche fanden in Ost-Berlin, Bonn, Leipzig und Halle statt.

[110] [o. V.], Für eine saubere und gesunde Umwelt, S. 3; Gohle, SDP-Gründung, S. 85 f., 172 f. Lange Zeit prognostizierten die Umfragen eine klare Mehrheit für die SPD in der DDR. Letztlich entfielen bei der Wahl dennoch 48% der Stimmen auf die Allianz für Deutschland

Anders, als es sich viele in der SPD gewünscht hatten, kam es zu einer schnellen Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR. Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen SPD und SDP als zwei eigenständige Parteien waren nun hinfällig, da der Zusammenschluss beider Teile in die Wege geleitet wurde. Dennoch verpufften die Initiativen der Ost-SPD und ihre gemeinsamen Überlegungen mit der West-SPD nicht ergebnislos: Die gesamtdeutsche Bundestagsfraktion nutzte später die Ergebnisse der gemeinsamen Gespräche, um ihre umweltpolitischen Forderungen für die sogenannten „neuen Länder“ festzuschreiben. In einem „Ökologische[n] Sofortprogramm für neue Bundesländer“ vom Dezember 1990 forderte Harald B. Schäfer für den umweltpolitischen Arbeitskreis der Fraktion ein ökologisches Sanierungsprogramm von 20 Milliarden DM jährlich für die Jahre 1991 bis 1994. Förderschwerpunkte sollten Techniken zur Energieeinsparung, erneuerbare Energietechnologien, Abfallsanierungsmaßnahmen, Programme zur Sanierung von Elbe und Ostsee, Trinkwasseraufbereitungsprogramme sowie eine Modernisierung des öffentlichen Verkehrsnetzes sein.[111] In ganz ähnlicher Weise definierten die Jusos in ihrer ersten gesamtdeutschen Grundsatzerklärung 1991 den „ökologischen Umbau der Industrie“ als einen der zentralen Pfeiler eines „Sozialismus […] der Selbstbestimmung in Solidarität“.[112]

Gemeinsamer Staat, geteilte Probleme: ökologische Positionen im Wiedervereinigungsprozess

Auch in anderen umweltpolitischen Einzelpositionen führte die Wiedervereinigung zunächst zu keinen inhaltlichen Abstrichen. Exemplarisch sei dabei die Behandlung der ostdeutschen Braunkohle herausgegriffen, der größten Quelle von Umweltverschmutzungen in der DDR.[113] Schon in der ersten gemeinsamen Erklärung zur ökologischen Partnerschaft hatten sich beide Parteien dafür ausgesprochen, dass die „einseitige Ausrichtung auf die Braunkohle […] in den nächsten Jahren schrittweise abgebaut“ und kurzfristig gegen Öl-, Gas- und Steinkohlelieferungen aus der Bundesrepublik und der Sowjetunion ersetzt werden solle. Beson-

und nur 21,9% auf die SPD. Die Allianz für Deutschland und die Liberalen hatten zusammen eine absolute Mehrheit, holten die SPD dennoch in die Regierung. Vgl. Rödder, Deutschland, S. 223, 279. Der Ost-SPD war es trotz ihres schwachen Ergebnisses gelungen, in der Koalitionsvereinbarung das Ziel einer „sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft“ sowie Forderungen nach einem ökologischen Strukturwandel in der DDR zu verankern. Vgl. Gohle, SDP-Gründung, S. 250, 254. Damit wurde fast wortwörtlich die Formel „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft“ aus dem Wahlprogramm der Ost-SPD zur Volkskammerwahl im März 1990 übernommen. Vgl. Holzhauser, Niemals, S. 295.

111 Harald B. Schäfer, Ökologisches Sofortprogramm für neue Bundesländer (Teil II). Zur Notwendigkeit, das hochgradig belastete Gebiet der Ex-DDR umfassend zu sanieren, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 4. 12. 1990, S. 3–5.

112 Dokument 35: Grundsatzerklärung der Jusos. Bundeskongress der Jungsozialisten vom 8. bis 10. März 1991, in: Scholle/Schwarz/Ciftci (Hrsg.), Jungsozialistische Programmatik, S. 270–276, hier: S. 270.

113 Möller, Umwelt, S. 338.

ders umweltschädliche Braunkohlekraftwerke sollten stillgelegt, das Braunkohleaufkommen bis 2000 um 50% auf 160 Millionen Tonnen pro Jahr gedrosselt werden. Langfristig sollten durch Wärmeeinsparungsprogramme, eine energieeffiziente Umrüstung und Sanierung von Braunkohlekraftwerken, eine Erhöhung der Steinkohlequote, eine Linearisierung der Stromtarife und einen Ausbau des KWK-Netzes im Rahmen einer dezentralisierten Energieversorgung eine Energieeinsparquote von 20% innerhalb der nächsten fünf Jahre in der DDR realisiert werden.[114] Die ostdeutsche AfA sprach sich genauso für eine Reduzierung des Braunkohleabbaus aus.[115]

Umweltschutzmaßnahmen waren im Kontext der Wiedervereinigung deshalb so wichtig, weil die Umweltlage in der DDR verheerend war. Insbesondere die Verseuchung von Gewässern, Böden und Gebäuden mit Asbest, radioaktiver Strahlung, Dioxin und Polychlorierten Biphenylen (PCB) sowie umweltschädliche Deponieanlagen und Altablagerungen hatten dazu geführt. Das Bundesumweltministerium schätzte, dass es in der DDR 60 000 „Verdachtsflächen" für mit Altlasten kontaminierte Böden gebe.[116] Als im Juni 1990 eine Delegation des Umweltausschusses des Bundestages, an der auch fünf SPD-MdBs teilnahmen, die Kombinate Bitterfeld und Borna besuchte und dabei Gespräche mit dem DDR-Umweltminister Karl-Hermann Steinberg, Mitgliedern des Umweltausschusses der Volkskammer und Vertreter:innen verschiedener Bürger:inneninitiativen führte, zeigten sie sich geschockt. Die Fraktionsmitarbeiterin Ingeborg Stehr berichtete:

„Das Ausmaß der Umweltverwüstung übertrifft noch alle Erwartungen. Stinkende offene kilometerlange Kanäle und sogar ein mehrere 100 m langer See voller giftiger Abwässer aus den Chemie-Kombinaten (Silbersee) löste regelrechtes Entsetzen aus. […] Die Kombinate Bitterfeld, Wolfen und die Stadt Dresden sind ohne jede Kläranlage. Bitterfeld und Wolfen arbeiten ohne Sondermülldeponien oder Sondermüllverbrennungsanlagen: Der giftige Sondermüll wird in Tagebaulöchern ohnen [sic!] Unterbodenabsicherung verkippt. […] Auf die Frage an den Leiter einer der Werkshallen nach den Gesundheitsbelastungen der Arbeiter wurde uns geantwortet:

[114] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000075, Erste Gemeinsame Erklärung zur ökologischen Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten, 9. 1. 1990, Bl. 5–7. Vgl. auch das gemeinsame „10-Punkte-Programm für eine ökologisch verträgliche Energieversorgung in Deutschland" von Bundestags- und Volkskammerfraktion in AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000102, Pressemitteilung Harald B. Schäfers und Reinhard Weis', 17. 7. 1990. Darin wurde eine Halbierung des Braunkohleeinsatzes schon „binnen 5 Jahren" gefordert. Insgesamt sah das Programm ökologische Investitionen von „mindestens 200 Milliarden DM" in den Bereichen Energie, Verkehr und Altlastensanierung vor. Vgl. Bl. 1, 4. Vgl. auch AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000094, Broschüre „Sozialdemokratisches Energiekonzept für die DDR", Januar 1990; AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000201, AG Energie der SPD-Bundestagsfraktion: Eckpunkte einer ökologischen Energieversorgung im vereinten Deutschland, 16. 1. 1992.

[115] AdsD, SPD in der DDR, Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, 2/SDPA000180, SDP-AfA-Konzept „Arbeit und Umwelt" für die DDR, [nach dem 18. 3. 1990], Bl. 2.

[116] AdsD, Schäfer, Harald B., 338, Vermerk Franz Josef Lerschs für Harald B. Schäfer, 20. 3. 1991, Bl. 1.

Die Arbeiter würden alle regelmäßig überprüft, sie würden auch alle ganz alt werden. Einen Exitus habe es noch nicht gegeben. […] Auf einem stinkenden Betriebshof wurde die Frage gestellt, welche Substanzen das denn wären, die man in der Nase habe. Antwort: Wieso? Hier rieche es doch gar nicht.“[117]

Das Problem der mangelhaften Müllentsorgung in der DDR und der Einleitung schädlicher Chemikalien, Salze und Pestizide in die Flüsse nahm daher später einen großen Stellenwert in den umweltpolitischen Konzepten der wiedervereinigten SPD ein.[118] Zudem war klar, dass nachsorgende Sanierungsmaßnahmen bereits bestehender Umweltschäden gegenüber dem für die Bundesrepublik geforderten „Verursacherprinzip“ zunächst noch eine große Bedeutung behielten. Investitionsprogramme im Stile von „Arbeit und Umwelt“, die Ende der 1980er-Jahre eigentlich zugunsten der Ökosteuer in den Hintergrund getreten waren, wurden wieder aktuell.[119] Bereits in den ökologischen Gesprächsrunden hatten SPD und SDP Pläne für ein solches Programm in Höhe von 15 Milliarden DM vereinbart. Durch Investitionen in Umweltschutzmaßnahmen, Energieeinsparungen und ein ökologisch verträgliches Verkehrssystem sollten so 400 000 dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden. Schwerpunkte waren ferner ein Ausbau der KWK, eine Verbesserung der Wärmedämmung in öffentlichen wie privaten Gebäuden, die Einführung moderner Wärme- und Feuerungstechniken wie beispielsweise die Abwärme, Entstaubungs- und Entstickungsmaßnahmen in der Industrie, eine abfall- und giftärmere Abfallwirtschaft sowie umweltfreundlichere Verfahren in der Chemieindustrie bis hin zur Stilllegung besonders belastender Anlagen. Finanziert werden sollte dies durch öffentliche Mittel im Umfang von 5 bis 10 Milliarden DM, von denen die DDR etwa ein Drittel selbst aufbringen sollte.[120]

Nach der Wiedervereinigung wurden diese Investitionskonzepte ganz einfach auf die „neuen Länder“ übertragen. In einem speziellen „Sanierungsprogramm Elbe“ beispielsweise wurden massive Sanierungs- und Infrastrukturreformen im Bereich der Gewässeranalyse, der Instandsetzung von Kanälen und Kläranlagen und der Einführung verschiedener Wasserspartechniken gefordert.[121] Im März 1993 war es den Delegierten der SPD sogar gelungen, die Sanierung ökologischer Altlasten in den mit der Bundesregierung geschlossenen Solidarpakt aufzuneh-

[117] AdsD, Hartenstein, Liesel, Neue Länder, DDR, 1/LHA000153, Ingeborg Stehr: Einige zusammenfassende Eindrücke von der Delegationsreise des Umweltausschusses in die DDR vom 5. 6.–8. 6. 1990, 13. 6. 1990, Bl. 4–6.

[118] Vgl. Harald B. Schäfer, Ökologisches Sofortprogramm für neue Bundesländer (Teil II). Zur Notwendigkeit, das hochgradig belastete Gebiet der Ex-DDR umfassend zu sanieren, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 4. 12. 1990, S. 3–5, hier: S. 3.

[119] Vgl. Arbeitsgruppe „Fortschritt ’90“ des SPD-Parteivorstandes, Ökologischer Umbau, S. 2.

[120] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000075, Arbeit und Umwelt in der DDR – Gemeinsame Erklärung der SPD zur ökologischen Partnerschaft in Deutschland, 13. 3. 1990, Bl. 10.

[121] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000287, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 12. 9. 1990.

men.[122] Tatsächlich wurden zwischen 1990 und 1994 insgesamt 80 Milliarden DM für die Sanierung industrieller Altlasten in den neuen Bundesländern ausgegeben, laut Joachim Radkau „die bis heute bei Weitem aufwändigste Umweltschutzaktion der Welt".[123] Die umfassenden Sanierungsforderungen der vereinigten SPD bezogen sich ferner auf den Verkehrsbereich, wo im Rahmen eines verkehrspolitischen „Sofortprogramms" ein Vorrang der Instandsetzung des maroden Straßennetzes vor Neubaumaßnahmen sowie eine vollständige Sanierung des bestehenden Reichsbahnnetzes angestrebt wurde.[124]

Die Frage der Dezentralisierung der Energieversorgung spielte für die neuen Bundesländer beziehungsweise die DDR ebenfalls eine noch größere Rolle als für Westdeutschland. Angesichts der geplanten weitgehenden Übernahme der DDR-Stromversorgung durch die großen westdeutschen Elektrizitätsunternehmen appellierten zahlreiche SPD-Untergliederungen an Parteispitze und Bundestagsfraktion, dem Einigungsvertrag nur dann zuzustimmen, sollten den Kommunen weitgehendere Besitzrechte im Stromnetz zugestanden werden als bislang vorgesehen.[125] Die Bundestagsfraktion bemühte sich deswegen darum, eine Klausel im Einigungsvertrag zu verhindern, die eine Beteiligung der ostdeutschen Kommunen an der Energieversorgung auf eine Rolle als Minderheitsgesellschafter beschränken wollte. Sie kam damit jedoch nicht gegen den Druck der westdeutschen Energieerzeuger an. Zunächst wurden die ostdeutschen Kraftwerke und die Verbundnetze im August 1990 in einer eigenen Gesellschaft, der Vereinigten Energiewerke AG (VEAG) zusammengefasst. Im Einigungsvertrag wurde ein Gesetz der Volkskammer, das den Kommunen weitreichende Eigentumsrechte zugesichert hätte, stark verwässert. Demnach konnten Kommunen nur noch 49% der lokalen Energieversorgung erwerben. Erst, nachdem einige Kommunen 1991 dagegen geklagt hatten, akzeptierten die EVUs die Gründung von kommunal getragenen Stadtwerken.[126]

Ähnlich fruchtlos war die Forderung des SPD-Parteirates in seiner Entschließung zum Zweiten Staatsvertrag, dass das Grundgesetz um eine Verankerung des Umweltschutzes ergänzt werden sollte.[127] Erfolgreich waren lediglich die Bemühungen, das Umweltrecht der Bundesrepublik auf die DDR ausweiten zu lassen. So hatte die Parteispitze eine stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes in den Verträgen zur Währungsunion zu einer Mitvoraussetzung für die Zustim-

[122] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 19.
[123] Radkau, Ära, S. 535.
[124] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 85 f.; AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000075, Dritte gemeinsame Erklärung zur Ökologischen Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten: Modernisierung des Verkehrssystems, 16. 2. 1990.
[125] Vgl. z. B. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000125, Resolution des SPD-Unterbezirks Frankfurt zur Dezentralisierung der Stromversorgung in den neuen Bundesländern, 25. 8. 1990.
[126] Vgl. Vogel, Nachsichten, S. 342 f.; Illing, Energiepolitik, S. 182 f.
[127] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. 62.

mung der SPD zum Staatsvertrag gemacht. Die Forderungen nach der Aufnahme einer Umweltunion in die Präambel des Staatsvertrages sowie nach einer Festlegung auf einen Ausstieg aus der Kernenergie blieben zwar erfolglos,[128] beide SPD-Fraktionen schafften es jedoch, eine Klausel zur Übernahme der umweltrelevanten Rechtsvorschriften zu verankern.[129]

Ökologie im Kalten Krieg: transnationale Kontakte vor dem Mauerfall

Der Einsatz für eine stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes bei der Wiedervereinigung kam nicht überraschend, denn bereits lange vor dem Mauerfall hatte die Umweltpolitik eine zunehmend wichtigere Rolle für die sozialdemokratischen Leitideen im Bereich der Außenpolitik gespielt. Nur ein paar Beispiele: Im Juli 1986 hatten Vertreter:innen des AfA-Bundesvorstandes unter der Leitung Rudolf Dreßlers am dritten Deutsch-Sowjetischen Arbeitnehmerdialog zum Thema „Arbeit und Umwelt“ in Moskau und Riga teilgenommen.[130] Im gemeinsamen Papier der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von 1987, waren, im Rahmen der Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen, die Antworten auf die „neuartigen Bedrohung[en] der Menschheit“ nicht nur in einer „Bannung der nuklearen Gefahr“ und der „Sicherung des Lebens“ gesehen worden, sondern auch in der „Erhaltung der Biosphäre und [der] Überwindung der ökologischen Krise“.[131] Im November des gleichen Jahres war eine Delegation der Bundestagsfraktion unter der Leitung Volker Hauffs nach Ost-Berlin und Cottbus gereist, um sich im persönlichen Gespräch mit dem DDR-Umweltminister Hans Reichelt Eindrücke über die Umweltpolitik in der DDR zu verschaffen.[132] Angesichts grenzüberschreitender Verschmutzungen, vor allem bei der Kontamination der Elbe, hatte das Parteipräsidium im Juli 1988 die Bundesregierung aufgerufen,

[128] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 460; Schuh/von der Weiden, Sozialdemokratie, S. 273–275.

[129] Vgl. Artikel 16 in Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, in: März/Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Dokumente, S. 195–203, hier: S. 199; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, S. B 82–B 84, C 120. Aufgrund der vermeintlich zu früh erfolgten Währungsunion stimmten 25 SPD-Bundestagsabgeordnete dem Staatsvertrag nicht zu, im Bundesrat stimmten das Saarland und Niedersachsen dagegen. Vgl. Rödder, Deutschland, S. 291 f.

[130] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 614.

[131] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Streit der Ideologien, S. 54–56. Vgl. zum Papier auch Jarausch, Umkehr, S. 92; Vogel/Eppler/Thierse, Was zusammengehört, S. 190–210.

[132] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 275.

der DDR, Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) konkrete Vorschläge zur Zusammenarbeit beim Wasserschutz zu unterbreiten, beispielsweise in Form einer Elbschutzkonvention und eines gemeinsamen Elbsanierungsprogramms.[133]

1989 hatte SPD-MdB Reinhold Hiller gar eine ökologische Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgeschlagen. Durch grenzüberschreitende Kooperationen im Bereich des Recyclings und der Emissionsreduktion, eine Beteiligung westdeutscher Unternehmen an Kombinaten im Bereich der Abwasser- und Wassertechnik sowie eine gemeinschaftliche Sanierung von Kläranlagen und Kanalnetzen sollten ökologische Probleme gemeinsam bekämpft werden. Für den Energiebereich schlug Hiller vor, westdeutsche Steinkohle in die DDR zu liefern, um den Einsatz der umweltschädlichen Braunkohle zu verringern. Durch einen „ökologischen Schuldenerlass", sprich dem Erlassen ostdeutscher Schulden für „angemessene ökologische Gegenleistungen" oder die Einrichtung zinsloser, zweckgebundener Überziehungskredite könnten solche Sanierungsprogramme für die Elbe und auch für die Weser finanziert werden. Ebenso brachte Hiller die Einrichtung eines Umweltfonds für deutsch-deutsche Umweltschutzmaßnahmen ins Spiel, eingerichtet bei der KfW.[134] Wenig später hatte Hans-Jochen Vogel Hillers Vorschlag an Erich Honecker übergeben und gleichzeitig den Aufbau einer umweltpolitischen Arbeitsgruppe zwischen SPD und SED angeregt, womit sich Honecker grundsätzlich einverstanden erklärte.[135] Zur Einrichtung der Gruppe war es zwar nicht mehr gekommen, gemeinsame umweltpolitische Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion mit der SED, aber auch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KP) existierten jedoch.[136] Dass gerade zu den Staatsparteien aus den Warschauer Pakt-Staaten umweltpolitische Kontakte bestanden, ist kein Zufall, denn seit Ende der 1960er-Jahre spielte die Umweltpolitik eine zunehmend größere Rolle im Ost-West-Konflikt.[137]

Am Zeitgeist vorbei? Die Wahlniederlage 1990 und ihre Folgen

Angesichts dessen war es letztlich auch gar nicht überraschend, dass der sich wandelnde deutschlandpolitische Rahmen das ökologische Profil des Kanzlerkandidaten Lafontaine nicht überlagerte. Der Parteivorstand wollte vielmehr ausdrücklich

133 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 168.
134 Hiller, Ökologische Sicherheitspartnerschaft, S. 821–824.
135 79. Gespräch H.-J. Vogel – Honecker am 25. Mai 1989 (Hubertusstock), in: Potthoff (Hrsg.), Koalition der Vernunft, S. 890–906, hier: S. 397, 900.
136 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 203, 456. Über die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppen wurde jedoch nach außen nichts kommuniziert.
137 Vgl. hierzu, mit besonderem Fokus auf die beiden deutschen Staaten Eckert, West Germany sowie demnächst Lange, Umweltpolitik.

verhindern, dass das eigene Reformprojekt der „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ von den Diskussionen um die Wiedervereinigung überschattet wird. Noch einen Monat vor dem 3. Oktober 1990 riet die Planungsabteilung beim Parteivorstand dazu, den grundsätzlichen Kurs nicht zu ändern: „Die [Zukunft Deutschlands] hängt vom ökologischen Umbau der industriell geprägten Lebenswelt ungleich stärker ab als von den Sätzen der gesamtdeutschen Sozialversicherung oder irgendeinem anderen noch so schwierigen und vorübergehend heiß umstrittenen Detail der Vereinheitlichung der sozialen Lebensverhältnisse in Deutschland.“[138]

Die Wahlkampfplaner:innen hatten sich daran gehalten, jedoch vergeblich. Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 landete die SPD mit 33,5% abgeschlagen hinter der Union mit 43,8%. Ein Grund dafür war sicherlich die unklare Haltung der Partei und vor allem Oskar Lafontaines in der Frage des Ob und des Wie einer deutschen Wiedervereinigung.[139] Die starke Fokussierung Lafontaines auf sein Projekt einer „sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“ wurde vielfach als eine letztlich naive und verhängnisvolle Prioritätensetzung gewertet: „Lafontaines ‚neuer Weg‘ führte die SPD geradewegs in eine Sackgasse. […] Die Sozialdemokratie verpasste den Kairos.“[140] Auf der anderen Seite war es Lafontaine so gelungen, den Grünen eine empfindliche Schwächung zuzufügen. In den alten Bundesländern scheiterten sie an der Fünfprozenthürde, lediglich in den ostdeutschen Bundesländern gelang es Bündnis 90 und den Grünen, 6% der Stimmen auf sich zu vereinigen und damit acht Mandate zu erringen. Etwa 600 000 neue SPD-Stimmen gingen auf das Konto ehemaliger Grünen-Wähler:innen. Die SPD gewann genau dort am stärksten, wo die Grünen am meisten verloren, nämlich in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen. Die SPD verlor jedoch im Gegenzug bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen deutlich an Zustimmung. Bei den Wähler:innen über 45 wurde der Abstand gegenüber den Unionsparteien noch größer, als er vorher schon war.[141]

In der Nachbereitung der Wahlniederlage wurde trotzdem kaum Kritik an der Wahlkampfausrichtung geäußert, zumindest nicht in den obersten Parteigremien. Auf der ersten Präsidiumssitzung nach der Wahl wurde Lafontaine geradezu bekniet, trotz des schlechten Abschneidens den Fraktionsvorsitz oder, falls er dies ablehne, den Parteivorsitz zu übernehmen und 1994 wieder als Spitzenkandidat ins Rennen zu gehen. Grundsätzliche Kritik am ökologischen Kurs im Bundestagswahlkampf wurde keine geübt, sondern eher, wie von Hans-Jochen Vogel, die

[138] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000115, Vermerk des Planungsreferates an die Wahlkampfleitung, 3. 9. 1990.

[139] Vgl. dazu u. a. Faulenbach, Vorrang, S. 277 f., 282.

[140] Sturm, Uneinig, S. 385, 387. Vgl. ferner u. a. Schlieben, Oskar Lafontaine, S. 320; Lorenz, Oskar Lafontaine, S. 33 f.; Vogel/Eppler/Thierse, Was zusammengehört, S. 276; Fuchs, Mut, S. 47–49.

[141] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Bernd Schoppe: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Alter und Geschlecht. Ergebnisse der endgültigen Wahlstatistik, 19. 1. 1991, Bl. 4, 8. Vgl. ferner u. a. Probst, Grüne (2017), S. 204; Rödder, Deutschland, S. 173; Hoell, Oskar Lafontaine, S. 134 f.

„große Zustimmung in der jungen Generation" für Lafontaines Wahlkampf betont. Björn Engholm war der Einzige, der den Eindruck schilderte, dass „unsere Partei gegenwärtig weit vom Zeitgeist entfernt liege, und zwar in Ost und West".[142] Lafontaine lehnte den Fraktionsvorsitz aber noch auf der Präsidiumssitzung ab, und auch den Parteivorsitz übernahm er nicht. Als Grund dafür nannte er seinen gesundheitlichen Zustand. Ohne es direkt ausgesprochen zu haben, meinte er damit seine schwache physische Kondition nach dem Attentat auf ihn durch eine geistig beeinträchtigte Frau im April 1990.[143] Ein grundsätzliches Abrücken von Lafontaines Kurs war anschließend dennoch nicht zu erkennen, stattdessen gewann Lafontaine nach der Wahlniederlage sogar an innerparteilicher Autorität und Macht.[144]

Innerhalb des Erich-Ollenhauer-Hauses begann ebenfalls rasch die Fehlersuche. Das Ergebnis war, knapp zusammengefasst: Die Wiedervereinigung kam einem eigentlich erfolgreichen Wahlkampf in die Quere, unter normalen Umständen hätte die Wahl gewonnen werden können. Die Regierungskoalition habe durch ihre Deutschlandpolitik die Themen bestimmt, für die SPD sei, vor allem in den neuen Bundesländern, „die Bundestagswahl bereits mit der Volkskammerwahl im März 1990 verloren" gewesen.[145] Das Medienreferat beim Parteivorstand bilanzierte, dass am „Generalthema ‚Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft'" auch weiterhin festgehalten werden sollte.[146] Die Planungsabteilung kam zu der Schlussfolgerung: „Der Fall der Mauer war das Ereignis, das die politische Landschaft total veränderte und die Erfolgsthemen der SPD überlagerte. […] Alles, was bei uns […] als modern und anspruchsvoll galt […], ging am Lebensgefühl insbesondere der meisten Ostdeutschen […] vorbei." Trotzdem schlug die Planungsabteilung für die nächsten Jahre vor: „Die Erfahrungen mit der Kommission Fortschritt '90 waren ausgesprochen gut. […] Wir empfehlen, […] die erfolgreiche Arbeit von Fortschritt '90 damit fortzusetzen."[147]

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass die Jahre kurz vor und nach der Bundestagswahl 1990 der absolute Kulminationspunkt einer „ökologisierten" Sozialdemokratie waren – weitestgehend ungeachtet der Wiedervereinigung. 1989/90 war in der Geschichte sozialdemokratischer Umweltpolitik deswegen kein unmittelba-

142 AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100317, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 3. 12. 1990, 3. 12. 1990, Bl. 1–3, 5. Vgl. ferner Lorenz, Oskar Lafontaine, S. 42.

143 Dieser Zusammenhang wird von Christoph Zöpel bestätigt, vgl. Telefoninterview mit Christoph Zöpel am 31. 8. 2018. Zum Attentat vgl. u. a. Hoell, Oskar Lafontaine, S. 141–143.

144 Vgl. Lorenz, Oskar Lafontaine, S. 8.

145 AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Anke Fuchs: Auswertung der Bundestagswahl 1990, 20. 2. 1991, Bl. 1.

146 AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000032, Vermerk des Medienreferats beim Parteivorstand zur Auswertung der Bundestagswahl 1990, 21. 12. 1990, Bl. 2.

147 AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000032, „Für eine starke und mehrheitsfähige SPD". Auswertung der Bundestagswahl 1990 durch das Planungsreferat beim SPD-Parteivorstand, 28. 1. 1991, Bl. 3, 6, 14 f.

rer Einschnitt. Gerade zu diesem Zeitpunkt erreichten die Paradigmen der „ökologischen Modernisierung“ und der „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ den höchsten Durchdringungsgrad innerhalb von Programmatik und Parteistruktur. Noch 1991 zog die hessische SPD mit einem stark umweltpolitisch ausgerichteten Programm in den Landtagswahlkampf,[148] die Bundestagsfraktion bekannte sich ausdrücklich zum vergangenen Wahlprogramm,[149] und das Ausscheiden der Grünen aus dem Bundestag wurde von den Fachpolitiker:innen als Chance für eine noch stärkere Profilierung der SPD in ökologischen Fragen gewertet.[150] Erst als sich ab etwa 1992 eine handfeste Wirtschafts- und Beschäftigungskrise abzeichnete, sollte der „neue Weg“ auf eine harte Probe gestellt werden. Von den starken ökologischen Impulsen der Ost-SPD blieb dann so gut wie nichts mehr übrig, ihr Einfluss innerhalb der Gesamtpartei war ohnehin gering,[151] und in der Parteispitze traten neben Oskar Lafontaine andere Führungsfiguren ins Rampenlicht, die weit weniger ökologisch ausgerichtet waren als er.

148 AdsD, LV Hessen III, Arbeit Umwelt Energie, Wahlkampf-Faltblatt „So bleibt Hessen vorn“ der Hessen-SPD, 1991.

149 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Ökologische Erneuerung, 18248, Vorlage für die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 15. 10. 1991 „Schwerpunkte setzen – Richtung bestimmen“, 14. 10. 1991, Bl. 1.

150 Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Ökologische Erneuerung, 18248, Stichworte für das Eingangsstatement Harald B. Schäfers für die Sitzung des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 15. 1. 1991, 14. 1. 1991, Bl. 1.

151 Holzhauser, Niemals, S. 296 f.; Dubslaff, Sozialdemokratie, S. 306.

VII. Arbeit und Umwelt, Fortschritt und Zukunft, oder: Wie „postmaterialistisch“ war sozialdemokratische Umweltpolitik?

1. Arbeit durch Umwelt: Kontinuitäten ökonomisierter Umweltpolitik in der SPD

Von der „Postmaterialisierung“ zur „Ökonomisierung“?

Der gerade beschriebene Blick auf die Hochphase der ökologischen Sozialdemokratie um 1990 verleitet leicht dazu, eine klassische Forschungsthese zur SPD seit den 1970er-Jahren zu reproduzieren. Sie lautet vereinfacht: Die Sozialdemokratie hat sich nach dem Gang in die Opposition 1982 programmatisch „postmaterialisiert“, mit dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfs 1990. Nach der Wiedervereinigung habe sie ihre Politik dann aber wieder „materialisiert“.[1] Zu Beginn der 1990er-Jahre sei deutlich zu erkennen gewesen, dass das Ziel der „ökologischen Modernisierung“ mehr und mehr zugunsten einer „industriefreundlichen Wachstumspolitik“ beiseitegeschoben worden sei.[2] Oftmals wird diese These in den allgemeinen Kontext der Zeit eingebettet, denn in den 1980er-Jahren und vor allem im Folgejahrzehnt seien ökonomische Kriterien und wirtschaftliche Prinzipien unter dem Schlagwort der „Ökonomisierung“ in immer mehr Lebensbereiche eingedrungen. Im Bereich der deutschen Umweltpolitik manifestierte sich diese Entwicklung unter anderem in den um 1990 lauter werdenden Forderungen nach einer ökologischen Steuerreform.[3] Der Ökonomisierungstrend habe zudem in enger Verbindung zur steigenden Neoliberalisierung politischer Diskurse gestanden. Dies begann schon in den 1970er-Jahren, entfaltete sich in Deutschland angesichts der virulenten Debatte um den „Standort Deutschland“ in der „Roll Out-Phase“ des Neoliberalismus in den 1990er-Jahren aber noch einmal mit ganz anderer Wucht.[4] Die Sozialdemokratie habe sich der Neoliberalisierung im Zuge ihrer Transformation zur „Marktsozialdemokratie“ nicht nur untergeordnet, sondern die damit verbundene Ökonomisierung affirmativ selbst betrieben und ihre Programmatik unter das Paradigma eines „neue[n] Produktivismus“ und einer Vor-

[1] Vgl. u. a. Conze, Suche, S. 808; Görtemaker, Republik, S. 108 f., 221 f.; Grebing, Arbeiterbewegung, S. 93–95; Walter, SPD, S. 201–207; Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 210 f., 214.
[2] Nawrat, Überraschungscoup, S. 164–166, Zitat S. 166.
[3] Graf, Ökonomisierung, S. 205.
[4] Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen, S. 22, 26, Zitat S. 26; Graf, Einleitung, S. 9–12, 19; Leendertz, Zeitbögen, S. 214.

rangigkeit ökonomischer Ziele gestellt: „[D]ie Marktsozialdemokratie betreibt eine radikale Ökonomisierung der Gesellschaft[.]“[5]

Doch war es tatsächlich diese „Ökonomisierung“ und „Neoliberalisierung“ sozialdemokratischer Politik, die zwangsläufig zu einer Marginalisierung der Ökologie innerhalb der eigenen Programmatik geführt hat? Eine gewisse Materialisierung der SPD-Umweltpolitik seit den frühen 1990er-Jahren ist nicht zu leugnen, wie vor allem in Kapitel VIII. deutlich werden wird. Doch die vorangegangene Analyse der Ökosteuer-Diskurse ab 1988 konnte bereits zeigen, dass die sich anbahnenden Prozesse der Vermarktlichung und Ökonomisierung die Profilierung der SPD im Feld der Umweltpolitik zunächst nicht behindert haben, sondern sich beides sogar gegenseitig bestärkt hat. Die Grundidee des Konzepts „Fortschritt ’90“ war gewesen, die Umweltdebatte „nicht mit einem generell wachstums- beziehungsweise industriegesellschaftskritischen Unterton“ zu führen, sondern den „ökologische[n] Umbau […] immer als Chance für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ darzustellen.[6] Waren die „Ökonomisierung“ und der „Produktivismus“ der Sozialdemokratie in den 1990er-Jahren also nicht die Ausnahme, sondern die Regel? Und in welcher grundsätzlichen Verbindung standen diese zur ökologischen Profilierung der Partei? Um diese Frage zu beantworten, ist eine zäsurübergreifende Untersuchung des sozialdemokratischen Fortschritts-, Zukunfts- und Wachstumsverständnisses seit den 1970er-Jahren notwendig.

Die „Qualität des Lebens“ in einer „gefährdeten Welt“: die frühen Wachstums- und Fortschrittsdebatten

Dieser Rückgriff ist umso wichtiger, als die früheren Ökologiedebatten in der SPD vor allem Grundsatzdiskussionen um die Vereinbarkeit der Werte Umwelt, Wachstum, Fortschritt und Zukunft waren. Sie deckten eine fundamentale, neue Herausforderung auf: Wie könne angesichts der „Grenzen des Wachstums“ noch am Zielwert des quantitativen Wachstums festgehalten werden, das für die Sozialdemokratie als „zentrale[s] Movens des sozialen Fortschritts“ bisher so entscheidend war?[7] Das war ein identitätsbedrohendes Problem, hatte sich doch seit dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung 1966 „Planung zur Parole der Zeit“ entwickelt.[8] Den Mitlebenden erschien der Bruch des Zeitgeists daher umso deutlicher, und umso mehr Aufmerksamkeit konnten sich die Verfechter:innen eines neuen Wachstumsbegriffs zunächst erarbeiten.

[5] Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 224 f., 247. Zur „Self-Fulfilling Prophecy“ des Globalisierungsdenkens, die unter anderem von Regierung Gerhard Schröders im Sinne einer „folgenreichen Selbstbeschreibung“ immer weiter fortgeschrieben wurde, vgl. zuletzt Eckel, Politik.

[6] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Umwelt und Energie, 11486, Protokoll der Klausursitzung des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 25. 4. 1990, 14. 5. 1990, Bl. 1 f.

[7] Angster, Ende, S. 194. Vgl. zudem Seefried, Progress, S. 379–382; Hölscher, Entdeckung, S. 300–302.

[8] Radkau, Geschichte, S. 282. Vgl. ferner Metzler, Politik, S. 191, 193 f.

Maßgeblicher Protagonist einer spezifisch sozialdemokratischen Wachstums- und Fortschrittskritik war Erhard Eppler. Vor allem in seinen Buchveröffentlichungen und im Rahmen seiner Gremienarbeit propagierte er einen neuen, tendenziell skeptischen Fortschrittsbegriff, der die Möglichkeit wirtschaftlichen Wachstums an die Bedingung seiner Umweltverträglichkeit band. Vor allem mittels der Papiere der Grundwertekommission, die er von 1975 bis 1991 leitete, versuchten Eppler und seine Mitstreiter:innen Einfluss auf die innersozialdemokratische Wachstumsdiskussion zu nehmen. Ihnen gelang es, sich vor allem durch eine prägnante und emotionalisierende Wortwahl Gehör zu verschaffen. Schon in einer ihrer ersten Schriften sprach die Kommission 1977 von den sogenannten „Grundwerten in einer gefährdeten Welt". Sehr deutlich wurde dabei die vermeintliche „Erschütterung des Fortschrittsglaubens" rezipiert und in Verbindung mit der Diskussion um die Sinnhaftigkeit wirtschaftlichen Wachstums und technischen Fortschritts gebracht:

„Weit entfernt davon, den Fortschritt zu menschlicheren Lebensverhältnissen zu garantieren, kann der technische Fortschritt je nach den Umständen ein menschwürdiges Leben gefährden. […] Der Verlust des Vertrauens in die Automatik des materiellen Fortschritts und die Besinnung auf einen grundwerteorientierten Fortschrittsbegriff führen notwendig dazu, daß das Wirtschaftswachstum für uns heute nicht mehr die zentrale Rolle als Fortschrittskriterium einnehmen kann, die es bis in die Mitte der sechziger Jahre innehatte."[9]

Dies war ein direkter Angriff auf die produktivistischen, materiellen und ökonomischen Grundlagen sozialdemokratischer Politik. So eindringlich, wie er war, erforderte er die Formulierung von Alternativen. Als eine solche schlug die Kommission die sogenannte „Qualität des Lebens" als neues Kriterium gesellschaftlichen Fortschritts vor, für die wiederum „Maßstäbe für die bewusste Kontrolle der technischen und ökonomischen Prozesse im Sinne eines humanen Fortschritts" jenseits aller klassischen Wachstumsindikatoren entwickelt werden sollten.[10] Doch genauer betrachtet handelte es sich dabei um keine Wachstumskritik im engeren Sinne. Eppler und die Grundwertekommission kritisierten nämlich weniger das grundsätzliche Ziel wirtschaftlichen Wachstums und technischen Fortschritts, sondern deren Richtung und die bisherige Nichtberücksichtigung negativer Nebenfolgen. So hatten sie ebenso betont, „daß die Chancen für eine Politik im Sinne der Grundwerte [keineswegs] von jedem ökonomischen Wachstum unabhängig wären" und „[d]iese Orientierung an einem Fortschrittsverständnis im Sinne unserer Grundwerte […] [uns zeigen wird], daß in einer Welt, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit in unerträglicher Armut lebt, ein Verzicht auf materiellen Fortschritt, der sich auch in wirtschaftlichem Wachstum niederschlägt, nicht zu rechtfertigen ist".[11] Diese Dualität von Wachstumskritik und der Betonung von

[9] Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundwerte, S. 12 f., 21. Abdruck auch in [Grundwertekommission der SPD]: I. Grundwerte in einer gefährdeten Welt, in: Eppler (Hrsg.), Grundwerte, S. 15–42.
[10] Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundwerte, S. 13.
[11] Ebenda, S. 13, 21.

Wachstumsnotwendigkeit durchzog alle weiteren Arbeiten der Kommission, so beispielsweise auch „Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins" von 1982. Darin wurde zwar erneut die bisherige Wachstumsorientierung der Partei scharf kritisiert, ebenso aber festgehalten, dass es weder ein „undifferenzierte[s] Wachstumspostulat [noch] eine Festlegung auf Nullwachstum" geben dürfe.[12]

Die Grundwertekommission gilt als Avantgarde in den innerparteilichen Grundsatzdebatten und wichtigste Verfechterin einer Revision des bisherigen Fortschrittsmodells. Dass sie zu keinem Zeitpunkt eine grundsätzliche Ablehnung wirtschaftlichen Wachstums aussprach, spiegelt aber durchaus wider, dass es in der SPD insgesamt keine eindeutige Haltung zu Wachstum und Fortschritt gab. Der Riss ging mitten durch die Parteiführung. Während Willy Brandt auffällig oft die „Zerstörung der alten Heilsgewissheit für die SPD" betonte und wie „ungewiß" die Zukunft sei,[13] hing Helmut Schmidt nach wie vor einer traditionellen Zukunfts- und Fortschrittsvorstellung an: „Ein Sozialdemokrat […], der Zukunftsangst verbreitet, ist keiner."[14] Brandts und Schmidts Positionen stehen sinnbildlich für die beiden Lager, die sich gegenüberstanden, und es war vollkommen offen, wer sich durchsetzen würde.

Ökologie und Sozialismus – eine schwierige Beziehung

Dass sich aus der Wachstumskritik der Grundwertekommission nicht zwangsläufig eine vollumfängliche Abkehr der SPD von ihren traditionellen politischen Maximen folgern lässt, wird auch dadurch unterstrichen, wie wenig einflussreich die Vorstöße der sogenannten „Ökosozialist:innen" waren. Der Begriff des Ökosozialismus, der ursprünglich vom späteren Grünen Carl Amery geprägt wurde, war vor allem in der Wende von den 1970er- zu den 1980er-Jahren in aller Munde. Maßgebliche Akteure in den innerparteilichen Diskursen um den Ökosozialismus waren Johano Strasser und Klaus Traube. Sie plädierten für eine Wirtschaftsordnung, die auf die Ausbeutung endlicher Ressourcen verzichtet und die Produktionsstrukturen auf die Herstellung langlebiger, sogenannter „emanzipatorischer Güter" ausrichtet.[15] In dieser Lesart waren weniger die Richtung industriellen Wachstums und die kapitalistische Wirtschaftsweise die Ursache für Umweltverschmutzungen, sondern der Industrialismus und die industrielle Produktion an sich. Die Umweltzerstörung sei nämlich, so Traube, schon grundsätzlich in der

[12] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S. 31, 47.

[13] So u. a. in Nr. 100. Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf dem Forum „Erben deutscher Geschichte – Bundesrepublik und DDR" im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn, 12. März 1987, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 5, S. 435–445, hier: S. 441, 443. Ähnlich: Eppler, Vorbemerkung, S. 8.

[14] HSA, Eigene Arbeiten, 498, Referat von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor den Delegierten des SPD-Bezirksparteitages Westliches Westfalen in Recklinghausen, 6. 10. 1979, Bl. 24.

[15] Grundlegend: Strasser/Traube, Zukunft. Vgl. ferner Kollatz, Ökosozialismus, S. 234–237; Scherer/Vilmar (Hrsg.), Alternatives Sozialismuskonzept.

„Entfaltung der Produktivkräfte angelegt".[16] Damit attackierte Traube jedoch einen zentralen Grundpfeiler marxistischer Weltanschauung, für die die Entwicklung materieller Produktivkräfte eine notwendige und zwangsläufige historische Aufgabe war.[17] Sozialist:innen müssten ferner, so sein Partner Strasser, sogar den Marxschen Begriff der Arbeitsteilung in Zweifel ziehen, denn das Problem liege nun nicht mehr nur in den reinen Produktionsverhältnissen, sondern in der gesamten Produktionsweise, die sich angesichts der destruktiven Auswirkungen moderner Großtechnologien wieder auf kleinere Produktionseinheiten konzentrieren müsse.[18]

Diese theoretischen Ideen hatten mit konkreter Politik aber nur wenig zu tun. In der programmatischen Neuaufstellung der SPD in den 1980er-Jahren waren von ihnen nur Spurenelemente zu finden, denn sie waren einem Großteil der Partei nicht vermittelbar. Peter Glotz beispielsweise, einer der Architekten dieses Neuaufbaus, brachte die Vorbehalte auf den Punkt, als er Strasser und Traube vorwarf, dass eine von ihnen geforderte „Abkehr von der Produktivitätsfixierung" die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer:innen verschlechtern und ihre Arbeitszeit erhöhen würde.[19]

Eine Adaption ökosozialistischer Ideen fiel vielen in der SPD auch deshalb so schwer, weil sich aus den historischen Wurzeln der Sozialdemokratie keine eindeutigen Linien zwischen Sozialismus und Umweltschutz ziehen ließen. Die frühe Arbeiterbewegung war von einer „grundsätzlichen Akzeptanz von Technik" geprägt. Die ab Anfang der 1970er-Jahre entstehende ökologische Technikkritik hatte ihre Basis daher weniger bei der Arbeiter:innenschaft, sondern bei den materiell gesicherten Mittelschichten.[20] Der in der Studierendenbewegung stark vertretene Neomarxismus der 1970er-Jahre nahm eine zwiespältige Position gegenüber der ökologischen Wachstumskritik ein. So propagierte einerseits Herbert Marcuse, ein zentraler Vordenker der Neuen Linken, schon Mitte der 1950er-Jahre die Unterscheidung zwischen einem „quantitativen" und einem „qualitativen" Fortschritt. Andererseits hielt die Neue Linke am grundsätzlichen Gedanken fest, dass der gesellschaftliche Fortschritt durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte vorangetrieben wird, sofern damit ein gleichzeitiger Abbau gesellschaftlicher Entfremdung verbunden ist.[21] Für viele Teile der Neuen Linken war die Anti-AKW-Bewegung daher weniger aus programmatischen Gründen attraktiv, sondern weil sie Erfolge in der seit 1968 andauernden „Suche nach einem revolutionären Sub-

[16] Traube, Kritik, S. 18. Ähnlich: Strasser, Anmerkungen, S. 66; ders., Götter, S. 192.
[17] Traube, Industrialisierungskritik, S. 117 f. Vgl. auch Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 138 f.
[18] Strasser, Anmerkungen, S. 66. Vgl. auch ders., Ökosozialismus, S. 465.
[19] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, 2/PVEH000467, Stichworte zu einem Vortrag von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zum Thema: Sozialdemokratische Politik zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, vermutl. 1982/1983, Bl. 24–29.
[20] Hübner, Arbeiterbewegung, S. 72, 83.
[21] Sedlmaier, radikale Linke, S. 205–208; Schmidt, Arbeiterbewegung, S. 176. Vgl. ferner Milder, Greening Democracy, S. 63.

jekt" versprach.[22] Dass die Konsumkritik der radikalen bzw. alternativen Linken seit Ende der 1960er-Jahre primär von einer Ablehnung des Konformitätszwangs in kapitalistischen Gesellschaften und der Enttäuschung über mangelnde Partizipationsmöglichkeiten motiviert war, aber weniger von ökologischen Anliegen, ist zuletzt ebenfalls herausgearbeitet worden. So führte die Frage des Konsums zeitweise sogar zu einer Polarisierung zwischen „Grünalternativen" und „Autonomen" innerhalb der linken Szene.[23] Für manchen in der „alten" Linken war das Umweltthema deswegen so gut wie nicht vermittelbar, weil es, ähnlich wie beispielsweise die Forderungen der Frauenbewegung, lediglich als „Nebenwiderspruch" der kapitalistischen Gesellschaftsform galt.[24]

Alle Versuche einer Marx-Exegese unter ökologischen Vorzeichen waren in der Tat schwierig.[25] So ließen sich zwar Passagen finden zur „prinzipielle[n] Angewiesenheit menschlicher Existenz auf Natur und die umweltzerstörenden Konsequenzen einer ‚naturwüchsigen', ungeplanten technischen Entwicklung durch die kapitalistische Produktionsweise". Dass Karl Marx und Friedrich Engels „die ungeheure ökonomische Dynamik des Kapitalismus – trotz all ihrer oft inhumanen Konsequenzen – […] bewundert und begrüßt haben, und daß sie von ihr erwarteten und erhofften, daß sie die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Zukunftsgesellschaft […] schaffen werde", konnte jedoch nicht übersehen werden.[26] Im sozialdemokratischen Denken blieb die Ökologiefrage daher in die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital eingebettet, vor allem auch für die Jusos. Für sie spielten – insbesondere beim undogmatischen Flügel, der für eine kritische Wachstumsdiskussion am ehesten empfänglich war – antikapitalistische Argumente in der Umweltdiskussion stets eine große Rolle.[27] Es sei nämlich in erster Linie „[d]ie an der Erzielung größtmöglicher Profite orientierte kapitalistische Wirtschaftsweise, […] die zwangsläufig mit einer hohen Produktion von nicht gebrauchswertorientierten und/oder Wegwerfgütern verbunden" ist.[28]

[22] Biess, Republik, S. 375. Vgl. ferner u. a. Oberpriller, Jungsozialisten, S. 251–253; Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 247.

[23] Vgl. Sedlmaier, radikale Linke, insb. S. 202.

[24] Eley, Democracy, S. 10 f., 500.

[25] Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 243–245.

[26] Fetscher, Überlebensbedingungen, S. 141 f. Vgl. auch Jo Leinens Artikel „Umweltpolitik" im „Lexikon des Sozialismus" von 1986, der zwar Marx' Aussagen zum „Zerstörungsprozeß" durch die kapitalistische Produktionsweise zitiert, die im Marxismus angelegte Notwendigkeit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte jedoch übergeht. Leinen, Umweltpolitik, insb. S. 688.

[27] Vgl. z. B. Peter von Oertzen: „Eine ökologisch orientierte Wirtschaft kann nicht im Bündnis mit dem Kapitalismus, sondern nur im Kampf gegen ihn verwirklicht werden." von Oertzen, SPD, S. 125. Vgl. auch Scherer/Vilmar, Ökosozialismus, S. 50 f.

[28] Exemplarisch: Dokument 33: Arbeiten, um zu leben – Wirtschafts- und sozialpolitisches Programm der südhessischen Jungsozialisten. Antrag des Juso-Bezirks Hessen-Süd zum Juso

Von Irsee nach Berlin: der Weg zum neuen Grundsatzprogramm

Ein zweites Argument, mit dem die vermeintliche „Postmaterialisierung" der SPD in den 1970er- und 1980er-Jahren zu belegen versucht wird, ist die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm, die nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition an Fahrt aufnahm. Richtig ist, dass das Godesberger Programm von 1959 unter anderem deswegen als nicht mehr zeitgemäß angesehen wurde, weil es die „Grenzen des Wachstums" überhaupt nicht berücksichtigte. Und es stimmt ebenfalls, dass diese Programmdiskussion eine spürbar pessimistische Note bekam, schließlich grassierte in den parteiintellektuellen Kreisen, die mit Nachdruck ein neues Programm forderten, die Wahrnehmung einer „Krise sozialdemokratischer Gewissheiten".[29] Aber für die Neuformulierung des Grundsatzprogramms waren erneut Gremien verantwortlich, die fern von den tatsächlichen Entscheidungszentren agierten und den Kurs der Partei in der Praxis kaum beeinflussen konnten.

1983 wurde die Grundwertekommission damit beauftragt, die Defizite des Godesberger Programms herauszuarbeiten. Sie kam dabei zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass der Umweltschutz dort keine Rolle gespielt habe und das Programm fälschlicherweise von konstant hohen Wachstumsraten in der Zukunft ausging.[30] Der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm wurde dann von einer eigens eingerichteten Programmkommission ausgearbeitet, deren Vorsitz Willy Brandt übernommen hatte, Erhard Eppler war einer seiner Stellvertreter.[31] 1986 legte sie einen nach dem Tagungsort der Kommission „Irseer Entwurf" benannten Programmvorschlag vor. Er war von einer überaus düsteren Sicht auf eine Zukunft geprägt, in der die „Selbstvernichtung der Menschheit […] auch ohne Krieg möglich" werde.[32] Der Entwurf sprach sich für ein sogenanntes „ausgewähltes Wachstum" aus: „Aufgabe der Politik ist es, […] solches Wachstum zu fördern, das Zukunftschancen eröffnet und Lebensqualität steigert, dagegen solches Wachstum zu verhindern, das Zukunftschancen einengt und Lebensqualität mindert."[33]

Der Entwurf stieß innerparteilich auf ein überwiegend kritisches Echo. Die Darstellungen der Gefährdungspotenziale der Industriegesellschaft waren selbst linken Parteikreisen zu deutlich und zu pessimistisch. Der Seeheimer Kreis lehnte die starke Öffnung gegenüber den neuen sozialen Bewegungen ab, und der Tenor der medialen Berichterstattung war ebenso überwiegend negativ.[34] Um den Ent-

Bundeskongress 1988, in: Scholle/Schwarz/Ciftci (Hrsg.), Jungsozialistische Programmatik, S. 251–259, hier: S. 255.

[29] Wirsching, Abschied, S. 137. Vgl. auch Münkel, Einleitung, S. 33 f.

[30] Grebing, Arbeiterbewegung, S. 93; Nawrat, Überraschungscoup, S. 35 f.; [Grundwertekommission der SPD], Godesberg heute, S. 173. Ähnlich: Inge Wettig-Danielmeier, Kommentar zum Irseer Entwurf, S. 7 f.; Peter Glotz, Die Entdeckung des Individualismus von links, in: Rheinischer Merkur, 16. 11. 1984, S. 3 f., hier: S. 3.

[31] Faulenbach, Willy Brandt, S. 105 f.; Gebauer, Richtungsstreit, S. 224.

[32] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Irseer Entwurf, S. 8.

[33] Ebenda, S. 45 f.

[34] Meyer, Berliner Grundsatzprogramm, S. 43; Lösche/Walter, SPD, S. 126–128; Gebauer, Richtungsstreit, S. 225.

wurf zu überarbeiten, wurde daher eine zweite Programmkommission eingesetzt. Sie wurde nicht mehr von Brandt geleitet, sondern von Oskar Lafontaine, der an der Programmarbeit jedoch wenig Interesse zeigte. De facto leistete daher Erhard Eppler, unterstützt von Hans-Jochen Vogel, die maßgebliche Arbeit.[35] Jenes „Berliner Programm" klang nicht mehr ganz so düster, versuchte sich aber ebenfalls an einem nicht-linearen Fortschrittsbegriff, der sich vom reinen wirtschaftlichen Wachstum abkoppelte und Lebensqualität als maßgebliches Fortschrittskriterium definierte.[36] Die zukünftige Gestaltung des technischen Fortschritts müsse sich am Ziel einer humanen Arbeits- und Lebenswelt orientieren.[37] Angesichts dessen lehnte es die traditionelle Ausrichtung des Fortschritts an rein materiellem Wachstum ab: „Wachsen muß, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muß, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut."[38]

Dass in der SPD nicht nur wegen der Umweltkrise, sondern auch angesichts der Angst vor einem möglichen Atomkrieg ein gewisses „Unbehagen am Fortschritt" erkennbar geworden sei, lässt sich aus dem Irseer Entwurf und dem Berliner Programm also durchaus ablesen.[39] Dennoch dienen beide nicht als Beleg für eine dauerhafte Abkehr der Partei von den klassischen Zielen Fortschritt und Wachstum. Zwar wurde das Programm vom Parteitag im Dezember 1989 bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschlossen.[40] Erhard Eppler urteilte aber etwas vorschnell, als er sich bereits im April 1989 nach Abschluss der Programmarbeiten aus dem SPD-Präsidium mit dem Argument zurückgezogen hatte, dass die Zeiten vorbei seien, in denen er nur noch eine Minderheit in der Partei vertrete.[41] Denn in den Folgejahren spielte das Berliner Programm innerparteilich kaum eine Rolle. Es enthielt keine Ausführungen zur Deutschlandpolitik und dem Ende des Kalten Krieges und wurde durch die tagespolitischen Herausforderungen des Vereinigungsprozesses im Grunde noch während des Parteitages zu Makulatur.[42] Es verblieb auch in den Folgejahren meist ungelesen in den Schubladen. Hans-Jochen Vogel zeigte sich in der Rückschau ernüchtert, dass es in den 1990er-Jahren

[35] Faerber-Husemann, Querdenker, S. 12; Eppler, Links leben, S. 226–228.
[36] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1989, S. 5.
[37] Münkel, Berliner Programm, S. 45 f.; Meyer, Grundsatzprogramm, S. 51; Wirsching, Abschied, S. 153.
[38] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1989, S. 39.
[39] Vgl. Hansen, Abschied, S. 241 f.
[40] Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Programm-Parteitag 1989, S. 525.
[41] Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 263.
[42] Vgl. u. a. Fischer, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine auf dem Berliner Programm-Parteitag, S. 383; Egle/Henkes, Später Sieg, S. 68–70; Heimann, SPD, S. 95; Meckel, Zeiten, S. 268; Sturm, Uneinig, S. 467 f.

„ein förmliches Zitierverbot" gegeben zu haben schien.[43] Erhard Eppler selbst bilanzierte resigniert: „Grundsatzprogramme werden in keiner Partei gelesen."[44]

Fortschritts- und Technikoptimismus jenseits der Kernenergie

Die Debatten um ein neues Grundsatzprogramm und ihr Resultat läuteten damit nur begrenzt einen „postmaterialistischen" oder „wachstumskritischen" Kurswechsel ein, denn sie lagen nach wie vor quer zu einigen Konstanten sozialdemokratischer Programmatik. Dazu gehört ein traditionell positiver Bezug auf die Werte Fortschritt, Zukunft und Modernität sowie auf die Entwicklung neuer Technologien. Die Gefahren bestimmter Techniken wie beispielsweise der Kernenergie hatten zwar zu einem modifizierten Technikbegriff geführt, der die Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit zu einem wichtigen Kriterium in der Beurteilung neuer Technologien erhob. Die SPD reagierte damit auf eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in Zuge derer Technik von immer weniger Menschen als rein positiv beurteilt wurde.[45] Ebenso war in der Bewertung von Großtechnologien ein Trend hin zur Bevorzugung dezentralisierter Energie- und Technologiesysteme zu erkennen gewesen. „[O]hne eine Reduzierung der Größen", so beispielsweise die Grundwertekommission, „können die sozialen und ökologischen Probleme, denen wir uns ausgesetzt sehen, nicht gelöst werden."[46]

In der grundsätzlichen Beurteilung des technischen Fortschritts positionierte sich die SPD jedoch in deutlicher Abgrenzung zur „apokalyptische[n] Vision" bei den als technik- und fortschrittsfeindlich erachteten Grünen.[47] Schon die Technikkritik der frühen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert war vor allem von den möglichen sozialen Folgen neuer Techniken motiviert (beispielsweise Arbeitslosigkeit), weniger von allgemeinen Zukunftsängsten oder einer Sorge um die Umwelt. Die „Naturbeherrschung" durch weiteren technischen Fortschritt galt als Grundlage für das notwendige Wachstum, um die möglicherweise wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren.[48] Dies änderte sich auch nach der ökologischen Wende um 1970 nicht radikal. Die umweltpolitischen Maßnahmen der sozial-liberalen Koalition basierten in großen Teilen auf der Grundüberlegung, dass moderne Technologien zwar Umweltschäden verursachen, diese aber wiederum am besten durch andere technische Maßnahmen in den Griff zu bekommen sind.[49] Eine Konstante in den sozialdemokratischen Umweltdiskursen blieb bis in die 1990er-

[43] Vogel, Nachsichten, S. 496. Ähnlich sah es Peter von Oertzen, vgl. Reinhardt, Aufstieg, S. 279.
[44] Erhard Eppler an Felix Lieb, 2. Juli 2018, Bl. 1. Vgl. auch Wettig, Reformen, S. 33, 107.
[45] Vgl. Judt, Geschichte, S. 559. So ist in der Bundesrepublik zwischen 1966 und 1981 der Anteil derer, die moderne Technik positiv beurteilten, von 72 auf 30% gesunken.
[46] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S. 33.
[47] Vgl. Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 253.
[48] Hübner, Arbeiterbewegung, S. 69; Sieferle, Fortschrittsfeinde, S. 141 f.
[49] Vgl. z. B. Sofortprogramm der Bundesregierung für den Umweltschutz, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, in: Bulletin, 1. 10. 1970, S. 1372.

Jahre, dass die „Gestaltung von Technik", nicht der Verzicht auf sie, als „eine Schlüsselfrage für die Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie" betrachtet wurde.[50] Die Ökologiekommission begründete ihren Arbeitsauftrag ebenso ausdrücklich mit der Erkenntnis: „Umweltschutz ist nicht technikfeindlich. Im Gegenteil: Wir brauchen Spitzenleistungen, die sich technisch bewähren und ökonomisch durchsetzen." Dass hinter dieser technikaffinen Haltung nicht nur ökologische Motive standen, verschwieg die Kommission nicht: „Das vordringlichste Problem unserer Gesellschaft ist seit fast zehn Jahren die hohe Arbeitslosigkeit".[51] Selbst die Wachstums- und Fortschrittskonzepte bei Jusos und Parteilinken wichen ab Ende der 1980er-Jahre nur noch rhetorisch, aber kaum im Kern von einer grundsätzlich positiven Beurteilung des technischen Fortschritts ab; beispielsweise, wenn angesichts der „ökologischen Zeitbomben" ein „andere[r] Typus der Produktivkraftentwicklung" (und eben kein Verzicht auf sie) gefordert und dabei viel Vertrauen in den „Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse und Qualifikationen" gesetzt wurde.[52] „Sozialisten", so Oskar Lafontaine „dürfen die Idee des Fortschritts, den Glauben an die Erreichbarkeit eines besseren Zustands […] nicht aufgeben".[53]

Spätestens in den seit Anfang der 1990er-Jahre lauter werdenden Debatten um den sogenannten „Standort Deutschland" war von Wachstums-, Fortschritts- und Technikkritik erst recht immer weniger zu hören. Nicht ohne Grund trugen die Kommissionen, die die Regierungsprogramme 1990 und 1998 erarbeiteten, beide den „Fortschritt" schon im Namen.[54] „Technische Innovationen" galten nun als Schlüssel im globalen Wettkampf um ertragreiche Absatzmärkte. Die nun formulierten neuen Modernisierungsvorstellungen, die technischen und ökonomischen Fortschritt als unabdingbare Voraussetzungen für sozialen, aber auch ökologischen Fortschritt definierten,[55] waren nicht unbedingt neu, aber umso einflussreicher. Sie prägten in erheblichem Maße das Erscheinungsbild der Partei am Vorabend der Wahl 1998, und der vermeintlich technikfeindliche Zeitgeist der 1970er- und 1980er-Jahre diente als willkommene Kontrastfolie. Gerhard Schröder setzte sich beispielsweise nachdrücklich dafür ein, das „technologiekritische Denken" der vergangenen zwei Jahrzehnte hinter sich zu lassen, um die „Innovationsfähigkeit […] unserer Volkswirtschaft optimal zu nutzen".[56] Der „nun tonan-

[50] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, 2/PVEL000179, Positionspapier Michael Müllers „Nachhaltige Entwicklung – von der Idee zur Realität", 10. 5. 1996, Bl. 9.

[51] AdsD, Schäfer, Harald B., 597, Pressemitteilung Volker Hauffs, 3. 5. 1984, Bl. 3.

[52] Möbbeck/Saß/Zoerner, Projekt Moderner Sozialismus, S. 37 f. Susi Möbbeck war zu diesem Zeitpunkt Juso-Bundesvorsitzende, das Papier ist ein Beitrag des linken Hannoveraner Kreises innerhalb der Jusos.

[53] Lafontaine, Sozialismus, S. 38 f.

[54] Vgl. Seefried, Zukunft, S. 286, 293 unter Bezug auf die Kommissionen „Fortschritt '90" und „Fortschritt 2000".

[55] Vgl. u. a. dies., Partei, S. 222.

[56] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000491, Rede Gerhard Schröders auf dem SPD-Kongress „Innovationen für Deutschland" in Düsseldorf, 21. 5. 1997, Bl. 2 f.

gebenden Generation Lafontaine-Schröder-Scharping", wie Lars Tschirschwitz, eine „technologieskeptische[] Haltung" vorzuwerfen,[57] geht angesichts dessen an der Wahrheit vorbei.[58]

Diese grundsätzlich technikbejahende Haltung zeigte sich ganz besonders in der Beurteilung der erneuerbaren Energien.[59] Obwohl die Kritik an jeder Art von Großtechnik ein zentraler Markstein in der Entstehung des modernen Umweltbewusstseins war,[60] wurde die großtechnische Nutzung von erneuerbaren Energien mit euphorischem Pathos begrüßt. Über den möglichen Aufbau eines riesigen Solarparks in Nordafrika und Arabien schwärmte beispielsweise Hermann Scheer schon 1986:

„Was könnte bewegt werden, wenn ein ziviles Großprojekt begonnen würde, bei dem die Hoffnung und Vernunft in Übereinstimmung stehen, das in einem der zentralsten Gegenwartsprobleme einen großen Sprung zu ganz neuen Lösungen verspricht! Ein solches Projekt […] wäre die politische, technologische und wirtschaftliche Umstellung der europäischen Energieversorgung auf Wasserstoff, der mit Hilfe der Solarenergie gewonnen wird. […] Der Aufbau einer solchen Wasserstoff-Versorgung wäre das größte zivile Investitionsprojekt der modernen Weltwirtschaftsgeschichte."[61]

Eine produktivistische Verbindung von Umweltschutz, Wachstumspolitik und technologischem Fortschritt war also keine Neuheit der 1990er-Jahre, sondern in einer starken programmatischen Kontinuität sozialdemokratischer beziehungsweise sozialistischer Politik und Zukunftsvision begründet.[62] Die seit Mitte der 1980er-Jahre zirkulierenden Thesen Ulrich Becks von einer Risikogesellschaft, die das defensive Ziel der Risikovermeidung in modernen Gesellschaften betonten, waren in den theoretisch interessierten Zirkeln der Partei daher überwiegend kritisch gesehen worden.[63] Das Neue der sozialdemokratischen Umweltpolitik bestand lediglich darin, dass ihr integrativer Charakter seit den 1980er-Jahren begrifflich präziser gefasst und mit dem Anspruch eines politischen Großentwurfs verbunden wurde: In Formeln der „ökologischen Modernisierung",[64] der „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft"[65] oder des „Öko-Deals"[66] wurden der Schutz der

[57] Tschirschwitz, Kampf, S. 477.

[58] Die treffendere These vertreten Franz Walter und Peter Lösche. Sie bezeichnen Schröder, Scharping, Lafontaine und Björn Engholm als Unterstützer des „neuen Fortschritt[s]". Vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 128. Zu Aussagen Lafontaines, die denen Schröders stark ähneln, vgl. u. a. AGG, A – Günter Bannas, 137, Rede Oskar Lafontaines auf dem SPD-Perspektivkongress „Zukunft sichern – Zusammenhalt stärken" in Königswinter, 3. 6. 1996, Bl. 6.

[59] Vgl. Brüggemeier, Erfolg, S. 202 f.

[60] Mende, Anti-Parteien-Partei, S. 293; Mende/Metzger, Ökopax, S. 121.

[61] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000313, Rede Hermann Scheers auf dem SPD-Fachkongress „Technik und Zukunft" in Stuttgart, 9. 10. 1986, Bl. 1 f.

[62] Die Euphorie, die mit der großtechnischen Nutzung der Sonnenergie verbunden war, war schon seit Anfang des 20. Jahrhundert virulent und wurde sogar von August Bebel begeistert geteilt. Radkau, Geschichte, S. 419.

[63] Beck, Risikogesellschaft. Vgl. ferner Ziemann, Ulrich Beck, S. 252; Engels, Naturpolitik, S. 14.

[64] Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 4.

[65] [o. V.], Arbeitsbericht, S. 32.

[66] Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Fortschritt, S. 17. Zum „Öko-Deal" vgl. v. a. SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen, S. 24–31.

Umwelt, der technische Fortschritt und die mit ihm verbundenen Wachstumspotenziale nicht als sich ausschließende Pole, sondern ausdrücklich zusammengedacht. Damit wurde jedoch vor allem deutlicher auf den Punkt gebracht, was schon seit den Anfängen der Beschäftigung mit dem Umweltschutz diskutiert worden ist, denn für die oft bemühten Formeln der „Lebensqualität" und des „qualitativen Wachstums" galt Ähnliches.[67] Auch sie waren schon „Konsensformel[n]" gewesen,[68] die die ökologische Wachstumskritik vereinbar machen sollte mit dem „linearen Entwicklungsautomatismus" des Godesberger Programms.[69]

Der materialistische Charakter sozialdemokratischer Umweltpolitik wird ferner durch den Stellenwert individueller Verhaltensweisen innerhalb dieser Konzepte unterstrichen. Rufe nach individuellem Konsumverzicht und einer Veränderung des persönlichen Lebensstils spielten eine untergeordnete Rolle, stattdessen beschränkten sich die Vorschläge in aller Regel auf den Produktionsbereich.[70] Schritte zu einem umweltbewussteren Produktionssystem sollten von denen unternommen werden, die es trugen, also beispielsweise Energieversorgungsunternehmen, damit individuelle Konsummuster so wenig wie möglich verändert werden müssen.[71] Dieser Kurs war tief im Wesenskern der Sozialdemokratie verankert und schon früh von der Parteiführung in diese Richtung gelenkt worden. Willy Brandt hatte dem „Predigen von Enthaltsamkeit und Verzicht" eine klare Absage erteilt, schließlich sei auf der Erde der „Überfluß ja nicht die Regel, sondern immer noch die Ausnahme".[72] Die eigene Wähler:innenschaft wurde, wenn überhaupt, nur in solchen Bereichen zu persönlichen Einschränkungen animiert, in denen es nicht besonders wehtat, beispielsweise im Sinne einer stärkeren Abfallvermeidung oder einem Verzicht auf Kurzstrecken im eigenen Pkw. Forderungen wie die Michael Müllers und Thomas Meyers, „den Wohlstand auch nur vorübergehend einzuschränken" und nach „Verzicht und Selbstbeschränkung"[73] konnten sich zu keinem Zeitpunkt durchsetzen. Lediglich in relativ autonomen Nischen wie beispielsweise in Juso-Hochschulgruppen[74] oder in geschützten, aber auch vergleichsweise

[67] Seefried, Progress, S. 394 f.; dies., Sicherheit, S. 377–379. Vgl. ferner Steber, Hüter, S. 430 f.
[68] Seefried, Partei, S. 209.
[69] Vgl. Rudolph, Sozialdemokratie, S. 490.
[70] Rucht, Anti-Atomkraftbewegung, S. 263; von Oppeln, Linke, S. 299.
[71] Dies war charakteristisch für die Diskussion über das Verhältnis von Umweltschutz und Konsum seit den 1970er-Jahren, wie Sina Fabian mit Bezug auf das Autofahren zeigen konnte, vgl. Fabian, Boom, S. 438 f.
[72] Exemplarisch: AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000290, Rede Willy Brandts auf dem SPD-Fachkongress „Technik und Zukunft" in Stuttgart, 9. 10. 1986, Bl. 6.
[73] AdsD, Engholm, Björn, SPD-Vorsitzender, 1/BEAA000264, Michael Müller/Thomas Meyer: Die Verdrängungsgesellschaft, 1992 oder 1993, Bl. 2 f.
[74] [o. V.], Für eine andere Umweltpolitik, S. 7. Darin: „[V]iele Menschen zeigen durchaus Betroffenheit angesichts der massiven Umweltzerstörung, sind aber nicht bereit, diese Betroffenheit in persönliche Verhaltensänderung umzusetzen. Trotz der erwiesenen Tatsache, dass der Autoverkehr Hauptverursacher des Waldsterbens ist, finden noch immer die Rufer Gehör, die freie Fahrt für freie (?) Bürger fordern. Trotz der erwiesenen Tatsache, dass die Inhaltsstoffe herkömmlicher Waschmittel die Gewässer zum umkippen bringen und Fischsterben auslösen, ist nur ein geringer Teil der Bevölkerung bereit, auf ‚aprilfrische' Handtücher zu verzichten."

praxisfernen Kreisen wie der Grundwertekommission konnte offen die Frage gestellt werden, „wo Verzicht auf Dauer mehr Lebensqualität bedeutet".[75]

No Future? Die Hartnäckigkeit des sozialdemokratischen Zukunftsoptimismus

Die SPD und ihre Wähler:innenschaft waren insofern keine Gegner:innen, sondern Kinder der „Konsumgesellschaft", in der besonders seit den 1980er-Jahren die Konsummuster immer größere Prägekraft für die eigene Individualität gewannen – trotz der vermeintlich allgegenwärtigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen seit der ersten Ölpreiskrise.[76] Dass mit der tendenziell materialistischen Ausrichtung sozialdemokratischer Politik eine nach wie vor große Prägekraft eines grundsätzlich optimistischen Zukunftsbildes verbunden war, läuft einer der gängigsten Thesen der Forschung zur Zeitgeschichte seit den 1970er-Jahren entgegen. Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel konstatierten für diese Zeit nämlich den grundlegenden Bruch des sozial-liberalen Konsenses und seines zuversichtlichen Fortschrittsverständnisses. „Postmodern" sei zum „Schlüsselwort des Zeitempfindens" geworden, die Sicherheit der Boomphase an ihr Ende gekommen und ein weitgehender Utopieverlust, eine „neue Unübersichtlichkeit" eingetreten.[77] In einer Zeit, in der sich die Punkbewegung um die Parole „No future" sammelte, habe sich ein rascher Stimmungsumschwung ereignet, der die Zukunftszuversicht der Boom-Ära unter sich begraben hätte.[78] Die jüngere Forschung weist aber immer häufiger darauf hin, dass sich diese Zeitdiagnosen vor allem auf zeitgenössische Narrative „einer kleinen Minderheit" beziehen. Sie haben sich kaum auf das individuelle Verhalten und Befinden der Bürger:innen ausgewirkt. So hätten sich zum Beispiel in der Phase „nach dem Boom" die Konsummuster kaum zum Negativen verändert, der private Konsum sei vielmehr gestiegen.[79] Formen „alternativen" Konsums, die für große Teile der Umweltbewegung konstitutiv waren, liefen im Sinne eines „green consumerism" in vielen Fällen schlicht auf eine Verlagerung des Konsums auf andere Produkte hinaus, nicht aber auf eine Reduktion des Verbrauchs.[80]

Angesichts dessen ist es nicht überraschend, dass auch das sozialdemokratische Umweltschutzverständnis, vor allem seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, nicht in gleichem Maße die düsteren Zukunftsvisionen und apokalyptischen Katastro-

[75] Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Fortschritt, S. 13, 20.
[76] Vgl. dazu Wirsching, Konsum, insb. S. 331, 338 f., 347–354.
[77] Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 133, 135. Mit explizitem Bezug auf die SPD u. a. Ruck, Utopie, S. 8–10. Der Begriff der „neuen Unübersichtlichkeit" wurde 1985 von Jürgen Habermas geprägt. Vgl. Habermas, Neue Unübersichtlichkeit.
[78] Doering-Manteuffel, Fortschrittsglaube, S. 97–99, 102; Koenen, Jahrzehnt, S. 492.
[79] Vgl. u. a. Fabian, Boom, insb. S. 431–433. Mit Bezug auf den privaten Energieverbrauch, der auch nach den Ölpreiskrisen mehrheitlich anstieg und damit bestehende „Standards der Konsumgesellschaft" eher verfestigte als transformierte, vgl. Gerber, Küche, S. 315, 324.
[80] Vgl. Möckel, Ausstieg, S. 230, 236.

phenerwartungen teilte, die in der Umweltbewegung bisweilen noch zu finden waren.[81] Jeanette Seifferts Analyse der programmatischen Entwicklung der Partei in den 1980ern, die sie unter die Formel „Fortschrittsskepsis und Zivilisationskritik setzten sich durch" stellt,[82] unterschätzt die Resilienz lange gepflegter sozialdemokratischer Zukunfts- und Fortschrittsvorstellungen. So hatte beispielsweise Peter Glotz 1979 noch die „Krise […] der in Europa entwickelten Fortschrittsidee" beklagt,[83] jedoch schon 1985 diese „(unausweichliche) Zerstörung des sozialdemokratischen Fortschritts-Ethos in den letzten Jahrzehnten" rückblickend als „Schwäche" bezeichnet, die eine „Rekonstruktion des Fortschrittsbegriffs" notwendig gemacht habe.[84] Dies korrelierte mit einem gesamtgesellschaftlichen Trend seit Mitte der 1980er-Jahre: Angesichts einer neuen „technischen Revolution", beispielsweise in der Mikroelektronik, breiteten sich ein „neuer Zukunftsoptimismus" und Glaube an die Steuerbarkeit des Fortschritts aus.[85] Auf die Resignation seit den 1970er-Jahren folgte die „Spaßgesellschaft" seit Ende der 1980er-Jahre.[86] Richtig ist zwar, dass „das Vertrauen in die Prognostizierbarkeit von Zukunft" Anfang der 1970er-Jahre bröckelte. Das Ergebnis dieses Nachdenkens über Fortschritt und Zukunft war aber gerade, dass „das Fortschrittsdenken nicht erledigt" war, „sondern Fortschritt neu gedacht" wurde.[87]

Daher erlebten auch die vor allem seit Mitte der 1960er-Jahre in der SPD enorm positiv aufgeladenen Begriffe der „Moderne" und „Modernisierung"[88] nach einer kurzen Pause schon in den 1980er-Jahren eine Renaissance. Nicht umsonst band die Partei ihre programmatische Neuorientierung an das Schlagwort der „ökologischen Modernisierung". Als Hans-Jochen Vogel 1990 das Programm „Fortschritt '90" als „Meßlatte für ein modernes Deutschland" bezeichnete, griff er ebenfalls bewusst einen der zentralen Leitsätze der Reformära unter Willy Brandt auf.[89] Im Folgejahrzehnt wurde der Bezug auf das Konzept der „Modernisierung" zunehmend als politischer Auftrag verstanden. Besonders aus dem Kreis der späteren rot-grünen Regierungsmannschaft waren immer häufiger Warnungen davor zu lesen, dass beispielsweise wissenschaftliche Forschung über neue technische Entwicklungen nicht mehr als „Gutachter für Vetogruppen" fungieren dürften, sondern als „Motor der Moderne" genutzt werden müssten.[90] Der Begriff der „Innovation", der in den Jahren vor der Bundestagswahl eine Schlüsselrolle in der öffentlichen Kommunikation spielte, war dabei zentral. Die Wahlkampagne 1998

[81] Seefried, Zukünfte, S. 491, 497–499; Hünemörder, Frühgeschichte, S. 201–209.
[82] Seiffert, Marsch, S. 265.
[83] Glotz, Staat, S. 476.
[84] AdsD, WBA, A 11.3, 56, Peter Glotz: Zwischenbilanz Mai 1985, 1985, Bl. 3 f.
[85] Conze, Suche, S. 686 f. Ähnlich: Wirsching, Ära, S. 371.
[86] Hennecke, Republik, S. 26.
[87] Seefried, Bruch, S. 245.
[88] Schildt/Schmidt, Einleitung, S. 13 f.
[89] Vogel, SPD, S. 9.
[90] Schröder, Wirtschaftspolitik, S. 72.

drehte sich ganz bewusst um ihn, denn er „[s]etzt positive Vorstellungen frei".[91] Die Rhetorik der rot-grünen Entscheidungsträger nach der Wahl strotzte dann nur vor fortschrittsbezogenen und positiven Vokabeln wie Modernität, Modernisierung, Innovation, Aufbruch und Zukunft.[92]

Arbeit, Umwelt, Fortschritt – Kontinuitäten einer anthropozentrischen Umweltpolitik

Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich die Jahrzehnte nach dem sogenannten Strukturbruch schwerlich nur als Epoche der Resignation oder des Pessimismus beschreiben lassen.[93] In dem Maße, in dem sich ein echter „Bruch" im Fortschrittsverständnis seit den 1970er-Jahren als ein vor allem wahrgenommener und temporärer herausstellt, relativiert sich auch die angebliche Zäsur der 1990er-Jahre. Weder hat sich die Umweltpolitik der SPD in den 1980er-Jahren überdurchschnittlich „postmaterialisiert", noch wurde diese Entwicklung dann in den 1990er-Jahren durch eine forcierte „Ökonomisierung" zurückgedreht. Die Partei hat sich nie wirklich von ihrem „ethos of productionism" verabschiedet, auch nicht im Zuge der Umweltdiskussion.[94] Die systematische Verbindung von Umweltschutz, Wachstum, Modernisierung und technologischem Fortschritt zeigt vielmehr, dass sozialdemokratische Umweltpolitik immer eine zutiefst menschenfixierte, materielle und sowohl auf ökologische wie auch auf ökonomische Ziele ausgerichtete Politik war.[95] Der Schutz der Umwelt war kein Selbstzweck, sondern diente im Sinne einer „anthropozentrisch[en] […] ‚Langzeitökonomie'"[96] der Erhaltung lebensnotwendiger Ressourcen. Er war deswegen gerade nicht, wie häufig behauptet, auf „postmaterialistische Ziele" hin orientiert;[97] ebenso wenig lässt sich die Forderung nach mehr „Lebensqualität" als eine „‚post-materialist' alternative" zum „progress

[91] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Anlage zum Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 15. 12. 1997, Franz Müntefering: Startpositionen zur Bundestagswahl '98, 15. 12. 1997, Bl. 6.

[92] Ther, Ordnung, S. 290. Vgl. exemplarisch Hombach, Aufbruch. Positive Bedeutungszuschreibungen scheint die „Modernität", zumindest in traditionellen SPD-Wähler:innenschichten, erst in Zuge der Globalisierungsprozesse seit der Jahrtausendwende in größerem Ausmaß verloren zu haben. Vgl. diese Ansicht in Münkel, Das moderne Deutschland, S. 231.

[93] Vgl. zuletzt Gotto, Enttäuschung (2018), S. 349. Gotto betont vielmehr den nach wie vor vorhandenen „Veränderungs- und Gestaltungsoptimismus" und bilanziert auf S. 350: „Von einer grundlegenden Rücknahme von Erwartungshorizonten in der politischen Kultur der 1970er und 1980er Jahre kann also kaum die Rede sein."

[94] Padgett/Paterson, History, S. 259.

[95] Uekötter, Ende, S. 104 f. Jens Ivo Engels betont in kritischer Auseinandersetzung mit den Thesen Ulrich Becks und Ronald Ingleharts, dass materielle Themen wie Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik auch nach den 1970er-Jahren noch eine übergeordnete Rolle spielten. Er interpretiert den Umweltschutz „als Teil eines umfassenden Strebens nach Wohlstand". Vgl. Engels, Naturpolitik, S. 17. Ähnlich: Seefried, Zukünfte, S. 263.

[96] AdsD, Hauff, Volker, Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand, 1/VHAA000072, Willi Görlach an Volker Hauff, August 1986, Bl. 6.

[97] So u. a. in Spier/von Alemann, SPD, S. 453. Ähnlich: Lösche/Walter, SPD, S. 124.

paradigm" verstehen.[98] Jens Ivo Engels betont treffend, dass der von Erhard Eppler angestoßene Bewusstseinswandel in der SPD weniger eine „postmoderne" oder „postmaterialistische" Wende bedeutete, da ökonomisches Wohlbefinden ein mindestens gleichberechtigtes Ziel neben immateriellen Bedürfnissen blieb.[99]

Umweltschutz war in sozialdemokratischer Lesart schon immer – mal mehr, mal weniger – ökonomisiert, und die Klammer, mit der der Umweltschutz mit dem klassischen sozialdemokratischen Fortschrittsmodell vereinbar gemacht werden sollte, war die ostentative Verbindung der Werte „Arbeit" und „Umwelt". Demonstrativ oft betonten SPD-Vertreter:innen die grundsätzliche Vereinbarkeit von Umweltschutz und Vollbeschäftigung.[100] Sie bot sich nicht nur an, sie erschien notwendig. Alles andere hätte bedeutet, den identitären Kern der SPD als Partei der Arbeit und damit ihr wichtigstes programmatisches Narrativ aufzugeben.[101] Willy Brandt formulierte zu diesem Zweck 1985 geradezu paradigmatisch die Formel des „integrierten Umweltschutzes":

„[Wir haben] die richtige Entscheidung getroffen […], als wir auf einen sozusagen integrierten Umweltschutz setzten, […] [d]. h. die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen mit der Sicherung der gesellschaftlichen Lebensgrundlagen der arbeitenden Menschen zu verbinden. […] Eine Arbeitswelt, in der der Mensch unmündig und gar zunehmend als Randgröße gehalten wird, eine solche Arbeitswelt ist nicht geeignet, in unserem Volk jenes Denken und Empfinden zu verbreiten, das Voraussetzung ist für einen pfleglichen Umgang mit der Natur. Wer die Natur retten will, der muß gleichzeitig dem Menschen zu Würde und Selbstachtung im Arbeitsprozeß verhelfen. Umweltschutz beginnt am Arbeitsplatz. Umweltpolitik kann Arbeitsplätze schaffen. Umwelt und Arbeit gehören zusammen."[102]

Brandt bezog sich dabei auf das kurz zuvor veröffentliche Umweltschutzprogramm des DGB, das die Formel des „integrierten Umweltschutzes" ebenso bemühte. Dies ist kein Zufall, sondern Signum einer systematischen Kopplung von „Arbeit" und „Umwelt" im sozialdemokratischen Milieu.[103] Zum geforderten „humanen Wachstum" gehörte die „Humanisierung der Arbeit" ebenso wie der Schutz der Umwelt.[104] In die ökologischen Grundsatzbeschlüsse der SPD wurden daher oft Punkte aufgenommen, die mit dem Umweltschutz an sich eigentlich nichts zu tun hatten, wie beispielsweise Forderungen nach einer Arbeitszeitverkür-

[98] Vgl. diese Position bei Faulenbach, Social Democracy, S. 163.
[99] Engels, Naturpolitik, S. 293 f. Ähnlich, das Paradigma eines postmaterialistischen Wertewandels generell hinterfragend: Turowski, Reformdiskurse, S. 133.
[100] So z. B. Hans-Jochen Vogel: „Die Verbesserung des Umweltschutzes und die Wiederherstellung zerstörter Umwelt ist nicht beschäftigungsfeindlich, sondern beschäftigungsfreundlich. Sie vernichtet nicht Arbeitsplätze, sondern schafft sie in grosser Zahl." Vgl. AdsD, Vogel, Hans-Jochen, Reden, Vorträge, Referate, 1/HJVA300035, Rede Hans-Jochen Vogels bei einer Diskussionsveranstaltung mit Betriebs- und Personalräten, 12. 7. 1985, Bl. 21.
[101] Vgl. unter Bezug auf die misslungene Kommunikation der Agenda-Reformen Turowski, Reformdiskurse, S. 320.
[102] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000336, Rede Willy Brandts auf dem SPD-Fachkongress „Arbeit und Umwelt" in Dortmund, 22. 3. 1985, Bl. 4.
[103] Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltschutz, S. 31. Vgl. auch Oelsner, Arbeit, S. 216 f.
[104] Strasser, Ökosozialismus, S. 465. Vgl. dazu Seefried, Zukünfte, S. 287.

zung oder einem besseren Arbeitsschutz.[105] Sie ließen sich, ebenso wie der Schutz der Umwelt, unter dem Begriff der „Lebensqualität" subsumieren. Dadurch konnte der Umweltschutz selbst eine anders akzentuierte Bedeutung erfahren, nämlich als Konzept, das „alle Faktoren [einschließt], die mithelfen, im Erwerbsleben Wohlbefinden zu schaffen".[106] Die Arbeitnehmer:innen waren stets die zentrale Zielgruppe, die die SPD bei ihren Umweltkonzepten im Blick hatte.[107]

Die politikwissenschaftliche Analyse Herbert Kitschelts, dass die „old categories und theorems that have accounted for social democratic party dynamics no longer apply at the end of the twentieth century",[108] geht damit am Kernbefund vorbei, dass jene neuen Theoreme die alten nicht ersetzten, sondern in diese integriert wurden. Vielmehr ist von einer hohen „Kontinuität […] arbeitskultureller […] Deutungsmuster in der Epoche nach dem Boom" auszugehen.[109] Beide Ziele, „Arbeit" und „Umwelt", waren im Sinne einer „umweltorientierten Standortpolitik"[110] stets systematisch miteinander verbunden. Ähnlich undifferenziert wie der Befund Kitschelts liest sich jedoch auch manches geschichtswissenschaftliche Urteil. Wenn Sebastian Nawrat vor allem für die 1990er-Jahre konstatiert, dass das Diktum des „ökologischen Umbaus" zugunsten einer forcierten Wirtschaftspolitik beiseitegeschoben worden sei,[111] dann trifft das die Wahrheit nur zur Hälfte, schließlich war der „ökologische Umbau" schon in den 1980er-Jahren nicht Antipode, sondern integraler Bestandteil eben dieser Wirtschaftspolitik. Treffender wäre die Analyse, dass der „ökologische Umbau" von einem umweltpolitischen *Ziel* immer stärker zu einem *Instrument* sozialdemokratischer Wachstumspolitik wurde. Als die SPD 1998 wieder auf die Regierungsbank zurückkehren wollte, war das deutlich zu erkennen. Sie setzte im Wahlkampf alles auf den programmatischen Slogan „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit", in dessen Verständnis umweltpolitische Investitionen vor allem sekundäre, vom Wirtschaftswachstum und der Vollbeschäftigung abhängige Ziele waren. Im damaligen Wahlprogramm galt die „ökologische Modernisierung" primär als „Basisinnovation für den Wohlstand

[105] Vgl. u. a. AdsD, SPD-Parteivorstand, Stellvertretender Vorsitzender Johannes Rau, 2/PVDF0000268, Pressemitteilung Peter Glotz', 17. 9. 1984, Bl. 3. Darin: „Die SPD wird in ihrer Kampagne bewußt Umwelt und Arbeitsschutz miteinander verbinden. Insofern ist die Kampagne ‚Umwelt und Arbeit' eine konsequente Fortführung der Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung." Im Programm „Fortschritt '90" wurde ebenfalls die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung erhoben, vgl. Lafontaine, Fortschritt '90, S. 10. Vgl. auch Strasser, Anders leben, S. 40. Allgemein zur „Humanisierung der Arbeit" vgl. Seibring, Humanisierung sowie zuletzt Kleinöder/Müller/Uhl, Humanisierung und Fuhrich, Humanisierung. Vgl. auch Meyer, Ökologiediskussion, S. 82–84; Seefried, Partei, S. 219.

[106] Geijer, Umweltschutz, S. 377. Arne Geijer war Vorsitzender des Schwedischen Gewerkschaftsbundes. Vgl. ferner Süß/ Süß, Zeitgeschichte, S. 352–354.

[107] Vgl. exemplarisch die Ausführungen in AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie, 2/PVAC0000002, Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, 19. 10. 1981, Bl. 25 f.

[108] Kitschelt, Transformation, S. 1.

[109] Süß, Sieg, S. 126. Vgl. auch Neuheiser, Wertewandel, S. 163–167.

[110] Unter direktem Bezug auf Willy Brandt bei Hennig, Ökologie, S. 115.

[111] Nawrat, Überraschungscoup, S. 164.

des 21. Jahrhunderts", die „die Weichen für neue und sichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert" stellen sollte.[112]

Die in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten erarbeitete systematische Verbindung von „Arbeit" und „Umwelt" hatte ein so stark ökonomisiertes Ökologieverständnis möglich gemacht. Eine instrumentelle Beziehung zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum wurde auch gar nicht geleugnet. So hatte Oskar Lafontaine 1996 mit seiner Behauptung „Wirksamer Umweltschutz ist die unverzichtbare Grundlage für nachhaltigen Wohlstand und für zukunftssichere Arbeitsplätze."[113] lediglich eine Gedankenfigur präzisiert, mit der die Ökologie bereits seit den 1970er-Jahren denen in der SPD schmackhaft zu machen versucht wurde, die sich mit dem vermeintlich postmaterialistischen Modethema nur schwer anfreunden konnten. Doch dieser positive Begründungszusammenhang könnte genauso gut umgedreht werden: Ohne die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung gibt es keinen Spielraum für den Schutz der Umwelt. Diese negativ konnotierte Gedankenfigur, in der der Umweltschutz seine Notwendigkeit aus der Verbindung zu anderen Politikzielen gewann, durchzog, wenn auch nie explizit ausgesprochen, beinahe jeden umweltpolitischen Vorschlag der Partei.

So ist die Frage durchaus erlaubt, ob die Werte „Arbeit" und „Umwelt" durch die Konjunktion „und" – wie es insbesondere in den Konzepten seit den 1980er-Jahren regelmäßig zu lesen war – tatsächlich treffend verbunden wurden. „Arbeit" und „Umwelt" waren oft nur auf der rhetorischen Ebene zwei gleichrangige politische Ziele und die Formeln „qualitatives Wachstum" sowie „Qualität des Lebens" vor allem „slogans and sound bites", die schwer in die Praxis umzusetzen waren.[114] Schon zeitgenössisch war so manches Urteil zu lesen, dass „der Gedanke, Ökonomie und Ökologie seien kein Widerspruch, sondern ließen sich versöhnen" in erster Linie „ein in Sonntagsreden gern vorgetragenes Glaubensbekenntnis" und „Wunschdenken" sei. „Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht versöhnen, ihr Konflikt läßt sich nur mildern."[115]

So sehr, wie stets die Wachstumspotenziale und Arbeitsmarktchancen hinter einer „ökologischen Modernisierung" betont wurden, wäre die Formel „Arbeit *durch* Umwelt" angebrachter. Sie wäre zudem Ausdruck der Tatsache, dass im Fortschritts- und Zukunftsverständnis der SPD seit den 1970er-Jahren ebenfalls die Kontinuitäten über die Brüche überwogen. Der rasante Aufstieg der Umweltbewegung wurde zum Anlass genommen, das klassisch-sozialdemokratische, lineare Fortschrittsmodell auf Herz und Nieren zu prüfen. Zum einen gab es jedoch

[112] Vgl. Öffentlichkeitsarbeit Vorstand der SPD (Hrsg.), Regierungsprogramm 1998, S. 57. Dort heißt es auf S. 15 paradigmatisch: „Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit – das steht im Zentrum unserer Politik."

[113] AGG, A – Günter Bannas, 113, Rede Oskar Lafontaines auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft. Zum 100. Geburtstag von Willi Eichler", 7. 2. 1996, Bl. 8.

[114] Eley, Democracy, S. 468. Zeitgenössisch kritisierte auch Klaus Traube das „qualitative Wachstum" als „realitätslose Redewendung". Vgl. Traube, Industrialisierungskritik, S. 115.

[115] Schütze, Ökonomie, S. 731 f.

große und einflussreiche Kreise in der Partei, die dies eher widerwillig taten, und zum anderen blieb, in der Summe, die Notwendigkeit einer materiellen und ökonomischen Grundierung des neuen Zielwerts der Lebensqualität nicht verhandelbar. Ein positiver Blick auf die Zukunft und die Potenziale der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung waren und blieben die Basis jeglicher sozialdemokratischer Politik im Dienste der Arbeitnehmer:innen, die „Wohlstandsvermehrung für die breite Bevölkerungsschicht" ihr „historische[r] Auftrag".[116] Im Zuge einer „(re-)invention of the future" wurde die Beziehung zwischen Zukunftsfähigkeit und Umweltschutz zwar neu verhandelt und das eigene Reformverständnis dementsprechend angepasst,[117] was aber eben nicht zu einem grundsätzlichen Bruch im sozialdemokratischen Zukunftsverständnis führte. Oder, wie es Volker Hauff für die SPD-Ökologiekommission formulierte: „Wir sind nicht die Partei der Apokalypse, wir meinen aber auch nicht, der geschichtliche Fortschritt sei gesetzmäßig vorgegeben. Wir wollen auch in der Umweltpolitik die Partei der Hoffnung sein, indem wir nicht einer blinden, naiven Hoffnung, sondern einer realistischen Zuversicht Raum geben. […] Sozialdemokraten sind mit Ernst Bloch: ‚Ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern'."[118]

2. Arbeitnehmer:innenpartei der linken Mitte statt links-alternative Öko-Partei: sozialdemokratische Zielgruppenansprache im Zeichen der Umweltkrise

Sozialdemokratische Identität(en)

Angesichts dessen stellt sich die weitere Frage, wer mit dieser wachstumsorientierten Umweltpolitik eigentlich angesprochen werden sollte. Eine Idee zu finden, die sowohl die sozialdemokratische Kernklientel der Arbeiter:innen, Arbeitnehmer:innen sowie kleiner und mittlerer Angestellten als auch die Randwähler:innengruppen links wie rechts auf ein gemeinsames politisches Projekt ausrichtet, erwies sich als schwierig. Eine dieser Randwähler:innengruppen war die vermeintlich postmaterialistisch eingestellte Grünen-Klientel, von denen viele einst „Fleisch vom Fleische" der SPD waren. Gab es einen Weg, diese wieder an die SPD zu binden, ohne die vor allem an materiellen Fragen ausgerichteten sozialdemokratischen Kernwähler:innenschichten zu verprellen? Konnte es überhaupt das Ziel sein, den Grünen in ihrem eigenen Metier Konkurrenz zu machen, wäre da-

116 Fuchs, Mut, S. 189. Diese Kontinuitäten ebenfalls betonend, bis zurück ins Kaiserreich: Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 14 f.

117 Vgl. Geyer, Gaps, S. 40, 55.

118 AdsD, SPD-Parteivorstand, Kommission für Umweltfragen und Ökologie – Thesenpapiere, Protokolle, 2/PVAC0000002, Volker Hauff: Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, 19. 10. 1981, Bl. 6.

mit nicht endgültig der „Abschied vom Proletariat“,[119] der „Abschied von der Arbeiterbewegung“[120] vollzogen worden?

Der Erfolg der SPD bei den Bundestagswahlen 1998, mit dem diese Untersuchung schließen wird, lag auch darin begründet, dass das Konzept der „neuen Mitte“ bewusst auf die Definition einer eindeutigen Zielgruppe verzichtet hatte. Jeder konnte potenziell ein:e Sozialdemokrat:in sein, was gleichzeitig auch die Bedeutung ökologisch motivierter Wähler:innen relativierte. Diese Beobachtung provoziert jedoch einige grundsätzliche Fragen an die Entwicklung in den Jahrzehnten zuvor: War dies ein Phänomen der „Marktsozialdemokratie“ in den 1990er-Jahren? Oder war der „integrierte Umweltschutz“ schon vorher weniger als Angebot an die immer größer werdende Gruppe der Grünen-Wähler:innen gedacht, sondern an die „klassische“ sozialdemokratische Klientel? Und welche Rolle spielte eigentlich die traditionelle Bindung der SPD an die Gewerkschaften – waren diese die Verliererinnen der „Ökologisierung“ der SPD, oder prägten sie weiterhin Selbstverständnis und Identität der Sozialdemokratie?

Was unter den sich wandelnden Bedingungen genau eine „sozialdemokratische Identität“ ausmacht, war schon früh eine Streitfrage gewesen. Bereits in der Endphase der sozial-liberalen Koalition entbrannte nämlich ein Konflikt darüber, für wen die Partei eigentlich Politik machen will. Er wurde durch das grundsätzliche Problem angeheizt, dass unklar war, wie genau sich vor allem individuell und subjektiv verstandene „Identitäten“, wie sie in den Bürger:inneninitiativbewegungen vorherrschend waren, unter dem Dach der SPD verbinden lassen – oder anders gesagt: ob es ein politisches Ziel geben kann, das die verschiedenen, partikularen und fragmentierten Gruppen mit dem Großkollektiv der Sozialdemokratie vereint.[121] Besonders Willy Brandt war schon früh bemüht darum, die Partei in die Breite zu öffnen und damit Integrationsangebote an diejenigen zu machen, die mit den neuen sozialen Bewegungen liebäugelten. Dieser Integrationskurs stieß insbesondere in der Regierung auf Vorbehalte, würde der Vorsitzende doch damit, so Hans Apel, „die Flucht vieler Genossen in das Land der Illusionen“ fördern.[122]

Die sich immer stärker abzeichnende Entfremdung großer Teile der Partei von der Regierung ließ sich aber kaum noch verheimlichen, und bald wurde dieser Streit auch in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Anlass war Willy Brandts Rede auf

[119] Gorz, Abschied. Neben der ideologischen Ebene meint der Topos des „Abschieds von der Proletarität“ ein Zusammenschmelzen des proletarischen Klassenbewusstseins inklusive seines spezifischen Lebensstils, seiner Wert- und Milieuvorstellungen in Zuge des sozialen Aufstieges vieler Arbeiter:innen. Vgl. Wirsching, Geschichte, S. 101.

[120] Diese These kritisch diskutierend vgl. Grebing, Helga, „Abschied von der Arbeiterbewegung“ – Ein international vergleichbares Phänomen in nachindustriellen Gesellschaften? Vortrag auf der Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung der Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung e. V. in der Ruhr-Universität Bochum, 23. 10. 1986, in: library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1987/1987-02-a-076.pdf (letzter Zugriff am 24. 12. 2019).

[121] Vgl. zu den „new politics of identity” Eley, Democracy, S. 472–476.

[122] Apel, Abstieg, S. 112. Apel bezog sich dabei auf das Jahr 1979.

dem Symposium zum zehnten Todestag von Willi Eichler zum Thema „Sozialdemokratische Identität" im Dezember 1981. Brandt sprach sich für eine Öffnung der Partei gegenüber neuen, außerparlamentarisch wirkenden und fortschrittlich orientierten Gruppen aus. Die SPD müsse als „soziales Bündnis" für Gruppen jenseits der Arbeiterklasse attraktiv bleiben:

„[D]iese Strömungen [streben nichts an], was den Zielen des demokratischen Sozialismus fremd sein müßte. Sie wehren sich gegen den ungesteuerten Triumphzug einer Technik, die die Natur und erhaltenswerte Wohnformen zerstört. […] Sind es nicht auch unsere eigenen Ziele? […] Drückt sich denn da nicht eben etwas von jenem Prinzip ‚Mehr Demokratie wagen' aus, das ich selbst zum Motto nahm, als wir 1969 darangingen, den verkrusteten CDU-Staat umzuformen? […] [W]ir sollten uns nicht gegen Menschen in Stellung bringen, die letzten Endes nichts anderes wollen als wir – und was sogar in unserem Programm steht."[123]

Noch in der Diskussion auf dem Podium zeigte sich, dass diese Thesen nicht unwidersprochen bleiben würden, auch wenn viele Teilnehmende die Ansichten Brandts teilten. Vehementer Widerspruch wurde beispielsweise von Holger Börner geäußert, der sich gegen die Trennung in konservative und fortschrittliche Sozialdemokrat:innen wehrte: „Ist es denn eigentlich unmoralisch, daß Menschen, die sich nach diesem Krieg in dreißigjähriger harter Arbeit etwas geschaffen haben, […] konservativ werden und dieses behalten wollen?"[124] Er sprach damit das Grundproblem der Auseinandersetzung an, ob sich nämlich die Sozialdemokratie mit den materiellen Interessen der Arbeitnehmer:innen identifizierte oder mit den fortschrittsorientierten, jungen und reformwilligen Teilen der Umwelt- und Alternativbewegung.

Die gleiche Frage stellte sich Richard Löwenthal, Politikwissenschaftler und Mitglied der Grundwertekommission, und machte die bis dahin vergleichsweise harmlose Rede Brandts zu einem Politikum. Löwenthal warnte in der „Neuen Gesellschaft" davor, um die Integration der „Randgruppe der Aussteiger" willen auf eine „klare Entscheidung zugunsten der arbeitsteiligen Industriegesellschaft" zu verzichten. Die SPD müsse „ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des Rechts auf Arbeit begrenzen. […] Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt von der klaren Herausstellung ihrer Identität als einer Partei der demokratischen und sozialen Fortentwicklung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ab."[125] Löwenthal stand mit seiner Auffassung nicht allein. Er hatte sie überhaupt erst nach Anregung Annemarie Rengers und auf Bitten des Seeheimer Kreises niedergeschrieben. Noch bevor seine Entgegnung auf Brandt veröffentlicht wurde, ließ Renger zu seiner Unterstüt-

[123] Brandt, Sozialdemokratische Identität, S. 1066 f.

[124] [o. V.], Eichler-Symposium, S. 1076. In einem Brief an Brandt warnte Börner vor einem „falsche[n] Einschätzen der Bewegungen am links-grünen Rand". Die „Masse der modernen Mittelschichten" sei nach wie vor „eher statusorientiert und materialistisch". AdsD, WBA, A 11.3, 46, Holger Börner an Willy Brandt, 11. 12. 1981, Bl. 2.

[125] Löwenthal, Identität, S. 1089. Vgl. Gebauer, Richtungsstreit, S. 173–179; Potthoff/Miller, Geschichte, S. 264 f. Der Topos der „Aussteiger" wurde seit Anfang der 1980er-Jahre regelmäßig verwendet, um die Grünen und ihre Anhänger:innenschaft zu diskreditieren. Vgl., mit Bezug auf Richard Löwenthal, Sedlmaier, radikale Linke, S. 183, 198.

zung knapp 50 Unterschriften sammeln, darunter auch die einiger Gewerkschaftsvorsitzender. Unterstützung bekam Renger außerdem von einigen Spitzengenossen, unter anderem Heinz Rapp, Egon Franke, Herbert Ehrenberg, Hermann Rappe, Georg Leber, Adolf Schmidt und Herbert Wehner.[126] Helmut Schmidt hatte das Papier zwar nicht unterschrieben, verteidigte Löwenthal aber gegenüber der Fraktion und dem Parteivorstand.[127] Die „Umweltidioten"[128] und „Schnittlauch-Rancher"[129] aus der Umweltbewegung waren aus der Sicht Schmidts kaum vereinbar mit der Identität der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit, einer „originären Arbeiterpartei".[130]

Obwohl Löwenthal Brandt seine Argumente vorab schon zukommen ließ[131] und dieser sie als „überholt" bezeichnet hatte,[132] ließ Löwenthal den Text in der „Neuen Gesellschaft" veröffentlichen. Prompt bildeten sich zwei Lager: pro Brandt und pro Löwenthal. Brandt gewann die Auseinandersetzung am Ende deutlich. Die Bundestagsfraktion stellte sich überwiegend auf seine Position[133] und vor allem ökologisch sensibilisierte Sozialdemokraten sprangen dem Vorsitzenden öffentlich bei, so beispielsweise Oskar Lafontaine oder Peter von Oertzen.[134] Die Briefe einfacher Mitglieder, die der Parteivorsitzende bekam, zeugten in der überwiegenden Mehrheit ebenfalls von Sympathie mit Brandts Thesen: „Mensch und Genosse Brandt, bleib bei Deiner Linie und laß Dich nicht beirren. Die SPD ist eine Volkspartei, nicht mehr nur eine Arbeiterpartei, deren Rechte inzwischen verankert sind […]."[135] Auch innerhalb des Parteivorstandes war Brandts Position gefestigt. Herbert Wehner erklärte auf der nächsten Vorstandssitzung kleinlaut, dass er „mit seiner Unterschrift unter das Thesenpapier keinerlei Kritik an Willy Brandt beabsichtigt habe". Er hätte seinen Namen nicht auf die Unterschriftenliste gesetzt, wenn er gewusst hätte, dass Löwenthals Thesen veröffentlicht werden[136] – ein Manöver, das an der Basis als „geradezu peinlich" aufgefasst wurde, schließlich

126 Vgl. u. a. Miard-Delacroix, Willy Brandt, S. 179; Rudolph, Einleitung, S. 51 f.; Merseburger, Willy Brandt, S. 789–791; Glotz, Heimat, S. 207; ders., Kampagne, S. 116 f., 120.

127 Schmidt, Weggefährten, S. 127 f. Gunter Hofmann behauptet, Schmidt habe das Papier unterschrieben, was er aber nicht belegt. Vgl. Hofmann, Helmut Schmidt, S. 343.

128 Diesen Begriff soll Schmidt 1981 in einem Gespräch mit verschiedenen Gewerkschaftsvorsitzenden im Kanzleramt verwendet haben, vgl. Glotz, Heimat, S. 194.

129 Zit. nach Fuchs, Mut, S. 193.

130 Nr. 652. Helmut Schmidt an Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, Bonn, 11. 11. 1982, in: Brandt/Schmidt (Hrsg.), Briefwechsel, S. 917–923, hier: S. 921. Vgl. zur Haltung Schmidts auch Faulenbach, Jahrzehnt, S. 609 f.

131 AdsD, WBA, A 11.2, 119, Richard Löwenthal an Willy Brandt, 5. 11. 1981.

132 AdsD, WBA, A 11.2, 119, Willy Brandt an Richard Löwenthal, 25. 11. 1981.

133 Vgl. Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 3, S. 545.

134 Vgl. ein Rundfunkinterview mit Lafontaine in ebenda, S. 631.

135 AdsD, WBA, A 11.10, 270, Ralf Jacoby an Willy Brandt, 8. 12. 1981. Ähnlich: AdsD, WBA, A 11.6, 40, Parteiausschuss der Nürnberger SPD an Willy Brandt, 11. 12. 1981; AdsD, WBA, A 11.2, 126, Cornelie Wolgast-Sonntag an Willy Brandt, 12. 12. 1981.

136 AdsD, HSA, SPD-Parteivorstand, 1/HSAA006310, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 7. 12. 1981, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 7. 12. 1981, Bl. 8.

war Wehner Chefredakteur der „Neuen Gesellschaft".[137] Die Grundwertekommission schlug sich ebenso auf die Seite Brandts. In ihrem Papier „Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens" zog sie letztlich den optimistischen Schluss, dass die Erwartung nicht unbegründet sei, dass „eine Einigung und Verständigung zwischen ihnen [junge Generation, ökologische Bewegung und demokratischer Sozialismus] ein tragfähiges soziales Bündnis in wichtigen gesellschaftlichen Fragen stiften könnte". Die Kommission interpretierte den Begriff der Arbeiterbewegung ähnlich wie Brandt weniger in einem industriell-materiellen als in einem gesellschaftlich-progressiven Sinn.[138]

Die Gewerkschaften: wichtigste Partnerinnen und Veto-Spielerinnen

Entscheidender war jedoch, dass die zukünftige sozialdemokratische Wähler:innen- und Mitgliederansprache eher einer Mischung zwischen der Position Brandts und der Löwenthals folgen sollte. Eine der wichtigsten Konstanten in der Ausrichtung sozialdemokratischer Umweltpolitik war die bewusste Rücksichtnahme auf die „klassische" SPD. Zwar ist nicht zu leugnen, dass die „typischen" Arbeiter:innen im Vergleich einen immer kleineren Anteil an SPD-Wähler:innen und -Mitgliedern stellten. Schon Ende der 1970er-Jahre waren nur noch 42% der Mitglieder Arbeiter:innen, dafür aber 52% Angestellte und Beamt:innen. Von den Funktionsträger:innen gehörten sogar nur 10% zur Arbeiter:innenschaft.[139] Sowohl SPD als auch Gewerkschaften spürten die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, vor allem den Rückgang an tarifgebundenen Arbeitsplätzen in der Industrie und die rasante Zunahme an Dienstleistungsberufen und Angestelltenverhältnissen[140] – zwischen 1973 und 1984 sind in der Bundesrepublik allein zwei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen.[141]

Für die SPD war dieser Prozess doppelt gefährlich: Er dünnte die eigene Kernklientel immer weiter aus, aber auch die der Gewerkschaften, zu denen lange Zeit beinahe symbiotische Beziehungen bestanden. Die „goldene Ära" des Rheinischen Kapitalismus der 1950er- und 1960er-Jahre war vorbei, der Wohlfahrtsstaat geriet unter Druck und der wirtschaftliche Strukturwandel veränderte die Beschäftigtenstruktur nachhaltig. Bis Anfang der 1970er-Jahre war es noch gelungen, in vielen Branchen massive Lohnzuwächse und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer:innen zu erstreiten. Danach sank jedoch der Einfluss der Gewerk-

[137] Vgl. AdsD, WBA, A 11.6, 40, Hans-Werner Steube an Willy Brandt, Peter Glotz, Herbert Wehner und Annemarie Renger, 8. 12. 1981, Bl. 3. Steube war Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Südpfalz. Wehner trat Anfang 1982 von diesem Amt zurück. Vgl. Meyer, Herbert Wehner, S. 434; Rudolph, Sozialdemokratie, S. 491.

[138] Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S. 55.

[139] Vgl. u. a. Lösche/Walter, SPD, S. 81–84; Münkel, Zinne, S. 77 f.; Spier/von Alemann, SPD, S. 454 f.

[140] Vgl. u. a. Ruck, Tanker, S. 268; Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 182.

[141] Wirsching, New Europe, S. 384.

schaften in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.[142] Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war in der Nachkriegszeit zunächst sehr hoch gewesen, ab 1978 sank er jedoch stetig, bis 1990 pendelte er sich bei etwa 30% aller Beschäftigten ein. Er blieb vor allem in den alten Industrien mit großem Anteil an qualifizierten Facharbeiter:innen hoch, während er in den aufstrebenden Branchen, beispielsweise im privaten Dienstleistungsbereich, niedrig blieb. Damit wurden gerade diejenigen Beschäftigtengruppen immer weniger von den Gewerkschaften erreicht, die im Zuge des wirtschaftlichen Strukturbruchs an Bedeutung gewannen.

Der Anteil junger und weiblicher Mitglieder sank ebenso deutlich. Durch den sozialen Aufstieg vieler Arbeiter:innen und Arbeitnehmer:innen in den Vorjahrzehnten verschwanden außerdem klassisch „proletarische" Lebenswelten fast vollständig. Damit löste sich das sozial-moralische Milieu auf, in dem die Gewerkschaften traditionell den größten Einfluss hatten. Nach dem Machtwechsel 1982 verschlechterten sich zudem die Beziehungen zur Bundesregierung deutlich. Die neue Regierung unter Helmut Kohl bemühte sich um eine Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und einen Rückgang der Sozialleistungen, was gewerkschaftlichen Interessen diametral zuwiderlief. Dies führte unmittelbar nach dem Machtwechsel zu einem neuerlichen „Schulterschluss" zwischen den Gewerkschaften und der SPD.[143]

Die Gewerkschaften litten unter den Folgen des „Strukturbruchs": der steigenden Auflösung fordistischer Produktionsstrukturen, der Massenarbeitslosigkeit als Dauerphänomen, der Überlagerung eigener Zielsetzungen durch neue, „postmaterialistische" Werthaltungen und der hohen gesellschaftlichen Sensibilität für ökologische Fragen. Im verschärften internationalen Wettbewerb nach 1990 standen Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen angesichts von „Deregulierung", „Flexibilisierung" und „Digitalisierung" vor Problemen, die erst nach gewisser Zeit voll erkennbar werden sollten. Die Zahl der Mitglieder stieg nach der Wiedervereinigung zwar zunächst deutlich an, insgesamt verlor der DGB aber zwischen 1991 und 2012 48% seiner Mitglieder. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD gestaltete sich ebenfalls zunehmend schwieriger, was beispielsweise 1988 deutlich wurde, als Oskar Lafontaine ein Konzept vorlegte, das eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich vorsah.[144]

Es wäre zu vermuten, dass die voranschreitende Neuausrichtung der SPD in ökologischen Fragen ein weiterer zentraler Grund für die gestiegene Distanz zwischen SPD und Gewerkschaften war.[145] Während des gesamten Untersuchungszeitraums lassen sich jedoch viele gezielte und erfolgreiche Einflussnahmen von

[142] Reitmayer, Gewinner, S. 8, 16 f., 23.
[143] Padgett/Paterson, History, S. 218.
[144] Schönhoven, Geschichte, S. 61, 71–75, 76 f., 78; Schneider, Geschichte, S. 363–367, 372 f., 377–379, 385, 425–427, 466; Greef, Gewerkschaften, S. 687, 703, 743; Eley, Democracy, S. 407. Zu den Auswirkungen der Auflösung traditioneller gewerkschaftlicher Milieus vgl. insbes. Lorenz, Gewerkschaftsdämmerung, S. 106–109, 149–156.
[145] Vgl., dementsprechende Forschungsthesen zusammenfassend, Schroeder/Keudel, Akteure, S. 63.

Gewerkschaften auf die umweltpolitische Linie der SPD und eine enge Kooperation beider Organisationen nachweisen. Dies konnte in beide Richtungen geschehen: entweder zugunsten einer weiteren, wenn auch spezifisch sozialdemokratischen Profilierung im Umweltbereich oder in stärker bremsender Funktion. Dies spiegelt wider, dass es innerhalb des Gewerkschaftslagers sehr unterschiedliche Haltungen in Ökologiefragen gab. Vor allem diejenigen aus der Chemieindustrie und dem Bergbau versuchten, eine zu starke Annäherung an die Umweltbewegung und mögliche Koalitionen der SPD mit den Grünen zu verhindern. Die IG Metall hingegen bemühte sich etwas deutlicher, das Umweltthema in den Gewerkschaften zu verankern. Die Gewerkschaften aus dem Dienstleistungsbereich, beispielsweise die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) und die IG Druck und Papier standen ökologischen Forderungen schon vergleichsweise früh offen gegenüber und sympathisierten in Teilen mit der gewerkschaftlichen Anti-AKW-Initiative „Aktionskreis Leben". In der ÖTV bestand ein „faktische[s] Patt" zwischen Gegner:innen und Befürworter:innen der Kernkraft.[146]

Noch lange bevor es ein offizielles SPD-Umweltprogramm gab, hatte der DGB 1974 ein solches verabschiedet und veröffentlicht. Mit der darin geäußerten Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise bei grundsätzlicher Verteidigung des Industrialismus waren bereits wichtige Prämissen eines sozialdemokratischen Ökologieverständnisses formuliert. Das neue Grundsatzprogramm des DGB von 1981 widmete sich erstmals konkret den Fragen des Umweltschutzes. Auch hier waren die Gewerkschaften schneller als die SPD, die sich erst 1989 ein neues Grundsatzprogramm gab.[147] Die Mechanismen, die zu solchen (wenn auch vorsichtigen) Neupositionierungen führten, waren jedoch ähnliche wie in der Sozialdemokratie, denn oftmals reagierten die Gewerkschaftsvorstände damit auf steigenden Unmut an der Basis. Vor allem die Atomfrage riss oftmals einen Graben mitten durch die eigene Mitgliederschaft.[148]

Auffällig war ferner, wie sehr die Umweltgremien von SPD und Gewerkschaften sich in ihrer Arbeit aneinander orientierten.[149] Sozialdemokratische Umweltpolitik war nicht gegen die Gewerkschaften und ihre Klientel gerichtet, sondern wurde in enger Abstimmung mit ihnen ausgearbeitet. Letztlich gingen mit dieser Nähe zu gewerkschaftlichen Positionen in vielen Fällen Modifizierungen umweltpolitischer Positionen einher, die aus Rücksicht auf die Wähler:innenschaft im produzierenden Gewerbe erfolgten. Vor allem Sozialdemokrat:innen des Regierungs- und Gewerkschaftsflügels ließen keinen Zweifel daran, für wen sie Politik machen wollten. Georg

146 Vgl. Andresen, Sieger, S. 356; Schneider, Gewerkschaften, S. 448 f.; Mohr, Gewerkschaften, S. 138, 140, 297, 363.
147 Abteilung Gesellschaftspolitik DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltprogramm; Schneider, Geschichte, S. 402.
148 Vgl. Gaumer, Wackersdorf (2018), S. 145.
149 Kempter, Gefolgschaft, S. 292.

Leber brachte dies beispielhaft zum Ausdruck: „Der arbeitslose Stahlkocher in Dortmund steht uns näher als der grüne Kernkraftgegner in Hamburg."[150] Organisatorischer Ausdruck dieser traditionell engen Bindung war die Einrichtung des Gewerkschaftsrates 1968, in dem in regelmäßigen Abständen Vertreter:innen von SPD und der Einzelgewerkschaften im DGB sowie der AfA zusammentrafen.[151] In Richtung Umweltbewegung gab es kein vergleichbares Format.

Wie sehr sich diese organisatorischen Verbindungen auf konkrete politische Entscheidungen auswirken konnten, hatte sich zunächst in der Kernenergiepolitik gezeigt. Mit Rücksicht auf die Gewerkschaften wurden ökologische Vorbehalte in der Energiepolitik bis 1982 stets so formuliert, dass sie eine Nutzung der Kernenergie nicht grundsätzlich ausschlossen. So hatten sowohl beim Hamburger als auch beim Berliner Parteitag 1977 und 1979 die vom DGB und der IG Bergbau und Energie im Vorfeld formulierten Positionen großen Einfluss auf die letztliche Ausgestaltung des Entsorgungsjunktims.[152] In der Person Adolf Schmidts, dem „schweigsame[n] Pate[n] im Hintergrund", der sowohl in seiner Funktion als Parteivorstandsmitglied und stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag als auch Vorsitzender der IG Bergbau und Energie enormen Einfluss auf die Parteilinie ausüben konnte,[153] bündelten sich diese Überschneidungen auch personell. Schmidt sorgte letztlich dafür, dass die Linie der Kernkraftgegner:innen entscheidend abgeschwächt werden konnte (vgl. Kap. II. 2.).[154]

Zum „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom", in dem sich der gewerkschaftlich orientierte Widerstand gegen die Kernkraft organisierte,[155] bestanden seitens der Parteiführung nie besondere Beziehungen oder regelmäßiger Austausch. Vielmehr sah der Aktionskreis in den Entscheidungsgremien der SPD seine Gegnerinnen, wie ein Demonstrationsaufruf anlässlich des Berliner Parteitages 1979 beweist, der der Parteiführung eine „Verhöhnung […] der SPD-Mitglieder" vorwarf.[156] Für die Parteispitze blieb der regelmäßige Kontakt zu den

[150] Georg Leber, Stahlkocher wichtiger als Atomgegner, in: BILD, 9. 7. 1982, S. 2.

[151] Geyer, Rahmenbedingungen, S. 18 f.; Boyer, SPD, S. 55; Faulenbach, Social Democracy, S. 159 f.

[152] Zur gezielten Zusammenarbeit zwischen Regierungsflügel und Gewerkschaften auf den Parteitagen 1977 und 1979 vgl. Gebauer, Richtungsstreit, S. 173 f.

[153] Glotz, Heimat, S. 190. Vgl. ferner Häusler, Traum, S. 125 f. Schmidt war zudem Aufsichtsratsmitglied der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der VEBA. Er war damit ein konstantes Ziel von Kritik aus der Umweltbewegung. Vgl. Jürgen Hogrefe, Auf nach Buschhaus! Proteste gegen die Schwefelschleuder, in: Umweltmagazin, April/Mai 1984, S. 34 f., hier: S. 34.

[154] Zur Nähe der Regierung Helmut Schmidts und des rechten Parteiflügels zu den Gewerkschaftsvorsitzenden im Allgemeinen vgl. Padgett/Paterson, History, S. 202 f.

[155] Er beteiligte sich auch an den großen Kernkraft-Demonstrationen Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre. Vgl. FU Berlin, UA, APO-S, AKW-Zentral II, 46, Demonstrationsaufruf des „Aktionskreis Leben" gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf, 1981. Der Aktionskreis war auch mit einer eigenen Hütte im Hüttendorf der „Republik Freies Wendland" vertreten. Vgl. Zint (Hrsg.), Republik, S. 57.

[156] FU Berlin, UA, APO-S, AKW-Zentral II, 46, Demonstrationsaufruf des gewerkschaftlichen „Aktionskreises Leben" im Vorfeld des SPD-Bundesparteitages in Berlin 1979, 1979. Vgl. auch Mohr, Gewerkschaften, S. 141.

Führungsgremien der Gewerkschaften wesentlich wichtiger. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 hatte sich die SPD dazu entschlossen, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie aussteigen zu wollen. Dies war, vor allem verglichen mit den Sofortausstiegsszenarien der Grünen, relativ moderat, und nicht ohne Grund. Vor allem in energiewirtschaftlichen Gewerkschaften und den Betriebsräten der Kernkraftwerksanlagen gab es erheblichen Widerstand gegen den Ausstiegsbeschluss.[157] Zwar hatte sich der DGB ebenso für einen Ausstieg „so rasch wie möglich" ausgesprochen – ohne jedoch zu konkretisieren, was dieses „so rasch wie möglich" genau bedeute.[158]

Die während der 1980er-Jahre entwickelte Strategie der „ökologischen Modernisierung" wies ebenso kaum zu übersehene Schnittmengen mit den gewerkschaftlichen Diskursen auf. So veröffentlichte der DGB-Bundesvorstand 1985 sein Programm „Umweltschutz und qualitatives Wachstum",[159] 1986 trat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem „Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft" an die Öffentlichkeit – beide Programme waren sich überaus ähnlich.[160] Die SPD-Konzepte wurden gar unter bewusster Bezugnahme auf das DGB-Programm nachgebessert: Im „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" von 1984 (vgl. Kap. IV.1.) waren zunächst, anders als im DGB-Konzept, keine Pläne für einen Altlastensanierungsfonds unter finanzieller Zwangsbeteiligung der Industrie vorgesehen. Dies änderte sich aber relativ schnell. Zunächst war im Rahmen eines Fachkongresses „Arbeit und Umwelt" der AfA im März 1985 der Unmut vieler, vor allem aus der Parteilinken, mit der Ausgestaltung des „Sondervermögens" deutlich geworden.[161] Auf dem Kongress wurden, unter starker Beteiligung vieler Gewerkschaftsfunktionär:innen, zehn sogenannte „Dortmunder Thesen für Arbeit und Umwelt" erarbeitet, die ausdrücklich die Einrichtung eines solchen Fonds forderten. Die Bundestagsfraktion begann daraufhin, sich ausführlicher mit der Idee eines Altlastensanierungsfonds zu beschäftigen.[162] Als sie im Rahmen ihres „Arbeitsprogramms" erneut die Forderung nach einem sogenannten „Sondervermögen" erhob, wurde schließlich ein solcher Fonds als eine der Finanzierungsquellen genannt.[163] Dies schlug sich unmittelbar in dementsprechend angepassten parlamentarischen Vorstößen nieder.[164]

[157] Vgl. u. a. den Brief des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Kraftwerk Union an Willy Brandt: AdsD, WBA, A 11.2, 180, H. Nolden an Willy Brandt, 18. 8. 1986.
[158] Zit. nach Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 4, S. 368.
[159] DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltschutz.
[160] Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm.
[161] Vgl. AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011147, Einladung zum SPD-Kongress „Arbeit und Umwelt. Forum der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" am 22./23. 3. 1985 in Dortmund, 1985.
[162] Vgl. die Verweise Michael Müllers auf die DGB-Positionen in AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 22. 10. 1985, 24. 10. 1985, Bl. 2.
[163] Vgl. Oelsner, Arbeit, S. 207 f.; Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeitsprogramm, S. 6.
[164] Vgl. u. a. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/5527, Antrag der Abgeordneten Dr. Hauff [u. a.] der Fraktion der SPD, Konzept zur Sanierung von Altlasten, 21. 5. 1986, S. 2.

Auch strukturell waren die Kontakte zwischen Partei und Gewerkschaften sehr gefestigt. Innerhalb der SPD-Ökologiekommission waren ehemalige oder aktuelle Gewerkschaftsfunktionäre stark vertreten – sie war zwar die Ökologiekommission der SPD, aber keine Kommission ausschließlich für die Ökolog:innen in der SPD.[165] Die Gewerkschaftsvertreter waren letztlich maßgeblich für die Ausarbeitung der Ausführungen zum Themenkomplex „Arbeit und Umwelt" verantwortlich.[166] Berichtsentwürfe wurden regelmäßig vor Veröffentlichung an die einzelnen Fachgewerkschaften mit Bitte um Stellungnahme verschickt.[167] Protokolle von Sitzungen der Umweltkommissionen auf Landesebene wie in Hessen zeigen ferner, dass Papiere mit sensiblen Forderungen an die Wirtschaft vor einer möglichen Beschlussfassung zunächst mit den betroffenen Gewerkschaften diskutiert wurden. Papiere, die von den Gewerkschaftsvertreter:innen abgelehnt wurden, wurden teilweise nicht weiter behandelt.[168]

Bei aller Annäherung an den neuen Kurs der SPD blieb jedoch stets eine Grundspannung zwischen gewerkschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen erhalten. Die Führungsgremien der Gewerkschaften hinkten dem ökologischen Zeitgeist oft hinterher, insbesondere das veränderte gesellschaftliche Bewusstsein in Bezug auf die Gefahren der Kernenergie wurde nur schleppend und spät in die eigene Programmatik integriert.[169] Diese zeitliche Verzögerung führte immer wieder zu Konflikten quer durch das eigene Milieu. Als zum Beispiel das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) 1986 den Wissenschaftler Ulrich Briefs unter dem Vorwand entließ, er sei aufgrund zu vieler Dienstreisen und Auslandsaufenthalte nicht am WSI integrierbar, hagelte es Kritik aus den Einzelge-

[165] Dabei handelte es sich um Siegfried Bleicher (ehemals Leiter des IG-Metall-Bezirks Baden-Württemberg), Johann Bruns (ehemals Jugendsekretär des DGB für das Emsland und Ostfriesland), Friedhelm Farthmann (ehemals Leiter der Abteilung Mitbestimmung, später Abteilung Gesellschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand), Heinz-Werner Meyer (Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, später des DGB) und Hermann Rappe (Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik).

[166] Vgl. AdsD, WBA, A 11.2, 146, Hermann Rappe an Willy Brandt, 15. 8. 1983. Rappe beschwerte sich darüber, dass sein Vertreter in der Kommission, Gerd Albracht, keine Einladungen zu den Sitzungen mehr erhielt. Rappe schilderte: „Er hat […] u. a. maßgeblich das Kapitel ‚Arbeit und Umwelt' des Kommissionspapiers geschrieben."

[167] So z. B. an die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft anlässlich der Veröffentlichung des Papiers „Für eine umweltfreundliche Landwirtschaft". AdsD, Schäfer, Harald B., 630, Willi Lojewski, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, an Volker Hauff, 5. 12. 1983. Dort angehängt: „Stellungnahme zu ‚Für eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Damit auch morgen die Natur lebt!'".

[168] Vgl. AdsD, LV Hessen III, Kommission im SPD-Landesvorstand Ökonomie/Ökologie, Protokoll der konstituierenden Sitzung der Kommission Ökonomie/Ökologie des hessischen SPD-Landesvorstandes am 6. 11. 1987, 11. 1. 1988, Bl. 1. Es handelte sich dabei um eine Ausarbeitung zur Chemiepolitik, der die IG Chemie Papier Keramik ihre Zustimmung verweigerte. Vgl. AdsD, LV Hessen III, Kommission im SPD-Landesvorstand Ökonomie/Ökologie, Protokoll des Gesprächs der Kommission Ökonomie und Ökologie des hessischen SPD-Landesvorstandes mit der IG Chemie-Papier-Keramik, Bezirksleitung Hessen am 17. 11. 1987, 24. 11. 1987.

[169] Vgl. Lorenz, Gewerkschaftsdämmerung, S. 168–170.

werkschaften wie auch aus der SPD. Schließlich war der tatsächliche Grund für Briefs' Entlassung, dass er im Wahlkreis Recklinghausen für die Grünen gegen den verdienten Sozialdemokraten und IG Bergbau und Energie-Gewerkschafter Horst Niggemeier kandidierte, was der DGB als „erhebliche Belastung" für sich und seine Einzelgewerkschaften bezeichnete.[170] Die Dokumentation der Solidaritätsadressen wurde bezeichnenderweise von der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anette Quadflieg, zusammengestellt.[171]

Vorgänge wie dieser waren aber nur Einzelfälle, weshalb Franz Walters These von einem Ende der „sozialdemokratischen Solidargemeinschaft" zwischen den Bildungsaufsteiger:innen der sozial-liberalen Ära und den klassischen Arbeitnehmer:innen zu undifferenziert erscheint.[172] Ebenso zweifelhaft ist Helga Grebings Einschätzung, dass spätestens mit Verabschiedung des Berliner Programms 1989 nicht mehr die Gewerkschaften, sondern die Bürger:inneninitiativen die bevorzugten Partner:innen der SPD gewesen seien.[173] Nicht nur die Praxis, auch die Statistik unterstreicht das Gegenteil: Von 1974 bis 1990 nahm der Anteil an Parteimitgliedern, die in einer Gewerkschaft organisiert waren, sogar von 30,13% auf 35,62% zu.[174] Auf der Ebene der Funktionär:innen sank der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern in den 1970er- und 1980er-Jahren zwar leicht, lag aber in dieser Zeit nie unter 40%.[175] 1987 waren alle der 42 Mitglieder des Parteivorstandes auch Mitglied in einer Gewerkschaft. 16 der 17 Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften innerhalb des DGB besaßen ein SPD-Parteibuch. Der Anteil von gewerkschaftlich organisierten SPD-Bundestagsabgeordneten erreichte damals einen Höchstwert von 97,4%. Er sank danach zwar, stieg bis 1998 aber wieder auf 84,2% an.[176] Sogar von den Wähler:innen der SPD waren 1998 noch 56% Mitglied in einer Gewerkschaft. Der rot-grüne Wahlsieg war auch der Tatsache zu verdanken, dass die Stimmabgabe für die SPD unter Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu 1994 um 6% gestiegen war.[177] Der *linkage* zwischen SPD und Gewerkschaftsbewegung blieb also groß, und seine Nachwirkungen sind nach wie vor zu spüren. Bündnis-

[170] AGG, B.II.1, 1770, Transkript der NDR-Radiosendung „Schichtwechsel", 15. 1. 1988, Bl. 1 f.; Komitee „Solidarität mit Ulrich Briefs" (Hrsg.), Politik, S. 5. Briefs zog 1987 über die Landesliste Nordrhein-Westfalen für die Grünen in den Bundestag ein. Vgl. Hölscher/Kraatz, Grüne, Erster Halbband, S. 76*.

[171] Vgl. Komitee „Solidarität mit Ulrich Briefs" (Hrsg.), Politik. Der Betriebsrat der FES hatte selbst an den DGB appelliert, die Kündigung Briefs' rückgängig zu machen. Vgl. AGG, B.II.1, 1770, Betriebsrat der Friedrich-Ebert-Stiftung an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 26. 3. 1986. Der Juso-Bundesvorstand solidarisierte sich ebenfalls. Vgl. AGG, B.II.1, 1770, Pressemitteilung Matthias Kollatz', undatiert, vermutl. 1986.

[172] Walter, Vorwärts, S. 20.

[173] Grebing, Arbeiterbewegung, S. 95.

[174] Boyer/Kössler, SPD. Tabellen, S. 390–392.

[175] Ebenda, S. 724–733. Dies relativiert die These Lutz Raphaels, dass die Funktionär:innen linker Parteien in Westeuropa immer seltener eine Verbindung zur Arbeiter:innenschaft besessen hätten. Vgl. Raphael, Jenseits, S. 144.

[176] Greef, Gewerkschaften, S. 749; Schneider, Geschichte, S. 385.

[177] Merkel, Ende, S. 103; Gibowski, Analysis, S. 121.

konstellationen mit Umweltverbänden geht die Partei bis heute nicht annähernd so oft ein wie mit den Gewerkschaften.[178] Erst nach 2002 lockerten sich die Bindungen erheblich, was vor allem durch die dramatische gegenseitige Entfremdung im Zuge der Agenda-Reformen verursacht wurde.[179]

Richtig ist zwar, dass die Vorstände vieler Umweltverbände mit Sozialdemokrat:innen durchsetzt waren, beispielsweise beim BUND, beim BBU oder beim Naturschutzbund Deutschland (NABU). Innerparteilich stellten diese Mitgliedschaften aber bei Weitem nicht so viel „soziales Kapital" dar,[180] wie einer Gewerkschaft anzugehören. Eine zu starke Nähe zu den Umweltverbänden konnte eher schädlich sein, wie ein ehemaliger Mitarbeiter des Parteivorstandes aus den 1980er-Jahren sich erinnert: „Die Zweigleisigkeit, in Partei und Umweltverbänden aktiv zu sein, war nie ein persönlicher Benefit und mehr als einmal persönlicher Nachteil." Deutlich wurde dies beispielsweise bei Kandidatenaufstellungen oder bei der Unterstützung (oder Nicht-Unterstützung) in Wahlkämpfen.[181] Viele der profiliertesten sozialdemokratischen Umweltpolitiker:innen waren daher gleichzeitig auch Gewerkschaftsmitglieder. Monika Griefahn engagierte sich in der IG Bauen, Agrar und Umwelt,[182] Reinhard Ueberhorst und Monika Ganseforth in der GEW[183] und Freimut Duve in der IG Druck und Papier.[184]

Was genau ist eigentlich eine Volkspartei?

Nach außen hin war es trotzdem oft nicht ganz klar, wen genau die Partei ansprechen wollte. Einer der Gründe für die nie ganz eindeutige Zielgruppenansprache war, dass sich in der SPD zwar alle auf einen Begriff zur Selbstbeschreibung einigen konnten, man unter diesem aber ganz verschiedene „SPDen" verstehen konnte: den der „Volkspartei". Seit dem Godesberger Programm von 1959 war es Anspruch der SPD, nicht nur die Arbeiter:innen und Arbeitnehmer:innen zu vertreten, sondern durch einen größtmöglichen programmatischen Konsens eine linke Volkspartei, eine Reformpartei der linken Mitte zu sein. Wer aber zu dieser linken Mitte gehörte, konnte jeder anders interpretieren. Was unter einer Volkspartei zu verstehen ist, ist selbst in der Politikwissenschaft umstritten. Der Begriff dient vor allem der Selbstklassifizierung von SPD und Union und definiert idealtypisch einen Parteityp, der schichten-, klassen- und generationenübergreifend verschiedene soziale Gruppen und heterogene Wähler:innenschichten anspricht, jedoch bei Beibehaltung eines spezifischen politischen Profils und der Verbundenheit zu einem bestimmten Milieu. Volksparteien sind zu Kompromissen mit ande-

178 von Winter, Parteien, S. 402; Schroeder/Keudel, Akteure, S. 61 f.
179 Spier/von Alemann, SPD, S. 458 f.; Schönhoven, Geschichte, S. 79; Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 150, Voigt, Marxism, S. 289.
180 Vgl. Bourdieu, Kapital, insb. S. 190–195.
181 Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.
182 [o. V.], Griefahn, S. 78.
183 [o. V.], Ueberhorst, S. 887; [o. V.], Ganseforth, S. 242.
184 [o. V.], Duve, S. 161.

ren Parteien und der Übernahme von Macht bereit und vermögen damit für einen großen Teil der Wähler:innenschaft grundsätzlich offen zu sein.[185] Gerade wegen dieser Schwammigkeit des Konzeptes ließ es in der SPD vielfältige, voneinander abweichende Interpretationen zu.

Willy Brandt hatte den Begriff der „linken Volkspartei" genutzt, um seinen Integrationskurs gegenüber der Umweltbewegung zu begründen und zu verteidigen. Sein Ziel, die SPD mit den neuen sozialen Bewegungen dialogfähig zu halten, galt besonders gegenüber der politisierten Jugend, wie schon im Rahmen der Integration großer Teile der 68er-Bewegung.[186] Es sei nämlich, so Brandt, eine „blanke Illusion, in einer Gesellschaft, in der der Arbeiteranteil sinkt, auf die neuen Schichten verzichten zu können".[187] Die Partei sollte versuchen, diejenigen Teile wieder in die SPD zu integrieren, die sich zur Industriegesellschaft und zur Notwendigkeit technischen Fortschrittes bekannten. Brandts Integrationsangebot galt also nicht bedingungslos, denn die SPD könne schließlich „nicht jeden Gartenzwerg integrieren".[188] Diese Grenzziehung sorgte für zahlreiche Missverständnisse, vor allem bei der Frage einer möglichen Koalition mit den Grünen. Berühmt-berüchtigt sind seine Aussagen am Abend der hessischen Landtagswahl Ende September 1982, deren Ergebnis er in der „Berliner Runde" folgendermaßen kommentierte:

„Es gibt an diesem Abend der hessischen Wahl die Mehrheit diesseits der Union, Herr Kollege Kohl. […] Was jetzt als neuer Auftrieb im Gange ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD – wo es geht – zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern […] und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen."[189]

In der Forschung wird dies vielfach als Koalitionsangebot an die Grünen sowie vorbereitender Schritt für die ein Jahr später gebildete rot-grüne Minderheitsregierung Holger Börners in Hessen gewertet. Die Aussage fügt sich ferner ideal in die These einer vermeintlichen „Postmaterialisierung" der SPD in den 1980er-Jahren ein.[190] Beides ist jedoch nicht zutreffend, vielmehr wollte Brandt damit primär den Verlust der Mehrheitsfähigkeit der Union konstatieren. Die potenzielle Mehrheit aus SPD und Grünen war für Brandt nur eine rechnerische und aufgrund der Differenzen zwischen beiden Parteien (noch) keine politisch nutzbare.

185 Vgl. Lösche, Ende, S. 6–8; Wiesendahl, Volkspartei; Stalmann, Kontinuität, S. 77; Detterbeck, Parteien, S. 8; Koß, Demokratie, S. 118.

186 Brandt, Erinnerungen, S. 344f .Vgl. dazu auch Miard-Delacroix, Weniger, S. 210 f.

187 Nr. 75. Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, im Reinickendorfer Rathaus in Berlin anlässlich des 35. Jahrestages der Urabstimmung der Sozialdemokraten in den Berliner Westsektoren 4. April 1981, in: Brandt (Hrsg.), Berliner Ausgabe Bd. 5, S. 336–348, hier: S. 347.

188 AdsD, WBA, A 11.1, 85, Pressemitteilung Willy Brandts, 1. 7. 1979, Bl. 2. Darin: Interview mit dem „Vorwärts".

189 Zit. nach [o. V.], Unter Quarantäne, in: SPIEGEL, 4. 10. 1982, S. 24 f., hier: S. 24.

190 Vgl. u. a. Hofmann, Willy Brandt und Helmut Schmidt, S. 220; Markovits/Gorski, Grün, S. 284; Richter/Schlieben/Walter, Projekt, S. 12; von Lucke, Etappen, S. 4; Johnsen, Rot-grün, S. 804.

Dennoch kochte schnell eine Debatte um eine mögliche rot-grüne Koalition in Hessen hoch. Brandt sah sich intern gezwungen, seine Äußerungen klarzustellen. Das Protokoll der Parteivorstandssitzung nach dem Wahlabend vermerkt: „Zum Abschluß […] sagte Willy Brandt unter Hinweis auf seine Äußerungen am Abend der Hessen-Wahl, es müsse aufgehört werden mit Unterstellungen, in der Partei gebe es Gruppen, die sich für ein Bündnis mit den Grünen aussprechen."[191] Die Mehrheit, von der er sprach, interpretierte Brandt stattdessen als Signal, dass die SPD zusammen mit den moderaten Teilen der Umweltbewegung wieder selbst zur stärksten Kraft werden könne, es also verstärkter Integrationsbemühungen in die Partei hinein bedürfe.[192] Kaum bekannt ist, dass Brandt schon im Juni 1982 anlässlich der Bürgerschaftswahl in Hessen von der „Mehrheit diesseits der Union" gesprochen, dabei aber gleichzeitig festgehalten hatte: „Aber was nützt es, wenn ein kleiner Teil dieser Mehrheit Gruppen wählt, die unbekümmert Maximalforderungen vertreten, die also eine Mehrheit der linken Mitte nicht handlungsfähig werden lassen?"[193] Diese Mehrheit der linken Mitte sollte also nicht zusammen mit den Grünen zustande kommen, sondern gegen sie und unter dem Dach der SPD.[194]

Mit dem Anspruch des Berliner Programms von 1989, sich als „Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen" zu verstehen,[195] war ebenso wenig, wie oft zu lesen ist, „das Fenster für rot-grüne Koalitionen auf Bundesebene geöffnet" worden.[196] Die Idee der Volkspartei war viel zu uneindeutig, um die programmatische und zielgruppenpolitische Neujustierung der Partei in den 1980er-Jahren auf eine so klare Koalitionsabsicht zu reduzieren. Das verdeutlichen beispielsweise Überlegungen des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz. Wie kaum ein anderer reflektierte er den sogenannten „Wertewandel", die technischen Umwälzungen und die Individualisierungstendenzen seit den 1970er-Jahren.[197] Er unterschied sich von Brandt deswegen auch kaum in der Auffassung, dass die Partei ein möglichst breites Bündnis sein solle, damit der „Tanker" SPD beweglich bleibe.[198] Deutlicher als sein Vorsitzender betonte Glotz jedoch, dass es vor allem die Arbeitnehmer:innen seien, die die SPD vorrangig zu vertreten habe. Daher hatte er unter anderem – erfolglos – versucht, qua Satzungsänderung Betriebsrät:innen ein automatisches Delegiertenrecht in den Unterbezirken oder den Bundestagswahlkreisen zuzugestehen.[199]

[191] AdsD, HSA, Stellvertretender Parteivorsitzender, 1/HSAA011120, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 11. 10. 1982, in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 11. 10. 1982, Bl. 11.
[192] Vgl. dazu zuletzt Münkel, Nach dem Bundeskanzleramt, S. 175.
[193] Brandt, Entscheidung, S. 3.
[194] Vgl. Miard-Delacroix, Willy Brandt, S. 147.
[195] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1989, S. 51.
[196] Rudolph, Sozialdemokratie, S. 491.
[197] Zur Person Glotz' vgl. Bicher, Peter Glotz, S. 132 f.
[198] Glotz, Heimat, S. 208, 213. Glotz schrieb u. a. die Rede Brandts über „Sozialdemokratische Identität" auf dem Eichler-Symposium 1981.
[199] Ebenda, S. 220. Vgl. ferner Faulenbach, Jahrzehnt, S. 692.

Ebenso wie Brandt sprach Glotz gerne von der „Mitte", in die sich die Partei zu orientieren habe. Die alternativen Bewegungen nahmen dabei aber eine geringere Rolle ein als bei Brandt. Glotz plädierte zwar einerseits dafür, sich von einem allzu materialistisch orientierten Verständnis von sozialer Demokratie zu lösen, denn „die Zeiten, in denen die gesamte Klientel durch gemeinsame ökonomische Interessen zusammengeschweißt wurde, sind vorbei".[200] Er verstand die SPD jedoch in erster Linie als „soziales Bündnis der Zukunft", basierend auf einer Politik der „sozial gesteuerten Innovation". Es sollte getragen werden von einem „Bündnis zwischen traditionellen Linken, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten des Wachstumskapitals".[201] Glotz empfahl der SPD eine Doppelstrategie: die Partei nach links in Richtung Grüne offenzuhalten, im Gegenzug aber Angebote an die aufgeklärten beruflichen Aufsteiger:innen in der „sagenumwobenen ‚Mitte'" zu machen.[202] Das größte Neuwähler:innenpotenzial sei bei Techniker:innen und Ingenieur:innen zu finden und damit bei einer Zielgruppe, die nicht zu den klassischen Trägergruppen der Grünen gehörte. Die SPD konkurrierte hier vielmehr mit den Unionsparteien.[203] Sowohl den Irseer Entwurf als auch das Berliner Programm sah Glotz kritisch, würde darin doch jegliche Zuversicht unter einer pessimistischen Sicht auf den technischen Fortschritt verschüttet.[204]

Wahlkampfschlager Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

So sehr also über die Frage gestritten wurde, ob und wie weit die neuen, „postmaterialistischen" Wähler:innen zu integrieren seien, waren sich alle in der Partei doch in einem Grundsatz einig: „Eine Politik demokratischer und sozialer Reformen ist im wesentlichen Arbeitnehmerpolitik."[205] Jene klassischen Arbeitnehmer:innen wählten aber, wenn nicht die SPD, in der Mehrzahl eher die Unionsparteien als die Grünen. Ein Blick auf die internen Beratungen über die Wahlkampfkonzeptionen

[200] Glotz, Subjekt, S. 18.

[201] Zit. nach Christiane Reymann, Sozialdemokratische Träumerei, in: unbekannt, vermutl. 1985, S. 48 f., hier: S. 48. Der Zeitungsausschnitt ist dem Petra-Kelly-Archiv im AGG entnommen. Es waren dort weder das Datum noch der genaue Titel der Zeitung/Zeitschrift angegeben.

[202] Tschirschwitz, Kampf, S. 356 f., 364. Zitat S. 364. Ähnlich auch bei Glotz, Tanker, S. 178 f. Glotz plädierte in vielen weiteren Publikationen für ein breites soziales Bündnis. Vgl. u. a. ders., Beweglichkeit; ders., Arbeit. Auch Volker Hauff, der die Ökologiediskussion in der Partei ja maßgeblich antrieb, setzte große Hoffnungen in die „neuen, ungebunden Schichten" als zukünftige Zielgruppe der SPD. Vgl. am Beispiel von Hauffs Kommunalwahlkampf in Frankfurt a. M. Meyer, Tradition, S. 62 f.

[203] Scherer, Perspektiven, S. 353 f.; Mende, Nicht rechts, S. 62–64; Raphael, Jenseits, S. 168 f. Zur zielgruppenstrategischen Bedeutung der neuen „sozialen Funktionseliten" und der „technischen Intelligenz" für die Unionsparteien vgl. Dietz, Geistig-moralische Wende, insb. S. 42.

[204] Tschirschwitz, Kampf, S. 394 f.

[205] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 212 f. Darin: Tradition und Perspektive. Bonner Erklärung vom 14. Juni 1987, verabschiedet auf dem außerordentlichen Parteitag in Bonn.

und anschließenden Nachbereitungen zeigt, dass die Auseinandersetzung mit den Grünen in Wahlkampfphasen meist nur ein Nebenschauplatz war. Als Hauptgegnerinnen wurden die Unionsparteien aufgefasst, obwohl die Grünen 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen waren. Zwar hatte sich die SPD im Vorfeld der Neuwahlen 1983 erstmals stärker im ökologischen Feld zu positionieren begonnen, das Erich-Ollenhauer-Haus empfahl aber im Nachgang der Wahl, bei der der Einzug der Grünen ins Parlament nicht verhindert werden konnte, zukünftig eben keine „einschienige Zielgruppenstrategie" zu verfolgen. Das größte Zuwachspotenzial versprach es sich von einer positiven Besetzung der Begriffe „Modernität" und „Progressivität" und weniger von einer starken Profilierung gegenüber den Grünen.[206]

Ein Jahr später kam der Parteivorstand in einer zusammen mit SINUS und Infratest erstellten Untersuchung zu einem ähnlichen Ergebnis: Die Ausschöpfung des wechselwilligen Wähler:innenpotenzials bei Union und FDP ergebe ein mögliches Stimmenpotenzial von 49%, eine stärkere Ausrichtung an den Grünen-Wähler:innen nur 45%. Die für das als zentral angesehene „aufstiegsorientierte und technokratisch-liberale Milieu" wichtigsten Themen seien „Zukunft der Arbeit", „Technologie" und „Medien". Ferner hatte die Untersuchung ergeben, dass etwa ein Drittel der SPD-Anhänger:innenschaft eine rot-grüne Koalition bevorzuge, etwa 50% aber in Distanz zu den Grünen stünden. Diejenigen zu halten, die in Richtung Unionsparteien tendierten, sei daher wichtiger als eine Ansprache an die Grünen-Wähler:innen. Die Empfehlungen waren klar: „Die SPD hat nur dann eine Chance, mehrheitsfähig zu werden, wenn es ihr gelingt, Randwähler der CDU/CSU zu gewinnen. […] Verbessert die SPD ihre Position im Wählermarkt allein auf Kosten der Partei ‚Die Grünen', […] dann reicht dies nicht aus, um stärkste Partei zu werden."[207]

In den 1990er-Jahren wurde noch offensichtlicher, wie sehr die eigene Kernklientel und die wechselwilligen Unionswähler:innen im Zentrum der Aufmerksamkeit standen. Als Zielgruppen für den Bundestagswahlkampf 1994 wurden beispielsweise drei wichtige Wähler:innensegmente identifiziert: erstens „[d]ie eigene Klientel (traditionelle und moderne SPD-Anhänger)", zweitens „CDU/CSU-Randwähler (innen) mit Affinität zur SPD" und drittens „konjunkturelle Nichtwähler (innen), die ihre Entscheidung zunehmend nach einer persönlichen Kosten-Nutzen-Analyse treffen: ‚Was bringt mir das Votum für eine bestimmte Partei?'" Grünen-Wähler:innen spielten in diesen Überlegungen keine Rolle mehr.[208] Anders als

[206] AdsD, WBA, A 11.3, 53, Bernd Schoppe: Thesen zur „Mehrheitsfähigkeit der SPD", 13. 6. 1984, Bl. 1, 5.

[207] Vgl. [o. V.], Planungsdaten, S. 5, 14–20; Christiane Reymann, Sozialdemokratische Träumerei. In: unbekannt, vermutl. 1985, S. 48 f., hier: S. 48 f. Der Zeitungsausschnitt ist dem Petra-Kelly-Archiv im AGG entnommen. Es waren dort weder das Datum noch der genaue Titel der Zeitung/Zeitschrift angegeben. Zur steigenden Bedeutung politischer Meinungsforschung vgl. Kruke, Demoskopie sowie dies., Kampf.

[208] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Vorlage für die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 5. 12. 1994, „Erläuterungen zur Wahlkampagne", 14. 11. 1994, Bl. 1.

1990 (vgl. Kap. VI.2.) gab es 1994[209] und 1998[210] auch keine umweltpolitischen Wähler:inneninitiativen mehr.

Ein Grund dafür war, dass ein deutliches Bemühen zu erkennen war, das traditionelle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Profil wieder zu schärfen. Dass die Arbeitnehmer:innen die primären Adressat:innen der SPD waren, hatte sich in den 1990er-Jahren kaum verändert, ungeachtet des Etiketts „neo-" oder „marktliberal", das der Partei immer häufiger umgehängt wurde und wird.[211] Der klassische *cleavage* zwischen Kapital und Arbeit spielte in den Zielgruppenstrategien immer noch eine zentrale Rolle, obwohl sich die Partei unter dem Einfluss des „Genossen der Bosse" Gerhard Schröder gegenüber marktliberalen Positionen geöffnet hatte.[212] Schließlich hatte im wiedervereinigten Deutschland das „klassengestützte Wahlverhalten" sogar wieder zugenommen.[213] Die SPD hat das Verhältnis zwischen ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in diesen Jahren zwar neu justiert, aber nicht so weit, dass von einem „neorevisionism" in der Zeit des Neoliberalismus gesprochen werden könnte.[214] Die Adaption marktliberaler Instrumente hatte also nicht zwangsläufig zu einer kompletten Ausrichtung an „neoliberalen", rein leistungsbezogenen Gesellschafts- und Gemeinschaftsvorstellungen und einer Abkehr vom alten Ideal der Arbeitnehmer:innenpartei geführt.[215]

Die wahlstrategische Ausrichtung der SPD in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre unterschied sich nicht so sehr von ihrer klassischen Zielgruppenansprache aus früheren Wahlkämpfen, wie es eine Kontrastierung einer vermeintlich „grü-

209 Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Rudolf Scharping, 2/PVDY000546, Heinrich Tiemann an Rudolf Scharping, 24. 1. 1994. Darin: Übersicht aller geplanten Wähler:inneninitiativen für den Bundestagwahlkampf 1994.

210 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1997/1998, S. 10. Darin findet sich eine Übersicht von 20 Wähler:inneninitiativen aus dem Bundestagswahlkampf 1998.

211 Vgl. Hoffmann, Geschichte zur „neoliberalen Beliebigkeit" und Kowall, Kern-Axiome, S. 71. Er spricht dort von einem „Paradigmenwechsel Richtung Marktliberalismus". Vgl. auch Wettig, Reformen, S. 110, der von der „neoliberale[n] Ära der SPD" spricht, und Voigt, Marxism, S. 296, der der SPD für die Zeit der programmatischen Neuausrichtung unter Gerhard Schröder die Übernahme von „genuine neoliberal concepts" attestiert.

212 Vor allem aufgrund Schröders Nähe zur Autoindustrie wurde er schon als niedersächsischer Ministerpräsident mit diesem Etikett versehen, vgl. Wolfrum, Rot-Grün, S. 50. Es gibt sogar eine eigene Wikipedia-Seite „Genosse der Bosse", die direkt auf den Eintrag Gerhard Schröders weiterleitet. Vgl. [o. V.], Genosse der Bosse, o. D., in: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Genosse_der_Bosse&redirect=no (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

213 Minkenberg, Deutschland, S. 148. Vgl. die Beobachtung Jürgen Mittags und Janosch Steuwers, dass die klassische *cleavage*-Struktur im Parteienwettbewerb nach wie vor von großer Bedeutung ist. Mittag/Steuwer, Parteien, S. 35.

214 Vgl. diese Einschätzung bei Eley, Democracy, S. 483.

215 Vgl. dazu allgemein zuletzt Bänziger/Rischbieter/Wulz, Neoliberalism, S. 383; Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen, S. 31. Vgl. auch die Kontrastierung neoliberaler und ordoliberaler Ordnungsvorstellungen, bei der letztere sich dadurch auszeichnen, die Marktmechanismen durch politische Rahmensetzungen auf ein bestimmtes politisches Ziel auszurichten zu wollen, bei Graf, Ökonomisierung, S. 208 f.

nen" Sozialdemokratie zwischen 1982 und Anfang der 1990er-Jahre mit einer „neoliberalen" SPD in den Jahren danach vermuten lassen würde. Gemeinsam hatten beide Spielarten sozialdemokratischer Wähler:innenansprache nämlich eine affirmative Haltung zu den Werten „Arbeit" und „Wachstum", allerdings bei unterschiedlichen rhetorischen Akzentsetzungen. Das Projekt der „ökologischen Modernisierung" aus den 1980er-Jahren betonte letztlich ja vor allem das Arbeitsplatzpotenzial hinter den ökologischen Reformen, und auch Gerhard Schröder definierte Ende der 1990er-Jahre eine Politik, die „Arbeit sichert und neue schafft", als zentralen Grundsatz seiner Pläne.[216] Die Wahlkampfkonzeption im Vorlauf der Bundestagswahl 1998 richtete sich daher, streng nach dem Motto „Stammwähler halten, Wechselwähler holen",[217] an ein Bündnis aus der klassischen sozialdemokratischen Kernklientel und den sogenannten „Aufsteigern", also Selbstständigen sowie Mittelschichtsmitgliedern mit hoher Technikaffinität oder aus der Dienstleistungsbranche. Begrifflich gefasst wurde dieses Bündnis in der sogenannten „Neuen Mitte".[218] Die SPD folgte damit Empfehlungen aus der Politikwissenschaft, die angesichts der vermeintlichen Auflösung der traditionellen *cleavage*-Struktur zur Öffnung gegenüber „white collar employees and middle managers and the large sector of professionals in personal services" riet. Politisch konzeptualisiert wurde diese Strategie im sogenannten „Dritten Weg".[219] Er wurde durch die Doppelspitze Schröder und Lafontaine und die damit verbundenen programmatischen Pole „Innovation" und „Gerechtigkeit" im Bundestagswahlkampf beinahe perfekt repräsentiert. Die Betonung beider Ziele sollte die sozialdemokratischen Kernkompetenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hervorheben.[220]

Linke Politik nach dem „Ende der alten Arbeiterbewegung"

Wie sich 1998 gezeigt hatte, konnte eine solche, primär an materiellen Wähler:inneninteressen ausgerichtete Zielgruppenstrategie durchaus noch erfolgreich sein. Trotz der Erosion des fordistisch-keynesianischen Produktions- und Sozialmodells war die sogenannte „Arbeitsgesellschaft" nämlich alles andere als am Ende.[221] Die SPD war aber auch deswegen erfolgreich, weil sie sich damit auf prägende programmatische wie zielgruppenspezifische Traditionen beziehen konnte, die der neue ökologische Kurs nicht unterbrach, sondern lediglich anders akzentuierte. Die nach wie vor hohe Wirkmächtigkeit des Links-rechts-Schemas als Instrument der politischen Selbst- und Fremdbeschreibung[222] hatte sowohl die vermeintlich „grüne" Phase der SPD in den 1980er-Jahren wie auch ihre angebliche

[216] Schröder, Nachwort, S. 222.
[217] von Alemann, Wahlsieg, S. 45.
[218] Hombach, Aufbruch, S. 10 f.
[219] Kitschelt, Transformation, S. 301. Vgl. auch maßgeblich Giddens, Dritter Weg. Vgl. ferner Reitmayer, Gewinner, S. 24; Braunthal, SPD, S. 25.
[220] Vgl. u. a. Niedermayer, Entwicklung, S. 109 f.
[221] Vgl. Süß/Süß, Zeitgeschichte, S. 348, 360.
[222] Vgl. Siri, Parteien, S. 229.

„Neoliberalisierung" im Folgejahrzehnt überdauert. Das Urteil Andrei S. Markovits' und Philip S. Gorskis, dass die Grünen „die bedeutendsten Vorläufer einer völligen organisatorischen und konzeptionellen Umgestaltung der alten europäischen Linken" gewesen seien und es geschafft hätten, „die SPD als die Partei zu verdrängen, die bestimmte, was in der Bundesrepublik linke Politik war",[223] unterschätzt die programmatischen Pfadabhängigkeiten und Traditionen in der Sozialdemokratie. Diese hing auch nach den „goldenen Zeiten" in den 1970er-Jahren noch einem vergleichsweise traditionellen, „arbeitsmarktbezogenen" Gesellschaftsbild an, während es den Grünen nicht gelang, ihr den Rang als „Sozialanwaltschaft" der Unterprivilegierten abzulaufen.[224] In ihrem Selbstverständnis blieb die SPD stets eine Volkspartei der linken Mitte. Die umweltbewussten Wähler:innenschichten gehörten zwar zu diesem Kreis potenziell dazu, aber eher als Teilsubjekt dieser linken Mitte denn als Hauptadressat sozialdemokratischer Politik.

Die SPD verließ sich daher nie auf die angeblichen „universalist ‚supraclass' goals",[225] um Wähler:innenkoalitionen zu schmieden. Vor allem die soziale Gerechtigkeit blieb, ungeachtet aller programmatischen Reformprozesse, stets der „Kernbereich sozialdemokratischer Politik"[226] – wenn auch nicht immer praktisch, so doch als Argument zur Legitimierung des eigenen Handelns. Ähnliches ließ sich über den Umweltschutz zu kaum einem Zeitpunkt sagen. Die ökologisch sensibilisierten Wähler:innenschichten waren deswegen nicht einfach nur „verlorene Kinder" der SPD, die es durch eine stärkere Akzentuierung des ökologischen Profils vergleichsweise leicht zurückzugewinnen galt.[227] Sie unterschieden sich in Ziel- und politischer Prioritätensetzung, aber auch habituell und in ihren gesellschaftlichen Bindungen vom sozialdemokratischen Kernwähler:innenbereich und dessen gesellschaftlichem Vorfeld. Daher war die SPD nie, ja konnte kaum jemals eine „Öko-Partei" sein, ohne ihren Charakter als moderat-linke Arbeitnehmer:innenpartei aufzugeben.

[223] Markovits/Gorski, Grün, S. 387, 392.
[224] Graf, Inszenierung, S. 161 f.
[225] Kitschelt, Transformation, S. 286.
[226] Rudolph, Sozialdemokratie, S. 492.
[227] Vgl. Markovits/Gorski, Grün, S. 296.

VIII. Innovationen durch Umweltschutz Sozialdemokratische Umweltpolitik im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Standortpolitik und Markt 1992–1998

1. Die „Brücke ins Solarzeitalter": Technologisierung und Marginalisierung sozialdemokratischen Umweltschutzes

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend: sozialdemokratische Klimapolitik vor Rot-Grün

Die 1990er-Jahre sind aufgrund ihrer Nähe zur Gegenwart zu großen Teilen Zeitgeschichte, die „noch qualmt".[1] Erste Versuche, die bundesrepublikanische Geschichte nach den 1990er-Jahren analytisch zu fassen, beschränkten sich vor allem auf medial begleitete Großentwicklungen der Zeit: Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, die beschleunigte Globalisierung sowie die damit verbundenen neuen Herausforderungen für das Wirtschaftssystem und den Sozialstaat.[2] Weder die Entwicklung der Parteien noch der Wandel der umweltpolitischen Debatten wurden bislang näher beleuchtet. Der vermeintliche Niedergang des Interesses für den Umweltschutz in den 1990er-Jahren wird für den deutschen Fall daher oft und vorschnell mit dem Einzelereignis der Wiedervereinigung in Zusammenhang gebracht. Wie bereits gezeigt, ist dies im Fall der SPD unzutreffend (Kap. VI.2.). Erst mit gewisser Verzögerung nahmen die wiedervereinigungsbedingten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen einen Großteil der Aufmerksamkeit ein. Die Brisanz der Klimaerwärmung, die sich ab Ende der 1980er-Jahre und insbesondere nach der UN-Konferenz in Rio 1992 zum zentralen umweltpolitischen Thema entwickelt hatte,[3] erforderte zunächst neue Strategien gegen die weltweite Umweltverschmutzung.

Die Internationalisierung der Klimapolitik und die damit einhergehende Berichterstattung bildeten einen günstigen Rahmen, den SPD-eigenen Forderungen nach einem Ausbau erneuerbarer Energien Gehör zu verschaffen und die Bundesregierung in der Klimapolitik offen anzugreifen. Die Grundlage dafür bildete die klimapolitische Erklärung der Bundesregierung vom November 1990, die eine Reduktion der CO_2-Emissionen um 25 bis 30% bis 2005, bezogen auf den Stand von 1987, vorsah, sowie die Forderung der Staaten aus der Alliance of Small Island States (AOSIS), welche eine globale Reduktion um 20% bis 2005 im Vergleich zu

[1] Tuchman, Geschichte, S. 31.
[2] Vgl. Görtemaker, Republik.
[3] Vgl. Radkau, Ära, S. 581.

1990 anstrebte. Bereits im Vorfeld der Rio-Konferenz 1992 hatte die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung aufgefordert, sich dort für die Verabschiedung einer Weltklimakonvention unter Einschluss der USA und Japans einzusetzen und dafür ein Strategiekonzept vorzulegen, das feste Reduktionsvorschläge für CO_2-Emissionen gemäß den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" beinhaltet.[4] Auf der Follow-up-Konferenz 1995 in Berlin bekannte sich Helmut Kohl erneut zu den 1990 formulierten Reduktionszielen. Bereits vor der Konferenz hatte die SPD-Bundestagsfraktion den Kanzler jedoch aufgrund vermeintlicher Tatenlosigkeit scharf attackiert und aufgefordert, den Vorschlag der AOSIS-Gruppe zur Grundlage der Beratungen zu machen.[5] Dementsprechend resümierte die Fraktion nach der Konferenz enttäuscht ein Scheitern des Gipfels, da erneut kein verbindliches Protokoll mit eindeutigen Reduktionsplänen verabschiedet wurde.[6] Anlässlich der Klimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997 wiederholte die Bundestagsfraktion ihre klimapolitischen Forderungen, jedoch erneut vergeblich.[7]

Die Konfliktlinien in der Klimapolitik wurden wieder schärfer gezogen. Innerhalb der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" gelang es nicht, einen Konsens mit den Koalitionsfraktionen zu finden: Aufgrund von Minderheitenvoten der SPD-Mitglieder konnten weder die Berichte zum Thema „Mobilität und Klima" noch der Abschlussbericht „Mehr Zukunft für die Erde – nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz" gemeinschaftlich verabschiedet werden. In der Notwendigkeit, den Einsatz von fossilen Energieträgern reduzieren zu müssen, waren sich alle Mitglieder zwar grundsätzlich einig. In der Verkehrspolitik beharrte die SPD-Delegation jedoch auf einem Primat der Verkehrsvermeidung, in der Energiepolitik kam es zu keiner Einigung über die zukünftige Bedeutung der Kernenergie. Als „Investitions- und Innovationsblockade" verhindere das Festhalten an der Kernenergie nämlich eine „Politik des Vorranges für rationelle Energienutzung und für Solarenergie" und damit einen effektiven Klimaschutz.[8]

[4] Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1652, Antrag der Abgeordneten Dieter Schanz [u. a.] der Fraktion der SPD, VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992, 26. 11. 1991, S. 3; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 77; Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/3739, Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Kübler [u. a.] der Fraktion der SPD, Follow-up der UNCED-Konferenz Umwelt und Entwicklung, 13. 11. 1992, S. 2.

[5] SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg), Versagen. Zur Follow-Up-Konferenz vgl. ferner Saretzki, Energiepolitik, S. 210.

[6] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000444, Pressemitteilung Monika Ganseforths und Christoph Matschies, 7. 4. 1995, Bl. 1 f.

[7] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/8969, Antrag der Fraktion der SPD, Klimagipfel in Kyoto: Ein neuer Anlauf zum Schutz des Klimas, 12. 11. 1997. In Kyoto wurde letztlich das Ziel formuliert, die Treibhausgasemissionen der Industriestaaten zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zu 1990 um 5,2% zu verringern. Vgl. Radkau, Ära, S. 602; Le Treut/Weill, Climate Change, S. 312; Edenhofer/Jakob, Klimapolitik, S. 75 f.

[8] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie, Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000446, Wege zu einer klimaverträglichen Energiepolitik. Handlungsempfehlungen

Aber auch innerhalb der SPD-Fraktion war die Haltung der Enquete-Vertreter:innen nicht ganz unumstritten. So hatte sich der Fraktionsvorstand geweigert, die Begründung des Minderheitenvotums der Klimaenquete-Gruppe mit Geldern der Fraktion zu veröffentlichen, da die Forderungen über das hinausgingen, was im Regierungsprogramm 1994 festgehalten war.[9]

Nichtsdestotrotz: Die Solarenergie und andere erneuerbare Energietechniken nahmen in den SPD-Energiekonzepten nun, zumindest prinzipiell und auf dem Papier, den Rang ein, den zuvor das Energiesparen und die „umweltfreundliche“ Kohle hatten. Angesichts des Klimawandels gelte es, „[j]etzt die Brücke ins Solarzeitalter [zu] bauen“,[10] weshalb nach dem Willen der Bundestagsfraktion der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung bis 2000 auf 10% zu steigern sei. Zu diesem Zweck sollte Strom aus erneuerbaren Energien und KWK im Energierecht vorrangig behandelt werden. Zu einer der technologiepolitischen Hauptforderungen entwickelte sich außerdem der Einsatz für ein sogenanntes „100 000-Dächer-Programm“ für Photovoltaik-Anlagen. Zwei entsprechende Gesetzentwürfe 1995 und 1996 sahen ein Förderprogramm für den Übergang in die Massenproduktion von Solarzellen vor. Über den Zeitraum von zehn Jahren sollten Investitionen durch staatliche Zuschüsse von bis zu 50% unterstützt werden und nach einem degressiven Modell 12 000 DM bis 8000 DM pro kiloWattpeak (kWp) gezahlt werden.[11] Gepaart war dies mit ähnlichen Initiativen auf Länderebene. Die bayerische SPD erhob 1994 die Forderung, binnen fünf Jahren eine halbe Milliarde DM zur Förderung der Solarenergie auszugeben und über 1 Million m^2 Sonnenkollektoren auf bayerischen Dächern zu installieren.[12] Als Teil einer großen Koalition in Baden-Württemberg war es dem SPD-Umweltminister Harald B. Schäfer bereits Anfang der 1990er-Jahre gelungen, ein landeseigenes Programm zur Förderung von Energiespar- und erneuerbaren Energietechniken auf den Weg zu bringen und die Gründung einer baden-württembergischen Energieagentur in die Wege zu leiten.[13]

der Arbeitsgruppe „Klima“ der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, November 1994, Bl. 40.

9 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima“), 25579, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima“) der SPD-Bundestagsfraktion am 28. 6. 1994, 1. 7. 1994, Bl. 1.

10 AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000362, Pressemitteilung Michael Müllers, 24. 11. 1995, Bl. 1.

11 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/3812, Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer [u. a.] der Fraktion der SPD, Entwurf eines Gesetzes für die Förderung der industriellen Solarzellentechnologie (SzFG), 13. 2. 1996, S. 2 f.; Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 175–178. Vgl. auch Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/242, Entschließungsantrag der Abgeordneten Monika Ganseforth [u. a.] der Fraktion der SPD zum Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ zum Thema Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz – Drucksache 12/8600 –, 18. 1. 1995, S. 2.

12 Bayerischer Landtag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/15776, Antrag der Abgeordneten Kolo [u. a.] der Fraktion der SPD, Förderung regenerativer Energien, 19. 5. 1994. Vgl. ferner Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 229.

13 ders. (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 208.

Vermeidungsökonomie: Weiterentwicklung und Akzentverschiebungen des „marktwirtschaftlichen Umweltschutzes"

Zudem wurde die marktwirtschaftliche Ausrichtung weiter akzentuiert. Die SPD war mit ihrer Forderung nach einer ökologischen Steuerreform schon lange nicht mehr allein, Mitte der 1990er-Jahre sprachen sich fast alle Parteien sowie viele Wirtschafts- und Umweltexpert:innen für eine solche Steuer aus. Dazu gehörten auch der „Förderverein Ökologische Steuerreform" und sein Mitbegründer Ernst Ulrich von Weizsäcker, der in enger Verbindung zur SPD stand.[14] In der SPD wurde der „marktwirtschaftliche Umweltschutz" stetig um weitere, ergänzende Maßnahmen zugunsten einer „Ökonomie der Vermeidung" konkretisiert, beispielsweise um die Einführung des sogenannten Minimalkostenprinzips (*least cost planning*, LCP) bei Unternehmensentscheidungen.[15] Das Energiewirtschaftsgesetz sollte derart geändert werden, dass *least cost planning* verpflichtend angewendet werden muss und den SPD-regierten Kommunen wurde empfohlen, die kommunalen Stadtwerke bereits jetzt nach dem LCP-Prinzip kalkulieren zu lassen.[16] Dementsprechende Forderungen wurden durch die Liberalisierung der Energiemärkte im Zuge entsprechender EU-Richtlinien ab 1996 zusätzlich befeuert. Der Aufbruch der deutschen Energieversorgungsstruktur, die seit den 1930er-Jahren überwiegend in regionalen, privaten Monopolen organisiert war, ermöglichte erstmals freien Wettbewerb und damit auch die Einführung erneuerbarer Energien und von Energiespartechnologien durch kleinere, dezentral organisierte Mitbewerber:innen.[17]

Doch gleichzeitig war die Weiterentwicklung der marktwirtschaftlichen Umweltschutzinstrumente von Widersprüchen geprägt. Auf der einen Seite wurden nun sowohl die Kohleverfeuerung als auch der Strom in die Ökosteuer-Konzepte integriert. Die Tatsache, dass die Folgen der Verbrennung fossiler Energieträger zur weltweit größten umweltbezogenen Todesursache und die Kohle zum Hauptverantwortlichen der Klimaerwärmung geworden war, war kaum mehr zu leugnen.[18] Schon Anfang 1992 brachte die energiepolitische Arbeitsgruppe der

[14] Vgl. Görres/Ehringhaus/von Weizsäcker, Weg sowie Kap. V.2.

[15] SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen, S. 21. Das Prinzip des *least cost planning* besagt, dass der ordnungsrechtliche Rahmen so geändert werden müsse, dass jeweils dasjenige Dienstleistungsangebot das günstigste ist, das mit dem geringsten Material- und Ressourcenaufwand auskommt. Die Kosten der Energiedienstleistung sollen so weit minimiert werden, dass die Energieversorgungsunternehmen selbst Energiesparmaßnahmen initiieren. Vgl. u. a. Fichtner, Wolf, Least Cost Planning, o. D., in: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/least-cost-planning-41835/version-265192 (letzter Zugriff am 7. 2. 2020).

[16] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 14. 3. 1995, Bl. 3. Vgl. auch AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, 2/PVEL000179, Positionspapier Michael Müllers „Nachhaltige Entwicklung – von der Idee zur Realität", 10. 5. 1996, Bl. 6; SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Klimaschutz, S. 22.

[17] Oberloskamp, Energiewende, S. 251 f.; Illing, Energiepolitik, S. 184–186.

[18] Vgl. Heymann, Luftverschmutzung, S. 331; Uekötter, Deutschland, S. 228 f.

Bundestagsfraktion eine allgemeine Energiesteuer auf nicht-erneuerbare Energieträger ins Spiel,[19] 1993 beantragte die Fraktion eine solche „Besteuerung aller Energieträger (einschließlich Kohle und Strom, aber außer Regenerative)“ im Bundestag.[20] 1994 schloss sich sogar die IG Metall dieser Forderung an.[21] 1997 erweiterte die Bundestagsfraktion die Konzepte um die Einführung einer Energiesteuer auf gesamteuropäischer Ebene, wobei innerhalb Deutschlands Strom zukünftig mit 2 Pfennig pro Kilowattstunde besteuert werden sollte.[22]

Parallel dazu erfuhr die Idee einer ökologischen Besteuerung Mitte des Jahrzehnts aber eine entscheidende Abschwächung: Insgesamt war das prognostizierte Volumen der Ökosteuer von ehemals knapp 30 Milliarden DM im Ursprungsentwurf von „Fortschritt ’90“ aus dem Jahr 1989 auf knapp 20 Milliarden DM im Jahr 1994 gesunken. Die Forderung nach Abgaben auf Massentierhaltung, Luftschadstoffe und Sondermüll fielen weg. Zum Vergleich: Das 1992 von den Grünen vorgelegte Konzept verschiedener Umweltabgaben allein umfasste ein Gesamtaufkommen von 150 Milliarden DM.[23] Darüber hinaus bedeutete die Forderung nach einer allgemeinen Energiesteuer noch nicht zwangsweise eine konsequente Besteuerung aller Energieträger und -formen. Das erneuerte Ökosteuer-Konzept vom Dezember 1995 sah eine solche allgemeine Energiesteuer genau genommen gar nicht mehr vor, sondern lediglich eine Besteuerung von Strom sowie Kraft- und Heizstoffen, nicht aber der Wärmeerzeugung aus Kohleverbrennung.[24] Verschiedene Anträge auf dem Parteitag 1995, die ein Ökosteueraufkommen von 25 bis 30 Milliarden DM sowie eine Besteuerung aller Primärenergieträger forderten, wurden nicht verhandelt.[25] Auf Druck der IG Chemie Papier Keramik wurde das Konzept kurz darauf noch weiter verwässert, denn 1996 wurde die Prozessenergie

[19] AdsD, SPD-Parteivorstand, Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000201, AG Energie der SPD-Bundestagsfraktion: Eckpunkte einer ökologischen Energieversorgung im vereinten Deutschland, 16. 1. 1992, Bl. 11 f.

[20] Vgl. den Rückblick auf frühere Initiativen in SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000345, Positionspapier von Michael Müller: „Thesen zur ökologischen Steuerreform“, 20. 3. 1996, Bl. 18. Vgl. auch SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen, S. 37. Dort wird eine „EG-weite allgemeine Energiesteuer“ gefordert, die mit einem Satz von 6$ pro Barrel Öl beginnt. Wie andere Primärenergieträger neben dem Öl besteuert werden sollen, wurde nicht ausgeführt.

[21] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Pressemitteilung Rudolf Scharpings und Klaus Zwickels, Vorsitzender der IG Metall, 23. 9. 1994, Bl. 2.

[22] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/8969, Antrag der Fraktion der SPD, Klimagipfel in Kyoto: Ein neuer Anlauf zum Schutz des Klimas, 12. 11. 1997, S. 5.

[23] Vgl. Bernd Ulrich, In ganz kleinen Dosen. Die SPD stellt ihr Wahlprogramm vor – Umwelt ist auch drin. Aber die Öko-Steuerreform wird mickrig ausfallen, in: Wochenpost, 17. 3. 1994; Görres/Ehringhaus/von Weizsäcker, Weg, S. 84 f.

[24] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/3230, Antrag der Fraktion der SPD, Arbeitsplätze schaffen, Arbeitskosten senken, die Wirtschaft ökologisch modernisieren, 6. 12. 1995, S. 7–9; AGG, A – Kristin Heyne, 124, Infopaket „Neuere Entwicklungen in der SPD zur ökologischen Steuerreform“, 8. 7. 1996, Bl. 1–3.

[25] Vgl. die Anträge der Unterbezirke Düsseldorf, Landkreis Diepholz und Ansbach in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 934–941. Sie wurden an Parteivorstand und Bundestagsfraktion überwiesen.

aus dem Konzept der ökologischen Besteuerung ausgeklammert.[26] Die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 1998 schwächte den Elan in der Ökosteuer-Frage entscheidend ab. Das Prinzip „Steuern durch Steuern" müsse, so Bodo Hombach, einer der zentralen Architekten der rot-grünen Bundesregierung, Leiter der „Kampa" und Mitautor des Schröder-Blair-Papiers, „endlich ein Ende" haben.[27] Auch eher linksorientierte Stimmen aus dem Parteiumfeld äußerten mittlerweile die Meinung, dass die immer wieder betonten Synergieeffekte eines marktwirtschaftlichen Umweltschutzes nur „großes ökologisch-ökonomisches Illusionstheater" seien.[28] Als die SPD im Februar 1997 Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine mögliche große Steuerreform aufnahm, lehnte es Oskar Lafontaine ab, Forderungen nach einer ökologischen Komponente in den dementsprechenden Zehn-Punkte-Plan aufzunehmen.[29] Im Vorfeld der Wahl 1998 konnte Gerhard Schröder nur widerwillig abgerungen werden, einer Erhöhung des Benzinpreises um 6 Pfennig pro Liter zuzustimmen – das Konzept „Fortschritt '90" hatte noch einen Besteuerungssatz von 50 Pfennig für unverbleites Benzin vorgesehen.[30]

Ferner begann sich die Zweckbestimmung der Ökosteuer zuungunsten der ökologischen Anreizfunktion zu verschieben. Das Prinzip der „Aufkommensneutralität", das im Ursprungskonzept von „Fortschritt '90" den:die einzelne:n Bürger:in für energiesparendes Verhalten belohnen sollte, wurde im Verlauf der 1990er-Jahre um eine Senkung der Lohnnebenkosten erweitert. Die Maßnahme sollte jedoch weniger den Konsumierenden oder Investitionen in energiesparende Technologien zugutekommen, sondern hatte primär den Zweck, die Abgabenbelastung für die betroffenen Unternehmen zu reduzieren, die unter einer zunehmenden „Verschärfung der

[26] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000345, Beschluss des SPD-Präsidiums „Zukunft sichern – Zusammenhalt stärken. Die sozialdemokratische Alternative zur Flickschusterei der Regierung Kohl", 25. 4. 1996, Bl. 5. 700 Betriebsratsvorsitzende, die in der IG Chemie Papier Keramik organisiert waren, hatten zuvor die Bundestagsfraktion in einem offenen Brief aus Sorge um die „Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland" davor gewarnt, dass die Ökosteuer-Pläne der Partei nichts anderes seien als „ein schlichtes ‚Draufsatteln' mit unzureichenden Kompensationsmöglichkeiten für hochproduktive, energieintensive Unternehmen". Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000345, Offener Brief der IG Chemie Papier Keramik an die SPD-Bundestagsfraktion, 28. 3. 1996, Bl. 2. Anfang Juni 1996 erklärten Oskar Lafontaine und Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG, dass die SPD beschlossen habe, die Prozessenergie zukünftig von einer Ökosteuer befreien zu wollen. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000345, Pressemitteilung Oskar Lafontaines und Hubertus Schmoldts, 2. 6. 1996.

[27] Hombach, Aufbruch, S. 15.

[28] Moths, Ökologische Marktwirtschaft, S. 935.

[29] Vgl. den Zehn-Punkte-Plan für die Steuerverhandlungen als Vorlage zu AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 24. 2. 1997, 24. 2. 1997 sowie die Ausführungen Oskar Lafontaines im Protokoll, Bl. 6.

[30] Braunthal, SPD, S. 26.

internationalen Konkurrenz“ leiden würden.[31] So sollte beispielsweise der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung nach Beschluss des Mannheimer Parteitages 1995, der durch einen entsprechenden Antrag der Bundestagsfraktion flankiert wurde, um ein Drittel gesenkt werden.[32]

Kohlepolitik im „Solarzeitalter“

Im Bereich der Kohlepolitik offenbarten sich noch deutlichere Widersprüche. Der grundsätzliche Einbezug der Kohle in die Ökosteuer stand nämlich in einem ambivalenten Verhältnis zu der Frage, wie hoch das zukünftige Niveau der Kohleförderung sein sollte. 1991 konnten die Stromversorgungsunternehmen eine Reduzierung der Abnahmegarantien für die Steinkohle durchsetzen, was aus Sicht von SPD und Gewerkschaften den entsprechenden Kohleverträgen zuwiderlief. Immer wieder kam es zu Neuverhandlungen über die Kohleverstromung zwischen dem Bund, den Regierungen in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, den Gewerkschaften und den Unternehmen der Bergbau- und Stromindustrie, bei denen die SPD-Vertreter:innen einen zu raschen Kahlschlag in der Kohleindustrie zu verhindern versuchten. Dazu waren sie durchaus zu Zugeständnissen bereit. Aus ihrer Sicht war die Bundesregierung zwar verpflichtet, die Finanzierungshilfen bis 2005 auf dem zugesagten Niveau zu halten, für die Zeit danach war man jedoch willens, eine Reduzierung von Fördermengen und Arbeitsplätzen zu akzeptieren. So sah die anvisierte, zehnjährige Anschlussregelung vor, dass die Subventionen für die Kohleverstromung sukzessive sinken sollten. Andererseits bemühte sich die Bundestagsfraktion – vergebens – um eine Fortführung der Kokskohlenbeihilfe für die Stahlindustrie und eine gesetzliche Festschreibung der Steinkohleverstromung im Bundeshaushalt.[33]

Weitere Dynamik erhielt der Strukturwandel in der Kohleindustrie dadurch, dass das Bundesverfassungsgericht den sogenannten „Kohlepfennig“ kippte und es im März 1997 zu einer erneuten Konsenslösung zwischen Bund und Ländern kam, die sowohl anderweitige Formen der Finanzhilfen durch direkte Mittel aus dem Bundeshaushalt vorsah als auch zukünftige Zechenstilllegungen. Nach den ursprünglichen Forderungen der SPD in den ersten Energiekonsensgesprächen 1993 sollte nach 1997 jedoch immer noch eine jährliche Verstromungsmenge von 35 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten garantiert und dafür sieben Milliarden DM jährlich durch den Staat aufgebracht werden – genau jene Menge stellte die Bundesregierung nach dem Urteil zum Kohlepfennig nun auch zur Verfügung.[34]

[31] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000345, Positionspapier von Michael Müller „Thesen zur ökologischen Steuerreform“, 20. 3. 1996, Bl. 4. Ähnlich: Malunat, Um-Steuern, S. 928.

[32] Vgl. Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 215–217.

[33] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000359, Pressemitteilung Volker Jungs, 8. 2. 1995; Brüggemeier, Grubengold, S. 399 f.

[34] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 14. 3. 1995, Bl. 5 f.; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei

Ein schleichender Ausstieg aus der Kohle konnte also nicht verhindert werden. Die Position der SPD in den Kohleverhandlungen zeigt jedoch, dass sie sich in ihrer Verhandlungsstrategie weniger von ökologischen Motiven leiten ließ als von der Priorität, den Beschäftigungsverlust so gering und deswegen die Fördermengen so hoch wie möglich zu halten. Diese verschobene Prioritätensetzung lässt sich auch an der Behandlung der Braunkohle ablesen, denn die kritische Haltung aus den Wendejahren schliff sich deutlich ab. Schon 1992 kam die Bundestagsfraktion intern zu dem Ergebnis, dass „[d]ie ostdeutsche Braunkohle […] weiterhin eine wichtige Position in der gesamtdeutschen Energiebilanz einnehmen" müsse.[35] Vor allem der Anteil der Stromgewinnung aus KWK auf Braunkohlebasis müsste daher erhöht werden. Die Bundesregierung war jedoch nie bereit, die Förderung der ostdeutschen Braunkohle durch festgelegte Verstromungskontingente oder staatliche Subventionen zu sichern.[36]

Als Johannes Rau nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1995 gezwungen war, eine Koalition mit den Grünen einzugehen, scheiterte dies beinahe an den stark voneinander abweichenden Positionen in der Kohlepolitik. Noch im März 1995 hatte die SPD-Alleinregierung den Aufschluss des Braunkohlereviers Garzweiler II genehmigt, was der neue Koalitionspartner nun jedoch an einen Parlamentsbeschluss binden lassen wollte. Die Grünen hatten sogar vor dem Landesverfassungsgerichtshof geklagt, um die Mitspracherechte des Landtages in dieser Sache durchzusetzen. Der Koalitionsvertrag konnte als Kompromiss lediglich festhalten, dass die Landesregierung nach dem Entscheid des Verfassungsgerichthofes „prüfen [wolle], ob die Rechtsgrundlagen für die Braunkohlenplanung in Nordrhein-Westfalen zu ändern sind und ob sich daraus Konsequenzen für die erteilte Genehmigung ergeben".[37] Das Festhalten Johannes Raus an Garzweiler provozierte auch in den eigenen Reihen erheblichen Missmut. Die Auseinandersetzungen führten zum Rücktritt Christoph Zöpels als Vizevorsitzender der NRW-SPD und zu seinem Rückzug aus Bundesvorstand und Parteipräsidium.[38] Noch 1997 schlossen sich sechs Mitglieder der umweltpolitischen Arbeitsgruppe in der Bundestagsfraktion einem Protestaufruf verschiedener Umweltverbände gegen Garzweiler an, obwohl sich die Arbeitsgruppe vor der anstehenden Bundestagswahl 1998 eigentlich nicht zum Thema äußern wollte.[39]

Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 398 f. Nach 2005 sollte die Menge schrittweise reduziert werden, vgl. Illing, Energiepolitik, S. 163.

[35] Vgl. AGG, A – Werner Schulz, 53, Entwurf des Antrages der SPD-Bundestagsfraktion „Gemeinschaftsinitiative Aufschwung 92", 15. 4. 1992, Bl. 4.

[36] Vgl. Illing, Energiepolitik, S. 168.

[37] AGG, A – Christa Nickels, 293, Vereinbarungen zu einer Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 12. Legislaturperiode des Landtags von Nordrhein-Westfalen 1995–2000 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband NRW und dem Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Landesverband NRW, 1. 7. 1995, Bl. 36.

[38] Seiffert, Marsch, S. 315 f.

[39] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 36447, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 24. 6. 1997, 24. 6. 1997, Bl. 1 f.

Konfrontation statt Konsens: der Streit um die Energiekonsensgespräche

In der Kernenergiepolitik wuchs die Bereitschaft zu Zugeständnissen ebenfalls, zumindest bei gewichtigen Teilen der SPD-Spitze. Offensichtlich wurde dies bei den sogenannten Energiekonsensgesprächen, zu denen es gekommen war, nachdem sich die Bundesregierung, die SPD-geführte Opposition und die sozialdemokratisch regierten Bundesländer in der Kernenergiefrage immer weiter verkeilt hatten. Gemeinsame Gespräche zwischen Vertreter:innen der Bundesregierung, der Bundesländer, der Wirtschaft, von Verbänden und der Energieerzeuger, die maßgeblich vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder initiiert wurden, sollten die Blockade lösen. Beide Gesprächsrunden 1992/1993 und 1995 scheiterten zwar, vor allem an der Haltung von Grünen und SPD, die insbesondere in der Frage der weiteren Nutzung der Kernenergie diametral von der Position der Unionsparteien abwich.[40] Interessant ist jedoch, zu welchen weitgehenden Zugeständnissen Gerhard Schröder als Verhandlungsführer der SPD-Delegation bereit war und welchen Riss dies durch die gesamte Partei zog.

Schon seit 1990 stand Schröder mit der VEBA bezüglich möglicher Konsensverhandlungen in Kontakt, das Parteipräsidium erteilte grünes Licht für die offizielle Aufnahme dementsprechender Gespräche. Ende 1992 unterbreitete Schröder dem Parteivorsitzenden Björn Engholm erstmals einen Konsensvorschlag, den er zusammen mit Mitgliedern seiner Landesregierung und den Vorstandsvorsitzenden der VEBA und von RWE unter Mithilfe der Vorstände der IG Chemie und IG Bergbau ausgearbeitet hatte. Die Beteiligten einigten sich darauf, dass die bestehenden Kernkraftwerke mit Ablauf ihrer Regelnutzungsdauer stillgelegt und die direkte Endlagerung als alleinige Form der Entsorgung festgeschrieben werden sollten. Der Ausstieg aus der Leichtwasserreaktortechnik wäre als grundsätzliches Ziel formuliert worden, zugleich hielten Schröder & Co. fest, dass „[d]ie Entscheidungsfreiheit zukünftiger Generationen für oder gegen die Kernenergienutzung […] jedoch offengehalten werden [soll]. Deswegen bleibt die Weiterentwicklung der Technologie wie andere Energieerzeugungsalternativen Gegenstand von Forschungs- und Technologiepolitik.“ Dieser Passus sollte den Bau eines sogenannten „inhärent sicheren Referenzreaktors“ ermöglichen, den Siemens/Framatome gerade entwickelten.[41] Die Energiekonzerne interpretierten diese Vor-Einigung äußerst weitgehend und schlugen in den nun folgenden Gesprächen eine „Verständigung auf ein Procedere zur Findung von Rahmenbedingungen, bei deren

[40] Zu den Gesprächen vgl. Mez, Energiekonsens; Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 350; Saretzki, Energiepolitik, S. 211; Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 510 f.; Illing, Energiepolitik, S. 171 f.; Kleine, Energiepolitik, S. 242.

[41] AdsD, Engholm, Björn, Mappen: verschiedene Sachthemen, 1/BEAA000298, Gerhard Schröder an Björn Engholm, 3. 12. 1992, Bl. 2; Kleine, Energiepolitik, S. 154; Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 213 f. Mit den Plänen für solche Kraftwerksprojekte verbundene Warnungen vor einem Moratorium in der Kernkraft flammten gerade im Kontext der Debatte um den „Standort Deutschland“ zu Beginn der 1990er-Jahre wieder auf. Vgl. Brünig, Kernkraft, S. 107.

Erfüllung die kommerzielle Nutzung von Kernenergie breite politische Akzeptanz findet" vor sowie auf die „Bedingungen für den Neubau von kommerziellen Atomanlagen".[42]

Diese Form der Verhandlungsführung, die ohne Rücksprache mit der Bundestagsfraktion viele Positionen der eigenen Strategie des Ausstieges aus der Kernenergie zusammenstrich, stieß auf erhebliche Vorbehalte. Klaus Lennartz, stellvertretender Fraktionssprecher im Umweltausschuss, bemängelte Schröders Vorschlag als „substantiell völlig unzureichend" und als einen Bruch mit den Nürnberger Ausstiegsbeschlüssen von 1986.[43] Harald B. Schäfer legte öffentlich nach. Zwar sei die konkrete Frist für einen Atomausstieg „letztendlich zweitrangig", dass dieser Ausstieg aber passieren müsse, stehe „nicht zur Disposition". Es könne daher keinen Neubau von AKWs und auch keine staatliche Forschungsförderung geben.[44] Tatsächlich sah sich Schröder gezwungen, seine Verhandlungsprämissen anzupassen, nachdem sich nun auch das Parteipräsidium gegen ihn stellte. Zwar ließ auch ein zweiter Entwurf die Option zur Weiterentwicklung neuer Reaktorlinien offen, allerdings sollte dies nur noch in privater Eigenfinanzierung möglich sein: „Die Entwicklung solcher Reaktoren ist keine Forschungsaufgabe des Staates."[45]

Dass die Gespräche dennoch scheitern sollten, lag unter anderem daran, dass die SPD-Delegation weiterhin gespalten war. Schröder sowie die Vertreter:innen der IG Bergbau hatten sich in den Gesprächen kompromissbereit gezeigt, während der umweltpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Michael Müller, sich klar gegen eine weitere Atomkraftnutzung aussprach. Das Parteipräsidium hatte einen neuen Kompromissvorschlag Schröders ebenso nicht gebilligt. Nachdem die Vertreter:innen der Bundesregierung die Betriebsdauer für bestehende Atomkraftwerke auf 40 Jahre festlegen und die Zulassung neuer Kraftwerke offenhalten wollten, zog sich die SPD-Delegation aus den Gesprächen zurück.[46] Im November 1993 begrüßte es der Parteitag in Wiesbaden ausdrücklich, dass sich das Parteipräsidium nicht dazu hatte hinreißen lassen, „den Ausstieg aus der Atomkraft […] mit der Option eines möglichen Einstieges in einen ‚neuen katastrophensicheren Reaktor' zu verbinden."[47]

Dieser Beschluss und das Scheitern der Gespräche führten aber nicht dazu, die Streitigkeiten zu schlichten. Gerhard Schröder erklärte öffentlich, dass er die Ent-

[42] Zit. nach Mez, Energiekonsens, S. 442 f.
[43] AdsD, Engholm, Björn, Mappen: verschiedene Sachthemen, 1/BEAA000298, Klaus Lennartz an Björn Engholm, 18. 12. 1992.
[44] Schäfer, o. T. [Energiekonsens], S. 49 f.
[45] AdsD, Engholm, Björn, Mappen: verschiedene Sachthemen, 1/BEAA000298, AG Energiekonsens der SPD: Vorschlag für eine Verhandlungsposition der SPD zur ersten Sitzung der energiepolitischen Konsensgespräche, 28. 2. 1993, Bl. 2; Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 215.
[46] Mez, Energiekonsens, S. 442.
[47] Energiepolitik. Initiativantrag: 18. Für eine moderne Energiepolitik, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1993, S. 1123–1126, hier: S. 1123.

scheidung des Parteitages für falsch halte.[48] Als zwei Jahre später ein zweiter Gesprächsversuch unternommen wurde, gestaltete sich die SPD-interne Abstimmung noch konfliktreicher. Schröder war mittlerweile gar nicht mehr bereit, auf die Forderungen der Umweltpolitiker:innen einzugehen. Anfang März 1995 schlug er der Fraktion eine Verhandlungsgrundlage vor, die größtenteils derjenigen von 1993 entsprach. Sie knüpfte die Entscheidung über einen späteren Wiedereinstieg in die Kernenergie auf der Grundlage neuer Reaktorlinien an eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Weiterentwicklung der Kernenergie könne demnach „Gegenstand von Forschung und Entwicklung bleiben“.[49] Dies widersprach immer noch der geltenden Beschlusslage der Partei. Die Bundestagsfraktion lehnte diese Vorschläge deswegen erneut ab. Eine Gruppe von fünf Abgeordneten, unter ihnen Michael Müller, erarbeitete eine Gegenfassung zum Schröder-Papier. Sie sprach sich zwar dafür aus, dass die Atomforschung zukünftig erlaubt bleiben solle, solange sie nicht durch öffentliche Gelder gefördert wird. In der Frage neuer Kraftwerksgenerationen setzte sie sich jedoch deutlich von Schröder ab: „Wir lehnen den Neu- und Ersatzbau von Atomkraftwerken ebenso ab, wie den Einstieg in eine neue Generation von Atomkraftwerken. [sic!]“[50]

Der Konflikt ging so weit, dass Gerhard Schröders Anspruch auf die Leitung der Konsensgespräche offen angefochten wurde. Rudolf Scharping hatte intern bereits Ende Februar 1995 klargemacht, dass es keine Hintertür für eine Weiterführung der Kernenergie geben dürfe.[51] Hermann Scheer, der die Idee der Konsensgespräche schon im vornherein als „Nonsens“ bezeichnet hatte,[52] kündigte noch vor Beginn der Gespräche gegenüber Scharping an, über den Parteivorstand zu versuchen, Schröder ab- und einen neuen SPD-Verhandlungsführer einzusetzen. Nach dem Willen der Jusos sollte dies Scheer selbst sein. Dieser Versuch scheiterte jedoch.[53] Trotz des massiven Widerstandes aus den eigenen Reihen setzte sich

[48] Vgl. mit Bezug auf dementsprechende Äußerungen im „SPIEGEL“ Kleine, Energiepolitik, S. 161.

[49] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Entwurf für den Beschlussvorschlag der SPD-Bundestagsfraktion zu den Energiekonsensgesprächen, 9. 3. 1995, Bl. 2.

[50] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 14. 3. 1995, Bl. 6. Der Verhandlungskommission gehörten an: Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Wolfgang Clement, Burkhard Dreher, Harald B. Schäfer, Anke Fuchs, Volker Jung und Michael Müller.

[51] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteirates am 21. 2. 1995, 21. 2. 1995, Bl. 2.

[52] Zit. nach Alt, Werte, S. 245.

[53] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Hermann Scheer an Rudolf Scharping und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, 2. 3. 1995, Bl. 2; Gerhard Schröder, „SPD muß sich darauf einstellen, daß Umstieg eher 30 Jahre dauert“. Interview mit Ministerpräsident Gerhard Schröder über Diskussion um Energiekonsens, in: Nordwest-Zeitung, 25. 2. 1995. Die Parteivorstandsprotokolle von Februar und März 1995 hielten keine Diskussionen um Scheers Vorstoß fest. Ob Scheer tatsächlich versucht hatte, Schröder als Delegationsleiter abzulösen, bleibt daher unklar.

Schröder über die Kompromisslinie der Fraktion hinweg. Ein von ihm im Juni 1995, mitten während der laufenden Gespräche formulierter Entwurf für ein „Gemeinsames Ergebnis de[r] Energiekonsensgespräche" hielt fest: „Die Fähigkeit zur potentiellen Errichtung eines neuen KKW [Kernkraftwerks] ist durch geeignete Maßnahmen zu erhalten, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung […]."[54] Diesen Mangel an Rücksichtnahme gegenüber der Fraktion bezeichnete der Parteichef Scharping nun sogar öffentlich als „ein bißchen kurios" und einen „groben Fehler".[55]

Schröder konnte sich erneut nicht durchsetzen. Die Konsensgespräche blieben ergebnislos, da die Bundesregierung nicht gewillt war, Abstriche bei der Offenhaltung der Kernenergie-Option zu machen. Sie scheiterten letztlich aber auch daran, dass Harald B. Schäfer als baden-württembergischer Umweltminister durchsetzen konnte, dass sich die SPD-Vertreter:innen gegen die Möglichkeit einer staatlichen Förderung zur Entwicklung neuer Reaktortechniken und des Offenhaltens einer Option für eine zukünftige weitere Nutzung der Kernenergie festlegten.[56] Damit hatten die SPD-Umweltpolitiker:innen einen Sieg errungen, der aber doch nur ein Teilerfolg war. Schließlich hatten sie es im Vorfeld nicht einmal geschafft, Schröder als Kopf der SPD-Delegation auf eine gemeinsame Verhandlungslinie zu verpflichten. Sie verhedderten sich zunehmend in Rückzugsgefechten. Der maximale Erfolg bestand darin, einen offenen Bruch der eigenen Beschlusslage zu verhindern, positive Ergebnisse wurden nicht mehr erreicht. Ihnen fehlte zunehmend die Rückendeckung von Partei- und Fraktionsspitze. Im Februar 1995 hatte Rudolf Scharping, trotz seiner Gegnerschaft zu Schröder, auf Druck von Hermann Rappe (Vorsitzender der IG Chemie Papier Keramik) und Hans Berger (Vorsitzender der IG Bergbau und Energie) einen Entschließungsantrag der Fraktion zurückgezogen, der einen Neu- und Ersatzbau von Atomkraftwerken ebenso abgelehnt hätte wie den Einstieg in eine neue Kraftwerksgeneration. Der Antrag wurde, so hat es Scharping handschriftlich vermerkt, „auf Eis gelegt".[57]

[54] AGG, A – Günter Bannas, 141, Gerhard Schröder an Herbert Mai, Rudolf Scharping und andere, 14. 6. 1995, Bl. 1 der Anlage 4 („Gemeinsames Ergebnis des Energiekonsensgespräches am 21. 6. 1995").

[55] AGG, A – Günter Bannas, 141, Transkript eines Interviews mit Rudolf Scharping im „ZDF-Morgenmagazin", 20. 6. 1995, Bl. 1.

[56] Vgl. AGG, A – Günter Bannas, 141, Transkript eines Interviews mit Harald B. Schäfer im „ZDF-Morgenmagazin", 22. 6. 1995; AGG, A – Günter Bannas, 141, Transkript eines Interviews mit Gerhard Schröder im Deutschlandfunk, 22. 6. 1995, Bl. 2. Diese Haltung wurde auf dem anschließenden Parteitag von mehreren Untergliederungen ausdrücklich begrüßt, aber nicht mehr durch einen gemeinsamen Parteitagsbeschluss offiziell anerkannt. Vgl. die entsprechenden Anträge des Landesverbandes Schleswig-Holstein und der Unterbezirke Landkreis Diepholz, Düsseldorf, Aurich, Göttingen und Mayen-Koblenz in Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 955–961, 966 f. Alle Anträge wurden an den Parteirat überwiesen.

[57] AdsD, Scharping, Rudolf, Unterlagen zu Einzelthemen, 1/RSAA000430, Hermann Rappe und Hans Berger an Rudolf Scharping, 15. 2. 1995. Angehängt war der Entwurf für den dementsprechenden Entschließungsantrag.

Innovationen, Investitionen, Technologien: sozialdemokratische Spielarten des „ökologischen New Deal“

Die stärkere Gewichtung wirtschaftspolitischer gegenüber umweltpolitischen Zielsetzungen ab Mitte der 1990er-Jahre war kein rein sozialdemokratisches Phänomen. Die Aufmerksamkeitsressourcen für ökologische Anliegen hingen stark von kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen ab: „When […] the economy pie is growing, environmentalism flourishes in the resulting anxiety vacuum. When […] the economy is shrinking, environmentalism fades into the background.“[58] Der Begriff der „Innovation“ schien es nun zu erlauben, durch die Betonung der Wachstumspotenziale neuer Umwelttechnologien die notwendig erachtete Politik wirtschaftlicher Stärkung betreiben zu können, ohne damit einen Verzicht auf Umweltschutz verbinden zu müssen. In dieser Lesart nachhaltiger Politik waren sich Opposition und Regierung im Grunde einig.[59] Innerhalb der SPD-Programmatik hatten sich die Begründungsmuster für die Politik des „ökologischen Umbaus“ dementsprechend verschoben. Umweltpolitische Forderungen wurden immer häufiger technologiepolitisch und mit Verweis auf die dahinterliegenden „Innovationen“ gerechtfertigt.[60] In einem „Memorandum zur Innovationspolitik“ aus dem Mai 1994 forderten Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Peter Glotz eine neuartige „Innovationspolitik“, deren zentraler Zweck die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war. Die umweltschonende Wirkung neuartiger Energietechnologien war zwar ein begrüßenswerter, aber letztlich untergeordneter Nebeneffekt dieser technologieorientierten Wachstumspolitik:

„Innovationspolitik ist Technologiepolitik mit einem strategischen Ansatz, der *berücksichtigt,* daß die Ressourcen Umwelt, Energie und Rohstoffe in dramatischer Weise knapper werden […]. Qualitatives Wachstum ist Wachstum, das dieser Verknappung eine gemeinsame, auf dem technischen Fortschritt aufbauende Strategie entgegensetzt. […] Voraussetzung dafür ist die Erarbeitung eines entsprechenden technischen Know-hows, die Entwicklung von zukunftsweisenden Systemkonzepten, die die schrittweise Realisierung einer umweltverträglichen Kreislaufwirtschaft mit hoher Energie- und Rohstoffproduktivität realistisch erscheinen lassen. […] Wir können das Problem, Wohlstand und Arbeit bei knapper werdenden Ressourcen zu sichern, nur mit Hilfe des technischen Fortschritts lösen. Deshalb ist für Technikfeindlichkeit kein Raum.“[61]

Dies bedeutete vor allem eine Stärkung privater Initiative und privater Innovationen und war der insgesamt wieder deutlich technikfreundlicheren Atmosphäre geschuldet, die im Zuge der Standortdebatte entstanden war.[62] Im Selbstverständ-

[58] McNeill, Environment, S. 278.
[59] Vgl. die Verweise auf die Amtszeit Angela Merkels als Umweltministerin bei Elke Seefried, Die Erfolgsgeschichte der Nachhaltigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 9. 2021, S. 7.
[60] Vgl. unter Bezug auf den allgemeinen umweltpolitischen Diskurs Graf, Ökonomisierung, S. 190.
[61] AGG, A – Günter Bannas, 104, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Peter Glotz: Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland, Mai 1994, Bl. 2. Eigene Hervorhebung. Ähnlich: Vahrenholt, Nachhaltige Energieversorgung, S. 905.
[62] Vgl. Meteling, Standortsicherung, S. 401.

nis ihrer Urheber war die Idee der „Innovationspolitik" aber keine Anbiederung an neo- oder marktliberale Ordnungsentwürfe. Sie war vielmehr als Gegenkonzept gegen die neoliberale „Trias Deregulierung, Flexibilisierung und Lohnverzicht" gedacht.[63] Zwar sollten eine Entbürokratisierung staatlicher Genehmigungsverfahren sowie steuerliche Anreize den Anteil „privater Zukunftsinvestitionen" erheblich steigern. Der Staat blieb aber als steuernde Instanz durchaus relevant.[64]

Deutlich wurde dies vor allem im Feld der Forschungs- und Technologieförderung. Diese sollte nämlich zum neuen „Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Industriepolitik" werden. Die Erforschung neuer, umweltverträglicher Technologien und Energieträger waren Forschungsfelder, die „zu neuen Märkten, Dienstleistungen und Produkten führen und der deutschen Wirtschaft langfristig Wettbewerbsvorsprünge eröffnen" sollten – aber eben nicht nur diese, sondern auch neue Zukunftstechnologien wie die Informationstechnik, die Gentechnik oder die Mikrosystemtechnik.[65] Die Forderungen nach einer Energiewende wurden ebenfalls nicht mehr vorwiegend ökologisch gerechtfertigt, sondern als Teil eines „ökologischen New Deal[s] [zur] Profilierung des Technikstandortes Deutschland".[66] In diesem Sinne erfuhr der Bundestagswahlkampf 1994 im Vergleich zu dem von 1990 eine entscheidende Akzentverschiebung: Als Hauptanliegen wurde nicht mehr der Übergang zu einer „ökologischen und sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet, sondern die „Stärkung der deutschen Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, mehr Gerechtigkeit".[67] Vor allem das 100 000-Dächer-Programm zur Förderung der Photovoltaik sollte als „Symbol für die ökologische Modernisierungspolitik der SPD" in den Vordergrund gestellt werden.[68] Es diene, wie auch in den Folgejahren immer wieder betont wurde, nicht nur einer Reduktion klimaschädlicher Emissionen, sondern: „Die Förderung der Solartechnik ist kluge Industrie- und Beschäftigungspolitik."[69]

Unter dem Schlagwort der Innovation wurden die parteieigenen Umweltschutzkonzepte Schritt für Schritt um Forderungen und Instrumente ergänzt, die in erster Linie technologie- und forschungspolitischer Natur waren. Im Rahmen eines

[63] Blancke/Tiemann, Innovationen, S. 396.

[64] Vgl., allgemein auf den Neoliberalismus bezogen, das Fazit Philip Plickerts, dass es „das vielbeschworene ‚roll back the state'" auch nach dem Aufstieg des Neoliberalismus nicht im einst propagierten Ausmaß gegeben habe. Plickert, Wandlungen, S. 468.

[65] AGG, A – Günter Bannas, 104, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Peter Glotz: Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland, Mai 1994, Bl. 2, 4, 6.

[66] AdsD, Thierse, Wolfgang, U-Umwelt/SPD, 1/WTAA002057, Pressemitteilung Hermann Scheers, Bl. 2. In ähnlicher Weise verwendete auch die Grundwertekommission die Formel eines „Öko-Deals". Vgl. Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Fortschritt, S. 17, 23.

[67] AGG, A- Günter Bannas, 104, „100-Tage-Programm" der SPD. Für ein gerechtes und friedliches Deutschland, 30. 9. 1994, Bl. 1.

[68] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000633, Kampagnenkonzept für den Bundestagswahlkampf 1994, Juli 1994, Bl. 10.

[69] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000442, Pressemitteilung Michael Müllers, 3. 7. 1995, Bl. 3.

„Zukunftsinvestitionsprogramms“ sollten beispielsweise Innovationen und Investitionen in rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien, ein Programm zur Erforschung umweltgerechter Verfahrenstechnologien und das 100 000-Dächer-Programm ermöglicht werden. Die sogenannte „sozial-ökologische Zukunftsforschung“ sollte zu einem neuen Förderschwerpunkt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) werden, dessen Mittel insgesamt wieder deutlich erhöht werden sollten.[70] Die „notorische Zweitrangigkeit von Forschung und Bildung des letzten Jahrzehnts“ müsse beendet und zu diesem Zweck mehrere zusätzliche Milliarden DM für den Forschungsetat und den Hochschulausbau zur Verfügung gestellt werden.[71] Durch die vorgesehenen Maßnahmen sollten in letzter Konsequenz, und das war das Hauptargument der Innovationspolitik, insgesamt bis zu 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.[72]

Die unaufhaltsam wirkende Ökonomisierung geplanter Umweltschutzmaßnahmen drang tief bis in die Expert:innenkreise ein, die die Parteispitze politisch berieten. Ernst Ulrich von Weizsäcker, der nach wie vor eng mit der Parteiführung zusammenarbeitete, unterstrich die Verbindung zwischen Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und Technologieförderung treffend. Bezugnehmend auf die Äußerungen des Bundespräsidenten Roman Herzog vom April 1997, dass ein „Ruck durch Deutschland“ gehen müsse, forderte Weizsäcker einen „technologische[n] Ruck für das 21. Jahrhundert“. Durch verbesserte technologische Verfahren könne die Energieproduktivität um den Faktor vier und die Materialproduktivität um den Faktor zehn verbessert werden.[73] Dies lag ganz auf der technologiefördernden, fortschrittsbejahenden und primär ökonomisch ausgerichteten Linie, die hinter der Grundidee der Innovationspolitik stand. Sie prägte auch den Bundestagswahlkampf 1998 in erheblichem Maße, so war eine der zentralen Losungen der „Doppelkopfkampagne“ Oskar Lafontaines und Gerhard Schröders: „Innovation, Arbeit und Gerechtigkeit, das ist der politische Dreiklang, mit dem wir die Zukunft des Landes gestalten wollen. Wir wollen wieder an die Spitze des technologischen Fortschritts […].“[74] Der „ökologische Umbau“ war kein eigenständiger Bestandteil dieses „Dreiklangs“ mehr, sondern einer wirtschaftlichen Zweckbestimmung untergeordnet. Am „Primat der Politik“ weiter festzuhalten, sei sowieso zwecklos, denn, so Gerhard Schröder: „Den Primat der Ökonomie in dieser Gesellschaft wird auch die spd [sic!] nicht außer Kraft setzen.“[75]

[70] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/3979, Antrag der Abgeordneten Wolfgang Thierse [u. a.] der Fraktion der SPD, Innovative Forschungs- und Technologiepolitik – Bündnis für Arbeit und Umwelt, 6. 3. 1996, S. 10.

[71] AGG, A – Günter Bannas, 104, Pressemitteilung von Rudolf Scharping und Peter Glotz, 9. 5. 1994, Bl. 2.

[72] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000446, Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion „Deutschland erneuern – Damit es wieder aufwärts geht. Innovationen für mehr Arbeit“, Mai 1997, S. 10.

[73] von Weizsäcker, Ruck, S. 55, 58.

[74] Lafontaine/Schröder, Vorwort, S. 7. Zur Bedeutung der Dualität Schröders und Lafontaines im Wahlkampf vgl. Bergmann, Bundestagswahlkampf, S. 19.

[75] Schröder, Politische Gestaltung, S. 504, 507.

Genuin umweltpolitische Anliegen, die von den Fachkreisen in der SPD nach wie vor vertreten wurden, konnten immer seltener konsistent innerhalb der Gesamtprogrammatik verankert werden. Bereits mit der Wende in der Asyl- und Außenpolitik unter Björn Engholm 1992, spätestens jedoch mit der Wahl Rudolf Scharpings zum Parteivorsitzenden 1993 schlug die Gesamtpartei einen Kurs ein, der sich inhaltlich immer näher an die Positionen der Regierungsparteien annäherte. Scharpings Sturz durch Oskar Lafontaine 1995 änderte daran nichts Wesentliches, gleichzeitig wuchs der Einfluss Gerhard Schröders in der Parteispitze und damit auch der seines wirtschaftsfreundlichen Kurses.[76] Auf dem Parteitag 1997 in Hannover hatte der Parteivorstand nicht einmal mehr einen umwelt- und energiepolitischen Leitantrag eingebracht. Sämtliche beschlossenen Anträge aus dem Bereich „Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik" stammten aus den Parteigliederungen, beispielsweise aus Hessen-Süd, Weser-Ems oder verschiedenen nordrhein-westfälischen Bezirken und Unterbezirken.[77] Die umweltpolitischen Forderungen des Parteivorstandes beschränkten sich auf drei Seiten und wurden im wirtschaftspolitischen Leitantrag abgehandelt. Sie waren dort unter dem Stichwort „Die ökologische Modernisierung voranbringen" als Unterpunkt des Abschnitts „Innovationsfelder für die Zukunft" zu finden.[78] Dass sich die Fachgremien im Anschluss verwundert darüber zeigten, dass auf der Homepage keine der beschlossenen umweltpolitischen Anträge veröffentlicht wurden, war bezeichnend.[79]

„Ich war froh, dass ich da raus war": die Zerwürfnisse über das Regierungsprogramm 1994

Insbesondere an den Auseinandersetzungen um das Regierungsprogramm 1994 wurde deutlich, dass der Wille, „Arbeit" und „Umwelt" gleichrangig zu behandeln, immer weiter gesunken war. 1993 hatte die Bundestagsfraktion noch ein Tempolimit von 120/90/30 km/h sowie eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pfennig pro Liter gefordert.[80] In den Wahlkampf wollte die Parteiführung mit solchen Forderungen jedoch nicht mehr ziehen. Es kam zu einem öffentlichen ausgetragenen Streit zwischen dem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping und Christoph Zöpel, möglicher Verkehrsminister in Scharpings Schattenkabinett und Mitglied der

[76] Heimann, SPD, S. 87–92; Klecha, Rudolf Scharping, S. 336–338; Reinhardt, Aufstieg, S. 116–119.

[77] Vgl. die Anträge I 136 bis I 158 in Vorstand der SPD, Referat Organisation (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1997.

[78] Vgl. I 44. Parteivorstand. Innovationen für Deutschland, in: ebenda, S. 84–108, die umweltpolitischen Ausführungen auf S. 102–104.

[79] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 36447, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 8. 12. 1997, 8. 12. 1997, Bl. 1.

[80] Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5784, Antrag der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein [u. a.] der Fraktion der SPD, Bekämpfung des Waldsterbens, 29. 9. 1993, S. 3.

Kommission, die das Regierungsprogramm ausarbeiten sollte. Zöpel hatte die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer sowie eines klar bezifferten Tempolimits gefordert. In einem überarbeiteten Entwurf des Regierungsprogramms, der den Weg in die Öffentlichkeit fand, hieß es aber nur schwammig, dass eine EU-weite Regelung für eine Ökosteuer angestrebt werde. Konkrete Zahlen oder zu besteuernde Energieträger wurden nicht genannt.[81] Ebenso wurde lediglich ein Tempolimit von 30 km/h in Wohngebieten gefordert – aus Rücksichtnahme auf Volkswagen (VW) hatte sich Gerhard Schröder im Parteipräsidium durchgesetzt und deutlichere Aussagen verhindern können.[82]

Zöpel hingegen konnte sich der Solidarität der Umweltpolitiker:innen in Bundestagsfraktion und Partei gewiss sein. Die SPD-Mitglieder aus der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, die umweltpolitische Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion sowie Michael Müller hatten ebenfalls die „Einführung eines Tempolimits von (120/90/30 km/h […])“, eine „schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer“[83] sowie eine „Besteuerung aller fossilen Energieträger und von Elektrizität“ gefordert.[84] Monika Ganseforth, die Vertreterin der SPD-Abgeordneten in der Klima-Enquete, appellierte eindringlich an Scharping, dass die Einführung eines allgemeinen Tempolimits längst überfällig sei. Ansonsten könne ein „unvoreingenommener Leser […] ohne böswillig zu sein diesen Abschnitt [des Programmentwurfes] genauso gut den Programmen von CDU oder FDP zuordnen“.[85] Doch der Protest blieb vergebens. Zöpel konnte nur noch eine Kompromisslösung erreichen. Im Regierungsprogramm sollte später zwar am Ziel einer Öko-Steuer festgehalten werden, wobei aber weder die genaue Art noch die zu besteuernden Energieträger oder die genauen Sätze genannt wurden. Von einer Erhöhung der Mineralölsteuer sollte nirgends mehr die Rede sein und ein Tempolimit unter den Vorbehalt einer „europäische[n] Harmonisierung (auf der Grundlage der Beschlüsse des Europäischen Parlaments)“ gestellt werden.[86]

Obwohl selbst am Kompromiss beteiligt, vollzog Zöpel wenig später eine Kehrtwende. Er wollte ihn nicht mehr mittragen, da er ihn mit der „Glaubwürdigkeit

[81] [o. V.], „Bündnis der Bürger“. Auszüge aus dem Entwurf der SPD für ein Regierungsprogramm, in: SPIEGEL, 7. 3. 1994, S. 23. Das Original u. a. in AGG, A – Werner Schulz, 53, Diskussionsentwurf des SPD-Regierungsprogramms 1994, vermutl. März 1994, insb. Bl. 20 f.

[82] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Präsidiums am 11. 4. 1994, 11. 4. 1994, Bl. 7 f. Vgl. ferner Klecha, Rudolf Scharping, S. 336 f.; Klenke, Stau, S. 131.

[83] AdsD, Hartenstein, Liesel, Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion, 1/LHAA000196, Zwischenbilanz der Arbeitsgruppe „Schutz der Erdatmosphäre“ der SPD-Bundestagsfraktion für die 12. Legislaturperiode, Januar 1994, Bl. 14.

[84] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 25570, Textentwurf der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion für das Regierungsprogramm, 15. 4. 1994, Bl. 4. Vgl. ferner AdsD, Thierse, Wolfgang, U – Umwelt/SPD (Bundestagsfraktion), 1/WTAA002058, Pressemitteilung Michael Müllers, 29. 3. 1994, Bl. 1.

[85] AdsD, Hartenstein, Liesel, Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion, 1/LHAA000196, Monika Ganseforth an Rudolf Scharping, 30. 3. 1994, Bl. 1.

[86] Zit. nach der endgültigen Fassung: SPD-Parteivorstand, Abt. Kommunikation und Wahlen (Hrsg.), Regierungsprogramm 1994, S. 33.

meiner bisherigen Arbeit in diesem Politikbereich" nicht zu vereinbaren glaubte.[87] Er trat aus der Kommission aus, noch bevor das Schattenkabinett vorgestellt worden war. Wegen der unvereinbaren Positionen in der Verkehrspolitik, aber auch aufgrund der Arbeitsweise in der Kommission, die wenig Raum zur offenen Diskussion bot, ging er diesen Schritt: „Ich war froh, dass ich da raus war."[88] Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen warf Zöpel daraufhin parteischädigendes Verhalten vor: „Wenn irgend jemand glaubt, daß man Nachrichten schaffen muß in einem Wahlkampf, die von den zentralen Themen ablenken […] und die hinlenken zu der Frage, ob die Sozialdemokraten Tempo 120 oder 130 auf Autobahnen wollen, der ist nicht nur disziplinlos, der schadet auch der gemeinsamen Sache."[89] Weitere Versuche, noch eine Verschärfung der Aussagen des Wahlprogramms zu erreichen, schlugen ebenfalls fehl. Rudolf Scharping hatte Anfang Mai im Parteivorstand erneut klargemacht, dass es keine präziseren Aussagen im Wahlprogramm geben werde.[90] Dass einer der jetzt starken Männer in der Parteiführung, nämlich Gerhard Schröder, eine große Nähe zu VW besaß, verfehlte seine Wirkung nicht. Im Dezember 1994 stellte Schröder intern ganz offen zur Debatte, dass jetzt entschieden werden müsste, „ob die Diskussion zum Tempolimit für die Partei wichtiger ist oder ob die Zukunft der Autoindustrie wichtiger ist".[91] Ab da an lassen sich in den offiziellen Beschlüssen, Stellungnahmen und parlamentarischen Vorstößen keine Aussagen zu einem klar bezifferten Tempolimit mehr finden.[92]

Ansprüche von früher und Realitäten von heute: Umweltpolitik unter Rot-Grün

Mit dem Wissen um die Machtkämpfe in den 1990er-Jahren erscheint die Bildung der rot-grünen Koalition 1998 keinesfalls mehr als selbstverständlich. Ein kurzer

[87] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Christoph Zöpel an Rudolf Scharping, 29. 4. 1994, Bl. 2.

[88] Telefoninterview mit Christoph Zöpel am 31. 8. 2018.

[89] AGG, A – Günter Bannas, 104, Transkript eines Interviews mit Günter Verheugen im „ZDF heute journal", 30. 4. 1994.

[90] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 2. 5. 1994, 2. 5. 1994, Bl. 6.

[91] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 5. 12. 1994, 5. 12. 1994, Bl. 4.

[92] Das nur wenig mehr als einen Monat nach Schröders Aussagen geforderte „Programm für Klimaschutz, Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze in Deutschland" sah eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen nur im Rahmen einer „europäischen Harmonisierung" vor. Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/187, Antrag der Abgeordneten Michael Müller [u. a.] der Fraktion der SPD, Programm für Klimaschutz, Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze in Deutschland, 11. 1. 1995, S. 9 f. Ein Antrag des Bezirks Westliches Westfalen auf dem Parteitag 1995, in dem ein Tempolimit von 120/90/30 km/h gefordert wurde, wurde lediglich an Parteivorstand und Bundestagsfraktion überwiesen. Vgl. Antrag: W17. Bezirk Westliches Westfalen. Für die ökologische Modernisierung der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 925–934, hier: S. 929.

Ausblick auf das rot-grüne Regierungshandeln ab 1998 unterstreicht die „Ungleichzeitigkeit“ dieser Konstellation. So gelang es der Regierung zwar, einen Einstieg in die ökologische Steuerreform umzusetzen, jedoch war sie relativ moderat und hatte nicht viel mit einer allgemeinen Energiesteuer auf fossile Brennstoffe zu tun – die Kohle wurde beispielsweise nicht besteuert, Strom aus erneuerbaren Energien nur dann nicht, wenn er aus Netzen kam, die ausschließlich Strom aus Erneuerbaren transportierten.[93] Die Steuerreform sollte in drei Stufen erfolgen, in der ersten wurde die Mineralölsteuer lediglich um 6 Pfennig pro Liter angehoben – also um den Betrag, den Gerhard Schröder 1997 gegen alle innerparteiliche Kritik als Maximum festgelegt hatte.[94] Die Ökosteuer sollte insgesamt ein zusätzliches Steueraufkommen von 4,3 Milliarden DM jährlich erbringen, bis 2003 sollte sie ein Gesamtaufkommen von 17 Milliarden DM erwirtschaften. Das war nur knapp die Hälfte des Aufkommens, dass das ursprüngliche „Fortschritt ’90“-Konzept innerhalb eines Jahres vorgesehen hatte. Darüber hinaus konnten die Interessenverbände durchsetzen, dass Industrieunternehmen nur 20% des Steuersatzes zu zahlen hatten. Forderungen der SPD-Umweltpolitiker:innen, diese Erleichterungen zeitlich zu befristen, verhallten ergebnislos.[95] Nach dem Willen des Kanzlers sollte es zudem nach 2003 keine Erhöhung der Ökosteuer mehr geben.[96]

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in den Verhandlungen über den Atomausstieg, deren Bewertung als „vorläufige[r] Endpunkt [der] Erfolgsgeschichte“ der Anti-AKW-Bewegung[97] verdeckt, wie hoch umstritten, teilweise auch inkonsequent er war. Zwar wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass ein schnellstmöglicher Ausstieg binnen einer Legislaturperiode geregelt und danach stufenweise umgesetzt werden sollte. Wie lange die Ausstiegsfrist sein sollte, wurde aber offengelassen.[98] Die tatsächlichen Verhandlungen mit den Energieversorgern gestalteten sich ebenfalls schwierig. Die Grünen und insbesondere ihr Umweltminister Jürgen Trittin hatten mit ihren Forderungen nach einem sofortigen Ausstieg nicht den Hauch einer Chance, Trittin wurde gar nicht mehr zu den Sitzungen der von Wirtschaftsminister Werner Müller geleiteten Verhandlungskommission eingeladen. Der 2000 erzielte Kompromiss sah dann auch eine Beendigung der Atomkraftnutzung nach einer Regellaufzeit von 32 Jahren pro Reaktor und ein Neubauverbot vor, wobei eine Flexibilisierung der Laufzeiten durch festgelegte Reststrommengen für jedes Kraftwerk vereinbart und für keines der Kraftwerke

[93] Im Koalitionsvertrag einigte man sich auf eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pf., der Steuer auf Heizöl um 4 Pf., auf Gas um 0,32 Pf. je Kilowattstunde und auf 2 Pf. pro Kilowattstunde Strom bei gleichzeitiger Senkung des Rentenversicherungsbeitrags um 1,2%. Bis 2003 sollten die Steuersätze stetig ansteigen. Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNEN (Hrsg.), Koalitionsvertrag 1998, S. 12.

[94] Hennecke, Republik, S. 60 f.

[95] Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 52313, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 15. 1. 1999, 15. 1. 1999.

[96] Vgl. u. a. Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 396; Mez, Modernisierung, S. 331, 341–345.

[97] Engels, Inkorporierung, S. 89.

[98] Lafontaine, Herz, S. 135.

ein fixer Abschalttermin festgeschrieben wurde. Die Grünen akzeptierten das Ergebnis nur zähneknirschend. Gerhard Schröder verteidigte das Ergebnis mit dem Hinweis, es sei das „Optimum dessen [gewesen], was ohne Schadensersatzleistungen gegen die Betreiber durchzusetzen war".[99]

In der Frage des KWK-Ausbaues kam es ebenfalls zu keiner vollkommen befriedigenden Lösung. Vor allem auf Druck der Energiewirtschaft, der IG Bergbau Chemie Energie, aber auch des Wirtschaftsministeriums und der SPD-geführten nordrhein-westfälischen Landesregierung kam es zu keinem KWK-Ausbaugesetz inklusive fixer Ausbauquoten, sondern lediglich zu einem Förderprogramm zur Modernisierung bestehender Anlagen mit gesetzlich garantierten Abnahmepreisen. Davon profitierten aber fast nur kleine und alte KWK-Anlagen, eine Ausweitung des Netzes wurde nicht erreicht.[100] Auf Drängen Schröders kam es zudem zu erheblichen Abstrichen bei der Altauto-Richtlinie, der Sommersmogverordnung, der Naturschutzpolitik sowie dem Klimaschutzprogramm und in den Auseinandersetzungen darüber beinahe zu einer Entlassung Trittins.[101]

Mit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2000, das maßgeblich die Handschrift Hermann Scheers trug,[102] gelang jedoch ein deutlicher Schub in der Etablierung der erneuerbaren Energien auf den Energiemärkten. Die Netzbetreiber mussten Strom aus erneuerbaren Energien nun vorrangig abnehmen, außerdem wurden die Vergütungssätze deutlich erhöht und für die nächsten 20 Jahre garantiert. Die bisher geltende Deckelung der Abnahmeverpflichtung von Ökostrom wurde aufgehoben. Noch 1998 setzte die neue Regierung die SPD-Forderung nach einem 100 000-Dächer-Programm um und stellte 1,1 Milliarden DM zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen bereit. Hinzu kam 1999 ein Marktanreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien in Höhe von rund 735 Millionen DM. Die Folge war ein Boom der erneuerbaren Energien-Branche, besonders im Bereich der Photovoltaik und der Windenergie. So konnte bis 2015 der Anteil aus Strom, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, auf 30% der Gesamtstrommenge gesteigert werden.[103] Hier zeigten sich die größten Fortschritte in der, wie sie Gerhard Schröder im Rückblick bezeichnete, „strategisch bedeutsamsten gesellschaftlichen Veränderung" der rot-grünen Ära.[104]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Urteil über den Erfolg oder Misserfolg der rot-grünen Umweltpolitik von der Perspektive abhängt: Im Vergleich zur Regierung Helmut Kohls hat sie ohne Frage Verbesserungen erreicht. Nichts-

[99] Schröder, Entscheidungen, S. 280. Zur Rolle Trittins und den Regelungen des Atomkonsenses vgl. Hurrelmann, Politikfelder, hier: S. 150–153, 190.

[100] Vgl. Radkau/Hahn, Aufstieg, S. 353 f.; Mener, Stabilität, S. 186–189; Mez, Modernisierung, S. 332, 338–341.

[101] Vgl. ausführlich Hurrelmann, Politikfelder, S. 153–166.

[102] Eppler, Links leben, S. 262; Seiffert, Marsch, S. 313.

[103] Vgl. u. a. Wolfrum, Rot-Grün, S. 245–248; Brüggemeier, Sonne, S. 3, 11; Mez, Modernisierung, S. 336 f. Zur Rolle Scheers beim 100 000-Dächer-Programm vgl. Alt, Werte, S. 246; Henke, Biographisches, S. 252.

[104] Schröder, Entscheidungen, S. 266; Hurrelmann, Politikfelder, S. 208, 211.

destotrotz ist dennoch festzuhalten, dass der ökologische Reformelan der neuen Regierung aufseiten der SPD deutlich gebremster war, als die rhetorische Verkleidung als „rot-grünes Projekt“ vermuten ließ. Die „ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft“ war in den 1980er-Jahren und zu Beginn der 1990er-Jahre *das* sozialdemokratische Reformprojekt gewesen, gemessen daran blieben die erreichten Fortschritte weit hinter den einstigen Ansprüchen zurück. Mit Beginn der „Wiedervereinigungskrise“ waren ökologische Zielsetzungen in der sozialdemokratischen Agenda Schritt für Schritt in den Hintergrund gerückt. Sie konnten nur durch eine offensive Verknüpfung mit dem in erster Linie technologiepolitisch orientierten Projekt der Innovationspolitik davor bewahrt werden, zu einer simplen rhetorischen Formel degradiert zu werden. Komplett vergessen hatte die SPD den Umweltschutz nie, ihm wurde aber bei Weitem nicht mehr der gleiche macht- und wahlstrategische Stellenwert eingeräumt wie noch während der Wende zu den 1990er-Jahren.

2. „Nachhaltigkeit“ und „Made in Germany“: die zwiespältige Internationalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik

Wie global ist die Umweltkrise?

Ein markantes Charakteristikum der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges war eine beschleunigte Internationalisierung beinahe aller Politikbereiche. Vor allem im ökonomischen Bereich führte der Fall des Eisernen Vorhangs zu einer „erheblich beschleunigte[n] Globalisierung“.[105] Im deutschen Fall vermengte sich dieser Globalisierungsschub mit einer handfesten wirtschaftlichen Krise: Die gesamtdeutsche Bundesrepublik hatte just zu dem Zeitpunkt mit den finanziellen und ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung zu kämpfen, als die deutsche Volkswirtschaft in eine beschleunigte internationale Konkurrenz gezogen wurde. Die Debatte um den „Standort Deutschland“ war Ausdruck dieser gleichzeitigen Ökonomisierung und Internationalisierung des politischen Diskurses. Dies führte, wie sich am Beispiel der SPD zeigen wird, unweigerlich zu Spannungen mit der ebenso massiv internationalisierten Umwelt- und Klimapolitik.[106] Für die Parteien resultierte daraus die Notwendigkeit, über den Tellerrand der eigenen, bis dato nationalstaatlich geprägten Diskussion hinauszublicken.

Gelegenheiten, die sozialdemokratischen Umweltschutzideen in einem stärker internationalen Rahmen zu entwickeln und zu verankern, hatte es schon früher reichlich gegeben. So hatte sich beispielsweise die sozial-liberale Koalition bei ih-

[105] Kocka, Geschichte, S. 84.
[106] Vgl. Schulz-Walden, Anfänge; Kupper/Seefried, Doomsday, S. 69; Hölscher, Entdeckung, S. 307.

rer Umweltpolitik deutlich von den Maßnahmen Richard Nixons in den USA inspirieren lassen: Der 1969 erlassene National Environmental Policy Act of 1969 kann als Vorbild des Umweltprogramms gewertet werden, die Environmental Protection Agency als das des Umweltbundesamtes in Deutschland. Die „Lebensqualität" war gerade durch die Arbeit internationaler Organisationen wie beispielsweise der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) zu einer breit diskutierten Kategorie geworden.[107] Das Verhältnis zur internationalen Ebene der Umweltpolitik blieb in der SPD trotzdem lange Zeit ein ambivalentes und nur unzureichend gepflegtes – was umso erstaunlicher ist, als die internationale Diskussion über Umwelt und Entwicklung vor allem von Sozialdemokrat:innen vorangetrieben worden war.[108] Willy Brandts Engagement innerhalb der Sozialistischen Internationalen (SI),[109] vor allem aber in der 1977 eingerichteten Nord-Süd-Kommission hatte innerparteilich nur wenig Aufmerksamkeit genossen, obwohl ihr Abschlussbericht von 1980 die drohenden Umweltkatastrophen überaus eindringlich in einen direkten Zusammenhang mit einer Gefährdung der weltweiten Sicherheit gebracht hatte.[110] Sie hatte darin ferner, im Sinne einer „Weltinnenpolitik", neue Wege in der Entwicklungspolitik als Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens gefordert.[111] Angesichts des in den 1980er-Jahren wieder aufflammenden Kalten Krieges war der Bericht jedoch auch außerhalb der Partei eher gemischt aufgenommen worden. Zudem war Willy Brandts Engagement eher ihm als Person, aber weniger als Sozialdemokrat zugerechnet worden, und die Auswirkungen des Berichtes blieben letztlich gering.[112] Das räumte Brandt rückblickend selbst ein: „Das Echo […] spiegelte nicht viel mehr als ein oberflächliches Interesse."[113]

Volker Hauff hatte für seine Mitarbeit in der sogenannten Brundtland-Kommission parteiintern ebenfalls kaum Aufmerksamkeit genossen. Selbst der genuin sozialdemokratische Einfluss auf das Konzept der „Nachhaltigkeit", von dem später noch ausführlicher die Rede sein wird, war SPD-intern kaum gewürdigt worden, obwohl Gro Harlem Brundtland stellvertretende Vorsitzende der SI war und sich

[107] Uekötter, Strudel, S. 635; Germann, Quality, S. 304–310.
[108] Vgl. dazu maßgeblich Seefried, Progress, S. 386–393; dies., Sicherheit, passim.
[109] Vgl. u. a. Zöpel, Transnationale Parteienkooperation, hier: S. 100 f.
[110] Schmidt, Modell, S. 257.
[111] Konkret schlug die Kommission, unter anderem, eine neue Weltwirtschaftsordnung, einen Abbau der Zollbeschränkungen für Entwicklungsländer, die Erhöhung der weltweiten Entwicklungshilfe, einen durch eine Art Globalsteuer finanzierten World Development Fund sowie eine Erhöhung der Weltbankkredite für Investitionen in Drittweltländern vor. Vgl. Brandt, Überleben. Der Begriff der „Weltinnenpolitik" wurde erstmals 1963 von Carl Friedrich von Weizsäcker verwendet und seitdem regelmäßig von Brandt aufgegriffen. Vgl. Schmidt, Modell, S. 250. Vgl. ferner Geyer, Wirklichkeit, S. 293.
[112] Münkel, Nach dem Bundeskanzleramt, S. 179 f.
[113] Brandt, Erinnerungen, S. 351, 378, 381, 384 f., Zitat auf S. 351. Vgl. zu Brandts Wirken in der Nord-Süd-Kommission auch u. a. Miard-Delacroix, Willy Brandt, S. 174 f.; Merseburger, Willy Brandt, S. 758–769.

stark auf die Arbeiten der Brandt- und Palme-Kommission bezogen hatte.[114] Joachim Spangenberg, ehemals Mitarbeiter in Parteivorstand und Bundestagsfraktion und mittlerweile Mitarbeiter im Sustainable Europe Research Institute (SERI), bilanzierte: „Dass all diese Menschen aus dem Vorstand der SI stammten und dass damit das gesamte Konzept der Nachhaltigkeit eigentlich ein sozialdemokratisches Machwerk war, hat die Partei nie verstanden, sondern sie hat dieses Ding als etwas von außen Kommendes, Fremdes wahrgenommen, wo sich einige mit anfreunden können und wogegen sich andere gesträubt haben.“[115]

Kontakte der Parteizentrale zu den europäischen Schwesterparteien waren im „Zeitalter der Entgrenzung“[116] ebenso spärlich gesät, zumindest mit Blick auf spezielle umweltpolitische Austauschformate. Der Vorstand der Bundestagsfraktion stand zwar regelmäßig in Austausch mit der sozialistischen Fraktion im Europaparlament über umweltpolitische Fragen,[117] dieser brach aber 1990 nach dem Ausscheiden Beate Webers aus dem Europaparlament, deren Umweltausschuss sie lange leitete, weitgehend ab.[118] Umweltpolitisch motivierte Kontakte zu den Fraktionen in anderen Ländern konnten nicht nachgewiesen werden. In den Konsultationen mit anderen westeuropäischen Schwesterparteien war die Ökologie lange Zeit ebenso irrelevant, es gab mit Blick auf den Umweltschutz keinen „transnationale[n] Lernprozess innerhalb der sozialdemokratischen Parteienfamilie“.[119] Zwar gab es Anfang der 1990er-Jahre einige wenige Treffen einer gemeinsamen Kommission, zusammen mit Vertreter:innen aus den Gewerkschaften, insgesamt spielten die internationalen Kontakte für die tägliche Arbeit aber keine Rolle.[120] Diese Leerstelle resultierte freilich auch aus der Tatsache, dass die sozialdemokratischen Umweltschutzkonzepte primär nationalstaatlich ausgerichtet waren, was seinen Ausdruck in der Betonung der Arbeitsplatzpotenziale der „ökologischen Modernisierung“ fand.[121] So wie schon das Konzept der „sozialen Demokratie […] prin-

[114] Die Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit (Palme-Kommission) war eine unabhängige internationale Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit, die von 1980 bis 1982 vom ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Schwedens, Olof Palme, geleitet wurde. Vgl. Palme (Hrsg.), Palme-Bericht.

[115] Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.

[116] Vgl. Mittag, Arbeiterbewegungen, S. 55.

[117] Vgl. exemplarisch die Ausführungen Volker Hauffs in AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsbereich Umweltschutz, 10863, Protokoll der Sitzung des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion am 8. 11. 1983, 21. 11. 1983, Bl. 4 f.

[118] Vgl. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Ökologische Erneuerung, 18248, Vorlage zur Klausurtagung des Arbeitskreises Ökologische Erneuerung der SPD-Bundestagsfraktion am 4. und 5. 3. 1991, 25. 2. 1991, Bl. 5.

[119] Vgl. den Bericht über die Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppen mit den Schwesterparteien in Italien, dem Vereinigten Königreich und Frankreich der Jahre 1986/87 in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1986/1987, S. 607 f. Insgesamt hatte die Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der EG für die nationalen Politiken ihrer Mitgliedsparteien kaum eine Bedeutung. Vgl. dazu Vogel, Nachsichten, S. 269. Zitat bei Hiepel, Europa, S. 275.

[120] Das berichten ehemalige Mitarbeiter des Umweltreferates beim Parteivorstand, vgl. Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018. Vgl. ferner Mittag, Arbeiterbewegungen, S. 84.

[121] Vgl. Uekötter, Ende, S. 134.

zipiell national gedacht" war, „weil Wahlen nun einmal auf nationaler Ebene gewonnen werden",[122] so war auch die Idee des sozialdemokratischen Umweltschutzes vor allem an die deutsche Wähler:innenschaft gerichtet.

Nachhaltige Internationalisierung? Die Diskurse nach der Rio-Konferenz 1992

Die parteipolitische Umweltdiskussion blieb damit lange von den Entwicklungen in der Umweltdiplomatie abgekoppelt. Bereits seit dem Montreal-Abkommen zum Schutz der Ozonschicht 1987 hatte sich die Umweltpolitik zunehmend internationalisiert.[123] Es dauerte bis in die 1990er-Jahre, bis das Verständnis für die internationalen Zusammenhänge der Umweltkrise in der Sozialdemokratie den entscheidenden Schub erhielt und die Entwicklung eines „global-scale environmentalism"[124] innerhalb der eigenen Programmatik an Schwung gewann. Dass die „Krise der Umwelt […] weltweit" ist,[125] war schon vorher eine Binsenweisheit, doch erst die seit 1992 regelmäßig stattfindenden internationalen Umwelt- und Klimakonferenzen und die damit verbundenen Verhandlungen zur CO_2-Reduktion boten einen tagespolitischen Referenzrahmen für eine international ausgerichtete sozialdemokratische Umweltpolitik.

Den Anfang machte die Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Dort bekannte sich Helmut Kohl öffentlich zum deutschen CO_2-Reduktionsziel von 25 bis 30% und lud die Staatengemeinschaft ein, die erste Weltklimakonferenz in Berlin abzuhalten.[126] In der Folge dienten die in Rio verabschiedeten Zielsetzungen, festgehalten in der Agenda 21 zur lokalen Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele, der Erklärung über Umwelt und Entwicklung, einer Deklaration zur Biodiversität und vor allem der Klimarahmenkonvention als wesentliche Bezugspunkte in der klimapolitischen Argumentation der SPD, obwohl die Konferenzergebnisse intern für einiges an Missmut sorgten. Konkrete Emissionsminderungsziele wurden in der Konvention nämlich nicht fixiert.[127]

122 Gassert, Demokratie, S. 201 f.

123 Vgl. Uekötter, Deutschland, S. 169 f.; ders., Ende, S. 121 f.

124 Dies meint ein Verständnis von Ökologie, bei dem sich das Umweltbewusstsein auf weltumspannende Probleme bezieht. J. R. McNeill führte den Begriff in Abgrenzung zum Begriff des „globalized environmentalism" ein, der die länderübergreifende Sammlung ökologisch motivierter Bewegungen bedeutet. Vgl. McNeill, Environment, S. 263.

125 Hauff, Herausforderung, S. 161.

126 Saretzki, Energiepolitik, S. 210. Mit Harald B. Schäfer war auch ein SPD-MdB Mitglied der nationalen Vorbereitungskommission für die Rio-Konferenz. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 55.

127 Vgl. AdsD, Hartenstein, Liesel, Entwicklung/UNCED, 1/LHAA000020, Pressemitteilung Monika Ganseforths und Klaus Küblers, 20. 8. 1992, Bl. 2. Zunächst konnten sich die Unterzeichnerstaaten lediglich auf das Ziel einigen, die Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau stabilisieren zu wollen, auf dem eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert wird. Dies hätte bedeutet, dass die CO_2-Emissionen bis 2050 weltweit um etwa 80% reduziert werden müssen. Vgl. Borowy, Sustainable Development, S. 157 f.; Seefried, Progress, S. 391 f.

Für Monika Griefahn, damalige niedersächsische SPD-Umweltministerin, war der Rio-Gipfel angesichts dessen „völlig mißglückt“.[128] Das SPD-Präsidium zeigte sich ebenfalls enttäuscht. Grundsätzlich schöpfte es zumindest Hoffnung aus der Tatsache, dass es gelungen war, mit den Konventionen zum Klimaschutz und der Artenvielfalt überhaupt einen „Anfang für weltweite Zusammenarbeit zur Abwehr der globalen Umweltgefahren“ zu machen.[129]

Das Bewusstsein für die globalen Zusammenhänge ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme schärfte sich in der Folge von Rio dennoch beträchtlich. Verantwortlich war das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“ beziehungsweise des „sustainable development“, das zur Grundlage der Abschlusserklärung von Rio wurde und sich in der Folge zu einem globalen Leitbild für die Verbindung von umwelt- mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen entwickelte.[130] Es war schon 1983 von der bereits erwähnten UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung erarbeitet worden, die nach ihrer Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland noch heute Brundtland-Kommission genannt wird. In ihrem 1987 veröffentlichen Bericht hatte die Kommission sich erstmals an einer schlüssigen Definition des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung versucht. Als Kompromiss zwischen den Entwicklungsbedürfnissen der Staaten im Süden und den Umweltschutzbestrebungen der industrialisieren Länder definierte sie „nachhaltige Entwicklung“ als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.[131] Die deutsche Nachhaltigkeitsdebatte wurde insbesondere durch den ersten Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ geprägt, in dem das sogenannte „Drei-Säulen-Modell“ entwickelt und Nachhaltigkeit als Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungsziele definiert wurde.[132] Dass dieses Verständnis wirtschaftliches Wachstum auch in den Industriestaaten nicht ausschloss, machte die Idee der Nachhaltigkeit gerade für Sozialdemokrat:innen attraktiv. Die Nachhaltigkeit konnte so als genuin „sozialdemokratisches Thema […] in der Tradition der ‚sozialen Frage‘“ aufgefasst werden.[133]

„Nachhaltige Entwicklung“ wurde nun zum neuen Richtmaß der SPD-Umweltpolitik, um eine gleichzeitig umwelt- wie auch wirtschaftsverträgliche Wachstums-

[128] Griefahn, Lied, S. 63.

[129] Zit. nach Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 361 f.

[130] Vgl. Borowy, Sustainable Development, S. 157 f.; Uekötter, Myths, S. 431–433.

[131] Vgl. im Original: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.” World Commission on Environment and Development, Our Common Future, S. 43. Deutsche Übersetzung nach Hauff (Hrsg.), Unsere gemeinsame Zukunft, S. 51. Zur Kommission maßgeblich: Borowy, Defining; dies., Sustainable Development, S. 154–156.

[132] Zur Bedeutung der Enquete-Kommission vgl. Brand/Stöver, Umweltbewegung, S. 229.

[133] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 36447, Papier der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion „Projekt: Nachhaltiges Deutschland“, 1996, Bl. 1.

politik beschreiben zu können. Von Volker Hauff, der die Bundesrepublik in der Brundtland-Kommission vertrat, ursprünglich als „dauerhafte Entwicklung" übersetzt, hatte der Gedanke der Nachhaltigkeit 1989 bereits Eingang ins Berliner Programm gefunden.[134] Das Prinzip der Nachhaltigkeit wurde schließlich auch zum Leitbild der rot-grünen Bundesregierung nach 1998, unter dem zahlreiche ökologische Reformprojekte subsumiert wurden.[135] Im Koalitionsvertrag finden sich alleine 25 Bezüge auf das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung" oder die Begriffe „nachhaltig"/„Nachhaltigkeit".[136] Im bis heute gültigen Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 gilt der Wert der Nachhaltigkeit nach wie vor als ein den Grundsätzen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unmittelbar nachgeordnetes Prinzip.[137]

Die Ausdifferenzierung des Nachhaltigkeitsbegriffes in eine ökologische, aber auch ökonomische und soziale Dimension ermöglichte es gleichzeitig, sozialdemokratische Umweltpolitik als Teil einer nachhaltigen Entwicklungs- und Eine-Welt-Politik zu interpretieren. Das Verständnis einer Brandt'schen „Weltinnenpolitik" erreichte nun mit Verspätung die SPD auch in der Breite.[138] 1994 plädierte die Grundwertekommission dafür, ganz im Sinne Brandts und Brundtlands, die Umweltzerstörung als Teil der Globalisierung ökonomischer, ökologischer und sozialer Problemlagen nach dem Ende des Kalten Krieges zu begreifen:

„Nicht mehr der Ost-West-Konflikt, sondern die wachsende soziale Ungleichheit, der Verlust an Zukunftsperspektiven und die globale Naturzerstörung bestimmen das Bild einer Welt voller Unruhe. […] Entweder spitzen sich die Probleme, nicht zuletzt durch falsche Politik, zu fast unlösbaren Konflikten zu, oder wir schaffen es, unser Verständnis von Entwicklung neu zu bestimmen und die Grenzen sozialer Ungleichheit und ökologischer Verträglichkeit zu beachten, bevor unsere Zivilisation vollends aus dem Gleichgewicht gerät. […] Das Stichwort hierfür lautet ‚dauerhafte' oder ‚nachhaltige Entwicklung'. […] In diesem Sinne ist die Ausrichtung auf die Ökologie weit mehr als Umweltschutz. […] Ökologische Dauerhaftigkeit verlangt ökologische Solidarität."[139]

Dieser Appell an die internationale Solidarität mit den Ländern des globalen Südens verstand den Einsatz für mehr ökologische Gerechtigkeit als Beitrag zur

134 Seefried, Partei, S. 223 f.; dies., Progress, S. 390; Radkau, Ära, S. 551; Borowy, Sustainable Development, S. 156.

135 Wolfrum, Rot-Grün, S. 709 f.

136 Im Koalitionsvertrag wurde „Nachhaltigkeit" jedoch weniger als ein ökologisches Grundprinzip, sondern als Prinzip zur Herstellung wirtschaftlichen Wachstums verstanden: „Durch die von den Koalitionsparteien vereinbarte Regierungspolitik sollen die Chancen der Globalisierung für nachhaltiges Wachstum, Innovation und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze genutzt werden." Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.), Koalitionsvertrag 1998, S. 1. Vgl. auch Mez, Modernisierung, S. 329 f.

137 Zur „Nachhaltigkeit" im Hamburger Programm vgl. Decker, Parteiendemokratie (2015), S. 167. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundsatzprogramm 2007, S. 16 f.

138 Vgl. z. B. die Verwendung des Begriffes „Weltinnenpolitik" in AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000334, „SCHWARZBUCH 5 Jahre nach Rio" der SPD-Bundestagsfraktion, Juni 1997. „Weltinnenpolitik" sei demnach eine Politik, die aus einer Verpflichtung zu „internationaler Solidarität" die globalen Herausforderungen in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht miteinander verbindet, vgl. Bl. 2.

139 Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Fortschritt, S. 6, 8, 11.

Schließung der ökonomischen und sozialen Schere zwischen Nord und Süd, aber auch zur Sicherung des weltweiten Friedens.[140] Oder anders ausgedrückt: „Da davon die Lebenschancen […] der großen Mehrheit der Menschen in den sogenannten ‚unterentwickelten‘ Ländern abhängt, erweist sich die ökologische Frage zugleich als soziale Frage erster Ordnung[.]“[141] Die Klima- und Umweltpolitiker:innen der Partei wie zum Beispiel Monika Griefahn orientierten sich unmittelbar daran und internationalisierten den Begründungszusammenhang ihrer eigenen Forderungen: „Mit unserem gigantischen Ressourcenverbrauch ruinieren wir nicht nur die Umwelt, sondern nehmen anderen auch die Chance zur Entwicklung.“[142] Nur die Industriestaaten, so die gängige Argumentation, verfügten demnach über die technischen, wirtschaftlichen und politischen Potenziale, um eine „ökologische Revolution“ anstoßen und damit eine Wende in der Klimapolitik herbeiführen zu können. Dies sei der einzige Weg, um klimatisch bedingte Hungersnöte, Völkerwanderungen und neue Verteilungskonflikte in den Entwicklungsländern noch zu verhindern. Zu diesem Zwecke sollten, unter anderem, eine internationale Solarenergie-Agentur eingerichtet und die Förderung erneuerbarer Energien zu einem neuen Schwerpunkt in der Verteilung der Entwicklungshilfe werden.[143]

Gleichzeitig wurde, in umgekehrter Richtung, der Kampf gegen globale Umweltzerstörungen in die Entwicklungs- beziehungsweise „Eine-Welt-Politik“ der SPD integriert.[144] Die anlässlich der Weltklima- und Entwicklungskonferenzen regelmäßig erhobenen Forderungen nach dem Abschluss einer Klimakonvention inklusive konkreter und bindender CO_2-Reduktionswerte wurden daher um Forderungen nach finanziellen und technologischen Transferleistungen in die Entwicklungsländer, einer massiven Erhöhung der Weltbank-Mittel für den Umweltschutz, einer strukturellen Lösung der internationalen Verschuldungskrise sowie der Einrichtung eines Klimafonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern ergänzt.[145] Dem lag zudem die Erkenntnis zugrunde,

140 Hauff, Global denken, S. 166, 169–173.

141 Strasser, Reformanstrengung, S. 27.

142 Griefahn, Zeit, S. 20. Zur kausalen Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung im Rahmen der Globalisierung ökologischer Wahrnehmungshorizonte in der Sozialdemokratie vgl. Seefried, Sicherheit, S. 354–357.

143 AdsD, Hartenstein, Liesel, Publikationen – Reden und Aufsätze, 1/LHAA000169, Michael Müller: Klimakatastrophe oder ökologische Revolution, undatiert, passim. Vgl. ferner AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Positionspapier Hermann Scheers „Eckpunkte einer sozialdemokratischen Energiepolitik im globalökonomischen Rahmen“, vermutl. 1996, Bl. 7; Müller, Umweltschutz, S. 52; SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen, S. 30.

144 AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000479, SPD-Broschüre „Forum Eine Welt. Globalisierung und Eine-Welt-Politik“, vermutl. 1997, insb. Bl. 16.

145 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1652, Antrag der Abgeordneten Dieter Schanz [u. a.] der Fraktion der SPD, VN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992, 26. 11. 1991, S. 6 f.; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 77.

dass die weltweite Ungleichheit und die Armut in den Dritte-Welt-Ländern eine der wichtigsten Ursachen der weltweiten Umweltkrise sind. Entwicklungspolitik war ohne Umweltpolitik nicht mehr denkbar.[146]

Der räumliche Fokus der innersozialdemokratischen Umweltdiskussion hatte sich damit erheblich erweitert. Das zeigt sich beispielsweise in der Konzentration auf den tropischen Regenwald als zentrale CO_2-Senke, der von einem „Ökozid" bedroht sei und den es daher zu erhalten galt.[147] Er hatte den heimischen Wald der 1980er-Jahre in der Wahrnehmung ökologischer Gefahren als wichtigstes Risikogebiet abgelöst. Nun waren es die Regenwälder, die als „herausragende internationale Aufgabe" viel umfassender geschützt werden sollten als bislang.[148] Schon 1988 hatte die Bundestagsfraktion einen weitgehenden Importstopp für Tropenholz, ein Moratorium für große Infrastrukturprojekte in Tropenwaldregionen, umfassende Wiederaufforstungsprojekte, die Durchführung von Landreformen sowie die systematische Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten in Drittweltländern verlangt. Unter dem Dach des United Nations Environment Programme (UNEP) oder einem neu zu schaffenden UN-Umweltrat sollte ein Tropenwaldfonds zur Unterstützung von Schutzmaßnahmen und Wiederaufforstungen sowie zur Einrichtung von Schutzgebieten geschaffen werden.[149] Nach der Rio-Konferenz forderte die Fraktion eine Ergänzung der verabschiedeten Protokolle um eine internationale Waldschutzkonvention. Darin sollte sich die internationale Staatengemeinschaft zum Schutz aller noch erhaltenen Primärwaldbestände und zur Schaffung eines Finanzierungsfonds für Schutzmaßnahmen in den Waldgebieten verpflichten. Länder mit hohen Primärwaldbeständen sollten entschuldet werden.[150] Anlässlich des Klimagipfels in Kyoto wurde diese Forderung wiederholt und konkretisiert: Die Staatengemeinschaft sollte zur Ausarbeitung nachhaltiger Nutzungs- und Schutzkonzepte für sämtliche Klimazonen verpflichtet werden.[151]

[146] Vgl. Antrag U240: Unterbezirk Düsseldorf (Bezirk Niederrhein). Treibhauseffekt und Klimaschutzpolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1991, S. 699–706, hier: S. 702–704. Vgl. auch die Erklärung des Parteivorstandes im Vorfeld der Rio-Konferenz vom 6. 5. 1992 in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 356–360, insb. S. 357.

[147] Müller, Umweltschutz, S. 46.

[148] AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik, Forschung / Planung, Abteilungsleitung, 2/PVGL000064, Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum „Schutz der Erdatmosphäre", 27. 2. 1989, Bl. 9. Vgl. auch Hauff, Herausforderung, insbesondere S. 162–164.

[149] Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 226; AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011454, Liesel Hartenstein: Die Vernichtung der Tropenwälder beschleunigt den Treibhauseffekt – Bericht aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre", 14. 11. 1989, Bl. 13.

[150] Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5398, Antrag der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein [u. a.] der Fraktion der SPD, Internationale Konvention zum Schutz der Wälder, 8. 7. 1993, S. 3. Vgl. auch Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 361 f.

[151] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/8969, Antrag der Fraktion der SPD, Klimagipfel in Kyoto: Ein neuer Anlauf zum Schutz des Klimas, 12. 11. 1997, S. 4.

Konkurrenz der Standorte: Diskurse um die Globalisierung des Weltwirtschaftssystems

Das sich um die internationalen Dimensionen der Umweltkrise geweitete Verständnis ökologischer und sozialer Zusammenhänge war jedoch nur eine Seite der Medaille der „Internationalisierung“ sozialdemokratischer Umweltpolitik. Denn das zunehmend „gepflegte ‚Pathos der Einen Welt‘“[152] wurde in Teilen dadurch konterkariert, dass parallel dazu die Öffnung der Weltwirtschaft und die Auflösung der Blockkonfrontationen zu neuen wirtschaftlichen Unsicherheiten führten. Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise nach der Wiedervereinigung sowie der „eisige Wind der Globalisierung“ hatten zu einem schleichenden Bedeutungsverlust umweltpolitischer Debatten und Zielsetzungen in den 1990er-Jahren und zu einer gleichzeitigen Aufwertung ökonomischer Fragestellungen geführt.[153] Zusammenhänge mit der forcierten Marktorientierung der SPD-Wirtschaftspolitik sind unverkennbar – obwohl diese die innerparteilichen Umweltdebatten anfangs noch befruchtet hatte (vgl. Kap. VI.1.).

Besonders in den USA und Großbritannien, in abgeschwächter Form aber auch in den meisten anderen westlichen Staaten war schon in den 1980er-Jahren eine angebotsorientierte Wende in der Wirtschaftspolitik eingeleitet worden.[154] Nach dem Ende des Kalten Krieges brach nun erst recht die „Blütezeit des Neoliberalismus“ [155] und der „zweite[n] Globalisierung“[156] an. In ihrer Folge wurde die Weltwirtschaft in verstärkter Weise liberalisiert, dereguliert und privatisiert.[157] Als die Verflechtung der deutschen Wirtschaft in die internationalen Handelsströme globale Ausmaße annahm, griff die Vorstellung der deutschen Volkswirtschaft als ökonomischer Standort, der sich gegen die weltweite Konkurrenz anderer Volkswirtschaften zu behaupten habe, auf die politischen Akteur:innen über. Das Gleiche galt für eine stärkere Ausrichtung politischen Handelns an angebotsorientierten Instrumentarien. Die politische Couleur der jeweiligen Akteur:innen spielte dabei kaum noch eine Rolle. Die neoliberale „Modernisierungsideologie“ hatte sich so sehr verfestigt, dass eine standortorientierte Flexibilisierungs- und Wettbewerbspolitik selbst unter Sozialdemokrat:innen immer mehr en vogue war – schon lange vor der Vorlage des berühmt-berüchtigten „Schröder-Blair-Papiers“ von 1999.[158]

[152] Arndt, Tschernobylkinder, S. 62.

[153] Uekötter, Deutschland, S. 194; ders., Ende, S. 25. Vgl. auch Judt, Geschichte, S. 853. Mit speziellem Bezug zur SPD vgl. Nawrat, Überraschungscoup, S. 164 f.; ders., Agenda 2010, S. 418.

[154] Vgl. zuletzt Beule, Weg. Vgl. ferner Wirsching, Preis, S. 228; Rödder, 21.0, S. 48 f.; ders., Deutschland, S. 39 f.

[155] Raphael, Jenseits, S. 96.

[156] Rödder, 21.0., S. 55.

[157] Ther, Ordnung, S. 25, 347. Vgl. ferner ders., Transformationen, S. 239, 248.

[158] Schröder/Blair, Weg. Vgl. ferner Doering-Manteuffel, Soziale Demokratie, S. 101; ders., Zeitbögen, S. 348. Diese Entwicklung deckte sich mit Empfehlungen aus der Politikwissenschaft. Vgl. Kitschelt, Transformation, S. 297, 300.

Oskar Lafontaine bilanzierte 1994 treffend: „Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs hat sich der Standortwettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze dramatisch verschärft. […] Jetzt müssen wir die Rahmenbedingungen dafür setzen, daß Deutschland […] wieder an die Spitze der internationalen Entwicklung kommt."[159] Mit der Ökosteuer hatte die Partei bereits Ende der 1980er-Jahre begonnen, stärker angebotsorientierte Maßnahmen zu favorisieren. Dies wurde nun dadurch auf die Spitze getrieben, dass der Erfolg solcher Reformen vor allem daran gemessen wurde, inwieweit sie die „Wettbewerbsfähigkeit" der heimischen Wirtschaft stärken würden. Ihr ökologischer Nutzen hingegen verlor als Qualitätskriterium an Bedeutung. Der Staat spielte in diesen Reformkonzepten ebenfalls nicht mehr eine so zentrale Rolle wie einst, was die innerparteiliche Opposition dieser Marktwende vor allem im Zuge der Agenda-Reformen in den frühen 2000er-Jahren als Sündenfall der Neoliberalisierung ansehen sollte.[160]

Wie und wie stark sich die Sozialdemokratie in dieser Zeit „neoliberalisiert" hat, folgte übrigens ähnlichen Mechanismen wie die „Ökologisierung" der Partei im vorangegangenen Jahrzehnt, daher soll hier kurz darauf eingegangen werden. Wie schon die Ökologiefrage wurde auch der neue Primat des Marktes in die Politik der SPD zu integrieren versucht, jedoch auf eine Art und Weise, die ihren identitären Kern und ihre programmatischen Traditionen wahren wollte. Für die „Marktsozialdemokratie" sollte der freie Wettbewerb nämlich kein erstrebenswertes Ziel an sich sein, vielmehr sollte der Wettbewerbsmechanismus als Instrument zur technischen und ökonomischen Innovation genutzt werden, um soziale und ökonomische Ziele erreichen zu können. Dies erfolgte weniger aus reiner Begeisterung für die vermeintlichen Segnungen des Marktes, sondern der Wahrnehmung und Überzeugung, „dass man der für die Sozialdemokratie so wichtigen keynesianischen Steuerungsfähigkeit verlustig gegangen sei".[161] Aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft war eine marktliberale Reform des Wirtschaftssystems entsprechend einer „zirkulären Sachzwanglogik" scheinbar alternativlos.[162] Was damit einherging, war eine stufenweise, aber nie ganz vollständige Auflösung der einstigen „Symbiose von Sozialdemokratie und Keynesianismus",[163] hin zu einem für die Geschichte des „Neoliberalismus" so typischen Kompromiss marktliberaler Ideen mit traditionellen

[159] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000345, Rede Oskar Lafontaines beim „Gesprächskreis Ökologische Marktwirtschaft" der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3. 3. 1994, Bl. 9 f.

[160] Vgl. beispielhaft Paraskewopoulos, Spiros, Kritische Anmerkungen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik (Agenda 2010). Vortrag auf einer Podiumsdiskussion der Jusos Leipzig und der AfA Sachsen zum Thema „Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert" am 20. 10. 2003, in: https://archive.org/details/KritischeAnmerkungenZurGegenwaertigenWirtschaftspolitik_agenda2010 (letzter Zugriff am 11. 11. 2019). Paraskewopoulos wirft der rot-grünen Regierung darin einen bewussten „Systemwechsel von der Sozialen zur freien Marktwirtschaft" vor. Vgl. S. 7.

[161] Sachs, Sozialdemokratie, S. 347.

[162] Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 240, 272 f. Ähnlich: Turowski, Reformdiskurse, S. 129.

[163] Doering-Manteuffel, Soziale Demokratie, S. 104.

politischen Konzepten.[164] Damit war kein Selbstverständnis als „neoliberal“ verbunden, im Gegenteil: Die neoliberale Politik der Konservativen war gerade die Kontrastfolie, gegenüber der sich die SPD profilieren wollte. Sie sollte „bei den Zielen traditionell sozialdemokratisch“ bleiben und „bei der Umsetzung und Erreichung dieser Ziele modern […] sein“.[165]

Die Wahlerfolge der programmatisch neu aufgestellten sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und im Vereinigten Königreich wurden aufmerksam rezipiert, aber sie hätten, so Oskar Lafontaine, in erster Linie gezeigt, dass sich die Sozialdemokratie gerade dort im Aufwind befinde, wo konservative Regierungen zuvor eine zu monetaristische Wirtschaftspolitik betrieben hätten.[166] Angesichts dessen wurde die SPD der 1990er-Jahre, gegenläufig zu vielen zeitgenössischen Urteilen, von Teilen der Forschung als eine „traditionelle“ Form der Sozialdemokratie typisiert, die „an den klassischen Zielen und Instrumenten fest[hält]“. Sie hebe sich ab von den „liberalisierten“ sozialdemokratischen Parteien, beispielsweise der Labour Party, und sogar den „modernisierten“ wie in Skandinavien. Diese hätten ihre klassischen Ziele mit neuen Instrumenten kombiniert und damit eine deutlich weitgehendere Marktlogik adaptiert als die SPD.[167] Das Konzept des „Dritten Weges“, wie es von Tony Blair und Gerhard Schröder verfolgt wurde, sei, so Philip Plickert, eigentlich gar kein neoliberales gewesen: „[Es stellte] den Versuch dar, den Wohlfahrtsstaat effizienter zu machen und damit zu erhalten, indem zwar ökonomische Anreize stärker beachtet wurden, man jedoch grundsätzlich dem Prinzip der kollektiven staatlichen Hilfe verhaftet blieb.“[168] Sowohl die Behandlung der Umweltfrage als auch die Adaption marktliberalen Denkens in der SPD weisen somit nicht nur auf die Potentiale ihrer programmatischen Erneuerung, sondern auch auf die Wirkmächtigkeit ideeller Pfadabhängigkeiten hin (mehr dazu in Kap. IX.).

Umweltpolitik als Standortvorteil: Anpassungen an Standortdebatte und Wiedervereinigungskrise

Dass es Positionsverschiebungen in Richtung Markt gab, ist dennoch unzweifelhaft. Der Nährboden dafür war eine erbitterte Debatte um die vermeintliche Notwendigkeit einer angebotspolitischen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, die sich insbesondere seit der Wiedervereinigungskrise 1992/93 um das Schlagwort des „Standortes Deutschland“ gebildet hatte.[169] Die Berichte über die Verlagerung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland hatten sich gehäuft; die hohen Belastungen

164 Vgl. Cottier, Messy affair, S. 403.
165 So Rudolf Scharping in AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteirates am 21. 2. 1995, 21. 2. 1995, Bl. 4.
166 AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteirates am 16. 6. 1997, 16. 6. 1997, Bl. 2.
167 Merkel u. a., Reformfähigkeit, S. 457, 459.
168 Plickert, Wandlungen, S. 471.
169 Zur „Vereinigungskrise“ vgl. Jarausch, Umkehr, S. 243, 303.

durch Steuern und Sozialabgaben sowie die vermeintlich zu hohen Kosten, die den deutschen Unternehmen aus der vergleichsweise strengen Umweltgesetzgebung resultierten, wurden als eklatante „Standortnachteile" tituliert – die Bundesrepublik galt in den 1990er-Jahren als „kranker Mann Europas".[170] Die Standortdebatte bot angesichts dessen beste Bedingungen für ein „Zurückschrauben ökologischer Belange".[171] Angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Bedrohungsszenarien erschien der von Optimismus getragene Geist von „Fortschritt '90" und sein hohes Vertrauen in staatliche Steuerungspotenziale überholt. Vor allem die weitere Stärkung der Kräfte des Marktes sollte die Gestaltbarkeit der Zukunft wieder ermöglichen.[172]

Unter dem Eindruck dieser Standortdebatte hatte sich deswegen der Blick auf Privatwirtschaft, Unternehmer:innentum und angebotsorientierte Instrumentarien in der SPD immer positiver entwickelt. Die Stärkung privater Innovationskräfte und technologischer Entwicklungspotenziale avancierte zu einem der wichtigsten Grundpfeiler in ihrer Wachstums- und Standortpolitik.[173] In dem Maße, in dem sich Gerhard Schröder zunehmend für eine Kanzlerkandidatur 1998 in Stellung brachte, wurden privatisierungsfreundliche und marktliberale Tendenzen innerhalb der Parteiführung dominanter. Sie begünstigten Schröders Bestrebungen, die Partei auf eine innovationsfördernde Politik auszurichten, die „unternehmerischen Geist und unternehmerische Tatkraft" stärken und „echte Unternehmertätigkeit wieder attraktiv machen" sollte.[174]

Dieser neue markt- und wettbewerbsfreundliche Kurs einer „Angebotspolitik von links"[175] wirkte sich unmittelbar auf die umweltpolitischen Konzepte der 1990er-Jahre aus. Oskar Lafontaines Projekt eines „marktwirtschaftlichen Umweltschutzes" erfuhr eine noch deutlichere angebots- und vor allem exportpolitische Ausrichtung: „‚Made in Germany' muß auf den Weltmärkten wieder zum Gütesiegel für Spitzentechnologie und höchste Verarbeitungsqualität werden."[176] Eine Folge der zahlreichen „Denationalisierungsprozesse" in den 1990er-Jahren[177] und der damit verbundenen Wahrnehmung einer verschärften Wettbewerbssituation war paradoxerweise eine neue Form des „Wirtschaftsnationalismus",[178] unter deren Eindruck vor allem die exportpolitischen Potenziale von Umweltschutz-

[170] Ther, Price, S. 32 unter Bezug auf einen Artikel im „Economist" aus dem Juni 1999.
[171] Brand/Stöver, Umweltbewegung, S. 228. Vgl. ferner Meteling, Standortsemantiken, S. 207–210, S. 237 f.; dies., Konkurrenz, S. 293–298; Wolfrum, Demokratie, S. 473.
[172] Seefried, Zukunft, S. 287–291.
[173] Vgl. mit Bezug auf Peter Glotz Tschirschwitz, Kampf, S. 477.
[174] AGG, B.II.3, 1304, Mit Mut und neuer Kraft für Innovation und Wachstum in Deutschland. Eckpunkte einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik. Thesenpapier des wirtschaftspolitischen Diskussionskreises von Ministerpräsident Gerhard Schröder, September 1997, Bl. 1.
[175] Hombach, Aufbruch, S. 16.
[176] AGG, A – Günter Bannas, 142, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 21. 10. 1993, Bl. 5.
[177] Angster, Ende, S. 191.
[178] Meteling, Konkurrenz, S. 302.

maßnahmen immer stärker betont wurden. Selbst die umweltpolitischen Fachpolitiker:innen waren gegen diesen neuen Wirtschaftsnationalismus nicht gefeit. Hermann Scheer beispielsweise forderte ausdrücklich, dass die Produktion von Solaranlagen vorrangig in Deutschland, weniger durch internationale Kooperation erfolgen sollte: „[Es liegt] im industriestrategischen Interesse, die gesamte Produktionskette von der Produktion von Solarsilizium und anderen Solarzellenmaterialien bis zur Produktion der Solarzellen und der Modulfertigung im Industriestandort Deutschland zu haben.“[179] Nur so könne die Solarenergie zu einem deutschen „Exportschlager“ entwickelt werden.[180]

Dieser Anspruch machte Anpassungen der Idee der „ökologischen Modernisierung“ an, ja bisweilen Unterordnungen unter das Standort-Paradigma notwendig. So erfolgte erst unter dem Eindruck der Standortdebatte der Einbezug der Lohnnebenkosten in das Prinzip der Aufkommensneutralität bei der Ökosteuer – Senkungen von Sozialversicherungsbeiträgen waren, neben der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und der Privatisierung der Wirtschaft, klassische neoliberale Deregulierungsmaßnahmen.[181] Der Wiesbadener Parteitag 1993 beschloss erstmals einen Einbezug der Sozialversicherungskosten in das Rückgabemodell der Ökosteuer, parallel zur Entlastung bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Damit sollten „weltweit Zukunftsmärkte [erschlossen] und Millionen international wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in Deutschland [geschaffen]“ werden.[182] Zwei Jahre später ging der Mannheimer Parteitag noch weiter, als er beschloss, dass es durch eine Ökosteuer nicht zu einer Erhöhung des Gesamtsteuer- und Abgabenvolumens kommen dürfe, um Wachstum und Beschäftigung nicht zu behindern.[183]

Die Entlastung des Faktors „Arbeit“ war nicht mehr primär als Entlastung der arbeitenden Bevölkerung gedacht, sondern als Rücksichtnahme auf die „Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“.[184] Die umweltpolitische Steuerungsfunktion der Ökosteuer entwickelte sich zunehmend zu einer Zielsetzung, die von der Entlastung des „Faktors Arbeit“ abgeleitet, aber nicht mehr eigenständig war. Dies gaben sogar Umweltexpert:innen wie Michael Müller unumwunden zu: „Es geht

[179] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000433, Leitlinien für eine Politik der ökologischen Erneuerung der Energiebasis in nationaler, europäischer und globaler Verantwortung des SPD-Umweltforums, August 1997, Bl. 16. Hermann Scheer war verantwortlich für die Endredaktion des Textes.

[180] Scheer, Keine Alternative, S. 917.

[181] Wirsching, Preis, S. 236; Rödder, Deutschland, S. 33. Vgl. ferner Geppert, Revolutionen, S. 274.

[182] Initiativantrag: 1. Eine gesamtdeutsche Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1993, S. 1009–1029, hier: S. 1012 f.

[183] Initiativantrag: 2. Arbeitsplätze für Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1995, S. 871–884, hier: S. 878 f., 881 f.

[184] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000345, Beschluss des SPD-Präsidiums „Zukunft sichern – Zusammenhalt stärken. Die sozialdemokratische Alternative zur Flickschusterei der Regierung Kohl“, 25. 4. 1996, Bl. 5.

bei der ökologischen Steuerreform […] weniger als früher um eine aktive Förderung einer ökologisch ausgerichteten Industriepolitik. Stattdessen steht angesichts der Verschärfung der internationalen Konkurrenz die Entlastung des Faktors Arbeit im Zentrum, von dem dann insgesamt ökologische Veränderungen erwartet werden."[185] Andere erwarteten sich in Bezug auf die ökologische Steuerungsfähigkeit noch weniger. Als sich im Mai 1997 im Parteivorstand leise Kritik daran regte, dass die Mineralölsteuer in den aktualisierten Ökosteuer-Konzepten nur um 6 Pfennig pro Liter angehoben werden sollte, bügelte Gerhard Schröder die Einwände mit der schlichten Begründung ab, dass von der Ökosteuer sowieso keine ökologische Lenkungswirkung ausgehe, auch bei 10 Pfennig pro Liter nicht. Selbst gegen die Anhebung um 6 Pfennig gab es immerhin zwölf Gegenstimmen.[186]

Nicht nur der internationale, sondern ebenso der nationale Kontext schien eine stärker wachstumspolitisch orientierte Programmatik notwendig zu machen. Nach einem kurzzeitigen „Wiedervereinigungsboom" machte sich 1992/93 immer deutlicher bemerkbar, wie massiv die ostdeutsche Wirtschaft nach dem Ende der DDR zusammengebrochen war. Die vielen Liquidationen und misslungenen Privatisierungsversuche der Treuhand „erwirtschafteten" unter dem Strich einen Verlust von 270 Milliarden DM, hinzu kamen die Verlagerung von Produktionsstandorten ins Ausland und eine radikale Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern.[187] Bereits 1990/91 war die ostdeutsche Wirtschaft um ein Drittel geschrumpft, bis 1993 waren 3,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Damit war die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt auf den höchsten Stand in der Nachkriegszeit gestiegen, in manchen Regionen der ehemaligen DDR lag sie bei mehr als 30%. Während der gesamten 1990er-Jahre verblieb die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern bei etwa 15%.[188]

Innerhalb der SPD-Konzepte für die Stärkung der neuen Bundesländer gewannen kurzfristige Strategien zur Stabilisierung der Wirtschaft gegenüber Umweltschutzmaßnahmen eindeutig an Priorität. Unter dem neuen Vorsitzenden Björn Engholm bekam das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit einen neuen, übergeordneten Rang.[189] In einem 1992 beschlossenen „Sofort-Programm" zur Behebung der wirtschaftlichen Krise in den neuen Bundesländern erfolgte die erste Nennung ökologischer Themen nicht etwa in einem umweltpolitischen Teil, son-

[185] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutz, 2/PVDM000345, Positionspapier von Michael Müller „Thesen zur ökologischen Steuerreform", 20. 3. 1996, Bl. 4. 1997 beschloss der Parteitag auf Initiative des Parteivorstandes, dass die ökologische Steuerreform „auf die Kostenbelastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen Rücksicht nehmen wird". Vgl. Antrag I 44. Parteivorstand. Innovationen für Deutschland, in: Vorstand der SPD, Referat Organisation (Hrsg.), Protokoll Parteitag 1997, S. 84–109, hier: S. 103.

[186] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 26. 5. 1997, 26. 5. 1997, Bl. 5 f.

[187] Ther, Price, S. 39.

[188] Görtemaker, Republik, S. 89–95, 102; Ther, Transformationen, S. 243; Rödder, Deutschland, S. 314–317, 341–345.

[189] Hörnle, What's left, S. 411.

dern im wirtschaftspolitischen. Zur Sicherung der „internationale[n] Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ sowie des „Industriestandort[es] Ostdeutschland“ gehöre demnach auch die Aufrechterhaltung einer „hohen Umweltqualität“, denn sie schaffe einen „positiven Strukturwandel und […] zukunftssichere Arbeitsplätze“. In den neuen Bundesländern seien insbesondere Projekte zur Altlastensanierung und Verbesserung der Wasserqualität zu fördern, im Verkehrssektor Bahn und Öffentlicher Nahverkehr zu stärken und eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale einzuführen. Forschung und Entwicklung neuer Energie- und Umwelttechnologien sollten gezielt gestärkt werden.[190]

Diese Indienstnahme umweltpolitischer Vorhaben für ökonomische Zwecke war auf allen Ebenen der Partei beinahe unumstritten. Während der Ausarbeitung des Sofortprogramms waren sich Björn Engholm und Oskar Lafontaine einig, dass trotz ökologischer Notwendigkeiten das Ziel des „wirtschaftlichen Aufschwung[s] in Ostdeutschland“ über allem stehe.[191] Rudolf Scharping hatte das SPD-Präsidium ausdrücklich davor gewarnt, dass der Umweltschutz nicht zulasten der deutschen Wirtschaft gehen dürfe: „Wer beim Schutz der Umwelt der Wirtschaft jedoch immer nur neue Kosten und Lasten aufbürden will, schadet dem Standort.“[192] Vor allem aus ostdeutscher Sicht wurden deutliche Vorbehalte gegenüber der ökologischen Steuerreform angemeldet: „Die Diskussion um die Ökosteuer wird in den NBL [Neuen Bundesländern] nur als eine weitere Bedrohung der schmalen Einkünfte gesehen. […] Es muß eindeutig klargelegt werden, daß eine weitere Schröpfung des Bürgers nicht geplant ist […].“[193] Den (wenigen) Umweltpolitiker:innen in den neuen Bundesländern fiel es angesichts dessen immer schwerer, gegen den Primat der Ökonomie anzukämpfen, wie Johannes Gerlach, Leiter des umweltpolitischen Arbeitskreises der sächsischen SPD-Fraktion, gegenüber Monika Ganseforth offen zugab: „Die Vielzahl der Anpassungszwänge der ‚ostdeutschen Einigung‘ sowie die Menge der drängenden, heute oder morgen wirskamwerdenden [sic!] Probleme beherrscht das Bewußtsein unserer Leute nahezu vollständig. […]

[190] Vorstand der SPD (Hrsg.), Sofort-Programm 1992, S. 14. 1993 ging Björn Engholm unter Bezug auf das Sofort-Programm mit der Forderung nach einem „Zukunftsinvestitionsprogramm“ für die neuen Bundesländer in die Solidarpakt-Verhandlungen mit den CDU-geführten Ländern und der Bundesregierung, das ein Investitionsprogramm in Höhe von 10 Milliarden DM für Umweltschutztechnologien beinhaltete. Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000116, 20-Punkte-Katalog des SPD-Parteivorstandes für die Solidarpaktverhandlungen 1993, 15. 2. 1993, Bl. 3.

[191] AdsD, Engholm, Björn, SPD-Vorsitzender, 1/BEAA000264, Protokoll eines Gespräches zwischen Björn Engholm und Oskar Lafontaine in Kiel, 9. 8. 1992, Bl. 1.

[192] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Rudolf Scharping, 2/PVDY000230, Vorlage Rudolf Scharpings für die Klausur des SPD-Präsidiums am 8./9. 9. 1995, 8./9. 9. 1995, Bl. 3.

[193] AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik, 2/PVDM000432, Gerhard Behrendt an Hermann Scheer, 2. 6. 1996, Bl. 2 f. Gerhard Behrendt war Mitglied der Projektgruppe „Umwelt/Energie Neue Bundesländer“ innerhalb des SPD-Umweltforums.

Ich schreibe Dir das so schonungslos offen, damit Du ein Gefühl dafür bekommst, wo die sächsische SPD-Fraktion beim Klimaschutz bewußtseinsmäßig steht – ganz, ganz am Anfang."[194]

Solidarität und Konkurrenz: die Ambivalenzen sozialdemokratischer Nachhaltigkeit

Aufgrund dieser Wechselwirkung zwischen global erforderlichem Umweltschutz und einer von wirtschaftspolitischen Fragen dominierten nationalen politischen Landschaft blieb das sozialdemokratische Verständnis von „nachhaltiger" oder „dauerhafter Entwicklung" stets diffus. Zwar sickerte das Konzept immer stärker in die umweltpolitischen Stellungnahmen der Partei ein, gleichzeitig blieb die Gewichtung der verschiedenen Dimensionen der „Nachhaltigkeit" nie ganz geklärt. War die „nachhaltige Entwicklung" letztlich ein umwelt- oder ein wirtschaftspolitisches Konzept?

Aus dem Drei-Säulen-Modell sowie den Grundüberlegungen der „ökologischen Modernisierung" folgerte die Bundestagsfraktion: „Umweltpolitik muß Wirtschafts- und Industriepolitik werden."[195] Eine vollständige „Ökonomisierung" erfuhr der sozialdemokratische Nachhaltigkeitsbegriff zwar nicht, ein rein „grüne[s] Credo"[196] war die Nachhaltigkeit aber ebenso wenig. Das Projekt der „ökologischen Modernisierung" sowie die in den 1990er-Jahren zunehmende Marktliberalisierung der SPD-Programmatik fügten sich vielmehr ideal in den wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs ein, der vor allem ab Mitte der 1990er-Jahre zu erkennen war.[197] Seitdem hatte in der öffentlichen und politischen Diskussion die ökonomische Säule der Nachhaltigkeit deutlich an Übergewicht gewonnen,[198] was von Gegner:innen einer allzu starken ökologischen Positionierung der SPD dankbar aufgegriffen wurde. 1993 bezeichnete Rudolf Scharping in seiner Bewerbung um den Parteivorsitz „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland" als sein wichtiges Ziel, zu dessen Zweck es vor allem „einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung im Osten" brauche.[199] Viele andere Spitzengenoss:innen betonten zwar rhetorisch die Gleichwertigkeit von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit. In der Praxis bedeutete dies implizit meistens doch eine Instrumentalisierung der ökologischen für die ökonomische Säule, so beispielsweise bei Oskar Lafontaine: „Wirksamer Umweltschutz ist

[194] AdsD, Hartenstein, Liesel, Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion, 1/LHAA000196, Johannes Gerlach an Monika Ganseforth, 21. 12. 1992.
[195] SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen, S. 27.
[196] Mit Bezug auf die Reformpolitik der rot-grünen Koalition bei Wolfrum, Aufsteiger, S. 37.
[197] Seefried, Progress, S. 393 f.
[198] Borowy, Sustainable Development, S. 158.
[199] Zit. nach AGG, A – Werner Schulz, 53, Pressemitteilung Cornelie Sonntags, 24. 5. 1993, Bl. 2.

die unverzichtbare Grundlage für nachhaltigen Wohlstand und für zukunftssichere Arbeitsplätze.“[200]

Sozialdemokratische Umweltpolitik war nie widerspruchsfrei, ihre Ambivalenz trat aber selten so deutlich zutage wie in den 1990er-Jahren. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung gewann zwar die Unterstützung der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Weltregionen eine neue Dringlichkeit, die Verteidigung des Standorts Deutschland aber auch. Die SPD hatte sich nach außen nie vom Projekt der „ökologischen Modernisierung“ verabschiedet, in der Realität aber ökonomische Ziele meist stärker gewichtet. Konkret zeigte sich dies darin, dass unter dem Dach des „Innovations“-Begriffs neue, vielversprechende Umwelttechnologien ihre Legitimationsgrundlagen nicht mehr aus ihrem ökologischen Mehrwert zogen. Die *conditio sine qua non* zur Förderung und Einführung neuer Technologien war das ihnen innewohnende Wachstumspotenzial. Der globale Kontext hatte dieses instrumentelle Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie verfestigt. Umweltschutzmaßnahmen, die mit der Notwendigkeit internationaler Solidarität begründet wurden, dienten damit vor allem der Stärkung des „Standortes Deutschland“ in einer Situation ausgeprägter globaler Konkurrenz. Der noch in den 1980er-Jahren vertretene Grundsatz der Gleichwertigkeit von Ökonomie und Ökologie galt in der Praxis nicht mehr – obwohl jetzt die Generation der „Enkel“ Willy Brandts über die Geschickte der Partei bestimmte, die einst selbst für eine stärkere Ökologisierung der SPD gekämpft hatte.[201] Besser als mit den Worten der SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Forderung nach einem „Bündnis für Arbeit“ von 1996 lässt sich der asymmetrische Zusammenhang zwischen solidarischen Umweltschutzmaßnahmen und konkurrenzorientierten Behauptungsstrategien im internationalen Wettbewerb kaum zusammenfassen:

„Um ihren gesellschaftlichen Wohlstand weiter zu steigern bzw. zu halten, konkurrieren alle um dieselben attraktiven Technologie-, Produktions- und Dienstleistungsfelder. […] Für die einzelnen Volkswirtschaften geht es in diesem technologischen ‚Kopf-an-Kopf-Rennen‘ darum, forschungs- und wertschöpfungsintensiven Produktionen und Dienstleistungen die besten Standortvoraussetzungen zu bieten. […] Mit [der] Verzahnung von Ökonomie und Ökologie wird der Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschland gesichert und verbessert sowie ein Signal für eine ökologische Wirtschaftsform in der EU gegeben.“[202]

[200] AGG, A – Günter Bannas, 113, Rede Oskar Lafontaines auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft. Zum 100. Geburtstag von Willi Eichler“, 7. 2. 1996, Bl. 8.

[201] Micus, Enkel, S. 173.

[202] Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/3979, Antrag der Abgeordneten Wolfgang Thierse [u. a.] der Fraktion der SPD, Innovative Forschungs- und Technologiepolitik – Bündnis für Arbeit und Umwelt, 6. 3. 1996, S. 2 f.

3. Die Politik der Neuen Mitte: sozialdemokratische Bündnisstrategien zwischen rot-grüner Annäherung und wahltaktischer Beliebigkeit

Ein kurzer Präzedenzfall: die rot-grüne Koalition in Berlin

Die Entwicklungen in der Bündnis- und Koalitionsfrage standen in einem teils widersprüchlichen, teils komplementären Zusammenhang mit der schrittweisen Marginalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik. So wurden die Voraussetzungen für dauerhaft belastbare Bündnisse mit den Grünen in den 1990er-Jahren einerseits immer besser, denn inhaltlich hatten sich beide Parteien weiter aneinander angenähert. Rot-grüne Koalitionen waren „zu einer weithin akzeptierten Option im politischen Establishment der Bundesrepublik" und die Beteiligungen von Grünen an Landes-, besonders an kommunalen Regierungen zur Normalität geworden.[203] Die Frage „Rot-Grün ja oder nein?" blieb umstritten, war aber bei Weitem nicht mehr so heiß diskutiert wie in den 1980er-Jahren. Die machtstrategische Ausrichtung der Parteiführung am Ziel der Regierungsübernahme ließ Rot-Grün andererseits zu einer Option unter vielen werden. So, wie das Projekt der „ökologischen Modernisierung" an Relevanz verloren hatte, wurde damit auch die Koalitionsfrage zu einer nachrangigen. Mit der Bildung der rot-grünen Bundesregierung 1998 ging deswegen nicht die „alte Bundesrepublik unwiderruflich zu Ende".[204] Ebenso wenig war der Triumph über Helmut Kohl ein „mythischer Sieg" für Rot-Grün.[205] Schon viele Zeitgenoss:innen sahen das anders, so hieß es in der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte" unmittelbar nach dem Wahlsieg nüchtern: „[D]ie Republik ist keine andere geworden. […] Der Wähler hat sich für eine neue Regierung entschieden, nicht mehr und nicht weniger."[206]

Um diese Nüchternheit und die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Parteien zu verstehen, ist ein Rückgriff in die Jahre seit 1989 notwendig. Ähnlich wie schon Mitte der 1980er-Jahre kam der Impuls für eine erneuerte Rot-Grün-Diskussion aus den Ländern, diesmal aus West-Berlin. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 verlor die schwarz-gelbe Koalition überraschend ihre Mehrheit. Ein von der Alternativen Liste zweieinhalb Wochen vor der Wahl ausgesprochenes Angebot an die SPD, zusammen eine neue Regierung zu bilden, war von dieser noch brüsk als „unseriös" abgewiesen worden.[207] Eine derartige Koalition wäre, so der Landesvorsitzende Walter Momper, „schon nach einer Woche zu Ende".[208] Nach dem Wahlabend bestand für die SPD nun die kaum

[203] Markovits/Gorski, Grün, S. 431. Vgl. ferner Thaa/Salomon/Gräber, Vorwort, S. 7.
[204] Wolfrum, Fortschritt, S. 273.
[205] von Eichborn, Wahlsieg, S. 239.
[206] von Sternburg, Wähler, S. 965.
[207] AdsD, LV Berlin, HGL alles AL, Pressemitteilung Hans Kremendahls, 12. 1. 1989, Bl. 1 f.
[208] So Momper in einem Telefongespräch mit BILD-Lesern, zit. nach Alexander, Endphase, S. 28.

erwartete Möglichkeit, den CDU-FDP-Senat abzulösen. Zunächst führte die Berliner SPD nicht nur mit der AL Koalitionsgespräche, sondern beriet sich ebenso mit der CDU.[209] Auf eine solche große Koalition schien es zunächst auch hinauszulaufen, denn eine Zusammenarbeit mit der AL wurde von Momper weiterhin als „besonders problematisch" angesehen.[210]

Die CDU brach die Verhandlungen jedoch noch im Februar 1989 ab. Es blieb nur die Möglichkeit einer Kooperation mit der AL übrig. Mit dieser wurde aber erst einmal über sogenannte „Essentials" verhandelt, die von der SPD zur Voraussetzung gemacht wurden, um überhaupt Koalitionsgespräche einzugehen: Die Anerkennung des Status' Berlins und der Präsenz der westlichen Alliierten, die Übernahme des gesamten Bundesrechts sowie die grundsätzliche Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.[211] Die AL akzeptierte die von der SPD geforderten Grundsätze, innerhalb des Parteivorstandes war das Vorgehen der Berliner SPD dennoch nicht unumstritten. Über die grundsätzliche Koalitionsfähigkeit der AL bestanden weiterhin Zweifel. Hans-Jochen Vogel betonte ausdrücklich, dass „der Berliner Weg keinen Modellcharakter habe".[212]

Die anschließend eingeleiteten Koalitionsverhandlungen drohten weiterhin zu scheitern. Momper zeigte sich in der Öffentlichkeit skeptisch, „ob eine SPD/AL-Koalition in Berlin zustande kommt und am Ende verläßlich arbeiten kann", denn die AL hätte immer noch nicht geklärt, „ob die grüne Bewegung in Berlin regierungsfähig" ist.[213] Die beiden Jugendverbände der SPD und der AL übten daher permanent Druck auf die Verhandlungspartnerinnen aus. Eine gemeinsam gegründete „Initiative ‚Rot-Grün jetzt'" warb in der Öffentlichkeit für eine SPD-AL-Koalition;[214] die Berliner Juso-Hochschulgruppe gründete eine weitere Initiative „Rot-Grün für Berlin", die Geld sammelte, um SPD und AL mittels Zeitungsanzeigen zu einer Einigung zu bewegen.[215]

[209] Vgl. AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD/AL 1989, Inhaltsprotokoll über ein Gespräch zwischen der Berliner SPD und der Berliner CDU über Voraussetzungen zur Schaffung eines handlungsfähigen Senats am 10. 2. 1989, 11. 2. 1989.

[210] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011360, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am Montag, den 30. 1. 1989 in Bonn, Ollenhauerhaus, 30. 1. 1989, Bl. 3. Vgl. auch AGG, A – Verena Krieger, 19, Pressemitteilung Walter Mompers, 1. 2. 1989.

[211] Vgl. AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011360, Politischer Bericht Hans-Jochen Vogels vor der SPD-Bundestagsfraktion, 21. 2. 1989, Bl. 1 f. Daran angehängt: Verhandlungsergebnis der Essential-Kommission von SPD und AL, undatiert. Vgl. ferner Heinrich, Rot-Grün, S. 31–33.

[212] AdsD, HSA, SPD allgemein, 1/HSAA011360, Protokoll über die Parteivorstandssitzung am Montag, den 27. 2. 1989, 16.00 Uhr in Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, 27. 2. 1989, Bl. 3.

[213] AGG, C Berlin I.1 – Alternative Liste 1978–1992, 95, Pressemitteilung Walter Mompers, 27. 2. 1989, Bl. 2 f.

[214] RB, Jugendliche Euphorie für rot-grüne Politik. Jugendverbände wollen Druck auf Parteien ausüben, in: unbekannte Zeitung, 22. 2. 1989. Der Artikel entstammt der Zeitungsausschnittssammlung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im AdsD. Weder der Titel der Zeitung noch die Seitenzahlen waren dort angegeben.

[215] [o. V.], Initiative „Rot-Grün für Berlin", hinteres Deckblatt.

Beide Parteien rauften sich tatsächlich zusammen. Doch dass die Berliner Koalition kein Wunschbündnis, sondern eher dem nackten Wahlergebnis geschuldet war, war allen Beteiligten bewusst. Die AL gehörte innerhalb der Grünen klar zu den linksorientierten, „fundamentalistischeren" Verbänden. Konflikte in diesem sehr polarisierten Verhältnis zur SPD waren daher vorprogrammiert.[216] Schon nach den ersten 100 Tagen in der Regierung konstatierte die AL „Ernüchterung" aufgrund der zahlreichen „Handlungs-, Sach- und Kompromisszwänge[]", die die Umsetzung der eigenen Ziele erschwerten.[217] Das führte zu konstanten Reibungen der AL-Vertreter:innen in Senat und Abgeordnetenhaus mit der Parteiorganisation und den AL-Mitgliedern. Die Verärgerung über die permanente basisdemokratische Rückbindung der AL-Senatorinnen und der AL-Fraktion stieß wiederum der SPD zunehmend auf, denn dies erschwere die gemeinsame Zusammenarbeit. Walter Momper warnte nach nur drei Monaten davor, „daß die Fähigkeit von Teilen der Alternativen Liste […] eine rot-grüne Reformpolitik mitzutragen abnimmt und der Drang zur Oppositionsbank […] zunimmt".[218]

Nach dem Mauerfall verschärften sich die Konflikte, von der AL initiierte Nachverhandlungen mit der SPD über die Bedingungen der Koalitionsarbeit blieben aber ergebnislos. Das gegenseitige Misstrauen stieg weiter, in Streitfragen wurden die Senatorinnen der AL einfach von der SPD überstimmt. Der Vertrag über den Verkauf eines Grundstücks am Potsdamer Platz an Daimler-Benz wurde beispielsweise gegen die Stimmen der AL-Fraktion, stattdessen mit Zustimmung der CDU abgesegnet. Es kam zu gehäuften Austrittswellen aus der AL. Aus Verärgerung über die Räumung besetzter Häuser in der Mainzer Straße, über die die AL nicht informiert worden war, kündigte diese die gemeinsame Koalition schließlich auf. Es wurden Neuwahlen im Dezember 1990 abgehalten, bei denen beide Regierungsparteien drastisch verloren. Die SPD ging eine Koalition mit der CDU ein, der Christdemokrat Eberhard Diepgen wurde wieder Bürgermeister.[219]

Trotz, vielleicht sogar wegen ihres Scheiterns war die kurze Berliner Koalition eine heilsame Erfahrung für beide Seiten. Denn vor allem die Alternative Liste zog Konsequenzen und leitete eine schrittweise Abkehr vom Prinzip der Basisdemokratie ein. Zeitgleich führten andere grüne Landesverbände und die Bundespartei ähnliche Strukturreformen durch. 1993 erkannten die Grünen schließlich die parlamentarische Demokratie vorbehaltlos an und definierten sich als links-ökologische Reformpartei. Die einstmalige Fundi-Realo-Kontroverse schien sich nicht nur personell, sondern auch politisch und strukturell abzuschwächen. Ein „Burgfrieden" zwischen den verschiedenen Parteiströmungen wurde möglich.[220]

[216] Heinrich, Rot-Grün, S. 8.

[217] AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, „100" Tage SPD/AL, 21, Pressemitteilung zu einer Pressekonferenz der Alternativen Liste Berlin zu „100 Tage Rot/Grün", 26. 6. 1989, Bl. 1 f.

[218] AdsD, SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, „100" Tage SPD/AL, 21, Presseerklärung Walter Mompers, 13. 6. 1990, Bl. 1.

[219] Heinrich, Rot-Grün, S. 46–53, 96–100; Alexander, Endphase, S. 38.

[220] Raschke, Zukunft, S. 336–338, Zitat S. 336. Die einfachen Parteimitglieder wurden durch Einführung einer Landes-Delegiertenkonferenz weitgehend entmachtet, die Fraktions- und

(K)ein Skandal: Koalitionsspekulationen anlässlich der Wiedervereinigungswahl 1990

Daher verliefen die Koalitionsdebatten im Bund zunehmend entkrampfter, als über mögliche Bündniskonstellationen nach der Bundestagswahl 1990 diskutiert wurde. Mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erschien eine rot-grüne Koalition nicht mehr so illusorisch wie noch 1987 mit Johannes Rau. Lafontaine galt schon seit Mitte der 1980er-Jahre als „Liebling der Grünen".[221] Seitens der Jusos wurde ebenso Druck ausgeübt, der Juso-Bundeskongress hatte sich schon im April 1989 klar für eine rot-grüne Koalition ausgesprochen.[222] Nach außen hin verfolgte Lafontaine zunächst aber eine andere Strategie: Durch eine deutliche Profilierung in ökologiepolitischen Fragen sollten den Grünen die eigenen Wähler:innen abspenstig gemacht werden. Schließlich war nicht einmal klar, ob Bündnis '90 und die Grünen in beiden Teilen Deutschlands den Einzug in den Bundestag schaffen würden und sich eine offene Koalitionsdiskussion lohnen würde. Hinter den Kulissen bemühte er sich aber um eine informelle Aufgabenteilung mit den Grünen, um mögliche rot-grünen Machtperspektiven für die nächsten Wahlen nicht versiegen zu lassen.[223]

Schon im Laufe des Jahres 1989 hatten sich, ohne Lafontaines Zutun, solche Kontakte zu den Grünen intensiviert, sodass gar davon die Rede war, dass „Rot-Grün auf Bundesebene […] informell vorbereitet" worden wäre.[224] Bemerkenswert war, dass solche Verbindungen nicht mehr nur von dezidiert ökologisch ausgerichteten Sozialdemokrat:innen gepflegt wurden. Im Juni 1989 trafen sich, maßgeblich initiiert von Horst Ehmke und Otto Schily, führende Vertreter:innen der SPD mit Realpolitiker:innen der Grünen zu einer gemeinsamen Klausur in Schloss Crottorf in der Nähe von Siegen. Für die SPD nahmen neben Ehmke unter anderem Egon Bahr, Karsten D. Voigt, Hans-Ulrich Klose, Andreas von Bülow und Anke Fuchs teil; von den Grünen waren Joschka Fischer, Alfred Merchtersheimer, Helmut Lippelt und Ruth Hammerbacher anwesend. Ziel war, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in verschiedenen Politikbereichen herauszuarbeiten.

Gleich das erste Gespräch widmete sich einem der heikelsten Streitpunkte, nämlich der Außen- und Sicherheitspolitik. Neun weitere Treffen waren insgesamt geplant. Die Gespräche wurden rasch publik, und die Reaktionen waren heftig. Die Unionsparteien ließen sich nicht die Gelegenheit nehmen, das drohende „rot-grüne Chaos" an die Wand zu malen. Friedrich Bohl, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, interpretierte das Treffen prompt als Vorbereitung für mögliche Koalitionsgespräche: „Um an die Macht zu kommen, scheut die

Vorstandsmitglieder erhielten zusätzliche Kompetenzen. Zudem wurde die Trennung von Amt und Mandat aufgehoben. Vgl. Heinrich, Rot-Grün, S. 105; Decker, Parteiendemokratie (2015), S. 181–183; Probst, Grüne (2013), S. 522, Schikowski, Parteikritik, S. 109.

221 Wolfrum, Rot-Grün, S. 42.

222 Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 259 f.

223 Lafontaine, Herz, S. 149. Vgl. auch Schlieben, Oskar Lafontaine, S. 318–321.

224 Richter/Schlieben/Walter, Projekt, S. 13.

SPD nicht davor zurück mit Radikalen […] zu paktieren."[225] Das Treffen stiftete auch in der SPD „erhebliche Aufregung".[226] Die Parteigremien waren von den Gesprächen nicht offiziell informiert worden. Das Parteipräsidium positionierte sich daher einmütig gegen die Gespräche. Das „Gequassel", so Oskar Lafontaine, „dürfe nicht weiter stattfinden".[227] Das „Gequassel" war selbst bei den Grünen umstritten, deren Bundessprecherin Verena Krieger dem „selbsternannten Schattenkabinett" vorwarf, mit ihrer „Geheimdiplomatie […] gegen das grüne Transparenz-Prinzip" zu verstoßen.[228]

Eine Teilnehmerin, Herta Däubler-Gmelin, bestritt sofort, dass es sich bei dem „Geheimtreffen [um eine] Vorbereitung für eine rot-grüne Koalition" gehandelt habe. Trotz der raschen Skandalisierung und der hysterischen Reaktionen der beiden Parteiführungen galt aber: Der Austausch mit grünen Realos hatte an Normalität gewonnen. Eine stetig wachsende Mehrheit in der SPD behandelte die realpolitisch orientierten Teile der Grünen zunehmend wie Abgeordnete anderer Parteien auch. Däubler-Gmelin bestätigte im gleichen Atemzug nämlich freimütig, dass „Treffen von Mitgliedern der Union, der SPD und der FDP für [s]ie den selben Stellenwert wie Gespräche mit den Grünen" hätten.[229] Selbst Hans-Ulrich Klose, nicht unbedingt als Sympathisant eines rot-grünen Bündnisses bekannt, zeigte sich „angenehm überrascht" darüber, „daß sich die Positionen der Mehrzahl der grünen Gesprächsteilnehmer kaum noch von sozialdemokratischen Positionen unterscheiden".[230]

Was die Lage jedoch verkomplizierte, war, dass sich parallel im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn auch Vertreter:innen der linken Flügel beider Parteien trafen, maßgeblich initiiert von Peter von Oertzen. Linke und Konservative in der SPD drohten sich nun darüber zu zerstreiten, wie und vor allem mit welchen Grünen denn überhaupt geredet werden dürfe. Anke Fuchs, die ja selbst an den Crottorfer Gesprächen teilgenommen hatte, kritisierte die Teilnehmer:innen der Konkurrenzveranstaltung scharf. Diese seien, so Fuchs, „Einzelgänger, die sich nicht an Parteitagsbeschlüsse halten".[231] Angesichts dieser Uneinigkeit, mit welchen Grünen nun eigentlich worüber geredet werden dürfe, wurde die Crottorfer

[225] AGG, B.II.1, 5759, Pressemitteilung Friedrich Bohls, 24. 7. 1989.
[226] Vogel, Nachsichten, S. 278.
[227] AdsD, Vogel, Hans-Jochen, SPD Präsidium Sitzungen, 1/HJVA100317, Protokoll über die Telefonkonferenz der Präsidiumsmitglieder am Montag, den 7. 8. 1989, 7. 8. 1989, Bl. 1.
[228] AGG, B.II.1, 5759, Pressemitteilung des Bundesvorstands der Grünen, 24. 7. 1989, 24. 7. 1989. Sepp Binder, der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hatte bestätigt, dass insgesamt zehn Treffen geplant waren. Vgl. den Verweis auf dementsprechende Aussagen in Otto Graf Lambsdorff, Interview mit Otto Graf Lambsdorff im Saarländischen Rundfunk, in: freie demokratische korrespondenz, 24. 7. 1989.
[229] AGG, B.II.1, 5759, Pressemitteilung Herta Däubler-Gmelins, 26. 7. 1989.
[230] Zit. nach Andreas Wassermann, Es waren keine Gespräche. Wir haben nur miteinander geredet. SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose über das rot-grüne Treffen auf Schloß Crottorf – Anfang September geht es weiter – Thema: Europa, in: Hamburger Rundschau, 17. 8. 1989, S. 7.
[231] Zit. nach Osterroth/Schuster, Chronik Bd. 5, S. 319.

Gesprächsreihe nach nur einem Treffen eingestellt. Teile der beiden linken Parteiflügel trafen sich im Herbst 1989 zwar erneut, doch wieder hagelte es erhebliche Kritik.[232]

Die Empörung großer Teile der Parteispitze, sei es in Crottorf, sei es in Bonn, war aber zu großen Teilen mehr reflexhaften Abwehrreaktionen gegenüber der Öffentlichkeit geschuldet, als dass sie einer tieferen Überzeugung entsprang, dass Kontakte zu Grünen generell zu vermeiden seien. Vor allem Oskar Lafontaine, der eine rot-grüne Koalition unter seiner Führung anstrebte, war klar, dass ein Großteil der Wahlbevölkerung ein solches Bündnis tendenziell eher ablehnte. Daher sollte partout nicht der Eindruck entstehen, sich öffentlich auf eine rot-grüne Koalition festgelegt zu haben. Hinter den Kulissen arbeitete er aber weiter an ersten vorsichtigen Kooperationsmodellen. Sie vor der Öffentlichkeit geheim zu halten, misslang aber gründlich. Zeitgleich zu den Kontroversen um die Gespräche in Crottorf kursierte in der Presse nämlich eine Liste mit möglichen Kabinettsmitgliedern einer rot-grünen Regierung unter seiner Führung. Als die potenzielle grüne Ministerin Antje Vollmer darauf angesprochen wurde, konnte sie die Echtheit dieser Liste nicht mit voller Überzeugung dementieren: „Grundsätzlich finde ich, daß ein Wechsel des Personals in der Politik immer gut ist […]. Ich weiß aber, daß man bei einer rot-grünen Mehrheit in Bonn auch Leute braucht, die das parlamentarische Geschäft […] aus dem Eff Eff kennen und auch 'ne gewisse Bonner Professionalität haben. Und da wäre ich eine, die unter anderen in Frage käme."[233]

Zudem hatten Lafontaine und Wolfgang Thierse vor den Crottorfer Gesprächen informelle Gespräche mit Abgeordneten der Volkskammerfraktion von Bündnis 90/Die Grünen geführt. Die offizielle Sprachregelung ließ nur zu, Gespräche über die „grundsätzliche Bereitschaft" der SPD, „die Bürgerbewegungen der DDR auf dem Weg in ein gesamtdeutsches Parlament zu unterstützen", zu bestätigen.[234] Tatsächlich hatten Thierse und Lafontaine den Bündnisgrünen Unterstützung durch ein sogenanntes „Huckepackverfahren" angeboten, also Plätze auf der SPD-Liste offeriert, um ihnen einen gesicherten Einzug in den Bundestag zu garantieren. Dies war innerhalb der Fraktion der Bündnisgrünen hoch umstritten. Bärbel Bohley warf denjenigen Vertreter:innen der Fraktion, die an den Gesprächen teilnahmen, einen „Verstoß gegen basisdemokratische Prinzipien" vor. Die Angst vor einer Vereinnahmung durch die SPD und einem Verlust der Eigenständigkeit war groß.[235]

[232] Kufferath, Peter von Oertzen, S. 580–582.

[233] Zit. nach Edgar Franzmann/Ulrich Ziegeler, Mit Lafontaine ins Kabinett… Aber noch steht die rot-grüne Mehrheit nicht – Gespräche mit der SPD müssen offen geführt werden, in: Express, 27. 8. 1989.

[234] AGG, B.I.1., 5934, Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen, 17. 7. 1990.

[235] AGG, B.III.1, 7, Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer, 24. 7. 1990, Bl. 1.

„Entspannt und konfliktarm"? Normalisierungsprozesse in den Ländern und im Bund

In den Bundesländern hingegen erfolgte die Annäherung zwischen beiden Parteien harmonischer. Sie vollzog sich hier jenseits des großen Scheinwerferlichts, und nicht überall war der grüne Landesverband ein so schwieriger Partner wie in Berlin. Ab 1990 bildeten sich verschiedene Bündnisse, die erstmals über die ganze oder gleich zwei Legislaturperioden hielten. Besonders in Hessen hatten die Grünen ihre neu gewonnene Regierungsfähigkeit bewiesen, die 1991 eingegangene Koalition mit der SPD unter der Führung des Ministerpräsidenten Hans Eichel hielt ganze acht Jahre. Eichel hatte am Wahltag zwar bewusst keine Koalitionsaussage getroffen, und er wollte sich am Tag nach der Wahl, die eine rot-grüne Mehrheit ergeben hatte, ebenfalls nicht auf eine solche Koalition festlegen lassen. Er sei sich, wie er im Parteivorstand ausführte, „bewußt, daß die Mehrheit im Landtag nicht in Übereinstimmung stehe mit den Vorstellungen der Mehrheit der Menschen".[236] Eine große Koalition war aber noch unbeliebter, im April 1991 ließ sich Eichel daher zum Chef einer rot-grünen Landesregierung wählen. Nach außen hin war die Koalitionsbildung von demonstrativer Harmonie begleitet gewesen: „So entspannt und konfliktarm wie in Hessen", beobachtete der „SPIEGEL", „[…] ist in Deutschland noch selten eine Koalition gezimmert worden, ein rot-grünes Bündnis schon gar nicht."[237] Selbst die FAZ musste anerkennen, dass die hessischen Grünen eine „‚normale' Partei geworden" seien, „die sich anschickt, eine ‚ganz normale' Koalition einzugehen. Chaos ist weder erwünscht, noch besteht eine Neigung dazu."[238] Das rot-grüne Bündnis war 1995 das erste seiner Art, das im Amt bestätigt wurde.[239] Ähnliche Stabilisierungsprozesse waren auch in den hessischen Kommunen zu verzeichnen. Die rot-grüne Koalition in Frankfurt am Main zwischen 1989 und 1995 zerbrach letztlich zwar an Zerwürfnissen zwischen den beiden Parteien, war aber die bis dato langlebigste und erfolgreichste in einer westdeutschen Großstadt.[240]

Die Bildung einer rot-grünen Regierung in Niedersachsen unter Gerhard Schröder war ein weiterer Meilenstein in diesem Normalisierungsprozess. Schröder hielt sich nach der gewonnenen Landtagswahl im Mai 1990 zunächst lange Zeit die Möglichkeit offen, mit der FDP zu koalieren, und hatte ihr sogar Verhandlungen darüber angeboten. Nachdem diese sich klar gegen eine Zusammenarbeit mit der SPD ausgesprochen hatte, versuchte es Schröder dann mit den Grünen. Dieser Schritt war für den späteren Kanzler zwar mehr „Vernunftentscheidung"

236 AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 21. 1. 1991, 21. 1. 1991, Bl. 7.
237 [o. V.], Blitzflink ohne Widerspruch, in: SPIEGEL, 18. 3. 1991, S. 30–32, hier: S. 30.
238 Adolf Kühn, Auch der Juniorpartner will erwachsen werden. Wie sich die Parteitage von SPD und Grünen gleichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 3. 1991.
239 Conze, Suche, S. 801.
240 Vgl. lhe, Mainmetropole seit sechs Jahren rot-grün. Eine Chronologie der Regierungszeit, in: Offenbacher Post, 15. 3. 1995.

als „Herzenswunsch", aber dennoch: Zusammen mit Jürgen Trittin, der das Ressort für Bundes- und Europaangelegenheiten übernahm, konnten zwei der späteren Hauptprotagonisten der rot-grünen Bundesregierung hier bereits die Potenziale einer solchen Koalition in kleinerem Maßstab erproben.[241] Jedoch war das niedersächsische Bündnis konfliktbehafteter als das in Hessen. Viele grüne Urforderungen, beispielsweise nach einem Verbot der Deponierung nuklearen Abfalls in Gorleben und Schacht Konrad, wurden von Schröder rasch kassiert, obwohl sie im Koalitionsvertrag festgehalten waren.[242] Numerisch spielten die Grünen in der Koalition kaum eine Rolle, neben Trittin entsandten sie nur Waltraud Schoppe in die Regierung. Nicht einmal das Umweltministerium fiel an die Grünen, Schröder besetzte es mit der zunächst parteilosen Monika Griefahn, die zwei Jahre später der SPD beitrat.[243]

Schröder wurde für diesen Kurs belohnt: Bei der nächsten Landtagswahl 1994 reichte es für die absolute Mehrheit, die Grünen fielen daraufhin aus der Regierung.[244] Ähnliches passierte auch in Brandenburg: 1990 hatte Manfred Stolpe eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis '90 geschmiedet.[245] Nachdem er 1994 mit einer absoluten Mehrheit im Amt bestätigt wurde, führte die SPD die Regierung allein weiter. Eine Ampelkoalition wurde auch 1991 in Bremen erprobt.[246] Dass die FDP dort von der SPD in die Regierung geholt wurde, obwohl Rot-Grün in der Bürgerschaft eine Mehrheit von zwei Stimmen gehabt hätte, war jedoch nicht der allergrößte Vertrauensbeweis gegenüber den Grünen.[247]

Es folgten weitere, gefestigtere Bündnisse in den Bundesländern: 1994 bildeten die Genossen in Sachsen-Anhalt eine Minderheitsregierung mit den Grünen (allerdings gegen den Widerstand des Seeheimer Kreises),[248] sie und ihr Ministerpräsident Reinhard Höppner ließen sich dabei von der PDS tolerieren.[249] 1996 in Schleswig-Holstein unter Heide Simonis und 1997 in Hamburg unter Ortwin Runde wurden ebenfalls stabile Koalitionen gebildet, die über die gesamte vorgesehene Zeit hielten.[250] Zu Beginn des Jahres 1998 regierten die Grünen in fünf Län-

241 Zit. nach Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 194.
242 So hatten sich SPD und Grüne ursprünglich darauf geeinigt, dass es kein nukleares Endlager in Gorleben geben, die dortige Konditionierungsanlage nicht weitergebaut und das Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad eingestellt werden sollen. Vgl. Landesverband DIE GRÜNEN Niedersachsen (Hrsg.), Koalitionsvereinbarung, S. 7.
243 Vgl. Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 215 f., 225.
244 Braunthal, SPD, S. 19.
245 Vgl. AGG, C – LGSt Brandenburg I, 27, Vertrag zur Bildung der Landesregierung Brandenburg in der ersten Legislaturperiode des Landtages 1990–1994, 1990.
246 AGG, A – Werner Schulz, 203, Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 13. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 1991–1995, 1991.
247 Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1991/1992, S. 157.
248 AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 4. 7. 1994, 4. 7. 1994, Bl. 4.
249 Klein/Falter, Weg, S. 49.
250 Uekötter, Deutschland, S. 192.

dern zusammen mit der SPD, im Bundesrat konnte eine rot-grüne Mehrheit wichtige Gesetzesvorhaben der Bundesregierung blockieren.[251]

In der Geschichtsschreibung hält sich daher nach wie vor die These, dass die Grünen seit der gelungenen Koalition in Niedersachsen „als selbstverständlicher Partner der Sozialdemokraten" galten.[252] Dass Rot-Grün in den Ländern aber immer noch umstritten war, zeigt vor allem der Fall Nordrhein-Westfalens. 1995 ging die absolute Mehrheit im sozialdemokratischen Stammland verloren. Zeitgleich gewannen die Grünen deutlich hinzu, was nicht ohne Grund als „Symptom für die emotionale Ausgezehrtheit der SPD" gewertet wurde.[253] Angesichts der gestiegenen Stabilität jüngster rot-grüner Koalitionsversuche konnten sich die Genoss:innen an Rhein und Ruhr einer Diskussion über Rot-Grün nicht mehr verschließen.[254] Im Kernland der Kohleindustrie schwelte jedoch ein Streit über den geplanten Ausbau des Braunkohletagebaus Garzweiler II. Die SPD wollte ihn unbedingt und hatte ihn noch vor der Wahl durch die Landesregierung genehmigen lassen, die Grünen lehnten ihn ausdrücklich ab (vgl. Kap. VIII.1.). Die Verhandlungen über die gemeinsame Koalition verliefen zwar erfolgreich, der Streitpunkt Garzweiler war jedoch der einzige, für den der Vertrag keine Einigung festhalten konnte. Weitere Entwicklungen sollten vom Ergebnis des Organstreitverfahrens abhängig gemacht werden, das die Grünen aufgrund angeblich nicht gewährleisteter Mitentscheidungsrechte des Parlaments bemühten. Die Verfassungsklage scheiterte jedoch 1997, 2006 begann der geplante Abbau.[255]

Garzweiler war nicht nur für die Grünen ein heikler Streitpunkt, an dem die Bildung der Koalition beinahe gescheitert wäre. Die NRW-SPD musste das Zusammengehen mit den „kohlefeindlichen" Grünen gegen erheblichen Widerstand aus den eigenen Reihen durchsetzen. Der Landesparteitag, auf dem der Koalitionsvertrag angenommen wurde, war von Demonstrationen von Bergarbeitern aus den betroffenen Braunkohlerevieren begleitet.[256] Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann schoss öffentlich gegen Johannes Raus Bündnispläne und beschimpfte die Grünen als „Müsliapostel". Er stellte offen zur Debatte, ob man sich nicht auch mit einer Tolerierung begnügen oder notfalls Neuwahlen einleiten könnte.[257] Die Diskussionen erreichten rasch die Bundespartei. Den Stimmen im Parteivorstand, die der sich anbahnenden Koalition positiv gegenüberstanden, entgegnete Johannes Rau ausdrücklich, dass „NRW nicht als Ver-

[251] Frankland, Bündnis '90/Die Grünen, S. 80; Gibowski, Analysis, S. 125.
[252] Engels, Naturpolitik, S. 400.
[253] Falke, Perspektive, S. 487.
[254] Vgl. Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 265.
[255] Vgl. AGG, A – Christa Nickels, 293, Vereinbarungen zu einer Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 12. Legislaturperiode des Landtags von Nordrhein-Westfalen 1995–2000 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband NRW und dem Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Landesverband NRW, 1. 7. 1995, insb. Bl. 36.
[256] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 301.
[257] AGG, A – Günter Bannas, 103, Transkript eines Interviews mit Friedhelm Farthmann im Norddeutschen Rundfunk am 3. 7. 1995, 3. 7. 1995, Zitat Bl. 1.

suchsland für mögliche politische Konstellationen im Bund" betrachtet werden sollte.[258] Innerhalb der Bundestagsfraktion gab es ebenso Strömungen, die davor warnten: „Chancen zur Fähigkeit der Erringung eigener Mehrheiten unserer Partei" würden, so Karl Hermann Haack, „bewußt negiert, weil sie der eigenen Partei die Fähigkeiten absprechen und ihre politische Identität nicht mehr aus der SPD generieren, sondern aus einer rot-grünen Lagerkonstellation".[259]

Zahlreiche Verfechter:innen einer „Politik der sozialen und ökologischen Modernisierung" schlussfolgerten hingegen, dass jetzt schon die Weichen gestellt werden müssten für die „kulturelle und machtpolitische Auseinandersetzung", die nur auf eine rot-grüne Bundesregierung im Jahr 1998 hinauslaufen dürfe.[260] Doch selbst viele dieser Sympathisant:innen von Rot-Grün waren sich bewusst, dass es dafür noch eines hohen Maßes an Überzeugungskraft bedurfte. Es gebe zwar, so Wolf-Michael Catenhusen, einen demoskopisch messbaren Vorsprung von SPD und Grünen gegenüber den Regierungsparteien. „Gleichwohl setzt die Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler bislang nicht auf eine gemeinsame Regierung."[261] Selbst der neue Vorsitzende der SPD-Fraktion und ehemalige Umweltminister, Klaus Matthiesen, warnte davor, Rot-Grün in NRW als Musterbeispiel zu sehen: „Wir können und dürfen uns […] nicht zum Modell für andere und anderes erklären oder hochstilisieren lassen."[262]

Trotz aller Bedenken hielt das Bündnis. Differenzen konnten immer wieder geschlichtet werden, wenn auch notdürftig. Die Koalition in Düsseldorf stand mehrfach vor dem Aus, das Dauerthema Garzweiler hatte einen Keil zwischen beide Parteien getrieben. Oskar Lafontaine war es zusammen mit Joschka Fischer jedoch immer wieder gelungen, eine vorzeitige Auflösung der Regierung zu verhindern. Beiden stand klar vor Augen, dass ein Scheitern der Koalition die Aussicht auf eine rot-grüne Machtübernahme im Bund minimieren würde.[263]

Streitigkeiten zwischen SPD und Grünen konnten mittlerweile auf einer halbwegs trittfesten, sachlichen Problemlösungsebene ausgetragen werden. Die regelmäßigen Gesprächskontakte auf Bundesebene verloren im Verlauf der 1990er-Jahre damit das Skandalisierungspotenzial, das beispielsweise den Crottorfer Gesprächen aus dem Jahr 1989 noch angehaftet hatte. Als sich, ausgehend von der Parlamentari-

[258] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Klausur des SPD-Parteivorstandes am 21./22. 5. 1995, 22. 5. 1995, Bl. 4.

[259] Karl Hermann Haack, Rot-Grüne Koalitionen als eine Alternative oder fundamentale Notwendigkeit?, in: Bonner Forum, 30. 6. 1995, S. 5 f.

[260] AdsD, SPD-Parteivorstand/Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, Bündnis 90/Grüne, 2/PVEL000130, Pressemitteilung Michael Müllers, 5. 7. 1995, Bl. 1.

[261] Wolf-Michael Catenhusen, Mehrheiten erstreiten – Reformperspektiven schaffen. Rot-grün muß mehr sein als eine arithmetische Machtoption, in: Bonner Forum, 30. 6. 1995, S. 3–5, hier: S. 4.

[262] AdsD, SPD-Unterbezirk (UB) Leverkusen, Zusammenarbeit der SPD-Fraktion mit der Fraktion DIE GRÜNEN: Vergleich der Kommunalwahlprogramme (Arbeitspapiere), 3/NWAL000210, Auszug aus einer Rede Klaus Matthiesens in der Sitzung der SPD-Landtagsfraktion am 24. 5. 1995, 24. 5. 1995, Bl. 4.

[263] Vgl. Lafontaine, Herz, S. 147 f.; Göller, Garzweiler, S. 900.

schen Linken in der Bundestagsfraktion, 1993 Abgeordnete von SPD und Grünen über Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik austauschten, sahen das insbesondere Mitglieder des Seeheimer Kreises zwar nicht gern. Es gab seitens der Parteispitze aber auch keine Versuche, das Treffen zu verhindern.[264] 1996 bildete sich sogar ein gemeinsamer Arbeitskreis von Außenpolitiker:innen beider Parteien, der an einem Strategiepapier für die Zeit nach der Bundestagswahl 1998 und ebenfalls weitestgehend ungestört arbeitete.[265]

Zudem bemühte sich Peter von Oertzen selbst nach den gescheiterten Gesprächen 1989 nimmermüde um eine Annäherung zwischen SPD und Grünen. Sein publizistisches Engagement für einen „gesellschaftlichen Block" führte er fort; in den Jahren 1996 und 1997 lud er zu mehreren Tagungen und Gesprächskreisen ein, an denen linke Sozialdemokrat:innen, Grüne und auch PDS-Mitglieder teilnahmen. Im Januar 1997 unterschrieb er die sogenannte „Erfurter Erklärung", die die drei Parteien zu einer gemeinsamen Koalition beziehungsweise einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung aufrief, sollte sich 1998 eine solche Mehrheit ergeben.[266]

Ohne eine aufgeschlossenere Haltung in den Reihen der SPD wäre eine solche Annäherung an die Grünen sicher nicht möglich gewesen. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass sich bei den Grünen selbst Prozesse fortsetzen, die eine unabdingbare Voraussetzung dafür waren. Die Entradikalisierung und Anpassung an die parlamentarischen Gepflogenheiten der Bundesrepublik, die in den 1980er-Jahren eingeleitet wurden, beschleunigten sich weiter. Im Spannungsfeld zwischen „Effizienz und Legitimität"[267] arbeiteten die Grünen zunehmend an der eigenen Regierungsfähigkeit. Der Parteiaustritt vieler Mitglieder des ökosozialistischen und radikalökologischen Flügels um Jutta Ditfurth verschob die innerparteilichen Machstrukturen erheblich, der verpasste Wiedereinzug in den Bundestag 1990 provozierte zudem Debatten über zukünftige Strategien. Dies stärkte in der Tendenz die Realos und ihr Ziel, die kompromisslos daherkommenden Attitüden der Vergangenheit einer stärkeren Ausrichtung auf zukünftige Regierungsbeteiligungen zu opfern.[268] Dass die Grünen auf Landesebene immer häufiger in Regierungen einbezogen wurden, begünstigte diese Transformation zu einer „ziemlich normalen Regierungspartei" zusätzlich.[269]

[264] Vgl. AGG, A – Werner Schulz, 53, Wolfgang Bayer an Werner Schulz und andere, 15. 9. 1993, Bl. 1. Bayer, ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, informiert darin verschiedene hochrangige Mitglieder der Grünen über das Gesprächsangebot der Parlamentarischen Linken.

[265] Vgl. AGG, A – Günter Bannas, 103, Transkript eines Fernsehinterviews mit Karsten D. Voigt im Hessischen Rundfunk am 30. 11. 1996, 2. 12. 1996, Bl. 1 f. Voigt war außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und hatte an den Gesprächen des Arbeitskreises teilgenommen.

[266] Kufferath, Peter von Oertzen, S. 640, 644 f. Zitat Oertzens auf S. 640.

[267] Vgl. Raschke, Grüne, S. 33.

[268] Vgl. u. a. Mende, Anti-Parteien-Partei, S. 287; Probst, Grüne (2013), S. 523 f.; Raschke, Zukunft, S. 320.

[269] Wolfrum, Rot-Grün, S. 46.

Eine mittlerweile übergroße Mehrheit der Grünen und vor allem ihrer Führung hatte das Ziel einer Regierungsbeteiligung 1998 fest im Blick. Schon im Februar 1998 formulierten Jürgen Trittin und Ingrid Müller, Sprecher und Referentin des Bundesvorstandes, Eckpunkte für mögliche rot-grüne Koalitionsverhandlungen.[270] Angesichts der nach wie vor vergleichsweise hohen Autonomie der Mitgliederbasis und ihrer Gremien konnten zeitweise Rückfälle in fundamentalistische Positionen nicht ganz verhindert, dafür aber schnell wieder korrigiert werden. Als der Magdeburger Parteitag der Grünen im März 1998 die perspektivische Erhöhung des Benzinpreises auf 5 DM beschlossen hatte, war die Empörung groß. Gerhard Schröder erklärte daraufhin, dass er hoffe, im Falle eines Wahlsieges auch ohne die Grünen regieren zu können.[271] In einem Kraftakt setzten Joschka Fischer und Jürgen Trittin auf einem kleinen Parteitag im Juni eine Änderung der Beschlüsse durch.[272] Solche „Ausrutscher" wie in Magdeburg waren mittlerweile aber die Ausnahme. Die „Normalisierung und Entradikalisierung" der Grünen[273] ist innerhalb der Führungszirkel in der SPD schon länger aufmerksam verfolgt worden, sie wurden grundsätzlich positiv beurteilt. Dass es, wie ein Berichterstatter für den Parteivorstand 1996 resümierte, bei den Grünen „kein[en] grundsätzliche[n] Richtungsstreit"[274] mehr gebe, ließ die in den 1980er-Jahren noch schier unüberbrückbaren Differenzen zwischen beiden Parteien immer marginaler werden.

Öffnung in die Mitte: Zielgruppen- und Koalitionsstrategien unter Scharping und Schröder

Eine Ablösung der Kohl-Regierung erschien auch in der SPD immer realistischer, die Abnutzungserscheinungen des „ewigen Kanzlers" wurden immer offenkundiger. Der Machthunger der SPD-Spitze führte jedoch zu keiner eindeutigen Festlegung auf eine rot-grüne Wunschkoalition als rechnerisch wahrscheinlichste Möglichkeit, CDU und CSU aus der Regierung zu drängen. Ganz im Gegenteil: Je näher die Bundestagswahlen 1994 und 1998 rückten und vor allem je größer der Einfluss der wirtschaftsfreundlichen Kreise um Rudolf Scharping und Gerhard Schröder wurde, desto weniger reizvoll erschien es, alles auf die Karte Rot-Grün zu setzen. Die Wahlkampfstrategie der Parteizentrale bemühte sich stattdessen unter dem Schlagwort der „Neuen Mitte" um eine Zielgruppenansprache, die denkbar breite Teile der Bevölkerung zu adressieren versuchte.[275] Die Neue Mitte wur-

[270] Vgl. AdsD, SPD-Parteivorstand/Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, Bündnis 90/Grüne, 2/PVEL000130, Jürgen Trittin und Ingrid Müller an die Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 6.–8. 3. 1998 in Magdeburg sowie an die Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand, 3. 2. 1998.
[271] Görtemaker, Republik, S. 109.
[272] Vgl. Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 350 f.
[273] Probst, Grüne (2013), S. 528.
[274] AdsD, SPD-Parteivorstand/Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, Bündnis 90/Grüne, 2/PVEL000130, Malte Ristau: Bericht über den Bundesparteitag der Grünen vom 1. bis 3. 3. 1996 in Mainz, 4. 3. 1996, Bl. 3.
[275] Grebing, Geschichte, S. 247.

de definiert als Gemeinschaft aller „Leistungsträger unserer Gesellschaft“ und „Menschen, die ihren Platz in Beruf und Gesellschaft wollen, um ihren Leistungswillen zur Geltung bringen zu können“.[276] Das umfasste so gut wie jede soziale Schicht, wobei die klassischen Grünen-Wähler:innen nicht vorranging angesprochen werden sollten. Die potenziellen „Partner der gesellschaftlichen Modernisierung“ wurden vielmehr in Unternehmen, Manager:innen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Frauenorganisationen, Wissenschaftler:innen und Kulturschaffenden erblickt.[277] Neu waren diese Überlegungen freilich nicht. Unter dem Stichwort der Neuen Mitte war es bereits in den 1960er-Jahren gelungen, tief in den Randwähler:innenbereich der Unionsparteien einzudringen.[278]

Anders als noch unter den Kanzlerkandidaten Rau und Lafontaine stellte sich 1994 und 1998 daher weniger die Frage, ob man es mit den Grünen versuchen sollte. Die weitaus größeren Potenziale wurden bei den ungebundenen Wechselwähler:innen von CDU, CSU und FDP erblickt.[279] Dies hing nicht nur mit der Aussicht auf eine mögliche Regierungsübernahme zusammen, sondern auch mit dem gewandelten politischen Kontext seit Anfang der 1990er-Jahre. Angesichts der wirtschaftlichen Lage und der rekordverdächtig hohen Arbeitslosigkeit standen die Ziele des Wirtschaftswachstums und der Schaffung neuer Arbeitsplätze klar im Zentrum der Strategie der Neuen Mitte, nicht jedoch der Umweltschutz. Die Erkenntnisse der Demoskopie schienen diesen Kurs zu stützen, so gaben bei Umfragen vor der Wahl 1998 nur 5% der Befragten an, dass der Umweltschutz eines der beiden wichtigsten Themen sei. Innerhalb des Jahres 1998 war der Umweltschutz das Thema, das am meisten Zustimmung verlor, während etwa 90% der Befragten angaben, dass die Arbeitslosigkeit das drängendste Problem sei.[280]

Die Selbstdarstellung der Partei in den Jahren vor der Wahl 1998 orientierte sich eng an diesen Erkenntnissen. Die sozialdemokratische Zielgruppenpolitik erlebte nun eine kaum zu übersehende „Rematerialisierung“ und Besinnung auf die eigenen Traditionen. Dieser Prozess war bereits 1993 eingeleitet worden, als der Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing die Parteigremien vor einem drohen-

[276] Zit. nach von Webel, Wahlkampf, S. 30.

[277] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Vorlage für die Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 16. 12. 1996 „Arbeitsplanung 1997“, 16. 12. 1996, Bl. 9.

[278] Vgl. Nawrat, Überraschungscoup, S. 15; Reinhardt, Aufstieg, S. 114 f.

[279] Hörnle, What's left, S. 73; Wolfrum, Rot-Grün, S. 30; Reinhardt, Aufstieg, S. 114 f.; Judt, Geschichte, S. 923–925.

[280] Vgl. u. a. Turowski, Reformdiskurse, S. 286; Hurrelmann, Politikfelder, S. 146; Conradt, Campaign, S. 11 f.; Gibowski, Analysis, S. 129. Die zahlreichen gewerkschaftlichen Wahlaufrufe, die sich 1998 für eine rot-grüne Bundesregierung aussprachen, thematisierten ebenso überwiegend wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Themen und behandelten ökologische Aspekte dementsprechend: „Die Arbeitsplatzpotentiale des ökologischen Umbaus müssen endlich erschlossen werden.“ AGG, B.II.3, 347, Wahlaufruf „GewerkschafterInnen für einen rot-grünen Wechsel“, 10. 9. 1998, Bl. 2. Der Aufruf wurde überwiegend von ÖTV-Mitgliedern, aber auch von Mitgliedern der IG Metall unterschrieben. Das Wahlprogramm der Grünen 1998 stellte ebenfalls die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt, vgl. Frankland, Bündnis '90/Die Grünen, S. 89.

den Ausschluss vieler Geringverdienenden, aber auch Mitglieder der Mittelschicht aus der „materiellen Kultur" warnte und angesichts dessen empfahl: „Die SPD muß wieder verstärkt die Rolle des ‚Betriebsrats' dieser Gesellschaft wahrnehmen." Vom Konzept der „ökologischen Marktwirtschaft" versprach sich Blessing daher in erster Linie die „Integration dieser Gruppen in die materielle Kultur", denn:

„[V]on einer Volkspartei, die den Kanzler stellen will, erwartet man ein industrie- und wirtschaftspolitisches Konzept. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir die Wirtschaftspolitik durch die Ökologiepolitik behindern oder ersetzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir müssen durch unsere Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit einer Umweltpolitik überflüssig machen. Die SPD braucht einen Wirtschaftsminister und keinen Umweltminister."[281]

Dass die steigenden persönlichen Kontakte vor allem der Parteilinken zu den Grünen auf der einen von einer zunehmenden Abwendung großer Teile der Parteispitze vom grünen Milieu auf der anderen Seite begleitet waren, überrascht vor diesem Hintergrund nicht mehr. Die SPD war in der Koalitionsfrage zwar nicht mehr so gespalten wie in den 1980er-Jahren, aber immer noch uneins. Die verschiedenen Meinungen äußerten sich nun aber schlicht darin, dass jeder Parteiflügel mehr oder weniger unbeirrt seiner Wege ging.

Die Signale der Kooperationsbereitschaft, die Björn Engholm den Grünen 1992 noch ausgesandt hatte – „Ihre prinzipielle Politikfähigkeit [kann] nicht mehr in Frage gestellt werden."[282] –, waren schnell Makulatur, als Engholm schon ein Jahr später vom Parteivorsitz zurücktrat. Dass die Nachfolge an Rudolf Scharping fiel, bedeutete eine Stärkung des konservativen Parteiflügels. Dass eine rot-grüne Koalition mit Scharping eher unwahrscheinlich werden wurde, war angesichts seiner politischen Vergangenheit bekannt. Als die rheinland-pfälzische SPD unter seiner Führung 1991 die Landtagswahlen gewonnen hatte, hatte er zwar parallel nicht nur mit der FDP, sondern auch mit den Grünen über eine Koalition verhandelt. Bis heute hält sich jedoch das Gerücht, dass Scharping nie wirklich mit den Grünen kooperieren wollte, sondern die Verhandlungen nur als Druckmittel gegenüber dem späteren Koalitionspartner FDP genutzt hat.[283] Seitdem war Scharping dafür bekannt, „weder intellektuell noch emotional irgend eine Beziehung zu ökologischen Themen" zu haben.[284]

Als seine Wahlkampagne für die Bundestagswahl 1994 erarbeitet wurde, brach diese deutlich mit der Wahlstrategie Oskar Lafontaines aus der vorangegangenen Wahl. Die Kampagnenleitung hatte sich deswegen, wenig überraschend, dazu ent-

[281] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine, 2/PVDE000633, Vortrag Karlheinz Blessings in der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin, 17. 3. 1993, Bl. 5 f., 9 f.

[282] [o. V.], Engholm denkt an Ampelkoalition. „Möglichkeit für 1994"/SPD soll Außenpolitik neu bestimmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 1. 1992, S. 4.

[283] Klecha, Rudolf Scharping, S. 333 f.

[284] AGG, A – Werner Schulz, 53, Memorandum der Grünen-Fraktion in Rheinland-Pfalz zu Rudolf Scharping, 14. 5. 1993, Bl. 1 f.

schieden, „keinen ausdifferenzierten Zielgruppenwahlkampf“ zu betreiben. Der Fokus war auf die „eigene Klientel“, „Randwähler“ der Unionsparteien und „Nichtwähler“ gerichtet.[285] In der öffentlichen Kommunikation von Scharpings „100-Tage-Programm“ spielte die Umweltpolitik überhaupt keine Rolle.[286] Aus machtstrategischen Gründen sprach sich Scharping intern zwar für eine rot-grüne Koalition aus, notfalls als Minderheitsregierung. Die Union bekam davon jedoch Wind, witterte eine mögliche Zusammenarbeit der SPD mit der PDS und nutzte diese willkommene Vorlage, um im Wahlkampf gegen eine drohende rot-rot-grüne Regierung zu mobilisieren. Im Wahlkampf enthielt sich Scharping deswegen eines klaren Bekenntnisses zu den Grünen.[287]

Das Wildern in der ominösen „Mitte“ bedeutete, koalitionsstrategisch gesehen, sich die Option einer großen Koalition stets offenzuhalten. Beispiele aus den Ländern zeigen, dass diese Möglichkeit seit etwa Mitte der 1990er-Jahre eine ebenso wichtige Rolle spielte wie die rot-grüne Koalitionsvariante. In Hamburg scheiterten 1993, wie schon in den 1980er-Jahren, die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen, dieses Mal am Streit über verschiedene Infrastrukturprojekte und besetzte Häuser in der Hafenstraße. Die Hamburger SPD kooperierte schließlich mit der sogenannten „Statt Partei“, einer Abspaltung vom Hamburger CDU-Landesverband.[288] Als im Frühjahr 1995 in Bremen die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP nach einem Misstrauensantrag der Liberalen zerbrach und die SPD bei den anschließenden Neuwahlen deutlich an Stimmen verlor, wäre zwar erneut eine knappe rot-grüne Mehrheit vorhanden gewesen. Die Bremer SPD ließ jedoch ihre Mitglieder entscheiden, die hauchdünn für eine große Koalition votierten.[289]

Diese Entwicklungen wirkten sich auch auf die Bündnisstrategien im Bund aus, besonders mit Hinblick auf die Wahl 1998. Schon 1996 wurde innerhalb der Parteizentrale zu bedenken gegeben, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung eine „Große Koalition zur Lösung der schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen“, präferiere und dass es selbst innerhalb der SPD-Anhänger:innenschaft einen „harte[n] Kern“ von etwa 20% gebe, der sich strikt gegen Rot-Grün ausspreche. Zudem herrsche „[a]ngesichts der strukturellen Veränderungen der letzten Jahre […] in der Bevölkerung eine starke Verunsicherung und Desorientierung und daraus resultiert eine starke Sehnsucht nach Sicherheit, Geborgenheit und Orientierung“.[290]

[285] Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1993/1994, S. 3.

[286] [o. V.], So macht Scharping Deutschland fit, in: Zeitung am Sonntag, Ausgabe Bonn, 2. 10. 1994, S. 1 f., hier: S. 2.

[287] Klecha, Rudolf Scharping, S. 344 f.

[288] Vgl. Griefahn, Lied, S. 117.

[289] Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Jahrbuch 1995/1996, S. 257; Jun, Demokratie, S. 950.

[290] AdsD, SPD-Parteivorstand, SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering, 2/PVEL000361, Drehbuch: Erste Überlegungen zur Stoßrichtung sozialdemokratischer Politik in den nächsten Jahren, 1996, Bl. 1.

Dementsprechend wurde, als die lange offene Frage nach der Kanzlerkandidatur zugunsten Gerhard Schröders und gegen Oskar Lafontaine entschieden war, ein sozialdemokratischer Wahlkampf konzipiert, der sich so stark über eine Einordnung zwischen „links" und „rechts" hinwegsetzte wie keiner zuvor.[291] Die sogenannte „Kampa", die unter der Leitung Franz Münteferings und Matthias Machnigs stehende Wahlkampagne, enthielt sich jeglicher Koalitionsaussagen.[292] Die „politische Mitte" sollte besetzt werden, um nicht wieder, wie in den 1980er-Jahren, der Gefahr anheimzufallen, von den Unionsparteien als Wegbereiter des rot-grünen „Chaos" gebrandmarkt zu werden: „[Die] SPD lässt sich in kein Lager abdrängen."[293] Inhaltlich fokussierte sich die Kampa unter den Schlagwörtern der „Innovation" und der „Gerechtigkeit" daher in erster Linie auf klassisch-sozialdemokratische, aber modernitätsbezogene und wenig polarisierende Themen, mit denen bei potenziellen Wechselwähler:innen aus der Mitte eine Sensibilität für die sozialen Anliegen der SPD geschaffen werden sollte. Die Hauptprotagonisten der Kampagne, Schröder und Lafontaine, symbolisierten die beiden Pole, um die der Wahlkampf kreiste: „[P]olitisch kultureller Modernisierungsdurst und wohlfahrtsstaatlicher Strukturkonservatismus gingen Hand in Hand."[294]

Umweltpolitische Anliegen waren dazwischen weitgehend marginalisiert.[295] Die „Kampa" war auf der Grundlage demoskopischer Erkenntnisse geplant worden, die von einer zu starken Betonung umweltpolitischer Ziele explizit abrieten. Von den wichtigen Wahlkampfthemen war der Umweltschutz das am seltensten genannte, anders als der Begriff der „Innovation" sende er keine positive Botschaft aus.[296] Zudem wies die Kompetenzverteilung in der Umweltpolitik einen Rückstand hinter den Grünen aus, den einzuholen illusorisch war. Die „Kampa" hatte Ende 1997 ermittelt, dass 12% der Befragten der SPD am meisten in diesem Bereich zutrauten, aber 13% der Union und satte 53% den Grünen.[297]

Rot-grüner Zufall: vor und nach der Bundestagswahl 1998

Die Koalitionsfrage hatte sich bis 1998 immer weiter entideologisiert und entpolarisiert. Damit war aber mitnichten verbunden, dass Rot-Grün immer wahrschein-

[291] Vgl. Ther, Ordnung, S. 281. Vgl. auch die gegenläufige, aber kaum überzeugende These eines Lagerwahlkampfs zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 u. a. bei Schönhoven, Euphorie, S. 89 und Koß, Demokratie, S. 154.

[292] Spier/von Alemann, SPD, S. 444; Turowski, Reformdiskurse, S. 269–272. Vgl. zur „Kampa" ferner Noelle-Neumann/Kepplinger/Donsbach (Hrsg.), Kampa.

[293] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1997/1998, S. 23.

[294] Hennecke, Republik, S. 8.

[295] von Eichborn, Wahlsieg, S. 241 f.

[296] Vgl. die Vorstellung der Leitlinien der „Kampa" durch einen Kampagnenmitarbeiter in AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, 36447, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion am 13. 1. 1998, 13. 1. 1998, Bl. 1.

[297] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle der Sitzungen von Parteivorstand und Parteirat, Anlage zur Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 15. 12. 1997, Unterlage der „Kampa" zur aktuellen Wahlforschung 7.–13. 12. 1997, o. D., Bl. 5.

licher wurde, je näher das Jahr 1998 rückte. So ist bei Gerhard Schröder, der zentralen Figur der späteren rot-grünen Koalitionsbildung, im Verlauf der 1990er-Jahre eher eine fortschreitende Distanzierung von den Grünen zu erkennen gewesen. Anfang/Mitte der 1990er-Jahre hatte er sich noch durchaus freundlich gegenüber den Grünen positioniert. Als er sich 1993 um den Parteivorsitz bewarb, bekannte er sich dazu, dass 1994 ein Regierungswechsel in Bonn nur mit einer Koalition mit den Grünen machbar sei.[298] Schröder verlor die Urwahl, anlässlich der Koalitionsbildung in NRW 1995 wieder auf die Perspektive eines Bündnisses mit den Grünen angesprochen, blieb er bei seiner Position: „Natürlich bin ich für eine rot-grüne Perspektive 1998."[299]

Ab Mitte der 1990er-Jahre lockerten sich diese Präferenzen jedoch deutlich – nicht nur bei ihm. In vertraulichen Gesprächen gab selbst Oskar Lafontaine die Losung vor: „Eine Fixierung auf Rot-Grün [bringt] die Partei wieder in eine Krise. Im Bund hat die SPD drei Optionen 1998: Rot-Grün, Ampel, Große Koalition."[300] Die Grünen waren eben nicht, wie Eckart Conze behauptet, per se der „willkommene[] Partner des Teils der SPD, der wie Gerhard Schröder […] für eine Politik der Flexibilisierung und Deregulierung sowie einen Umbau der Systeme sozialer Sicherung stand".[301] Rot-Grün war in erster Linie eine von mehreren „strategische[n] Option[en]".[302] Dementsprechend pragmatisch handhabte Schröder die Suche nach einem möglichen Regierungspartner. Seit Anfang 1997 wiederholte er in der Öffentlichkeit immer wieder, dass außer der PDS jede der im Bundestag vertretenen Parteien für eine Koalition infrage käme. Selbst im Falle einer Koalition mit den Grünen müsse in einer solchen Konstellation klar sein: „Der Größere ist Koch, der Kleine ist Kellner."[303]

Ob es 1998 überhaupt eine rot-grüne Mehrheit geben würde, war unsicher, und angesichts des programmatischen Profils Schröders hoffte dieser in einer Koalition mit der Union auf bessere Chancen, seine Pläne durchzusetzen.[304] Das Offenhalten der Option einer großen Koalition hatte für Schröder deswegen eine besondere stra-

[298] AGG, A – Werner Schulz, 53, Pressemitteilung Cornelie Sonntags, 24. 5. 1993, Bl. 4. Darin: Vorstellungsstatements der drei Bewerber:innen um den Parteivorsitz Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Vgl. auch Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 250.

[299] Gerhard Schröder, Rot-Grün ist die Option 1998. Gerhard Schröder über die SPD-Strategie, Ozon-Verordnung, Kfz-Steuer, Tornados und Joschka Fischer: „Der Junge ist eine Medienbombe", in: Focus, 26. 6. 1995.

[300] AGG, A – Günter Bannas, 113, Notizen zu einem Hintergrundgespräch zwischen Günter Bannas und Oskar Lafontaine, 12. 9. 1996, Bl. 3 f. Vgl. ferner Bergmann, Bundestagswahlkampf, S. 122.

[301] Conze, Suche, S. 802.

[302] So die Zusammenfassung der Diskussion zu den Ergebnissen der Landtags- und Kommunalwahlen in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle von Parteivorstand und Parteirat, Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 25. 3. 1996, 25. 3. 1996, Bl. 4.

[303] Zit. nach Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 369.

[304] Sturm, SPD, S. 23 f.; Schröder, Entscheidungen, S. 100.

tegische Bedeutung. Im April 1998 drängte er den SPD-Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Reinhard Höppner, dazu, das bis dato praktizierte „Magdeburger Modell" einer Tolerierung der rot-grünen Koalition durch die PDS zugunsten einer Minderheitsregierung mit Unterstützung der CDU aufzugeben.[305] Tatsächlich hielt sich Schröder noch am Tag nach der Bundestagswahl die Möglichkeit einer großen Koalition offen. Sogar eine Zusammenarbeit mit der FDP schloss Schröder nicht aus.[306] Angesichts des Wahlergebnisses, der demonstrativen Koalitionsbereitschaft der Grünen und vor allem der drastischen Verluste von CDU und CSU war eine rot-grüne Regierung jedoch der kürzeste Weg zur Kanzlerschaft. Darüber hinaus hatten die Unionsparteien die Bildung einer gemeinsamen Koalition abgelehnt.[307]

Daher spricht viel für die schon zeitgenössisch geäußerte Einschätzung, dass die Schröder-Fischer-Regierung eine „verspätete Koalition" war, weniger ein „Projekt". Die hochgesteckten Ansprüche an die erste sozial-ökologische Bundesregierung waren eher dem Erwartungshorizont der 1980er-Jahre verhaftet als dem des wiedervereinigten Deutschlands.[308] Die These Edgar Wolfrums, dass die rot-grüne Koalition ein Bündnis zwischen „Wunschpartner[n]" war,[309] trifft nur für die Grünen zu. Gerd Koenens Behauptung, dass die „große Zeit für Rot-Grün als Generationsprojekt" in den 1990er-Jahren zwar „langsam", ebenso „aber unaufhaltsam" gekommen sei, verleiht der Koalitionsbildung ebenfalls eine so nicht dagewesene Zwangsläufigkeit.[310] „Aus der elektoralen Perspektive", so konstatierten Christoph Egle, Tobias Ostheim und Reimut Zohlnhöfer passender, „ist der Regierungswechsel von 1998 zu Rot-Grün […] eher als ein Zufall anzusehen".[311] Das zeigt auch der Blick über 1998 hinaus. Nicht immer wurden rechnerisch mögliche rot-grüne Koalitionen eingegangen, so zum Beispiel in Berlin 2006 und 2011.[312]

Ein Zufall war die Bildung der rot-grünen Koalition zumindest insofern, als dass die Entwicklung des Verhältnisses zwischen SPD und den Grünen in den Vorjahren keinen direkten Weg zur Regierungsbildung 1998 gewiesen hatte. Dennoch darf nicht übergangen werden, dass es die gewachsene Gelassenheit in der Frage rot-grüner Koalitionen nicht gegeben hätte ohne Veränderungen auf beiden Seiten. Sie wäre einerseits nicht möglich gewesen ohne die fortschreitende „Normalisierung" der Grünen und ihre endgültige Ankunft in der parlamentarischen Demokratie. Damit wurde aber andererseits die Frage der Koalitionsfähigkeit oder -unfähigkeit für die SPD irrelevanter. Die Debatte um rot-grüne Koalitionen verlor das Spaltpotenzial, das ihr noch in den 1980er-Jahren innewohnte. Dabei zeigen

[305] Conradt, Campaign, S. 7. Es kam jedoch zu keiner großen Koalition. Da die Grünen aus dem Landtag ausschieden, ließ sich fortan eine SPD-Alleinregierung von der PDS tolerieren. Hennecke, Republik, S. 39.
[306] Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 270–272; Braunthal, SPD, S. 28.
[307] Schöllgen, Gerhard Schröder, S. 366; Braunthal, SPD, S. 30.
[308] Vgl. Conze, Suche, S. 808. Ähnlich: Uekötter, Ende, S. 135; Raschke, Zukunft, S. 12.
[309] Wolfrum, Rot-Grün, S. 58.
[310] Koenen, Jahrzehnt, S. 497. Die Generationsthese hinterfragend: Hennecke, Republik, S. 65 f.
[311] von Lucke, Etappen, S. 5 f.; Egle/Ostheim/Zohlnhöfer, Einführung, S. 15.
[312] Switek, Bündnis 90/Die Grünen, S. 74.

sich deutliche strukturelle Parallelen zum programmatischen Zugriff in umweltpolitischen Fragen: Die Phase grundsätzlicher Auseinandersetzungen um die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie war spätestens mit der Verabschiedung des Berliner Programmes 1989 vorbei. In der Praxis wurden ökologische Fragestellungen nun immer mehr den vermeintlichen Zwängen der Realpolitik untergeordnet und, wie auch die Koalitionsfrage, aus der Perspektive machtstrategischer Gesichtspunkte beurteilt. Die „Umarmung der Mitte", mit der der Bundestagswahlkampf 1998 geführt wurde, war eine bewusste Loslösung von der Rot-Grün-Debatte der vorangegangenen Jahre.[313]

Das Zustandekommen der Schröder-Fischer-Koalition 1998 beweist das, und die inhaltliche Zementierung des Bündnisses in Form des Koalitionsvertrages ist plastischer Ausdruck dessen. Anders, als es so manche rückblickende Verklärung behauptet, fehlte ihm eine kohärente Vision sozial-ökologischer Politik. Trotz seiner vielen Bezüge auf das Prinzip der Nachhaltigkeit hielt der Koalitionsvertrag in erster Linie viele klassisch-sozialdemokratische Ziele fest, manchem Beobachter erschien der Vertrag gar als „traditionelle[s] sozialdemokratische[s] Programm".[314] Bereits die Präambel formulierte klar und deutlich, wohin die Reise gehen sollte: „Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der neuen Bundesregierung."[315] Der Stärkere hatte sich durchgesetzt, und das war ganz eindeutig die SPD. Rot-Grün 1998 war, wie Johanna Klatt und Matthias Micus treffend bilanzierten, eben kein „Mythos", sondern vor allem ein „pragmatisches Projekt".[316] Noch deutlicher, noch resignierter brachte es Joachim Raschke auf den Punkt: „Rot-Grün ist heute [2001] weder Schreckgespenst noch Hoffnungsträger. Es ist irgendeine Koalition."[317]

313 Conradt, Campaign, S. 5 f.
314 Sturm, SPD, S. 25.
315 Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.): Koalitionsvertrag 1998, S. 1. Vgl. dazu auch Hennecke, Republik, S. 58.
316 Klatt/Micus, Projekt, S. 259. Ähnlich: Egle/Henkes, Später Sieg, S. 67 f.
317 Raschke, Zukunft, S. 419.

IX. Arbeit durch Umwelt, oder: Die Grenzen der ökologischen Erneuerung einer Volkspartei in der Krise

Alte und neue Fragen: Sozialdemokratie und Ökologie im 21. Jahrhundert

Der Ausgangspunkt dieser Arbeit war ein Bündel denkbar aktueller Fragen: Hat der Aufstieg der Ökologie zu einem programmatischen und politisch-kulturellen Wandel der Sozialdemokratie geführt? Was kennzeichnete eine genuin sozialdemokratische Umweltpolitik? Und welche Rolle spielten die Umweltbewegung und die Grünen sowie ihr Politik- und Demokratieverständnis für die Adaption ökologischen Gedankenguts in der SPD? Aktuell sind diese Fragen deshalb, weil sich die Partei seit etwa der Jahrtausendwende in einer tiefen, sich stetig verschärfenden Krise zu befinden scheint, die die Negativentwicklung bei den Wahlergebnissen seit den 1970er-Jahren noch verschärft. Zwischenzeitliche Verbesserungen in den Umfragewerten ändern, vor allem in langer Perspektive, nichts Wesentliches an diesem allgemeinen Zustimmungsverlust.[1] Die Grünen hingegen erleben einen kontinuierlichen Höhenflug und drohen die SPD bisweilen sogar dauerhaft zu überholen. Auf die Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung hat die Sozialdemokratie bisher keine überzeugende Antwort finden können und ein ausgeprägtes ökologisches Profil war kaum wahrzunehmen, obwohl sie während des Höhepunkts der Protestbewegung mit Svenja Schulze die Bundesumweltministerin stellte. Nicht wenige bezeichnen stattdessen die Grünen bereits als neue „Volkspartei links der Mitte".[2] Dass der Aufstieg der Grünen (auch) zulasten der SPD vonstattenging, ist ohne Zweifel, und dass dabei die Ökologiefrage eine zentrale Rolle spielte und spielt, ebenso wenig.[3] Nach wie vor streitet die SPD, sinnbildlich für die gesamte politische Öffentlichkeit, über den Zusammenhang von Arbeit, Wachstum und Umwelt und damit um den Fragenkomplex, der den innerparteilichen Konsens in den 1970er-Jahren erodieren ließ.

Auf dem Bundesparteitag in Berlin 2019 beispielsweise beschlossen die Delegierten ein neues Klimaschutzkonzept, in dem eine Verschärfung der CO_2-Reduktionspläne der Bundesregierung sowie ein höherer CO_2-Preis gefordert wurden.

[1] Dieses Fazit wurde im Sommer 2021 geschrieben, die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 bleiben unberücksichtigt.

[2] Gabel, Michael, Volkspartei links der Mitte. Die Grünen sind thematisch inzwischen breiter aufgestellt als früher. Das ist ein Zeichen politischer Reife, 16. 11. 2018, in: https://www.swp.de/politik/gruene_-volkspartei-links-der-mitte-28151118.html (letzter Zugriff am 3. 1. 2020).

[3] Vgl. Wettig, Reformen, S. 8.

Ein Redner beschwor dabei die Partei, sich nicht dazu verleiten zu lassen, Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen:

„Die Sozialdemokratie wird nur eine Zukunft haben, wenn sie soziale und ökologische Fragen als Einheit versteht. Tut sie das nicht, hat sie keine Zukunftschance; das muss jeder wissen. […] Die Umweltpolitik, wie wir sie bisher machen, gerät an Grenzen. Deshalb warne ich davor, zu glauben, es geht um eine Ergänzung der heutigen Politik, um eine Umweltpolitik. Nein, es geht um einen Umbau – vor allem einen Umbau in der Ökonomie."[4]

Dieser Redner war Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschlands. Müller war seit seiner Zeit als stellvertretender Juso-Vorsitzender in den 1970er-Jahren eine zentrale Figur für die umweltpolitische Diskussion in der SPD, erst im Widerstand gegen die Kernenergie, später als Leiter des umweltpolitischen Arbeitskreises in der Bundestagsfraktion. Die Argumente, mit denen er 2019 für eine stärkere Profilierung der SPD in der Umweltpolitik warb, hätten beinahe wortgleich auch 40 Jahre früher verwendet worden sein können.

Ebenso ähneln sich die Argumente derer, die davor warnen und warnten, vor lauter Umweltschutz die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vernachlässigen. Auf den Änderungsantrag des bayerischen Landesverbandes, das Ziel der Treibhausgasneutralität nicht erst für 2050, sondern schon für 2040 zu fordern, antwortete Stephan Weil, niedersächsischer Ministerpräsident und Mitglied des Aufsichtsrates von VW. Die Notwendigkeit eines verstärkten Klimaschutzes stellte er nicht in Zweifel. Ebenso machte Weil jedoch deutlich, auf wessen Seite die SPD beim Klimaschutz zu stehen habe:

„Vor einigen Monaten gab es hier in Berlin eine wirklich eindrucksvolle Demonstration von 50 000 Beschäftigten aus der Automobilindustrie, eine Demonstration der IG Metall. […] Das sind Leute, die die Hoffnung haben, dass ihre Sorgen von der SPD aufgegriffen werden. Und unsere Aufgabe ist es, Arbeit und Umwelt, Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen. Ich habe […] im Namen dieser Beschäftigten eine herzliche Bitte: dass wir diesen tiefgreifenden Umbauprozess unterstützen, aber nicht überfordern. Die müssen in den nächsten zehn Jahren unfassbar viel leisten, und dabei müssen sie sich unterstützt fühlen von uns, von der SPD."[5]

Es ist frappierend, wie sich die Argumente in der innersozialdemokratischen Umweltdiskussion im Zeitverlauf gleichen. Hat sich in der mittlerweile über 50 Jahre andauernden Auseinandersetzung mit dem Umweltschutz so wenig getan, müssen immer noch die gleichen Kontroversen zwischen „Ökolog:innen" und „Wachstumspolitiker:innen" ausgefochten werden?

Dies sicher nicht. In Reaktion auf die steigende Wachstumskritik Anfang der 1970er-Jahre, die teils radikalen Auseinandersetzungen um die Atomkraft und nicht zuletzt die neue parlamentarische Konkurrenz der Grünen trat die Sozialdemokratie in intensive Diskussionen darum ein, wie sich die Ökologie in die sozialdemokratische Politik integrieren lasse. Vom „qualitativen Wachstum" über die

[4] SPD Parteivorstand (Hrsg.), Protokoll Parteitag 2019, S. 423 f.

[5] Ebenda, S. 431. Weil war erfolgreich, es blieb beim Ziel der Treibhausgasneutralität 2050. Vgl. Antragsbereich Ini/ Antrag 5. Parteivorstand. Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Beschlussbuch Parteitag 2019, S. 113–133, hier: S. 122, 129.

„ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft“ und den „integrierten Umweltschutz“ bis zur „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ und der „nachhaltigen Entwicklung“: Am Ende des Untersuchungszeitraums hatte die SPD zweifelsfrei einen Prozess hinter sich gebracht, im Zuge dessen die Bedeutung ökologischer Themen für die Mehrheitsfähigkeit der Partei nicht mehr grundsätzlich geleugnet werden konnte. Der Blick in jedes Wahlprogramm auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beweist das. Das derzeit gültige Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 widmet dem Kapitel „Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum“ zehn Seiten.[6] Eine Suche nach dem Begriff „Umwelt“ im Godesberger Programm von 1959 ergibt keinen einzigen Treffer.[7]

Keine Umwelt ohne Arbeit: programmatische Spannungslinien

Dennoch gibt es offenbar immer noch Gründe, um über das Verhältnis von Sozialdemokratie und Ökologie zu streiten. Dies hat einen einfachen Grund: Die Geschichte dieser Beziehung ist keine, welche die – parteipolitische – Versöhnung von „Arbeit“ und „Umwelt“ erzählt. Unterhalb der Ebene programmatischer und semantischer Kompromisse waren Konflikte verborgen, die auch im Zuge der programmatischen Neuausrichtung nicht abschließend gelöst werden konnten. Die Ursachen dafür sind in den Umständen zu finden, unter denen diese Neupositionierung zustande kam. Die konkrete Form der „Ökologisierung“ der Partei entsprang, so die These, einer Überschneidung zweier zeitlich parallel auftretender Spannungsfelder. Sie resultierten aus der historischen Tradition sozialdemokratischer Politik und verhinderten eine weitgehende programmatische Erneuerung unter ökologischen Vorzeichen. Ein neues Thema wie die Ökologie im Handstreich zu besetzen, wie es die „geschichtslosen“ Grünen konnten, war kaum möglich. Dies wäre auf gleich zwei Ebenen einem fundamentalen Angriff auf die sozialdemokratische Identität und Tradition gleichgekommen.

Zum einen ist die Formel der „ökologischen Modernisierung“, unter der sich der sozialdemokratische Umweltschutz formierte, letztlich vor allem der programmatische und semantische Ausdruck eines Kompromisses, mit dem die Spannung zwischen den Normen „Arbeit“ und „Umwelt“ aufzulösen versucht wurde. Die Umweltbewegung koppelte ihre Forderung nach umweltverträglichen Produktionsstrukturen vielfach an einen Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum – zumindest wurde dies von Sozialdemokrat:innen oft so wahrgenommen. In der Auseinandersetzung um die Kernenergie bündelten sich diese unterschiedlichen Auffassungen wie unter einem Brennglas – auf der einen Seite der Primat der Ökologie, auf der anderen Seite der Vorbehalt bei Regierung und der weitestgehend

[6] SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundsatzprogramm 2007, S. 42–51.
[7] Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Grundsatzprogramm 1959.

loyalen SPD, dass nur eine möglichst günstige Energieversorgung Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung sichere. Auch nach dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts blieb die Umweltpolitik der Partei, insbesondere im Energiebereich, ambivalent. Die Prämissen der Versorgungssicherheit und der Beschäftigungsintensität waren stets große Hürden, die einer umfassenderen „Ökologisierung" entgegenstanden. Das zeigt sich unter anderem am lange andauernden Festhalten an der Kohle, der Abgrenzung von den Grünen in der Frage eines raschen Atomausstieges und der technologiepolitischen Aufladung der erneuerbaren Energien. Ebenso wenig eignete sich die Sozialdemokratie eine grundlegende Konsumkritik oder Forderungen nach individuellem Konsumverzicht an.

Diese Leitplanken sozialdemokratischer Umweltpolitik waren das Resultat eines intensiven Konsensfindungsprozesses, der während der sozial-liberalen Koalition einsetzte und an Fahrt aufnahm, als in der Opposition ein genuin sozialdemokratisches Verständnis von Umweltschutz erarbeitet wurde. Ein solches konnte nur Kompromisscharakter haben. Die SPD mit ihrem Anspruch, linke Volkspartei zu sein, vertrat nicht nur diejenigen jungen und fortschrittlichen Kräfte, die Richtung Bürger:inneninitiativen und Grüne abzuwandern drohten. Sie verstand sich ebenso als Anwalt des klassisch-sozialdemokratischen Milieus. Dazu gehörten gewerkschaftlich geprägte Arbeiter:innen und Arbeitnehmer:innen und all die Unterprivilegierten, für die der Umweltschutz ein Luxusthema zu sein schien. Ihr Interessenshorizont war materiell geprägt, und sie waren nicht die Trägerschichten von „Wertewandel" und „Postmaterialisierung".

Ohne Zweifel erfuhr das sozialdemokratische Fortschrittsmodell im Zuge der Umweltdiskussion eine Erweiterung und Ergänzung um qualitative Aspekte. Die qualitativen Kriterien der „Lebensqualität" konnten die quantitativen aber nie ersetzen. Die grundsätzliche Wachstums- und Wohlstandsorientierung der Sozialdemokratie blieb erhalten. Sie erfuhr wichtige und bis heute wirksame ökologische Einschränkungen, im Konfliktfall waren die materiellen Anliegen ihrer Kernwähler:innenschaft aber wichtiger als der Umweltschutz. Dies war nicht nur in den Forderungen der SPD als Oppositionspartei zu erkennen, sondern auch im konkreten Handeln rot-grüner Regierungen auf Landes- und Kommunalebene.[8]

Wenn sich sowohl Frontfiguren der innersozialdemokratischen Ökologiediskussion wie Erhard Eppler als auch Vertreter:innen der traditionellen „Wachstums"-SPD zur Formel des „qualitativen Wachstums" bekennen konnten, so sollte dies nicht als umfassendes Bekenntnis zu einem gänzlich „ergrünten" Wachstums- und Fortschrittsbegriff gewertet werden. Für diejenigen, für die der Schutz der Umwelt kein primäres Anliegen darstellte, war „qualitatives Wachstum" ein Formelkompromiss, der es erlaubte, klassische sozialdemokratische Ziele weiterverfolgen zu können. Das dahinterstehende Fortschritts- und Modernisierungsmo-

[8] Das entsprach zumindest der Wahrnehmung vieler grüner Beteiligter in solchen Bündnissen. Vgl. zusammenfassend, auf Gesprächen mit grünen Politiker:innen basierend, Thaa, Schalthebel, S. 26 f.

dell wurde aktualisiert und neu justiert, aber nicht grundlegend umgekrempelt. Das im Laufe der 1980er-Jahre entwickelte Konzept der „ökologischen Modernisierung" goss den integrativen Charakter dieses Fortschrittsmodells in konkrete politische Programme: Es war weniger ein Angebot an die grünen Wähler:innenschichten, sondern ein nach innen, in die Parteiorganisation hinein gerichteter Kompromiss. Auf ein Bekenntnis zu Wachstum und Modernisierung konnte dabei nicht verzichtet werden, denn beides war Teil eines historisch gewachsenen sozialdemokratischen Generalkonsenses. Dieser hat den Blick auf die Umwelt stärker geprägt als andersherum die Ökologie die Grundkoordinaten sozialdemokratischer Politik.[9]

Dieses letztlich asymmetrische Verhältnis zwischen „Arbeit" und „Umwelt" konnte lange Zeit verborgen werden, schließlich konnte die Bundes-SPD als Oppositionspartei vieles fordern, ohne etwas umsetzen zu müssen. Die absolute Hochphase der SPD als Partei der „ökologischen Modernisierung" um das Jahr 1990 war daher weniger zwangsläufiger Kulminationspunkt einer immer weiter voranschreitenden Ökologisierung der Partei. In dieser Zeit bündelten sich vielmehr Entwicklungen, die für eine „grüne" SPD äußerst günstige Voraussetzungen schufen: Der Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine hatte das ideale Profil, um sich als umweltbewusster zukünftiger Kanzler inszenieren zu können. Dies passte in eine Zeit, in der die deutsche Öffentlichkeit in Zuge der Waldsterbensdebatte und der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl weitgehend für ökologische Anliegen sensibilisiert war. Der Kanzlerkandidat konnte zudem auf intensiven programmatischen Vorarbeiten aus den Vorjahren aufbauen. Die Partei hatte einen zwar kleinen, aber profilierten Stamm an Umweltexpert:innen aufgebaut, die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms war gerade zum Abschluss gekommen, und mit der Ost-SPD wurde zeitgleich eine stark grün angehauchte Schwesterpartei integriert.

Dieses innerparteiliche *window of opportunity* begann sich rasch zu schließen, als die Partei von den Diskussionen um den Standort Deutschland und die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung in die Realität zurückgeholt wurde. Binnen weniger Jahre drehte sich das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie um. Spätestens ab Mitte der 1990er-Jahre entwickelten sich Investitionen in Umwelt- und Energietechnologien zu einem Instrument der Innovationspolitik, bei der ökologische Anliegen nicht mehr an erster Stelle standen, sondern Wachstum und Vollbeschäftigung. Der Aussicht, Helmut Kohl abzulösen, stand eine zu starke ökologische Profilierung offenbar im Wege. Insbesondere die schrittweisen Abstriche in der ökologischen Steuerpolitik und in der Verkehrspolitik waren Symptome dieses Marginalisierungsprozesses. Die widersprüchliche Internationalisierung der Umweltpolitik in den 1990er-Jahren, die die Spannung zwischen glo-

[9] Vgl. ein strukturell ähnliches Ergebnis in Bezug auf die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik in Holzhauser, Nachfolgepartei, S. 410. Vgl. auch Rüdiger Graf, der die Wachstumskritik der 1970er- und der 1980er-Jahre als ein „gesamtgesellschaftlich marginal[es]" Phänomen bezeichnet. Graf, Öl, S. 397.

baler klimapolitischer Solidarität und internationaler wirtschaftlicher Konkurrenz nicht schlüssig auflösen konnte, verweist auf das gleiche Grundproblem.

Keine „Bewegungspartei": performative und politisch-kulturelle Spannungen

Zum anderen kam ein Spannungsfeld hinzu, das auf den umfassenden „Wandel des Politischen" seit den 1970er-Jahren verweist. Dass die Ökologie mit den Grünen in die Parlamente stürmte und der „Alleinvertretungsanspruch linker Politik" aufseiten der SPD hinfällig wurde, war der deutlichste Ausdruck dieses Wandels.[10] Die Grünen selbst sind weniger Ursache als Symptom eines grundsätzlichen politischen Formwandels und einer Transformation der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in deren Zuge neue Verständnisse von Repräsentation, Partizipation, politischer Kommunikation sowie parlamentarischer und (partei)politischer Praxis verhandelt wurden. Die Umweltverschmutzung und die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Atomenergie signalisierten für die sich formierende Umweltbewegung eben nicht nur eine Krise der auf Wachstum basierenden Industriegesellschaft. Sie war in ihrem Verständnis auch Folge eines als dysfunktional angesehenen demokratischen Systems. In der Metapher des „Atomstaats" bündelten sich alle vermeintlichen Anzeichen dieses Versagens: Ein scheinbar demokratischer Staat, dessen Institutionen keine echte Partizipation zulassen, ist so eng mit der Wirtschaft verquickt, dass eine Umkehr zugunsten der Umwelt nur durch einen Bruch mit dieser scheinbar unechten Repräsentativität zu erreichen ist. Basisdemokratische Partizipation, außerparlamentarischer Protest und eine Überwindung des Mehrheitsprinzips zugunsten einer Politik der „Betroffenheit" bildeten einen performativen und politisch-kulturellen Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie und dem „Parteienstaat".

Der Angriff auf den Politikentwurf der Sozialdemokratie war so deutlich, dass eine „grüne" SPD kaum mehr eine sozialdemokratische Partei im traditionellen Sinn hätte sein können. Ein latent etatistisches und institutionelles Verständnis von Politik, eine auf Repräsentativität basierende Vorstellung von demokratischer Teilhabe, ein auf Vernunft, Rationalität und Abwägung basierendes Konzept politischen Handelns und die Bevorzugung eines programmatischen Gesamtentwurfs über *Single-issue*-Forderungen standen dem basisdemokratischen Ideal gegenüber. Es herrschte eine nicht aufzulösende Spannung zwischen den Partizipationsmodellen und Organisationskulturen „Partei" und „Bewegung". Natürlich gab es SPD-Mitglieder, die sich in Bürger:inneninitiativen engagierten, deren Einsatz für die Umwelt nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße stattfand und die sich für eine Öffnung der Sozialdemokratie zugunsten flacherer Hierarchien einsetzten. Aber sie stellten nicht die Mehrheit der Partei dar und gehörten zu

[10] Graf, Inszenierung, S. 147.

großen Teilen einer jungen, innerparteilichen Avantgarde an. Sie wurden im Laufe der Zeit älter, durch ihre Mitarbeit in den Gremien der Partei entsprechend sozialisiert und eigneten sich so die formalisierten politischen Aushandlungsprozesse an, gegen die sie sich einst engagierten. Nichtsdestotrotz hatte ihr Protest zur Folge, dass sich das Verhältnis der SPD zu allem, was sich außerhalb der Parlamente abspielte, zunehmend liberalisiert hatte. Anders als in den 1970er-Jahren waren Bürger:inneninitiativen und Umweltverbände in den 1990er-Jahren keine Gegnerinnen der SPD mehr. Enge Partnerinnen wurden sie aber ebenso nicht. Das sozialdemokratische Demokratieverständnis wies zivilgesellschaftlichem Engagement zwar eine wichtige, aber intermediäre Rolle zu. Es konnte durch Artikulation gesellschaftlicher Interessen *Input* ins politische System speisen, den entsprechenden *Output* sollten aber nur Parteien und ihre Vertretungen in den staatlichen Institutionen liefern. Die SPD nach dem Godesberger Programm fühlte sich der parlamentarischen Demokratie und ihrem Wertehorizont so sehr verpflichtet, dass sie sich mit basisdemokratischen Ideen nur schwer anfreunden konnte.[11]

Eine erweiterte Sicht auf das Problemfeld der Ökologie, die dieses nicht nur als neues Politikfeld, sondern fundamentale Herausforderung für die Normen und Werte der etablierten Akteur:innen versteht, verdeutlicht daher vor allem, wie stark sich Auseinandersetzungen über politische Sachfragen und über politisch-kulturelle Differenzen gegenseitig bestärkten und in Wechselwirkung zueinanderstanden. In der SPD wurde genau wahrgenommen, dass im Aufstieg der Ökologie mehr steckte als eine andere Sichtweise auf wirtschaftspolitische Fragen. In dem Maße, wie Vertreter:innen der traditionellen Parteiströmungen ihr wachstumsorientiertes Politikmodell in Gefahr sahen, versuchten sie meist ebenso, Impulse abzuschwächen, die auf eine basisfreundlichere Reform innerparteilicher Strukturen abzielten. Die Unterstützer:innen des neuen ökologischen Kurses sahen beide Fragenkomplexe ja auch als untrennbar miteinander verbunden an. Der doppelte Widerstand der konservativen Parteispektren, der dadurch provoziert wurde, führte dazu, dass in den Versuchen, auf diese neuartigen Probleme zu reagieren, althergebrachte Strukturen vielfach sogar eher gestärkt wurden, anstatt sie grundlegend zu reformieren. Insbesondere diese Auseinandersetzungen um Form, Struktur und Organisation umweltpolitischer Arbeits- und Diskursmechanismen offenbaren, dass die Transformation der innerparteilichen politischen Kultur keiner zwangsläufigen Entwicklungs- und Transformationslogik im Zuge des allgemeinen „Strukturbruchs" folgte.[12]

Das zeigt sich insbesondere in der Art und Weise, *wie* Umweltpolitik in der SPD organisiert war. Auf den „Aufstand der Basis" im Rahmen der Kernenergiekontroverse der 1970er-Jahre reagierte die Parteispitze mit einer Formalisierung und Professionalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik, aber nicht mit einer

[11] Dieser Prozess begann bereits in der Weimarer Republik mit der erstmaligen Übernahme von Regierungsverantwortung und ist bei allen sozialdemokratischen Parteien in den westlichen Industriegesellschaften zu erkennen, vgl. Merkel, Ende, S. 11 f.

[12] Vgl. in ähnlicher Weise die Schlussfolgerung bei Beule, Weg, S. 527.

grundlegenden Ausweitung von Entscheidungsbefugnissen an die Parteimitglieder. Partizipation war zwar gewünscht, aber in einem verlässlichen Rahmen, unter Kontrolle der Parteihierarchie und im Kontext sozialdemokratischer Gesamtprogrammatik. Die Anliegen der ökologischen Parteiströmung sollten in das organisatorische Gefüge integriert werden, aber durch diese Organisierung kein neues, zu selbstständig handelndes Gegengewicht bilden. Die Ökolog:innen in der SPD nahmen dieses Integrationsangebot an und nutzten die vorhandenen Strukturen. Dies führte zwar einerseits dazu, dass es relativ schnell gelang, Programmatik und Handeln der Partei um umweltpolitische Anliegen zu erweitern. Ein weiteres Resultat war allerdings andererseits, dass die sich dadurch etablierenden organisatorischen Abläufe so manchen „radikalen" Impuls der Basis abschwächten und die großen reformerischen Anliegen der Ökolog:innen, die ursprünglich auf einen grundlegenden Wandel von Programmatik und Struktur der Partei abzielten, sich oftmals in einzelne tagespolitische, in der Gremienarbeit abgeschliffene Sachfragen auflösten. Die Personalisierung sozialdemokratischer Umweltpolitik, die mit dieser Strukturbildung verbunden war, verschärfte dieses Problem noch, denn sie bedeutete de facto eine Personalisierung „von oben" und eine Stärkung der Parteihierarchie.

Diese Strukturen waren zudem von einer gleichberechtigten Repräsentation aller wichtigen Parteiströmungen gekennzeichnet. Die Interessen der primär wachstumspolitisch orientierten Parteikreise fanden dadurch nicht nur programmatisch, sondern auch strukturell stets ausreichende Vertretung. Die Umweltpolitik war im organisatorischen Aufbau der SPD daher ein Politikfeld unter vielen, das sich seine Relevanz stets auf Neue erkämpfen musste. Diese hing existenziell von wirkmächtigen Advokat:innen sozialdemokratischer Umweltpolitik mit starker Stellung innerhalb der Parteiführung ab. Diese waren aber relativ rar gesät und vor allem nach 1990 in der Parteispitze kaum mehr zu finden. Letzten Endes basierte sozialdemokratischer Umweltschutz weniger auf seinem organisatorischen Unterbau, sondern auf dem Willen einzelner, starker Personen, sich ökologisches Denken anzueignen und gegen Widerstände durchzusetzen.

Im Umgang mit den Grünen manifestierte sich diese Dauerspannung zwischen bewegungs- und parteiorientierter Politik in konkreten machtpolitischen und koalitionsstrategischen Entscheidungen. Solange die Grünen seitens der SPD-Führung nicht als „Partei" anerkannt waren, als „verlässliche" Gesprächspartnerinnen, fehlte die Grundlage für gemeinsame Kompromisse. Ungeachtet aller Annäherungen der SPD an die Grünen: Ohne den Sieg der „Realos" bei den Grünen, ohne ihren teilweisen Rückzug von der „Straße", ohne ihr Bekenntnis zum Parlamentarismus und zum Willen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, hätte es kein tragfähiges Bündnis zwischen beiden Parteien geben können. Die gegenseitige Annäherung vollzog sich deswegen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die Schritte, die die SPD auf die Grünen zuging, waren stets zögerliche, nur von bestimmten Teilen in der Partei ausdrücklich befürwortete und im strategischen Zentrum lange umstrittene. Seitens der Grünen hingegen war jedoch klar,

dass ein Bündnis mit der SPD die einzig realistische Koalitionsoption darstellte.[13] Die 1998 gebildete rot-grüne Bundesregierung war dann nicht mehr das normativ aufgeladene „Projekt", von dem viele in den 1980er-Jahren geträumt hatten, sondern, vor allem seitens der SPD, Resultat einer nüchternen, strategischen Entscheidung. Heute sind die Grünen, in den Worten Wolfgang Schäubles, „eine ‚stinknormale' Partei"[14] – und damit das, was sie aus Sicht der SPD immer sein sollten, um auf Dauer mit ihnen kooperieren zu wollen.

Arbeit durch Umwelt: Umweltschutz, sozialdemokratisch gedacht

Die Voraussetzungen dafür, dass eine rot-grüne Bundesregierung 1998 möglich wurde, wurden dennoch nicht nur durch die Grünen geschaffen. Genauso elementar war es, dass sich innerhalb der SPD eine Entwicklung vollzogen hatte, die es ermöglichte, dass sie mit einer Partei zusammenarbeiten konnte, die eine Gegengründung gegen sie selbst gewesen war. Es war gelungen, die programmatischen und organisationskulturellen Spannungen zwar nicht aufzulösen, aber immerhin so weit abzumildern, dass ein tragfähiger Burgfrieden zwischen Ökolog:innen und Ökonom:innen möglich wurde. Dieser Kompromiss bestand in einem spezifisch sozialdemokratischen Verständnis von Umweltschutz und demokratischer Partizipation, das sich dezidiert von grünen Vorstellungen unterschied. Die immer noch gerne zitierte Schlussfolgerung Franz Walters, dass die SPD in den 1980er-Jahren mit ihrer Ausrichtung auf das Ziel der „ökologischen Modernisierung" den „Postmaterialismus zum Programm" erhoben hätte,[15] ist viel zu simpel gedacht. Sie geht davon aus, dass Umweltschutz als politisches Konzept nur im „Entweder-oder" funktionieren kann: Entweder der reine Primat der Umwelt oder der reine Primat des Menschen. Das sozialdemokratische Verständnis von Umweltschutz ergab sich aber vielmehr aus der Schnittmenge der beiden Spannungsfelder „Arbeit und Umwelt" sowie „Partei und Bewegung". Im Sinne des von Willy Brandt apostrophierten „integrierten Umweltschutzes" erhielt sozialdemokratische Umweltpolitik eine doppelte Zielsetzung: gleichzeitig die Umwelt zu schützen und Arbeit zu schaffen. Ein vermeintlicher Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie sollte nicht mehr als Vorwand dafür herhalten, notwendige umweltpolitische Maßnahmen zu unterlassen. Stattdessen sollte dieser Gegensatz, wie die Zeitgenoss:innen unermüdlich betonten, nach dem Motto „Arbeit und Umwelt" offensiv aufgelöst werden.

Sämtliche sozialdemokratische Umweltschutzideen in der Vergangenheit lassen sich unter dem Dach dieser doppelten Zielbegründung sammeln. Verbunden war

[13] Frankland, Bündnis '90/Die Grünen, S. 84.
[14] Schäuble, Weg, S. 27.
[15] Walter, SPD, S. 202.

dies mit einem Politik- und Partizipationsbegriff, der die Spannung zwischen „Partei" und „Bewegung" überwinden wollte. Umweltpolitische Anliegen wurden in den sozialdemokratischen Erwartungshorizont integriert, die Umsetzung des Umweltschutzes sollte jedoch durch die herkömmlichen Institutionen erfolgen. Ein Rückzug in eine vorindustrielle Idylle, die eigene, kleinräumige Lebenswelt und ein damit verbundener Verzicht auf Wachstum und Konsum wären einer Absage an die arbeitsteilige und in einer repräsentativen Demokratie organisierten Industriegesellschaft und damit einem Leben in „enclaves of oppositional living" gleichgekommen.[16]

Auf einer theoretisch-programmatischen Ebene schienen diese Spannungen zugunsten einer nie vollkommen, aber ausreichend „ökologisierten" und „erneuerten" Sozialdemokratie ins Positive gewendet worden zu sein. Die in der Kernenergiekontroverse drohende Spaltung der Partei ist nicht im befürchteten Ausmaß eingetreten. Aber angesichts einer weitgehenden Abwanderung der ökologisch sensibilisierten Jugend an die Grünen und des – drohenden – Verlustes des Volksparteicharakters scheint die Idee der „ökologischen Modernisierung" trotzdem nicht der erhoffte Befreiungsschlag gewesen zu sein. Die viel beschworene „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie" war vor allem eine rhetorische Formel, oder, wie schon ein Zeitgenosse beklagte, eine „einfache[] Wortkombination" und „gleichsetzende Attribution" ohne ausreichenden logischen Gehalt.[17] Die Unzulänglichkeiten dieser Formel zeigten sich immer dort, wo materielle Bedürfnisse im Hier und Jetzt wichtiger erschienen als ökologische Solidarität mit den nachkommenden Generationen.

Insbesondere die Entwicklung in den 1990er-Jahren lässt daher Zweifel zu, ob „und" die richtige Konjunktion ist, um die Werte „Arbeit" und „Umwelt" miteinander zu verbinden. Die konkrete Konzeptionierung einer sozialdemokratischen Idee von Umweltschutz folgte dem sogenannten „Gesetz der Vordringlichkeit des Vordringlichen". Damit erklärte Peter Graf Kielmansegg, warum sich die bundesrepublikanische Politik in der Behandlung von Zukunftsthemen so schwertut: In Demokratien ist eine starke Tendenz zu erkennen, zunächst die Probleme zu bearbeiten, die als vordringlich wahrgenommen werden. Dabei werden massenmedial oft Probleme in den Vordergrund gerückt, die hier und jetzt akut sind. Zudem führt die zeitliche Struktur des demokratischen Machtwettbewerbs dazu, dass diese Fixierung auf das Vordringliche noch verstärkt wird.[18] Für die Bearbeitung ökologischer Probleme ist dieser Mechanismus fatal, da ihr oftmals das für Umweltfragen so typische Phänomen der „zeitliche[n] Externalisierung" dieser Problemlagen im Wege steht.[19] Thomas Hartmann, Jochen Dahm und Frank Decker haben diese Systematik zuletzt wieder prägnant auf den Punkt gebracht:

[16] Eley, Democracy, S. 479.
[17] Mit Bezug auf ähnliche Argumentationsmuster bei den Unionsparteien vgl. Moths, Marktwirtschaft, S. 936.
[18] Vgl. Kielmansegg, Politisches System, S. 146–148.
[19] Uekötter, Strudel, S. 621.

„Wo das Stimmrecht bei den Lebenden liegt, geraten die Belange der späteren, noch nicht geborenen Generationen systematisch aus dem Blick."[20]

Nach dieser Logik erfolgte oftmals auch der Zugriff von Sozialdemokrat:innen auf umweltpolitische Fragestellungen. Der Schutz der Umwelt ist ein Problem, dessen unmittelbare Auswirkungen meist erst in der Zukunft sichtbar werden. Die Beschäftigungsprobleme waren aber in der Gegenwart zu lösen, genauso wie die nächste zu meisternde Wahl oft schon vor der Tür stand. Die Zeithorizonte beider Themen fielen in vielen Fällen zu weit auseinander, um sie gleichberechtigt behandeln zu können – oder wollen.[21] Der Schutz der Umwelt blieb im sozialdemokratischen Politikverständnis immer ein Ziel zweiten Ranges, das seine Wertigkeit erst im Wechselspiel mit der Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erhielt. Umweltschutz, der materielle Einbußen bedeutet, war der eigenen Mitglieder- und Wähler:innenschaft kaum zu verkaufen. Die Formel „Arbeit *und* Umwelt" verdeckt daher die ungleiche Beziehung zwischen beiden Normen – „Arbeit *durch* Umwelt" trifft sie eher.

Dass beide Werte nie in einem gleichrangigen Verhältnis zueinanderstanden, liegt auch in den Motiven begründet, warum sich die SPD – oder zumindest große Teile von ihr – überhaupt um ihre Verbindung bemühte. Dass die Partei Getriebene des Aufstieges der Grünen war, ist keine neue Erkenntnis. Schon die zeitgenössische Kritik aus den eigenen Reihen warf der Parteiführung vor, dass „Machterhalt bzw. die -wiedergewinnung" die „[d]ominante[n] Motive […] zur stärkeren Berücksichtigung von Umweltpolitik" gewesen seien.[22] Ein zweiter Grund kam hinzu: Innerparteilich fungierte die Umweltschutzdiskussion zunehmend als eine Arena, in der sich die Unzufriedenheit mit dem Kurs Helmut Schmidts artikulieren konnte. Ähnlich wie die Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluss erfüllte sie eine machtstrategische Funktion und die Möglichkeit zur innerparteilichen Profilierung. Dieser instrumentelle Blick auf den Umweltschutz verhinderte vielfach, dass er je zu einem sozialdemokratischen Herzensanliegen wurde. Daher gab es vergleichsweise wenige „echte" sozialdemokratische Ökolog:innen. Als ihre maßgeblichen Vertreter wie beispielsweise Erhard Eppler oder Volker Hauff im Laufe der Zeit die politische Bühne verließen, war kaum entsprechender Nachwuchs herangewachsen. Selbst die maßgeblichen SPD-Ökologen der 1990er-Jahre wie Harald B. Schäfer, Hermann Scheer oder Michael Müller waren in der Phase der wachstums- und energiepolitischen Auseinandersetzungen der 1970er- und 1980er-Jahre sozialisiert worden.[23]

[20] Hartmann/Dahm/Decker, Einleitung, S. 11.
[21] Vgl. zur Beziehung von „time and politics" sowie den „narrative[s] of time" Steber, Tomorrow, insb. S. 317 f.
[22] Kollatz, Ökosozialismus, S. 254. Ähnlich: Uekötter, Ende, S. 107 f.
[23] Vgl. zur generationellen Prägung Walter, Partei, S. 715: „Die 70er-Jahre-Kohorte blieb in der SPD unter sich."

Pfadabhängigkeiten in Zeiten des Wandels

Die Begrenztheit einer ökologischen Erneuerungsfähigkeit hatte zudem Ursachen, die in der enormen Wirkmächtigkeit programmatischer, struktureller und habitueller Pfadabhängigkeiten zu sehen sind. Sie erklären die Langlebigkeit und Zähigkeit vieler traditioneller sozialdemokratischer Grundsätze und ihre Widerstandskraft gegenüber Tendenzen programmatischen und politisch-kulturellen Wandels. Parteien sind, wie alle Großorganisationen, strukturkonservative Gebilde, in denen Pfadabhängigkeiten umso prägender wirken und innerhalb derer Erneuerungsprozesse nur inkrementell wirksam werden können (vgl. auch die Ausführungen in Kap. I.). Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland, in der die „Politik des mittleren Weges" ihre ursprünglichen „Weichenstellungen […] politisch zuverlässig reproduziert", erst recht der Fall.[24] Daher ist die These Andrei S. Markovits' und Philip S. Gorskis, dass die Grünen als „neue[] Fackelträger[] fortschrittlicher Politik […] den bislang bedeutendsten Repräsentanten der deutschen Linken, nämlich die Sozialdemokratische Partei, völlig verändert hätten", zurückzuweisen.[25] Sie ignoriert die mannigfaltigen programmatischen wie strukturellen Kontinuitäten in der SPD. In der Rückschau zeigt sich vielmehr, dass die SPD in ihrem eigenen Selbstverständnis nach wie vor eine linke Volkspartei geblieben ist. Sie war zwar nicht mehr die „Partei der Arbeiter", schließlich hatte sich dieses Milieu weitgehend aufgelöst. Nichtsdestotrotz war mit dem Anspruch einer linken Volkspartei verbunden, die „Partei der Arbeit" sein zu wollen und sich den sozialen Aufstieg und das materielle Wohlergehen all jener auf die Fahnen zu schreiben, die nicht das Privileg hatten, im Überfluss zu leben.

Der in den 1970er-Jahren neu entstandene *cleavage* „Umwelt–Wachstum" lag quer zur traditionellen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, wurde aber nicht losgelöst von ihr betrachtet. Eine Implementierung ökologischen Denkens wurde daher zwangsläufig von einer Berücksichtigung der materiellen Aufstiegsinteressen jener begleitet, für die die SPD Politik machen wollte. Der Umweltschutz allein bot keine ausreichende Sinn- und Identitätsstiftung, um das vorhandene sozialdemokratische Mitglieder- und Wähler:innenreservoir zu mobilisieren. Dies hatte sich im Untersuchungszeitraum durch die Öffnung für die sogenannte „Neue Mitte" nur wenig geändert. Die sozialdemokratische Zielgruppenansprache folgte einem seit den Zeiten Willy Brandts typischen „Sowohl-als-auch", keinem „Entweder-oder". Ökologisch orientierte Wähler:innenschichten gehörten zu diesem „So-

[24] Schmidt, Politik, S. 243. Vgl. zum Begriff der Pfadabhängigkeit ferner u. a. Gerschewski, Pfadabhängigkeit, S. 243; Bukow/Poguntke, Organisation, S. 195 f.; Nachtwey, Marktsozialdemokratie, S. 15. Zur Bedeutung programmatischer Pfadabhängigkeiten für die deutsche Innenpolitik am Beispiel der Rentenpolitik vgl. Wirsching, Ära, S. 376. In einem parteipolitischen Kontext konstatierte zuletzt Peter Beule mit Bezug auf die Marktdiskurse bei deutschen und britischen Konservativen ebenfalls „semantische" sowie „institutionelle Pfadabhängigkeiten", die in Deutschland wesentlich diskursbestimmender waren als in Großbritannien, vgl. Beule, Weg, S. 261, 500, 510.

[25] Markovits/Gorski, Grün, S. 391 f.

wohl-als-auch" dazu, stellten aber nur selten eine Hauptzielgruppe dar.[26] Ähnliches gilt übrigens auch für die Integration marktliberaler oder „neoliberaler" Denkfiguren in die eigene Programmatik, die die klassisch-sozialdemokratische Wohlfahrtsorientierung zwar neu ausrichten, aber nie ersetzen sollten (vgl. Kap. VIII. 2.).

Pfadabhängigkeiten lassen sich zudem in der strukturellen und organisationskulturellen Verfasstheit der Partei wiederfinden. In Krisen wie beispielsweise nach dem Machtverlust 1982 und dem Verlust großer Teile der politischen Jugend an die Grünen konnte sie immer wieder Halt in der eigenen Geschichte finden.[27] Die Organisation der SPD als Partei, verpflichtet auf gemeinsame Ziele und zusammengehalten durch klare Entscheidungs- und Machtstrukturen, galt als Garant des eigenen Erfolges. Die politischen Ideale einer wankelmütigen und von permanenten Aufmerksamkeitskonjunkturen abhängigen Bewegung zu opfern, kam für das prototypische SPD-Mitglied angesichts der parteieigenen „organisational tradition of centralism" nicht in Betracht.[28] Die Ziele von Effektivität und Legitimität erforderten ein Festhalten an Parteistrukturen, die jenseits aller moralischer Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Ideen in Aussicht stellten, diese auch tatsächlich umsetzen zu können. Die in vielen Darstellungen zu den neuen sozialen Bewegungen, vor allem zur Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, häufig zu findende „Protestromantik"[29] verdeckt, dass die traditionellen Modi politischen Handelns nach wie vor nicht nur mehr oder weniger effektiv, sondern auch in nicht zu unterschätzendem Maße attraktiv blieben. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Ökologie-Diskussion in der SPD merklich vom zeitweise parallel verlaufenden Streit um die Nachrüstungspolitik, in der solche Pfadabhängigkeiten weit weniger prägend wirkten.[30] Dies erklärt sich unter anderem daraus, dass es im Bereich der Umweltpolitik keine vergleichbar starke innerparteiliche Traditionslinie gab wie in der Friedenspolitik und sich wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Pfadabhängigkeiten nahezu ungehindert entfalten konnten. Daher war es umso schwerer, solche sachlichen und organisationskulturellen Kontinuitäten aufzusprengen. Gestalt und Ausmaß der politisch-kulturellen Transformationen in der Zeit „nach dem Boom" waren also überaus kontext-, themen- und akteursabhängig.

Wandel oder Niedergang? Politik und Parteien „nach dem Boom"

Der „Wandel des Politischen" seit den 1970er-Jahren war somit keine Einbahnstraße, der am Ende komplett erneuerte und veränderte Parteien hinterließ. Anhand

[26] Raschke, Zukunft, S. 422.
[27] Vgl. dazu in langer historischer Perspektive Butzlaff/Walter, Mythen, S. 9 f.
[28] Padgett/Paterson, History, S. 259.
[29] Uekötter, Kanal, S. 260 unter Bezug auf Milder, Greening Democracy.
[30] So betont Jan Hansen in seiner Studie über den Nachrüstungsstreit in der SPD, wie sehr „die Angehörigen des sozialdemokratischen Spektrums im Versuch, innerparteilichen Dissens zu bewältigen, weitere Rahmensetzungen sprengten". Vgl. Hansen, Abschied, S. 244.

des neuen ökologischen Politikfeldes lässt sich dies exemplarisch zeigen: Es öffnete einen Diskursraum, in dem neben der Frage, *was* Politik eigentlich erreichen will, auch darüber gestritten wurde, *wie* diese Ziele verfolgt werden sollen. Diese Diskussionen erfolgten aber nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund jahrzehnte-, im Falle der SPD sogar jahrhundertealter Erfahrungsräume und politisch-kultureller Traditionslinien. Der „Wandel des Politischen" war daher von starken programmatischen wie strukturellen Kontinuitäten begleitet, die das Potential hatten, den Wandel merklich abzubremsen. Dies bedeutet aber noch nicht, dass diese Kontinuitäten als Blindheit gegenüber den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationen gesehen werden sollten. Die Traditionslinien standen in stetem Austausch mit den Umbrüchen, beides beeinflusste sich gegenseitig.[31] Das Festhalten, ja intentionale Bespielen programmatischer wie struktureller Pfadabhängigkeiten war ein Versuch, spezifische Transformationen mitzugestalten, eigene Positionen in neuen Politikfeldern zu entwickeln und Halt in diesen Wandlungsprozessen anzubieten. Dieses aktive und bewusste Handeln steht sinnbildlich für die Rolle der Parteien in der Epoche „nach dem Boom": Sie agierten nicht nur reaktiv, sondern auch aktiv, was ein Grund unter vielen ist, warum der sozioökonomische Strukturbruch seit den 1970er-Jahren von einer weniger starken Zäsur innerhalb des politischen Systems begleitet war.[32] Im Falle der SPD kann man diese Pfadabhängigkeiten, in positiver Lesart, sogar als zentrale Ursache für die lange Existenz der Partei sehen. Im Sinne einer „Evolution" war es ihr immer wieder gelungen, Leitbilder und Organisationsstrukturen in die Zukunft zu überführen, an veränderte Bedingungen anzupassen, damit zu stabilisieren und dennoch einen wesenseigenen identitären Kern zu behalten.[33]

Angesichts dessen zeigt sich, dass die These einer Epoche „nach dem Boom" oder „nach dem Strukturbruch" eine Lücke aufweist, nämlich eine konsequente Historisierung *politischer* Geschichte seit den 1970er-Jahren. Diese Lücke ergibt sich aus drei historiografischen Annahmen, die der These „nach dem Boom" zugrunde liegen und die weiterhin zu diskutieren sind: Erstens basiert das Großnarrativ einer „Vorgeschichte der Gegenwart", das aus der Vorstellung des „Strukturbruchs" oftmals abgeleitet wird, in allererster Linie auf Beobachtungen sozio-ökonomischer Veränderungen.[34] Die „‚Krisen der Demokratie'", so Anselm Doering-Manteuffel, seien vor allem in der „ökonomischen Deregulierung des staatlichen Handlungsrahmens" zu sehen. Wenn aus wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen mehr oder weniger direkt die Erosion klassischer Volksparteien oder gleich eine existenzielle Krise der Demokratie gefolgert werden,[35] unterschätzt dies die Eigenlogik und die

[31] Mit Bezug auf die PDS, die Gleichzeitigkeit von Kontinuitäten im politischen System und Wandelsprozessen in der „Berliner Republik" betonend, vgl. Holzhauser, Befunde, S. 204–207.

[32] Holzhauser/Lieb, Einleitung, S. 17 f. Ähnlich, mit Bezug auf Unionsparteien und Conservative Party: Beule, Weg, S. 525. Vgl. für den Bereich der Energiepolitik Graf, Bundesrepublik, S. 122 f.

[33] Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 15 f., 20.

[34] Vgl. die Kritik daran aus alltagshistorischer Perspektive bei Fabian, Boom, S. 40.

[35] Doering-Manteuffel, Entmündigung, S. 17. Vgl. ferner Doering-Manteuffel/Raphael, Einsichten, S. 30 f.; Raphael, Jenseits, S. 472.

Resilienz politischer Prozesse und Strukturen. Dass das Parteiensystem in Bewegung geraten ist, ist nicht zu übersehen, ebenso wenig aber seine grundsätzliche Stabilität. Zweitens ist, damit eng verbunden, weiter überlegenswert, wie die historische Entwicklung seit dem „Strukturbruch" zu werten ist. Dass die Vertreter der „Nach dem Boom"-These den krisenhaften Charakter der Transformationen zu deutlich akzentuiert hätten, ist vielfach angemerkt worden, auch von ihnen selbst. Nach wie vor besteht jedoch die Gefahr, Phänomene des Wandels durch die Brille eines „Nach" bewusst oder unterbewusst als Verfall zu werten.[36] Diese starke Kontrastierung verhindert oftmals, in diesem Wandel die Elemente zu benennen, die langfristig zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen haben. Drittens schließlich relativiert sich der „Bruch" vor allem in der Perspektive einer kulturgeschichtlich erweiterten Politikgeschichte, da sie weniger strukturelle Basistrends, sondern das individuelle Handeln der Akteur:innen in den Blick nimmt sowie ihre Versuche, ökonomisch-politische Wandelsprozesse zu deuten und zu gestalten. Sie prägen das Geschehen mit und laufen nicht nur den makrohistorischen Entwicklungen hinterher. Parteien und ihre führenden Mitglieder haben viele Möglichkeiten, politische Diskurse zu lenken, nicht immer leitet der Diskurs sie.[37] Indem Sozialdemokrat:innen über richtige Wege in der Umweltpolitik stritten, schufen sie sich ihre eigenen Verständnisse davon, was „Umwelt", „Ökologie" oder „Wachstum" eigentlich bedeuten sollten. Daraus wiederum leiteten sie politische Konzepte ab, die in der politischen Praxis diskurs- und handlungsleitend wurden.

Die These des „Strukturbruchs" wurde rasch differenziert, Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel verwenden selbst immer häufiger den Begriff der „multiplen Strukturbrüche". Sie plädieren dafür, „die Pluralität des Geschehens stärker zu betonen"[38] und sprechen von der „Beobachtung von zahlreichen Brüchen an unterschiedlichen Stellen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten".[39] Insbesondere im politischen Bereich festzustellende Pfadabhängigkeiten und Kontinuitäten verschweigen sie nicht.[40] Die jüngsten Teilergebnisse der „Nach dem

[36] Vgl. dazu zuletzt Wirsching, Kaiser, S. 661, 664. Wirsching plädiert dafür, die Zeit seit den 1970er-Jahren als Epoche der Globalisierung zu begreifen. Vgl. auch Voigt, Introduction, S. 19, der die Widersprüchlichkeit vieler sozio-ökonomischer Entwicklungen seit den 1970er-Jahren betont, weshalb sich die Epoche nicht ausschließlich als eine der Krise beschreiben lasse. Als Beispiel für die in der gegenwartsnahen Zeitgeschichtsschreibung nach wie vor virulente Krisen- und Verfallsperspektive vgl. zuletzt, v. a. in kultur-, gesellschafts- und ideengeschichtlicher Hinsicht, Sarasin, 1977, S. 422 f. Die Zeit seit den 1970er-Jahren sei in erster Linie charakterisiert durch eine „Erosion des Allgemeinen", vgl. S. 425.

[37] Vgl. Gatzka, Demokratie, S. 524; aus politikwissenschaftlicher Sicht Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 17 f.

[38] Doering-Manteuffel, Vielfalt, S. 135.

[39] Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 13. Ähnlich: dies., Einsichten, S. 9–12.

[40] So konstatierte Lutz Raphael zuletzt eine „auffällige Kontinuität auf politisch-institutioneller Ebene". Vgl. Raphael, Industriearbeit(er), S. 223. Für den sozio-ökonomischen Bereich wurde von der Forschung zuletzt ebenso die Wirkung nationaler Pfadabhängigkeiten herausgestellt, die den ursprünglich so bezeichneten „sozialen Wandel revolutionärer Qualität" eher als graduellen Wandel erscheinen lassen. Vgl. Voigt, Introduction, S. 23, 26.

Boom"-Forschung bestätigen mittlerweile die Gleichzeitigkeit von Verlusten und Aufbrüchen in dieser Zeit.[41]

Dass diese Diskussion verstärkt auf die politische und institutionelle Arena ausgeweitet werden sollte, unterstreichen parteihistorische Beobachtungen noch in anderer Hinsicht, beispielsweise mit Blick auf vermeintlich allgemeingültige gesellschaftliche und politische Individualisierungsprozesse. Der Fokus auf Parteien als handelnde Akteurinnen erhellt die jeweils nationalen Spezifika dieser Entwicklungen und relativiert eher die Annahme, dass sich in der gesamten westlichen Welt vorzufindende „Basisprozesse" wie beispielsweise ein „Wertewandel" gleichsam über das politische System übergestülpt haben.[42] Die etablierten Parteien der Bundesrepublik sind nicht einfach nur „Opfer" des vermeintlichen Wertewandels oder Objekte eines „multiplen Anpassungsprozesses"[43] an den Wandel des Politischen, sondern prägten ideelle und gesellschaftlich-politische Konstellationen weiterhin mit.[44] Wie sehr politische Auseinandersetzungen auf programmatischen und organisationskulturellen Traditionslinien aufbauen, lässt sich zudem daran ablesen, dass es nach wie vor kein überzeugendes Gegenmodell zur Klassifizierung politischer Parteien anhand eines klassischen Links-rechts-Schemas gibt.[45]

Doch nicht nur die Forschung „nach dem Boom", sondern auch die derzeit florierende Demokratieforschung ist erst in Ansätzen dazu bereit, sich den Parteien (wieder) eingehender zu widmen.[46] So ist es bezeichnend, dass in Hedwig Richters viel und kontrovers diskutierter Studie zur Demokratie als „deutscher Affäre" von 2020 Parteien als eigenständige Akteurinnen nahezu keine Rolle spielen. Ihr Fokus auf Demokratiegeschichte als Gefühls- und Körpergeschichte macht sich viel mehr zum Ziel, die Geschichte der Demokratie jenseits von Politik- und Parteiengeschichte zu schreiben.[47] Dass Parteien in dieser Perspektive kaum berücksichtigt werden, ist in gewisser Weise folgerichtig. Dennoch wird damit eine zentrale Achse bundesrepublikanischer Demokratiegeschichte vernachlässigt.[48]

[41] Vgl. die Zusammenfassung bei Reitmayer, Gewinner, S. 11–13. Vgl. ferner als Kritik am Forschungsparadigma „Nach dem Boom" u. a. Geyer, Suche, S. 664, 648; Bösch, Boom, S. 375; Chassaigne, 1970s, S. 23.

[42] Vgl. Levsen, Einführung, S. 234 f.; Levsen/Torp, Bundesrepublik, S. 21; Dietz/Neumaier/Rödder, Vorwort, S. 8; Rödder, Wertewandel, S. 25, 31. Aus einer wirtschaftshistorischen Perspektive ähnlich bei Plumpe, Ölkrise, S. 122 f. Zur nach wie vor hohen Handlungsfähigkeit des Nationalstaats und seiner aktiven Rolle innerhalb des Globalisierungsprozesses vgl. zuletzt Wirsching, Kaiser, S. 660 f., 671, 684.

[43] Ruck, Tanker, S. 270.

[44] Vgl. Gatzka, Blüte, S. 223. Ähnlich: Gotto, Enttäuschung (2018), S. 358.

[45] Zur nach wie vor starken Wirkungskraft des Links-rechts-Schemas vgl. zuletzt Detterbeck, Parteien, S. 27 f., 65. Vgl. ferner Mittag/Steuwer, Parteien, S. 35; Siri, Von der Partei zur Bewegung, S. 87.

[46] Vgl. z. B. Gatzka, Demokratie.

[47] Richter, Demokratie, S. 14 f.

[48] Vgl. Biess/Eckert, Introduction, wo Parteien ebenfalls keine Rolle spielen.

Die Misere der Sozialdemokratie: Gründe und mögliche Entwicklungstendenzen

Die Gegenwart dieser Demokratiegeschichte ist maßgeblich geprägt von der allseits zu lesenden Diagnose, dass das Zeitalter der großen Volksparteien zu Ende geht. Die SPD ist das deutlichste Beispiel für diese Entwicklung. Doch in welchem Maße trug die innerparteiliche Diskussion über die Ökologiefrage zu ihrem Niedergang bei?

Angesichts der festzustellenden Kontinuitäten programmatischer wie struktureller Art lässt sich keine direkte Linie ziehen von der unvollständigen Adaption ökologischen Gedankenguts zur aktuellen Lage der Sozialdemokratie. Die Entwicklung der „ökologischen" SPD ist also nur begrenzt Teil der „Problemerzeugungsgeschichte der Gegenwart". Die Idee der „ökologischen Modernisierung" wirkte durchaus integrativ und vermochte es, diejenigen in der SPD zu halten, denen sowohl die soziale Gerechtigkeit als auch der Schutz der Umwelt wichtig war. Man sollte nicht übersehen, dass die Grünen bis heute (Stand Sommer 2021) bei Bundestagswahlen, mit der Ausnahme von 2009 (10,7%), nie mehr als 10% erreichen konnten. In die gemeinsame Koalition mit der SPD starteten die Grünen 1998 mit einem durchwachsenen Ergebnis von 6,7%. Dies war weniger, als alle Umfragen bis zum Sommer 1998 prognostiziert hatten. In den Folgemonaten lagen ihre Umfragewerte bei knapp über 5%.[49] Nur drei Jahre später wurde bereits über ihr „mögliche[s] Ableben" spekuliert.[50] Der Kurs der SPD, dem Aufstieg der Grünen mit einer begrenzten „Ökologisierung" des eigenen Profils zu begegnen, war lange Zeit vergleichsweise erfolgreich. Besonders nach der für die Grünen so desaströs verlaufenen Bundestagswahl 1990 äußerten sich aus deren Umfeld regelmäßig Stimmen, die resigniert feststellten, dass die Grünen offenbar „schon etwa 1985 ihr Monopol – soweit sie es überhaupt je hatten; genau genommen besaßen sie es nie – auf die parteipolitische Vertretung der neuen Politik einbüßten".[51] Dass der Höhenflug der Grünen zu Beginn der 2020er-Jahre auch wieder enden oder zumindest abgebremst werden kann, wurde mit Beginn der Corona-Pandemie ebenfalls deutlich: „Der Grünen-Hype des Fridays-for-Future-Jahres 2019 ist jedenfalls abgeflacht."[52] Die Wellenbewegungen in den Wahl- und Umfragewerten der Grünen korrespondieren nach wie vor stark mit dem Grad der öffentlichen Aufmerksamkeit in Bezug auf umweltpolitische Themen.

Nichtsdestotrotz können und sollen die Veränderungen, die auf die „weiche[] Zäsur"[53] des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels seit den 1970er-Jahren folgten, nicht bestritten werden. Richtig ist nämlich, dass es die Bildung der

[49] Vgl. Klein/Falter, Weg, S. 130; Frankland, Bündnis '90/Die Grünen, S. 82.
[50] Raschke, Zukunft, S. 11.
[51] Kleinert, Aufstieg, S. 241. Hubert Kleinert saß in den 1980er-Jahren für die Grünen im Bundestag und war von 2000 bis 2002 Vorsitzender des hessischen Landesverbandes.
[52] Wedell/Milde, Ausblick, S. 323.
[53] Angster, Bundesrepublik, S. 132.

neuen politisch-gesellschaftlichen Spannungslinie „Umwelt–Wachstum" für die SPD deutlich schwieriger gemacht hatte, gemeinsame Ideen zu finden, hinter denen sich sowohl Stamm- als auch Wechselwähler:innen sammeln lassen. Politikwissenschaftlich gesprochen lässt sich somit festhalten: Die Erweiterung der dominanten *cleavages* führte zu steigender Labilität der traditionellen *linkages*, also der dauerhaften Bindung sozialer Gruppen an bestimmte Parteien.[54] Bei den Volksparteien war diese „Entkopplung von Parteien und Milieus" besonders stark ausgeprägt.[55] Gerade aufgrund der Dominanz politischer und struktureller Pfadabhängigkeiten konnte und wollte die SPD nur begrenzt flexibel auf diese Herausbildung neuer politisch-gesellschaftlicher Konfliktlinien reagieren.

Damit war der Verlust eines Teils des grünen Wähler:innenpotenzials mehr oder weniger zwangsläufig,[56] aber noch nicht der beispiellose elektorale Niedergang in den letzten Jahren.[57] Die Lockerung der sozialen Bindungen zu den Parteien weist nicht allein auf eine „Krise" der Repräsentation hin, sondern auf einen zunächst wertneutral zu beurteilenden Formwandel dieser Repräsentation. Sie fand nicht mehr durch eine enge lebensweltliche Bindung und milieuspezifische Verbundenheit zwischen Wähler:innenschaft, Mitgliedern und Parteien statt. Repräsentation muss nicht mit dem Ideal einer möglichst großen Identität von Repräsentierten und Repräsentierenden gleichgesetzt werden.[58] Stattdessen kann sie sich, einer „Angebotstheorie des Parteienwettbewerbs" entsprechend und einer zunehmenden Markt- und Konsumlogik folgend, auch durch die Vertretung von Interessen ausdrücken, denen passende kurzfristige Angebote gemacht werden.[59] Dieser Mechanismus war für die SPD nichts grundsätzlich Neues: „Sozialdemokratische Politik", so Gerd Mielke und Fedor Ruhose, „war zu allen Zeitpunkten während der letzten 150 Jahre Projekt politischer Integration hochgradig unterschiedlicher Gruppen."[60] „Arbeit und Umwelt", die „ökologische Modernisierung" oder die „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" waren solche Integrationsangebote in ökologischem Gewand. Der Anteil von Stammwähler:innen war zwar gesunken, durch geschickte Kommunikation verschiedener Politikangebote war es aber dennoch möglich, kurzfristige Wahlallianzen zwischen Bevölkerungsgruppen zu schmieden, die lebensweltlich wenig miteinander verband. Repräsentation besteht in diesem Verständnis eher als ein „sich in zeitlicher Dimension entfaltendes politisches Verhältnis" und eine „Interaktionsbeziehung" zwischen Repräsen-

[54] Schmidt, Bürger, S. 214; Kleine, Energiepolitik, S. 168; Detterbeck, Parteien, S. 58 f.
[55] Linden/Thaa, Krise, S. 16. Vgl. ferner Decker, Parteiendemokratie (2017), S. 32.
[56] Vgl. diese Einschätzung auch bei Faulenbach, Sozialdemokratie, S. 313.
[57] Vgl. auch Wolfgang Merkel, der bereits 1993 darauf hingewiesen hat, dass die „Mängel der Niedergangsprognosen" vor allem in einer „Verabsolutierung temporärer Entwicklungen" und einer Nichtberücksichtigung der Vergleichsperspektive zu den konservativen Parteien liegen. Merkel, Ende, S. 398.
[58] Thaa, Kritik, S. 621.
[59] Vgl. Raschke, Zukunft, S. 21. Zu den historischen Wurzeln dieser Marktlogiken vgl. Gatzka, Demokratie, S. 526.
[60] Mielke/Ruhose, Selbstaufgabe, S. 141.

tierten und Repräsentierenden.[61] Dieser Formwandel der Repräsentation ereignete sich im Rahmen einer „strukturellen Evolution", nicht in einem „säkularen Strukturbruch". Er war geprägt sowohl von „Momenten des Wandels" als auch der „Beharrung". Daher kam es nicht zum raschen Niedergang der Volksparteien, den viele in der Phase „nach dem Boom" erwarteten.[62]

Die „Volkspartei" SPD war im Zuge dessen also noch nicht am Ende. Ihr Unterbau aber war zweifelsfrei morscher geworden. Der Aufstieg der grünen Konkurrenzpartei hat dies beschleunigt. Möchte man den Grund für den zu Beginn der 2020er-Jahre kritischen Zustand der Partei finden, so spricht jedoch vieles dafür, dass eine solche Erklärung nicht ohne die Entwicklung seit Eintritt in die rot-grüne Bundesregierung 1998 und die „Agenda-Politik" auskommt. Am 14. März 2003 kündigte Gerhard Schröder die Hartz-Reformen an, seitdem brachen die Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen auf knapp die Hälfte von 1998 ein.[63] Das Reformprojekt der „ökologischen Modernisierung" hatte der eigenen Programmatik zwar, wie die Agenda 2010, ebenfalls einiges an Elastizität abverlangt. Die daraus folgenden Wahlverluste konnten aber dadurch minimiert werden, dass die „ökologische Modernisierung" im Zuge eines langjährigen Diskussionsprozesses mehr oder weniger überzeugend in die Identität der SPD als „Partei der Arbeit" integriert werden konnte. Die Agenda-Politik brach radikaler mit diesem Selbstverständnis und wurde der Partei beinahe im Eilverfahren übergestülpt.[64] Der Verlust der alleinigen Meinungsführerschaft links der Mitte, der durch den Aufstieg der Grünen offensichtlich wurde, war also eine wichtige, aber noch keine hinreichende Ursache für den elektoralen Niedergang der SPD in den vergangenen knapp 20 Jahren. Das Gleiche gilt für die Verwerfungen im Zuge der Hartz-Reformen.[65] Erst das Zusammenspiel verschiedenster Faktoren erklärt die Entwicklung der SPD in den vergangenen Jahrzehnten als „Vorgeschichte der Gegenwart". Dies ist ein Beispiel dafür, dass diese „Vorgeschichte" nicht allein aus den Transformationen seit den 1970er-Jahren heraus erklärbar, sondern in hohem Maße offen sowie von neuen Entwicklungen und Entscheidungen seit den 1990er-Jahren geprägt ist.[66]

[61] Linden/Thaa, Repräsentation, S. 307 f. Ähnlich: Jun, Repräsentationslücke, S. 98, 100.

[62] Vgl. Ruck, Tanker, S. 270.

[63] Vgl. Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 32. Sitzung, Berlin, den 14. 3. 2003, S. 2479–2493, insb. S. 2479: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen." Vgl. ferner Wolfrum, Aufsteiger, S. 105.

[64] Turowski, Reformdiskurse, S. 5; Seefried, Zukunft, S. 297; Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 42, 119 f., Voigt, Marxism, S. 298 f.

[65] Somit haben beide in der Politikwissenschaft diskutierte Theorien zur Erklärung der Repräsentationskrise eine Berechtigung: Sowohl die „Erosionsthese", die den Rückgang an Repräsentativität als Folge gesellschaftlicher Veränderungen und Differenzierungen versteht, als auch die „Enttäuschungsthese", die die Ursache in einem Mangel an Repräsentation nach wie vor vorhandener sozialer und politischer Milieus sieht. Vgl. Thaa, Krise, S. 126, 134.

[66] Vgl. dazu u. a. Mende, Krise, S. 34 f.; Bösch, Boom, S. 376; Wirsching, Preis, S. 12, 403. Für das Parteiensystem und das Ende der „Bonner Republik" mitsamt ihrer parteipolitischen Konstellationen nach der Wiedervereinigung vgl. zuletzt Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft, S. 318–323.

Ökologie – eine sozialdemokratische Sackgasse?

Nichtsdestotrotz sind Defizite der SPD bei ihrer umweltpolitischen Positionierung nicht zu leugnen. In der Kompetenzzuweisung beim Thema Umwelt- und Klimaschutz liegt sie, trotz der Reformprozesse der vergangenen Jahrzehnte, weit hinter den Grünen und auch deutlich hinter den Unionsparteien.[67] Dies lag, wie gezeigt, vor allem daran, wie schwer es war, ein politisches Konzept zu finden, das eine in allen Punkten konsistente Verbindung von „Arbeit" und „Umwelt" gewährleistet. Die Suche danach musste beinahe automatisch Enttäuschungen erzeugen. Dass die SPD an dieser Suche bisher gescheitert ist und vielleicht auch weiter scheitern wird, muss aber nicht notwendigerweise zu ihrer politischen Bedeutungslosigkeit führen. Denn viele der zentralen Grundüberlegungen der „ökologischen Modernisierung" sind heute ja allgemeiner Konsens. Radikale Wachstums- und Konsumkritik wird zwar in alternativen Kreisen nach wie vor geübt, in bildungsbürgerlichen Teilen gilt sie immer mal wieder als schick. Doch im parteipolitischen und institutionellen Diskurs kommt kaum ein Umweltschutzkonzept mehr aus ohne einen Hinweis darauf, dass die Fundamente der arbeitsteiligen Industriegesellschaft nicht abgerissen, sondern erneuert werden müssen.[68] 2019 stellte die EU-Kommission ihren Plan für einen „European Green Deal" vor. Dieser sieht eine „neue Wachstumsstrategie" vor mit einem „Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft". Langfristige Ziele sind, dass „bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt wird [und] niemand, weder Mensch noch Region, im Stich gelassen wird".[69] Dies erinnert sehr an die Umweltdiskurse, die bereits seit den 1970er-Jahren in der SPD geführt wurden.

Dennoch wird die Partei nicht mehr zwingend mit dieser Argumentationsfigur verbunden. Die SPD ist dabei in gewisser Weise auch am eigenen Anspruch gescheitert, den die mantraartige Wiederholung des Credos „Arbeit *und* Umwelt" erzeugt hatte. Der permanent schwelende Grundsatzstreit darüber, ob und wie sich „Arbeit" und „Umwelt" denn nun genau zusammenbringen lassen, erwies sich in vielen Fällen als Selbstblockade. Er provozierte immer wieder eine Auseinandersetzung zwischen „Ökolog:innen" und „Wachstumspolitiker:innen", die letztlich nicht gelöst werden konnte. Ob die Umweltpolitik weiterhin ein Verlie-

[67] In einer Civey-Umfrage vom 4.2. bis 5. 5. 2021 trauten 44% der Befragten den Grünen eine gute Umwelt- und Klimapolitik zu, 21% der CDU/CSU, aber nur 6% der SPD. Sie lag damit sogar einen Prozentpunkt hinter der Alternative für Deutschland (AfD) mit 7%. Vgl. Hagen, Kevin u. a., Klimawandel in der Union, in: SPIEGEL, 8. 5. 2021, S. 32 f., hier: S. 33.

[68] Vgl. in diesem Zusammenhang den – richtigen – Hinweis Thomas Meyers und Klaus-Jürgen Scherers, dass die „sozial-ökologische Marktwirtschaft" als Kernforderung des 2020 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramms der Grünen „schon lange ein Programmbegriff der SPD" ist. Meyer/Scherer, Programm, S. 345.

[69] [o. V.], Ein europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden, in: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (letzter Zugriff am 11. 11. 2020).

rerthema für die SPD bleiben wird, wird daher wohl auch davon abhängen, wie realistisch und kompromissbereit sie mit diesem Spannungsfeld umgeht. Schon in kleinen Schritten kann viel dafür getan werden, um sich dem Ziel einer emissionsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anzunähern. Die Suche nach dem großen Wurf, der großen Integrationsideologie hat oft den Blick auf das konkret Machbare verdeckt.[70] Dass vieles konkret machbar ist, haben Sozialdemokrat:innen in der Geschichte selbst bewiesen. Eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft" haben sie zwar nicht im geplanten Maße einleiten können, aber auf der anderen Seite auch wichtige Erfolge erzielt: Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch in Deutschland bereits 42,1 Prozent.[71] Es ist unter anderem zwei Sozialdemokraten, nämlich Erhard Eppler und Hermann Scheer, zu verdanken, dass die erneuerbaren Energien heute einen so großen Stellenwert für die deutsche Energieversorgung haben.

Sich als die einzig wahre Umweltpartei in Szene setzen zu wollen, hat meistens nicht funktioniert, man denke an die Wahlniederlage 1990. Erfolgreicher war die SPD in der Regel dann, wenn die Hauptfelder der politischen Auseinandersetzungen in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik lagen – so war es 1998. Dass die Sozialdemokratie politisch nicht mehr erfolgreich sein konnte, wenn sie den Umweltschutz gänzlich ignoriert, liegt auf der Hand. Die Grünen in ökologischen Fragen überholen zu wollen, war aber ebenso aussichtslos. Die größten Kernkompetenzen der SPD lagen in der Vergangenheit in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit für die breite Masse der Arbeitnehmer:innen. Daran konnte und wird sich auch in Zukunft wenig ändern, wenn die SPD ihre Identität nicht vollständig aufgeben will. Den Klimawandel aufzuhalten, ist eine Jahrhundertaufgabe. Gleichzeitig steigt aber auch die soziale Ungleichheit.[72] Sie verliert wegen des Klimawandels nicht an Sprengkraft. Nicht umsonst verstummen im eigenen Umfeld die Stimmen nicht, die fordern, dass die SPD „sich selbst wieder sozialdemokratisieren" und den „Weg zurück auf gewohntes Terrain" finden müsse.[73] Folgt man dieser Forderung, muss sie nicht zwangsläufig mit einer Ausblendung von Klima- und Umweltschutz in der eigenen Programmatik einhergehen. Die Partei wieder zu „sozialdemokratisieren", kann auch zu einem pragmatischeren und lösungsorientierteren Zugriff auf den Problemkomplex Ökologie–Ökonomie führen. Das grundsätzliche Dilemma zwischen „Arbeit" und „Umwelt" wird sich zwar nicht auflösen lassen. Dieses „Leben mit Ambivalenzen"[74] zu akzeptieren, hätte den innerparteilichen Auseinandersetzungen jedoch einiges an Schärfe genommen. Die stete Erinnerung an den „Wendepunkt, an dem

[70] Vgl. Uekötter, Strudel, S. 618, 632.
[71] Umweltbundesamt, Erneuerbare Energien in Zahlen, 13. 3. 2020, in: https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick (letzter Zugriff am 12. 11. 2020).
[72] Voigt, Introduction, S. 13.
[73] Mielke/Ruhose, Selbstaufgabe, S. 73 f. Ähnlich: Merkel, Erneuerung, S. 316.
[74] Uekötter, Strudel, S. 662.

die Alternative heißt: Entweder kommt es schnell zu grundlegenden sozialen und ökologischen Reformen, oder wir geraten in eine Krise unserer Zivilisation“[75] hemmt dieses Reformprojekt vielleicht mehr, als es ein ökologisch sensibilisierter Realismus tun würde.

Parteien in der „Vorgeschichte der Gegenwart“: unter Druck, aber keinesfalls am Ende

Der (ökologischen) Erneuerung der SPD waren also vergleichsweise enge Grenzen gesetzt, ohne dass ein vermeintlicher Niedergang der Partei deswegen zwangsläufig gewesen wäre. Der behandelte Fall steht damit sinnbildlich für die Entwicklung politischer Parteien seit den 1970er-Jahren: Neue Themen traten auf die politische Agenda und forderten die Parteiendemokratie heraus, doch in vielen Fällen fiel ihre Integration in übergreifende politische Konzepte schwer. Daher näherte sich diese Arbeit ihrem Gegenstand auch unter einer weiteren, allgemeineren Frage, nämlich welche Schlüsse aus der Untersuchung der Ökologiediskussion in der SPD für eine Analyse der Ursachen und des empirischen Gehalts der vermeintlichen „Krise“ der politischen Parteien gezogen werden können.

Vieles deutet darauf hin, dass die begrenzte „Ökologisierung“ der SPD nicht vorschnell als ein Indiz für eine solche allgemeine „Krise“ des Parteiensystems gewertet werden sollte. Trotz des Abgesangs auf das Organisationsmodell der Partei kann nicht übersehen werden, wie robust das deutsche Parteiensystem nach wie vor ist. Ein Großteil der neuen sozialen Bewegung ließ sich schließlich über die Grünen in die parlamentarischen Strukturen der Bundesrepublik integrieren. Ihr *agenda setting* war erfolgreich, sonst hätte es für eine Ökologiediskussion in der SPD (und in anderen Parteien) ja gar keinen Anlass gegeben. Die Notwendigkeit größerer Anstrengungen im Umwelt- und Klimaschutz wird in beinahe allen Parteien grundsätzlich anerkannt. Andersherum erweiterten die Grünen ihr Politikangebot auf mittlerweile alle relevanten Politikfelder und ließen sich dabei von der gängigen Norm des bundesrepublikanischen Parteienwettbewerbs leiten. Zudem übernahmen sie mit der Zeit einen Großteil der Organisationsstrukturen, gegen die sie einst gegründet wurden. Für die *Output*-Funktionen des politischen Systems sind politische Parteien nach wie vor unerlässlich.[76] Daher ist die These zu hinterfragen, dass die steigende gesellschaftliche Politisierung und Polarisierung nach 1968 Symptom der Tatsache ist, dass „Ende der 1970er Jahre ein Zeitalter parlamentarischer Demokratie zu Ende ging“.[77]

[75] Antragsbereich Ini/ Antrag 5. Parteivorstand. Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Beschlussbuch Parteitag 2019, S. 113–133, hier: S. 114.

[76] Vgl. dazu zuletzt auch den Ratschlag Michael Koß‘ in Koß, Demokratie, S. 229: „Der Fluchtpunkt politischen Handelns sollten die Parteien sein.“

[77] Gatzka, Demokratie, S. 535.

Die Diagnose einer „Krise" der Parteiendemokratie selbst ist zu historisieren. Sie ist ein Dauerbrenner, der zunehmend einer medialen Logik folgt, Wandlungstendenzen als Krisenphänomene zu charakterisieren.[78] In der Rückschau überwiegt der Eindruck, dass das Repräsentativsystem der Bundesrepublik mehr Attraktivität genoss, als es die Kritik an ihr zugeben mochte. Die „Fragilität" der Demokratie ist demnach weniger Symptom einer umfassenden Krise, sondern demokratischer Normalzustand.[79] Es äußerten sich daher zuletzt auch vermehrt Stimmen, die betonten, dass Krisen sogar „demokratiefördernd wirken" können[80] und angesichts dessen durchaus „ein zurückhaltender Optimismus" gestattet sei, was die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Systeme betrifft. Diese differenzierten sich zwar zunehmend aus und hätten mit konjunkturellen wie strukturellen Herausforderungen zu kämpfen. Im Vergleich zu anderen Staaten sei jedoch gerade die parlamentarische Demokratie in Deutschland relativ gefestigt und genieße eine nach wie vor ausreichende Anerkennung durch ihre Staatsbürger:innen.[81]

Daraus ließe sich schließen, dass es vielmehr die Kollektivakteur:innen innerhalb des Systems sind, die zunehmend mit der Frage konfrontiert werden, auf welche Art und Weise sie sich zukünftig behaupten wollen. Ob das Modell der „Volkspartei" angesichts einer immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaft noch tragfähig ist und ob die ehemals „großen" Volksparteien den Anspruch, integrierendes Zentrum für große Teile der Wähler:innenschaft zu sein, noch erfolgreich weiterverfolgen können, erscheint deswegen fraglich. „Die klassischen Massen- und Volksparteien mit ihren hohen Mitgliedszahlen und ‚catch all'-Programmen", so Wolfgang Merkel, „sind in den individualisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts anachronistisch geworden."[82] Mittlerweile einstellige Wahlergebnisse der SPD (so beispielsweise in Sachsen bei der Landtagswahl im September 2019)[83] können kaum eine deutlichere Sprache sprechen.

Deswegen steht noch nicht zwangsläufig die Existenz der Volksparteien als solche auf dem Spiel, aber die Attraktivität des Politikmodells, das sie lange verfolgt haben. Weder die Krise der SPD noch die vermeintliche Krise der Parteiendemokratie ist eine historische Aporie, sondern die Krise einer spezifischen Parteienform, nämlich die der Volkspartei in Zeiten politisch-gesellschaftlicher Pluralisie-

[78] Vgl. von Alemann, Parteiensystem, S. 231.

[79] Conway, Fragile democracy, S. 430 f.; ders., Western Europe's Democratic Age, S. 310. Ähnlich: Siri, Parteien, S. 260. Edgar Wolfrum spricht von der „Normalität der Instabilität", vgl. Wolfrum, Aufsteiger, S. 27.

[80] Kruke, Demokratie, S. 41. Ähnlich: Holzhauser/Lieb, Einleitung, S. 19; Richter, Demokratie, S. 315.

[81] Schmidt, Zukunft, S. 28.

[82] Merkel, Wolfgang, Krise? Krise!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 5. 2013, online unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/zukunft-der-demokratie-krise-krise-12173238.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (letzte Aktualisierung am 2. 1. 2020).

[83] Die SPD erreichte 7,7% und ist dort seitdem nur noch fünftstärkste Kraft. Vgl. [o. V.], Wahlergebnisse, o. D., in: https://www.wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2019-wahlergebnisse.php (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

rung und Individualisierung.[84] Diese hat zweifelsfrei zu einem „Wandel des Politischen" geführt, der die Bedingungen parteipolitischen Wettbewerbs seit den 1970er-Jahren veränderte. Das Organisations- und Partizipationsmodell der Partei hat sich in diesem Rahmen ebenfalls gewandelt, blieb in der Summe aber weitgehend stabil. Dies hat die Analyse des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Ökologie beispielhaft gezeigt.

[84] Vgl. dazu zuletzt Seefried, Erosion, S. 91 f. Aus politikwissenschaftlicher Sicht Jun/Bukow, Party Democracies, S. 11: „[P]arties as an organizational type will survive, but parties as individual organizations might not." Vgl. zuletzt die Hinweise auf die fortschreitende gesellschaftliche Individualisierung, die das Wähler:innenreservoir der Volksparteien auch unabhängig von deren Verschulden zusammenschmelzen ließ, bei Koß, Demokratie, S. 143.

Dank

Bei diesem Buch handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2020 von der Ludwig-Maximilians-Universität München unter dem Titel „Arbeit durch Umwelt? Sozialdemokratie und Ökologie 1969–1998“ angenommen worden ist.

Großer Dank gebührt zunächst dem Erstbetreuer meiner Arbeit, Andreas Wirsching. Er hat mit seinen Anregungen erheblich dazu beigetragen, dass sie den Mut zur These nie verloren hat. Martin H. Geyer danke ich für die Zweitbetreuung und sein stetiges „Nachbohren“ nach dem, was das Buch eigentlich aussagen will. Jens Soentgen danke ich für die Übernahme der Drittbegutachtung im Rahmen der Disputatio. Der Friedrich-Ebert-Stiftung bin zu Dank dafür verpflichtet, dass sie dieses Projekt durch ein Promotionsstipendium überhaupt erst möglich gemacht hat.

Meinen Dank aussprechen möchte ich außerdem Elke Seefried, Pascal Pawlitta, Eva Oberloskamp und allen weiteren Mitgliedern des Leibniz-Projektes „Geschichte der Nachhaltigkeit(en)“, an das ich mich assoziieren durfte. Vor allem in umwelthistorischer Hinsicht hat das Buch vom Austausch im Projektrahmen sehr profitiert. Enorm hilfreich waren auch die Anregungen zahlreicher aktueller und ehemaliger Mitarbeiter:innen des Instituts für Zeitgeschichte. Dafür danke ich – unter anderem – Bernhard Gotto, Moritz Fischer, Silke Mende, Rick Tazelaar, Thomas Schlemmer, Martina Steber, Sebastian Voigt und Jürgen Zarusky †. Mein Dank gilt ferner allen Teilnehmer:innen des IfZ-Oberseminares sowie den Mitgliedern des LMU-Promotionsprogramms „ProMoHist“. Das gemeinsame Nachdenken mit Thorsten Holzhauser über neue Wege der Parteigeschichtsschreibung hat dieses und andere Projekte außerordentlich bereichert. Für die Gespräche über Vergangenheit und Gegenwart der Sozialdemokratie danke ich Anja Kruke, Ursula Bitzegeio, Philipp Kufferath und Peter Beule vom Archiv der sozialen Demokratie. Die interviewten Zeitzeug:innen haben mich auf Ereignisse und Zusammenhänge aufmerksam gemacht, die im klassischen Archivgut oft keine Spuren hinterlassen. Dafür danke ich ihnen sehr. Die Mitarbeiter:innen der zahlreichen Archive haben durch ihre Expertise ebenfalls sehr zum Gelingen des Projektes beigetragen. Den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte danke ich für die Aufnahme des Buches in die Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ und insbesondere Magnus Brechtken für die Organisation des Begutachtungsprozesses. Mein Dank gilt außerdem Günther Opitz, der mich bei den letzten Schritten hin zur Publikation tatkräftig unterstützt hat. Der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung danke ich für die Ehre, meine Doktorarbeit mit dem Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2021 ausgezeichnet zu haben.

Am Ende war es nur „with a little help from my friends“ möglich, das Projekt zum Abschluss zu bringen. Anna und Jana haben sich um eine sorgfältige Korrektur des Manuskriptes und das Herausstreichen zahlreicher unnötiger Füllwörter verdient gemacht. Mario R. danke ich für die stets verlässliche Unterstützung seit

gemeinsamen Studientagen und die Tradition unserer Stadionbesuche. Matthias und ich haben seit dem Abitur fast alles gegengelesen, was der jeweils andere geschrieben hat. Dafür und für vieles andere, aber vor allem die gemeinsame Freundschaft bin ich ihm sehr dankbar. Zu diesem Buch haben auch jene beigetragen, mit denen ich mich nur selten darüber unterhalten habe – gerade deswegen. Für die Ablenkung danke ich insbesondere Mario D., Hali, Johannes, Basti und Andrea.

Mein Vater Werner hat seit der Schulzeit jeden meiner Texte auf Fehler überprüft. Darauf konnte und kann ich mich immer verlassen, auch in schwierigen Zeiten. Wer hätte gedacht, dass er einmal den Rotstift an meine Dissertation ansetzen würde. Vroni danke ich für den Glauben an mich, wenn ich ihn selbst mal wieder nicht finden konnte – und für das Ertragen meiner Monologe über begeisternde Quellenfunde.

Ihnen beiden ist dieses Buch gewidmet.

München, im März 2022

Abkürzungsverzeichnis und Glossar

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
AfD	Alternative für Deutschland
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis
AGK	Arbeitsgemeinschaft Kernenergie
AKW	Atomkraftwerk
AL	Alternative Liste Berlin
AOSIS	Alliance of Small Island States
APO	Außerparlamentarische Opposition
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
AUGE	Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie der Universität Essen
BAB	Bundesautobahnen
BArch	Bundesarchiv Koblenz
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern
Breg	Bundesregierung
Brundtland-Kommission	Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUU	Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CO_2	Kohlenstoffdioxid
COGEMA	Compagnie Générale des Matières Nucléaires
CSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DBV	Deutscher Bund für Vogelschutz
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDT	Dichlordiphenyltrichlorethan
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DNR	Deutscher Naturschutzring
DWK	Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen
ECOROPA	European Network for Ecological Reflection and Action
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
Ehmke-Kommission	Energiepolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand
EVU	Energieversorgungsunternehmen
EWI	Energiewirtschaftliches Institut der Universität zu Köln
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung

FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FU Berlin, UA, APO-S	APO-Archiv der Freien Universität Berlin
GAL	Grün-Alternative Liste
GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GLU	Grüne Liste Umweltschutz
Hauff-Kommission	Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ beim SPD-Parteivorstand
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
HSA	Helmut-Schmidt-Archiv
HEW	Hamburgische Electricitäts-Werke AG
IG	Industriegewerkschaft
IG Metall/ IGM	Industriegewerkschaft Metall
IPA	Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
JEF	Junge Europäische Föderalisten
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KGParl	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
KKW	Kernkraftwerk
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
kWp	kiloWattpeak
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LCP	Least Cost Planning
LReg	Landesregierung
MdB	Mitglied des Bundestages
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBL	Neue Bundesländer
NEZ	Nukleares Entsorgungszentrum
NO_X	Stickoxide
NRW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖSDP	Ökologisch-Sozialdemokratische Partei in der DDR
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Palme-Kommission	Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit

PCB	Polychlorierte Biphenyle
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PKA	Petra-Kelly-Archiv
PV	Parteivorstand
RBU	Reaktor-Brennelement-Union
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
SA	Sturmabteilung
SB	Sozialistisches Büro
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SGK	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
SI	Sozialistische Internationale
SO_2	Schwefeldioxid
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Stamokap	Staatsmonopolistischer Kapitalismus
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
TA	Technische Anleitung
TEG	Teilerrichtungsgenehmigung
THTR	Thorium-Hochtemperaturreaktor
UB	Unterbezirk
UNEP	United Nations Environment Programme
VEAG	Vereinigte Energiewerke AG
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG
VN	Vereinte Nationen
VW	Volkswagen
WAA	Wiederaufbereitungsanlage
WBA	Willy-Brandt-Archiv
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB
WWF	World Wide Fund For Nature

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

Archive

APO-Archiv der Freien Universität Berlin (FU Berlin, UA, APO-S), Berlin

AKW, N.S./HB II: 43
AKW, NS / HB III: 44
AKW, Hamburg/S-H I: 37
AKW, Zentral II: 46
Anti-AKW II, Bürgerinitiativen Ökologie: 32
Jusos: 438

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn

Duve, Freimut (1/FD): Nordsee; Umwelt
Engholm, Björn (1/BE): Mappen: verschiedene Sachthemen; SPD-Vorsitzender
Eppler, Erhard (1/EE): Köln 18. 04. 1977 (Energie-Fachtagung)
Film-, Video- und Tonsammlung (6/AVM)
Hartenstein, Liesel (1/LH): Arbeitsgruppe Klima der SPD-Bundestagsfraktion; Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion; Entwicklung/UNCED; Neue Länder, DDR; Ökologische Steuerreform; Parlamentarische Initiativen; Publikationen – Reden und Aufsätze; Verkehr
Hauff, Volker (1/VH): Öko-Kommission [Kommission Umweltpolitik] beim SPD-Parteivorstand
HSA (Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSA): Bundeskanzler; Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben; Sacharchiv; Schmidt, Helmut; SPD allgemein; SPD-Parteivorstand; Stellvertretender Parteivorsitzender
Löffler, Lothar (1/LL): Diskussion um die Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage
LTF Hessen: Verhandlungen SPD-Grüne [unverzeichnet]
LV Berlin: HGL alles AL [unverzeichnet]
LV Hessen: II, III [unverzeichnet]
LV Schleswig-Holstein: 932; 974; 1024; 1063; 1616 [unverzeichnet]
Schäfer, Harald B.: 275, 317, 338, 498, 590, 597, 630, 677
Scharping, Rudolf (1/RS): Unterlagen zu Einzelthemen
SPD-Bundestagsfraktion: Arbeitsbereich Umweltschutz; Arbeitsgruppe Energie; Arbeitsgruppe Schutz der Erdatmosphäre („AG Klima"); Arbeitsgruppe Umwelt; Arbeitskreis Ökologische Erneuerung; Arbeitskreis Umwelt und Energie [unverzeichnet]
SPD in der DDR (2/SDP): Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
SPD-Bezirk Braunschweig (3/NSAC): Ausstiegsdebatte Atomenergie, insb. Atommüllendlager Morsleben u. Schacht Konrad; Bezirksablage über Unterbezirk Salzgitter: u. a. Korrespondenz, Sitzungen, Parteitage/ Konferenzen; Energiekonsensgespräche/Atomausstieg insbes. Atommüllendlager Schacht Konrad/Castortransporte: u. a. Korrespondenz
SPD-Bezirk Hannover (3/NSAD): Grüne Liste Umweltschutz (GLU); Landtagswahl 1978: Themen Energie und Umwelt und Grüne Listen im Wahlkampf
SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses: „100" Tage SPD/AL; SPD/AL 1989 [unverzeichnet]

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (3/NW): Landesvorstand
SPD-Parteivorstand (2/PV): Abteilung Gesellschaftliche Gruppen, Abteilungsleitung; Abteilung Politik, Forschung/Planung, Abteilungsleitung; Abteilung Politik/Zielgruppen, Abteilungsleitung; Bundesgeschäftsführer Egon Bahr; Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering; Bundesgeschäftsführer Peter Glotz; SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine; Büro stellvertretender Bundesgeschäftsführer; Grüne Parteien und Bürgerinitiativen; Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand; Kommission für Umweltfragen und Ökologie; Referat Umwelt, Energie und Verbraucherschutzpolitik; SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering; SPD-Parteivorstand – Büro Rudolf Scharping; Stellvertretender Vorsitzender Johannes Rau; Volksbegehren in Bayern zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, Atomwirtschaft u. ä.
SPD-Parteivorstand: Protokolle von Parteivorstand und Parteirat [unverzeichnet]
SPD-Unterbezirk (UB) Leverkusen (3/NWAL): Zusammenarbeit der SPD-Fraktion mit der Fraktion DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Leverkusen (Forderungskatalog, Gesprächsprotokolle, Anträge, Ratsentscheidungen); Zusammenarbeit der SPD-Fraktion mit der Fraktion DIE GRÜNEN: Vergleich der Kommunalwahlprogramme (Arbeitspapiere)
SPD-Unterbezirk (UB) Solingen (3/NWBC): Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen Solingen (Protokolle)
Thierse, Wolfgang (1/WT): U-Umwelt/SPD; U-Umwelt/SPD (Bundestagsfraktion)
Vogel, Hans-Jochen (1/HJV): Reden, Vorträge, Referate; SPD Parteivorstand Sitzungen; SPD Präsidium Sitzungen
WBA (Willy-Brandt-Archiv): A 11.1; A 11.2; A 11.3; A 11.4; A 11.5; A 11.6; A 11.10

Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), Berlin

A – Christa Nickels: 293; 294; 694
A – Günter Bannas: 34; 103; 104; 113; 137; 141; 142
A – Joschka Fischer: 34; 37
A – Karl Kerschgens: 20; 29; 31; 32
A – Kristin Heyne: 124
A – Verena Krieger: 119
A – Werner Schulz: 53; 203
B.I.1 [Die Grünen (1980–1993)]: 169; 448; 5934
B.II.1 [Die Grünen, Bundestagsfraktion (1983–1990)]: 183; 947; 1210; 1770; 5266; 5267; 5759
B.II.3 [Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion (1994–1998)]: 347; 1304
B.III.1 [Bündnis 90/Grüne, Volkskammerfraktion (1990)]: 7
C – BaWü I.1 LaVo/LGSt: 172
C Berlin I.1 – Alternative Liste 1978–1992: 95
C – LGSt Brandenburg I: 27
C – Hessen I.1: 386
C – NRW LaVo/LGSt 01: 156
E.4 – Umweltzentrum Bielefeld – Anti-Atomarchiv: 212
PKA (Petra-Kelly-Archiv): 440; 2472; 2552; 3483; 4030

Bundesarchiv (BArch), Koblenz

Bundeskanzleramt (B 136): Genehmigung von Kernkraftwerken, u. a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen u. a. Gorleben; Laufende Vorhaben der Bundesregierung mit Gesundheitsbezug sowie verschiedene Studien über die Einstellung der Bevölkerung zu den Themen Kernenergie, Umwelt und Wirtschaftswachstum; Politisches Vorverfahren der Landesregierung Niedersachsen zum nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben
Bundesministerium des Innern (B 106): Energie und Umwelt. – Sondergutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU); Entsorgung der Kernkraftwerke. – Konzept der Arbeitsgemeinschaft Kernenergie (AGK), der IGM und der ÖTV; Forderungen nach einem Kernenergiemoratorium; Gespräch des Bundeskanzlers mit den Umweltverbänden am

19. 6. 1979, Kanzlergespräch am 3. 7. 1975 über wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen von Umweltmaßnahmen. – Unterlagen zum Thema Kernenergie

Bundesministerium für Forschung und Technologie (B 196): Anfragen, Sitzungen und Erklärungen der Gewerkschaften; SPD – Anfragen, Sitzungen und Resolutionen; Gedankenaustausch zu Fragen der Energiepolitik mit Gewerkschaftsgremien; Stellungnahmen der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit. Bericht „Global 2000"; Stellungnahmen zum energiepolitischen Alternativszenarium der baden- württembergischen SPD (Eppler-Papier)

Helmut-Schmidt-Archiv (HSA), Hamburg-Langenhorn

Eigene Arbeiten: 380; 415; 435; 444; 473; 474; 476; 495; 497; 498; 503
Priv.-pol. Korrespondenz: 940; 944; 945

Privatarchiv Hans-Jochen Vogel, München

Zeitungen und Zeitschriften (täglich und wöchentlich erscheinend)

Arbeiterkampf
Augsburger Allgemeine
Aus Politik und Zeitgeschichte
BILD
Bonner Forum [herausgegeben von der SPD-Bundestagsfraktion]
Deutsche Volkszeitung/die tat
die tageszeitung
Die Welt
Die Zeit
Elbe-Jeetzel-Zeitung
Express
Focus
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Neue Presse
Frankfurter Rundschau
Fränkische Rundschau
Fränkischer Tag
freie demokratische korrespondenz
General-Anzeiger
Hamburger Rundschau
Kölner Stadt-Anzeiger
Main-Post
Morgenpost
Münstersche Zeitung
Neue Rhein Zeitung
Neue Ruhr Zeitung
Neue Zürcher Zeitung
Nordwest-Zeitung
Offenbacher Post
Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
Quick
Rhein-Neckar-Zeitung
Rheinische Post
Rheinischer Merkur
Sozialdemokratischer Pressedienst
SPIEGEL

STERN
Stuttgarter Nachrichten
Süddeutsche Zeitung
Vorwärts
Westdeutsche Allgemeine
Wetzlarer Neue Zeitung
Wochenpost
Zeitung am Sonntag [SPD-Wahlkampfzeitung]

Interviews

Interview mit Johano Strasser in Berg am Starnberger See am 28. 6. 2018.
Interview mit Volker Hauff in Köln am 7. 8. 2018.
Telefoninterview mit Jo Leinen am 28. 8. 2018.
Telefoninterview mit Christoph Zöpel am 31. 8. 2018.
Telefoninterview mit Gerd Oelsner am 31. 10. 2018.
Telefoninterview mit Joachim Spangenberg am 7. 11. 2018.
Telefoninterview mit Monika Griefahn am 21. 12. 2018.
Telefoninterview mit Hans-Jochen Vogel am 15. 1. 2019.

Briefe

Erhard Eppler an Felix Lieb, 2. 7. 2018.

Internetdokumente

Arndt, Melanie, Umweltgeschichte, Version: 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 10. 11. 2015, online unter: http://docupedia.de/zg/Arndt_umweltgeschichte_v3_de_2015 (letzter Zugriff am 10. 8. 2021).

Bundeszentrale für politische Bildung, Politisches System, o. D., in: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202096/politisches-system (letzter Zugriff am 25. 12. 2019).

Bundeszentrale für politische Bildung, Wahlverhalten: Faktor Konfliktlinien, 27. 9. 2012, in: http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145168/mb-03-08-wahlverhalten-faktor-konfliktlinien (letzter Zugriff am 25. 12. 2019).

Decker, Frank, Politische Parteien: Begriffe und Typen, 1. 9. 2020, in: https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/begriff-und-typologien (letzter Zugriff am 12. 11. 2020).

Editionsprogramm Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1990, in: https://fraktionsprotokolle.de/ (letzter Zugriff am 5. 3. 2020).

Fichtner, Wolf, Least Cost Planning, o. D., in: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/least-cost-planning-41835/version-265192 (letzter Zugriff am 7. 2. 2020).

Fraktionssitzung, SPD, 21. 9. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-09-21-t1512_EP.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 15. 6. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-06-15-t1440_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 21. 09. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-09-21-t1512_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

Fraktionssitzung (Tonband), SPD, 22. 06. 1971, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 6. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-06_1971-06-22-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Fraktionssitzung, SPD, 18. 12. 1972, in: Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag«, SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1972-12-18-t1700_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Fraktionssitzung, SPD, 17. 01. 1973, in: Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag«, SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1973-01-17-t1500_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Fraktionssitzung, SPD, 22. 04. 1975, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1975-04-22-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Fraktionssitzung, SPD, 20. 01. 1976, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1976-01-20-t1509_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Fraktionssitzung, SPD, 09. 11. 1976, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, SPD, 7. Wahlperiode, online unter: https://fraktionsprotokolle.de/spd-07_1976-11-09-t1515_WN.xml (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Gabel, Michael, Volkspartei links der Mitte. Die Grünen sind thematisch inzwischen breiter aufgestellt als früher. Das ist ein Zeichen politischer Reife, 16. 11. 2018, in: https://www.swp.de/politik/gruene_-volkspartei-links-der-mitte-28151118.html (letzter Zugriff am 3. 1. 2020).
Gaiser, Gerhard/Esken, Saskia, Die SPD trauert um Frau Dr. Liesel Hartenstein, 17. 02. 2013, in: https://www.spd-baiersbronn.de/meldungen/die-spd-trauert-um-frau-dr-liesel-hartenstein/ (letzter Zugriff am 10. 12. 2020).
Gotto, Bernhard, „Stimmungsdemokratie“? Repräsentation, Responsivität und Emotionalität in der internen Kommunikation der CSU in den 1970er und 1980er Jahren, in: HEUSS-FORUM 9/2019, online unter: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum%209_2019 (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Graf, Rüdiger/Jarausch, Konrad H., „Crisis“ in Contemporary History and Historiography, Docupedia-Zeitgeschichte, 27. 3. 2017, online unter: https://docupedia.de/zg/Graf_jarausch_crisis_en_2017 (letzter Zugriff am 2. 2. 2020).
Grebing, Helga, „Abschied von der Arbeiterbewegung“ – Ein international vergleichbares Phänomen in nachindustriellen Gesellschaften? Vortrag auf der Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung der Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung e. V. in der Ruhr-Universität Bochum, 23. 10. 1986, in: library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1987/1987–02-a-076.pdf (letzter Zugriff am 24. 12. 2019).
Hansen, Jan, Rezension zu: Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. Bonn 2011. ISBN 978-3-8012-5035-5, in: H-Soz-Kult, 3. 1. 2012, online unter: https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-17033 (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).
Leinen, Jo, Über mich, 2019, in: http://www.joleinen.de/ueber-mich/ (letzter Zugriff am 6. 11. 2019).
Mergel, Thomas, Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, Docupedia-Zeitgeschichte, 22. 10. 2012, online unter: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=92884 (letzter Zugriff am 20. 5. 2019).
Merkel, Wolfgang, Krise? Krise!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 5. 2013, online unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/zukunft-der-demokratie-krise-krise-12173238.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (letzte Aktualisierung am 2. 1. 2020).
[o. V.], Die Kanalarbeiter. Erinnerungsorte der Sozialdemokratie, o. D., in: http://erinnerungsorte.fes.de/die-kanalarbeiter/ (letzter Zugriff am 13. 12. 2019).
[o. V.], Ein europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden, o. D., in: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (letzter Zugriff am 11. 11. 2020).
[o. V.], Genosse der Bosse, o. D., in: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Genosse_der_Bosse&redirect=no (letzter Zugriff am 13. 4. 2022).

[o. V.], Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Diskurse und Praktiken seit den 1970er Jahren, o. D., in: https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-nachhaltigkeiten/ (letzter Zugriff am 11. 12. 2020).
[o. V.], Jo Leinen, 26. 2. 2013, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000017369&type=text/html&query.key=oEyLwg54&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Michael Müller (Düsseldorf), SPD, o. D., in: http://webarchiv.bundestag.de/archive/2010/0427/bundestag/abgeordnete/bio/M/muellmi0.html (letzter Zugriff am 29. 8. 2019).
[o. V.], Monika Ganseforth, o. D., in: http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb14/bio/G/gansemo0.html (letzter Zugriff am 10. 12. 2020).
[o. V.], Volker Hauff, 28. 7. 2020, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000013436&type=text/html&query.key=vuP4wSVN&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Wahlergebnisse, o. D., in: https://www.wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2019-wahlergebnisse.php (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. 11. 1980, in: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_kre&st=KREFELDER%20FORUM&l=de (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Herbert Brückner, 3. 4. 1989, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000014692&type=text/html&query.key=zygCBbgR&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Willi Görlach, 17. 4. 2000, In: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000014196&type=text/html&query.key=lnddIJHq&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Christoph Zöpel, 1. 7. 2006, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000015241&type=text/html&query.key=TlfFKxWn&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Karl Schneider, 20. 11. 1995, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000016235&type=text/html&query.key=jlUmPcNE&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Michael Müller, 6. 7. 2010, in: https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000024692&type=text/html&query.key=Bodrxty7&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview= (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], 35. Jahrestag Umweltschutz in der Verfassung, 5. 4. 2019, in: https://www.ardmediathek.de/video/br24zeitreise/35-jahrestag-umweltschutz-in-der-verfassung/br-fernsehen/Y3JpZDovL2JyLmRlL3ZpZGVvL2JiNmNlMWZjLTNjZmItNGE4Zi1iYzI0LTNiYmU5NDIzNTUxNQ (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
[o. V.], Nina Scheer und Karl Lauterbach: SPD muss Umwelt und Soziales vereinen, 30. 8. 2019, in: https://www.fr.de/meinung/spd-muss-partei-sein-umwelt-soziales-zusammenbringt-12955218.html (letzter Zugriff am 14. 10. 2020).
[o. V.], Genau fünf Stimmen retten die FDP – Alle Ergebnisse und Grafiken im Überblick, 28. 10. 2019, in: https://www.welt.de/politik/deutschland/article201970802/Thueringen-Wahl-2019-Wahlergebnisse-und-Grafiken-im-Ueberblick.html (letzter Zugriff am 29. 10. 2019).
[o. V.], Europawahl 2019, in: https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html (letzter Zugriff am 3. 2. 2020).
Paraskewopoulos, Spiros, Kritische Anmerkungen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik (Agenda 2010). Vortrag auf einer Podiumsdiskussion der Jusos Leipzig und der AfA Sachsen zum Thema „Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“ am 20. 10. 2003, in: https://archive.org/details/KritischeAnmerkungenZurGegenwaertigenWirtschaftspolitik_agenda2010 (letzter Zugriff am 11. 11. 2019).
Rauch, Raphael, Die SPD und die Basisdemokratie. Mehr Willy Brandt wagen, 28. 10.2019, in: https://www.zdf.de/nachrichten/heute/fuenfzig-jahre-willy-brandt-rede-mehr-demokratie-wagen-jahrestag-die-spd-und-die-basisdemokratie-100.html (letzter Zugriff am 28. 10. 2019).
Reinecke, Stefan, Der endlose Niedergang, in: die tageszeitung, 26. 5. 2019, online unter: https://taz.de/Kommentar-SPD-und-Europawahl/!5597954/ (letzter Zugriff am 18. 2. 2020).

Rucht, Dieter, Rechtspopulismus als Bewegung und Partei, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (2017) 2, online unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2017-2_rucht.pdf (letzter Zugriff am 3. 5. 2022).
Strasser, Johano, Die Zukunft der SPD als sozialökologische Partei, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2. 12. 2019, online unter: https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/die-zukunft-der-spd-als-sozialoekologische-partei-2859/ (letzter Zugriff am 4. 1. 2020).
Süß, Dietmar, 150 Jahre Krise, in: Die Zeit, 8. 3. 2018, online unter: https://www.zeit.de/2018/11/spd-demokratie-drittes-reich-marktwirtschaft-jusos-geschichte (letzter Zugriff am 18. 2. 2020).
Umweltbundesamt, Erneuerbare Energien in Zahlen, 13. 3. 2020, in: https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick (letzter Zugriff am 12. 11. 2020).

Amtliche Dokumente

Bayerischer Landtag, 10., 12. Wahlperiode, Drucksachen, München 1986, 1994.
Bulletin der Bundesregierung, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bulletin), Bonn 1970, 1976–1977, 1979–1980.
Bundesrat, Drucksachen, Bonn 1983–1984, 1987.
Deutscher Bundestag, 6., 8., 10.–13. Wahlperiode, Drucksachen, Bonn 1971, 1978, 1983–1984, 1986–1987, 1989, 1991–1993, 1995–1997.
Deutscher Bundestag, 6., 7., 9., 11., 15. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bonn 1969, 1973, 1980, 1990, Berlin 2003.
Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1987.
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 mit Ergänzungen und Änderungen bis 15. August 2004.
Landtag Nordrhein-Westfalen, 10. Wahlperiode, Drucksachen, Düsseldorf 1986.
Niedersächsischer Landtag, 10. Wahlperiode, Drucksachen, Hannover 1984.
Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 mit Stand vom 15. August 2004.

Gedruckte Quellen und Quelleneditionen

[Grundwertekommission der SPD], Godesberg heute. Bericht zum Godesberger Grundsatzprogramm, in: Erhard Eppler (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 171–199.
[Grundwertekommission der SPD], I. Grundwerte in einer gefährdeten Welt, in: Eppler, Erhard (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 15–42.
Abteilung Gesellschaftspolitik DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltprogramm des DGB, Düsseldorf 1974.
Apel, Hans, Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978–1988, Stuttgart ^{7}1991.
Arbeitsgruppe „Fortschritt '90" des SPD-Parteivorstandes, Ökologischer Umbau in Deutschland, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Umweltpolitik, März 1990, S. 2.
Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985.
Bickerich, Wolfram/Foerster, Uly, „Wir müssen vorbereitet sein". Gespräch mit Hans Apel, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 221–232.
Blancke, Susanne/Tiemann, Heinrich, Innovationen für Deutschland, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Mai 1997, S. 396–399.
Brandt, Hugo, Konsequenzen aus einem Schlagwort: Umweltschutz, in: Die Neue Gesellschaft, Juni 1973, S. 406–408.
Brandt, Willy, Die „Qualität des Lebens", in: Die Neue Gesellschaft, Oktober 1972, S. 739–742.
Brandt, Willy, Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.

Brandt, Willy, Sozialdemokratische Identität, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1065–1069.
Brandt, Willy, Vor der Entscheidung, in: Sozialdemokrat Magazin, Juni 1982, S. 3.
Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, Frankfurt a. M. 1994.
Brandt, Willy (Hrsg.), Berliner Ausgabe. Band 4. Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972. Bearbeitet von Daniela Münkel, Bonn 2000.
Brandt, Willy (Hrsg.), Berliner Ausgabe. Band 7. Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik. 1966–1974. Bearbeitet von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001.
Brandt, Willy (Hrsg.), Berliner Ausgabe. Band 5. Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992. Bearbeitet von Karsten Rudolph, Bonn 2002.
Brandt, Willy/Schmidt, Helmut (Hrsg.), Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992). Herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke, 2., ergänzte Auflage Bonn 2015.
Börner, Holger, Für eine neue Politik. Erfahrungen mit einer rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 110–116.
Bundesvorstand der FDP (Hrsg.), Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik, Bonn 1971.
Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg, Brokdorf 28.2.81. Berichte – Bilanz – Perspektiven, Hamburg 1981.
Delmhorst, Bernd, Das Verursacherprinzip: Der kategorische Imperativ des Umweltschutzes, in: Die Neue Gesellschaft, Oktober 1972, S. 759–761.
Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten – Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit – (Hrsg.), Arbeit und Umwelt. Grundlinien für ein ökologisch orientiertes Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm, Wiesbaden 1983.
DGB-Bundesvorstand, Kernenergie und Umweltschutz (5. April 1977) – Auszug –, in: Krüper, Manfred/Schmidt, Helmut/Hauenschild, Karl (Hrsg.), Energiepolitik. Kontroversen, Perspektiven, Köln 1977, S. 161–164.
DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltschutz und qualitatives Wachstum. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch mehr Umweltschutz, Düsseldorf 1985.
DIE GRÜNEN (Hrsg.), Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung. Als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.–28. September 1986), Bonn 1986.
Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990.
Dröscher, Wilhelm/Funke, Klaus-Detlef/Theilen, Ernst (Hrsg.), Energie – Beschäftigung – Lebensqualität, Bonn 1977.
Duve, Freimut, Zur Einführung. Demonstranten oder Dissidenten?, in: Wüstenhagen, Hans-Helmuth (Hrsg.), Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 7–11.
Ehmke, Horst, Was will die deutsche Sozialdemokratie?, in: Ristock, Harry (Hrsg.), Mitte – Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 25–58.
Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994.
Eichel, Hans/Hilgen, Bertram, Mehr als ein Schönwetterbündnis. Bilanz einer vierjährigen Zusammenarbeit, in: Rehrmann, Norbert (Hrsg.), Rot-grünes „Modell Kassel“? Eine Bilanz nach 4 Jahren, Kassel 1985, S. 11–17.
Eichel, Hans/Weist, Reinhold/Rehmann, Norbert, Ein Gespräch, in: Rehrmann, Norbert (Hrsg.), Rot-grünes „Modell Kassel“? Eine Bilanz nach 4 Jahren, Kassel 1985, S. 75–87.
Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für Umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft (Hrsg.), Verantwortung für die Zukunft: Wege zum nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für Umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1993.
Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für Umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft (Hrsg.), Die Industriegesellschaft gestalten: Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und

Materialströmen. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für Umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1994.
Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik, Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Zwei Bände, Bonn 1980.
Eppler, Erhard, Die Qualität des Lebens, in: ders. u. a. (Hrsg.), Überleben wir den technischen Fortschritt? Analysen und Fakten zum Thema Qualität des Lebens, Freiburg im Breisgau 1973, S. 9–21.
Eppler, Erhard, Läßt sich Lebensqualität definieren?, in: ders. (Hrsg.), Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart u. a. 1974, S. 44–58.
Eppler, Erhard, Politik nach der Zäsur, in: Ristock, Harry (Hrsg.), Mitte – Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 11–23.
Eppler, Erhard, Bürgerinitiativen kontra Parteipolitik?, in: Guggenberger, Bernd/Kempf, Udo (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 209–212.
Eppler, Erhard, Ein Alternativszenarium zur Energiepolitik, in: Die Neue Gesellschaft, September 1979, S. 796–802.
Eppler, Erhard, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart ^{3}1979 [1975].
Eppler, Erhard, Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981.
Eppler, Erhard, Vorbemerkung zur Arbeit der Grundwertekommission, in: ders. (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 7–13.
Eppler, Erhard, Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, Berlin 2015.
Eppler, Erhard (Hrsg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek bei Hamburg 1984.
Eppler, Erhard/Paech, Niko, Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution … Ein Streitgespräch über Wachstum, Vernunft und eine Ethik des Genug, München 2016.
Erklärung des SPD-Vorstandes zur Lage der Partei vom 2. 4. 1974, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 57–62.
Falke, Jutta, Die machtpolitische Perspektive heißt Rot-Grün. Die bitteren Erkenntnisse aus der NRW-Wahl, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Juni 1995, S. 485–487.
Fetscher, Iring, Überlebensbedingungen der Menschheit. Zur Dialektik des Fortschritts, München 1980.
Fischedick, Manfred, Ausstieg oder Ausbau. Welche Zukunft hat die Kernenergie in Deutschland?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1998, S. 892–899.
Fischer, Ilse (Hrsg.), Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009.
Fuchs, Anke, Mut zur Macht. Selbsterfahrung in der Politik, Hamburg 1991.
Geijer, Arne, Umweltschutz ist nicht nur Unfallverhütung, in: Die Neue Gesellschaft, Mai 1972, S. 377–380.
Glotz, Peter, Staat und alternative Bewegungen, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.), Stichworte zur „geistigen Situation der Zeit“, Frankfurt a. M. 1979, S. 474–488.
Glotz, Peter, Subjekt und Sozialstaat. Zum Angriff der Alternativen auf die „SPD-Kultur“, in: bildung und politik 15 (1979), S. 13–21.
Glotz, Peter, Junge Generation, alternative Bewegungen und die Aufgaben der Sozialdemokratie, in: Meyer, Thomas (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980, S. 307–315.
Glotz, Peter, Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982.
Glotz, Peter, Am Widerstand scheiden sich die Geister, in: ders. (Hrsg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt a. M. 1983, S. 7–16.
Glotz, Peter, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984.
Glotz, Peter, „Der Tanker ist kein Surfbrett“. Zur Taktik der SPD, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 174–179.
Glotz, Peter, Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981–1983, Hamburg 1986.

Glotz, Peter, Die Jahre der Verdrossenheit. Politisches Tagebuch 1993/94, Stuttgart 1996.
Glotz, Peter, Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers, Berlin 2005.
Göller, Josef-Thomas, Der Grand Canyon von Deutschland: Garzweiler, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1998, S. 899–903.
Görres, Anselm/Ehringhaus, Henner/Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Der Weg zur Ökologischen Steuerreform. Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform. Unter Mitarbeit von Kai Schlegelmilch und Hans-Jochen Luhmann, München 1994.
Griefahn, Monika (Hrsg.), Greenpeace – Wir kämpfen für eine Umwelt, in der wir leben können, Reinbek bei Hamburg 1986 [1983].
Griefahn, Monika, Weil ich ein Lied hab'. Die Politik einer Umweltministerin, München 1994.
Griefahn, Monika, Zeit für Innovationen, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Umweltpolitik, September 1994, S. 20–22.
Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Dem Fortschritt eine neue Richtung geben. Ökologische Solidarität und dauerhafte Entwicklung, Bonn 1994.
Haeckel, Ernst, Generelle Morphologie der Organismen. Zweiter Band: Allgemeine Entwicklungsgeschichte der Organismen, Berlin 1866.
Hagolani, Elhanan, Grenzen des Wachstums? Kritik an der Studie des Club of Rome, in: Die Neue Gesellschaft, November 1972, S. 876–882.
Hartenstein, Liesel/Schmidt, Ralf, Planet ohne Wälder? Plädoyer für eine neue Waldpolitik, Bonn 1996.
Hauff, Volker, Energie und Wachstum, in: Krüper, Manfred/Schmidt, Helmut/Hauenschild, Karl (Hrsg.), Energiepolitik. Kontroversen, Perspektiven, Köln 1977, S. 38–49.
Hauff, Volker, Energie-Wende. Von der Empörung zur Reform. Mit den neuesten Gutachten zum Ausstieg aus der Kernenergie, München 1986.
Hauff, Volker, Dreißig Jahre Diskussion um die Kernkraft in der SPD, in: Rote Seiten. Dokumentation für Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer: Informationen, Kommentare, Analysen und Tips 1986, Juni 1986, S. 14–19.
Hauff, Volker (Hrsg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987.
Hauff, Volker, Die globale ökologische Herausforderung, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 161–169.
Hauff, Volker, Global denken – lokal handeln. Ein politisches Fazit, Köln 1992.
Hauff, Volker, Reformfähigkeit durch Lernbereitschaft und Dialog, in: Bentele, Karlheinz/Reissert, Bernd/Schettkat, Ronald (Hrsg.), Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 222–231.
Hauff, Volker/Scharpf, Fritz Wilhelm, Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Köln ^{2}1977 [1975].
Hekler, Günter, Bürgerbeteiligung – Ausdruck gewandelten Demokratieverständnisses?, in: Die Neue Gesellschaft, Mai 1978, S. 344–348.
Hennicke, Peter/Müller, Michael, Die Klima-Katastrophe, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage Bonn 1990.
Hessendienst der Staatskanzlei (Hrsg.), Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung. Regierungserklärung von Ministerpräsident Holger Börner in der Plenarsitzung des Hessischen Landtages am 4. Juli 1984, Wiesbaden 1984.
Hogrefe, Jürgen, Auf nach Buschhaus! Proteste gegen die Schwefelschleuder, in: Umweltmagazin, April/Mai 1984, S. 34 f.
Hombach, Bodo, Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München u. a. ^{2}1998.
Horb, Ulrich, Wie alternativ sind die „Alternativen" wirklich? Eine Auseinandersetzung mit Politik und Programm der Alternativen Liste. Hrsg. vom Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, Berlin 1981.
Jansen, Günther, Neuer Zulauf für die „Grünen"?, in: Die Neue Gesellschaft, Mai 1978, S. 355–357.
Jungk, Robert, Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München ^{2}1977.
Jungk, Robert, Thesen zu Atomstaat und Plutoniumwelt, in: [o. V.], Sozialistische Umweltpolitik? Vorbereitungsbroschüre zum Kongreß des Sozialistischen Büros und der Jungsozialisten Frankfurt vom 28.10.–6.11. in Frankfurt, Frankfurt a. M. 1977, S. 46 f.

Jungsozialisten Frankfurt und Sozialistisches Büro, Vorbemerkung der Veranstalter, in: [o. V.], Sozialistische Umweltpolitik? Vorbereitungsbroschüre zum Kongreß des Sozialistischen Büros und der Jungsozialisten Frankfurt vom 28.10.–6.11, in Frankfurt. Frankfurt a. M. 1977, S. 3–5.

Reinhard Karsten, Brokdorf – Das Manöver des Atomministers Jansen, in: atom, Okt./Nov. 1988, S. 24–27.

Klose, Hans-Ulrich, Die SPD darf sich nicht verführen lassen. Die Bündnisfrage nach Bedarf lösen, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis? Reinbek bei Hamburg 1985, S. 159–162.

Koch, Egmont Robert/Vahrenholt, Fritz, Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie, Köln 1978.

Kollatz, Matthias, Ökosozialismus und ökologische Politik, in: Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986, S. 230–259.

Komitee „Solidarität mit Ulrich Briefs" (Hrsg.), „Mit Politik hat das nichts zu tun!". Der „Fall Briefs" und die innergewerkschaftliche Demokratie, Bonn o. D. [vermutl. 1986].

Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand, Ökologiepolitische Orientierungen, in: Die Neue Gesellschaft, Januar 1982, S. 38–41.

Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl F., Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts/Freiburg, Frankfurt a. M. ^{3}1981.

Krüper, Manfred/Schmidt, Helmut/Hauenschild, Karl (Hrsg.), Energiepolitik. Kontroversen, Perspektiven, Köln 1977.

Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986.

Lafontaine, Oskar/Schröder, Gerhard (Hrsg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998.

Lafontaine, Oskar/Schröder, Gerhard, Vorwort der Herausgeber, in: dies. (Hrsg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998, S. 7 f.

Lafontaine, Oskar, Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse, Reinbek bei Hamburg 1983.

Lafontaine, Oskar, Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg 1985.

Lafontaine, Oskar, Der Sozialismus und die neuen sozialen Bewegungen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Sonderheft 1 1990, S. 34–41.

Lafontaine, Oskar, Einführung in den Arbeitsbericht Fortschritt '90, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 19–24.

Lafontaine, Oskar, Fortschritt '90: ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn o. D. [1990].

Lafontaine, Oskar, Das Herz schlägt links, München 1999.

Landesverband DIE GRÜNEN Niedersachsen (Hrsg.), Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen. Der Vertrag, Hannover 1990.

Leinen, Jo, Ziviler Ungehorsam als fortgeschrittene Form der Demonstration, in: Glotz, Peter (Hrsg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt a. M. 1983, S. 23–28.

Leinen, Jo, Umweltpolitik, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 688 f.

Leinen, Jo/Kohjout, Jutta/Piegler, Toni, Ein Mann für jedes Amt [Interview], in: MOZ. Grünalternative Monatsschrift, Sommer 1985, S. 4–6.

Löwenthal, Richard, Identität und Zukunft der SPD, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1085–1089.

Malunat, Bernd M., Um-Steuern durch Öko-Steuern? Anmerkungen zu einem Ansatz gestaltender Politik, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1998, S. 923–928.

Matthiesen, Klaus, Die SPD-Linke braucht die „Grünen". Aber möglichst nicht im Parlament …, in: DASDa-avanti, Mai 1978, S. 24 f.

Matthiesen, Klaus, Die ökologische Erneuerung als Jahrhundertaufgabe. In: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 117–125.

Maurer, Uli, Sozialdemokratie und Bürgerinitiativen, in: Die Neue Gesellschaft, September 1974, S. 732–735.

Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.
März, Peter/Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Dokumente zu Deutschland. 1944–1994, München ^{3}2004.
Meckel, Markus, Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, 2. korrigierte Auflage Leipzig 2020.
Meiswinkel, Richard, Szenen einer Ehe: Rot-grünes Bündnis unterm Bayer-Kreuz. „Das Leverkusener Modell": Eine Garantie für ein Bündnis auf Jahre gibt es nicht, in: Demokratische Gemeinde. Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik 37, Mai 1985, S. 10–14.
Menke-Glückert, Peter, Umweltschutz – Achillesferse oder Herausforderung für die Industriegesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft, August 1971, S. 581–585.
Merkel, Wolfgang, Gespräch mit Wolfgang Merkel. Wie die SPD ihre Erneuerung jetzt angehen muss, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Soziale Demokratie. Wege und Ziele, Bonn 2021, S. 314–319 [erstmals erschienen 2018].
Meyer, Thomas (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980.
Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Soziale Demokratie. Wege und Ziele, Bonn 2021.
Meyer, Thomas/Scherer, Klaus-Jürgen, Das neue Programm der Grünen und die Aufgaben der Sozialdemokratie, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Soziale Demokratie. Wege und Ziele, Bonn 2021, S. 344–350 [erstmals erschienen 2020].
Meyer-Abich, Klaus Michael/Ueberhorst, Reinhard (Hrsg.), AUSgebrütet – Argumente zur Brutreaktorpolitik, Basel 1985.
Möbbeck, Susi/Saß, Fiete/Zoerner, Birgit, Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen, Dortmund 1989.
Moosmayer, Erhard, Umweltschutz um jeden Preis? Zu einer operationalen Zielhierarchie der Lebensqualität, in: Die Neue Gesellschaft, Oktober 1974, S. 843–845.
Moths, Eberhard, Ökologische Marktwirtschaft – eine zeitnahe Form der Selbsttäuschung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, August 1994, S. 934–938.
Müller, Michael, Ausstieg aus der Atomenergie und Klimaschutz vereinbar, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Umwelt 1–3/1991, S. 33 f.
Müller, Michael, Die gedehnte Katastrophe. Treibhauseffekt und Klimaänderungen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, April 1991, S. 327–332.
Müller, Michael, Vom Umweltschutz zur ökologischen Reformpolitik, in: Strasser, Johano (Hrsg.), Die Wende ist machbar. Realpolitik an den Grenzen des Wachstums, München 1994, S. 45–63.
Müller, Michael/Hennicke, Peter, Wohlstand durch Vermeiden. Mit der Ökologie aus der Krise, Darmstadt 1994.
Müller, Michael/Hennicke, Peter, Mehr Wohlstand mit weniger Energie. Einsparkonzepte, Effizienzrevolution, Solarwirtschaft, Darmstadt 1995.
Nowakowski, Gerd, Noch sind die Grünen nicht gerettet, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Juni 1990, S. 488 f.
[o. V.], Die Mitglieder des Bundesvorstands, in: JUSO. Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, 1975, S. 3.
[o. V.] [Sozialdemokratische Partei Deutschlands] (Hrsg.), Parteitag Mannheim 1975. Angenommene und überwiesene Anträge, o. O. [Bonn] o. D. [1975].
[o. V.], o. T., in: Atommüll. Politisch unabhängige Zeitschrift der „Bürger gegen Atommüllaufbereitung in der Heide", Dezember 1976, S. 15.
[o. V.], Sozialistische Umweltpolitik? Vorbereitungsbroschüre zum Kongreß des Sozialistischen Büros und der Jungsozialisten Frankfurt vom 28.10.–6.11. in Frankfurt, Frankfurt a. M. 1977.
[o. V.], Stoppt Atomenergie jetzt!, in: Sozialistische Praxis 1, Mai 1977, S. 7.
[o. V.], intern-Dokument Nr. 4. SPD und Umweltschutz, in: intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, August 1978, S. 1–11.
[o. V.], Antrag I/1 Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main, in: Beschlüsse des außerordentlichen Bezirksparteitages 1980 der SPD Hessen-Süd in Giessen-Allendorf 1980, S. 1 f.
[o. V.], Freies Wendland …, in: Die Wühlmaus. Zeitung der Juso-Gruppe Tonndorf/Hohenhorst, o. D. [vermutl. 1980], S. 2.

[o. V.], Eichler-Symposium. Diskussion, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1069–1085.
[o. V.], Die Grünen sind sich selbst nicht grün, in: Sozialdemokrat Magazin, August 1982, S. 9–12.
[o. V.], Antrag B1 Arbeit und Umwelt. Sozialdemokratische Initiative für ein ökologisch orientiertes Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm, in: Beschlüsse. Bezirksparteitag 1983 in Kiedrich. SPD-Bezirk Hessen-Süd 1983, S. 3 f.
[o. V.], Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Ein Forschungsprojekt des Vorstandes der SPD, Bonn. Zusammenfassender Bericht, Bonn August 1984.
[o. V.], Ein bayerisches Lehrstück. Fotodokumentation. Demonstration gegen die WAA in München 12. 10. 1985 und Bauplatzbesetzung Wackersdorf 14.12.–16. 12. 1985, o. O. 1985.
[o. V.], Für eine andere Umweltpolitik, in: Linkswärts. Zeitung der Juso-Hochschulgruppe Münster, Dezember 1985, S. 7 f.
[o. V.], Bundesversammlung der Grünen: Wahlprogramm der Totalverweigerung, in: Rote Seiten. Dokumentation für Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer: Informationen, Kommentare, Analysen und Tips 1986, Juni 1986, S. 48 f.
[o. V.], Der neue Kopf auf altem Bauch. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der SPD Niedersachsen und ihres Ministerpräsidenten-Kandidaten. Hrsg. v. Henning Schierholz, Hannover o. D. [vermutl. 1986].
[o. V.], SPD-Aufsichtsräte für Beteiligung an WACKERSDORF, in: Grüne Zettel, 15. Oktober 1986.
[o. V.], Der Staat als Pate der Atom-Mafia, in: Vorwärts. Sozialistisches Hochschulmagazin. Hochschulgruppe der Jusos [West-Berlin], 1988, ohne Paginierung.
[o. V.], Initiative „Rot-Grün für Berlin", in: Vorwärts. Sozialistisches Hochschulmagazin. Hochschulgruppe der Jusos [West-Berlin], o. D., vermutl. 1989, hinteres Deckblatt.
[o. V.], Arbeitsbericht der Arbeitsgruppe Fortschritt '90: Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 25–78.
[o. V.], Für eine saubere und gesunde Umwelt. Auszug aus dem Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Umweltpolitik, 1990, S. 3.
Oelsner, Gerd, „Arbeit und Umwelt", in: Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986, S. 195–229.
Oertzen, Peter von, SPD und Grüne. Über die politischen Möglichkeiten – und Gefahren – eines neuen Weges, in: ders. (Hrsg.), Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984, S. 119–143.
Öffentlichkeitsarbeit Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Bonn 1998.
Palme, Olof (Hrsg.), Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin 1982.
Potthoff, Heinrich (Hrsg.), Die „Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995.
Rappe, Hermann, „Wir brauchen den mittleren Weg". Für eine klare Abgrenzung von allen Grünen, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 201–209.
Rau, Johannes, Nährboden für rechtsautoritäre Kräfte. Die Grünen aus der Sicht der SPD, in: Mettke, Jörg R. (Hrsg.), Die Grünen. Regierungspartner von morgen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 179–196.
Reents, Jürgen u. a. (Hrsg.), Es grünt so rot. Alternativen zwischen Mode und Modell, Hamburg 1982.
Rehrmann, Norbert (Hrsg.), Rot-grünes „Modell Kassel"? Eine Bilanz nach 4 Jahren, Kassel 1985.
Ristock, Harry (Hrsg.), Mitte – Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn-Bad Godesberg 1977.
Schäfer, Harald B., Fortschritt '90. Eckpunkte für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft – das neue umwelt- und energiepolitische Konzept der SPD, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst Umweltpolitik, 1989, S. 1–28.

Schäfer, Harald B., Der ökologische Umbau kann die Umweltzerstörung stoppen. Ökosteuern – Ökoabgaben – Umweltordnungsrecht, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 127–141.
Schäfer, Harald B., o. T., in: Koenigs, Tom/Schaeffler, Roland (Hrsg.), Energiekonsens? Der Streit um die zukünftige Energiepolitik. Gesellschaftliche Verständigung: Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten. Symposium Energiepolitische Verständigungsaufgaben des Umwelt Forum Frankfurt a. M. am 26. Februar 1993, München 1993, S. 48–51.
Scheer, Hermann, Welche Geister rufen die Grünen Listen?, in: Die Neue Gesellschaft, August 1978, S. 640–646.
Scheer, Hermann, Die SPD als Volkspartei und die Bürgerinitiativen, in: Meyer, Thomas (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980, S. 331–342.
Scheer, Hermann, Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie, 3., überarbeitete Auflage München 1980 [1979].
Scheer, Hermann, Die Befreiung von der Bombe. Weltfrieden, europäischer Weg und die Zukunft der Deutschen, Köln 1986.
Scheer, Hermann, Vom Atomzeitalter zum Solarzeitalter, in: ders. (Hrsg.), Das Solarzeitalter, Freiburg im Breisgau/Karlsruhe 1989, S. 7–37.
Scheer, Hermann, Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative, 4., durchgesehene Auflage München 1994 [1993].
Scheer, Hermann, Keine Alternative zur Sonnenenergie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1998, S. 913–918.
Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz (Hrsg.), Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus, Berlin ^{2}1983.
Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz (Hrsg.), Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik, Berlin 1985.
Helmut Schmidt, Vorwort. Alle Energie-Optionen offenhalten, in: Krüper, Manfred/Schmidt, Helmut/Hauenschild, Karl (Hrsg.), Energiepolitik. Kontroversen, Perspektiven, Köln 1977, S. 7–10.
Schmidt, Helmut, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1998 [1996].
Scholle, Thilo/Schwarz, Jan/Ciftci, Ridvan (Hrsg.), Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Bonn 2014.
Schröder, Gerhard, Für eine offene Diskussion, in: JUSO. Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, 1979, S. 2.
Schröder, Gerhard, Das Mißtrauen praktisch überwinden. Für eine Politik der ökologischen Veränderung, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 133–144.
Schröder, Gerhard, Nachwort, in: Bodo Hombach, Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München u. a. ^{2}1998, S. 221–225.
Schröder, Gerhard, Politische Gestaltung oder: Primat der Ökonomie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Mai 1998, S. 504–508.
Schröder, Gerhard, Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Ökonomie, in: Lafontaine, Oskar/Schröder, Gerhard (Hrsg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998, S. 69–80.
Schröder, Gerhard, Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006.
Schröder, Gerhard/Blair, Tony, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten: ein Vorschlag, Bonn 1999.
Schumacher, Ernst F., Small Is Beautiful. A Study of Economics as if People Mattered, London 1973.
Schütze, Christian, Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht versöhnen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, August 1990, S. 727–732.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn 1959.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1968/1969, Bonn [1970].

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern, Bonn 1985.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.–29. 8. 1986, Bonn 1986.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Beschlussbuch des Ordentlichen Bundesparteitags, 06.-08. 12. 2019, in Berlin, Berlin 2020.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag Bremen. 28.–31. Mai 1991, Bonn 1991.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Bündnis 90/Die GRÜNEN (Hrsg.), Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNEN, Bonn 1998.
SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Klimaschutz konkret. Ein Wegweiser für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz der Erde", Bonn o. D. [1995].
SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), SCHWARZBUCH: Das Versagen der Bundesregierung beim KLIMASCHUTZ, Bonn März 1995.
SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice (Hrsg.), Reformen für eine dauerhafte Entwicklung. Die soziale und ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Unser Weg aus der Krise. Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1993.
SPD Parteivorstand (Hsrg.), Protokoll des Bundesparteitages. Ordentlicher Bundesparteitag. 06. bis 08. Dezember 2019, Berlin 2020.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Organisationsstatut, Wahlordnung, Schiedsordnung, Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Stand: 09. 12. 2017, Berlin 2017.
SPD-Parteivorstand, Abt. Kommunikation und Wahlen (Hrsg.), Reformen für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD, Bonn 1994.
Sternburg, Wilhelm von, Nicht die Wähler verhindern sinnvolle Reformen. Notizen zum rotgrünen Wahlsieg, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, November 1998, S. 965–967.
Stocker, Hans, Erhard Eppler, die Grünen und die SPD, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Soziale Demokratie. Wege und Ziele, Bonn 2021, S. 133–136 [erstmals erschienen 1980].
Strasser, Johano, Anmerkungen zum Verhältnis von Sozialisten und Bürgerinitiativen, in: [o. V.], Sozialistische Umweltpolitik? Vorbereitungsbroschüre zum Kongreß des Sozialistischen Büros und der Jungsozialisten Frankfurt vom 28.10.–6.11. in Frankfurt, Frankfurt a. M. 1977, S. 65–67.
Strasser, Johano, Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln/Frankfurt a. M. 1979.
Strasser, Johano, „Höchste Zeit, die Wende nach rechts zu verhindern". Plädoyer für eine rotgrüne Zusammenarbeit, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 163–173.
Strasser, Johano, Anders leben – eine lohnende Herausforderung, in: ders. (Hrsg.), Die Wende ist machbar. Realpolitik an den Grenzen des Wachstums, München 1994, S. 31–43.
Strasser, Johano (Hrsg.), Die Wende ist machbar. Realpolitik an den Grenzen des Wachstums, München 1994.
Strasser, Johano, Als wir noch Götter waren im Mai. Erinnerungen, München u. a. 2007.
Strasser, Johano, Es wird Zeit für eine neue Reformanstrengung, in: ders. (Hrsg.), Die Wende ist machbar. Realpolitik an den Grenzen des Wachstums, München 1994, S. 11–30.
Strasser, Johano/Traube, Klaus, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981.
Traube, Klaus, Zur Kritik des industrialistischen Paradigmas, in: Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986, S. 9–19.
Traube, Klaus, Industrialisierungskritik und SPD, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Soziale Demokratie. Wege und Ziele, Bonn 2021, S. 115–123 [erstmals erschienen 1978].
Vahrenholt, Fritz, Nachhaltige Energieversorgung. Eine Herausforderung im 21. Jahrhundert, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Oktober 1998, S. 903–908.

Vogel, Hans-Jochen, „Mit den Grünen, gegen die Grünen …". Aus einem Brief an die Bundestagsabgeordneten der SPD, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), SPD und Grüne. Das neue Bündnis?, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 37–41.
Vogel, Hans-Jochen, Die SPD vor der Bundestagswahl, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 9–15.
Vogel, Hans-Jochen, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn 1970.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1970–1972, Bonn/Bad Godesberg o. D. [1974].
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1973–1975, Bonn/Bad Godesberg [1976].
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1975–1977, Bonn-Bad Godesberg 1977.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1977–1979, Bonn-Bad Godesberg 1979.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1982–1983, Bonn-Bad Godesberg 1984.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1984–1985, Bonn 1986.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 86/87, Bonn 1988.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch 1988–1990, Bonn 1991.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 91/92, Bonn 1993.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 93/94, Bonn 1995.
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 97/98, Berlin 1999.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Atomplan der SPD. Beschlossen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956, Bonn [1956].
Vorstand der SPD (Hrsg.), Das Regierungsprogramm der SPD. Ausserordentlicher Kongress der SPD, Bonn 1961.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973. Stadthalle Hannover. Band I. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen, Bonn [1974].
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973. Stadthalle Hannover. Band II. Ohne Befassung in der Sache an den Parteivorstand überwiesene Anträge, Bonn [1974].
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15. November 1975. Rosengarten Mannheim, Bonn 1975.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. November 1977. Congress-Centrum Hamburg. Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Bonn 1977.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979. ICC Berlin, Bonn 1979.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979. ICC Berlin. Band II, Bonn 1979.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Grün. grün ins grüne Ohr. Kleines Handbuch, o. O. [Bonn] [o. V.] [1980].
Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 19. bis 23. April 1982. München, Olympiahalle. Band 1. Protokoll der Verhandlungen, Anhang, Bonn 1982.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Wahlparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 21. Januar 1983. Dortmund, Westfalenhalle, Bonn 1983.

Vorstand der SPD, Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft. Vorgelegt von der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1986.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag der SPD in Münster, 30.8.–2. 9. 1988, Bonn 1988.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Programm-Parteitag. Berlin. 18.–20. 12. 1989, Bonn 1989.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag Berlin. 27.–28. 9. 1990, Bonn 1990.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Zeit zum Handeln. Das Sofort-Programm, Bonn 1992.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll. Parteitag Wiesbaden. 16.–19. November 1993, Bonn 1993.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom außerordentlichen Parteitag. 25. Juni 1993, Essen, Bonn 1993.
Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll. Parteitag Mannheim. 14.–17. November 1995, Bonn 1995.
Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Wahlprogramm der SPD. Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens, Bonn 1972.
Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Thesen zur sozialdemokratischen Umweltpolitik, Bonn o. D. [1974].
Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1977.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Soziale Demokratie für Europa. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979, Bonn 1979.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Sicherheit für Deutschland. Wahlprogramm 1980, Bonn 1980.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Ökologiepolitische Orientierungen der SPD. Vorgelegt von der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1981.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens. Ein Diskussionspapier der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1982.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 19.–23. April 1982. München, Olympiahalle. Band II. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn 1982.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Das Regierungsprogramm der SPD 1983–1987. Beschlossen vom Wahlparteitag der SPD am 21. Januar 1983 in Dortmund, Bonn 1983.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Damit auch morgen die Natur lebt. Vorgelegt von der Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1983.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Frieden mit der Natur. Für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft, Bonn 1984.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), SPD. Parteitag Essen. Grugahalle. 17.–21. Mai 1984. Beschlüsse, Bonn 1984.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Tempolimit – ja. Damit der Wald leben kann. Eine Argumentationshilfe der Kommission für Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1984.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Bodenschutz – damit wir nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Vorgelegt von der Kommission für Umweltpolitik bei [sic!] SPD Parteivorstand, Bonn 1986.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Die Lehren aus Tschernobyl: von der Empörung zur Reform. Zwischenbericht der Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft", Bonn 1986.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Irsee, Juni 1986, Bonn 1986.
Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information (Hrsg.), Grundwertekommission der SPD/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Bonn 1987.

Vorstand der SPD, Abtlg. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Forum SPD. Energie, Bonn 1977.
Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1989.
Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Der neue Weg. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark. Regierungsprogramm 1990–1994, Bonn 1990.
Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, Bonn [1997].
Vorstand der SPD, Referat Organisation (Hrsg.), Parteitag der SPD in Hannover. 2.–4. Dezember 1997. Beschlüsse, Bonn 1997.
Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Ein technologischer Ruck für das 21. Jahrhundert, in: Lafontaine, Oskar/Schröder, Gerhard (Hrsg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998, S. 52–58.
Wettig, Klaus, Reformen wagen. Kommentare zum Wiederaufstieg der SPD, Marburg 2019.
Wettig-Danielmeier, Inge, [Kommentar zum Irseer Entwurf]. Grundsatzprogramm der SPD – Entwurf der Programmkommission, Bonn 1986.
World Commission on Environment and Development, Our Common Future, Oxford/New York 1987.
Zint, Günter (Hrsg.), Republik Freies Wendland. Eine Dokumentation, o. O. o. D.
Zöpel, Christoph, Neue Verkehrspolitik, in: Dreßler, Rudolf u. a. (Hrsg.), Fortschritt '90. Fortschritt für Deutschland, München 1990, S. 143–160.

2. Literatur

Abelshauser, Werner, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009.
Albrecht-Baba, Alexandra/Rudolph, Karsten, Eppler, Erhard, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 185 f.
Alemann, Ulrich von, Der Wahlsieg der SPD von 1998. Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer?, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 1999, S. 37–62.
Alemann, Ulrich von, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, 4., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 2010.
Alexander, Keith, Endphase einer Parlamentarisierung: Die AL und die rot-grüne Koalition in Westberlin, 1989–1990, in: Grünes Gedächtnis (2007), S. 27–40.
Alt, Franz, Keine Werte ohne Praxis – keine Praxis ohne Werte. Ein Glückwunsch zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, in: Bücheler, Joachim (Hrsg.), Praktische Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, Bochum 2004, S. 244–247.
Altenburg, Cornelia, Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, Wiesbaden 2010.
Altenburg, Cornelia, Wandel und Persistenz in der Energiepolitik: Die 1970er Jahre und die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik", in: Ehrhardt, Hendrik/Kroll, Thomas (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 245–263.
Amery, Carl, „In Sachen Jannis, Giovanni, Juan Amet…". Die Initiativgruppe „Betreuung von ausländischen Kindern" in München, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 66–75.
Andresen, Knud, Sieger, Verlierer oder Bedrohung? Drei Lesarten bundesdeutscher Gewerkschaftsgeschichte, in: Bajohr, Frank u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 347–359.
Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011.

Angster, Julia, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.
Angster, Julia, Die Bundesrepublik Deutschland 1963–1982, Darmstadt 2012.
Angster, Julia, Das Ende des Konsensliberalismus. Zur Erosion einer Werteordnung „nach dem Boom", in: Marx, Christian/Reitmayer, Morten (Hrsg.), Die offene Moderne – Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Göttingen 2020, S. 189–213.
Anshelm, Jonas, Socialdemokraterna och miljöfrågan. Om framstegstankens paradoxer, Stockholm 1995.
Armingeon, Klaus, Parteien, Verbände und soziale Bewegungen, in: Münkler, Herfried (Hrsg.), Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 447–489.
Arndt, Melanie, Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt 2011.
Arndt, Melanie, Einleitung: Ökologie und Zivilgesellschaft, in: dies. (Hrsg.), Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-)Europäische Perspektiven, Berlin 2016, S. 10–24.
Arndt, Melanie, Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe, Göttingen 2020.
Augustine, Dolores L., Taking on Technocracy. Nuclear Power in Germany, 1945 to the Present, New York 2018.
Bänziger, Peter-Paul/Rischbieter, Laura/Wulz, Monika, Neoliberalism as a concept of contemporary history: A prolific research tool or an analytic pitfall?, in: Journal of Modern European History 17 (2019), S. 381–383.
Bauerkämper, Arnd/Hennig, Eike/Neumann, Franz (Hrsg.), Demokratiegeschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert. Spannungsfelder, Argumente, Tendenzen, Schwalbach/Ts. 2007.
Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. [23]2016 [1986].
Becker-Schaum, Christoph u. a. (Hrsg.), „Entrüstet euch!". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.
Bemmann, Martin/Metzger, Birgit/Detten, Roderich von, Einleitung, in: Metzger, Birgit/Bemmann, Martin/Detten, Roderich von (Hrsg.), Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 2014, S. 7–32.
Benicke, Jens, Die K-Gruppen. Entstehung – Entwicklung – Niedergang, Wiesbaden 2019.
Bergmann, Knut, Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden 2002.
Beule, Peter, Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren, Düsseldorf 2019.
Beule, Peter (Hrsg.), Gutes Klima – Gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie, Bonn 2020.
Beyme, Klaus von/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1990.
Bicher, Norbert, Peter Glotz – Bundesgeschäftsführer und Querdenker in einer Person, in: Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie. 49 Porträts, Bonn 2015, S. 132–138.
Bick, Hartmut, Grundzüge der Ökologie, 3., überarbeitete und ergänzte Auflage, Stuttgart u. a. 1998.
Bienert, Michael C. u. a. (Hrsg.), Die Berliner Republik. Beiträge zur deutschen Zeitgeschichte seit 1990, Berlin 2013.
Biess, Frank, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2019.
Biess, Frank/Eckert, Astrid M., Introduction: Why Do We Need New Narratives for the History of the Federal Republic?, in: Central European History 52 (2019), S. 1–18.
Blackbourn, David, „Die Natur als historisch zu etablieren": Natur, Heimat und Landschaft in der modernen deutschen Geschichte, in: Radkau, Joachim/Uekötter, Frank (Hrsg.), Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 65–74.
Boll, Friedhelm/Hansen, Jan, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg

und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 203–228.
Bollmann, Ralph, Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Zeit. Biografie, München 2021.
Borchert, Jens u. a. (Hrsg.), Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Wiesbaden 1996.
Borowy, Iris, Defining sustainable development for our common future. A history of the World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission), London u. a. 2014.
Borowy, Iris, Sustainable Development and the United Nations, in: Caradonna, Jeremy L. (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London/New York 2018, S. 151–163.
Bösch, Frank, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002.
Bösch, Frank, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 288–301.
Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.
Bösch, Frank, Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren, in: ders. (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 7–37.
Bösch, Frank, Boom zwischen Krise und Globalisierung. Konsum und kultureller Wandel in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre, in: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016), S. 354–376.
Bösch, Frank, Taming Nuclear Power: The Accident near Harrisburg and the Change in West German and International Nuclear Policy in the 1970s and early 1980s, in: German History (2017), S. 71–95.
Bösch, Frank, Krisenkinder. Neoliberale, die Grünen und der Wandel des Politischen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Bösch, Frank/Hertfelder, Thomas/Metzler, Gabriele (Hrsg.), Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 39–60.
Bösch, Frank, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.
Bösch, Frank/Gieseke, Jens, Der Wandel des Politischen in Ost und West, in: Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 39–78.
Bösch, Frank/Graf, Rüdiger, Reacting to Anticipations: Energy Crises and Energy Policy in the 1970s. An Introduction, in: Historical Social Research 39 (2014) H. 4, S. 7–21.
Bösch, Frank/Hertfelder, Thomas/Metzler, Gabriele (Hrsg.), Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018.
Bösch, Frank/Hertfelder, Thomas/Metzler, Gabriele, Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.), Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 13–36.
Bourdieu, Pierre, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183–198.
Boyer, Josef, Die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Boyer, Josef/Kössler, Till (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 943–1032.
Boyer, Josef, SPD. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Boyer, Josef/Kössler, Till (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 35–116.
Boyer, Josef/Kössler, Till, Einführung, in: dies. (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 11–20.

Boyer, Josef/Kössler, Till (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005.

Boyer, Josef/Kössler, Till, SPD. Tabellen, in: dies. (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, S. 127–734.

Brand, Karl-Werner, Neue soziale Bewegungen, Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1982.

Brand, Karl-Werner/Stöver, Henrik, Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 219–244.

Brandt, Peter/Lehnert, Detlef, Mehr Demokratie wagen. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2013.

Braunthal, Gerard, The SPD. From Opposition to Governing Party, in: Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (Hrsg.), Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era, New York/Oxford 2000, S. 18–37.

Brinkschmidt, Hans-Christian, Das Naturverständnis der Arbeiterbewegung am Beispiel der Naturfreundebewegung, Frankfurt a. M. Diss. 1998.

Brüggemeier, Franz-Josef, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

Brüggemeier, Franz-Josef, Erfolg ohne Väter? Die Umweltpolitik in der Ära Rau, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 193–204.

Brüggemeier, Franz-Josef, „Eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft": Der Beschluss des SPD-Parteitages 1999 in Berlin, in: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 284–289.

Brüggemeier, Franz-Josef, Sozialdemokratie, Umweltpolitik und Willy Brandt, in: Daum, Werner (Hrsg.), Politische Bewegung und symbolische Ordnung, Bonn 2014, S. 405–420.

Brüggemeier, Franz-Josef, Sonne, Wasser, Wind. Die Entwicklung der Energiewende in Deutschland, Bonn 2015.

Brüggemeier, Franz-Josef, Grubengold. Das Zeitalter der Kohle, München 2018.

Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo, Den Kinderschuhen entwachsen: Einleitende Worte zur Umweltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: dies. (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 10–19.

Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005.

Brüggemeier, Franz-Josef/Rommelspacher, Thomas, Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992.

Brünig, Sascha, Kerntechnik als Sicherheitsversprechen. Atomwirtschaft und gesellschaftliche Risikodiskurse in der Bundesrepublik der 1980er und frühen 1990er Jahre, in: WerkstattGeschichte 84 (2021) 2, S. 99–112.

Brunnengräber, Achim, Ewigkeitslasten. Die „Endlagerung" radioaktiver Abfälle als soziales, politisches und wissenschaftliches Projekt, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, 2., aktualisierte und überarbeitete Neuauflage, Bonn 2019.

Bücheler, Joachim (Hrsg.), Praktische Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, Bochum 2004.

Bukow, Sebastian/Poguntke, Thomas, Innerparteiliche Organisation und Willensbildung, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 179–209.

Burchardt, Rainer, Hürdenlauf durch die Bürokratie. Wie Jungsozialisten in Lübeck Kinderspielplätze errichteten, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 89–101.

Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.), Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011.

Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz, Im Spätsommer der Sozialdemokratie?, in: dies. (Hrsg.), Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 271–299.
Butzlaff, Felix/Micus, Matthias, Mao in Berlin? Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt, in: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.), Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 11–30.
Butzlaff, Felix/Walter, Franz, Mythen, Ikonen und Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix (Hrsg.), Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, Berlin 2013, S. 9–13.
Caradonna, Jeremy L. (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London/New York 2018.
Cavazza, Stefano/Großbölting, Thomas/Jansen, Christian, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien, Stuttgart 2018, S. 7–14.
Cavazza, Stefano/Großbölting, Thomas/Jansen, Christian, (Hrsg.), Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien, Stuttgart 2018.
Chassaigne, Philippe, Why the 1970s Really Matter, in: Journal of Modern European History 9 (2011), S. 21–23.
Classen, Christoph/Arnold, Klaus, Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, in: Arnold, Klaus u. a. (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 11–26.
Conradt, David P., The 1998 Campaign and Election: An Overview, in: Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (Hrsg.), Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era, New York/Oxford 2000, S. 1–17.
Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (Hrsg.), Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era, New York/Oxford 2000.
Conway, Martin, On fragile democracy: Contemporary and historical perspectives – Introduction, in: Journal of Modern European History 17 (2019), S. 422–431.
Conway, Martin, Western Europe's Democratic Age 1945–1968, Princeton/Oxford 2020.
Conze, Eckart, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
Conze, Eckart/Klimke, Martin/Varon, Jeremy (Hrsg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear, and the Cold War of the 1980s, New York 2017.
Cottier, Maurice, A messy affair: How historians should approach the history of neoliberalism, in: Journal of Modern European History 17 (2019), S. 402–406.
Crouch, Colin, Postdemokratie. Frankfurt a. M. [12]2015.
Dahm, Jochen, Erhard Eppler – Die Kraft der Sprache, in: Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie. 49 Porträts, Bonn 2015, S. 112–118.
Danker, Uwe/Steffen, Jens-Peter (Hrsg.), Jochen Steffen. Ein politisches Leben, Malente 2018.
Dannenbaum, Thomas, „Atom-Staat" oder „Unregierbarkeit"? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der siebziger Jahre, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 268–286.
Darnstädt, Thomas, Sozialismus mit dem Rechenschieber. Wie Jungsozialisten in Wiesbadens Rathaus regieren, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 117–127.
Decker, Frank, Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden 2015.
Decker, Frank, Parteiendemokratie im Wandel, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 3–39.
Detten, Roderich von, Umweltpolitik und Unsicherheit. Zum Zusammenspiel von Wissenschaft und Umweltpolitik in der Debatte um das Waldsterben der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 217–269.

Detterbeck, Klaus, Parteien im Auf und Ab. Neue Konfliktlinien und die populistische Herausforderung, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020.
Diebold-Napierela, Frauke/Bodenstab, Alexander, Geschichte der Sozialen Demokratie. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Bildung und Dialog, Akademie für Soziale Demokratie, Bonn 2021.
Dietz, Bernhard, „Proletarisierung" oder Verwirklichung von Bürgerlichkeit? Der „Wertewandel" der Arbeit und die CDU in der Bundesrepublik der 1980er Jahre, in: Hettling, Manfred/Pohle, Richard (Hrsg.), Bürgertum. Bilanzen, Perspektiven, Begriffe, Göttingen 2019, S. 296–322.
Dietz, Bernhard, „Geistig-moralische Wende" oder Kurs der Mitte? Der „Wertewandel" und die CDU in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre, in: Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 41–55.
Dietz, Bernhard/Neumaier, Christopher, Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 293–304.
Dietz, Bernhard/Neumaier, Christopher/Rödder, Andreas (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014.
Dietz, Bernhard/Neumaier, Christopher/Rödder, Andreas, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014, S. 7–14.
Ditfurth, Jutta, Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin 2011.
Doering-Manteuffel, Anselm, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
Doering-Manteuffel, Anselm, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 559–581.
Doering-Manteuffel, Anselm, Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart, Stuttgart 2013.
Doering-Manteuffel, Anselm, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 321–348.
Doering-Manteuffel, Anselm, Fortschrittsglaube und sozialer Wandel. Die Entstehung der Anti-Atom-Bewegung, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Greiner, Bernd/Lepsius, Oliver (Hrsg.), Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985. Eine Veröffentlichung aus dem Arbeitskreis für Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, Tübingen 2015, S. 83–112.
Doering-Manteuffel, Anselm, Soziale Demokratie als transnationales Ordnungsmodell im 20. Jahrhundert, in: Angster, Julia u. a. (Hrsg.), Konturen von Ordnung. Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert, Berlin/Boston 2019, S. 100–125.
Doering-Manteuffel, Anselm/Greiner, Bernd/Lepsius, Oliver (Hrsg.), Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985. Eine Veröffentlichung aus dem Arbeitskreis für Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, Tübingen 2015.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels „nach dem Boom", in: Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 25–40.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3., ergänzte Auflage, Göttingen 2012.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 9–34.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

Drummer, Hermann u. a., Energiepolitik: Die Krisenregulierung der politischen Parteien, in: Beyme, Klaus von/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1990, S. 360–381.
Dubslaff, Etienne, „Oser plus de social-démocratie". La recréation et l'établissement du Parti social-démocrate en RDA, Frankfurt a. M. 2019.
Dubslaff, Etienne, Die ostdeutsche Sozialdemokratie und die „friedliche Revolution", in: Archiv für Sozialgeschichte 59 (2019), S. 287–306.
Dubslaff, Etienne, Die Rolle der Frauen und Männer in der Sozialdemokratischen Partei der DDR, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 53 (2021) 1, S. 123–137.
Eberspächer, Achim, Das Projekt Futurologie. Über Zukunft und Fortschritt in der Bundesrepublik 1952–1982, Paderborn 2019.
Eckel, Jan, Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 200er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68 (2020), S. 451–480.
Eckert, Astrid M., West Germany and the Iron Curtain: Environment, Economy, and Culture in the Borderlands, New York 2019.
Edenhofer, Ottmar/Jakob, Michael, Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen, München 2017.
Egle, Christoph/Henkes, Christian, Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD, in: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003, S. 67–92.
Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003.
Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut, Einführung: Eine Topographie des rot-grünen Projektes, in: dies. (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003, S. 9–25.
Ehmke, Claudia, Die Sozialdemokratische Partei Europas. Legitimationsvermittlerin für die Europäische Union?, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 557–578.
Eichborn, Christian von, Der Wahlsieg '98. Die KAMPA und ihr Kandidat, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix (Hrsg.), Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, Berlin 2013, S. 239–248.
Eith, Ulrich, Von Wyhl bis Karlsruhe. Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Gassert, Philipp/Weber, Reinhold/Hausen, Maike (Hrsg.), Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 113–136.
Eley, Geoff, Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford u. a. 2002.
Engels, Jens Ivo, „Politischer Verhaltensstil": Vorschläge für ein Instrumentarium zur Beschreibung politischen Verhaltens am Beispiel des Natur- und Umweltschutzes, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 184–202.
Engels, Jens Ivo, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006.
Engels, Jens Ivo, „Inkorporierung" und „Normalisierung" einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er-Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 40 (2008), S. 81–100.
Engels, Jens Ivo, Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlev (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. 1968–1983, Göttingen 2010, S. 405–422.
Epkenhans, Michael, Die Bundesrepublik Deutschland und der Krieg, in: Bienert, Michael C. u. a. (Hrsg.), Die Berliner Republik. Beiträge zur deutschen Zeitgeschichte seit 1990, Berlin 2013, S. 143–158.
Erhardt, Hendrik, Energiebedarfsprognosen. Kontinuität und Wandel energiewirtschaftlicher Problemlagen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Ehrhardt, Hendrik/Kroll, Thomas (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 193–222.

Erhardt, Hendrik, Keeping the Air Clean? Environmental Policy, Utility Companies, and Social Movements in West Germany since the 1970s, in: Kirchhof, Astrid Mignon/McNeill, J. R. (Hrsg.), Nature and the Iron Curtain. Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries 1945–1990, Pittsburgh 2019, S. 73–86.
Ehrhardt, Hendrik/Kroll, Thomas (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012.
Fabian, Sina, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990, Göttingen 2016.
Fabre, Christopher, Environmental Protection and the Evolution of the French and German Energy Systems from 1973 to the 2000s, in: Wenkel, Christian u. a. (Hrsg.), The Environment and the European Public Sphere. Perceptions, Actors, Policies, Cambridgeshire 2020, S. 283–298.
Fach, Wolfgang, Das Modell Deutschland und seine Krise (1974–1989), in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 93–108.
Faerber-Husemann, Renate, Der Querdenker. Erhard Eppler – eine Biographie, Bonn 2010.
Faulenbach, Bernd, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 1–37.
Faulenbach, Bernd, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.
Faulenbach, Bernd, Vorrang für das Nationale? Willy Brandts Rolle im Prozess der deutschen und der europäischen Einigung 1989/90, in: Rother, Bernd (Hrsg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 249–269.
Faulenbach, Bernd, Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012.
Faulenbach, Bernd, Willy Brandt, München 2013.
Faulenbach, Bernd, Die Sozialdemokratie im parlamentarischen System der Bundesrepublik 1973–1982, in: Lehnert, Detlef (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder. 1871–1990, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 287–315.
Faulenbach, Bernd, Social Democracy, Labour Unions and Civil Service in West Germany since the Second World War, in: Fulla, Mathieu/Lazar, Marc (Hrsg.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Centuries, Cham 2020, S. 149–169.
Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013.
Felder, Zoë, Bündnis 90/Die Grünen in Hessen. Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009, Wiesbaden 2014.
Feldmann, Holger, Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag 1980–1990. Abgeordnete der SPD in Regierung, Parlament und Gremien der Fraktion, Bonn 2009.
Ferguson, Niall, Crisis? What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global, in: Ferguson, Niall u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge, Mass. u. a. 2010, S. 1–21.
Ferguson, Niall u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge, Mass. u. a. 2010.
Fischer, Ilse, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine auf dem Berliner Programm-Parteitag vom 18. bis zum 20. Dezember 1989, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 376–384.
Fischer, Sebastian, Gerhard Schröder und die SPD. Das Management des programmatischen Wandels als Machtfaktor, München 2005.
Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007.
Frankland, E. Gene, Bündnis '90/Die Grünen: From Opposition to Power, in: Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (Hrsg.), Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era, New York/Oxford 2000, S. 80–97.
Frevert, Ute, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 7–26.

Freyberg, Jutta von (Hrsg.), Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1989.
Friedrich, Kurt, Karl Bechert (1901–1981). Wissenschaftler und Politiker aus Verantwortung, in: Diehl, Norbert (Hrsg.), Gau-Algesheim. Historisches Lesebuch, Gau-Algesheim 1999, S. 128–193.
Fuhrich, Gina, Humanisierung oder Rationalisierung? Arbeiter als Akteure im Bundesprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens" bei der VW AG, Stuttgart 2020.
Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.
Fülberth, Georg, SPD und sozialliberale Koalition II: Die Stagnationsperiode (1974 bis 1982), in: Freyberg, Jutta von (Hrsg.), Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1989, S. 502–522.
Fulla, Mathieu/Lazar, Marc (Hrsg.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Centuries, Cham 2020.
Gassert, Philipp Leonhard, Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.
Gassert, Philipp Leonhard, Mehr partizipatorische Demokratie wagen? Demokratisierung, Modernisierung und Protest im transatlantischen Vergleich, in: Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 185–202.
Gassert, Philipp Leonhard, Ein neues Kapitel? Der Kampf gegen die Atomenergie im Kontext der deutschen Protestgeschichte und ihrer Erforschung, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020, 85–109.
Gatzka, Claudia Christiane, „Demokratisierung" in Italien und der Bundesrepublik. Historiographische Narrative und lokale Erkundungen, in: Levsen, Sonja/Torp, Cornelius (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 145–165.
Gatzka, Claudia Christiane, Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980, in: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S. 201–223.
Gatzka, Claudia Christiane, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019.
Gaumer, Janine, Wackersdorf. Der Konflikt um die Wiederaufarbeitungsanlage in den achtziger Jahren, München 2018.
Gaumer, Janine, Wackersdorf. Der letzte Kampf, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020, S. 175–191.
Gebauer, Annekatrin, Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der Grünen in ihrer Gründungsphase, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 405–420.
Gebauer, Annekatrin, Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden 2005.
Geier, Stephan, Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt, Paderborn 2013.
Geiger, Tim/Hansen, Jan, Did Protest Matter? The Influence of the Peace Movement on the West German Government and the Social Democratic Party, 1977–1983, in: Conze, Eckart/Klimke, Martin/Varon, Jeremy (Hrsg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear, and the Cold War of the 1980s, New York 2017, S. 290–315.
Geppert, Dominik, Konservative Revolutionen? Thatcher, Reagan und das Feindbild des Consensus Liberalism, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Leonhard, Jörn (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 271–289.
Gerber, Sophie, Küche, Kühlschrank, Kilowatt. Zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland, 1945–1990, Bielefeld 2015.
Germann, Pascal, The Quality of Life Turn: The Measurement and Politics of Well-Being in the 1970s, in: KNOW. A Journal on the Formation of Knowledge 4 (2020), S. 295–324.
Gerschewski, Johannes, Pfadabhängigkeit in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Lauth, Hans-Joachim/Kneuer, Marianne/Pickel, Gert (Hrsg.), Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2016, S. 235–245.

Geyer, Martin H., Rahmenbedingungen: Unsicherheit als Normalität, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 6. 1974–1982. Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, Baden-Baden 2008, S. 1–109.
Geyer, Martin H., Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 47–91.
Geyer, Martin H., Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 643–669.
Geyer, Martin H., Das Ende des „sozialdemokratischen Konsenses"? Überlegungen zu Tony Judts Ill Fares the Land, in: Mittelweg 26 21 (2012) H. 2, S. 82–88.
Geyer, Martin H., Kritik und Krise: Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren, in: Mergel, Thomas (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 257–274.
Geyer, Martin H., „Gaps" and the (Re-)Invention of the Future. Social and Demographic Policy in Germany during the 1970s and 1980s, in: Social Science History 39 (2015), S. 39–61.
Geyer, Martin H., Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Krisen: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben, in: Leendertz, Ariane/Meteling, Wencke (Hrsg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt a. M./New York 2016, S. 281–315.
Geyer, Matthias/Kurbjuweit, Dirk/Schnibben, Cordt, Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München ^{3}2005.
Geyer, Michael, „Das Ostertorviertel lebt …". Ein Lehrstück aus Bremen, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 75–88.
Gibowski, Wolfgang G., Who Voted for Whom – and Why. An Analysis of the 1998 German Federal Election, in: Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (Hrsg.), Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era, New York/Oxford 2000, S. 114–136.
Giddens, Anthony, Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Übersetzt von Bettina Engels und Michael Adrian, Frankfurt a. M. 2000 [1999].
Gieseke, Jens/Bahr, Andrea, Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016.
Gissendammer, Scott/Vogel, Dirk, Johannes Rau. Moralisch einwandfreies Scheitern, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 261–289.
Gogos, Manuel, Neubau versus Repression. Deutsche Sozialdemokratie von der Nachkriegszeit bis zur Friedlichen Revolution, in: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 202–221.
Gohle, Peter, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014.
Görtemaker, Manfred, Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009.
Gorz, André, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt a. M. 1980.
Gotto, Bernhard, Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 1–31.
Gotto, Bernhard, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.
Graf, Marie Sophie, Die Inszenierung der Neuen Armut im sozialpolitischen Repertoire von SPD und Grünen 1983–1987, Frankfurt a. M. 2015.
Graf, Rüdiger, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre, in: Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 207–228.
Graf, Rüdiger, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin 2014.

Graf, Rüdiger, Die Bundesrepublik in der Welt des Öls. Internationale Zusammenhänge der Energie- und Souveränitätspolitik in den 1970er-Jahren, in: Levsen, Sonja/Torp, Cornelius (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 107–123.

Graf, Rüdiger, Verhaltenssteuerung jenseits von Markt und Moral. Die umweltpolitische Regulierungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und den USA im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 435–462.

Graf, Rüdiger, Die Ökonomisierung der Umwelt und die Ökologisierung der Wirtschaft seit den 1970er-Jahren, in: ders. (Hrsg.), Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019, S. 188–211.

Graf, Rüdiger, Einleitung. Ökonomisierung als Schlagwort und Forschungsgegenstand, in: ders. (Hrsg.), Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019, S. 9–25.

Graf, Rüdiger (Hrsg.), Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019.

Grebing, Helga, Die deutsche Arbeiterbewegung. Zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim 1993.

Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.

Greef, Samuel, Gewerkschaften im Spiegel von Zahlen, Daten und Fakten, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, 2., überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2014, S. 659–755.

Greiner, Bernd, Angst als Emotion und Instrument. Beobachtungen zu einem nervösen Zeitalter, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Greiner, Bernd/Lepsius, Oliver (Hrsg.), Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985. Eine Veröffentlichung aus dem Arbeitskreis für Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, Tübingen 2015, S. 61–81.

Gross, Stephen G., Reimagining Energy and Growth. Decoupling and the Rise of a New Energy Paradigm in West Germany, 1973–1986, in: Central European History 50 (2017), S. 514–546.

Großbölting, Thomas, Von der „Krise der Volksparteien" zum Aufstieg der AfD? Fragen und Hypothesen zur Transformation des politischen Systems in Deutschland, in: Cavazza, Stefano/Großbölting, Thomas/Jansen, Christian (Hrsg.), Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien, Stuttgart 2018, S. 257–266.

Großbölting, Thomas, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.

Grunden, Timo, Die SPD: Zyklen der Organisationsgeschichte und Strukturmerkmale innerparteilicher Entscheidungsprozesse, in: Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (Hrsg.), Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland, Baden-Baden 2012, S. 93–120.

Grunden, Timo/Janetzki, Maximilian/Salandi, Julian, Die SPD. Anamnese einer Partei, Baden-Baden 2017.

Guggenberger, Bernd, Grüne Verfassungsphantasien an die Macht. Anmerkungen zur Demokratie- und Verfassungsdiskussion vor der Jahrtausendwende, in: Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard (Hrsg.), Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen, Köln 1994, S. 192–210.

Gutzeit, Martin, Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Handlungshintergrund und Handlungshorizont – Ein Rückblick, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), S. 52–65.

Habermas, Jürgen, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a. M. ^{3}1986 [1985].

Häberlen, Joachim C., The Emotional Politics of the Alternative Left. West Germany, 1968–1984, Cambridge 2018.

Hanle, Wilhelm/Jehle, Herbert, Nachruf auf Karl Bechert (1901–1981), in: Physikalische Blätter 37 (1981), S. 376 f.

Hansen, Jan, Parteien, in: Becker-Schaum, Christoph u. a. (Hrsg.), „Entrüstet euch!". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 103–117.

Hansen, Jan, Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979–1983), in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 517–553.
Hansen, Jan, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin/Boston 2016.
Hansen, Jan, The End of the SPD as We Knew it? Euromissiles, Peace Activism, and the Transformation of the Political, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 29 (2018) H. 1, S. 61–84.
Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019.
Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank, Einleitung. Erkämpft, verteidigt – gefährdet? Zur Krise und Zukunft der Demokratie, in: dies. (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019, S. 9–18.
Hasenöhrl, Ute, Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam. Begrenzte Regelverletzung und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung, in: Gosewinkel, Dieter u. a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S. 83–104.
Hasenöhrl, Ute, Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980, Göttingen 2011.
Haumann, Sebastian, Zwischen „Nachhaltigkeit" und „Anthropozän". Neue Tendenzen in der Umweltgeschichte, in: Neue Politische Literatur 64 (2019), S. 295–326.
Häusler, Jürgen, „Der Traum wird zum Alptraum". Das Dilemma einer Volkspartei: die SPD im Atomkonflikt, Berlin (West) 1988.
Heidemeyer, Helge, Die Grünen im Bundestag 1983–1987. Einleitung, in: Boyer, Josef/Heidemeyer, Helge/Peters, Tim B. (Hrsg.), Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987. Januar 1983–März 1984, Düsseldorf 2008, S. IV–LII.
Heidemeyer, Helge, (Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament, in: Historische Zeitschrift 291 (2010), S. 71–102.
Heimann, Siegfried, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1984, S. 2025–2216.
Heimann, Siegfried, Zwischen Aufbruchstimmung und Resignation. Die SPD in den 80er Jahren, in: Süß, Werner (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, Opladen 1991, S. 35–52.
Heimann, Siegfried, Die SPD in den neunziger Jahren, in: Süss, Werner (Hrsg.), Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 83–104.
Heimann, Siegfried, Jochen Steffen – Querdenker der SPD, in: Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie. 49 Porträts, Bonn 2015, S. 330–336.
Heimann, Siegfried, Hoffnungen und Enttäuschungen, in: Danker, Uwe/Steffen, Jens-Peter (Hrsg.), Jochen Steffen. Ein politisches Leben, Malente 2018, S. 193–218.
Heinrich, Gudrun, Rot-Grün in Berlin. Die alternative Liste in der Regierungsverantwortung 1989–1990, Marburg 1993.
Hellmann, Kai-Uwe, Partei ohne Bewegung. Machtgewinn und Basisverlust der Grünen, in: vorgänge 41 (2002) 1, S. 30–35.
Henke, Sigrid, Biographisches über Hermann Scheer, in: Bücheler, Joachim (Hrsg.), Praktische Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, Bochum 2004, S. 248–253.
Hennecke, Hans Jörg, Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung, München 2003.
Hennig, Eike, Ökologie – Umwelt, in: Bauerkämper, Arnd/Hennig, Eike/Neumann, Franz (Hrsg.), Demokratiegeschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert. Spannungsfelder, Argumente, Tendenzen, Schwalbach/Ts. 2007, S. 113–128.
Hennis, Wilhelm/Kielmansegg, Peter Graf/Matz, Ulrich (Hrsg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung. Band I, Stuttgart 1977.
Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Herkendell, Michael, Deutschland Zivil- oder Friedensmacht? Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der SPD im Wandel (1982–2007), Bonn 2012.

Heymann, Matthias, Luftverschmutzung, Atmosphärenforschung, Luftreinhaltung: Ein technisches Problem?, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 325–341.
Hiepel, Claudia, „Europa gehört keiner Partei". Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 271–288.
Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1994.
Hobsbawm, Eric J., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München [11]2012.
Hockerts, Hans Günther, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1992), S. 98–127.
Hockerts, Hans Günther, Einführung, in: ders. (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. VIII–XV.
Hockerts, Hans Günther, Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 3–29.
Hoell, Joachim, Oskar Lafontaine. Provokation und Politik, Braunschweig 2004.
Hoeres, Peter, Von der „Tendenzwende" zur „geistig-moralischen Wende". Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 93–119.
Hoffmann, Jürgen, Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90, Opladen 1998.
Hofmann, Gunter, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft, München 2012.
Hofmann, Gunter, Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone. Biographie, München [2]2015.
Hoffmann, Robert, Kritische Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–2014. Von der sozialistischen Zukunftshoffnung zur neoliberalen Beliebigkeit, Planegg 2015.
Hofschen, Heinz-Gerd, Kontinuität und Wandel: Die SPD seit 1982, in: Freyberg, Jutta von (Hrsg.), Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1989, S. 523–552.
Hofschen, Heinz-Gerd/Kremer, Uwe, Krisenmanagement, Modernisierungsstrategien, sozialer und ökologischer Umbau. Die wirtschaftspolitische Diskussion in der SPD seit 1982, in: Hofschen, Heinz-Gerd (Hrsg.), Lafontaine, SPD und Gewerkschaften. Die Wirtschaftspolitik-Debatte, Köln 1989, S. 93–128.
Höhnen, Wilfried, Gewerkschaften contra Ökologie?, in: Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz (Hrsg.), Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik, Berlin 1985, S. 140–152.
Hölscher, Lucian, Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen 2016.
Hölscher, Wolfgang/Kraatz, Paul (Hrsg.), Die Grünen im Bundestag: Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987 bis 1990. Zwei Halbbände, Düsseldorf 2015.
Holzhauser, Thorsten, „Niemals mit der PDS?". Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 285–308.
Holzhauser, Thorsten, Die „Nachfolgepartei". Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019.
Holzhauser, Thorsten, Die „Nachfolgepartei" PDS als Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung. Befunde und Potenziale, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hrsg.), Jahrbuch Deutsche Einheit 2021, Berlin 2021, S. 197–214.
Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021.
Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix, Einleitung: Krise oder Wandel? Politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland der 1980er- und 1990er-Jahre, in: dies. (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 7–24.
Hörnle, Micha, What's left? Die SPD und die British Labour Party in der Opposition, Frankfurt a. M. 2000.

Hübner, Peter, Arbeiterbewegung und Technikkritik in Deutschland. Aspekte einer Beziehungsgeschichte, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 12 (2013), S. 68–89.
Hucke, Jochen, Umweltpolitik: Die Entwicklung eines neuen Politikfeldes, in: Beyme, Klaus von/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1990, S. 382–398.
Huff, Tobias, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015.
Hünemörder, Kai F., Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973), Stuttgart 2004.
Hünemörder, Kai F., 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 124–144.
Hünemörder, Kai F., Zwischen Bewegungsforschung und Historisierungsversuch. Anmerkungen zum Anti-Atomkraft-Protest aus umwelthistorischer Perspektive, in: Kretzschmar, Robert/Rehm, Clemens/Pilger, Andreas (Hrsg.), 1968 und die Anti-Atomkraft-Bewegung der 70er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog, Stuttgart 2008, S. 151–167.
Hurrelmann, Achim, Politikfelder und Profilierung, in: Raschke, Joachim (Hrsg.), Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren". Mit einem Beitrag von Achim Hurrelmann, Frankfurt a. M./New York 2001, S. 143–265.
Illing, Falk, Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949–2015, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Baden-Baden 2016.
Inglehart, Ronald, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.
Iriye, Akira, Einleitung, in: Iriye, Akira/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.), 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 9–14.
Iriye, Akira/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.), 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013.
Isenberg, Andrew C., The Oxford Handbook of Environmental History, Oxford 2014.
Jänicke, Martin, Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik, Berlin 1984.
Jänicke, Martin, Ökologische Modernisierung. Optionen und Restriktionen präventiver Umweltpolitik, in: Simonis, Udo Ernst (Hrsg.), Präventive Umweltpolitik, Frankfurt a. M. 1988, S. 13–26.
Jarausch, Konrad H., Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004.
Jarausch, Konrad H., Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3 (2006), S. 334–341.
Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
Jarausch, Konrad H., Verkannter Strukturwandel. Die Siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: ders. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9–26.
Johnsen, Björn, Von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung. Die Entwicklung der Grünen in Hessen 1982–1985, Marburg 1988.
Johnsen, Björn, Rot-grün in Hessen, in: Raschke, Joachim (Hrsg.), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 789–809.
Jordan, Katrin, Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um „Tschernobyl" in der Bundesrepublik und in Frankreich 1986/87, Göttingen 2018.
Judt, Tony, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.
Jun, Uwe, Innerparteiliche Reformen im Vergleich: Der Versuch einer Modernisierung von SPD und Labour Party, in: Borchert, Jens u. a. (Hrsg.), Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Wiesbaden 1996, S. 213–237.
Jun, Uwe, Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt a. M. 2004.

Jun, Uwe, Die Repräsentationslücke der Volksparteien: Erklärungsansätze für den Bedeutungsverlust und Gegenmaßnahmen, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 95–123.
Jun, Uwe, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 468–486.
Jun, Uwe, Direkte innerparteiliche Demokratie in der parlamentarischen Demokratie: Das Beispiel Mitgliederpartei SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 940–950.
Jun, Uwe/Bukow, Sebastian, Party Democracies under Threat?, in: dies. (Hrsg.), Continuity and Change of Party Democracies in Europe, Wiesbaden 2020, S. 1–27.
Jüngerkes, Sven, Einleitung, in: Becker, Winfried u. a. (Hrsg.). Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1969–1972. Bearbeitet von Sven Jüngerkes. Erster Halbband. Oktober 1969 bis Mai 1971, Düsseldorf 2016, S. 11*–156*.
Jüngerkes, Sven, Einleitung, in: Becker, Winfried/Hockerts, Hans Günter/Recker, Marie-Luise (Hrsg.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1972–1976. Bearbeitet von Sven Jüngerkes, Düsseldorf 2020, S. 11*–161*.
Kampmann, Christoph/Marciniak, Angela/Meteling, Wencke (Hrsg.), „Security turns its eye exclusively to the future". Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden 2017.
Kasper, Sebastian, Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt, Münster 2018.
Katz, Richard S./Mair, Peter, The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization, in: The American Review of Politics 14 (1993), S. 593–617.
Kempter, Klaus, Gefolgschaft, Kooperation, Dissens. Die Gewerkschaften in der sozialliberalen Ära 1969–1982, in: Mengersen, Oliver von u. a. (Hrsg.), Personen – Soziale Bewegungen – Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Soell, Heidelberg 2004, S. 281–291.
Kesselman, Mark, Sozialdemokratische Wirtschaftstheorie nach dem Ende des Keynesianismus, in: Borchert, Jens u. a. (Hrsg.), Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Wiesbaden 1996, S. 135–167.
Kielmansegg, Peter Graf, Das politische System der Bundesrepublik und die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt, in: Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 141–150.
Kirchhof, Astrid Mignon (Hrsg.), Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe. Austria, Denmark, Federal Republic of Germany, Italy, and Sweden, München 2020.
Kirchhof, Astrid Mignon/McNeill, J. R. (Hrsg.), Nature and the Iron Curtain. Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries 1945–1990, Pittsburgh 2019.
Kirchhof, Astrid Mignon/Trischler, Helmuth, The History behind West Germany's Nuclear Phase-Out, in: Kirchhof, Astrid Mignon (Hrsg.), Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe. Austria, Denmark, Federal Republic of Germany, Italy, and Sweden, München 2020, S. 124–169.
Kirsch, Gerhard/Oppeln, Sabine von, Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland, Berlin 1983.
Kitschelt, Herbert, The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994.
Klages, Helmut, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt a. M. 1984.
Klatt, Johanna/Micus, Matthias, Das rot-grüne Projekt – ein Mythos?, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix (Hrsg.), Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, Berlin 2013, S. 249–260.
Klecha, Stephan, Rudolf Scharping. Opfer eines Lernprozesses, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 323–355.
Klein, Markus/Falter, Jürgen W., Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.

Kleine, Nils, Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011. Konzepte, Programme, Debatten, Baden-Baden 2018.
Kleinert, Hubert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992.
Kleinert, Hubert/Kuhnert, Jan, Aufstieg und Fall des Marburger „Ampelbündnisses", in: Reents, Jürgen u. a. (Hrsg.), Es grünt so rot. Alternativen zwischen Mode und Modell, Hamburg 1982, S. 133–154.
Kleinöder, Nina/Müller, Stefan/Uhl, Karsten, „Humanisierung der Arbeit". Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhundert, Bielefeld 2019.
Klenke, Dietmar, „Freier Stau für freie Bürger". Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949–1994, Darmstadt 1995.
Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996.
Kocka, Jürgen, Geschichte des Kapitalismus, München [2]2014.
Koenen, Gerd, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.
Kohl, Ralf, Das politische Wirken Karl Becherts von 1956–1972, Diss. Mainz 1993.
König, Wolfgang, Geschichte der Wegwerfgesellschaft. Die Kehrseite des Konsums, Stuttgart 2019.
Korte, Karl-Rudolf, Regieren unter schwindenden Gewissheiten. Substanzverluste der Demokratie und deren politische Herausforderungen in der Berliner Republik, in: Bienert, Michael C. u. a. (Hrsg.), Die Berliner Republik. Beiträge zur deutschen Zeitgeschichte seit 1990, Berlin 2013, S. 55–76.
Koß, Michael, Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen, München 2021.
Köster, Roman, Hausmüll. Abfall und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1990, Göttingen 2017.
Kowall, Nikolaus, Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft H. 3, 2018, S. 70–78.
Kraatz, Paul, Die Grünen im Bundestag 1987–1990. Einleitung, in: Hölscher, Wolfgang/Kraatz, Paul (Hrsg.), Die Grünen im Bundestag: Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987 bis 1990. Erster Halbband. Januar 1987 bis Dezember 1988, Düsseldorf 2015, S. 11*–54*.
Kramer, Nicole, Neue soziale Bewegungen, Sozialwissenschaften und die Erweiterung des Sozialstaates. Familien- und Altenpolitik in den 1970er und 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte (2012), S. 211–230.
Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie. 49 Porträts, Bonn 2015.
Kruke, Anja, Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 293–326.
Kruke, Anja, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007.
Kruke, Anja, Demokratie ohne Krise? Gibt's nicht – Erfahrungen aus den letzten 100 Jahren, in: Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019, S. 31–43.
Kruke, Anja/Kufferath, Philipp, Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa, in: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S. 3–20.
Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012.
Krumm, Thomas, Politische Vergemeinschaftung durch symbolische Politik. Die Formierung der rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen von 1983 bis 1991, Wiesbaden 2004.
Kufferath, Philipp, Peter von Oertzen (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.
Kupper, Patrick/Seefried, Elke, „A Computer's Vision of Doomsday". On the History of the 1972 Study The Limits To Growth, in: Uekötter, Frank (Hrsg.), Exploring Apocalyptica. Coming to Terms with Environmental Alarmism, Pittsburgh 2018, S. 49–74.

Kupper, Patrick, Die „1970er Diagnose". Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 325–348.
Kupper, Patrick, Gestalten statt bewahren: Die umweltpolitische Wende der siebziger Jahre am Beispiel des Atomenergiediskurses im Schweizer Naturschutz, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 145–161.
Labica, Georges/Bensussan, Gérard (Hrsg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5. Machismus bis Owenismus. In der deutschen Fassung herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Berlin 1986.
Landwehr, Achim, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71–117.
Lange, Sophie, Deutsch-deutsche Umweltpolitik im gesellschaftlichen und internationalen Kontext des Ost-West-Konflikts 1972–1990. Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin [verteidigt am 12. 7. 2021].
Langewiesche, Dieter, Parlamentarismus – Parteienstaat. Ordnungspolitische Konzeptionen in historischer Perspektive, in: Hertfelder, Thomas/Rödder, Andreas (Hrsg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 61–77.
Lanzke, Alice, „SPD – da weiß man, was man hat". Parteien als Marken. Eine Untersuchung am Beispiel der SPD, Saarbrücken 2008.
Leendertz, Ariane, Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 191–217.
Leendertz Ariane/Meteling, Wencke (Hrsg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt a. M./New York 2016.
Le Treut, Hervé/Weill, Claire, Climate Change and its Histories, in: Caradonna, Jeremy L. (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London/New York 2018, S. 305–321.
Lehnert, Detlef, „Erfolgreich" regierende Sozialdemokraten. Politische Aufstiegswege, Richtungs- und Kompetenzprofile, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft (2018), S. 49–58.
Levsen, Sonja, Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016), S. 213–242.
Levsen, Sonja/Torp, Cornelius, Die Bundesrepublik und der Vergleich, in: dies. (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 9–28.
Levsen, Sonja/Torp, Cornelius (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016.
Lieb, Felix, Von „blauen Himmeln", „sterbenden Wäldern" und „Atomkanzlern": Etappen, Erfolge und Probleme sozialdemokratischer Umweltpolitik bis zum Vorabend der rot-grünen Koalition, in: Beule, Peter (Hrsg.), Gutes Klima – Gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie, Bonn 2020, S. 6–23.
Lieb, Felix, Von der „ökologischen Modernisierung" zum „Primat der Ökonomie". Sozialdemokratische Umweltpolitik zwischen ökologischer und wirtschaftlicher Krise in den 1980er- und 1990er-Jahren, in: Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 84–96.
Linden, Markus/Thaa, Winfried, Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege?, in: dies. (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 305–324.
Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011.
Linden, Markus/Thaa, Winfried, Krise und Repräsentation, in: dies. (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 11–41.
Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1–64.
Lorenz, Robert, Oskar Lafontaine. Portrait eines Rätselhaften, Münster 2013.

Lorenz, Robert, Gewerkschaftsdämmerung. Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften, Bielefeld 2013.
Lösche, Peter/Walter, Franz, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.
Lovins, Amory B., Sanfte Energie. Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979 [1977].
Luck, W. A. P., Karl Bechert 65 Jahre, in: Physikalische Blätter 22 (1966) 1, S. 374.
Lucke, Albrecht von, Etappen eines schleichenden Endes? Eine kurze Geschichte von Rot-Grün, in: vorgänge 41 (2002) 1, S. 4–7.
Lucke, Albrecht von, Der Niedergang der SPD und das Ende der deutschen Volksparteiendemokratie, in: Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019, S. 73–83.
Lühmann, Michael, Der Geist von Schwante, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix (Hrsg.), Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, Berlin 2013, S. 146–152.
Lütjen, Torben, Hans-Jochen Vogel. Das Scheitern vor dem Aufstieg, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 236–260.
Lynen vom Berg, Heinz, Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus, in: Leviathan 47 (2019), S. 7–27.
Maerker, Christa, Wollank und Panke. Zwei Kinderladenprojekte der Jungsozialisten in West-Berlin, in: Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 101–110.
Maier, Hans, Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 1–17.
Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S., Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997.
Marx, Christian, Failed solutions of the energy crises: nuclear power, coal conversion, and the chemical industry in West Germany since the 1960s, in: Historical Social Research 39 (2014) H. 4, S. 251–271.
Marx, Christian/Reitmayer, Morten (Hrsg.), Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte, Göttingen 2020.
Mauch, Christof/Patel, Kiran Klaus, Umwelt. Naturschutz und Raubbau, in: Mauch, Christof (Hrsg.), Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008, S. 97–123.
Mauersberger, Volker (Hrsg.), Wie links dürfen Jusos sein? Vom Bürgerschreck zur Bürgerinitiative, Reinbek bei Hamburg 1974.
McNeill, John R., Blue Planet. Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2003.
McNeill, John R., The Environment, Environmentalism, and International Society in the Long 1970s, in: Ferguson, Niall u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge, Mass. u. a. 2010, S. 262–278.
McNeill, John R./Engelke, Peter, Mensch und Umwelt im Zeitalter des Anthropozän, in: Iriye, Akira/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.), 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 357–534.
Meissner-Blau, Freda/Pater, Siegfried/Scheer, Hermann (Hrsg.), Aufbruch ins 21. Jahrhundert mit Hermann Scheer. Anwalt der Sonne, Wien 1998.
Mende, Silke, „Die Alternative zu den herkömmlichen Parteien". Parlamentarismuskritik und Demokratiekonzepte der „Gründungsgrünen" in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in: Bedorf, Thomas (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie, Berlin/Münster 2009, S. 28–50.
Mende, Silke, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn", Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
Mende, Silke, Von der „Anti-Parteien-Partei" zur „ökologischen Reformpartei". Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Archiv für Sozialgeschichte (2012), S. 273–315.
Mende, Silke, Eine Partei nach dem Boom. Die Grünen als Spiegel und Motor ideengeschichtlicher Wandlungsprozesse seit den 1970er-Jahren, in: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas

(Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 23–36.
Mende, Silke, Krise der Parteiendemokratie? Zeithistorische Schlaglichter auf eine (nicht nur) aktuelle Debatte, in: Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 25–40.
Mende, Silke/Metzger, Birgit, Ökopax. Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph u. a. (Hrsg.), „Entrüstet euch!". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 118–134.
Mener, Gerhard, Zwischen Labor und Markt. Geschichte der Sonnenenergienutzung in Deutschland und den USA 1860–1986, Baldham 2001.
Mener, Gerhard, Stabilität und Wandel in der Energieversorgung: Geschichte der Sonnenenergie und der Kraft-Wärme-Kopplung, in: Ehrhardt, Hendrik/Kroll, Thomas (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 179–190.
Meng, Richard/Bullmann, Udo, Modell Rot-Grün? Auswertung eines Versuchs, Hamburg 1987.
Mergel, Thomas, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574–606.
Mergel, Thomas, Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: ders. (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 9–22.
Mergel, Thomas (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a. M./New York 2012.
Mergel, Thomas, Kulturgeschichte der Politik. In: Frank Bösch und Jürgen Danyel (Hrsg.): Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden. Göttingen 2012, S. 187–203.
Merkel, Wolfgang, Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1993.
Merkel, Wolfgang u. a., Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006.
Merseburger, Peter, Willy Brandt. 1913–1992, München 2013.
Meteling, Wencke, Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der „Standortsicherung" in den neunziger Jahren, in: Jessen, Ralph u. a. (Hrsg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt a. M./New York 2014, S. 289–315.
Meteling, Wencke, Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren, in: Leendertz, Ariane/Meteling, Wencke (Hrsg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt a. M./New York 2016, S. 203–237.
Meteling, Wencke, Standortsicherung = Zukunftssicherung. Zur angebotsökonomischen Modellierung von Zukunft in der Standortdebatte, in: Kampmann, Christoph/Marciniak, Angela/Meteling, Wencke (Hrsg.), „Security turns its eye exclusively to the future". Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden 2017, S. 389–421.
Mettke, Jörg R., Das Kreuzberger Modell. Stadtrat Orlowsky und das rot-grüne Bündnis, in: ders. (Hrsg.), Die Grünen. Regierungspartner von morgen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 51–58.
Mettke, Jörg R. (Hrsg.), Die Grünen. Regierungspartner von morgen?, Reinbek bei Hamburg 1982.
Metzger, Birgit, „Erst stirbt der Wald, dann du!". Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986), Frankfurt a. M./New York 2015.
Metzger, Birgit/Bemmann, Martin/Detten, Roderich von (Hrsg.), Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 2014.
Metzler, Gabriele, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.
Metzler, Gabriele, Politik nach Plan? Konzepte und Zielvorgaben für die Modernisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in: Rother, Bernd (Hrsg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 189–206.
Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006.
Meyer, Marc, Politische Gewinner und Verlierer der sozialdemokratischen Mobilisierungsarbeit in Frankfurt ab Mitte der 1980er Jahre, in: Marx, Christian/Reitmayer, Morten (Hrsg.), Ge-

winner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte, Göttingen 2020, S. 203–226.
Meyer, Marc, Zwischen Tradition und Moderne. Die Auseinandersetzungen um die politische Mobilisierungsarbeit der Frankfurter SPD ab Mitte der 1980er-Jahre, in: Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 56–69.
Meyer, Thomas, Zur Ökologiediskussion in der SPD, in: Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986, S. 71–86.
Meyer, Thomas, Das Berliner Grundsatzprogramm der SPD, in: Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1994, S. 33–59.
Mez, Lutz, Energiekonsens in Deutschland? Eine politikwissenschaftliche Analyse der Konsensgespräche – Voraussetzungen, Vorgeschichte, Verlauf und Nachgeplänkel, in: Brauch, Hans Günter (Hrsg.), Energiepolitik. Technische Entwicklung, politische Strategien, Handlungskonzepte zu erneuerbaren Energien und zur rationellen Energienutzung, Berlin 1997, S. 433–448.
Mez, Lutz, Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle in der Energie- und Umweltpolitik? Eine vorläufige Bilanz, in: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003, S. 329–350.
Miard-Delacroix, Hélène, Willy Brandt. The Life of a Statesman, London/New York 2016.
Miard-Delacroix, Hélène, „Von einem Weniger zu einem Mehr"? Mehr Demokratie im Wechselverhältnis von Protest, Partizipation und Moderne in deutsch-französischer Perspektive, in: Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 203–218.
Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1957 [1911].
Micus, Matthias, Die „Enkel" Willy Brandts. Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation, Frankfurt a. M. 2005.
Mielke, Gerd, Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 77–95.
Mielke, Gerd/Ruhose, Fedor, Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung. Wo steht die SPD?, Bonn 2021.
Milbradt, Jörg, Das Leipziger Programm, in: Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1994, S. 60–71.
Milder, Stephen, Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983, Cambridge 2017.
Milder, Stephen, The „Example of Wyhl": How Grassroots Protest in the Rhine Valley Shaped West Germany's Antinuclear Movement, in: Conze, Eckart/Klimke, Martin/Varon, Jeremy (Hrsg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear, and the Cold War of the 1980s, New York 2017, S. 167–185.
Milder, Stephen, From Anti-Nuke to Ökopax. 1970s Anti-Reactor Activism and the Emergence of West Germany's Mass Movement for Peace, in: Kirchhof, Astrid Mignon/McNeill, J.R. (Hrsg.), Nature and the Iron Curtain. Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries 1945–1990, Pittsburgh 2019, S. 87–101.
Milder, Stephen, Protest und Partizipation. Die Transformation der demokratischen Praxis in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020, S. 126–151.
Minkenberg, Michael, Das wiedervereinigte Deutschland – soziale Bewegungen „im Systemwandel", in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 133–154.

Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006.
Mittag, Jürgen (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation in Europa, Essen 2013.
Mittag, Jürgen, „Zu den Arbeiterbewegungen außerdeutscher, europäischer Länder stellen wir uns freundlich …". Leitbilder der sozialdemokratischen Parteienkooperation und SPD-Europapolitik im Zeitalter der Entgrenzung, in: ders. (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation in Europa, Essen 2013, S. 55–86.
Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft, Essen 2014.
Mittag, Jürgen/Steuwer, Janosch, Politische Parteien in der EU, Wien 2010.
Möckel, Benjamin, Ausstieg in die Konsumgesellschaft. Gesellschaftskritik und alternative Konsumpraktiken in Westeuropa seit den 1950er Jahren, in: Terhoeven, Petra/Weidner, Tobias (Hrsg.), Exit. Ausstieg und Verweigerung in „offenen" Gesellschaften nach 1945, Göttingen 2020, S. 210–238.
Mohr, Markus, Die Gewerkschaften im Atomkonflikt, Münster 2001.
Möller, Christian, Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur, Göttingen 2020.
Müller, Edda, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation?, Opladen 1986.
Münkel, Daniela, Einleitung. „Sozialdemokratie auf dem Weg nach vorn". Willy Brandt und die SPD 1947 bis 1972, in: Brandt, Willy (Hrsg.), Berliner Ausgabe. Band 4. Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972. Bearbeitet von Daniela Münkel, Bonn 2000, S. 19–65.
Münkel, Daniela, Das Berliner Programm, in: dies. (Hrsg.), „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, S. 45–113.
Münkel, Daniela, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, S. 9–41.
Münkel, Daniela (Hrsg.), „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007.
Münkel, Daniela, „Auf der Zinne der Partei …". Willy Brandt als Parteivorsitzender, in: dies. (Hrsg.), Bemerkungen zu Willy Brandt, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin 2013, S. 71–85.
Münkel, Daniela, Nach dem Bundeskanzleramt: Willy Brandts dritte Karriere, in: Epkenhans, Michael/Frie, Ewald (Hrsg.), Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt, Paderborn 2020, S. 173–182.
Münkel, Daniela, „Das moderne Deutschland". Die SPD zwischen Tradition und Neuanfang, in: Münch, Ursula/Oberreuter, Heinrich/Siegmund, Jörg (Hrsg.), Komplexe Farbenlehre. Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017, Frankfurt a. M./New York 2021, S. 227–232.
Müntefering, Franz, Die demokratische Verfassung transparenter und entscheidungsfähiger machen: Zu Gedanken, die Hermann Scheer sich macht, in: Bücheler, Joachim (Hrsg.), Praktische Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hermann Scheer, Bochum 2004, S. 241–243.
Nachtwey, Oliver, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
Nahles, Andrea/Hendricks, Barbara (Hrsg.), Für Fortschritt und Gerechtigkeit. Eine Chronik der SPD, Berlin 2013.
Nawrat, Sebastian, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.
Nawrat, Sebastian, Die Agenda 2010, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 412–419.
Neugebauer, Gero/Niedbalski, Bernd, Die SDP/SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie, Berlin 1992.
Neuheiser, Jörg, Der „Wertewandel" zwischen Diskurs und Praxis. Die Untersuchung von Wertvorstellungen zur Arbeit mit Hilfe von betrieblichen Fallstudien, in: Dietz, Bernhard/Neumai-

er, Christopher/Rödder, Andreas (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014, S. 141–167.
Neumann, Franz, Demokratie – Partizipation, in: Bauerkämper, Arnd/Hennig, Eike/Neumann, Franz (Hrsg.), Demokratiegeschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert. Spannungsfelder, Argumente, Tendenzen, Schwalbach/Ts. 2007, S. 91–112.
Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.
Niedermayer, Oskar, Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 97–125.
Noelle-Neumann, Elisabeth/Kepplinger, Hans Mathias/Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg im Breisgau u. a. 1999.
Nolte, Paul, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.
Nolte, Paul, Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 275–302.
[o. V.], Beate Weber, in: Hochreuther, Ina (Hrsg.), Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, Stuttgart 1992, S. 232 f.
[o. V.], Duve, Freimut, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 160 f.
[o. V.], Ganseforth, Monika, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 242.
[o. V.], Griefahn, Monika, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 278.
[o. V.], Hartenstein, Liesel, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 308.
[o. V.], Hauff, Volker, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 313.
[o. V.], Jansen, Günther, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002, S. 388.
[o. V.], Schäfer, Harald B., in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 2 N–Z, München 2002, S. 722.
[o. V.], Scheer, Hermann, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 2 N–Z, München 2002, S. 733.
[o. V.], Ueberhorst, Reinhard, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 2 N–Z, München 2002, S. 887.
Oberloskamp, Eva, „Renewable Energies" in the UK and West Germany, 1970s to 1990s: Political Discourses and Approaches. Paper für die „Energy Transitions Conference" an der New York University, organisiert von Stephen Gross und Andrew Needham, 1. bis 2. November 2018.
Oberloskamp, Eva, Towards the German Energiewende: Ecological Problems and Scientific Expertise in West German Energy Policies during the 1970s and 1980s, in: Trentmann, Frank/Sum, Anna Barbara/Rivera, Manuel (Hrsg.), Work in progress. Economy and environment in the hands of experts, München 2018, S. 233–261.
Oberloskamp, Eva, Energy and the Environment in Parliamentary Debates in the Federal Republic of Germany, United Kingdom and France from the 1970s to the 1990s, in: Wenkel, Christian u. a. (Hrsg.), The Environment and the European Public Sphere. Perceptions, Actors, Policies, Cambridgeshire 2020, S. 205–219.

Oberloskamp, Eva, Intellektuelle und die Janusköpfigkeit der Moderne. Der Konflikt um die Atomenergie und der Wandel von Intellektuellenrollen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gilcher-Holtey, Ingrid/Oberloskamp, Eva (Hrsg.), Warten auf Godot? Intellektuelle seit den 1960er Jahren, Berlin/Boston 2020, S. 101–116.

Oberloskamp, Eva, Schadet Umweltpolitik der Wirtschaft? Die „Umweltklausur" auf Schloss Gymnich 1975 (Arbeitstitel), [Manuskript angenommen, erscheint in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 71 (2023)].

Oberpriller, Martin, Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition, Bonn 2004.

Oppeln, Sabine von, Die neuere energiepolitische Diskussion in der SPD. Zwischen sozialliberalem Krisenmanagement und demokratisch-sozialistischer Politik, Berlin 1980.

Oppeln, Sabine von, Die Linke im Kernenergiekonflikt. Deutschland und Frankreich im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1989.

Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 2: 1945 bis 1974, Neu bearbeitete und ergänzte Auflage, Bonn 2005.

Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 3: 1974 bis 1982, Bonn 2005.

Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 4: 1982 bis 1987, Berlin 2006.

Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 5: 1987 bis 1990, Bonn 2009.

Padgett, Stephen/Paterson, William E., A History of Social Democracy in Postwar Europe, London/New York 1991.

Pater, Siegfried, Der Anwalt der Sonne. Eine Reportage, in: Meissner-Blau, Freda/Pater, Siegfried/Scheer, Hermann (Hrsg.), Aufbruch ins 21. Jahrhundert mit Hermann Scheer. Anwalt der Sonne, Wien 1998, S. 13–98.

Peters, Tim B., Der parlamentarische Arm der Friedens- und Umweltbewegung. Die Grünen im Deutschen Bundestag 1983–1987, in: Grünes Gedächtnis (2007), S. 77–82.

Pettenkofer, Andreas, Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Plickert, Philip, Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society", Stuttgart 2008.

Plumpe, Werner, „Ölkrise" und wirtschaftlicher Strukturwandel. Die bundesdeutsche Wirtschaft im Zeichen von Normalisierung und Globalisierung während der 1970er Jahre, in: Gallus Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 101–123.

Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne, Kleine Geschichte der SPD. 1848–2002, 8., aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn 2002.

Pötzl, Norbert F., Riesenhaft dimensioniertes Stückwerk. Die Umweltpolitik der sozialliberalen Koalition, in: Bickerich, Wolfram (Hrsg.), Die 13 Jahre. Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 103–124.

Probst, Lothar, Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE), in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 509–540.

Probst, Lothar, Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 203–218.

Radkau, Joachim, Von der Kohlennot zur solaren Vision: Wege und Irrwege bundesdeutscher Energiepolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 461–486.

Radkau, Joachim, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.

Radkau, Joachim, Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017.

Radkau, Joachim/Hahn, Lothar, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013.

Radkau, Joachim/Uekötter, Frank, Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 65–74.

Raithel, Thomas, Neue Technologien: Produktionsprozesse und Diskurse, in: Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 31–44.
Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 7–14.
Raphael, Lutz, Industriearbeit(er) nach dem Boom. Bundesrepublikanische Entwicklungen im westeuropäischen Vergleich, in: Levsen Sonja/Torp, Cornelius (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 207–231.
Raphael, Lutz, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
Raschke, Joachim, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a. M./New York 1985.
Raschke, Joachim (Hrsg.), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
Raschke, Joachim (Hrsg.), Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren". Mit einem Beitrag von Achim Hurrelmann, Frankfurt a. M./New York 2001.
Recker, Marie-Luise, Parlamentarismus in der Bewährung. Der Deutsche Bundestag 1949–2020, Düsseldorf 2021.
Rehrmann, Norbert (Hrsg.), Rot-grünes „Modell Kassel"? Eine Bilanz nach 4 Jahren, Kassel 1985.
Reichardt, Sven, Große und Sozialliberale Koalition (1966–1974), in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 71–91.
Reichardt, Sven, Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskursanregung, in: Sozial.Geschichte 22 (2007) H. 3, S. 43–65.
Reichardt, Sven, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. 1968–1983, Göttingen 2010.
Reinhardt, Max, Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden 2011.
Reitmayer, Morten, Gewinner und Verlierer nach dem Boom – eine vorläufige Bilanz, in: Marx, Christian/Reitmayer, Morten (Hrsg.), Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte, Göttingen 2020, S. 7–26.
Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.
Reschke, Michael, Hermann Scheer – atypischer Visionär und Pionier der Energiewende, in: Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie. 49 Porträts, Bonn 2015, S. 282–288.
Richter, Hedwig, Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2020.
Richter, Saskia, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.
Richter, Saskia/Schlieben, Michael/Walter, Franz, Das rot-grüne Projekt – Rückblick auf eine kraftlose Koalition, in: Grünes Gedächtnis (2007), S. 11–26.
Rödder, Andreas, Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990, Stuttgart 2004.
Rödder, Andreas, Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 181–201.
Rödder, Andreas, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2010.
Rödder, Andreas, Wertewandel in historischer Perspektive. Ein Forschungskonzept, in: Dietz, Bernhard/Neumaier, Christopher/Rödder, Andreas (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue

Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014, S. 17–39.
Rödder, Andreas, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2017.
Rohe, Karl, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 321–346.
Romberg, Dennis, Atomgeschäfte. Die Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970–1979, Paderborn 2020.
Rosebrock, Jürgen, Wegbereiter der bundesdeutschen Umweltpolitik. Eine kleine Geschichte der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, München 2014.
Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1991.
Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008.
Roth, Roland/Rucht, Dieter, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–36.
Rother, Bernd (Hrsg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011.
Rucht, Dieter, Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980.
Rucht, Dieter, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1994.
Rucht, Dieter (Hrsg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a. M. u. a. 2001.
Rucht, Dieter, Anti-Atomkraftbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 245–266.
Rucht, Dieter, Der Lohn des langen Atems. Anmerkungen zur Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020, S. 110–125.
Rucht, Dieter/Roth, Roland, Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 635–668.
Ruck, Michael, Von der Utopie zur Planung. Sozialdemokratische Zukunftsvisionen und Gestaltungsentwürfe vom 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre, in: Ruck, Michael/Dauderstädt, Michael (Hrsg.), Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz, Bonn 2011, S. 7–77.
Ruck, Michael, Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels. Repräsentation, Partizipation und Administration während der 1980er Jahre – eine Problemskizze, in: Archiv für Sozialgeschichte (2012), S. 253–276.
Rudolph, Karsten, Einleitung. Willy Brandt und die Partei der Freiheit, in: Brandt, Willy (Hrsg.), Berliner Ausgabe. Band 5. Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992. Bearbeitet von Karsten Rudolph, Bonn 2002, S. 15–72.
Rudolph, Karsten, Die deutsche Sozialdemokratie im Wandel ihrer Grundsatzprogramme, in: Jelich, Franz-Josef (Hrsg.), Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach, Essen 2003, S. 479–494.
Rusinek, Bernd-A., Wyhl, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 2., durchgesehene Auflage, München 2002, S. 652–666.
Sachs, Matthias, Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2011.
Salomon, Dieter, In den Chefsesseln von Rathäusern, in: Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard (Hrsg.), Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen, Köln 1994, S. 15–23.
Sarasin, Philipp, 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 2021.
Saretzki, Thomas, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999. Ein Politikfeld zwischen Wirtschafts-, Technologie- und Umweltpolitik, in: Willems, Ulrich (Hrsg.), Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949–1999, Opladen 2001, S. 195–221.

Sartori, Giovanni, Parties and party systems. A framework for analysis. Volume I, Cambridge/London/New York 1976.
Schanetzky, Tim, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.
Schäuble, Wolfgang, Was der Weg der Grünen über unser parlamentarisches System aussagt, in: Wedell, Michael/Milde, Georg (Hrsg.), Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2020, S. 23–31.
Scheidle, Ilona, „Ich liebe den weiten Blick, von dem auch Neues herkommen kann". Die erste Oberbürgermeisterin in Baden-Württemberg: Beate Weber (*1943), in: Scheidle, Ilona (Hrsg.), Heidelbergerinnen, die Geschichte schrieben. Frauenporträts aus fünf Jahrhunderten, Kreuzlingen 2006, S. 173–179.
Scherer, Klaus-Jürgen, Perspektiven rot-grüner Kooperation – Zum Problem einer linken und ökologischen Strategie, in: Kunz, Norbert W. (Hrsg.), Ökologie und Sozialismus. Perspektiven einer umweltfreundlichen Politik, Köln 1986, S. 350–369.
Schikowski, Florian, Parteikritik als Integrationsfaktor. Bündnis 90 und die Grünen im Fusionsprozess zwischen Bewegungsvergangenheit und Parteireformen, in: Holzhauser, Thorsten/Lieb, Felix (Hrsg.), Parteien in der „Krise". Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 97–111.
Schildt, Axel, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten". Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449–478.
Schildt, Axel, Liberalisierung und Demokratisierung. Grundzüge der Reformpolitik 1966–1974, in: Rother, Bernd (Hrsg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 175–188.
Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019.
Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 11–23.
Schlemmer, Thomas, Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 7–12.
Schlieben, Michael, Oskar Lafontaine. Ein Opfer der Einheit, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 290–322.
Schmidt, Eberhard, Arbeiterbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 157–186.
Schmidt, Hans Peter, Naturschutz – Landschaftsschutz – Umweltschutz. Der Touristenverein „Die Naturfreunde" als ökologisches Frühwarnsystem der Arbeiterbewegung, in: Zimmer, Jochen (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984, S. 184–204.
Schmidt, Manfred G., Die Politik des mittleren Weges. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, in: Osterhammel, Jürgen/Langewiesche, Dieter/Nolte, Paul (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 239–252.
Schmidt, Manfred G., Über die Zukunft der Demokratie, in: Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019, S. 19–30.
Schmidt, Rüdiger, „Wer ist denn eigentlich Bürger?" Der Wandel der SPD zur Volkspartei nach 1945, in: Cavazza, Stefano/Großbölting, Thomas/Jansen, Christian (Hrsg.), Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien, Stuttgart 2018, S. 199–214.
Schmidt, Wolfgang, Ein Modell für „Global Governance"? Die Vorschläge der Nord-Süd-Kommission 1977–1983, in: Rother, Bernd (Hrsg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 249–269.
Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020.

Schneider, Michael, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000.
Scholle, Thilo, Einführung zu Abschnitt 2: Die Jungsozialisten in der Nachkriegszeit bis Ende der 1970er-Jahre, in: Scholle, Thilo/Schwarz, Jan/Ciftci, Ridvan (Hrsg.), Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Bonn 2014, S. 109–126.
Scholle, Thilo/Schwarz, Jan, „Wessen Welt ist die Welt?". Geschichte der Jusos, Berlin 2013.
Schöllgen, Gregor, Gerhard Schröder. Die Biographie, München 2015.
Schönhoven, Klaus, Wendejahre: Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit der großen Koalition, 1966–1969, Bonn 2004.
Schönhoven, Klaus, Zwischen Euphorie und Ernüchterung: SPD-dominierte Bundesregierungen, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 77–97.
Schönhoven, Klaus, Durchbruch zur Volkspartei: Gesellschaftliche Öffnung und innerparteilicher Wandel der Sozialdemokratie zwischen 1945 und 1989, in: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 222–229.
Schönhoven, Klaus, Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Phasen und Probleme, in: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, 2., überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2014, S. 59–83.
Schroeder, Wolfgang/Keudel, Dorothea, Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung, Düsseldorf 2008.
Schramm, Luise, Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981, Göttingen 2013.
Schregel, Susanne, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a. M. 2011.
Schuh, Petra/von der Weiden, Bianca M., Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997.
Schulz-Walden, Thorsten, Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975), München 2013.
Schüring, Michael, „Bekennen gegen den Atomstaat". Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990, Göttingen 2015.
Schüttemeyer, Suzanne S., Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen/Wiesbaden 1998.
Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008.
Schwarz, Jan, Einführung zu Abschnitt 3: Die Jungsozialisten von den 1980er-Jahren bis heute, in: Scholle, Thilo/Schwarz, Jan/Ciftci, Ridvan (Hrsg.), Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Bonn 2014, S. 211–225.
Schwarzelühr-Sutter, Rita, Klimapolitik für die große Mehrheit. Wie schaffen wir den sozialökologischen Umbau für unsere Gesellschaft?, in: Beule, Peter (Hrsg.), Gutes Klima – Gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie, Bonn 2020, S. 4 f.
Sedlmaier, Alexander, Ausstieg aus der „Konsumgesellschaft"? Die radikale Linke in der Bundesrepublik, in: Terhoeven, Petra/Weidner, Tobias (Hrsg.), Exit. Ausstieg und Verweigerung in „offenen" Gesellschaften nach 1945, Göttingen 2020, S. 181–209.
Seefried, Elke, Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, in: Journal of Modern European History 13 (2015), S. 377–400.
Seefried, Elke, Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin 2015.
Seefried, Elke, Bruch im Fortschrittsverständnis? Zukunftsforschung zwischen Steuerungseuphorie und Wachstumskritik, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 425–448.
Seefried, Elke, Globale Sicherheit: Die Wurzeln des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses und die Wahrnehmung globaler Interdependenz der 1970er und 1980er Jahre, in: Kampmann, Chris-

toph/Marciniak, Angela/Meteling, Wencke (Hrsg.), „Security turns its eye exclusively to the future". Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden 2017, S. 353–387.
Seefried, Elke, Partei der Zukunft? Der Wandel des Fortschrittsverständnisses der SPD 1960–2000, in: Esposito, Fernando (Hrsg.), Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom, Göttingen/Bristol 2017, S. 193–225.
Seefried, Elke, Mehr Planung wagen? Die regierende Sozialdemokratie im Spannungsfeld zwischen politischer Planung und Demokratisierung 1969–1974, in: Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 105–124.
Seefried, Elke, Erosion der Mitte? Parteien und Polarisierung in der Weimarer und der gegenwärtigen Demokratie, in: Sabrow, Martin (Hrsg.), Auf dem Weg nach Weimar? Demokratie und Krise, Leipzig 2020, S. 71–92.
Seefried, Elke, Zukunft in der Transformation. Sozialdemokratie seit 1959, in: Hölscher, Lucian/Seefried, Elke/Berger, Stefan (Hrsg.), Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche, Frankfurt a. M./New York 2022, S. 267–299.
Seibring, Anne, Die Humanisierung des Arbeitslebens in den 1970er-Jahren: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 107–126.
Seifert, Benjamin, Träume vom modernen Deutschland. Horst Ehmke, Reimut Jochimsen und die Planung des Politischen in der ersten Regierung Willy Brandts, Stuttgart 2010.
Seiffert, Jeanette, „Marsch durch die Institutionen?". Die „68er" in der SPD, Bonn 2009.
Siemann, Wolfram/Freytag, Nils, Umwelt – eine geschichtswissenschaftliche Grundkategorie, in: Siemann, Wolfram (Hrsg.), Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003, S. 7–19.
Sieferle, Rolf Peter, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
Siri, Jasmin, Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form, Wiesbaden 2012.
Siri, Jasmin, Von der Partei zur Bewegung? Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform, in: Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?, Bonn 2019, S. 84–95.
Soell, Hartmut, Helmut Schmidt, 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.
Soell, Hartmut, Helmut Schmidt: Zwischen reaktivem und konzeptionellem Handeln, in: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 279–295.
Soell, Hartmut, „Modell Deutschland" – sozialdemokratische Näherungen und Abweichungen, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 321–329.
Soell, Hartmut, Helmut Schmidt (1918–2015): Kanzler der internationalen Sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen, in: Brandt, Peter/Lehnert, Detlef (Hrsg.), Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich. 1918–1983, Bonn 2017, S. 283–297.
Soentgen, Jens, Ökologie der Angst, Berlin 2018.
Soentgen, Jens, Wir Feuermacher, in: Gassner, Ulrich u. a. (Hrsg.), Umwelt und Gesundheit, Baden-Baden 2020, S. 41–67.
Spier, Tim/Alemann, Ulrich von, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 439–467.
Stalmann, Volker, Kontinuität und Wandel des deutschen Parteiensystems nach 1945, in: Lehnert, Detlef (Hrsg.), Parteiendemokratie. Theorie und Praxis in Deutschland und Nachbarländern, Berlin 2020, S. 41–85.
Steber, Martina, A Better Tomorrow. Making Sense of Time in the Conservative Party and the CDU/CSU in the 1960s and 1970s, in: Journal of Modern European History 13 (2015), S. 317–337.
Steber, Martina, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017.

Steber, Martina, Sorge um die Demokratie. Deutsche und britische Konservative und das linke Demokratieprojekt in den 1970er-Jahren, in: Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 219–238.

Steinmetz, Anne-Kathrin, Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung, Berlin 2017.

Steinmetz, Willibald/Haupt, Heinz-Gerhard, The Political as Communicative Space in History: The Bielefeld Approach, in: Steinmetz, Willibald/Gilcher-Holtey, Ingrid/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Writing Political History Today, Frankfurt a. M. 2013, S. 11–33.

Stollberg-Rilinger, Barbara, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Berlin 2005, S. 9–24.

Stöver, Bernd, Transatlantische Beziehungen der Berliner Republik von 1990 bis heute. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, in: Bienert, Michael C. u. a. (Hrsg.), Die Berliner Republik. Beiträge zur deutschen Zeitgeschichte seit 1990, Berlin 2013, S. 123–142.

Strasser, Johano, Ökosozialismus, in: Meyer, Thomas u. a. (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 464–466.

Strasser, Johano, Der große Aufklärer aus dem Norden, in: Danker, Uwe/Steffen, Jens-Peter (Hrsg.), Jochen Steffen. Ein politisches Leben, Malente 2018, S. 491–494.

Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

Sturm, Daniel Friedrich, Wohin geht die SPD?, München 2009.

Süß, Dietmar, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2004), S. 67–104.

Süß, Dietmar, Der lange Marsch durch die Partei. Jungsozialisten in den 1970er-Jahren, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 312–321.

Süß, Dietmar, Der Sieg der grauen Herren? Flexibilisierung und der Kampf um Zeit in den 1970er und 1980er Jahren, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 109–127.

Süß, Dietmar, Neue Lust am Streit – „Demokratie wagen" in der sozialdemokratischen Erfahrungswelt der Ära Brandt, in: Schildt, Axel/Schmidt, Wolfgang (Hrsg.), „Wir wollen mehr Demokratie wagen". Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 125–141.

Süß, Dietmar/Woyke, Meik, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 3–20.

Süß, Winfried, Umbau am „Modell Deutschland". Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland „nach dem Boom", in: Journal of Modern European History 9 (2011), S. 215–240.

Süß, Winfried/Süß, Dietmar, Zeitgeschichte der Arbeit: Beobachtungen und Perspektiven, in: Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 345–365.

Switek, Niko, Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015.

Terhoeven, Petra/Weidner, Tobias (Hrsg.), Exit. Ausstieg und Verweigerung in „offenen" Gesellschaften nach 1945, Göttingen 2020.

Thaa, Winfried, An den Schalthebeln der Landespolitik, in: Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard (Hrsg.), Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen, Köln 1994, S. 24–30.

Thaa, Winfried, Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation: vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit, in: Politische Vierteljahresschrift 49 (2008), S. 618–640.

Thaa, Winfried, Die Krise politischer Repräsentation – eine Folge der Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und sozio-kultureller Milieus?, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried, Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 125–147.

Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard (Hrsg.), Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen, Köln 1994.
Thaa, Winfried/Salomon, Dieter/Gräber, Gerhard, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen, Köln 1994, S. 7–11.
Ther, Philipp, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
Ther, Philipp, Europäische Transformationen. Über Schocktherapien, Demokratie und Populismus nach 1989, in: Bösch, Frank/Hertfelder, Thomas/Metzler, Gabriele (Hrsg.), Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 239–258.
Ther, Philipp, The Price of Unity. The Transformation of Germany and East Central Europe after 1989, in: Laczó, Ferenc/Gabrijelčič, Luka Lisjak (Hrsg.), The Legacy of Division. East and West after 1989, Budapest/New York 2020, S. 30–47.
Tompkins, Andrew S., Better Active than Radioactive!, Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany, Oxford 2013.
Tschirschwitz, Lars, Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2017.
Tretbar-Endres, Martin, Die Kernenergiediskussion der SPD Schleswig-Holstein. Ein Beispiel innerparteilicher Willensbildung, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 8 (1993), S. 347–372.
Tuchman, Barbara, Wann ereignet sich Geschichte?, in: dies. (Hrsg.), In Geschichte denken. Essays, Düsseldorf 1982, S. 31–39.
Türk, Henning, Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin-Brandenburg 2021.
Turowski, Jan, Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden 2010.
Ueberhorst, Reinhard, Über die Aktualität von Jochen Steffen im 21. Jahrhundert, in: Danker, Uwe/Steffen, Jens-Peter (Hrsg.), Jochen Steffen. Ein politisches Leben, Malente 2018, S. 347–412.
Uekötter, Frank, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003.
Uekötter, Frank, Erfolglosigkeit als Dogma? Revisionistische Bemerkungen zum Umweltschutz zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der „ökologischen Wende", in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 105–123.
Uekötter, Frank, Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007.
Uekötter, Frank, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
Uekötter, Frank, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen/Bristol 2015.
Uekötter, Frank, Ökologische Verflechtungen. Umrisse einer grünen Zeitgeschichte, in: Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 117–152.
Uekötter, Frank, Myths, Big Myths and Global Environmentalism, in: Berger, Stefan/Nehring, Holger (Hrsg.), The History of Social Movements in Global Perspective. A Survey, London 2017, S. 419–447.
Uekötter, Frank, Der Deutsche Kanal. Eine Mythologie der alten Bundesrepublik, Stuttgart 2020.
Uekötter, Frank, Im Strudel. Eine Umweltgeschichte der modernen Welt, Frankfurt a. M./New York 2020.
Uekötter, Frank/Kirchhelle, Claas, Wie Seveso nach Deutschland kam. Umweltskandale und ökologische Debatte von 1976 bis 1986, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 317–334.
Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 1 A–M, München 2002.
Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutsches Bundestages 1949–2002. Band 2 N–Z, München 2002.

Vogel, Hans-Jochen/Eppler, Erhard/Thierse, Wolfgang, Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90, Freiburg im Breisgau 2014.
Voigt, Sebastian, Kapital und Arbeit in Bewegung. Zu einigen Neuerscheinungen über die Geschichte des Kapitalismus, der Arbeit(-swelt), der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, in: Neue Politische Literatur 65 (2020), S. 3–33.
Voigt, Sebastian, From Marxism to „Agenda 2010": German Social Democratic Notions of the State from Its Founding until Today, in: Fulla, Mathieu/Lazar, Marc (Hrsg.), European Socialists and the State in the Twentieth and Twenty-First Centuries, Cham 2020, S. 283–302.
Voigt, Sebastian, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), Since the Boom. Continuity and Change in the Western Industrialized World after 1970, Toronto/Buffalo/London 2021, S. 3–32.
Voigt, Sebastian, Since the Boom. Continuity and Change in the Western Industrialized World after 1970, Toronto/Buffalo/London 2021.
van Haute, Emily, The Development of Green Parties in Europe: Obstacles and Opportunities 1970–2015, in: Wenkel, Christian u. a. (Hrsg.), The Environment and the European Public Sphere. Perceptions, Actors, Policies, Cambridgeshire 2020, S. 165–180.
Walter, Franz, Partei der ewigen 70er: Zur Krise der SPD in der Ära Scharping, in: Politische Vierteljahresschrift 36 (1994), S. 706–718.
Walter, Franz, Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004.
Walter, Franz, Farblose und entkoppelte Oligarchien – das Parteiensystem, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 299–317.
Walter, Franz, Die SPD. Biographie einer Partei, Überarbeitete und erweiterte Taschenbuchausgabe, 3. Auflage Reinbek bei Hamburg 2009.
Walter, Franz, Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010.
Webel, Diana von, Der Wahlkampf der SPD, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Kepplinger, Hans Mathias/Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg im Breisgau u. a. 1999, S. 13–39.
Wedell, Michael/Milde, Georg, Ausblick, in: dies. (Hrsg.), Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2020, S. 323–332.
Wedell, Michael/Milde, Georg (Hrsg.), Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2020.
Wehner, Christoph, Die Versicherung der Atomgefahr. Risikopolitik, Sicherheitsproduktion und Expertise in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1945–1986, Göttingen 2017.
Weichlein, Siegfried, Föderalismus und Demokratie in der Bundesrepublik, Stuttgart 2019.
Weidner, Helmut/Jänicke, Martin, Vom Aufstieg und Niedergang eines Vorreiters. Eine umweltpolitische Bilanz der Ära Kohl, in: Wewer, Göttrik (Hrsg.), Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998, Opladen 1998, S. 201–228.
Weidner, Tobias, Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen 2012.
Weirauch, Wolfgang, Mein Leben begann mit einer Lüge. Interview mit Freimut Duve, in: Bechtolsheim, Katharina von/Dietz, Simone/Duve, Freimut (Hrsg.), Lügen. Flensburg 2005, S. 66–96.
Weisker, Albrecht, Expertenvertrauen gegen Zukunftsangst. Zur Risikowahrnehmung der Kernenergie, in: Frevert, Ute (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 394–421.
Weisker, Albrecht, Powered by Emotion? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Engels, Jens Ivo (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 203–221.
Wenkel, Christian u. a. (Hrsg.), The Environment and the European Public Sphere. Perceptions, Actors, Policies, Cambridgeshire 2020.
Wiesendahl, Elmar, Volkspartei, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2011, S. 662–664.
Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte. Band 2. Vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2000.
Winter, Thomas von, Parteien, Verbände und Bewegungen, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 387–412.

Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium. 1982–1990, München 2006.
Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.
Wirsching, Andreas, Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989, München 2015.
Wirsching, Andreas, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, 4., überarbeitete Auflage, München 2018.
Wirsching, Andreas, Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne. Herausgegeben von Magnus Brechtken, Thomas Raithel, Elke Seefried und Martina Steber, Göttingen 2019.
Wirsching, Andreas, Eine „Ära Kohl"? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: ders., Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne. Herausgegeben von Magnus Brechtken, Thomas Raithel, Elke Seefried und Martina Steber, Göttingen 2019, S. 360–382.
Wirsching, Andreas, Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft, in: ders., Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne. Herausgegeben von Magnus Brechtken, Thomas Raithel, Elke Seefried und Martina Steber, Göttingen 2019, S. 329–359.
Wirsching, Andreas, Toward a New Europe? Knowledge as a Transformational Resource since the 1970s, in: ders., Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne. Herausgegeben von Magnus Brechtken, Thomas Raithel, Elke Seefried und Martina Steber, Göttingen 2019, S. 383–397.
Wirsching, Andreas, „Kaiser ohne Kleider"? Der Nationalstaat und die Globalisierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68 (2020), S. 659–685.
Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, München 2007.
Wolfrum, Edgar, Fortschritt in der Krise und die Herausforderungen der Zukunft. Wie historisch war der rot-grüne Machtwechsel 1998?, in: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 272–279.
Wolfrum, Edgar, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013.
Wolfrum, Edgar, Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart 2020.
Woyke, Meik (Hrsg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013.
Woyke, Meik, Zweckbündnis auf Zeit: Das Ende der sozial-liberalen Koalition, in: Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hrsg.), Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 342–352.
Woyke, Meik, Management und Krisen der sozial-liberalen Koalition 1969–1982, in: Gassert, Philipp/Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.), Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel, Paderborn 2017, S. 161–184.
Woyke, Meik, Helmut Schmidt. 100 Seiten, Ditzingen 2018.
Zaretsky, Natasha, Radiation Nation. Three Mile Island and the Political Transformation of the 1970s, New York 2018.
Zeuner, Bodo/Wischermann, Jörg, Rot-Grün in den Kommunen. Konfliktpotentiale und Reformperspektiven. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, Opladen 1995.
Ziemann, Benjamin, Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, in: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, Bonn 2012, S. 250–255.
Zimmer, Jochen, „Mit uns zieht die neue Zeit", in: ders. (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984, S. 12–30.
Zimmer, Jochen (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984.
Zöpel, Christoph, Transnationale Parteienkooperation in der politischen Praxis, Die Sozialistische Internationale im 20. und 21. Jahrhundert, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), Transnationale Parteienkooperation in Europa, Essen 2013, S. 97–110.

Personenverzeichnis

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf die Nennung von Personen in den Fußnoten.

Albracht, Gerd *300*
Albrecht, Ernst 48, 58, 222, *222*
Altner, Günter *56*, 86, *86*
Amery, Carl 89, 189, *189*, 276
Apel, Hans 30, *96*, 177, *256*, 292, *292*
Arndt, Melanie *152*
Arnold, Klaus *114*

Bahr, Egon 84, 87, 93 f., 108, 129, *205*, *216*, 225, *225*, 351
Barbe, Angelika 261
Bardens, Hans 212, *212*
Bastian, Gert 173
Bäumer, Otto 229
Bayer, Wolfgang *358*
Bebel, August *283*
Bechert, Karl 45, *45*, 192 f., *193*
Beck, Ulrich 283, *287*
Behrendt, Gerhard *345*
Bell, Daniel *8*
Berger, Hans 322
Beule, Peter 14, *378*
Biermann, Wolfgang *114*
Biess, Frank 16
Binder, Sepp *352*
Binswanger, Hans Christoph 256
Blair, Tony 316, 339, 341
Bleicher, Siegfried *207, 300*
Blessing, Karlheinz 360 f.
Bloch, Ernst 291
Bogisch, Frank 262
Bohl, Friedrich 351
Bohley, Bärbel 353
Böll, Heinrich 112
Borgmann, Annemarie 96
Börner, Holger 63, 113, 124–126, *141*, 175–180, 226 f., 293, *293*, 303
Bösch, Frank *36*
Brandt, Heinz 49, *49*
Brandt, Leo 44
Brandt, Willy 1, *1*, 12, 18 f., 23–25, *23*, 27–30, *27*, 35, 37–39, *37*, 42, 49, *60*, 69, *91*, 92, 95, *95 f.*, *101*, 111, 114, *114*, 118, *123*, 132, *133*, 134, 136, 156–158, 168–170, 173 f., 183 f., *184*, 188, 200–202, 206, 216, 219, 227, *227*, 231, 235, 238 f., 256, *256*, 260, 276, 279 f., 284, 286, 288, *289*, 292–295, *293*, 303–305, *304*, 332, *332*, 336, 347, 375, 378
Briefs, Ulrich 300 f., *301*
Brückner, Herbert 56, 198
Brundtland, Gro Harlem 332, 335 f.
Brunn, Anke 105, *207*
Bruns, Johann *207 f., 300*
Brusis, Ilse 183
Bülow, Andreas von 351

Catenhusen, Wolf-Michael 357
Classen, Christoph *114*
Clement, Wolfgang *321*
Conradi, Peter 170
Conze, Eckart *14*, 16, 94, 364
Crouch, Colin *238*
Crutzen, Paul 216

Dahm, Jochen 376
Däubler-Gmelin, Hertha 170, 352
Decker, Frank 376
Deile, Volkmar *184*
Deneke, Diether 204
Detterbeck, Klaus *12*
Diepgen, Eberhard 350
Dinné, Olaf 94, *94*
Ditfurth, Jutta *129*, 165, 358
Doering-Manteuffel, Anselm 7, *7*, 285, 380 f.
Dohnanyi, Klaus von 168, *168*, 180, 183, 234
Dreher, Burkhard *321*
Dreßler, Rudolf 183, 257, 267
Dröscher, Wilhelm *114*
Dubslaff, Etienne *237*
Dürr, Hermann 212
Dutschke, Rudi 96
Duve, Freimut *61*, 107 f., 112, 122, *124*, 160 f., *168*, 170, 188 f., *189*, 204, 210, 212, 302

Ebermann, Thomas 170, 180
Egle, Christoph 365
Ehmke, Horst 26, 34, 59, *60*, 65, *66*, 77, *225*, 351
Ehrenberg, Herbert 49, 51, 141, 174, 224, 294
Ehrenstein, Dieter von *56*
Eichel, Hans *93*, 171, 182 f., *207*, 235, *256*, 354
Eichler, Willi 293
Eidtner, Hans-Günther *91*
Eisenhower, Dwight D. 43
Engelen-Kefer, Ursula *208*
Engels, Friedrich 278

Engels, Jens Ivo *287*, 288
Engholm, Björn *157*, 200, *200*, 235, *256*, 270, *283*, 319, 326, 344 f., *345*, 361
Eppler, Erhard 2 f., *2*, 6, 16, *16*, 18, 27, 32–38, *34*, 42, 50–52, 59–62, *60 f.*, 65 f., *66*, 71–73, *72*, 80, 86, *86*, 92, *92*, 112, *114*, 115, 124, 129 f., *129*, 156, 175, 187–190, *188*, 194 f., 200–202, 204, 219, 222, 224 f., 230, 244, *244*, 275, 279–281, 288, 370, 377, 387

Fabian, Sina *284*
Farthmann, Friedhelm *60*, *114*, 115, *165*, *207*, *300*, 356
Faulenbach, Bernd 28
Fischer, Joschka 173, 177, 179 f., 182, *182*, 351, 357, 359, 365 f.
Franke, Egon *37*, 196, 294
Fuchs, Anke 255, 257, *321*, 351 f.
Fülgraff, Georges Michael *207–209*

Galbraith, John Kenneth *34*
Ganseforth, Monika 97, 195, *195*, *217*, *251*, 302, 327, 345
Gansel, Norbert 108, 124, 183
Gatzka, Claudia Christiane *115*
Gaul, Edward 189
Gaumer, Janine *238*
Geißler, Heiner 178
Geijer, Arne *289*
Genscher, Hans-Dietrich 26, 39, 55, 211
Gerlach, Johannes 345
Glotz, Peter *114*, 117 f., 132, *133*, *147*, 174, 184, 210, 214, *214*, 237, 277, 286, 304 f., *304 f.*, 323, *342*
Gollwitzer, Helmut 95
Görlach, Willi 183, 198, 204, *207, 209*
Gorski, Philip S. 309, 378
Görtemaker, Manfred *14*
Gorz, André 189, 204
Gotto, Bernhard *101, 287*
Graf, Rüdiger *371*
Grass, Günter *111*, 112, *189*
Grebing, Helga 237, 301
Greinacher, Norbert *184*
Griefahn, Monika 19, 98, 112, 196 f., *197*, *217*, 258, 302, 335, 337, 355
Grießhammer, Rainer 160, 258
Gruhl, Herbert 90, *90*
Grzimek, Bernhard 25
Güllenstern, Eleonore *157*
Gutzeit, Martin 260

Haack, Dieter 174
Haack, Karl Hermann 357
Habermas, Jürgen *285*
Haeckel, Ernst 4
Häfele, Wolf *50*
Hahn, Lothar *99*
Hahn, Ottokar *157*
Hammerbacher, Ruth 351
Hansen, Jan 13, *379*
Harich, Wolfgang 95, *95*, 204
Hartenstein, Liesel 18, 97, 194, *194*, *207*, 212, 215, 243
Hartkopf, Günter 26
Hartmann, G. *98*
Hartmann, Thomas 376
Hartung, Rudolf 170, *229 f.*
Hasenclever, Wolf-Dieter 90
Hauff, Volker 19, 38, 42, 49, *53*, 54, *60*, 66, *72*, *72*, *75*, 81, *86*, 115, 123, *123*, 134, 140, 143 f., 147 f., *147*, 155 f., *157*, 160, 170, 191–194, *191*, 197, 200–202, 206, *207*, 208–210, *208 f.*, 213, 215, 232, 255, 267, 291, *305*, 332, *333*, 336, 377
Heinemann, Gustav *188*
Hennicke, Peter 215
Henning, Horst 172
Herzog, Roman 325
Hiersemann, Karl-Heinz 113, 183
Hiller, Reinhold 268
Hirsch, Martin 212
Hitler, Adolf 74
Hochgreve, Horst 179
Hoegner, Wilhelm 43, *44*
Höfer, Christian 227
Hoffmann, Hajo (Hans-Jochen) 170, *208*
Hofmann, Gunter *294*
Hofmann-Götting, Joachim *134*
Hombach, Bodo 316
Honecker, Erich 268
Höppner, Reinhard 355, 365
Hoss, Willi 184
Huber, Antje *52*
Huff, Tobias *260*

Illich, Ivan 189, 204
Inglehart, Ronald *8*, 35, *287*

Jacobs, Helmut *90*
Jänicke, Martin 140
Jansen, Günther 46, 49, 62, 111, 198, 204, 220 f.
Janzen, Karl-Heinz *257*
Jochimsen, Reimut *157, 209*
Jordan, Jörg 163, 170, *209*
Judt, Tony *12*
Jun, Uwe *239*
Jung, Volker *321*
Jungk, Robert *50*, 108, 122 f., *122*

Kaminski, Heinz *90, 126*
Katz, Richard S. *20*

Kaub, Reinhold 89, *206*
Kelly, Petra 89, *89*, 112, 118, 123, 169, 173, 193, 196
Kern, Karl-Hans *41*, 212
Kielmansegg, Peter Graf 376
Kiem, Günther 212
Kitschelt, Herbert 289
Klages, Helmut 35, *35*
Klatt, Johanna 366
Kleinert, Hubert 182, *383*
Klose, Hans-Ulrich 156 f., *157*, 177, 184, 213, 221, 255, 351 f.
Koch, Egmont R. 198
Koenen, Gerd 365
Kohl, Helmut 21, 139, 142, 147, 158, 162, 249, 296, 303, 312, 330, 334, 348, 359, 371
Kohl, Thomas *252*
Kollatz, Matthias 112, 205
Kolo, Hans *207*, 223
Koschnick, Hans 95, 183
Koß, Michael *388*
Kreisky, Bruno *27*
Kreuzer, Heiner *61*
Krieger, Verena 352
Krupp, Hans-Jürgen *157*
Kübler, Klaus 212
Kuhbier, Jörg *157, 209*
Kühn, Heinz 59

Lafontaine, Oskar 20, 99, *99*, 111 f., 131 f., *155*, 181, *181*, 183, 196 f., 200–202, *206*, 210, 234, 236, 241, 246, 249, 255–259, *256*, 268–271, 280, 282 f., *283*, 290, 294, 296, 308, 316, *316*, *321*, 323, 325 f., *325*, 340–342, 345 f., 351–353, 357, 360 f., 363 f., 371
Lauterbach, Karl 1
Leber, Georg 37, 294, 297 f.
Leinen, Jo (Josef) 19, 26, 53, *66*, 87 f., 103, 107, 112, 117, 124, 128, 181, 194, 196 f., *207, 217, 278*
Lemke, Eva-Maria *207*
Lennartz, Klaus 320
Lenz, Siegfried *189*
Liedtke, Karl 36, *36*
Lippelt, Helmut 351
Lipset, Seymour Martin *11*
Lösche, Peter 116, 237, *283*
Lovins, Amory B. 77 f.
Löwenthal, Richard 204, 293–295, *293*
Lucke, Albrecht von 10
Lutzenberger, José *217*
Lyotard, Jean-François *8*

Machnig, Matthias 363
Maihofer, Werner 39–41, 123, *123*
Mair, Peter *20*
Mansholt, Sicco *38*
Marcuse, Herbert 277
Markovits, Andrei S. 309, 378
Marx, Karl 131, 277 f., *278*
Matthiesen, Klaus 61, 65, *66*, *92*, 104, *104*, *107*, 122, 131, 194, 197 f., *207 f.*, 220 f., *241*, 255, 357
Matthöfer, Hans *16*, 46, 49, *50*, *114*, 244, *244*
McNeill, John R. *334*
Meckel, Markus *238*, 260 f.
Mende, Silke 17
Menke-Glückert, Peter 26, *26*
Merchtersheimer, Alfred 351
Merkel, Angela *323*
Merkel, Wolfgang 10, *384*, 389
Meyer, Heinz-Werner *157, 207, 209, 300*
Meyer, Thomas 284, *386*
Meyer-Abich, Klaus Michael *56*, *72*, 138, *157*, 214 f.
Michels, Robert 239
Micus, Matthias 366
Mielke, Gerd *12*, 384
Milder, Stephen 102
Mischnick, Wolfgang 55
Mittag, Jürgen *307*
Möbbeck, Susi *282*
Möller, Christian *260*
Möller, Walter *203*
Momper, Walter 130, 348–350, *348*
Müller, Edda 215
Müller, Ingrid 359
Müller, Michael 59–62, *60*, *104*, 108, 115, 195 f., *196*, 199, *199*, 203, 213, 215, *217*, 225, 230, 284, *299*, 320 f., *321*, 327, 343, 368, 377
Müller, Werner 329
Müller, Willi 212, *212*
Müntefering, Franz *207*, 363

Nawrat, Sebastian 259, 289
Niemöller, Martin 193
Niggemeier, Horst 301
Nixon, Richard 332
Noske, Gustav 125

Oelsner, Gerd 19, *195*, *216*, 232
Oertzen, Peter von 31, 61, 90, 103, 118, 170, 183–185, 244, *281*, *287*, 294, 352, 358
Oeser, Kurt 204
Ostheim, Tobias 365

Palme, Olof *27*, *333*
Paraskewopoulos, Spiros *340*
Pfeiffer, Alois *56*
Piecyk, Willi *155*
Plickert, Philip *324*, 341

Quadflieg, Anette 301

Radkau, Joachim 266
Raphael, Lutz 7, *120*, 285, *301*, 381, *381*
Rapp, Heinz 294
Rappe, Hermann 177, *207*, 294, *300*, 322
Raschke, Joachim 366
Rau, Johannes *92*, 106, *133*, 143, *147*, 158, 181–184, 198, 249, 257, 260, 318, 351, 356, 360
Ravens, Karl *60*, 168
Reents, Jürgen 170
Reichelt, Hans 267
Reichelt, Helga *205*
Reitz, Heribert *176*
Renger, Annemarie 174, 293 f.
Reuschenbach, Peter *60*, 115
Richert, Jochen *177*
Richter, Hedwig 382
Rödder, Andreas *23*
Rohwedder, Detlef *114*
Rokkan, Stein *11*
Roth, Wolfgang 49
Ruhose, Fedor 384
Runde, Ortwin 355
Ruwwe, Sabine *61*, 204

Sabrow, Martin *152*
Sander, Reinhard 258
Schäfer, Harald B. 18, 59, *60*, 61, *61*, 77, 86, *86*, *97 f.*, 98, 115, 170, *190*, 194 f., 200, 203 f., *207*, *209*, 212 f., *217*, 230, *241*, 246, 255, *257*, 259, 262 f., 313, 320, *321*, 322, *334*, 377
Scharping, Rudolf 111, 131, 133, *133*, 197, 199, 201, 234, 236, *256*, 283, *283*, 321–323, 326–328, *341*, 345 f., 359, 361 f.
Scharpf, Fritz 140
Schäuble, Wolfgang 375
Scheer, Hermann 85, *93*, 99, 128 f., *130*, *134*, 189 f., *190*, 200, 202, 217, *217 f.*, 248, 283, 321, *321*, 330, *330*, 343, *343*, 377, 387
Scheer, Nina 1
Scherer, Klaus-Jürgen *386*
Scherf, Henning 62, 204, *214*, 257
Schily, Otto 172, 182, *182*, 184, 351
Schmidt, Adolf 50 f., *50*, *52*, *60*, *114*, 115, *177*, 224, 294, 298, *298*
Schmidt, Helmut 18, 20, *26*, 28, 30, 32, 34–36, *36*, 38, 40–42, *41*, 48–51, 53–56, 58 f., *58*, *60*, 62–66, *62*, 71, 74 f., 77, 85 f., 93 f., 117 f., 123, *123*, 134, 137–139, 150, 153, 168, *168*, 180, 187 f., 200, 221, *222*, 223, 225, *229 f.*, *244*, 256, 260, 276, 294, *294*, *298*, 370, 377
Schmidt, Renate 182
Schmoldt, Hubertus *316*
Schneider, Karl 141, *141*, 198
Schoppe, Waltraud 355
Schröder, Gerhard 108 f., 156, 162, 181–183, *182*, 197, 199, *213*, 234–236, *236*, *251*, *256*, *274*, 282 f., *283*, 307 f., *307*, 316, 319–322, *321*, 325–330, *325*, *328*, 339, 341 f., 344, 354 f., 359, 363–366, 385
Schuierer, Hans 112 f., 154, 223
Schultz, Reinhard 53
Schulze, Svenja 367
Schumacher, Ernst F. *34*
Schumacher, Hans Günter 87, 108
Seiffert, Jeanette 109, *231*, 286
Selzer, Rolf 203
Simonis, Heide 182, 355
Sinowatz, Fred 192
Skarpelis-Sperk, Sigrid *60*
Skirke, Ulf 156, 174
Spangenberg, Joachim 19, *195*, 232, 333
Späth, Lothar *44*
Stahl, Erwin 49
Steffen, Jochen 30, 46, 62, *62*, 90, 204
Steger, Ulrich 50, *60*, 73, 179
Stehr, Ingeborg 264
Steinberg, Karl-Hermann 264
Steinkühler, Franz 170
Steube, Hans-Werner *295*
Steuwer, Janosch *307*
Stolpe, Manfred 355
Stoltenberg, Gerhard 198
Störmer, Reinhard 134
Strasser, Johano *6*, 19, 134, 176, 188 f., *189*, 204, 210, 276 f.
Strauß, Franz-Josef 94 f., *95*
Strobel, Käthe *203*
Strohm, Holger 91

Teufel, Erwin 194
Thierse, Wolfgang 353
Töpfer, Klaus 247
Traube, Klaus *61*, 65, *66*, 108, 123, *123*, *157*, 189, 194, 204, *207*, *209*, 214 f., *214*, *217*, 276 f., *290*
Trittin, Jürgen 329 f., *330*, 355, 359
Tschirschwitz, Lars 283

Ueberhorst, Reinhard 55, 60–62, *60 f.*, 112, 115, *157*, 190 f., *191*, 194 f., 204, *209*, 215, 225, 230, 302
Uekötter, Frank 16, 24

Vahrenholt, Fritz 198
Verheugen, Günter *216 f.*, 328
Vitt, Werner 61
Voigt, Karsten D. 126, 351, *358*

Vogel, Hans-Jochen 18 f., 27, 37 f., *37*, 65, 105, 138 f., 156, 158, 162, 170, 173 f., *174*, 191, *194*, 198, 200 f., *209*, 213 f., *214*, 216, 256 f., 268 f., 280, 286, 349
Vogt, Roland 52, 87
Voigt, Sebastian *240*
Vollmer, Antje 173, 184, 353

Wallmann, Walter 180
Walter, Franz 11, *29*, 116, 153, 237 f., *283*, 301, 375
Weber, Beate 194, *194*, *207*, *209*, *217*, 333
Weber, Hanspeter *104*
Wendzinski, Gerd *207*
Wehner, Herbert 36, 213, 294 f., *295*
Weil, Stephan 368, *368*
Weizsäcker, Carl Friedrich von 57, *58*, *214*, 215, 222, *332*
Weizsäcker, Ernst Ulrich von 215, *217*, 314, 325
Wettig, Klaus *12*
Wettig-Danielmeier, Inge 170
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 182, 184, *184, 256*
Wiesen, Hans *157, 209*
Wirsching, Andreas *381*
Wischnewski, Hans-Jürgen 94
Wolfram, Erich *60*
Wolfrum, Edgar 365, *389*
Wüstenhagen, Hans-Helmuth 108, 189, *189*

Zaretsky, Natasha *35*
Zech, Sabine *157, 209*
Ziegler, Fritz *157*
Zierer, Dietmar 223
Zimmermann, Friedrich 179
Zohlnhöfer, Reimut 365
Zöpel, Christoph 19, *60*, 183, 199, *199*, *217*, 235, 252, 255, *270*, 318, 326–328
Zschach, Hilmar *61*, 107